

Acta Borussica

Neue Folge



Acta Borussica

Neue Folge

1. Reihe

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von

Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

2002

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

Band 11/I

14. November 1918 bis 31. März 1925

bearbeitet

von

Gerhard Schulze

2002

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Edelgard Schaffranke

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und
Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für
Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2002

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier

Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach

ISBN 3-487-11008-3

Inhalt

Vorwort	I
Zur Form der Edition	VII
Einleitung	1
Abkürzungsverzeichnis	27
Regesten Nr. 1/1918 bis 382/1925	37
Sachregister	421
Personenregister	523
Ortsregister	734
Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums	750
Verzeichnis der zitierten Archivalien	752
Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur	770

Vorwort

von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit einen weiteren von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende, genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums – dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums – die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.

Der vorliegende Band, bearbeitet von Gerhard Schulze, behandelt den Zeitraum vom 14. November 1918 bis zum 31. März 1925.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem – zumeist handschriftlich – überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Nach Abschluß dieser chronologisch gegliederten Stammedition ist geplant, sachthematische Bände zu exemplarischen Themen zu erarbeiten. Dabei sollen die Quellen aus dem Bestand des Staatsministeriums durch Akten der anderen Ministerien sowie durch weitere Quellen ergänzt sowie unter systematischen Fragestellungen gesammelt und eine erste Analyse vorgenommen werden. Unter anderem ist vorgesehen, Bände zu den Themen „Das Preußische Staatsministerium – die moderne Bürokratie – die Verwaltungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert“, „Zensurpolitik und Öffentlichkeit in Preußen seit 1819“ sowie „Selbstverwaltung im 19./20. Jahrhundert“ vorzulegen.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinetts der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.¹ Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden, vermittelt vom Zivilkabinetts. Dieses „Büro“ des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung weiterzuleiten. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete

¹ *Literatur in Auswahl:* Otto Hintze, *Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, zuerst 1908, wieder in ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, 2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen 1967, S. 530–619, bes. S. 551 ff. u. 557 ff.* – Ernst Klein, *Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, bes. S. 198 ff.* – Werner Frauendienst, *Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177.* – Fritz Rietdorf, *Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen 1939.* – Ludwig von Rönne, *Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, 2. Bd., 1. Abt., 2. Aufl. Leipzig 1864, S. 58–67.* Ernst Müller/Ernst Posner, *Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung, Heft 24), Leipzig 1934, S. 96.* – Hans Branig, Winfried Bliß, Werner Petermann (Bearb.), *Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil 2, Köln/Berlin 1967, S. 41–48.* Waltraud Elstner, *Die Bestände der I. und II. Hauptabteilung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nach ihrer Rückführung. Ein Überblick, in: Aus der Arbeit des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, hrsg. von Jürgen Kloosterhuis, Berlin 1996, S. 155–199 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Arbeitsberichte, Bd. 1).*

Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der *primus inter pares* war. Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, eine bis 1918 währende Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.

Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium *de jure* allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wengleich *de facto* die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhauptes und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit.

Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung, bzw. deren Folgen in den dreißiger Jahren.²

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten

² Vgl. Schulz, Gerhard, *Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates*, Frankfurt/M. u.a. 1974, S. 515, Anm. 84 (= *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Bd. 2; Ullstein-Buch Nr. 2993).

häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegenüber den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten – mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges – sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880 und 1890er Jahre, wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum

Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.

Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5200 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsvorhaben erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen – die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.³ Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.⁴

³ Neugebauer, Wolfgang, *Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA*, in: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich*, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.

⁴ Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften), Jahrbuch, Jg. 1994 ff., Berlin 1995 ff.* – auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes. – Vgl. ferner das „Probeheft“: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka, Wolfgang Neugebauer, Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel Holtz,

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

Rainer Paetau, Christina Rathgeber, Gerhard Schulze, Hartwin Spenkuch, Reinhold Zilch; Hildesheim, Zürich, New York 1996.

Zur Form der Edition

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv*. Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze¹, die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner².

Der Regest-Kopf

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratssitzungen³, d. h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.

Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.

Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.

Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).

Parallelüberlieferungen (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.

Unter „**Anwesend**“ erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.

Weitere Teilnehmer sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.

Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.

Die Sigel [V] und [U] stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Der Regest-Text

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellsprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

¹ Schultze, Johannes, *Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedr. bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen* (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg/Köln 1978, S. 25–36.

² Meisner, Heinrich Otto, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969.

³ GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. 1–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.

Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. In eckige Klammern gesetzte Numerierungen sind vom Bearbeiter rekonstruiert. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z. B. **3.–5. Drei Ordenssachen**.

Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.

Beschlüsse des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.

Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

Die Anmerkungen

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.

Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

Die Register

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.

Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z. B. *144/20* 88–93v.

Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

Das Sachregister

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.

Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z. B. Ablösungen, konstitutionelle Regierung, Preußen-Reich-Verhältnis, Weltkrieg 1914–1918.

In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.

Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.

Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen, Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

Das Personenregister

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.

Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftenlisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

Das Ortsregister

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z. B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.

Einleitung

Mit dem vorliegenden Band 11 der Reihe beginnt ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte Preußens. Durch den in der Novemberrevolution erfolgten Sturz der Hohenzollern-Dynastie büßte es seine Hegemonialstellung im Reich ein. Damit war auch staatsrechtlich die bisherige fast durchgehende Personalunion zwischen preußischem Ministerpräsidenten und Reichskanzler abgeschafft. Unter den grundlegend veränderten Bedingungen galt es besonders, das Preußen–Reich-Verhältnis neu zu definieren.

Das neue republikanische und demokratische Preußen¹ hat in den 14 Jahren der Weimarer Republik einen besonderen Platz eingenommen. Es entwickelte sich „zu einer Art republikanischen Musterstaat“² und wurde zu einem starken Bollwerk der Republik³. Hier in Preußen regierten im Unterschied zum Reich fast durchgehend die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum und DDP, zeitweise auch mit der DVP). Die Sozialdemokratie stellte seit dem November 1918 über die ganze Zeit (bei nur zwei kurzen Unterbrechungen) mit Paul Hirsch und Otto Braun den Ministerpräsidenten sowie mit Paul Hirsch, Wolfgang Heine, Carl Severing und Albert Grzesinski sowie erneut Severing den Innenminister. Dabei war der Ostpreuße Otto Braun⁴, seit dem 29. März 1920 preußischer Ministerpräsident, der einzige Staatsmann, der über fast die ganze Epoche von Weimar hindurch „an entscheidender Stelle vor der Aufgabe stand, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs dem deutschen Volk eine neue politische Lebensform zu geben und zu sichern“.⁵

Mit seinen beiden Halbbänden erschließt der Band 11 die Sitzungsprotokolle der republikanischen Regierungen vom ersten Sitzungstag am 15. November 1918 bis zum 31. März 1925, der letzten Beratung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Wilhelm Marx. Damit wird an Hand der Niederschriften die Tätigkeit von sieben Kabinetten vorgestellt.⁶ In insgesamt 382 Protokollen, die in acht Aktenbänden der Hauptreihe überliefert sind⁷, spiegelt sich ein wesentlicher Teil der Regierungsarbeit dieser Jahre wider, wobei sich allein 89 von ihnen auf die besonders ereignisreichen Monate des Jahres 1919 beziehen.

Dem editorischen Grundaufbau der Acta Borussia, Neue Folge, entsprechend, gliedert sich auch dieser Band: Zunächst bietet er mit den Regesten einen zusammenhängenden Überblick über die Inhalte, Gegenstände und Ergebnisse der Beratungen. In den Anmerkungen werden vor allem Vorlagen, Gesetzentwürfe, Anträge und Voten sowie andere ungedruckte und gedruckte Schrift-

¹ Vgl. Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M. u. a. 1997; Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985; ders., Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Handbuch der preußischen Geschichte, hrsg. von Wolfgang Neugebauer, Bd. 3, Berlin/New York 2001, S. 149–316; ders., Das demokratische Preußen, in: Büsch, Otto (Hrsg.), Das Preußenbild in der Geschichte. Protokoll eines Symposiums, Berlin 1981, S. 231–245; Bracher, Karl Dietrich, Preußen und die deutsche Demokratie, in: Schlenke, Manfred (Hrsg.), Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 295–310.

² Vgl. Winkler, Heinrich August, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 596 (Nachwort).

³ Vgl. Dederke, Karlheinz, Reich und Republik. Deutschland 1917–1933, 6. Aufl., Stuttgart 1991, S. 124 f.

⁴ Vgl. die umfassende Biographie von Schulze, Otto Braun; vgl. auch Steffen, Hans (= Hans Goslar), Otto Braun, Berlin 1932; Kuttner, Erich, Otto Braun, Leipzig 1932.

⁵ So dessen Referent, Mitarbeiter und Freund Herbert Weichmann, in: Schulze, Otto Braun, S. 19 (in Erinnerung an Otto Braun).

⁶ Die Kabinette Hirsch/Ströbel (12./14.11.1918–4.1.1919); Hirsch (4.1.–25.3.1919 und 25.3.1919–29.3.1920); Braun (29.3.1920–21.4.1921); Stegerwald (21.4.–7.11.1921); Braun (7.11.1921–18.2.1925); Marx (18.2.–4.4.1925).

⁷ Vgl. GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 167–174 (handschriftliche und maschinenschriftliche Protokolle). Im Folgenden werden die Signaturen nur verkürzt mit Band- und Blattzahl zitiert.

stücke nachgewiesen, die den Prozeß der Entscheidungsbildung und -findung im Staatsministerium ergänzen und die Aufmerksamkeit auf bislang nur gelegentlich ausgewertete archivalische Quellen lenken sollen. Das feingliedrige Sachregister bringt die sehr zahlreichen Tagesordnungspunkte in eine systematisierte Ordnung. Das Kurzbiographien bietende Personenregister schließlich verfolgt das Ziel, vor allem die preußische Ministerialbürokratie mit ihren namhaften Akteuren genauer bekannt zu machen.

Die Regesten-Edition soll dazu beitragen, die Erschließung von Quellen zu erweitern. Über den gegenwärtigen Forschungsstand zur Geschichte Preußens nach 1918 informiert die im Band 3 des Handbuchs der preußischen Geschichte veröffentlichte Bibliographie⁸. Doch zeigt sich daran, daß es in den letzten Jahren keine allzu großen Fortschritte gegeben hat.⁹ Im Unterschied zu weniger gut erforschten Phasen der Geschichte Preußens gibt es zur Weimarer Republik eine Fülle einschlägiger Arbeiten, so daß dieser Abschnitt zu den am besten bearbeiteten Abschnitten der deutschen Geschichte gezählt werden kann.¹⁰ In quelleditorischer Hinsicht sind hierbei die folgenden, den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik umfassenden Reihen zu nennen: „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“, Boppard am Rhein 1968 ff.; „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“, Serien A und B, Göttingen 1968 ff. sowie „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, Düsseldorf 1959 ff. Preußen ist dagegen in seiner letzten Epoche editorisch nur ansatzweise bearbeitet.

Der vorliegende Band unterscheidet sich von den zeitlich vorhergehenden durch den Umstand, daß angesichts der besonderen Bedeutung, die dem Preußen–Reich-Verhältnis beizumessen ist, in Regestenform auch Sitzungsprotokolle der jeweiligen Reichskabinette aus der Editionsreihe „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ Aufnahme finden mußten, d. h. einmal die gemeinsamen Sitzungen von Reichsregierung und preußischer Staatsregierung sowie ebenso die Sitzungen der Reichskabinette, an denen einzelne preußische Minister teilgenommen haben. Berücksichtigt wurden ferner die Beratungen der preußischen Regierung mit dem Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik (aus der Reihe „Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19“). Allerdings wurden diese Protokolle nicht numeriert, und ihr Inhalt findet in den Registern dieses Bandes keine Berücksichtigung.

1. Zu Schwerpunkten der Beratungen des Staatsministeriums. Zwischen Revolution und Konsolidierung

Als am 12. November 1918 um 11 Uhr die Beauftragten des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats Otto Braun, Paul Hirsch, Eugen Ernst, Heinrich Ströbel und Adolf Hoffmann beim Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Robert Friedberg erschienen, die Amtsgeschäfte des bisherigen königlich-preußischen Staatsministeriums für beendet erklärten und „die Staatsleitung in Preußen“ übernahmen, wurde Braun, wie er in seinen Erinnerungen schrieb, „bald klar, daß das Schwerste noch bevorstand. Denn man kann im geschichtlichen Geschehen an einem Tage eine Monarchie zur Republik stempeln, aber ein großes, in seinen weitesten Schichten monarchisch fühlendes Volk zur republikanischen Gesinnung zu erziehen und den zur staatlichen Machtausübung unerläßlichen Verwaltungsapparat mit republikanischer Staatsauffassung erfüllen, das ist eine ungemein schwerere, Geduld und Zeit erheischende Aufgabe“.¹¹ Vor dieser Aufgabe sah sich

⁸ Vgl. Möller, Preußen von 1918 bis 1947, S. 149–172.

⁹ Zum Forschungsstand in den 70er und 80er Jahren vgl. Schulze, Otto Braun, S. 25; ders., Auf der Suche nach Otto Braun. Ein Forschungsbericht, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz, X (1972), Berlin/Köln 1973, S. 189 ff. und Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 18 f.

¹⁰ Vgl. Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik, 4. überarbeitete und erweiterte Aufl., München 1998, S. 155; vgl. auch Wirsching, Andreas, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000, S. 47 ff.

¹¹ Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, Hildesheim 1979, S. 38 f.; 1. u. 2. Aufl. Zürich/New York 1940, 1. deutsche Ausgabe Zürich 1943, die 3. (gekürzte) Aufl. Hamburg 1949.

zunächst das aus sechs Mitgliedern¹² bestehende Politische Kabinett gestellt, das mit Paul Hirsch (SPD) und Heinrich Ströbel (USPD) über zwei gemeinsame Vorsitzende verfügte und als alleiniger Träger der exekutiven und legislativen Gewalt die eigentliche neue preußische Regierung repräsentierte.¹³ In den ersten Revolutionstagen habe das preußische Kabinett fast unausgesetzt getagt, weiß der zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannte Wilhelm Hoff zu berichten.¹⁴ Doch zu den November- und Dezembertagen sind lediglich vier Protokolle überliefert, davon zwei über die Sitzung der Gesamregierung (Gesamtministerium) am 15. und 30. November, die anderen zwei über die Sitzungen des Politischen Kabinetts (Preußische Regierung) am 12. und 14. Dezember.¹⁵ Erst seit dem 4. Januar 1919, dem ersten Sitzungstag des nach dem Ausscheiden der USPD-Mitglieder aus der Regierung gebildeten Ministeriums Paul Hirsch, begannen regelmäßige mündliche Beratungen normaler Bestandteil der Regierungstätigkeit zu werden, wovon die überlieferten amtlichen Niederschriften zeugen. Trotz dieser zunächst nur bruchstückhaften Überlieferung werden die Schwergewichte in der neuartigen Regierungsarbeit erkennbar.

Folgen wir der Chronologie, so ging es 1918/19 zuallererst um die Klärung des Verhältnisses Preußens zum Reich. Immerhin stand vor der Aufnahme der eigenen Beratungen eine gemeinsame Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem preußischen Politischen Kabinett am 14. November 1918, auf der Entscheidungen über preußische Angelegenheiten getroffen wurden: die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Beseitigung des Herrenhauses sowie die Ernennung von Wilhelm Hoff zum Eisenbahnminister.¹⁶ Das war zweifellos nicht nur ein Zeichen für die Kooperationsbereitschaft der zwei gleichartig zusammengesetzten Regierungen, sondern auch für die noch unklare Kompetenztrennung.

Erst einen Tag später trat nach dem Antrag des Finanzministers Albert Südekum auf Erörterung der **Rätefrage** die preußische Gesamregierung (das Gesamtministerium) zu ihrer ersten Sitzung zusammen.¹⁷ Der Regelung der Besoldung der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sowie der Festlegung ihrer Zuständigkeiten gegenüber den Behörden fügen sich weitere Schritte an; neben der Frage der Besoldung¹⁸ spielte auch die Mitgliedschaft von Ausländern in den Räten eine Rolle.¹⁹ Die offenkundigen Kompetenzkonflikte zwischen Räten und Behörden, ja die ganze preußische Rätepolitik insgesamt,²⁰ wird indessen weiterhin nur beiläufig behandelt.

Die zentrale Frage der **Staats- und Verfassungserneuerung in Preußen** nahm erst in den beiden Dezemberberatungen Gestalt an, was in der Forschung auf die längere Handlungsunfähigkeit einer im Innern zerrissenen preußischen Regierung zurückgeführt wird, ehe sich die vor allem vom Landwirtschaftsminister Otto Braun vertretenen Hauptziele sozialdemokratischer Politik – Konsolidierung der inneren Lage und die Einberufung einer Konstituante – gegenüber dem Koalitionspartner USPD durchzusetzen begannen.²¹

¹² Paul Hirsch, Otto Braun und Eugen Ernst von der SPD sowie Heinrich Ströbel, Kurt Rosenfeld und Adolf Hoffmann von der USPD.

¹³ Zur Revolution in Preußen vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 36 ff.; Hirsch, Paul, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen. Nach Aufzeichnungen und Erinnerungen aus Parlament und Regierung, Berlin 1929, S. 109 ff.; Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen. Auf Grund amtlichen Materials, bearbeitet von der Presse-Abteilung des Preußischen Staatsministeriums, Berlin 1921, S. 7 ff.; Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1879, Bd. 5, Stuttgart u. a. 1978, S. 876 f., 885 ff., 915 f. und 1002 ff.

¹⁴ Vgl. Hoff, Wilhelm, Erinnerungen aus Leben und Arbeit, Berlin (1931), S. 194.

¹⁵ Demgegenüber sind von den Sitzungen des Rates der Volksbeauftragten insgesamt 50 Protokolle überliefert; vgl. Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, 1. Teil, Düsseldorf 1969, S. CXCI–CXCVI.

¹⁶ Vgl. Sitzung im vorliegenden Band, TOP 1 und 3; hier auch die Angabe des Drucks.

¹⁷ Vgl. Sitzung am 15.11.1918, TOP 1.

¹⁸ Vgl. z. B. Sitzungen am 3.5.1919, TOP 3 und 23.5.1919, TOP 6.

¹⁹ Vgl. Sitzung am 4.1.1919, TOP 5.

²⁰ Vgl. zu den Eingriffen der Räte in die Verwaltung Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 125 ff.; generell Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 262–274.

²¹ Vgl. v. a. Schulze, Otto Braun, S. 233.

Den Kabinettsitzungen am 12. und 14. Dezember 1918 kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, da in ihnen die SPD-Mitglieder Paul Hirsch, Otto Braun und Eugen Ernst es vermochten, die bislang von den Unabhängigen blockierte Entscheidung über die Einberufung der preußischen Landesversammlung zu überwinden und den Wahltermin auf eine Woche nach den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung festzulegen.²² Diese Entscheidung war auch noch in einer anderen Weise wichtig. Im Hinblick auf die Vorstellungen des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, Hugo Preuß, die preußische Landesversammlung erst nach Festlegung der Grundlagen für die künftige Gestaltung Deutschlands durch die Nationalversammlung wählen zu lassen²³, wurden damit auch preußische Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit betont.

Unter den Themen für die Zeit von 1918 bis 1925 erscheinen erstens die in den Protokollen gegebenen Einblicke in die **Entstehung der preußischen Verfassung** wichtig. Zunächst ist hierfür die Auseinandersetzung um die Frage der Erhaltung des preußischen Staates in den Entwürfen der Reichsverfassung zu beachten. Diese Frage rückte in den Blickpunkt, als der Unterstaatssekretär im Staatsministerium, Adolf Heinrichs, die Gefahr einer Zerstückelung Preußens aufgrund von Artikel 11 des Verfassungsentwurfs von Hugo Preuß heraufbeschwor, der durch rechtzeitige Beteiligung der Bundesstaaten an den Verfassungsberatungen entgegengewirkt werden sollte.²⁴ Auf den Zusammenhang zwischen dem preußischen Verfassungsentwurf und der Staatenkonferenz am 25. Januar 1919 in Weimar²⁵ hat Hagen Schulze aufmerksam gemacht; da mit dem Eingeständnis des Reichs, ohne Mitwirkung der Länder eine Reichsverfassung nicht etablieren zu können, bereits das Schicksal des preußischen Entwurfs besiegelt gewesen sei.²⁶

Bei dem im preußischen Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwurf über die vorläufige Verfassung selbst tritt als ein Hauptproblem die Frage der Einsetzung eines preußischen Staatspräsidenten in den Vordergrund.²⁷ Den Konflikt, der sich daraus mit der Reichsregierung, dem Reichspräsidenten und den Fraktionen der SPD und des Zentrums in der Nationalversammlung ergab, verdeutlichte die Sitzung vom 6. März 1919.²⁸ Hervorzuheben ist hierbei der Bezugspunkt zur protokollarisch nicht überlieferten Sitzung des Reichskabinetts mit den preußischen Ministern Otto Fischbeck, Albert Südekum und Wolfgang Heine am 2. März 1919 über die Institution eines preußischen Staatspräsidenten; und ebenso die Auseinandersetzung mit dem von der SPD-Fraktion der Nationalversammlung beabsichtigten sogenannten Sperr- und Verbotsgesetz, das sich gegen den Erlass endgültiger Verfassungsgesetze in den Gliedstaaten vor der Verabschiedung der Reichsverfassung und gegen einen Staatspräsidenten richten sollte.²⁹ Der Verzicht auf die Institution eines preußischen Staatspräsidenten in der vorläufigen Verfassung wurde schließlich in der Sitzung am 12. März 1919 mit seiner Ablehnung durch die große Mehrheit der SPD-Fraktion in der Landesversammlung begründet.³⁰

War mit der Annahme des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919³¹ durch die Landesversammlung der erste Schritt auf dem Wege einer endgültigen

²² Vgl. Sitzungen am 12.12.1918, TOP [6] und 14.12.1918, TOP [8].

²³ Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 187 Bd. 1: Schreiben von Preuß vom 8.12.1918 an den preußischen Minister des Innern.

²⁴ Vgl. Sitzung am 17.1.1919, TOP 3 und 24.1.1919, TOP 3.

²⁵ Zu den Verhandlungen vgl. besonders Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, 2. Aufl., Berlin/New York 1987, Bd. 1, S. 142–149 und Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 70–76; zur Vorbereitung der preußischen Regierung auf die Konferenz vgl. Sitzung am 24.1.1919, TOP 3.

²⁶ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 256.

²⁷ Vgl. Sitzungen am 17./18.2.1919, TOP 5 mit Anm. 6 sowie Sitzung am 21.2.1919, TOP 1.

²⁸ Vgl. Sitzung am 6.3.1919, TOP 6.

²⁹ Vgl. dazu auch Preuß, Hugo, Verfassung des Freistaates Preußen, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 10 (1921), Tübingen 1921, S. 224 und Eimers, Enno, Das Verhältnis von Preußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1918–1923), Berlin 1969, S. 86 f.

³⁰ Vgl. Sitzung am 12.3.1919, TOP 3.

³¹ Ausführlich zur vorläufigen Verfassung vgl. Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 80–93.

Verfassungsgebung getan, so bedurfte es immerhin fast anderthalb Jahre, bis der zweite Schritt abgeschlossen werden konnte. Reichspolitische Rücksichten, das Abwarten der Verabschiedung der Reichsverfassung und Ereignisse wie der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch vom März 1920 sowie die langandauernden umfangreichen Beratungen in der Landesversammlung sind als maßgebende Gründe dafür anzusehen. In der Regierung selbst wurde der Entwurf der preußischen Verfassung erst am 3. November 1919 zum Gegenstand einer Debatte, und zwar mit der zentralen Frage, eine Ersatzlösung für den neben dem Reichspräsidenten unerwünschten eigenen preußischen Staatspräsidenten zu finden.³² Nachdem am 20. Januar 1920 der preußische Verfassungsentwurf vertagt worden war³³, wurde die Diskussion im Rahmen der Kabinettsitzungen nicht weiter fortgesetzt und auch bis zur Verabschiedung der Verfassung³⁴ durch die Landesversammlung nicht wieder aufgenommen. Lediglich im Zusammenhang mit der Erörterung der Gewährung provinzieller Autonomie im Juni 1920 hat man sich einmal auf die Verfassungsfrage bezogen.³⁵

Zweitens ist das **Verhältnis Preußens zum Reich** hervorzuheben. Dieses war nach der Beseitigung der staatsrechtlichen Klammer zwischen den beiden Staatsleitungen, der Aufhebung der Personal- und Realunion, und der Einführung des parlamentarischen Systems neu zu gestalten.³⁶ Infolge der gleichartigen Zusammensetzung beider Regierungen waren die Beziehungen besonders eng. Davon zeugen die Sitzungsprotokolle des Rates der Volksbeauftragten unter Teilnahme einzelner preußischer Minister bzw. des ganzen Kabinetts, wie am 2. Januar 1919, als zu den Ostfragen und zum Streik im Ruhrrevier gemeinsam Position bezogen wurde. Damit wurde auch den Vorschlägen des Unterstaatssekretärs im Staatsministerium Adolf Heinrichs entsprochen, „die unerläßliche Verbindung mit der Reichsleitung schon in dem jetzigen Übergangsstadium“ herzustellen.³⁷

Indes zeigte sich am Beispiel des Amtes des preußischen Kriegsministers ein sich anbahnender Kompetenzkonflikt mit der Reichsgewalt, als ohne Rücksprache mit der preußischen Regierung Kriegsminister Heinrich Scheüch in das Reichskabinett übernommen wurde. Er behielt zwar Sitz und Stimme in der preußischen Regierung, war aber in seiner Amtsführung allein dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat bzw. dem Zentralrat verantwortlich.³⁸ Einspruch erhob die preußische Regierung auch gegen die Neuregelung der militärischen Kommandogewalt, die ohne vorherige Fühlungnahme mit ihr vorgenommen worden war.³⁹

Kompetenzprobleme ergaben sich ebenso auf dem Gebiet der Siedlungs- und Ernährungspolitik, nachdem das Reich wesentliche Zuständigkeiten an sich gezogen hatte, wie der Protest der preu-

³² Vgl. Sitzung am 3.11.1919, TOP 7; vgl. weiterhin die Sitzungen am 3.12.1919, TOP 2 und 15.1.1920, TOP 4.

³³ Vgl. Sitzung am 20.1.1920, TOP 8.

³⁴ Ausführlich zur Entstehungsgeschichte vgl. Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, S. 114 ff.; vgl. auch zur Verfassung ders., *Preußen von 1918 bis 1947*, S. 241 ff.; Preuß, *Verfassung des Freistaates Preußen*, S. 222–279; Stier-Somlo, Fritz, *Kommentar zur Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. November 1920. Nebst dem Landtagswahlgesetz, der Geschäftsordnung des Landtags, dem Gesetz über die Wahlen zum Staatsrat und anderen Nebengesetzen*, Berlin 1921; Hirsch, Paul, *Die Verfassung des Freistaates Preußen*, in: *Die Neue Zeit*, 1 (1921), S. 184–189.

³⁵ Vgl. Sitzung am 14.6.1920, TOP 4.

³⁶ Vgl. Schulz, Gerhard, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, Bd. 1, S. 101 ff.; Schulze, Otto Braun, bes. S. 232 f., 310 f. und 397 ff.; Eimers, *Das Verhältnis von Preußen und Reich*, S. 30 ff.; Richter, Ludwig, „Der Nachteil liegt hier im System“ – Preußen und das Reich zwischen 1918 und 1925, in: *Preußens Weg in die politische Moderne. Verfassung – Verwaltung – politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade*, hrsg. von Bärbel Holtz und Hartwin Spenkuch, Berlin 2001, S. 397–428; Ehni, Hans-Peter, *Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932*, Bonn 1975; Brecht, Arnold, *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927*, Stuttgart 1966, S. 318 ff.

³⁷ Vgl. BArch Lichterfelde, R 43/2483, Bl. 13: Schreiben vom 1.12.1918 an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.

³⁸ Vgl. Eimers, *Das Verhältnis von Preußen und Reich*, S. 63 und Schulze, Otto Braun, S. 233.

³⁹ Vgl. Sitzung am 24.1.1919.

bischen Regierung gegen die Verordnung der Reichsregierung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland vom 29. Januar 1919 deutlich machte.⁴⁰

Auch die Verreichlichung der Eisenbahnen stand in engstem Verhältnis mit dem Problem des zukünftigen Verhältnisses zwischen Ländern und Reich.⁴¹ An der preußischen Haltung zeigt sich die grundsätzliche Zustimmung zum Übergang der Eisenbahnen auf das Reich; aber es wurden Vorbehalte angemeldet, die sich gegen eine überstürzte Durchführung richteten und die Beteiligung aller Staaten, auch des sich aus partikularistischen Gründen sperrenden Bayern, für erforderlich hielten.⁴² Das schließliche Einverständnis mit dem Staatsvertrag⁴³ war nicht zuletzt auch auf den Amtswechsel im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zurückzuführen. Während die Haltung von Minister Wilhelm Hoff sich als Hindernis erwiesen hatte, war Nachfolger Rudolf Oeser „bei seiner Amtsübernahme der Reichsregierung gegenüber die bindende Verpflichtung eingegangen, der Verreichlichung der preußischen Bahn nicht zu widerstreben“.⁴⁴

Problematischer erscheint anhand der Protokolle die Frage des Übergangs der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, zumal es sich bei ihnen um keine reine Verkehrsunternehmen wie bei den Eisenbahnen handelte, sondern auch bedeutende Landeskulturinteressen involviert waren.⁴⁵ So bildete schon die preußische Ablehnung, die wasserbaufiskalischen Fischereien auch auf das Reich zu übernehmen, einen Konfliktfall mit dem Reichsverkehrsminister Wilhelm Groener.⁴⁶ Der Streit mit dem Reich setzte sich nach dem Abschluß des Staatsvertrages⁴⁷ fort, in dem für die Reichswasserstraßenverwaltung auch eigene Behörden in der Provinzial- und Ortsinstanz gefordert wurden, was bedeutete, die bisherige Zuständigkeit der preußischen Wasserbauverwaltung zu beseitigen.⁴⁸

Drittens verdient die Widerspiegelung der alliierten **Friedensbedingungen und des Versailler Vertrages** in den Beratungen der preußischen Regierung Beachtung. Von den im Vertragsentwurf vorgesehenen Gebietsabtretungen war ausschließlich Preußen betroffen⁴⁹, was die besonders große Aktivität des Kabinetts erklärt. Seit Anfang April 1919 bemühte sich Preußen in Verhandlungen mit der Reichsregierung, die Hinzuziehung eines Vertreters Preußens zu der in die französische Hauptstadt zu entsendenden Reichsdelegation zu erreichen.⁵⁰ Die Zustimmung des Reichskabinetts war jedoch mit der Einschränkung versehen, einen besonderen Delegierten für Preußen mit einem eigenen Stab von Kommissaren nicht billigen zu können.⁵¹ An den Friedensvertragsberatungen im Reichskabinett wurde Preußen aber durchweg beteiligt. Insgesamt zu 18 Sitzungen in der Zeit vom 8. Mai bis 10. Juni 1919 waren Mitglieder der preußischen Regierung eingeladen worden.⁵²

⁴⁰ Vgl. Sitzung am 31.1.1919, TOP (9).

⁴¹ Vgl. Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearbeitet von Hagen Schulze, Boppard am Rhein 1971, S. XLIII (Einleitung).

⁴² Vgl. Sitzungen am 12.3.1919, TOP 1 und 7.4.1919, TOP 1. Ergänzend dazu vgl. die jeweilige Anm. 1.

⁴³ Vgl. Sitzung am 3.3.1920, TOP 4.

⁴⁴ Das Kabinett Scheidemann, Nr. 54a, S. 229, Anm. 1: Der bayerische Gesandte v. Preger am 1.5.1919 an das bayerische Staatsministerium des Äußeren.

⁴⁵ Vgl. Rep. 90, Nr. 389, n.f.: Niederschrift der Beratungen über Reichswasserstraßenbehörden am 28.10.1924 im preußischen Landwirtschaftsministerium. – Zu den Beratungen vgl. Sitzungen am 15.10.1919, TOP 8; 24.11.1919, TOP 2 und 3.1.1921, TOP 4.

⁴⁶ Vgl. Sitzung am 20.7.1920, TOP 4 mit Anm. 3.

⁴⁷ Vgl. Sitzung am 21.3.1921, TOP 4 mit Anm. 3.

⁴⁸ Vgl. Sitzungen am 2.10.1924, TOP 10; 6.11.1924, TOP 4b; 9.12.1924, TOP 2 und 3.1.1925, TOP 1; vgl. auch Rep. 90, Nr. 389, n.f.: Niederschrift der Beratungen über Reichswasserstraßenbehörden am 28.10.1924 im preußischen Landwirtschaftsministerium (Ausführungen von Minister Wendorff).

⁴⁹ Vgl. Die von Preußen abgetretenen Gebiete mit einer Hauptübersicht, einem Gemeinde- und Ortsverzeichnis der durch die neue Landesgrenze geteilten Kreise usw. nebst Flächengrößen und Einwohnerzahlen (einschl. des unter preußischer Staatshoheit verbleibenden Saargebiets). Bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin 1922.

⁵⁰ Vgl. Sitzung am 1.4.1919, TOP 4.

⁵¹ Vgl. dazu den Beschluß des Reichskabinetts vom 17.4.1919, in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 44, S. 182.

⁵² Vgl. dazu besonders die Sitzung des Reichskabinetts mit den preußischen Ministern Hirsch und Heine am 8.5.1919 (Beschluß über die Teilnahme von Mitgliedern der preußischen Regierung) im vorliegenden Regestenband.

Neben der Behandlung der Kriegsschuldfrage⁵³ wurde die erregte Stimmung in den östlichen Provinzen erörtert, wo, wie schon um die Jahreswende 1918/19, erneut Bestrebungen zur Bildung eines selbständigen Schlesiens zutage traten⁵⁴. Höchste Beunruhigung rief der Plan der Gründung eines Großhessen⁵⁵ unter Einschluß preußischen Staatsgebiets hervor. Schließlich verband sich damit grundsätzlich die Frage von Bestrebungen nach einer „Zerschlagung oder Verkleinerung Preußens“, die „nach Ansicht der Preußischen Staatsregierung durch die Reichsregierung nicht nur nicht bekämpft, sondern anscheinend gefördert werden“.⁵⁶

Letztlich haben die Vertreter der preußischen Staatsregierung, und zwar „auf Grund eines Beschlusses des Gesamtministeriums“, sowohl in der Sitzung des Staatenausschusses am 20. Juni 1919 als auch bei den Verhandlungen im Reichskabinett „sich gegen die Unterzeichnung des Friedensvertragsentwurfs erklärt“.⁵⁷ Dabei war Innenminister Wolfgang Heine noch Anfang Juni für die Unterzeichnung eingetreten.⁵⁸ Doch über die Schritte, die zu der Entscheidung führten, den Vertrag als „unannehmbar“ abzulehnen, geben die Protokolle keine näheren Einblicke.

Anders verhält es sich mit der preußischen Folgerung, daß das Reich durch den von ihm geschlossenen Friedensvertrag verpflichtet sei, „dem preußischen Staat die ihm durch den Friedensvertrag erwachsenen Schäden zu ersetzen“, wie der am 21. Juli 1919 übereinstimmend gefaßte Regierungsbeschluß lautete.⁵⁹ Damit sind der entsprechende Antrag der preußischen Regierung vom 26. Juli 1919, der Beschluß des Reichskabinetts vom 20. August und das Schreiben des Reichskanzlers Gustav Bauer vom 26. September 1919 an das preußische Staatsministerium über die grundsätzliche Anerkennung der Verpflichtung des Reichs zur Entschädigung in Verbindung zu bringen.⁶⁰ Noch im Mai 1927 hat Ministerpräsident Otto Braun die Frage des Ersatzes des dem preußischen Staat entstandenen Verlustes an Staatseigentum als eine der wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Regierungen bezeichnet.⁶¹

In den Beratungen von Februar und März 1925 wurde nach jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen über die Entschädigung eine erste Verständigung erzielt⁶², die schließlich in dem noch im Verlauf des Jahres abgeschlossenen vorläufigen Auseinandersetzungs-Abkommen mündete. Danach verpflichtete sich das Reich zur Zahlung von 65 Millionen Mark, die von Preußen allerdings nicht als einmalige Abfindung anerkannt wurde. Preußen erklärte sich lediglich dazu bereit, „im Interesse der Reichsfinanzen“ eine weitere Forderung vor dem 1. Januar 1928 nicht zu stellen.⁶³

Die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrags spiegelt sich in den Protokollen vor allem hinsichtlich der Abtretungs- und Abstimmungsgebiete sowie der besetzten rheinischen Territorien. Vordringliche Aufgaben dabei waren die vielfältigen Anstrengungen und Vorkehrungen für die Sicherstellung der beruflichen Existenz der Beamten (unmittelbarer wie mittelbarer) und der Lehrer in den bereits besetzten und noch abzutretenden Gebietsteilen.⁶⁴ Angesichts der personellen

⁵³ Vgl. Sitzung am 22.4.1919, TOP 2.

⁵⁴ Vgl. Sitzung am 9.5.1919, TOP (1).

⁵⁵ Vgl. Kahlenberg, Friedrich P., Großhessenpläne und Separatismus, in: Geschichtliche Landeskunde, 5 (1969), S. 355 bis 395.

⁵⁶ Vgl. Sitzung am 8.7.1919 mit Anm. 1.

⁵⁷ Vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 2, Sp. 2522 und 2517: Ministerpräsident Hirsch in der 34. Sitzung am 25.6.1919.

⁵⁸ Vgl. Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister Heine am 3.6.1919 im vorliegenden Regestenband mit der Druckangabe.

⁵⁹ Vgl. Sitzung am 21.7.1919, TOP 5b.

⁶⁰ Vgl. zu den entsprechenden Quellennachweisen Sitzung am 21.7.1919, Anm. 6.

⁶¹ Vgl. Aufzeichnung über die hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen vom 16.5.1927, in: Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung 1925/27, Bd. 13, Nr. 6478, S. 7466; noch 1929 gelangte der frühere Ministerpräsident Hirsch zur gleichen Feststellung, vgl. Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 184.

⁶² Vgl. Sitzungen am 24.2.1925, TOP 5 und 12.3.1925, TOP 11.

⁶³ Vgl. zum Vertrag: Preußen 1928. Politik in Stichworten, hrsg. von der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, Berlin (1931), S. 56; vgl. auch Eimers, Das Verhältnis von Preußen und Reich, S. 114 f.

⁶⁴ Vgl. besonders Sitzung am 26.7.1919, TOP 11, in der Anlage der Beschluß der Regierung über die Fürsorge für Beamte und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten; vgl. auch Sitzung am 22.4.1919, TOP 12 mit Anm. 11.

Größenordnungen – allein das Justizministerium hatte mehr als 3 500 Beamte und Angestellte der Justizverwaltungen aus den Abtretungsgebieten zurückzuführen und auch wieder unterzubringen⁶⁵ – kamen den für mittelbare Staatsbeamte und Lehrpersonen im Unterbringungsgesetzentwurf beratenen gesetzlichen Regelungen besonderes Gewicht zu.⁶⁶

Viertens gab das in der **Reichsverfassung vom 11. August 1919** vorgesehene **Verhältnis von Reich und Ländern** Anlaß für weitere Beratungen. Hier sei auf die Herstellung der formellen Rechtsgleichheit aller Länder und damit die Beseitigung der bisherigen Hegemonialrechte Preußens verwiesen; ferner auch auf die Erweiterung der Gesetzgebungs- und Exekutivbefugnisse des Reichs gegenüber den Ländern, die im Übergang des Militärs, der Eisenbahnen, der Finanz- und Sozialverwaltung und anderer Sachbereiche auf das Reich Ausdruck fand. Aber auch bei den den Ländern verbliebenen Verwaltungszweigen wie der Justiz, der Polizei, dem Schulwesen und der Gemeindeaufsicht waren Reibungsflächen zwischen der preußischen und der Reichsregierung entstanden. Und endlich war Preußens Stellung im Reichsrat⁶⁷ durch die Reichsverfassung bedeutend eingeschränkt; es war, wie amtlich festgestellt wurde, mit einer doppelten Hypothek belastet.⁶⁸ Zum einen engte eine „clausula antiborussica“ die preußischen Stimmen auf zwei Fünftel der Gesamtzahl ein, eine Maßnahme, die Otto Braun als „ein Ausnahmegesetz ausschließlich zu Ungunsten Preußens“ bezeichnete.⁶⁹ Zwar konnten verfassungsändernde Reichsgesetze, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, ohne die preußischen Stimmen im Reichsrat keine Zustimmung erfahren, aber zwei Fünftel der Stimmen allein reichten nicht aus, um Beschlüsse im preußischen Sinne durchzusetzen. Hinzu kam im Juli 1921 die weitere Einschränkung laut Artikel 63, daß die Hälfte der preußischen Stimmen nicht von der Regierung, sondern von den Provinzialverwaltungen gestellt wurden. Diese Provinzialvertreter waren an keine Instruktion gebunden. Das Gesetz über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen vom 3. Juli 1921 gewährte ihnen freies Stimmrecht für die Vollsitzungen des Reichsrats. „Die Folge dieser Bestimmungen war bisher in etwa 24 Fällen“, wurde 1928 erklärt, „die staatspolitisch unerträgliche und groteske Erscheinung, daß die überwiegende Mehrheit der Provinzialvertreter gegen die Regierungsvertreter stimmte, daß sich die preußischen Stimmen also gegenseitig aufhoben, sich ‚totstimmten‘, ... während der ausschlaggebende Einfluß im Reichsrat auf das ungeteilt abstimmende Bayern überging“.⁷⁰ In der Zeit vom 14. Juli 1921 bis Mitte 1928 kam Preußen im Reichsrat insgesamt nur bei 48 von 259 namentlichen Abstimmungen mit dem vollen Gewicht seiner Stimmen zur Geltung, während es in 63 Fällen ebenso viele oder weniger Stimmen als Bayern besaß und 54 mal nur deshalb überstimmt wurde, weil ein Teil der Provinzialbevollmächtigten gegen die Vertreter des Staatsministeriums votiert hatten.⁷¹ In den Protokollen bleibt diese Problematik, durch die die Politik der Staatsregierung konterkariert wurde, freilich ganz im Hintergrund.

Im Mittelpunkt der hier im Vergleich zu anderen Themen sehr zahlreichen Belege stand vielmehr die **preußische Mitwirkung an der Gesetzgebung**. Zunächst war dazu dem als „völlig unhaltbar“

⁶⁵ Vgl. Thiesing, Adolf, Die Geschichte des Preußischen Justizministeriums, in: 200 Jahre Dienst am Recht. Gedenkschrift aus Anlaß des 200jährigen Gründungstages des Preußischen Justizministeriums, hrsg. von Reichsminister der Justiz Franz Gürtner, Berlin (1938), S. 155.

⁶⁶ Vgl. Sitzungen am 12.11.1919, TOP 7; 18.11.1919, TOP 3; 19.12.1919, TOP 1 und 9.1.1920, TOP (6).

⁶⁷ Vgl. Apelt, Willibald, Geschichte der Weimarer Verfassung, 2. Aufl., München/Berlin 1964, S. 217 ff.; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 6, Stuttgart u. a. 1981, S. 378 ff.; Poetzsch, Fritz, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung (vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1924), in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 13 (1925), S. 195 ff.; Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 239 ff.

⁶⁸ Vgl. Preußen 1928, S. 53.

⁶⁹ Vgl. Rep. 90, Nr. 105, n. f.: Braun an die Reichsregierung (Entwurf eines Schreibens vom 6.7.1920); vgl. auch Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 140–142.

⁷⁰ Preußen 1928, S. 54.

⁷¹ Vgl. Bericht über Schwierigkeiten im Verfassungsleben, erstattet von Ministerialdirektor Poetzsch-Heffter dem Verfassungsausschuß der Länderkonferenz im September 1928, Anlage 3, S. 26 f., in: IISG Amsterdam, NL Braun/486 und Zusammenstellung des preußischen Innenministers an den Ministerpräsidenten vom 22.11.1927, in: Rep. 90, Nr. 108. Zit. nach Schulze, Otto Braun, S. 400 und 944, Anm. 264.

angesehenen Zustand einer höchst unzureichenden, öfter sogar gänzlich fehlenden Vertretung Preußens im Staatesausschuß ein Ende zu bereiten, weil ansonsten die Regierung es sich selbst zuzuschreiben hätte, „wenn ihr Ansehen und ihr Einfluß bei den übrigen Einzelstaaten und beim Reiche ständig sinken und die Pläne auf Zertrümmerung des Preußischen Staats immer ungeniertere Formen annehmen“.⁷²

Noch im Laufe des Jahres 1919 getroffene Maßnahmen, so vor allem die Bestellung eines ständigen stimmführenden stellvertretenden Bevollmächtigten bzw. dann von drei Vertretern im Hauptamt durch das Staatsministerium, zeugen von dem Bemühen, diesen Mängeln schrittweise abzuheben.⁷³

Die Beteiligung an der Reichsgesetzgebung und die Einflußnahme darauf sind zu den Gegenständen der Beratungen zu zählen, die einen sehr breiten Raum einnehmen und in dreifacher Hinsicht Einblicke gewähren. Einmal in die Beschäftigung mit den einzelnen Gesetz- und Verordnungsentwürfen der Reichsregierung, die in der Regel zu Instruktionen für das Verhalten der preußischen Vertreter und eigenen Anträgen an den Reichsrat führte. Außerdem wurde über Verlauf, Ausgang und Resultate der Verhandlungen in den Ausschüssen und im Plenum des Reichsrats berichtet. Ein weiteres Moment stellte die preußische Mitwirkung bei den im Reichsrat zu erörternden Verwaltungshandlungen der Reichsregierung dar, wozu die von den Reichsministerien vorzulegenden Etatsentwürfe gehörten. Gerade die Etatsfragen gaben verschiedentlich Anlaß zu Auseinandersetzungen, wie der heftige Zusammenstoß des Reichsinnenministers Koch mit den preußischen Vertretern bei der Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums Anfang Juli 1920 zeigte.⁷⁴

Fünftens nahm die **Beamtenpolitik** einen zentralen Platz ein: Nach der Zahl der Tagesordnungspunkte steht sie sogar an erster Stelle. Für die Republikanisierung des Beamtenapparates⁷⁵, eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung, erlangte die am 26. Februar 1919 mit allgemeiner Zustimmung beschlossene Verordnung über die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand⁷⁶ besonderes Gewicht. Sie sollte einem doppelten Ziel dienen. Es galt, wie das Ministerium ausdrücklich verlauten ließ, bei der Durchsetzung einer neuen Politik des Staates „auch für seine eigentlichen Träger, die Beamten, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen“. Gleichzeitig mußte der Staat davor bewahrt werden, „daß Beamte, die Gegner seiner jetzigen rechtmäßigen Verfassung sind, ihre amtliche Stellung und die damit verbundene Autorität dazu zu mißbrauchen, die Staatsverfassung selbst in ihrem Bestande zu gefährden“.⁷⁷ So sahen die Bestimmungen vor, daß unmittelbare, speziell die der Regierung direkt unterstehenden politischen Beamten, wenn bei Umbildung der Verwaltungen ihre Ämter fortfielen, unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden konnten. Darüber hinaus wurde mit dem Paragraphen 13 den Beamten infolge der „Umgestaltung des Staatswesens“ („weil sie dem Staat in seiner neuen Form nicht mehr dienen wollen“)⁷⁸ die Möglichkeit gegeben, nach Voll-

⁷² Vgl. Rep. 90, Nr. 105, Bl. 29–29v: Der Präsident des Staatsministeriums Hirsch am 11.7.1919 an alle Minister; vgl. dazu auch Sitzung am 26.7.1919, TOP 3 mit Anm. 5.

⁷³ Vgl. dazu Sitzungen am 12.9.1919, TOP 3; 10.11.1919, TOP 4 und 26.11.1919.

⁷⁴ Vgl. Sitzung am 16.7.1920, TOP (1).

⁷⁵ Vgl. Runge, Wolfgang, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965; Möller, Horst, Parlamentarisierung und Demokratisierung im Preußen der Weimarer Republik, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 367–387; ders. Verwaltungsstaat und parlamentarische Demokratie: Preußen 1918–1932, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1983, S. 149–180; ders., Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1985, S. 183–217; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 6, S. 762 ff.; Pikart, Eberhard, Preußische Beamtenpolitik 1918–1933, in: VfZ, 6 (1958), S. 119–137.

⁷⁶ Vgl. Sitzung am 26.2.1919, TOP 4 mit Anm. 3.

⁷⁷ Vgl. Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen, S. 25.

⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 26.

endung des zehnten Dienstjahres bis zum 31. Dezember 1920 ihre Versetzung in den Ruhestand zu beantragen.⁷⁹

Im Zusammenhang damit stand die Einführung einer Altersgrenze für alle unmittelbaren Beamten und Volksschullehrer, einschließlich der richterlichen Beamten, mit dem vollendeten 65. bzw. 68. Lebensjahr.⁸⁰ Dadurch sollte der durch die Kriegs- und Teuerungsverhältnisse hervorgerufenen Überalterung der Beamtenschaft entgegengesteuert und zugleich den zahlreichen Wartegeldempfängern aus den Abtretungsgebieten sowie den Stellenanwärtern größere Chancen eröffnet werden. Auf Grund des Altersgrenzengesetzes wurden einem Nachweis des Finanzministeriums zufolge bis Ende 1922 insgesamt 2631 Beamte (darunter 800 höhere, 1100 mittlere und 700 untere) zwangsweise in den Ruhestand versetzt.⁸¹

Daß das Gesetz über die Zwangspensionierung „ein viel bekämpftes preußisches Gesetz“ darstellte⁸², zeigte sich auch an den überaus vielen Einzelfällen, über die in den Sitzungen der Regierung zu befinden war. Meistens wurden die Anträge auf Verlängerung der Altersgrenze genehmigt⁸³; selten gab es Ablehnungen.

Im Rahmen des Gesetzgebungswerks für die Beamtenschaft ist weiterhin die große Beamtenbesoldungsreform des Jahres 1920 zu nennen.⁸⁴ Die neuen Dienstehkommensgesetze für die Beamten und die Volksschullehrer sowie die anderen Lehrer⁸⁵ paßten nicht nur deren Gehälter der Teuerung und der Geldentwertung an. Sie trugen gleichzeitig auch dem „demokratischen Geist der Zeit“ entsprechend sozialen Aspekten Rechnung, in dem die bisherigen 53 Gehaltsklassen auf nunmehr 13 reduziert wurden und so für die mittleren und unteren Beamten eine erhebliche Einkommensverbesserung eintrat.⁸⁶

Die außerordentlich große Anzahl von Ernennungen in den Beratungen des Staatsministeriums unterstreicht, welch hohen Stellenwert die Personalfragen vor allem in den ersten Jahren nach dem Umbruch einnahmen. Darunter verdienen die personalpolitischen Entscheidungen der Regierung, die der Republikanisierung und Demokratisierung des Beamtenapparates dienten, besonders hervorgehoben zu werden. Beispielsweise zog Innenminister Wolfgang Heine im Dezember 1919 die Bilanz, daß im Innenressort 46 Sozialdemokraten in höhere Beamtenstellen gerückt waren, darunter vier Oberpräsidenten, drei Regierungspräsidenten, zehn Polizeipräsidenten und 24 Landräte (von rund 480).⁸⁷ Das nach der Revolution zweite größere Beamtenrevirement hat das Kabinett Braun – Severing mit der Entlassung zahlreicher politischer Beamter aufgrund ihres Verhaltens im Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch eingeleitet. Nach den ersten Suspendierungen noch durch das Kabinett Hirsch am 22. März 1920⁸⁸ wurden vom neuen Minister des Innern gleich nach dessen Amtsübernahme am 11. April 1920 insgesamt drei Oberpräsidenten, zwei Polizeipräsidenten und

⁷⁹ Vgl. die Ausführungsanweisung der Preußischen Staatsregierung vom 21.6.1919, in: Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung Nr. 9 v. 28.8.1919, S. 353.

⁸⁰ Vgl. Sitzungen am 18.6.1920, TOP 1 und 1.7.1920, TOP 6 mit Anm. 6.

⁸¹ Vgl. Preußisches Verwaltungs-Blatt Nr. 19 v. 10.2.1923, S. 206: Mitteilungen aus Gesetzgebung und Verwaltung. – Zum 1. Termin am 1.4.1921 traten in der Justizverwaltung 1129 Beamte in den Ruhestand; vgl. Thiesing, Die Geschichte des Preußischen Justizministeriums, S. 156.

⁸² Vgl. Arndt, Adolf, Das preußische Altersgrenzengesetz und die preußischen Verwaltungsbeamten, in: Preußisches Verwaltungs-Blatt Nr. 4 v. 22.10.1921, S. 37 f.

⁸³ Bereits beim Inkrafttreten des Gesetzes am 1.4.1921 sind durch die Entscheidung des Staatsministeriums 53 Beamte, die die Altersgrenze überschritten hatten, im Dienst geblieben; vgl. Preußisches Verwaltungs-Blatt Nr. 20 v. 17.2.1923, S. 214.

⁸⁴ Vgl. Die Besoldungsreform (Denkschrift des Preußischen Justizministeriums), in: Rep. 90, Nr. 1325, n. f.

⁸⁵ Vgl. Erythropel, Hermann, Die preußischen Besoldungsgesetze vom 7. Mai 1920. Mit den Ausführungsvorschriften, Tabellen und Beispielen, Berlin 1920; ders., Die preußischen Besoldungsgesetze vom 17.12.1920, Berlin 1921, mit 6 Nachträgen, Berlin 1921/22 und Bettermann, Karl August u. Goesll, Manfred, Schulgliederung, Lehrerbildung und Lehrbesoldung in der bundesstaatlichen Ordnung, Berlin 1963.

⁸⁶ Vgl. Preußen 1928, S. 30 f.

⁸⁷ Vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, Sp. 8212: Heine in der 100. Sitzung am 16.12.1919 anlässlich der 3. Beratung des Staatshaushaltsplans für 1919.

⁸⁸ Vgl. Sitzung am 22.3.1920.

25 Landräte in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Weitere 63 Landräte folgten sehr bald, so daß bis zum Jahresende 1920 annähernd 100 politische Beamte von ihren Posten entfernt worden waren.⁸⁹

In der unruhigen Zeit des Jahres 1919 mit den vielen Streikbewegungen als besonderem Kennzeichen hat sich die Regierung auch mit dem Streikrecht der Beamten zu befassen gehabt. Nach anfänglichen kontroversen Auffassungen dazu⁹⁰ wurde der Standpunkt vertreten, daß den Beamten ein Streikrecht nicht zugestanden werden könne.⁹¹

Sechstens sind die grundsätzliche Bedeutung besitzenden **Gesetze und Verordnungen**, die von der Revolutionsregierung Hirsch bis zur Annahme der Übergangsverfassung erlassen worden sind, gerade im Hinblick auf ihre richtungweisende Wirkung zu betrachten. Dazu zählen die gesetzgeberischen Maßnahmen zur demokratischen Neuregelung des Gemeinde- und Kreistagswahlrechts, deren Entwürfe ab Mitte Januar 1919 beraten wurden⁹² und bis Mai 1919 in mehreren Wahlrechts-Verordnungen Regelungen erfuhren⁹³.

Als ebenso bedeutsam erwies sich der durch die Verordnung über Familiengüter vom 10. März 1919⁹⁴ erfolgende erste, gegen die wirtschaftliche Vorzugsstellung des gebundenen Großgüterbesitzes, ja, gegen die Standesvorrechte des Adels überhaupt gerichtete Schritt. Die noch kurz vor dem Zusammentritt der Landesversammlung verabschiedete Verordnung ermöglichte zunächst im Weg des sogenannten Familienschlußverfahrens die freiwillige Auflösung und sah bei nicht rechtzeitiger Auflösung die zwangsweise vor.⁹⁵ Damit war nach jahrzehntelangen vergeblichen Bemühungen ein preußisches Fideikommißgesetz zustande gekommen, das immerhin der Bestimmung der Reichsverfassung über die Auflösung der Fideikommisse (Art. 155) vorausleitete. Im April 1920 schließlich beriet die Regierung das Adelsgesetz, das die Standesvorrechte des Adels beseitigte und die zwangsweise Auflösung der Hausvermögen vorbereitete.⁹⁶

Siebtens wird unter den skizzierten Rahmenbedingungen mit dem **Übergang der Finanz- und Steuerhoheit von den Ländern auf das Reich** eine zentrale Frage sichtbar. Die preußischen Staatsfinanzen wurden dadurch auf eine völlig neue Grundlage gestellt, denn als eigene Einnahmen von größerer Bedeutung kamen nur noch die Realsteuern (die Grund- und Gewerbesteuer) in Betracht. Hinzu traten einschneidende Änderungen wie der Wegfall der Einnahmen aus den abgetretenen Gebieten und vor allem die Abgabe der Eisenbahnen an das Reich, die vor 1914 weit über die Hälfte der Einnahmen Preußens ausgemacht hatten.

⁸⁹ Vgl. Severing, Carl, Mein Lebensweg, Bd. 1, Köln 1950, S. 280 und Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat, S. 121 f., zusammengefaßt bei Schulze, Otto Braun, S. 303. – In den östlichen Provinzen hat sich die preußische Regierung von insgesamt 19,6 % der amtierenden Landräte bzw. Verwalter von Landratsämtern getrennt; vgl. Behrend, Hans-Karl, Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Innern. Die Besetzung der Landratsstellen in den östlichen Provinzen 1919–1933, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 6 (1957), S. 306.

⁹⁰ Vgl. Sitzungen am 4.4.1919 und 10.4.1919, TOP (4).

⁹¹ Vgl. Sitzung am 10.10.1919, TOP 5.

⁹² Vgl. Sitzungen am 14.1.1919, TOP 3 und 4 sowie 31.1.1919, TOP 4; vgl. auch Sitzungen am 17.1.1919, TOP 1 und 14.12.1918, TOP [7]. Vgl. ebenso die Verordnung über die Neuregelung des Gemeindewahlrechts vom 24.1.1919 nebst einer Nachtragsverordnung vom 31.1.1919 und die Verordnung über die Neuregelung des Kreistagswahlrechts vom 18.2.1919, in: GS, S. 13, 15 und 23.

⁹³ Vgl. Sitzung am 23.5.1919, TOP 10: Vorlage des Gesetzentwurfs über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen; vgl. auch das Gesetz vom 15. Juli 1919, in: GS, S. 113.

⁹⁴ Vgl. Sitzungen am 6.3.1919, TOP 5 und 10.3.1919, TOP 2; vgl. auch GS, S. 39.

⁹⁵ 1919 gab es in Preußen 1 347 gebundene Grundvermögen (ganz überwiegend Fideikommisse) mit etwa 2 350 000 ha Grundbesitz = rund 7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche; vgl. Preußen 1932. Politik in Stichwörtern, hrsg. von der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, Berlin (1932), S. 36.

⁹⁶ Vgl. Sitzung am 23.4.1920, TOP 1 mit Anm. 1.

Im Rahmen der von Matthias Erzberger eingeleiteten Reichsfinanzreform⁹⁷ läßt sich das zur Vertretung der preußischen Belange Veranlaßte im zeitlichen Nacheinander verfolgen, wengleich auch in meist knapper Form: Im Hinblick auf die Bedingungen Preußens für die Aufgabe seiner Steuerhoheit⁹⁸, die Stellung zu den Entwürfen der Reichsabgabenordnung sowie zum Landessteuergesetz vom 30. März 1920, das vorerst den Ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden regelte und das schließlich durch das Finanzausgleichsgesetz vom 23. Juni 1923 ersetzt wurde. Verschiedentlich kam dabei das Bemühen des preußischen Finanzministeriums um mehr Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit zum Ausdruck; ebenso die Gegensätze zum Reich wegen der Höhe der Preußen aus den Reichssteuern zuzuführenden Erträge.⁹⁹

In bezug auf die Gestaltung der preußischen Finanzwirtschaft selbst verdienen die von der Staatsregierung am 12. November 1920 beschlossenen „Grundsätze für eine sparsame Finanzwirtschaft in Preußen“¹⁰⁰ besondere Beachtung.

Insgesamt ist aber in den Protokollen erstaunlich wenig Material zur Reichsfinanzreform und zur Inflation enthalten. Das gilt ebenso für die Ruhrbesetzung und den Ruhrkampf 1923 sowie für das Problem des Separatismus bzw. der Autonomiebestrebungen, wengleich die Oberschlesienfrage¹⁰¹ sehr oft erwähnt wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß gerade alle großen politischen Streitfragen der Nachkriegspolitik, die von der Erfüllung des Friedensvertrags über die Reparationsfragen bis zum Sachverständigen-Gutachten (Dawes-Plan) reichten, gewissermaßen nur „gedämpft“ bis zur Länderebene durchdrangen.

Achtens ist auf die **neue Ressortqualität des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt** aufmerksam zu machen. Hier wurde die gesamte staatliche Wohlfahrtspflege zusammengefaßt und ihre Aufgaben waren so groß, daß der Umfang wohl nur von der Zentralinstanz der preußischen Verwaltung, dem Ministerium des Innern, übertroffen wurde. Da dem Reich aber die legislative Zuständigkeit für die Wohlfahrtspflege vorbehalten war, war das Ministerium im wesentlichen mit der administrativen Umsetzung beschäftigt¹⁰², wengleich gesetzgeberische Aktivitäten zur Ausfüllung reichsrechtlicher Normen weiterhin eine gewisse Bedeutung hatten. In Einzelbereichen ist hier der im Juni 1921 vorgelegte Gesetzentwurf über das Hebammenwesen zu nennen¹⁰³, der den Staatsrat zu gutachterlichen Einwänden veranlaßte¹⁰⁴. In besonderer Weise spiegeln sich aber in den Protokollen die Bemühungen wider, die schwierigen Verhältnisse auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft, die durch den Krieg mit am stärksten betroffen war, zu bewältigen. Dazu zählten vor allem die zur Behebung der verheerenden Wohnungsnot eingeleiteten Schritte, um die Neubautätigkeit zu fördern.¹⁰⁵

⁹⁷ Vgl. Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard am Rhein 1980, S. LXI ff. (Einleitung); Leidel, Herbert, Die Begründung der Reichsfinanzverwaltung, Diss. Münster 1964; Eschenburg, Theodor, Matthias Erzberger, München 1973; Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 215 ff.

⁹⁸ Vgl. dazu Sitzung am 21.7.1919, TOP 4 mit Anm. 5.

⁹⁹ Vgl. dazu Sitzung am 21.4.1921, TOP 1: Finanzminister Friedrich Saemisch führte bei seinem Amtsantritt aus, „daß bisher eine Art Krieg zwischen dem Reich und Preußen über die Höhe der letzterem zuzuweisenden Steuererträge aus den Reichssteuern geführt worden sei“.

¹⁰⁰ Vgl. Sitzung am 12.11.1920, TOP 1 mit Anm. 1–2.

¹⁰¹ Vgl. Doose, Günther, Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem ersten Weltkrieg 1918–1922, Wiesbaden 1987 und Schmidt-Rösler, Andrea, Autonomie- und Separatismusbestrebungen in Oberschlesien 1918–1922, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 1 (1999), S. 1–49.

¹⁰² Vgl. Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen, S. 85.

¹⁰³ Vgl. Sitzung am 17.6.1921, TOP 3 mit Anm. 2.

¹⁰⁴ Vgl. Sitzung am 2.11.1921, TOP 7.

¹⁰⁵ Vgl. dazu auch Hirtsiefer, Heinrich, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen 1919–1923, Berlin 1924, S. 73 ff. und Marcus, Paul, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt (1919–1932). Vorgeschichte, Geschäftskreis und Auflösung sowie seine Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, in: Archivalische Zeitschrift, 83 (2000), S. 93–137.

Neuntens sind die Fragen der **Selbstverwaltung** und der **Verwaltungsreform** von Interesse. Da die Demokratisierung Preußens auch eine Demokratisierung seiner Verwaltung nach sich ziehen sollte und eine Vereinfachung der Verwaltungsprozesse angesichts der drückenden finanziellen Lage des preußischen Staates sich als dringend notwendig erwiesen hatte¹⁰⁶, war deren Aktualität besonders augenfällig. Zunächst befaßte man sich bei den Beratungen mit dem Projekt, die Selbstständigkeit der Provinzen zu stärken, was aber schon im Ausschuß der Landesversammlung scheiterte.¹⁰⁷ Auch später zeigte sich, daß sich eine grundlegende Reform der Verwaltung am Widerstand konservativer Kreise im Landtag zerschlug.

Das traf auch auf die im Januar 1922 eingebrachte Vorlage des Ministers des Innern über die Kommunale Verfassungsreform zu, die unter diesem Titel eine im Gesamtstaat einheitliche Städte-, Gemeinde- und Provinzialordnung durchsetzen wollte.¹⁰⁸ Ebenso verhielt es sich bei dem Versuch Severings, mit der sogenannten kleinen Verwaltungsreform die staatlichen Mittelbehörden, d. h. die Regierungspräsidien, zu vereinfachen. Wie dieser so fanden auch seine Bestrebungen, eine umfassende Neuordnung im Wege der sogenannten großen Verwaltungsreform herbeizuführen¹⁰⁹, keine Mehrheit im Landtag.

In den Protokollen wird gleichfalls deutlich, daß die Vorschläge des Staatskommissars zur Vorbereitung der Verwaltungsreform, Bill Drews, nur geringe Beachtung fanden.

2. *Das preußische Staatsministerium in der Weimarer Demokratie*

Im Rückblick auf die am 12. November 1918 gebildete neue preußische Regierung wurde durch die Presseabteilung des Staatsministeriums im Februar 1921 festgestellt: „Das neue Staatsministerium nahm die Bezeichnung ‚Preußische Regierung‘ an, erst mit dem Inkrafttreten der Verfassung wurde die jetzt gültige Benennung: ‚**Das Preußische Staatsministerium**‘ eingeführt.“¹¹⁰

Die Regierung, die mit der Verordnung vom 14. November 1918 alle die „Zuständigkeiten, die nach den bisherigen Bestimmungen von der Krone und vom Staatsministerium ausgeübt wurden“, übernahm¹¹¹, bestimmte diese mit den „Grundsätzen für die Zuständigkeit der Preußischen Regierung, der Ressortminister und des Gesamtministeriums“ vom 14. Dezember 1918 neu¹¹² und gab sich damit selbst eine Geschäftsgrundlage. Danach bildete die aus sechs Mitgliedern bestehende Preußische Regierung, auch Politisches Kabinett genannt, die eigentliche Regierung. Sie war Trägerin der exekutiven und legislativen Gewalt und ihr stand die letzte Entscheidung in allen preußischen Angelegenheiten zu. Demgegenüber besaß das Gesamtministerium, das sich aus den Mitgliedern der Regierung und den Ressortministern zusammensetzte, nur eine beratende Funktion. Bindende Beschlüsse konnte es nicht fassen. Bei allen Verordnungen mit finanzieller Wirkung war das Finanzministerium anzuhören. Das insgesamt acht Paragraphen umfassende Dokument ist nicht veröffentlicht worden.

Die Organisation der Exekutive änderte sich nach dem Austritt der USPD-Mitglieder aus der preußischen Regierung Anfang Januar 1919. Mit der jetzt vorgenommenen einfachen Besetzung der Ressorts entledigte man sich endlich des „mißtrauischen Prinzips der Doppelleitung“ der Ministerien¹¹³, und mit den am 31. Januar 1919 beschlossenen „Grundsätzen für die Zuständigkeit der

¹⁰⁶ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 574 ff. und Deuse, Klaus, Verwaltungsabbau und Verwaltungsreform in Preußen von 1909 bis 1932, Phil. Diss. Bonn 1985, S. 376 ff.

¹⁰⁷ Vgl. Sitzung am 12.7.1919, TOP 6 mit Anm. 11.

¹⁰⁸ Vgl. Sitzung am 27. Januar 1922, TOP 8.

¹⁰⁹ Vgl. dazu Sitzung am 31.1.1924, TOP 1.

¹¹⁰ Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen, S. 7 (Einleitung).

¹¹¹ Vgl. GS, S. 189.

¹¹² Vgl. dazu Sitzung am 14.12.1918, TOP [11] mit Anm. 11.

¹¹³ Vgl. Jung, Otmar, Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, 2 Teile, Hamburg 1990, T. 1, S. 435.

Preußischen Regierung (Staatsministerium) und der Ressortminister¹¹⁴ wurde die bisherige Teilung in ein Politisches Kabinett und ein Gesamtministerium aufgegeben. Der Regierung gehörten nunmehr alle Minister, auch soweit sie kein besonderes Ressort verwalteten, mit beschließender Stimme an. Das Protokoll vom 31. Januar 1919 selbst verknüpft die Annahme der Grundsätze mit der Wiederherstellung des Staatsministeriums in seiner alten Konstruktion und mit der Führung des Titels Staatsminister durch die Minister.¹¹⁵

Anstelle des Vorsitzenden wurde das Amt des **Ministerpräsidenten** eingeführt, das zunächst Innenminister Paul Hirsch¹¹⁶ gleichzeitig bekleidete. Er hatte laut den Grundsätzen den Vorsitz in den Sitzungen und setzte die Tagesordnungen fest. Dabei galten, wie schon in den Grundsätzen vom 14. Dezember 1918, folgende Beratungsgegenstände als besonders wichtig: Alle Gesetzentwürfe, Besprechungen über abweichende Ansichten zwischen den Ministern, Vorschläge wegen der Anstellung bestimmter höherer Beamter und solche Angelegenheiten, die eine gleichmäßige Regelung für alle Ressorts erforderten.

Mit dem von der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung am 20. März 1919 beschlossenen „Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen“¹¹⁷ wurde die Regierungsarbeit auf eine feste verfassungsrechtliche Grundlage gestellt. Die vorläufige Verfassung (Übergangsverfassung), die bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung am 30. November 1920 galt, bestätigte zum einen die Staatsregierung¹¹⁸ als eine aus sämtlichen Staatsministern bestehende kollegiale Behörde unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und zum anderen die Übertragung der Befugnisse, die nach den Gesetzen und Verordnungen dem König zugestanden hatten, auf die Staatsregierung. Ausgenommen blieb das Recht der Auflösung oder Vertagung der Landesversammlung. Die Rechte des Königs als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments gingen bis zum Erlaß der Verfassung auf drei von der Staatsregierung zu bestimmende Staatsminister evangelischen Glaubens über.

Der Ministerpräsident war nicht mehr nur primus inter pares, sondern im Paragraph 4 wurde ihm bei Stimmengleichheit im Kabinett die ausschlaggebende Stimme, das Mehrstimmenrecht, zugestanden. Die Richtlinienkompetenz, die ihn erst zum Regierungschef gemacht hätte, wurde ihm in der provisorischen Verfassung noch nicht eingeräumt.

Eine Besonderheit in der Verfassungskonstruktion stellte auch die Tatsache dar, daß die Staatsregierung durch den Präsidenten der Landesversammlung zu berufen war (§ 3); eine Bestimmung, die in der endgültigen Verfassung wieder verändert wurde. Die vom Präsidenten der Landesversammlung Robert Leinert am 25. März 1919 ernannte erste reguläre Regierung Preußens war ein aus den Parteien der Weimarer Koalition SPD, Zentrum und DDP gebildetes Kabinett mit Paul Hirsch als Ministerpräsidenten.

In der Preußischen Verfassung vom 30. November 1920¹¹⁹ sind die Grundsätze zur Stellung des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten neu formuliert worden. Das Staatsministerium bildete laut Artikel 7 die oberste und leitende Behörde des Staates und bestand aus dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern. Im Unterschied zur Übergangsverfassung bestimmte der Artikel 45 die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag ohne Aussprache und die Ernennung

¹¹⁴ Zur Vorbereitung und zur Beschlußfassung der ebenfalls nicht veröffentlichten Grundsätze vgl. Sitzungen am 4.1.1919, vor Eintritt in die Tagesordnung mit Anm. 2 sowie am 31.1.1919, TOP 1 mit Anm. 1. – In den Akten des Staatsministeriums bereits: „Grundsätze der Preußischen Staatsregierung“; vgl. Rep. 90, Nr. 395 und 396, jeweils n. f.

¹¹⁵ Die Protokolle, die bis zur Annahme der vorläufigen Verfassung am 20.3.1919 dennoch die Überschrift „Sitzung der Regierung“ tragen, entsprechen hier den Vorlagen.

¹¹⁶ Vgl. Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 109 ff.

¹¹⁷ Vgl. GS, S. 53; zur Beratung des Gesetzentwurfs in den Sitzungen der Regierung vgl. Sitzungen am 17./18.2.1919, TOP 5; 21.2.1919, TOP 1; 6.3.1919, TOP 6; 10.3.1919, TOP 1 und 12.3.1919, TOP 2. Vgl. weiterhin Rep. 90, Nr. 106.

¹¹⁸ Die hier in der vorläufigen Verfassung vorgenommene Bezeichnung „Staatsregierung“ findet auch in den Überschriften der Protokolle ab dem 26.3.1919 Anwendung.

¹¹⁹ Vgl. GS, S. 543.

der Staatsminister durch den Ministerpräsidenten. Erstmals legte die Verfassung im Artikel 46 fest: „Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und ist dafür dem Landtage verantwortlich.“ Ein Mehrstimmenrecht für den Ministerpräsidenten bei Stimmengleichheit im Kabinett sah die Verfassung nicht vor.

Nach den in der Verfassung gewählten Bezeichnungen hat Braun am 27. Dezember 1920 die Anordnung an alle Minister gegeben: „Wo bisher im amtlichen Schriftverkehr auf Grund der vorläufigen Verfassung vom 20.3.1919 die Bezeichnung ‚Preußische Staatsregierung (Staatsministerium)‘ gebraucht worden ist“ hat nun „Das Preußische Staatsministerium“ zu treten. Auch die Bezeichnung „Der Ministerpräsident“ wurde im amtlichen Verkehr für „Der Präsident des Staatsministeriums“ eingeführt.¹²⁰

Braun hatte schnell erkannt, daß diese Richtlinienkompetenz „der Schlüssel für die Beherrschung der preußischen Politik“ war¹²¹, und diese auch durchzusetzen verstanden. Dabei schuf er sich mit dem Büro des Staatsministeriums, das sich mehr und mehr zu einer Kanzlei des Regierungschefs entwickelte, ein wichtiges Hilfsinstrument.¹²² Die in den Akten überlieferten Aufzeichnungen der Referenten für den Ministerpräsidenten zu den Staatsministerialsitzungen sind ein Beispiel dafür, wie eng Braun seine Mitarbeiter in die Vorbereitung von Materien, die zu beraten waren, einband.¹²³ Erstmals ab Anfang Dezember 1921 nahm Braun auch den Vollzug der vom Protokollführer vorgelegten Niederschriften über die Sitzungen des Staatsministeriums persönlich vor.¹²⁴

Brauns Versuch, das in der neuen Verfassung nicht mehr enthaltene Mehrstimmenrecht wieder einzuführen und damit seine Position weiter zu stärken, schlug jedoch fehl. Er scheiterte im Januar 1921 am Widerstand der Koalitionsminister und des Ständigen Ausschusses des Landtages¹²⁵ und erneut im Dezember 1921, als er den Antrag stellte, das Mehrstimmenrecht in den „Grundsätzen für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums“ zu verankern¹²⁶.

Was die anfängliche **Tätigkeit der Regierung** anbetraf, so hat sich die personelle Seite als der entscheidende Grund herausgestellt, der ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigte. Die Gegensätze zwischen den mehrheitssozialdemokratischen und den unabhängigen Abgeordneten des ehemaligen preußischen Abgeordnetenhauses übertrugen sich auch auf die Ebene der Regierung. Das Ministerzweigespann, die Doppelbesetzung der meisten Ministerien mit einem Mehrheitssozialdemokraten und einem Unabhängigen hat Otto Braun als mißlich und als eine „Anomalie“ bezeichnet, die zur „Direktionslosigkeit“ führte. Besonders kraß sei dies im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Erscheinung getreten, wo dem „wenig energischen“ Sozialdemokraten Konrad Haenisch der „sehr robuste“ Adolf Hoffmann von den Unabhängigen beigegeben war.¹²⁷

Auf Grund dieser Umstände hat die Regierung auch erst am 27. November 1918 ihre endgültige Zusammensetzung erfahren. Mit Vertretern der SPD und USPD waren die Ministerien des Innern, der Finanzen, Wissenschaft und Landwirtschaft besetzt; ebenso das Justizministerium, nachdem der Zentrumspolitiker Peter Spahn auf Drängen des Vollzugsrats der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als Justizminister entlassen und durch den Sozialdemokraten Wolfgang Heine ersetzt worden war.¹²⁸ Die anderen Ministerien, das Handels- und Kriegsministerium sowie das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, wurden durch bürgerliche Minister geleitet. Ihnen war aber eine

¹²⁰ Vgl. Rep. 90, Nr. 396, n. f. – Folglich tragen nunmehr auch die Protokolle ab dem 12.1.1921 am Kopf: „Sitzung des Preußischen Staatsministeriums“.

¹²¹ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 369; vgl. besonders S. 367 ff. Die politischen Richtlinien, und wie man sie durchsetzt.

¹²² Vgl. ebenda, S. 375 f.

¹²³ Vgl. dazu auch den Referenten im Staatsministerium, Rudolf Amelunxen: Ehrenmänner und Hexenmeister. Erlebnisse und Betrachtungen, München 1960, S. 74.

¹²⁴ Vgl. Sitzung am 9.12.1921 und die folgenden Sitzungen.

¹²⁵ Vgl. Sitzungen am 12.1.1921 (Nachmittagssitzung), TOP 1 mit Anm. 2–3 und am 24.1.1919, TOP 2 mit Anm. 3.

¹²⁶ Vgl. Sitzung am 16.12.1921, TOP 4 mit Anm. 3–4.

¹²⁷ Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 42.

¹²⁸ Vgl. Anm. 3 zur Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Politischen Kabinett Preußens am 14.11.1918 im vorliegenden Regestenband; vgl. zur Entlassung Spahns auch Eimers, Das Verhältnis von Preußen und Reich, S. 61.

Kontrollinstanz von Beigeordneten aus Vertretern der SPD und USPD zugeordnet. Im Kriegsministerium beispielsweise fungierte der Sozialdemokrat Paul Göhre als Beigeordneter.¹²⁹

Die Führungsqualitäten der beiden Vorsitzenden Paul Hirsch und Heinrich Ströbel werden als gering bezeichnet.¹³⁰ Von ihnen hoben sich zwei Kabinettsmitglieder, Landwirtschaftsminister Otto Braun und Wissenschaftsminister Adolf Hoffmann, ab. Durch Braun sollte die Politik der Sozialdemokratischen Partei in der preußischen Regierung durchgesetzt werden. Hoffmann galt als Wortführer der unabhängigen Mitglieder der Regierung, der mit der Umbenennung des Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten in Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 15. November 1918 ein Zeichen für seine beabsichtigte radikale Kulturpolitik setzen wollte.¹³¹

Als erster Ministerpräsident im republikanischen Preußen hatte sich der Sozialdemokrat Paul Hirsch als kein starker Regierungschef erwiesen. Ihm mangelte es an „Entschlußfähigkeit“¹³²; er galt als unentschlossen, leicht zu beeinflussen und neigte zur Resignation, so daß Hirsch in der Regierung „wenig mehr als ein Diskussionsleiter“¹³³ in Erscheinung getreten ist. Sein Rücktritt nach dem Kapp-Putsch war demzufolge auch „kein politischer Verlust“¹³⁴.

Dagegen zeichnete sich sein Nachfolger Otto Braun, der erstmalig am 29. März 1920 preußischer Ministerpräsident wurde und das Amt mit zwei kurzen Unterbrechungen bis zum 25. März 1933 innehatte, durch besondere Willensstärke und Entschlußkraft aus. Schon als Landwirtschaftsminister hatte er dies unter Beweis gestellt und war „unangefochtener Herr“ über die Bürokratie geworden.¹³⁵ Infolge seines beharrlich-konsequenten Eintretens für die Grundinteressen der Landarbeiter und seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber den Umtrieben der im Pommerschen Landbund organisierten Junker war Braun „der meistgehaßte Mann im agrarisch-konservativen Lager“.¹³⁶

Für sein Kabinett hatte Ministerpräsident Braun mit Carl Severing¹³⁷, der zuvor auf dem überaus schwierigen Posten eines Reichs- und Staatskommissars für das unruhige rheinisch-westfälische Industriegebiet erfolgreich tätig gewesen war, die wichtigste Persönlichkeit für die Durchführung seines Regierungsprogramms gewonnen. Ob bei der Demokratisierung der Verwaltung und ihrer Reform, ob beim Aufbau der Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der Regierung oder beim entschiedenen Vorgehen gegen die republikfeindlichen Verbände – um für den hier betrachteten Zeitraum nur dies hervorzuheben – das „System Braun–Severing“ wurde als „Synonym für das demokratische Preußen der Weimarer Zeit aufgefaßt“.¹³⁸

Das Kabinett Braun–Severing leitete als eine Folgerung aus dem Kapp-Putsch mit der Entlassung zahlreicher politischer Beamten für ihr Verhalten in den Putschtagen das nach der Revolution

¹²⁹ Vgl. Schneider, Hans, Die Parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen 1919–1921, in: Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag, hrsg. von Horst Ehmke u. a., Berlin 1973, S. 564.

¹³⁰ Vgl. dazu Schulze, Otto Braun, S. 234.

¹³¹ Vgl. zur Umbenennung Haenisch, Konrad, Neue Bahnen der Kulturpolitik. Aus der Reformpraxis der deutschen Republik, Stuttgart/Berlin 1921, S. 166.

¹³² Vgl. Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968, S. 526. – Dem zeitweiligen gleichzeitigen Innenminister sollen die Geheimräte auf der Nase herumgetanzt sein; vgl. Gerlach, Hellmut v., Von Rechts nach Links, Zürich 1937, S. 246 f.

¹³³ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 234 und 242.

¹³⁴ Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 97.

¹³⁵ Vgl. dazu Schulze, Otto Braun, S. 265 ff. und 36.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 290; grundsätzlich ebenda, S. 278–289: Braun als der von der Reaktion verleumdete „Minister gegen die Landwirtschaft“ sowie Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 52 ff.

¹³⁷ Vgl. Severing, Mein Lebensweg, Bde. 1 und 2; ders., 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen des Staatsministers a. D. Carl Severing, ehemaligen Reichs- und Staatskommissars im Befehlsbereiche des VII. Armeekorps, Bielefeld 1927; Menzel, Hans, Carl Severing, Berlin 1932; Alexander, Thomas, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Frankfurt/M. 1992; ders., Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar, 2 Teile, Frankfurt/M. 1996.

¹³⁸ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 302 f.; zur Charakteristik Severings vgl. ebenda, S. 301–303.

zweite größere Beamtenrevirement ein. In der „Übergangsregierung“ Adam Stegerwalds¹³⁹ wurde allerdings der von Severing begonnene Ämterwechsel durch Innenminister Alexander Dominicus¹⁴⁰ nicht fortgesetzt, ja sofort gestoppt.¹⁴¹

In der Domäne der SPD, dem Innenministerium, war die Personalpolitik unter Paul Hirsch und Wolfgang Heine¹⁴² zu schleppend und zu gemäßigt angepackt worden. Die Forderung nach sofortigem Rücktritt Heines im Neunpunkteprogramm der Gewerkschaften¹⁴³ vom März 1920 hing damit zusammen. Heine hatte seine Personalpolitik mit einem schlimmen Fehlgriff begonnen, indem er den deutschnationalen Magnus Freiherr von Braun zum Personalreferenten ins Ministerium berief; von Braun konnte sich später damit brüsten, seinen Minister öfter hintergangen und sich schützend vor die alten Landräte gestellt zu haben¹⁴⁴. Als Regierungspräsident in Gumbinnen gehörte er im März 1920 zu den Sympathisanten des Kapp-Putsches.

Mit dem **Finanzministerium** besaß die SPD seit der Revolution bis zum April 1921 eine Schlüsselposition. Minister Albert Südekum hatte es jedoch nicht vermocht, sich die notwendige freie Hand gegenüber der alten Ministerialbürokratie seines Ministeriums zu verschaffen, wie Otto Braun zu berichten weiß.¹⁴⁵ Diese blieb freilich nicht nur untätig, wenn es um die Aufbringung der Mittel für die Behebung der großen Finanzmisere ging, sondern war „eher geneigt, dem republikanischen Regime durch passive Resistenz, die mitunter schon an Sabotage grenzte, die Durchführung neuer Reformen zu erschweren“.¹⁴⁶ Speziell in der von Braun in Angriff genommenen Siedlungsfrage sind die von ihm beantragten finanziellen Aufwendungen regelmäßig am Einspruch des Finanzministers gescheitert.¹⁴⁷

Unterstaatssekretär Felix Busch und Ministerialdirektor Heinrich Löhlein sowie weitere fünf leitende Beamte des Ministeriums beispielsweise machten noch am 31. März 1920 gegenüber dem neuen Finanzminister Hermann Lüdemann (und im Beisein seines Vorgängers Südekum) keinen Hehl daraus, den „politischen Standpunkt“ auch des jetzigen Ministers nicht zu teilen, „sondern durchweg – ohne allerdings politisch organisiert zu sein – rechts von den gegenwärtigen Regierungsparteien“ zu stehen.¹⁴⁸

In der Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern traten innerhalb der Staatsregierung Südekum und Braun als Gegenspieler auf. Braun kam zu der Auffassung, daß der Finanzminister sich geradezu „in die Rolle des Verwalters königlichen Vermögens hineingelebt“ hätte.¹⁴⁹

Neben dem Finanzministerium war auch das **Wissenschaftsministerium** bis zum April 1921 in sozialdemokratischer Hand. Über die im Ministerium eingeleiteten Reformarbeiten legte der sozialdemokratische Minister Konrad Haenisch verschiedentlich Rechenschaft ab. Als er am 12. Februar 1919 vor dem Zentralrat über Fragen der Unterrichtsverwaltung Vortrag hielt, wurde von ihm auch das „große Schwierigkeiten“ bereitende Problem der Zusammenarbeit „mit einer im wesentlichen reaktionären Beamtenschaft“ im Ministerium sehr deutlich angesprochen, das es zu überwinden

¹³⁹ Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 108–110.

¹⁴⁰ Vgl. Müller, Paul, Alexander Dominicus. Ein Lebensbild, Berlin 1957.

¹⁴¹ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 338.

¹⁴² Zu seiner Grundhaltung vgl. Heine, Wolfgang, Die Beamten der Republik, in: Sozialistische Monatshefte, 63 (1926), S. 610–614.

¹⁴³ Vgl. Könnemann, Erwin u. Schulze, Gerhard (Hrsg.), Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002; bes. Nr. 202, S. 271 f.: Das Neunpunkteprogramm des ADGB, der Afa und des Deutschen Beamtenbundes vom 18.3.1920 und Nr. 211, S. 278–292: Die Verhandlungen über das Neunpunkteprogramm am 18./19.3.1920.

¹⁴⁴ Vgl. Braun, Magnus Freiherr v., Von Ostpreußen bis Texas, Stollhamm 1955, S. 172 ff.

¹⁴⁵ Vgl. VI. HA, NL Braun, A Nr. 68, S. 100 (maschinenschriftliches Memoiren-Manuskript).

¹⁴⁶ Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 56.

¹⁴⁷ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 273.

¹⁴⁸ Vgl. Rep. 90, Nr. 2325, Bl. 36–38: Antrag Lüdemanns an den Präsidenten des Staatsministeriums, Busch und Löhlein sofort ihrer Ämter zu entheben; vgl. auch Sitzung am 16.4.1920.

¹⁴⁹ Vgl. VI. HA, NL Braun, A Nr. 68, S. 342; zum ständigen Streit zwischen beiden vgl. Schulze, Otto Braun, S. 245 f.

gelte. Gerade erst fünf von den „alten reaktionären Geheimräten“ waren durch „Sozialisten“ abgelöst worden.¹⁵⁰

Rund zwei Jahre später zog der Minister die Bilanz, daß „von den Herren des alten Systems“ mittlerweile der Unterstaatssekretär, die vier leitenden Ministerialdirektoren (des Volksschulwesens, des höheren Schulwesens, des Hochschulwesens und der geistlichen Abteilung) und etwa zehn weitere höhere Beamte ausgeschieden seien. Neben mehreren Demokraten und zeitweilig 17 „organisierten Sozialisten“ rückten zum ersten Mal in der Geschichte des Ministeriums vier Frauen (zwei „Sozialistinnen“ und je eine von der DDP und dem Zentrum) nach, so daß es im Ergebnis keine Ministerialabteilung mehr gab, die als „sozialistenrein“ gelten konnte. Von den rund 450 preußischen Kreisschulräten gehörten etwa 36 der SPD und noch einige mehr der DDP an. Für Haenisch bedeuteten die erreichten Personalveränderungen allerdings erst „höchst bescheidene Ansätze“.¹⁵¹

In Haenischs Amtsführung vor allem zu Beginn seiner Ministerzeit machte sich aber auch dessen Neigung bemerkbar, „zu sehr seinem Gefühl zu vertrauen und parteipolitisch unbequemen Entscheidungen auszuweichen“.¹⁵² Er überließ die Verbindung mit der Beamtenschaft des Ministeriums vielmehr dem Unterstaatssekretär Carl Heinrich Becker¹⁵³, dem er darüber hinaus Entscheidungsfreiheit in allen Grundsatzfragen einräumte, wie Erich Wende, einer der Personalreferenten und wichtigster Mitarbeiter C. H. Beckers, feststellte.¹⁵⁴

Der parteilose Orientalistikprofessor Becker war für den wegen Meinungsverschiedenheiten mit Haenisch entlassenen unabhängigen Unterstaatssekretär Max Hermann Baege zum 1. April 1919 nachgerückt¹⁵⁵ und im Kabinett Stegerwald Wissenschaftsminister geworden. Beim 2. Kabinett Braun hatte er sich aber dazu bewegen lassen, auf das Ministeramt zu verzichten und auf seinen früheren Posten als Staatssekretär zurückzukehren.¹⁵⁶ Becker sah sein Amt als einen „Versuch, als unpolitischer Minister Treuhänder sämtlicher Parteien, von den Sozialisten bis zu den Deutsch-Nationalen“ zu sein.¹⁵⁷ Seine Hochschulpolitik wurde jedoch von sozialdemokratischer wie demokratischer Seite sehr kritisch gesehen, denn er habe bei Berufungen konservative und nationalistische Professoren bevorzugt und sozialistischen oder engagiert demokratischen Hochschullehrern den Weg zur Professur versperrt.¹⁵⁸

In der **Regierung der Großen Koalition** erfolgte die Besetzung der Ministerien der Finanzen und der Wissenschaft, Kunst und Volksbildung durch die DVP. Der volksparteiliche Finanzminister

¹⁵⁰ Vgl. Der Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968, Nr. 84, S. 608 ff.

¹⁵¹ Vgl. Haenisch, Neue Bahnen der Kulturpolitik, S. 56 f.; zu seiner Ministertätigkeit vgl. auch: Kulturpolitische Aufgaben. Aus dem Vortrag Haenischs am 3.2.1919 in der Handelshochschule Berlin, Berlin (1919) und: Die Not der geistigen Arbeiter. Ein Alarmruf. Nach einem Vortrag Haenischs im Leipziger Buchhändlerhaus, Berlin (1920); vgl. weiter John, Matthias, Konrad Haenisch (1876–1925). Laufbursche bei der „Leipziger Volkszeitung“ – Redakteur in Dortmund – preußischer Kultusminister, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1 (2001), S. 55–69.

¹⁵² Vgl. Wende, Erich, C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 114.

¹⁵³ Vgl. Wende, C. H. Becker; Müller, Guido, Weltpolitische Bildung und Akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930, Köln u. a. 1991; Becker, Carl Heinrich, Internationale Wissenschaft und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften, hrsg. und eingeleitet von Guido Müller, Frankfurt/M. 1997; Düwell, Kurt, Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker, in: HZ, Beih. 1 (1971), S. 31 ff.; Wittwer, Wolfgang W., Carl Heinrich Becker, in: Berlinische Lebensbilder. Wissenschaftspolitik in Berlin, hrsg. von Wolfgang Treue und Karlfried Gründer, Berlin 1987, S. 251–267.

¹⁵⁴ Vgl. Wende, C. H. Becker, S. 71 f.; vgl. auch die von Haenisch „seinem verehrten Freunde und treuen Mitarbeiter Prof. Dr. Becker zum Gedenken an gemeinsames Schaffen“ gewidmete Schrift: Staat und Hochschule. Ein Beitrag zur nationalen Erziehungsfrage, Berlin 1920.

¹⁵⁵ Vgl. Sitzungen am 27.3.1919, TOP 2 und 1.4.1919, TOP 1.

¹⁵⁶ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 350.

¹⁵⁷ Becker an v. Scheliha, 3.10.1925, in: VI. HA, NL Becker, Korrespondenz Sch., zit. nach Schulze, Otto Braun, S. 479 und 960.

¹⁵⁸ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 479.

Ernst v. Richter war nach dem Kapp-Putsch als Oberpräsident von Hannover in den Ruhestand versetzt worden, weil die Regierung in ihm „nicht den Garanten einer mutigen Vertretung ihrer Politik erblickte“.¹⁵⁹ Als Vorsitzender der DVP-Landtagsfraktion hatte er die SPD scharf bekämpft, wurde jedoch von allen Seiten als Verwaltungsfachmann anerkannt. Das Wissenschaftsministerium übernahm Otto Boelitz, Gymnasialdirektor aus Soest und bisheriger kulturpolitischer Sprecher der Fraktion im Landtag.¹⁶⁰

In der mehr als drei Jahre bestehenden Großen Koalition¹⁶¹ hat sich entgegen allen Bedenken aber gezeigt, daß die beiden volksparteilichen Minister insgesamt die Zusammenarbeit mit den Koalitionspartnern über die engeren parteipolitischen Interessen gestellt haben.¹⁶² Deren Personalpolitik indes gab Anlaß zu den „lebhaftesten Beschwerden“.¹⁶³ Für Innenminister Severing war Richter „in den Sitzungen des Staatsministeriums ... das retardierende Element, der Bremsklotz meines Ministeriums“, zumal Personalentscheidungen gemeinschaftlich zwischen Innen- und Finanzminister zu treffen waren.¹⁶⁴

Das **Justizministerium** war seit dem März 1919 eine Domäne des Zentrums.¹⁶⁵ Für immerhin acht Jahre sollte der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Anwaltskammer Düsseldorf, Hugo am Zehnhoff, das Amt des Justizministers bekleiden. Unter seiner Leitung blieb das preußische Justizwesen „weitgehend unangefochten ein Reservat vorrevolutionärer, konservativer, wenn nicht reaktionärer Rechtspflegevorstellungen“, so daß „die Person des Justizministers eher ein Schaden für den neuen preußischen Staat“ war.¹⁶⁶ Reichskanzler Heinrich Brüning, früher Referent im Wohlfahrtsministerium, rechnete am Zehnhoff das „Verdienst“ an, „über alle Stürme hinweg die völlige parteipolitische Unabhängigkeit der Richter in Preußen gewahrt zu haben“. Ja, während seiner Amtszeit habe es kein anderer preußischer Minister gewagt, „sich je in die Personalangelegenheiten der Justizverwaltung einzumischen“.¹⁶⁷

Das neu gebildete **Ministerium für Volkswohlfahrt**, das die bisher in fünf Ministerien zerstreut arbeitenden Abteilungen für Volksgesundheit, Wohnungs- und Siedlungswesen, Jugendwohlfahrt und allgemeine Fürsorge an einer Stelle zusammenfaßte¹⁶⁸, war ebenfalls dem Zentrum zugefallen. Zunächst wurde es vom christlichen Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald¹⁶⁹ verwaltet, in der

¹⁵⁹ Vgl. Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 1, S. 335; vgl. auch Sitzungen am 9.4.1920, TOP 8 und 18.5.1920, TOP 1.

¹⁶⁰ Vgl. auch Boelitz, Otto, *Der Aufbau des preußischen Bildungswesens nach der Staatsumwälzung*, Leipzig 1924, 2. Aufl., Leipzig 1925.

¹⁶¹ Vgl. Braun, *Von Weimar zu Hitler*, S. 105–108; Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 1, S. 334–338; ders., *Koalitionsfragen*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 57 (1921), S. 1081–1084; Jansen, Robert, *Die große Koalition in Preußen*, Berlin (1921).

¹⁶² Zur Kontroverse zwischen Braun und den beiden DVP-Ministern über den Entwurf der Regierungserklärung vgl. Sitzung am 8.11.1921, TOP 5 mit Anm. 3.

¹⁶³ Vgl. Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 1, S. 336.

¹⁶⁴ Vgl. ebenda.

¹⁶⁵ Vgl. auch Hömig, Herbert, *Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979 und *Die Zentrumsfraktion in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung 1919–1921*. Sitzungsprotokolle, bearbeitet von August Hermann Leugers-Scherzberg und Wilfried Loth, Düsseldorf 1994.

¹⁶⁶ Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 351 und 935, Anm. 3: Aussage des Vorstandsmitglieds der SPD-Fraktion im preußischen Landtag und späteren Oberregierungsrats im Ministerium des Innern, Ernst (Ernest) Hamburger.

¹⁶⁷ Vgl. Brüning, Heinrich, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 60.

¹⁶⁸ Vgl. dazu Sitzungen am 10.4.1919, TOP 1 und 7.5.1919, TOP 1.

¹⁶⁹ Vgl. Morsey, Rudolf, *Adam Stegerwald 1874–1945*, in: Morsey, Rudolf (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Mainz 1973, S. 206–219; Deutz, Josef, *Adam Stegerwald. Gewerkschafter – Politiker – Minister. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland*, Berlin 1952; Schorr, Helmut J., *Adam Stegerwald. Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland*, Recklinghausen 1966.

Regierung der Großen Koalition dann vom Verbandssekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen, Heinrich Hirtsiefer¹⁷⁰, der Wohlfahrtsminister bis 1933 blieb. Der Koalitionspartner DDP¹⁷¹ hatte das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, das 1921 aufgelöst wurde, nach dem Rücktritt von Wilhelm Hoff mit Rudolf Oeser besetzt. Braun schätzte ihn als aufrechten Demokraten.¹⁷² Den DDP-Handelsminister Otto Fischbeck dagegen charakterisierte er als „wirtschaftlich stark manchesterlich“ und „politisch lau-demokratisch eingestellt“, der „alle Reformen und Maßnahmen, bei denen er sozialistisches Gedankengut witterte“, hemmte.¹⁷³ Offenbar hatte Fischbecks schroffes Auftreten als Berliner Stadtrat gegen die Sozialdemokratie auch dazu beigetragen, daß Wilhelm II. ihn am 3. Oktober 1918 zum Handelsminister ernannte. Erhard Hübener (DDP), seit dem 1. November 1919 als Referent für die Aufsicht über die Kommunen und die Handelskammern verantwortlich, hatte in seiner dreijährigen Tätigkeit die Erfahrung machen müssen, daß der Verwaltungsfachmann Fischbeck sich im wesentlichen auf konservativ gerichtete Beamte stützte, einer „Altherrenmannschaft“ nämlich, die sich aus ehemaligen Korpsangehörigen rekrutierte. Nur um diese „Exklusivität seine Ministeriums etwas [zu] lockern“, sei die Einstellung einzelner neuer Mitarbeiter erfolgt.¹⁷⁴

In dem hier in Betracht kommenden Zeitraum übten im Staatsministerium drei Personen **das Amt des Unterstaatssekretärs** (ab dem Beamten- und Diensteinkommengesetz vom 7. Mai 1920 Staatssekretär) aus: Adolf Heinrichs, Paul Göhre und Robert Weismann. Heinrichs schied zu Beginn des 2. Kabinetts Hirsch aus. Sein Nachfolger Göhre, der im April 1923 aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten mußte, leitete das Amt recht unauffällig. Er trat eigentlich lediglich als Teilnehmer an den Sitzungen der Regierung, gelegentlicher Protokollführer und ständiger Vertreter des preußischen Staatsministeriums bei den Sitzungen des Reichskabinetts hervor. Ähnlich unscheinbar erscheint auch der zweite Mann im Staatsministerium, Ministerialdirektor Eduard Nobis. Weismann, früherer Staatsanwalt und nach dem Kapp-Putsch zum Staatskommissar für die öffentliche Ordnung berufen, wurde am 1. Juni 1923 zum Staatssekretär ernannt. Braun schätzte ihn als „ergiebigste Informationsquelle und wegen seiner diplomatischen Gewandtheit.“¹⁷⁵ In direktem Zusammenhang mit der Bildung des 2. Kabinetts Hirsch 1919 war auch die Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre (auch ab 1920 Staatssekretäre) vorübergehend ins Leben gerufen worden. Dadurch sollte die Zusammenarbeit der Staatsminister mit den drei Koalitionsparteien gewährleistet werden.¹⁷⁶ Gerade Braun aber hat sich mit deren Tätigkeit, die bis zum Ende seines 1. Kabinetts andauerte, sehr kritisch auseinandergesetzt. Diese hätten „fruchtbar wirken können, wenn sie ihre Aufgabe richtig auffaßten und mit Takt erfüllten“. Speziell der ihm beigegebene rheinische Zentrumspolitiker Wilhelm Busch „fühlte sich gewissermaßen als Aufpasser

¹⁷⁰ Vgl. auch Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen und ders., Die Wohnungswirtschaft in Preußen, Eberswalde 1929.

¹⁷¹ Vgl. Stang, Joachim, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933, Düsseldorf 1994.

¹⁷² Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 98 f.

¹⁷³ Vgl. ebenda.

¹⁷⁴ Vgl. Hübener, Erhard, Lebenskreise. Lehr- und Wanderjahre eines Ministerpräsidenten, hrsg. von Thomas Klein, Köln/Wien 1984, S. 169.

¹⁷⁵ Vgl. Brecht, Aus nächster Nähe, S. 328. – Zu den Personen vgl. auch Schulze, Otto Braun, S. 376 ff.

¹⁷⁶ Vgl. Sitzung am 26.3.1919, TOP 1; die Grundsätze für die Einrichtung als Anlage zur Sitzung am 27.3.1919. Vgl. auch Schneider, Die Parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen, S. 565–574. – Zu einzelnen Parlamentarischen Unterstaatssekretären/Staatssekretären vgl. Jung, Otmar, Senatspräsident Freytmuth. Richter, Sozialdemokrat und Pazifist in der Weimarer Republik. Eine politische Biographie, Frankfurt/M. u. a. 1989; Albrecht, Thomas, Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999; Grzesinski, Albert, Im Kampf um die Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, München 2001; Meyer, Oscar, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, 2. Aufl., Offenbach 1948; Drescher, Hans-Georg, Ernst Troeltsch. Leben und Werk, Göttingen 1991; Wright, J.R.C., Ernst Troeltsch als parlamentarischer Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Seine kirchenpolitische Auseinandersetzung mit den Beamten, in: Troeltsch-Studien, hrsg. von H. Renz und F. W. Graf, Bd. 3, Gütersloh 1984, S. 175–206.

und als retardierendes und konterkarierendes Element gegen die Politik des sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers“.¹⁷⁷

Im Bemühen, **einvernehmliche Beziehungen zur Reichsregierung** herzustellen, hat die neue preußische Staatsregierung unter dem Ministerpräsidenten Paul Hirsch Schritte unternommen, für beide Seiten verbindliche Festlegungen über die gegenseitige Teilnahme an den Sitzungen zu erzielen. Dabei überrascht gegenüber der bisherigen Praxis zunächst der Beschluß der Staatsregierung vom 12. April 1919, grundsätzlich keine Vertreter der Reichsministerien zu den eigenen Beratungen hinzuzuziehen und dies lediglich dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei zu gestatten.¹⁷⁸ Doch schon am 30. April 1919 fand eine gemeinsame Sitzung beider Kabinette statt.¹⁷⁹

Ergebnis des Schriftverkehrs zwischen der Reichskanzlei und der preußischen Staatsregierung im Juli 1919 war schließlich die Regelung, „eine engere Fühlungnahme zwischen Reichsministerium und Staatsministerium“ dadurch zu bewerkstelligen, daß diese „von seiten des Reichs durch die Reichskanzlei erfolgt“ und „demgemäß der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei oder ein Vertreter desselben“ an den Sitzungen der preußischen Regierung teilnahm.¹⁸⁰ Zugleich war für die preußische Seite die ständige Teilnahme eines Vertreters des preußischen Staatsministeriums an den Sitzungen des Reichsministeriums verabredet worden. Die Einladungen dazu mit der Tagesordnung sollten regelmäßig zugesandt werden.¹⁸¹

Auf der Ebene der direkten Kontakte zwischen beiden Kabinetten, die sich im Regestenband in besonderem Maße widerspiegelt, ist die Verschiedenheit der Beratungen hervorzuheben. Hierbei ist gewissermaßen ein aufgegliedertes Zusammenwirken festzustellen: So gab es „Gemeinsame Sitzungen“ der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung (Staatsministerium), die besonders häufig bei gleichartiger parteipolitischer Zusammensetzung beider Regierungen, weniger oder gar nicht bei anderen Konstellationen in der Regierungsspitze des Reichs stattfanden. Für die Zeit der Koalitionsregierung von SPD und Zentrum unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Gustav Bauer (21.6.1919–27.3.1920) z. B. sind insgesamt 14 derartige Sitzungen in den Akten der Reichskanzlei überliefert (nicht aber in den Protokollbänden des Staatsministeriums). Ab den Reichskabinetten Wirth I und II (10.5.1921–22.11.1922) bis zum Kabinett Luther I (15.1.–31.3.1925) hat es keine „Gemeinsamen Sitzungen“ mehr gegeben.

Zahlenmäßig häufiger kam es zu Sitzungen des Reichskabinetts mit preußischer Ministerbeteiligung, je nach Lage der Dinge durch Teilnahme eines oder mehrerer preußischer Ressortchefs zur ganzen Tagesordnung oder nur zu einzelnen Tagesordnungspunkten. Während des Kabinetts Bauer sind insgesamt 19 solcher Beratungen zu registrieren, bei den Kabinetten Marx I und II (30.11.1923–15.1.1925) hingegen nur 11. Die Bezeichnungen dieser Sitzungen konnten variieren. Neben den offiziellen Sitzungen der Reichsregierung waren auch „Ministerbesprechungen“ und „Chefbesprechungen“ unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten üblich.¹⁸²

3. Zum Geschäftsgang und zur Überlieferung der Protokolle

Bei der Beschreibung der Umbruchtage hat der Minister der öffentlichen Arbeiten Hoff auch darauf Bezug genommen, daß das preußische Kabinett fast unausgesetzt getagt habe. Dabei herrschte

¹⁷⁷ Vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 59 f.

¹⁷⁸ Vgl. Sitzung am 12.4.1919, TOP (2).

¹⁷⁹ Vgl. die Sitzung im vorliegenden Regestenband mit der Druckangabe und Anm. 1.

¹⁸⁰ Vgl. dazu Sitzung am 21.7.1919, Anm. 8 und BArch Lichterfelde, R 43 I/1313, Bl. 24 ff.

¹⁸¹ Vgl. Rep. 90, Nr. 388, n. f.: Der Unterstaatssekretär Heinrich Albert am 23.7.1919 an den Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium Göhre. – Vgl. besonders den Beschluß des Reichskabinetts vom 14.7.1919, der die Aufrechterhaltung einer engen Verbindung zwischen der Reichsregierung und dem Preußischen Staatsministerium konstatiert und deren Pflege insbesondere durch Teilnahme an den Verhandlungen des Staatsministeriums hervorhebt, in: Das Kabinett Bauer, Nr. 25, S. 118.

¹⁸² Vgl. Das Kabinett Scheidemann, S. X–XI (Vorwort).

„fast immer eine Unruhe und Hast, die kaum ein überlegtes Verhandeln zuließ. Jeder wurde immer wieder wegen wichtiger, unaufschiebbarer Entscheidungen abberufen. Ich selbst war während der Regierungssitzungen mehr am Fernsprecher mit Entscheidungen im Ministerium als am Beratungstisch mit der Teilnahme an Verhandlungen befaßt.“¹⁸³ So muß wohl mit zumindest einzelnen, wenn nicht sogar einer ganzen Reihe nicht protokollierter Sitzungen gerechnet werden. In den Akten ließen sich zu den vier in der Stammreihe vorhandenen Niederschriften vom 15. und 30. November sowie vom 12. und 14. Dezember 1918 weitere drei Sitzungen des Politischen Kabinetts am 11., 21. und 23. Dezember 1918 nachweisen.¹⁸⁴ Für die noch unklar geregelte Tätigkeit des Kabinetts spricht auch, daß die Kabinettsprotokolle vom 12. und 14. Dezember 1918 nicht in der üblichen Form abgefaßt wurden und der Protokollführer ungenannt bleibt.

Mit den „Grundsätzen für die Zuständigkeit“ vom 14. Dezember 1918 und 31. Januar 1919¹⁸⁵ hatte sich die Regierung auch eine Geschäftsgrundlage gegeben. Sie wurde am 16. Dezember 1921 durch die „Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums“¹⁸⁶ ersetzt. Sie klärten vor allem die Fragen, die infolge der Veränderung der Staatsverfassung einer Regelung bedurften. Der Zweck der Sitzungen war vor allem, wie Ministerpräsident Hirsch im Januar 1919 ausdrücklich hervorhob, eine persönliche Aussprache und eine Beschlußfassung der Minister „über wichtige Staatsangelegenheiten zum Teil hochpolitischer und vertraulicher Art“ durchzuführen.¹⁸⁷ Dazu mußte auch der Kreis der Teilnehmer stark begrenzt werden; außer dem Unterstaatssekretär der Regierung, dem Protokollführer (natürlich) und den Beigeordneten der Fachminister sollten Kommissare der einzelnen Ressorts nicht hinzugezogen werden. Höchstens bei größeren, technisch schwierigen gesetzgeberischen Vorlagen sei eine Beteiligung von sachverständigen Kommissaren zweckmäßig, allerdings nur bei dem betreffenden Tagesordnungspunkt und nach vorheriger Anmeldung beim Büro der Regierung.¹⁸⁸

Umstände wie die Verlegung der Beratungen der Regierung im ganzen Monat Februar 1919 nach Weimar, um bei der Tagung der Nationalversammlung direkt vor Ort zu sein, belegen das Provisorische jener Wochen. Mehrfach war das Büro der Regierung nicht in der Lage, über Zeit, Ort und die Tagesordnung mit den erforderlichen Sitzungssachen zu informieren, weil die Sitzungen und Besprechungen der Regierung oft während der Tagung der Nationalversammlung in einem Nebenraum schnell abgehalten worden sind und so dem Büro erst nachträglich bekannt werden konnten.¹⁸⁹

Nur ein verhältnismäßig kleiner Stab von Mitarbeitern war in der Staatsregierung tätig. Der Geschäftsverteilungsplan vom 2. Mai 1919, der in den Handakten des Geheimen Regierungsrats Justus Theodor Valentiner¹⁹⁰ überliefert ist und als ein Ersatz für die fehlenden Staatshandbücher bis Ende 1921¹⁹¹ dienen kann, führt nach dem Unterstaatssekretär (ab 1.4.1919 der bisherige Beigeordnete im preußischen Kriegsministerium Paul Göhre anstelle von Adolf Heinrichs) lediglich sechs Beschäftigte (ohne das Büro) an: mit Eduard Nobis, Gottfried v. Dryander und Valentiner Geheime Räte und mit Karl Otto v. Kameke, Hans Henning v. Klitzing und Julius Bachem Regierungsassessoren, die jeweils für bestimmte Arbeitsgebiete verantwortlich zeichneten. Während bei-

¹⁸³ Vgl. Hoff, *Erinnerungen*, S. 194 und 200.

¹⁸⁴ Vgl. die Anm. 5 und 6 zur Sitzung am 12.12.1918 und Rep. 151, I C Nr. 11145, Bl. 164: Vermerk von Bürodirektor Riedel vom 23.12.1918 über den von Minister Hoff zur heutigen Sitzung des Kabinetts vorgelegten Beitrag zu einer neuen Reichsverfassung; vgl. auch dessen Vermerk vom 24.12.1918, in: Rep. 90, Nr. 914, n. f., vgl. auch Rep. 90, Nr. 300, Bl. 9 und 12.

¹⁸⁵ Vgl. Rep. 90, Nr. 395 und 396.

¹⁸⁶ Vgl. Sitzung am 16.12.1921, TOP 4 und Rep. 90, Nr. 396, n. f.

¹⁸⁷ Vgl. Rep. 90, Nr. 404, Bl. 132: Hirsch am 24.1.1919 an alle Minister.

¹⁸⁸ Vgl. ebenda.

¹⁸⁹ Vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15, Bl. 191: Handschriftliche Aktennotiz des Büros vom 19.2.1919 auf Grund eines Ersuchens der Vertretung des preußischen Kriegsministeriums in Weimar.

¹⁹⁰ Vgl. Rep. 90, Annex S, Nr. 7, n. f.

¹⁹¹ Das letzte Staatshandbuch erschien mit dem Redaktionsschluß 31.3.1918.

spielsweise dem aus dem Ministerium für Elsaß-Lothringen übernommenen Nobis auch die Vertretung des Unterstaatssekretärs oblag, war Valentiner u. a. bis zu seinem Ausscheiden Ende 1920 für die Protokollführung zuständig.

In der geschäftsmäßigen Tätigkeit der preußischen Staatsregierung traten trotz der weiter gewonnenen Stetigkeit in der Amtsführung nach wie vor Unzulänglichkeiten zutage. Noch Anfang März 1920 mußte Ministerpräsident Hirsch auf die Klagen von Finanzminister Südekum über die zu hastig einberufenen Staatsministerialsitzungen darauf verweisen, daß einmal „die reichsgesetzlichen Vorlagen durchweg mit solcher Eile betrieben“ würden, so daß eine Stellungnahme der Regierung dazu „binnen wenigen Tagen, mitunter sogar von einem Tag zum andern herbeigeführt werden mußte“; zum anderen aber auch die Staatsminister selbst vielfach sich gezwungen sähen, für ihre Vorlagen „die schleunigste Erledigung in der nächsten – vielfach gerade unmittelbar bevorstehenden – Sitzung zu beantragen“, ja, es sogar keine Seltenheit darstelle, „daß Vorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, die noch gar nicht haben fertig gestellt werden können, sondern dem St[aa]ts] M[inisterium] erst in letzter Stunde, vielleicht gar erst während der Sitzung selbst zugehen“.¹⁹²

Bei den in den acht Aktenbänden der Hauptreihe¹⁹³ enthaltenen 382 Protokollen überwiegen eindeutig die Beschlußprotokolle. Wortprotokolle sind ganz selten, etwas häufiger gibt es Mischprotokolle. Der Band enthält auch keine Teilprotokolle wie die früher in standardisierter Form überlieferten Pensions- und Disziplinarsachen. Sie erscheinen hier als Tagesordnungspunkte innerhalb der Niederschriften.

Die Dominanz der knappen Beschlußprotokolle bedingte eine besondere Herangehensweise des Bearbeiters. Dazu erwies sich eine genaue Auswertung der Spezialakten zu den Sitzungen des Staatsministeriums¹⁹⁴ als notwendig. Da hier in der Regel die Tagesordnungen mit der Angabe der einzelnen Tagesordnungspunkte (unter den Rubriken: Betreibender Ressortchef, Datum der Vorlage und Gegenstand) enthalten sind, konnte ein direkter Zugang zu den Sachakten hergestellt werden. Es war so möglich, für eine ganze Reihe von Tagesordnungspunkten die Vorlagen der Minister oder des Ministerpräsidenten selbst sowie auch Voten bzw. Votenwechsel nachzuweisen. Ebenso dienten die Spezialakten dazu, die von der Tagesordnung abgesetzten Gegenstände zu rekonstruieren (wie „Punkt 5 wurde von der Tagesordnung abgesetzt“ in der Sitzung am 30. November 1918). Im Sachregister erscheinen diese Tagesordnungspunkte nur mit der Angabe der Nummer des Protokolls.

Außerdem war der Nachweis über gerade solche Aktenstücke zu erbringen, die für den Ministerpräsidenten zur Entscheidung aufbereitet wurden und im Anmerkungsapparat als „Aufzeichnungen von Referent ... für den Ministerpräsidenten zur Sitzung“ angeführt sind. Eine ähnliche Funktion besaßen auch die im Bestand Rep. 151 (Finanzministerium) enthaltenen „Sitzungssachen für das Staatsministerium“, die als Handreichung für den Minister gedacht waren.

In den Annexen des Bestandes Rep. 90 existieren auch Handakten von zwei Beamten des Staatsministeriums, die zeitweilig als Protokollführer fungierten. Sowohl in den erst kürzlich für die Benutzung erschlossenen Akten des Geheimen Regierungsrats Valentiner¹⁹⁵ als auch in den schon länger zugänglichen Akten des Ministerialrats Franz Hermann Reschke¹⁹⁶ finden sich zahlreiche handschriftliche Urschriften der Protokolle. Sie werden in den Dokumentenköpfen jeweils ausgewiesen. Für Detailforschungen sollen damit Anregungen gegeben werden.

¹⁹² Vgl. Rep. 90, Nr. 404, Bl. 150–150v: Hirsch am 1.3.1920 an Südekum.

¹⁹³ Vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 167–174.

¹⁹⁴ Vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2, Bde. 15–18 und Rep. 90, Nr. 405.

¹⁹⁵ Vgl. Rep. 90, Annex S, Nr. 1–4, 7, 9–10 und 12.

¹⁹⁶ Vgl. Rep. 90, Annex L, Nr. 1–2.

Eine besondere Parallelüberlieferung stellen die Protokolle des preußischen Finanzministers Südekum dar, die sich in seinem Nachlaß befinden.¹⁹⁷ Südekum hat über insgesamt 18 Sitzungen im Zeitraum vom 14. April 1919 bis zum 27. Februar 1920 stenographische Aufzeichnungen hinterlassen, die meistens in der Form von Wortprotokollen abgefaßt sind. Auf diese wird ebenfalls in den Dokumentenköpfen verwiesen.

Unter den Nachlässen kam natürlich in erster Linie der Teil des Nachlasses von Otto Braun im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem¹⁹⁸ in Betracht. Er enthält die umfangreichste Sammlung von Abschriften der Sitzungsprotokolle, die ebenfalls in den Dokumentenköpfen angeführt wurden. Auch die Abschriften im anderen Nachlaßteil, der sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam befindet, haben Berücksichtigung gefunden.

Auf die vielen preußischen Betreffende in den Akten der Reichskanzlei im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde konnte nur verschiedentlich Bezug genommen werden, zumal sie in der Reihe „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“¹⁹⁹ weitgehende Beachtung gefunden haben.

Zum äußeren Rahmen der Sitzungen ist zu sagen: Die Sitzungen, die in der ersten Zeit auch mehrfach in einer Woche stattfanden, bis man zu einem regelmäßigen wöchentlichen Turnus mit einem bestimmten Sitzungstag kam, fanden in der Regel im Dienstgebäude in der Wilhelmstraße 63/64 statt. Öfter führte die Staatsregierung ihre Sitzungen auch im Gebäude der Landesversammlung und dann des Landtags durch. Im Februar 1919 hielt die Regierung ihre Sitzungen während der Tagung der Nationalversammlung in Weimar ab, was sich am 17./18. Juni und am 5. Juli 1919 wiederholte.

Zur Entstehungsgeschichte der Protokolle in formeller Hinsicht muß vor allem betont werden, daß deren Abfassung und Vollziehung sich wesentlich von der bisherigen Verfahrensweise unterschieden hat. Nicht mehr der Unterstaatssekretär, sondern ein höherer Beamter des Staatsministeriums wurde mit der Protokollführung betraut. Er unterschrieb allein die Reinschrift. Die Vollziehung nahm der Unterstaatssekretär und später auch noch der Ministerialdirektor vor. Danach erhielten die Minister Kenntnis von dem Protokoll, indem eine Abschrift und Auszüge zu den Tagesordnungspunkten zur besonderen Verfügung an die Ministerien ergingen. Ab Dezember 1923 wurden auch Auszüge zu einzelnen Tagesordnungspunkten an die Reichskanzlei gesandt. Die Protokolle ab November 1918 enthalten also weder Marginalien von Ministern noch wurden sie von ihnen vollzogen und auch nicht mit deren Unterschriften versehen. Bis Anfang Dezember 1921 wurde diese Praxis beibehalten, daß das vom Protokollführer unterschriebene Protokoll lediglich dem Ministerialdirektor und dem Staatssekretär vorzulegen war. Erst mit der Sitzung des Staatsministeriums am 9. Dezember 1921 hat Braun die Änderung bewirkt, daß auch er die Protokolle vollzog; fortan trugen diese unter „Gelesen“ die Paraphe „Br.“

¹⁹⁷ Vgl. BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105–106.

¹⁹⁸ Vgl. VI. HA, NL Otto Braun.

¹⁹⁹ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Bde. 1–9 (1919–1925, in Teilbänden), Boppard am Rhein 1971–1980.

Abschließend möchte ich allen denen danken, die den Werdegang des Bandes mit Rat und Tat begleitet haben: Der Projektleitung und der akademischen Kommission für die wohlwollende und beratende Unterstützung. Den Mitarbeitern des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, deren Hilfestellung bei den vielfältigen Recherchen und der Bereitstellung des Quellenmaterials unerlässlich war. Ganz besonderer Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen B. Holtz, R. Paetau, C. Rathgeber, E. Schaffranke, H. Spenkuch und R. Zilch für die sachverständigen Ratschläge, Hinweise und Kritiken.

Abkürzungsverzeichnis

a. D.	= außer Dienst
A. u. S.-Rat	= Arbeiter- und Soldatenrat
AA	= Auswärtiges Amt
Abg.	= Abgeordneter
Abt.	= Abteilung
Abt.-Dir.	= Abteilungsdirektor
ADGB	= Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Adhib.	= Adhibendum (Anhang)
AdsD	= Archiv der sozialen Demokratie Bonn-Bad Godesberg
AG	= Aktiengesellschaft
AGerR	= Amtsgerichtsrat
AK	= Armeekorps
Akad. d. Wiss.	= Akademie der Wissenschaften
amerik.	= amerikanisch
AMinm. / AMinr.	= Außenministerium / Außenminister
Amtm.	= Amtmann
Amtsger.	= Amtsgericht
AmtsR	= Amtsrat
ao.	= außerordentlicher
AOK	= Allgemeine Ortskrankenkasse
AR	= Aufsichtsrat
ArbSekr.	= Arbeitersekretär
Ass.	= Assessor
[B]	= Beschluß
bad.	= badische
BArch	= Bundesarchiv
BauR	= Baurat
bayer.	= bayerisch
BdI	= Bund der Industriellen
BdL	= Bund der Landwirte
Begr.	= Begründer
BergAss.	= Bergassessor
BergR	= Bergrat
BergRef.	= Bergreferendar
Bevollm.	= Bevollmächtigter
Bez.	= Bezirk
BezA	= Bezirksamt
BezKom.	= Bezirkskommissar
Bgm.	= Bürgermeister
Bibl.	= Bibliothek / Bibliothekar
BNSDJ	= Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BNV	= Bund Neues Vaterland
BundesR	= Bundesrat
BVP	= Bayerische Volkspartei

CDU	= Christlich Demokratische Union Deutschlands
CNBL	= Christlich Nationale Bauern- u. Landvolkpartei
CSP	= Christlichsoziale Partei
CSU	= Christlich Soziale Union Deutschlands
d. R.	= der Reserve
dän.	= dänische(r)
DDP	= Deutsche Demokratische Partei
Dept.	= Departement
DHP	= Deutsch-Hannoversche Partei
Dir.	= Direktor
Dirig.	= Dirigent
Diss.	= Dissertation
Div.	= Division
DivKdr.	= Divisionskommandeur
DkP	= Deutschkonservative Partei (ab 1876)
DLV	= Deutscher Lehrerverein
DMV	= Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei
Doz.	= Dozent
Drucks.	= Drucksache
DStP	= Deutsche Staatspartei
dt.	= deutsch
Dtld.	= Deutschland
DVFP	= Deutschvölkische Freiheitspartei
DVLP	= Deutsche Vaterlandspartei
DVP	= Deutsche Volkspartei
e. h.	= ehrenhalber
Erg.-Bd.	= Ergänzungsband
ev.	= evangelisch
exped.	= expedierender
f./ ff.	= folgende (Seite/Seiten bzw. Blatt/Blätter)
FDP	= Freie Demokratische Partei
FinBl.	= Finanzministerialblatt
FinMinm. / FinMinr.	= Finanzministerium / Finanzminister
FinOSekr.	= Finanzobersekretär
FinR	= Finanzrat
Forstm.	= Forstmeister
ForstR	= Forstrat
ForstRef.	= Forstreferendar
Frh.	= Freiherr
frz.	= französisch
FsVg	= Freisinnige Vereinigung
FsVp	= Freisinnige Volkspartei
FVP	= Fortschrittliche Volkspartei
GDG	= Gewerbe- und Handelslehrer-Dienstleistungsgesetz
Geh.	= Geheimer
GehBauR	= Geheimer Baurat
GehKrR	= Geheimer Kriegsrat
GehMedR	= Geheimer Medizinalrat
GehOBauR	= Geheimer Oberbaurat
GehORegR	= Geheimer Oberregierungsrat

GehR	= Geheimer Rat
GehRechR	= Geheimer Rechnungsrat
GehRegR	= Geheimer Regierungsrat
Gen.d.Inf.	= General der Infanterie
GenBevollm.	= Generalbevollmächtigter
GenDir.	= Generaldirektor
GenKdo.	= Generalkommando
GenKom.	= Generalkommissar
GenKomm.	= Generalkommission
GenLtn.	= Generalleutnant
GenMaj.	= Generalmajor
GenSekr.	= Generalsekretär
GenStAnw.	= Generalstaatsanwalt
GenStKom.	= Generalstaatskommissar
GenVertr.	= Generalvertreter / -vertretung
Ger.	= Gericht
GerAss.	= Gerichtsassessor
GerRef.	= Gerichtsreferendar
Ges.	= Gesellschaft
Gf.	= Graf
Gfscht.	= Grafschaft
ghzgl. / Ghzgtm.	= großherzoglich / Großherzogtum
Gouv. / Gouvmt.	= Gouverneur / Gouvernement
Gr. GenStab	= Großer Generalstab
GrHQ.	= Großes Hauptquartier
GS	= Gesetz-Sammlung für den Preußischen Staat
GStAPK	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Gutsbes.	= Gutsbesitzer
HA	= Hauptabteilung
HandMinm.	= Ministerium für Handel und Gewerbe
HandMinr.	= Handelsminister
HAPAG	= Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Actien-Gesellschaft
HausMinm.	= Ministerium des Königlichen Hauses
hess.	= hessisch
Hilfsarb.	= Hilfsarbeiter
HK	= Handelskammer
HofStS	= Hofstaatssekretär
HonDoz.	= Honorarprofessor
HonProf.	= Honorarprofessor
Hptm.	= Hauptmann
Hzg.	= Herzog
hzgl. / Hzgtm.	= herzoglich / Herzogtum
i. e. R.	= in den einstweiligen Ruhestand (versetzt)
i. R.	= im Ruhestand
i. S.	= in Sonderstellung
i. W.	= im Wartestand
IG	= Industriegewerkschaft
IHK	= Industrie- und Handelskammer
Inf.	= Infanterie
Inf.-Rgt.	= Infanterieregiment
Ing.	= Ingenieur
Interall.	= Interalliierte
intern.	= international

JMinBl.	= Justizministerialblatt
JMinm. / JMinr.	= Justizministerium / Justizminister
JusInsp.	= Justizinspektor
JusOSekr.	= Justizobersekretär
JusR	= Justizrat
JusRef.	= Justizreferendar
JusSekr.	= Justizsekretär
k.u.k.	= kaiserlich und königlich
Kab.	= Kabinett
kais.	= kaiserlich
kath.	= katholisch
Kav.	= Kavallerie
Kdo.	= Kommando
Kdr.	= Kommandeur
kfm.	= kaufmännisch
KG	= Kammergericht
kgf.	= königlich
KGR	= Kammergerichtsrat
Kl.	= Klasse (bei Orden)
Kom.	= Kommissar
Komm.	= Kommission
kommissar.	= kommissarisch
kons.	= konservativ
KonsAss.	= Konsistorialassessor
KonsR	= Konsistorialrat
KoP	= Konservative Partei
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KrGerR	= Kriegsgerichtsrat
KrMinm. / KrMinr.	= Kriegsministerium / Kriegsminister
Krs.	= Kreis
KrsDir.	= Kreisdirektor
KrsSekr.	= Kreissekretär
KuMinm.	= Kultusministerium (Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung)
KuMinr.	= Kultusminister
KZ	= Konzentrationslager
Landesdir.	= Landesdirektor
LandMinm. / LandMinr.	= Ministerium / Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandR	= Landrat
LDPD	= Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LegR	= Legationsrat
LegSekr.	= Legationssekretär
LG	= Landgericht
LGR	= Landgerichtsrat
LibVg	= Liberale Vereinigung
LKulturDir.	= Landeskulturdirektor
LT	= Landtag
Ltn.	= Leutnant
Ltr.	= Leiter
LV	= Landesversammlung
MAA	= Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten
Maj.	= Major

MdA	= Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	= Mitglied des Bundestages
MdH	= Mitglied des Herrenhauses
MdI	= Ministerium des Innern (Innenministerium)
MdLT	= Mitglied des Landtags
MdLV	= Mitglied der Landesversammlung
MdNatVers.	= Mitglied der Nationalversammlung
MdProvLT	= Mitglied des Provinziallandtags
MdR	= Mitglied des Reichstags
MdStR	= Mitglied des Staatsrats
MedR	= Medizinalrat
MF	= Mikrofiche
MinAmtm.	= Ministerialamtman
MinBl.	= Ministerialblatt
MinBüroDir.	= Ministerialbürodirektor
MinDir.	= Ministerialdirektor
Min.-Dirigent	= Ministerialdirigent
Minm.	= Ministerium
Minm.öA	= Ministerium der öffentlichen Arbeiten
MinPräs.	= Ministerpräsident
MinR	= Ministerialrat
Minr.	= Minister
Minr.dI	= Minister des Innern (Innenminister)
MinSchr.	= Ministerialsekretär
MinVerwDir.	= Ministerialverwaltungsdirektor
Mitgl.	= Mitglied
Mitgr.	= Mitgründer
MöA	= Minister der öffentlichen Arbeiten
N. F.	= Neue Folge
n. f.	= nicht foliiert
NatVers.	= Nationalversammlung
NL	= Nachlaß
NLP	= Nationalliberale Partei
NS	= Nationalsozialistisch
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	= Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSRB	= Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	= Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
o.	= ordentlicher(s)
o. D.	= ohne Datum
O Amtm.	= Oberamtman
OB	= Oberbürgermeister
OBauDir.	= Oberbaudirektor
OBauR	= Oberbaurat
OBergA	= Oberbergamt
OBergABez.	= Oberbergamtsbezirk
Oberstltn.	= Oberstleutnant
Offz.	= Offizier
OFinR	= Oberfinanzrat
OHL	= Oberste Heeresleitung
OJusR	= Oberjustizrat
OKdo.	= Oberkommando
OKirchenR	= Oberkirchenrat

OKK	= Ortskrankenkasse
OKonsR	= Oberkonsistorialrat
OLForstm.	= Oberlandforstmeister
OLG	= Oberlandesgericht
OLGR	= Oberlandesgerichtsrat
OLKulturA	= Oberlandeskulturamt
OLKulturger.	= Oberlandeskulturgericht
OLKulturGerR	= Oberlandeskulturgerichtsrat
OLKulturR	= Oberlandeskulturrat
OLtn.	= Oberleutnant
OPräs.	= Oberpräsident
OPräsR	= Oberpräsidialrat
ORegBauR	= Oberregierungsbaurat
ORegR	= Oberregierungsrat
OS	= Oberschlesien
OSchulR	= Oberschulrat
OStAnw.	= Oberstaatsanwalt
OVA	= Oberversicherungsamt
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OVGR	= Oberverwaltungsgerichtsrat
OVR	= Oberverwaltungsrat
path.-bakt.	= pathologisch-bakteriologisch
PolAbt.	= Polizeiabteilung
PolBezA	= Polizeibezirksamt
PolDir.	= Polizeidirektor
polit.	= politisch
poln.	= polnisch
PolOSekr.	= Polizeiobersekretär
PolPräs.	= Polizeipräsident
PolR	= Polizeirat
PolSekr.	= Polizeisekretär
Präs.	= Präsident
preuß.	= preußisch
Preußag	= Preußische Bergwerks- und Hütten-AG
Priv.-Doz.	= Privatdozent
Prot.	= Protokoll
Prov.	= Provinz
provis.	= provisorisch
ProvKirchenR	= Provinzialkirchenrat
ProvLT	= Provinziallandtag
ProvReg.	= Provinzialregierung
ProvSchulR	= Provinzialschulrat
ProvSchulSekr.	= Provinzialschulsekretär
ProvSekr.	= Provinzialssekretär
RAdI	= Reichsamt des Innern
RAMinm. / RAMinr.	= Reichsaußenministerium / Reichsaußenminister
RArbA	= Reichsarbeitsamt
RArbMinm. / RArbMinr.	= Reichsarbeitsministerium / Reichsarbeitsminister
RDB	= Reichsbund der Deutschen Beamten
RDI	= Reichsverband der Deutschen Industrie (1919–33)
RdV	= Rat der Volksbeauftragten
RechR	= Rechnungsrat
Ref.	= Referendar

Reg. / reg.	= Regierung / regierend(er)
RegAmtm.	= Regierungsamtman
RegAss.	= Regierungsassessor
RegBez.	= Regierungsbezirk
RegDir.	= Regierungsdirektor
RegKom.	= Regierungskommissar
RegOSekr.	= Regierungsobersekretär
RegPräs.	= Regierungspräsident
RegR	= Regierungsrat
RegRef.	= Regierungsreferendar
RegSekr.	= Regierungssekretär
RegVizepräs.	= Regierungsvizepräsident
ReichsR	= Reichsrat
REMinm. / REMinr.	= Reichsernährungsministerium / Reichsernährungsminister
RFinMinm. / RFinMinr.	= Reichsfinanzministerium / Reichsfinanzminister
RFinR	= Reichsfinanzrat
RFinVerw.	= Reichsfinanzverwaltung
RFKP	= Reichs- und Freikonservative Partei
RG	= Reichsgericht
RGR	= Reichsgerichtsrat
Rgt.	= Regiment
RgtKdr.	= Regimentskommandeur
rhein.	= rheinisch
Rittergutsbes.	= Rittergutsbesitzer
Rittm.	= Rittmeister
RJA	= Reichsjustizam
RJMinm. / RJMinr.	= Reichsjustizministerium / Reichsjustizminister
RK	= Reichskanzlei
RKab.	= Reichskabinett
Rklr.	= Reichskanzler
RKohlenKom.	= Reichskohlenkommissar
RKohlenR	= Reichskohlenrat
RKoIA	= Reichskolonialamt
RKoIR	= Reichskolonialrat
RKom.	= Reichskommissar
RLB	= Reichs-Landbund
RMarineA	= Reichsmarineamt
RMdI	= Reichsministerium des Innern
RMinm. / RMinr.	= Reichsministerium / Reichsminister
RMinPräs.	= Reichsministerpräsident
RMinr.dI	= Reichsminister des Innern
RPA	= Reichspostamt
RPMInm. / RPMInr.	= Reichspostministerium / Reichspostminister
RPräs.	= Reichspräsident
RReg.	= Reichsregierung
RSA	= Reichsschatzam
RSchMinm. / RSchMinr.	= Reichsschatzministerium / Reichsschatzminister
RT	= Reichstag
RVA	= Reichsversicherungsamt
RVMinm. / RVMinr.	= Reichsverkehrsministerium / Reichsverkehrsminister
RW-Brigade	= Reichswehr-Brigade
RWeMinm. / RWeMinr.	= Reichswehrministerium / Reichswehrminister
RWiA	= Reichswirtschaftsamt
RWiMinm. / RWiMinr.	= Reichswirtschaftsministerium / Reichswirtschaftsminister
RWiR	= Reichswirtschaftsrat

SA	= Sturm-Abteilung der NSDAP
sächs.	= sächsisch
SAP	= Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ	= Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
Schupo	= Schutzpolizei
SED	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sekr.	= Sekretär
Sekt.	= Sektion
Senatspräsi.	= Senatspräsident
Sipo	= Sicherheitspolizei
soz.	= sozialistisch
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschland
Spezialkom.	= Spezialkommissar
SR	= Soldatenrat
SS	= Schutz-Staffel
StA	= Staatsarchiv
städt.	= städtisch
StadtR	= Stadtrat
StAnw.	= Staatsanwalt
StAnwR	= Staatsanwaltschaftsrat
stat.	= statistisch
Stellv. / stellv.	= Stellvertreter / stellvertretende(r)
StenBerNatVers.	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung
StenBerRT	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags
StFinR	= Staatsfinanzrat
StKom.	= Staatskommissar
StMinm. / StMinr.	= Staatsministerium / Staatsminister
StPräs.	= Staatspräsident
StR	= Staatsrat
StReg.	= Staatsregierung
StS	= Staatssekretär
TH	= Technische Hochschule
TO	= Tagesordnung
TOP	= Tagesordnungspunkt
[U]	= Unterschrift
Univ.	= Universität
UnivBibl.	= Universitätsbibliothek
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UStS	= Unterstaatssekretär
[V]	= Vorsitz
VDA	= Verein für das Deutschtum im Ausland
Veba	= Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG
Vertr.	= Vertreter
Verw.	= Verwaltung / Verwalter
VerwBl.	= Verwaltungsblatt
VerwDir.	= Verwaltungsdirektor
VerwGer.	= Verwaltungsgericht
VerwGerR	= Verwaltungsgerichtsrat
VerwInsp.	= Verwaltungsinspektor
VerwR	= Verwaltungsrat

VerwRechtsR	= Verwaltungsrechtsrat
VfZ	= Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Viag	= Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG
Vizeklr.	= Vizekanzler
Vizepräsi.	= Vizepräsident
VKPD	= Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (1920–21)
VO	= Verordnung
vollz.	= vollzogen
Vors.	= Vorsitzender
Vorst.	= Vorstand / Vorsteher
VortrR	= Vortragender Rat
VR	= Vollzugsrat
Wako	= Waffenstillstandskommission
WiMinm.	= Wirtschaftsministerium
Wirkl.GehR	= Wirklicher Geheimer Rat
Wirkl.ORegR	= Wirklicher Oberregierungsrat
Wiss. / wiss.	= Wissenschaft/ wissenschaftlich
WissMinm. / WissMinr.	= Ministerium / Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
WK	= Wehrkreis
WohlfMinm. / WohlfMinr.	= Ministerium / Minister für Volkswohlfahrt
WP	= Wahlperiode
WTB	= Wolffsches Telegraphenbüro
Wumba	= Waffen- und Munitionsbeschaffungamt
württ.	= württembergisch
z. D.	= zur Disposition gestellt
ZBl.	= Zentralblatt
ZDI	= Zentralverband Deutscher Industrieller
ZEG	= Zentrale Einkaufs-Gesellschaft
Zentrum	= Zentrumspartei
Zivilgouv.	= Zivilgouverneur
Zivilkab.	= Zivilkabinett
Zivilkom.	= Zivilkommissar
Zivilverw.	= Zivilverwaltung
ZK	= Zentralkomitee
Zool. / zoolog.	= Zoologie / zoologisch
ZR	= Zentralrat

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Politischen Kabinett Preußens am 14. November 1918.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Zwei Teile, eingeleitet von Erich Matthias und bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, 1. Teil, Nr. 10, S. 38–40.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Ströbel, A. Hoffmann, Braun, Ernst, Rosenfeld.

1. Order der Preußischen Regierung¹ über die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Beseitigung des Herrenhauses. — 2. Erlaß der Preußischen Regierung an die Preußischen Bevollmächtigten und stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat. — 3. Ernennung Hofffs² zum Eisenbahnminister, die Hirsch begründet. — 4. Hirsch über Vorgänge im Senftenberger Kohlenrevier (polnische Putschversuche). — 5. Neubesetzung des Postens des preußischen Justizministers.³

¹ Zu ihrer Bildung u. den ersten Maßnahmen vgl. *Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen. Aufgrund amtlichen Materials bearbeitet von der Presse-Abteilung des Preußischen Staatsministeriums, Berlin 1921*; vgl. auch Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1879, Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart u. a. 1978, S. 1002–1012*; ders., *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918–1933, Stuttgart u. a. 1966, S. 13–15* sowie *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. u. Bearbeiter Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. 3, Berlin (1958), S. 86–91.*

² Zur Ernennung Hofffs zum Minister der öffentlichen Arbeiten u. Mitgl. der preuß. Reg. am 15.11.1918 vgl. seine *Autobiographie: Erinnerungen aus Leben und Arbeit, Berlin (1931), S. 189 ff.*; seine *Ansprache bei Amtsantritt in: ZBl. der Bauverw. Nr. 101 v. 14.12.1918, S. 497.*

³ Zur Entlassung von JMinr. Spahn u. Berufung von Heine zum JMinr. am 27.11.1918 vgl. *Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, hrsg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz u. Ingo Materna, Berlin 1993, S. 323–328: Sitzung des VR mit zeitweiliger Teilnahme von Vertr. der preuß. Reg. am 25.11.1918.*

Nr. 1 Sitzung¹ der Gesamtregierung am 15. November 1918.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrektur, Bd. 167, Bl. 420–421; MF 1012. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Ströbel [V], Braun, Ernst, A. Hoffmann, Haenisch, Hofer, Südekum, Simon, Scheüch, Fischbeck, Hoff, Breitscheid, Rosenfeld. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

1. Arbeiter-Soldaten- und Bauernräte. Übernahme der Kosten [...] auf staatliche bzw. kommunale Fonds. Nach Erlaß dieser Verfügung² sollen der Justizminister und das Reichs-

¹ Am 14.11.1918 hatte FinMinr. Südekum beim Minr.dI beantragt, zur Regelung der finanziellen Verhältnisse der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte morgen ... eine Gesamtsitzung einzuberufen, vgl. *Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 15 (im folgenden: Spezialakten), Bl. 161*; die *Einladungskarte mit der TO erging an alle Minr. mit Ausnahme von JMinr. Spahn*; vgl. *Bl. 162–163.*

² *Bekanntmachung betr. die Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- u. Bauernräte v. 16.11.1918, GS, S. 191. Vgl. die Erläuterungen des FinMinr. v. 9.12.1918 dazu in: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom 1. Reichsrätekongreß bis zum Generalstreikbeschluß am 3. März 1919, hrsg. u. bearbeitet von Gerhard Engel, Bärbel Holtz, Gaby Huch u. Ingo Materna, Berlin 1997, Nr. 55, Anlage, S. 629 f.*

justizamt in einem Gutachten³ die Zuständigkeiten der A.-S.- u. B.-Räte *festlegen*, um zu verhindern, daß dieselben in die Kompetenzen der Behörden ohne Berechtigung eingreifen. [B] — **2. Verhalten bei Weigerung von Arbeitern der Staatseisenbahnverwaltung, unaufschiebbare Arbeiten [...] auszuführen.**⁴ *Einführung des Achtstundentages.* [B] — **3. Eisenbahn-Freifahrtkarten für die Minister.** [B] — **4. Rasche Aufnahme umfangreicher Notstandsarbeiten.** [B]

³ Vgl. das Gutachten des Justizministers über die Zuständigkeit der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, von JMinr. Spahn der Reg. am 23.11.1918 übersandt, in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 15, Bl. 19–20. Der StS des RJA v. Krause war mit Schreiben v. 2.12.1918 der Ansicht, daß durch die Richtlinien des VR des A. u. S.-Rats von Groß-Berlin v. 23.11.1918 sich Vorschläge des Reichs-Justizamts über die Abgrenzung der Zuständigkeit der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zur Zeit erübrigen, Bl. 77.

⁴ Vgl. Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M. u. a. 1977, S. 232, mit Bezug auf den TOP.

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem preußischen Handelsminister am 25. November 1918, morgens.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, I. T., Nr. 28, S. 142 f.

Anwesend: für Preußen Fischbeck.

1. Die oberschlesische Polen- und Kohlenfrage. — 2. Das Verbot der roten Farben und der roten Armbinden durch einzelne Generale. — 3. Ein Erlaß Groeners an die Truppen in der Ukraine und in Oberost. — 4. Forderungen an die OHL, Groener und den Kriegsminister.

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten am 25. November 1918, mittags.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, I. T., Nr. 29, S. 144 f.

Anwesend: für Preußen Hoff.

Der Streik in Oberschlesien. Hoff über die Schwierigkeiten der Kohlenzufuhr aus dem westlichen Revier.

Nr. 2 Sitzung der Gesamtregierung am 30. November 1918.

Reinschr., Bd. 167, Bl. 422–424; MF 1012. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 899, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 26, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Ströbel [V], Braun, Ernst, A. Hoffmann, Rosenfeld, Fischbeck, Hoff, Haenisch, Südekum, Simon, Hofer, Breitscheid, Heine. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: P. Hoffmann, Brunner, Göhre, Heinrichs.

1. Grundzüge für die Zuständigkeit der Preußischen Regierung (Staatsministerium) und der Einzelressorts.¹ Auf Wunsch des politischen Kabinetts abgesetzt. — **2.** Ausarbeitung eines Theater-Regulativs², das die künftigen Zuständigkeiten der mit den bisherigen Königlichen Theatern befaßten Ministerien [...] regeln soll. Provisorische Ausübung der Ober-Leitung aller Theater-Angelegenheiten durch das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. [B] — **3.** Fünf Ernennungen, darunter von E. Wurm³ zum Preußischen Staatskommissar für Volksernährung sowie von H. v. Gerlach⁴ und M.H. Baegé⁵ zu Unterstaatssekretären. [B] — **4.** Vorläufige Beschlagnahme des gesamten Vermögens des bisherigen Preußischen Königshauses, und zwar nach Maßgabe des Entwurfs⁶ des Finanzministeriums vom 26. November d.J. und seine einstweilige Verwaltung durch das Finanzministerium.⁷ Vorlage eines Rechtsgutachtens⁸ für die staats- und vermögensrechtliche Auseinandersetzung durch das Justizministerium. [B] — **5.–6.** Entwurf⁹ einer Anordnung zur Förderung des Wohnungsbaues und Verpflichtung der Beamten¹⁰; beide TOP abgesetzt.

¹ Vgl. die dem Prot. beigegebene TO, Bl. 425.

² Zu den Theaterfragen vgl. Rep. 151, I C Nr. 8183 u. 8189 sowie Rep. 84a, Nr. 43503.

³ Zu seiner Ernennung vgl. Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 191–194.

⁴ Vgl. Rep. 90, Nr. 899, n.f.

⁵ Vgl. Rep. 90, Nr. 907, Bl. 117–120.

⁶ Rep. 90, Nr. 233, Bl. 9–9v. Dazu die Minr. Südekum u. Simon im Begleitschreiben: Der Entwurf schließt sich in seinem wesentlichen Inhalt an die Fassung der Verordnung betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg (von Hannover) vom 2. März 1868 [...] an, Bl. 7–8; mit der Bekanntmachung v. 13.11.1918 hatte die Reg. lediglich das Kronfideikommiß beschlagnahmt, vgl. den vollzogenen Entwurf, Bl. 2.

⁷ Vgl. die Bekanntmachung v. 30.11.1918, GS, S. 193. – Vgl. Heinig, Kurt, Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf um den Kronbesitz, Berlin 1921, S. 72–78; Schulze, Otto Braun, S. 236 u. Jung, Otmar, Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, T. 1, Hamburg 1990, S. 434–440, beide mit Bezug auf den TOP.

⁸ Vgl. das Schreiben v. 5.12.1918 u. das Gutachten v. 22.1.1919 in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 11–11v u. 34–42v.

⁹ Vom StKom. für das Wohnungswesen am 27.11.1918 mit einer Erläuterung dem HandMinr. übersandt in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 2, Bl. 141–147.

¹⁰ Vgl. zu den beiden ergänzten TOP die beigegebene TO, Bl. 425.

Nr. 3 Sitzung des Politischen Kabinetts am 12. Dezember 1918.

Durchschr. mit Unterstreichungen von unbekannter Hand und Textverlusten, Bd. 167, Bl. 426–427; MF 1012. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 27, n.f.

Anwesend: [Hirsch, Ströbel, Braun, Ernst, Rosenfeld]. — Prot.: [?].

[1.] Orden und Titel.¹ Keine Verleihung von Orden mehr, jedoch weiter von Amtsbezeichnungen. [B] — [2.] Schäden durch die Revolutionsereignisse an staatlichem Eigentum. Ersatzansprüche² gegen die Gemeinden sind nicht geltend zu machen. Die Formulierung eines Beschlusses soll durch Rosenfeld erfolgen. [B] — [3.] Anträge³ von Ordensfabriken auf Entschädigung. Begutachtung durch das Finanzministerium. [B] — [4.] Erleichterungen für den Austritt aus der Landeskirche.⁴ [B] — [5.] Antrag⁵ des Landwirtschaftsministeriums auf einen Kursus für Staatsbürger-

¹ Vgl. die Bekanntmachung betr. Orden und Titel v. 14.12.1918, GS, S. 206.

² Das Schreiben von JMinr. Rosenfeld an die Reg. v. 10.12.1918 in: Rep. 84a, Nr. 51026, Bl. 6.

³ Rep. 90, Nr. 2061, Bl. 38–41v; die Ablehnung, Bl. 47v–48.

⁴ Das Schreiben des JMinm. v. 11.12.1918 mit dem Gesetzentwurf betr. die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden in: Rep. 84a, Nr. 1208, Bl. 141–144. Vgl. das Gesetz v. 13.12.1918, GS, S. 199.

kunde [...] über die politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution. [B] — [6.] Einberufung der preußischen Nationalversammlung. *Stellungnahme nach Ablehnung des wegen Erkrankung A. Hoffmanns gestellten Vertagungsantrags der beiden Vertreter der USPD.* – Termin der Wahlen eine Woche nach der Wahl der deutschen Nationalversammlung. *Ablehnung des Zusatzes „vorbehaltlich der Zustimmung des Zentralrats der A.u.S. Räte“* [...] mit 3 gegen 2 Stimmen; Rosenfeld, Ströbel.⁶ [B]

⁵ *Die Vorlage von LandMinr. Braun für die Kabinettsitzung am 11.12.1918 (!) in: Rep. 76, VII neu Sekt. 1B Gen. I Nr. 53 Bd. 1, Bl. 151 (aus den zurückgelassenen Papieren von WissMinr. A. Hoffmann).*

⁶ *Der Entwurf einer Verordnung über die Wahlen wurde in der Kabinettsitzung am 21.12.1918 vollzogen, vgl. Rep. 90, Nr. 21, Bl. 20–21 u. 24. – Zur Rolle Brauns gegenüber den USPD-Mitgl. des Kab. vgl. Schulze, Otto Braun, S. 235 f., mit Bezug auf den TOP; vgl. auch Eimers, Enno, Das Verhältnis von Preußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1918–1923), Berlin 1969, S. 50 f.*

Nr. 4 Sitzung des Politischen Kabinetts am 14. Dezember 1918.

Durchschr. mit Unterstreichungen von unbekannter Hand, Bd. 167, Bl. 428–429; MF 1012. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 28, n.f.

Anwesend: [Hirsch, Ströbel, Braun, Ernst, Rosenfeld]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: H. Simon.

[1.] *Beisetzung der Opfer des Zusammenstoßes¹ vom 6. Dezember 1918 in Berlin.* [B] — [2.] *Beschwerde Fischbecks über das eigenmächtige Vorgehen des A. u. S. Rats in Hamborn und Calau.* [B] — [3.] *Nachrichten über erneute Loslösungsbestrebungen des Rheinlandes.² Die Angelegenheit wird durch die [...] Erklärung³ der preußischen Regierung gegen solche Separationsbestrebungen und die Anwesenheit Breitscheids im Rheinland für erledigt gehalten.* [B] — [4.] *Protestschreiben⁴ Eitel Friedrichs gegen die Beschlagnahme des Vermögens der ehem. Kgl. Familie; ist als un begründet zurückzuweisen.* [B] — [5.] *Finanzierung des Kurses für Staatsbürgerkunde.⁵* [B] — [6.]

¹ *In der Chausseestraße hatten Gardefüsiliere der Maikäferkaserne das Feuer auf einen Demonstrationszug, der aus den Sophiensälen kam, gerichtet. Dabei wurden 16 Personen getötet. Vgl. dazu die Bekanntmachung des Rates der Volksbeauftragten vom 7.12.1918 an die Bevölkerung Berlins, in: Wippermann, Deutscher Geschichtskalender, Erg.-Bd.: Die deutsche Revolution 1918/19, Bd. 1, S. 161 u. Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Zwei Teile, eingeleitet von Erich Matthias und bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, I. T., S. 369 f.*

² *Vgl. z. B. den Bericht des OPräs. der Rheinprovinz v. Groote v. 26.11.1918: Politische Lage in der Rheinprovinz, an die Reg. weitergeleitet am 11.12.1918, in: Rep. 77, Tit. 4040 Nr. 14, Bl. 2–3v.*

³ *Die Bekanntmachung v. 10.12.1918 in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 292 v. 11.12.1918. Breitscheid hielt sich mit USStS Freund zu Gesprächen mit Repräsentanten beider Provinzen in Elberfeld auf, vgl. den Bericht über die Sitzung am 13.12.1918 in: Rep. 77, Tit. 4040 Nr. 14, Bl. 19–27; das Fazit Breitscheids für die Reg., Bl. 26; das Prot. der Elberfelder Tagung gedr. in: Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, 2. Aufl., Hamburg 1975, S. 425–430. Vgl. auch zur Elberfelder Besprechung Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 126 f. u. Reimer, Klaus, Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt/M. u. a. 1979, S. 85–88.*

⁴ *Die Rechtsverwahrung des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen (in Vollmacht des vormaligen Königs Wilhelm II. von Preußen) v. 13.12.1918 in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 26–27v.*

⁵ *Der zwischen Weihnachten u. Neujahr in Berlin vorgesehene mehrtägige Kursus fand nicht statt, vgl. Rep. 90a, D I 1 Nr. 23.*

Notstandsarbeiten.⁶ *Sie sind auch bei Überschreiten des Kostenanschlags in Angriff zu nehmen.* [B] — [7.] *Das neue Gemeindegewahlgesetz ist schnell fertigzustellen.* [B] — [8.] *A. Hoffmanns angebl. Äußerung, daß die Nationalversammlung auseinandergejagt werden müßte, falls sie keine sozialistische Mehrheit aufweise.*⁷ *Antrag Hirsch–Braun⁸ auf unbedingte Respektierung der Nationalversammlung.* [B] — [9.] *Keine Entschädigungsansprüche des Fiskus gegenüber den Gemeinden entsprechend der von Rosenfeld⁹ vorgelegten Fassung.* [B] — [10.] *Ein Telegramm¹⁰ an die Okkupationsbehörden, das gegen Eingriffe in die Justizverwaltung der besetzten Gebiete Preußens Verwahrung einlegt.* [B] — [11.] *Grundsätze für die Zuständigkeit der Preußischen Regierung, der Ressortminister und des Gesamtministeriums.*¹¹

⁶ *Die Vorlage des FinMinm. v. 11.12.1918 in: Rep. 90, Nr. 1149, Bl. 2. Der Beschluß u. die Anweisung an alle Minm. sowie das Demobilmachungsamt v. 19.12.1918, Bl. 4–4v, auch veröffentl. in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 2 v. 20.2.1919, S. 238.*

⁷ *Vgl. dazu die Sitzung des RdV am 9.12.1918 in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. 1. T., Nr. 47, S. 309; die Erklärung der preuß. Reg. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 296 v. 16.12.1918.*

⁸ *Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 236, mit Bezug auf den TOP.*

⁹ *Der Wortlaut der Fassung in: Rep. 84a, Nr. 51026, Bl. 13.*

¹⁰ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

¹¹ *Als TOP im Prot. nicht enthalten, nachweislich wurden jedoch die Grundsätze von der Reg. am 14.12.1918 beschlossen, vgl. das Schreiben Ströbels an alle Minm. v. 16.12.1918 in: Rep. 120, A 1 1 Nr. 5 Bd. 4, Bl. 154; der Wortlaut des nicht veröffentl. Dokuments, Bl. 155–155v; auch in: Rep. 90, Nr. 395, n. f. u. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 3 Bd. 7, Bl. 110 bis 110v. Das Gutachten des JMinr., auf dem die Grundsätze fußten, in: Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 19–22, Nr. 2052, Bl. 151 bis 152v u. Nr. 4563, Bl. 3–3a; ein Auszug gedr. in: Stier-Somlo, Fritz, Das Preußische Verfassungsrecht, Bonn 1922, S. 34. – Die Grundsätze wurden am 16.12.1918 der RReg. (RK) übersandt, vgl. BArch Lichtenfelde, R 43/2483, Bl. 10 u. 14–14v. Vgl. auch Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 43 f., mit Bezug auf den TOP.*

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit preußischen Ministern am 26. Dezember 1918.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 73, S. 41 f.

Anwesend: für Preußen Ernst, Hirsch.

Zu 4. Offener Aufruhr in Hamborn und Unruhen in Oberschlesien.

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit preußischen Ministern am 28. Dezember 1918.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 76, S. 54–72.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Breitscheid.

Die oberschlesische Frage.

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit der Preußischen Regierung am 2. Januar 1919, nachmittags.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 91, S. 172–182.

Anwesend: für Preußen Hoff, Ströbel, Rosenfeld, Ernst, Braun, Haenisch, Hirsch, Reinhardt.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, v. Willisen, Loehrs, Krahrmer-Möllenberg.

Ostfragen und der Streik im Ruhrrevier.

Sitzung des Zentralrats mit der Preußischen Regierung im Dienstgebäude (Wilhelmstr. 63) am 2. Januar 1919, 19.30 Uhr.

Druck: Der Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968, Nr. 25, S. 171–185.

Anwesend: für Preußen Ströbel, Rosenfeld, Braun, Breitscheid, Hirsch, A. Hoffmann, Haenisch.

Ernennung von Reinhardt zum preußischen Kriegsminister.

Sitzung des Zentralrats mit dem Rat der Volksbeauftragten und preußischen Ministern am 3. Januar 1919.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 93, S. 183–191; Der Zentralrat, Nr. 28, S. 188–201.

Anwesend: für Preußen Braun, Ernst, Reinhardt.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, v. Willisen.

1. Rücktritt der USPD-Mitglieder der Preußischen Regierung. — **2.** Die Lage in Posen und Oberschlesien. — **3.** Entwurf eines Aufrufs zur Bildung einer Freiwilligen-Armee. — **4.** Die Verhältnisse im Baltikum und in der Ukraine. — **5.** Verschiedenes, u. a. Personalfragen.

Nr. 5 Sitzung der Regierung am 4. Januar 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 1a–3; MF 1012. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 29–32; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 29, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Hué, Heinrichs, Naumann, C.H. Becker [beide zu 1], Kutscher [zu 4].

(Änderung in der Organisation des Ministeriums nach dem Rücktritt der USPD-Mitglieder der Regierung.¹ Dazu teilt Hirsch mit: Nur noch einfache Besetzung der Ministerien und Übertragung der Geschäfte des Politischen Kabinetts an das Staatsministerium, dem wieder alle Minister angehören sollen. Abänderung der Grundsätze² für die Zuständigkeit der Preußischen Regierung [...] vom 14.12.1918. [B]) — 1. Errichtung einer Universität in Köln.³ Einverständnis mit dem Vorschlag, die wissenschaftlichen Anstalten der Stadt Köln zu einer neuartigen Universität⁴ auszubauen. [B] — 2. Polnische Fragen. Berichterstatte Minister Ernst.⁵ Ablehnung der neuesten polnischen Forderungen⁶ [...] als unannehmbar. Bereitschaft zu Verhandlungen über die Einsetzung kommissarischer Vertreter für abberufene Beamte, diese Verhandlungen [...] mit der polnischen Seite [...] dilatorisch zu führen. Ankündigung, das Gesetz betr. die Beförderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen vom 26.4.1886 aufzuheben.⁷ Verständigung mit der Waffenstillstandskommission über die Verwertung der von der Ansiedlungskommission erworbenen Landgüter. Bezüge für die aus der Provinz Posen abzuberufenden Beamten.⁸ [B] — (3. Ernennung. [B] — 4. Bescheid an den Provinzial-Volksausschuß für Schlesien⁹, um ein Mißverständnis über ein Presseinterview, das Ernst nach den Verhandlungen in Posen gegeben hatte, aufzuklären. [B] — 5. Die Mitgliedschaft von Ausländern im Arbeiter- und Soldatenrat Leobschütz.¹⁰ [B] — 6. Lohnbewegung in Oberschlesien.¹¹ Beabsichtigte Verhandlung mit

¹ Vgl. die Rücktrittserklärung v. 3.1.1919 in: *Der Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik 19.12.1918–8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968, Nr. 26, S. 185 f.*

² Der Entwurf zu neuen Grundsätzen, allen Minn. am 14.1.1919 zur Prüfung übersandt, in: *Rep. 77, Tit. 182 Nr. 3 Bd. 7, Bl. 112–114, Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 34–36 u. Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 4, Bl. 165–167; dort auch Voten der Minn. Zum Beschluß vgl. auch Riedorf, Fritz, *Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, staats- u. rechtswiss. Diss. Göttingen 1939, S. 94, Anm. 2.**

³ Der Antrag von OB Adenauer an WissMinn. Haenisch auf Ausbau der städt. Hochschuleinrichtungen zu einer Universität (enthalten in seinem Schreiben v. 21.12.1918 an Minn. Breitscheid) in: *Rep. 77, Tit. 46 Nr. 41, Bl. 1; die Denkschrift, von Adenauer angeregt u. von Prof. Christian Eckert (Handelshochschule Köln) verfaßt, Bl. 3–14. Vgl. Eckert, Christian, *Die Wiedererrichtung der Universität in: Universität Köln 1919–1929, (Köln 1929), S. 53–74, zur Denkschrift u. zu den Verhandlungen im WissMinn., S. 59–63.**

⁴ Vgl. zum Begriff: Wende, Erich, C.H. Becker, *Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 136; vgl. auch Boelitz, Otto, *Der Aufbau des preußischen Bildungswesens nach der Staatsumwälzung, 2. Aufl., Leipzig 1925, S. 152 f.; Düwell, Kurt, *Universität, Schulen und Museen. Adenauers wissenschafts- und bildungspolitische Bestrebungen für Köln und das Rheinland (1917–1932), in: Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, hrsg. von Hugo Stehkämper, Köln 1976, S. 169–173.***

⁵ So der Wortlaut des TOP in den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 172; zu den Verhandlungen von Ernst u. UStS Göhre am 30./31.12. in Posen vgl. deren Berichte in der Sitzung des RdV mit der preuß. Reg. am 2.1.1919 u. in der Sitzung des Zentralrats mit dem RdV u. preuß. Minn. am 3.1.1919, in: *Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 91, S. 175 bis 178 u. Nr. 93, S. 183. Vgl. auch Vosberg, Fritz, *Der polnische Aufstand in seiner Entstehung. Die Vorbereitungen zum polnischen Aufstande in der Provinz Posen im November/Dezember 1918 mit einer Zusammenstellung von deutschen und polnischen Kundgebungen und Pressestimmen, Preußische Verlagsanstalt Berlin 1919, bes. S. 107 ff. u. Vogt, Dietrich, *Der großpolnische Aufstand. Berichte, Erinnerungen, Dokumente, Marburg u. Lahn 1980, S. 69–74.***

⁶ Vgl. das Telegramm des Obersten Polnischen Volksrats (Naczelną Rada Ludowa) v. 3.1.1919 an das StMinn., am 4.1.1919 eingegangen, in: *Rep. 90, Nr. 2228, n.f.*

⁷ Zu Problemen der Realisierung des Beschlusses, insbes. den Bedenken von FinMinn. Südekum im Schreiben an das LandMinn. v. 13.2.1919, vgl. *Rep. 90, Nr. 616, n.f. Vgl. auch Sitzung am 13.3.1919, TOP 2.*

⁸ Zur Sicherstellung der Beamten vgl. den am 20.1.1919 den Minn. übersandten Beschluß in: *Rep. 120, CB I Nr. 78 Bd. 3, n.f.*

⁹ Vgl. das Schreiben der preuß. Reg. v. 4.1.1919 an den Volksrat der Stadt Breslau in: *Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 1, Bl. 37; veröffentl. durch WTB Nr. 45 v. 5.1.1919, ebd., Bl. 40.*

¹⁰ Im Schreiben an den ZR v. 4.1.1919 u. in einer Kanzleinotiz für den Magistrat Leobschütz: Es sei zu prüfen, ob sich nicht in Leobschütz als „Österreicher“ ausländische Polen oder Tschechen einzuschleichen versuchen, um eine feindliche Propaganda zu betreiben. In solchen Fällen würden wir die Ausmerzungen der „Österreicher“ für erforderlich halten, vgl. *Rep. 90a, D I 1 Nr. 14, Bl. 30.*

den Vertretern der Oberschlesischen Gruben-Arbeiterschaft zu ihrer Beilegung. [B] — 7. *Probleme des Arbeitskampfes anlässlich der Lohn- und Arbeitszeit-Forderungen der Arbeiter der Berliner städtischen Gaswerke.* [B] — 8. *Vereinbarungen mit dem neuen Berliner Polizeipräsidenten [...]* Minister Ernst.)

¹¹ Zur Streikbewegung vgl. Schumann, Wolfgang, *Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter*, Berlin 1961, S. 131 ff.

Sitzung des Zentralrats mit preußischen Ministern am 9. Januar 1919, nachmittags.

Druck: Der Zentralrat, Nr. 40, S. 266–276.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Braun, Ernst, Südekum.

1. *Allgemeine Fragen der preußischen Gemeindeverfassungsgesetze (Städte- und Landgemeindevorordnungen, Neuwahl der Magistrate und Besetzung der Verwaltungsstellen, Eingemeindungen u. a.).* — 2. *Entwurf der Verordnung über anderweite Regelung des Gemeindevahlrechts in Preußen.* — 3. *Bericht von Ernst über den Kampf um das Berliner Polizeipräsidium.*

Nr. 6 Sitzung der Regierung am 9. Januar 1919.

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 4–7; MF 1012. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f. — Teildruck [TOP 9]: Baudis, Dieter, Dokumente zur Rolle Albert Südekums, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8 (1960), S. 377.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Südekum, Reinhardt. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Mügel, Heinrichs.

1. Erlaß¹ über das Verhalten der Beamten bei den Wahlen. [B] — 2. Gesuch² von Oberst Reinhard um Unterstützung von Werbungen unter der Beamtenschaft.³ [B] — 3. *Bericht des Kriegsministers zur Lage: Innerhalb Berlins [...] befriedigende Entwicklung. – Die größte Gefahr ist jetzt Ostpreußens Bedrohung durch den Sowjet-Bolschewismus. – Forderung Brauns nach Bildung einer Schutzarmee gegen die Sowjetarmee. Warnung vor diplomatischen Verhandlungen mit dieser. Forderung, den USPD-Arbeiter- und Soldatenrat [...] in Königsberg [...] in seine Schranken zu verweisen. – Südekum regt an, Zivil-Militärkommissare nach Art [...] Noske in die gefährdeten Provinzen zu senden.* [B] — 4. *Entwendung von DDP-Flugblättern aus einer Druckerei durch den A. u. S.-Rat in Halle/S.* [B] — 5. *Verhängung des Belagerungszustands⁴ über den Regierungsbezirk Bromberg und den Kreis Glogau durch die örtlichen Militärbefehlshaber, zu dem die Zustimmung der Regierung zu erteilen ist. – Die besondere Verpflichtung der Regierung für eine rechtzeitige und geheime Vorbereitung [...] des Belagerungszustands über*

¹ *Der Antrag des Minr.dI in: Rep. 90, Nr. 307, n.f.; die Bekanntmachung der Reg. an alle preuß. Beamten v. 9.1.1919 in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 8 v. 10.1.1919.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

³ *Zum Beschluß der Reg. über die Beurlaubung von Beamten für das Regiment Reinhard vgl. die Niederschr. über die Ostkonferenz am 29.1.1919 in: Rep. 90, Nr. 2240, Bl. 11v.*

⁴ *Vgl. allgemein Rep. 77, Tit. 856, Nr. 19 u. die Auflistung zur Verhängung in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 754, S. 1128–1133, hier speziell S. 1129 f.*

Berlin, wengleich die Reichsleitung dagegen *ist*. [B] — 6. Systematische Aufklärung der Bevölkerung über die gewiß bevorstehende Besetzung *deutscher Gebiete* durch die Entente, da die Reichsregierung noch nicht *reagiert hat, und weil, so* Braun, Spartakus die Wiederaufnahme des Krieges⁵ *bedeutet*. Hirsch für *Einrichtung einer entsprechenden Zentrale* [...] im Staatsministerium. [B] — 7. *Gefahr eines neuen Streiks* im Ruhrgebiet.⁶ — 8. *Probleme bei der Verpflegung der Soldaten*. — 9. *Vorschläge*, was mit den Spartakusleuten anzufangen sein *wird*, wenn man der Sp[artakus]-Bewegung erst Herr geworden *ist*.

⁵ Ursprünglich: daß Spartakus den Krieg bedeute, Bl. 5v.

⁶ Zur Streikbewegung vgl. Miller, Susanne, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf 1978, S. 148–153 u. 254–257 sowie Winkler, Heinrich August, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin u. a. 1984, S. 159–175, jeweils mit Literaturangaben.

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit dem Zentralrat und preußischen Ministern am 11. Januar 1919.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 101, S. 210–212; Der Zentralrat, Nr. 45, S. 335–338.

Anwesend: für Preußen Ernst, Hirsch.

1. *Berichte über die Verhandlungen mit Arbeiterdeputationen in Berlin*. — 2. *Keine Verhängung des Belagerungszustands durch die preußische Regierung*. — 3. *Hirsch über die Errichtung einer Republik Cuxhaven*. — 4. *Ernst über die Aushebung des russischen Nachrichtenbüros Rosta*. — 5. *Behandlung der „Vorwärts“-Gefangenen*.

Nr. 7 Sitzung der Regierung am 14. Januar 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 8–10v; MF 1012. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f. — Teildruck [zu TOP 3]: Der Zentralrat, Nr. 40, S. 268, Anm. 13.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: Valentiner [U], v. Kameke.

Weitere Teilnehmer: Brunner, Hué, Göhre, Landsberg [Volksbeauftragter, zu 1], Rüdlin [StS, zu 1], Heinrichs, Freund [zu 1–4, 7], W. Peters, v. Willisen, v. Stülpnagel [alle zu 1], Fritzschen, Kügler [beide zu 2–4, 7].

1. *Verhältnis zu Polen*.¹ In den Provinzen Posen und Ostpreußen und in Oberschlesien *sind* militärische Maßnahmen² zu ergreifen. Erklärung³ gegen die Einsetzung des Abgeord-

¹ *Die Vorlagen des Minr.dI v. 8. u. 10.1., des MöA v. 5.1. u. das Rundschreiben der Reg. v. 10.1.1919 in: Rep. 90, Nr. 2228, n.f.*

² *Vgl. den Antrag der Reg. an das KrMinm. (Grenzschutz Ost) v. 12.1.1919 auf möglichst weitgehende zuverlässige militärische Hilfe in: Rep. 90, Nr. 2237, Bl. 12, hierzu weiter Bl. 28–31.*

³ *Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 12 v. 16.1.1919. Das Schreiben des Obersten Poln. Volksrats v. 8.1.1919, am 13.1. bei der Reg. eingegangen, in: Rep. 90, Nr. 2228, n.f.; mit dem Vermerk von Heinrichs versehen, daß der Volksbeauftragte Landsberg zur Sitzung am 14.1. einzuladen ist. Vgl. auch die Bekanntmachung des Obersten Poln. Volksrats v. 9.1.1919 in: Wippermann, Deutscher Geschichtskalender, Erg.-Bd.: Die deutsche Revolution 1918/19, Bd. 1, S. 425.*

neten von Trampczynski zum Oberpräsidenten in Posen durch den Obersten Polnischen Volksrat. Einrichtung einer Zentralstelle für die einheitliche Bearbeitung aller Ostfragen und einer Zentralnachrichtenstelle⁴ für die Erforschung der drei dem Staatswesen zurzeit hauptsächlich drohenden Gefahren, nämlich der polnischen, der bolschewistischen und der Loslösungs-Bestrebungen sowie für die Suche nach geeigneten Abwehrmitteln. Staatliche Finanzmittel zur Bekämpfung der bolschewistischen Umtriebe im Ruhrgebiet. [B] — 2. Bildung einer vorläufigen Provinzialversammlung für die Provinz Ostpreußen.⁵ Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung mit einer Maßgabe. [B] — 3. Entwurf⁶ einer Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts. Genehmigung mit einigen Abänderungen. [B] Schwere Bedenken Freunds gegen den Inhalt des Entwurfs und dagegen, daß ein Gemeindeverfassungsgesetz [...] nicht in der Form einer Notverordnung [...] erlassen wird. — 4. Entwurf⁷ einer Verordnung über die Neuregelung des Kreistagswahlrechts. Er wird vorerst noch einigen Regierungspräsidenten zur Begutachtung vorgelegt. [B] — 5.–6. Schadenersatzansprüche gegen die Gemeinden auf Grund des Ges[etzes] v. 11.3.1850 und Änderung der Art. 41ff. d. Reichsverfassung; beide Punkte vertagt. — (7. Zustimmung zum Entwurf⁸ einer Verordnung über die Ausdehnung der Fürsorge für Betriebsunfälle von Beamten auf alle Opfer der gegenwärtigen Unruhen. [B] — 8. Zeitweilige Vertretung Heines durch H. Heinemann. [B])

⁴ Material für die einzurichtende Stelle in: Rep. 90a, D I 4c Nr. 12, v. a. Bl. 3–21.

⁵ Die Vorlage des MdI v. 9.1.1919 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 191, Bl. 6–7. Vgl. VO v. 17.1.1919, GS, S. 8 u. Hirsch, Paul, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen. Nach Aufzeichnungen und Erinnerungen aus Parlament und Regierung, Berlin 1929, S. 140 f.

⁶ Der Entwurf des Minr.dI, im JMinm. am 14.1.1919 eingegangen, in: Rep. 84a, Nr. 5864, Bl. 381–382; eine hs. Aufzeichnung Heines, Bl. 380. Hier wurde bereits ein zweiter, nach Verhandlungen mit dem ZR geänderter Entwurf behandelt, zur Beratung des ersten Entwurfs vgl. Sitzung des ZR mit preuß. Minr. am 9.1.1919, in: Der Zentralrat, Nr. 40, S. 266–276. — Die Akte des StMinm. Rep. 90a, V III 2 Nr. 1 Bd. 4: Die Bildung von Stadtverordneten-Versammlungen und Gemeindevertretungen sowie die Bestimmungen über die Ausführung der bezüglichen Wahlen (Kommunal-Gemeinde-Wahlrecht), 1914–31.7.1923, ist nicht überliefert. — Vgl. insgesamt Leyden, Victor v. (MinR u. GenReferent für kommunale Angel. im MdI), Das Gemeindewahlrecht in Preußen seit der Staatsumwälzung. Zusammenge stellt u. erläutert auf Grund des amtlichen Materials des Ministeriums des Innern, Berlin 1925.

⁷ Der Entwurf des Minr.dI über eine Verordnung über die Zusammensetzung der Kreistage in Preußen unter Ausschluß der Provinz Posen und der Hohenzollernschen Lande, im JMinm. am 14.1.1919 eingegangen, in: Rep. 84a, Nr. 4798, Bl. 210–211; eine hs. Aufzeichnung Heines, Bl. 209. Der Entwurf auch in: Rep. 77, Tit. 772 Nr. 57 Bd. 5, n.f. Die Rundverfügung des MdI v. 15.1.1919, ebd.

⁸ Vgl. den vom Minr.dI am 20.1.1919 zur Vollziehung übersandten Entwurf in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 15 Beiakte 1 Bd. 1, n.f.

Nr. 8 Sitzung der Regierung am 17. Januar 1919.

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 11–12; MF 1012. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2239, Bl. 4–5v; Rep. 90, Nr. 2240, Bl. 1–2v; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 30, n.f.

Anwesend: Ernst [V], Braun, Hoff, Haenisch [nur zu 3–4], Südekum. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, Brunner, Göhre, Heinrichs.

1. Anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts. Zustimmung zum § 8 des Entwurfs einer Verordnung¹. [B] — 2. Schadenersatzansprüche gegen die Gemeinden auf

¹ Verabschiedet wurde der ganze VO-Entwurf, vgl. dazu Hirsch in der Sitzung des Zentralrats mit der preuß. Reg. am 23.1.1919 in: Der Zentralrat, Nr. 60, S. 452. Vgl. VO v. 24.1.1919, GS, S. 13, Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 143 u. Leyden, Das Gemeindewahlrecht in Preußen.

Grund des Gesetzes vom 11. März 1850: *Forderungen werden dem Einzelfalle vorbehalten. Zahlung von Entschädigungen an Beamte und Gefangene.* [B] — **3.** Änderung des Artikels 41 ff. der Reichsverfassung betr. das Eisenbahnwesens²; *vertagt.* — *Dafür Beschlußfassung über ein Schreiben³ an die Reichsregierung, daß die rechtzeitige Beteiligung der Regierungen der deutschen Bundesstaaten an den Beratungen des Entwurfs einer neuen Reichsverfassung⁴ dringend erwünscht ist. Baldmöglichste Beratung im Staatsministerium über den im Verfassungsentwurf enthaltenen Gedanken der Aufteilung Preußens in mehrere selbständige Bundesstaaten.*⁵ [B] — **4.** Lohnforderungen der *Berliner Eisenbahner* für die Streik- und Demonstrationstage. *Ein Beschluß wird ausgesetzt.* [B] — **(5.** Ernennung von Ramm⁶ zum Unterstaatssekretär. [B] — **6.** Erste Konferenz⁷ der Ministerialreferenten zur einheitlichen und schnellen Bearbeitung aller östlichen Fragen.)

² Zur Vorlage des MöA v. 16.1.1919 vgl. Rep. 90, Nr. 300, Bl. 14–20.

³ Vgl. Rep. 90, Nr. 300, Bl. 43–44v; von BüroDir. Riedel als Protestschreiben an die RReg. u. die Länderregierungen bezeichnet, Bl. 42.

⁴ Vgl. die Entwürfe zum allg. Teil der künftigen Reichsverfassung: ursprüngliche, nicht veröffentl. Fassung v. 3.1.1919 u. überarbeitete, am 20.1.1919 veröffentl. Fassung, gedr. als Entwurf I u. II, in: *Die Regierung der Volksbeauftragten*, 2. T., Nr. 105/105b, S. 249–267; vgl. auch Triepel, Heinrich, *Quellensammlung zum Deutschen Reichsstaatsrecht*, 3. Aufl., Tübingen 1922, S. 7–16; Mauersberg, Jasper, *Ideen und Konzeption Hugo Preuß' für die Verfassung der deutschen Republik 1919 und ihre Durchsetzung im Verfassungswerk von Weimar*, Frankfurt u. a. 1991, S. 56–64, 87–106 u. 122–136; mit Bezug auf den TOP Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, S. 70 u. 77, Anm. 191.

⁵ Vgl. die §§ 11 u. 29 des Vorentwurfs v. 3.1.1919 in: Ritter/Müller, *Die deutsche Revolution*, S. 404 u. *Die Regierung der Volksbeauftragten*, 2. T., Nr. 105, S. 251, bei Triepel, *Quellensammlung*, S. 11 f.

⁶ Der Antrag des LandMinm. v. 16.1.1919 in: Rep. 90, Nr. 910, n.f.

⁷ Eine Niederschr. über die 1. Sitzung am 17.1.1919 in: Rep. 90, Nr. 2239, Bl. 3–5v u. Nr. 2240, Bl. 1–4v.

Sitzung des Zentralrats mit der Preußischen Regierung am 23. Januar 1919.

Druck: Der Zentralrat, Nr. 60, S. 451–463.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Südekum, Braun, Haenisch.

1. *Die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts in Preußen.* — **2.** *Einberufung der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung und künftiges Schicksal Preußens (Aufteilung?).*

Nr. 9 Sitzung der Regierung am 24. Januar 1919.

Vollz. Reinschr. mit einer Einfügung von Heinrichs, Bd. 168, Bl. 13–13v; MF 1012. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 12, n.f. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 31, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Heinrichs, Freund [zu 3], Semler, Bursy, C.H. Becker [alle zu 3].

(Neuregelung der Befehlsgewalt.¹ Verwahrung *gegen* die von der Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte vorgenommene *Maßnahme*², weil dieser weitgehende Eingriff in das Ressort des preußischen Kriegsministeriums ohne vorherige Fühlungnahme mit der Preußischen Regierung erfolgt *ist*. [B]) — **1.** Keine Lohnzahlungen für Streiktage *an die Staatseisenbahnarbeiter* in Berlin und Braunschweig. [B] — **2.** Die *höheren* Personen- und Gütertarife³ der Staatseisenbahnverwaltung *werden bewilligt*. [B] — **3.** *Referat Freunds*⁴ und *Aussprache über den von Preuß* übersandten Entwurf⁵ einer Reichsverfassung. Widerspruch *gegen eine* Anzahl von Punkten, namentlich soweit die Zerstückelung Preußens⁶, § 11, in Frage kommt⁷, in der [...] Besprechung [...] der Reichsregierung [...] mit den Bundesregierungen *am 25. Januar 1919*.⁸ [B] — **4.** *Tagung der Nationalversammlung in Weimar. Die Beamten für die amtliche Tätigkeit werden benannt.* – (Ernennung von J. Herr [...] zum Präsidenten der Eisenbahndirektion Halle/S. [B])

¹ Vgl. VO der RReg. über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt u. Stellung der Soldatenräte im Friedensheer v. 19.1.1919 in: *Armeeverordnungsblatt*, Nr. 8 v. 19.1.1919, S. 54 f., gedr. in: *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 56–58.

² Die Stellungnahme des RKab. zum preuß. Veto v. 28.1.1919 in: *Die Regierung der Volksbeauftragten*. 2. T., Nr. 121, S. 330. Mit Bezug auf den TOP vgl. Eimers, *Das Verhältnis von Preußen und Reich*, S. 75.

³ Die Vorlage des MöA v. 21.1.1919 in: *Rep.* 90a, K II 3 Nr. 2, n.f.

⁴ Der Wortlaut des TOP in den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 177v: *Besprechung des im Reichsamt des Innern aufgestellten Entwurfs einer Reichsverfassung. Referent, UStS Freund; eine teilw. Wiedergabe seiner Ausführungen bei: Wippermann, Deutscher Geschichtskalender, Erg.-Bd.: Die Deutsche Reichsverfassung*, S. 37, gedr. bei: Ritter/Miller, *Die deutsche Revolution*, S. 410 f.

⁵ Der vom RAdI den preuß. Minr. am 17.1.1919 übersandte Entwurf des allgemeinen Teiles der künftigen Reichsverfassung nebst einer Denkschrift in: *Rep.* 90, Nr. 300, Bl. 25–39v, als Entwurf II gedr. in: *Die Regierung der Volksbeauftragten*, 2. T., Nr. 105/105b, S. 249–267.

⁶ Einfügung von Heinrichs: die Zerstückelung Preußens, Bl. 13v.

⁷ Vgl. auch Ritter/Miller, *Die deutsche Revolution*, S. 410 u. Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, S. 70, mit Bezug auf den TOP.

⁸ Vgl. die Erklärung Hirschs, in der er namens der preuß. StReg. Kritik am Entwurf übte, sowie die Ausführungen von Heine, Fischbeck u. Freund: Aufzeichnung über die Besprechungen im Reichsamt des Innern vom 25. Januar 1919 über den der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vorzulegenden Verfassungsentwurf, in: *Rep.* 90, Nr. 300, Bl. 120v–121v u. 127v–129v (nicht veröffentl.); die Aufzeichnung auch in: *Rep.* 151, HB Nr. 564, Bl. 79v ff. u. BArch Lichterfelde, R 43 I/1863. Zur Konferenz vgl. Schulz, Gerhard, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930*, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin u. New York 1987, S. 142–149 u. Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, S. 70–76.

Sitzung des Rates der Volksbeauftragten mit Staatssekretären und dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten am 27. Januar 1919.

Druck: Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 120, S. 311–323.

Anwesend: für Preußen Hoff.

Die Friedensverhandlungen.

Nr. 10 Sitzung der Regierung am 31. Januar 1919.

Vollz. Reinschr mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 14–16; MF 1012. — *Abschr.: IISG Amsterdam*, NL Braun Nr. 32, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: v. Dryander [zu 8–10], Valentiner [zu 1–7; U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs, Freund [zu 4], Kübler [zu 8].

1. *Genehmigung der Grundsätze*¹ für die Zuständigkeit der Preußischen Regierung (Staatsministerium) und der Ressortminister: *Wiederherstellung des Staatsministeriums in seiner alten Konstruktion mit dem Titel Staatsminister für die Minister.* [B] — (2. *Der Kriegsminister über sein Dienstverhältnis zum Reich. Forderung der Regierung, über neue organisatorische Maßnahmen des Reichs gehört zu werden.* [B] — 3. *Bestellung der Preußischen Mitglieder des Staatenausschusses.*² [B]) — 4. *Zustimmung zum Entwurf*³ einer Nachtragsverordnung zur Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar d.J., mit der u.a. die Geltung der Verordnung für die Provinzen Posen, Westpreußen und den Regierungsbezirk Oppeln mit Rücksicht auf die dortigen polnischen Umtriebe bis auf weiteres ausgesetzt wird. [B] — (5. *Neue Dienstvergütung und Aufwandsentschädigung für die sozialdemokratischen Minister*⁴ ab dem Tage des Austritts der USPD-Mitglieder des Ministeriums. [B] — 6. *Die Eisenbahnfrage in der Reichsverfassung. Das Staatsministerium spricht sich auf Antrag Hoff's*⁵ für Aufnahme einer Bestimmung in die künftige Reichsverfassung aus, die dem Reiche die Möglichkeit gibt, die deutschen Eisenbahnen [...] in Eigentum oder Betrieb zu nehmen und dem Reiche solange ein verstärktes Aufsichts- und Kontrollrecht einräumt. [B] — 7. *Dem Entwurf*⁶ einer Verordnung betr. Weitererhebung von Zuschlägen zur Einkommen- und Ergänzungssteuer für 1919 wird zugestimmt. [B] — 8. *Staats- und vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Krone und Staat.*⁷ *Beschleunigte Bildung einer interministeriellen Kommission*⁸ beim Justizministerium mit der Aufgabe einer alsbaldigen anderweiten Regelung bzw. Aufhebung der verordneten Beschlagnahme des Vermögens des Preußischen Königshauses sowie Vorbereitung der Auseinandersetzung und der Versetzung von Beamten der [...] Hofverwaltungen in den einstweiligen bzw. endgültigen Ruhestand. [B] — (9. *Protest an die Reichsregierung gegen den ohne Beschlußfassung der Preußischen Regierung erfolgten Erlaß der Verordnung*⁹ zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland vom 29. Januar 1919 wegen der schweren

¹ Die Vorlage des MinPräs. v. 14.1.1919 mit dem Entwurf in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 4, Bl. 164–167; die nicht veröffentlicht. Grundsätze v. 31.1.1919 in: Rep. 90, Nr. 395 u. 396, n.f. sowie Rep. 77, Tit. 182 Nr. 3 Bd. 7, Bl. 124–124v; anbei auch die Voten mehrerer Minr. – Die Grundsätze wurden am 1.2.1919 der RReg. (RK) mitgeteilt, vgl. BArch Lichterfelde, R 43/2483, Bl. 20–22.

² Vgl. dazu Rep. 90, Nr. 187.

³ Die Vorlage des Mdl v. 29.1.1919 mit dem Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 5864, Bl. 385–387 u. Rep. 77, Tit. 311 Nr. 175 Bd. 9, n.f.

⁴ Zu den Bezügen vgl. Rep. 151, HB Nr. 20, Bl. 2 ff.

⁵ Zur Ausarbeitung der Eisenbahnartikel im Entwurf der Reichsverfassung vgl. dessen Beiträge in: Rep. 90, Nr. 300, Bl. 9–11 (22.12.1918), 14–20 (16.1.1919), 48–63 (23. u. 24.1.1919). Vgl. auch Hoff, *Erinnerungen*, S. 264–267 (Anhang): I. Gegenüberstellung der auf die Reichsbahnbildung bezüglichen Bestimmungen im Reichsverfassungsentwurf; S. 224 ff. die Abschnitte: *Preußens Zustimmung u. Reichsbahnbildung im Verfassungsentwurf. – Der Beitrag der Wasserbauverwaltung zur Reichsverfassung, vom MöA (i. V. Peters) am 4.2.1919 übersandt*, in: Rep. 120, C XVII 1 Nr. 75 Bd. 1, n.f.

⁶ Die Vorlage des FinMinr. v. 27.1.1919 mit dem VO-Entwurf in: Rep. 120, C V Nr. 15 Bd. 10, n.f. Vgl. VO v. 31.1.1919, GS, S. 21.

⁷ Vgl. die Formulierung des TOP nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 179v–180 u. die Schreiben des JMinr. v. 17. u. 22.1.1919, durch Rundschreiben der Reg. v. 22. u. 24.1.1919 den Minr. mitgeteilt, in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 31–42v.

⁸ Zur personellen Zusammensetzung vgl. Rep. 90, Nr. 233, Bl. 72–74; der Entwurf des FinMinr. v. 11.1.1919 mit Anschreiben an die Reg., Bl. 29–30v.

⁹ In der Sitzung am 29.1.1919 angenommen u. sofort in Kraft gesetzt, vgl. *Die Regierung der Volksbeauftragten*, 2. T., Nr. 125, S. 346. Vgl. dazu das Schreiben der preuß. Reg. an die RReg. (RK) v. 11.3.1919, mit dem sie sich dem Protest von Südekum mit Schreiben an den RFinMinr. u. RArbMinr. v. 23.2.1919 anschloß, in: Rep. 84a, Nr. 1271, Bl. 357–358. – Zu den für Preußen geplanten Maßnahmen vgl. die umfangreichen Niederschriften über Beratungen zur Ausführung der Reichs-VO am 12. u. 13.5.1919 in: Rep. 87, B Nr. 9416, Bl. 1–188 (Entwürfe u. Reinschriften).

Gefährdung der preußischen Finanzwirtschaft. [B] — **10.** Eine einmalige Gefahrenzulage für die Berliner Schutzmannschaft und Vorbereitung einer Neuregelung der Teuerungszulagen für die Eisenbahnangestellten. [B])

Nr. 11 Außerordentliche Sitzung der Regierung im Deutschen Nationaltheater in Weimar am 6. Februar 1919.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 168, Bl. 17–19v; MF 1012.— Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2235, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Landsberg [Mitgl. RReg.], Brockdorff-Rantzau [StS AA], Freund, Meister, Simons [Dir. AA], v. Willisen, v. Berger, Valentiner.

[1.] Verhandlungen mit den Bevollmächtigten des polnischen Obersten Volksrats vom 3.–5. Februar 1919 in Berlin.² Abbruch infolge Unmöglichkeit zu einer Verständigung in den großen schwebenden Fragen, doch Vereinbarungen über eine 14tägige Waffenruhe, den Austausch der Geiseln und von Unterlagen der wegen Gewalttätigkeiten festgenommenen Personen sowie eine verbindliche Presseerklärung. Nichtunterzeichnung des Gesamtprotokolls³ nach Bescheid [...] der Reichsregierung aus Weimar, einer Waffenruhe nicht zustimmen zu können. — [2.] Militärische Lage in den preußischen Ostprovinzen. — [3.] Einspruch Brockdorff-Rantzaus gegen die Note⁴ des französischen Generals Nudant nach Einstellung der Kampfhandlungen in den preußischen Ostprovinzen und über die Entsendung einer Kommission der Ententemächte [...] in die preußisch-polnischen Gebiete. — [4.] Ablehnung des polnischen Wunsches nach Einstellung der Feindseligkeiten durch Reinhardt und Landsberg. — [5.] Simons über das Verhältnis der polnischen Frage zur internationalen Gesamtlage. Landsberg bezeichnet den Verlust größerer deutscher Gebietsteile [...] an die polnischen Rebellen vielleicht als ein äußerstes und durchgreifendes Mittel für eine tiefgreifende nationale Erregung in Deutschland [...]. — [6.] Einstellung der Kampfhandlungen nur unter der Bedingung des restlosen Rückzugs der polnischen Truppen [...] aus dem deutschen Reichsgebiet.⁵ [B]

¹ Vermerk von Heinrichs v. 14.2.1919: Das Protokoll ist nicht zu vervielfältigen u. den Ministern zu schicken, Bl. 17.

² Vgl. die Niederschriften über den 1. u. 3. Verhandlungstag in: Rep. 90, Nr. 2236, n.f. Eine Niederschr. zum 2. Tag konnte nicht nachgewiesen werden. Zum Beginn der Verhandlungen vgl. auch Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1919/1, S. 28 f.

³ Die Niederschr. über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Anlagen A–E in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f.

⁴ Die Note Marschall Fochs v. 2.2.1919, von Nudant am 3.2.1919 der Wako in Spa übergeben, auch in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f. Die dt. Antwortnote v. 8.2.1919, vom AA am 9.2.1919 dem StMinm. mit der Mitteilung übersandt, sie werde auf Weisung des StS am 10.2.1919 dem Gen. Nudant als Antwort auf die Note des Marschalls Foch betr. Polen übergeben, ebd.; auch veröffentlicht. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 35 v. 11.2.1919, 1. Beil.

⁵ Vgl. den entsprechenden Bescheid Valentiners v. 6.2.1919, 18.20 Uhr, an das Büro des StMinm. in Berlin, in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f. — Zur Sondersitzung am 6.2.1919 im Präsidentenzimmer der NatVers., die während des Namensaufrufs Beschluß faßte, den Polen kein Waffenstillstandsabkommen zu gewähren, vgl. den Brief Simons' an den UStS im AA, Frh. Langwerth v. Simmern, v. 7.2.1919, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A, Bd. 1, Göttingen 1982, Nr. 134, S. 231. — Die Benachrichtigung des Obersten Poln. Volksrats erfolgte durch Funkspruch noch am 6.2.1919; die aml. Meldung über den Abbruch der Verhandlungen durch WTB Nr. 299 v. 7.2.1919 (M), vgl. Rep. 90, Nr. 2235, n.f.

Nr. 12 Sitzung der Regierung in Weimar am 11. Februar 1919.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 20–21; MF 1012. — Abschriften: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 33, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Erzberger [StS], Heinrichs, v. Berger, Krahmer-Möllenberg [zu 1].

1. *Waffenstillstandsverhandlungen in Trier. Ersuchen an Erzberger, bei Forderungen der Entente an das Reich betr. Polen [...] zu erklären, daß die Polnische Frage eine innere Angelegenheit Preußens ist und deshalb ein bevollmächtigter Vertreter der Preußischen Regierung zu den [...] Verhandlungen zugezogen werden muß.* [B] — **2.** *Verlegung der nächsten Sitzung.* [B] — **3.** *Dem Antrage¹ Reinhardts, innerhalb des von den Polen am meisten bedrohten Teils des II. Armeekorps-Bezirks 5000 Mann einzuberufen, stimmt die Reichsregierung zu.* — **4.** *Kommandogewalt. Hinweis Reinhardts, mit der Wahl eines Reichspräsidenten hat die bisherige einheitliche Kommandogewalt [...] eine reinliche Scheidung erfahren, das Kriegsministerium und die preußische Wehrmacht stellen nunmehr eine rein preußische Angelegenheit dar. Der Kriegsminister soll für eine möglichst Vereinheitlichung der militärischen Einrichtungen im ganzen Reiche wirksam werden.* [B] — **5.** *Bereitschaft, auf Grund eines Antrags von Reinhardt, bei Berufung eines Parlamentariers zum Reichswehrminister [...] dem Reiche auf Wunsch den preußischen Kriegsminister² zur Verfügung zu stellen.* [B]

¹ *Vgl. Sitzung des RdV am 30.1.1919 in: Die Regierung der Volksbeauftragten, 2. T., Nr. 126, S. 353 f.*

² *Am 13.2.1919 wurde KrMinr. Reinhardt zum Mitgl. des RMinm. mit beratender Stimme ernannt. Zur Ernennung vgl. Ernst, Fritz, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, in: Die Welt als Geschichte, 18 (1958), Stuttgart 1958, S. 60.*

Sitzung des Zentralrats mit dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 12. Februar 1919.

Druck: Der Zentralrat, Nr. 85, S. 608–624.

Anwesend: für Preußen Haenisch.

[1.] *Beschluß der Zentralstelle der A.- und S.-Räte der Provinz Brandenburg über die Wahl von Mitgliedern für das Oberpräsidium. — [2.] Bekämpfung des Schleichhandels. — [3.] Vortrag von Haenisch über die Tätigkeit seines Ministeriums, insbesondere über Schulfragen. — [4.] Bericht Grzesinskis über den Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung der Kreistage in Preußen.*

Sitzung des Zentralrats mit der Preußischen Regierung am 13. Februar 1919.

Druck: Der Zentralrat, Nr. 86, S. 625–642.

Anwesend: für Preußen Hoff, Südekum, Hirsch, Braun, Heine.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Holzer¹, Brunner, Maaßen², Freund.

[1.] Hoff über die schwierige Lage bei der Staatseisenbahn-Verwaltung. — [2.] Zusammentritt der Preußischen Landesversammlung und der Entwurf der provisorischen Verfassung für Preußen, der einen Staatspräsidenten vorsieht.

¹ Vermutlich Holtze vom Minm.öA.

² Konnte anhand der Quellen nicht identifiziert werden.

Nr. 13 Sitzungen der Regierung in Weimar (Fürstenhaus) am 17. und 18. Februar 1919.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 22–24v; MF 1012. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 34, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Hué, Göhre, Heinrichs, Freund [zu 5–7], Meister [zu 1–2], Huber [zu 8], Valentiner [zu 4 und 8].

1. Einberufung der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung zum 5. März d.Js.¹ Zuweisung anderer Räumlichkeiten an den Berliner Vollzugsrat. [B] — 2. Eisenbahn-Freifahrtkarten für die Abgeordneten; Ausarbeitung einer Diätenvorlage² durch das Ministerium des Innern. [B] — (3. Vermietung des Grundstücks Wilhelmstraße Nr. 72 in Berlin³ an die Reichsregierung als Wohnung für den [...] Reichspräsidenten. [B]) — 4. Die neuesten Waffenstillstandsbedingungen. Beratung [...] des Reichskabinetts⁴ unter Beteiligung von Hirsch und Heine am 16. Februar 1919. Die Reichsregierung wird um eine umfassende Aufklärung des Deutschen Volkes [...] über die Gründe für deren Annahme ersucht.⁵ [B] — 5. Entwurf⁶ eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen. Vorläufige Annahme mit einigen Änderungen. [B] — 6. Zustimmung zum Entwurf⁷ eines Gesetzes über die Zusammensetzung der Kreistage. Änderung im § 12: Ernennung des Landrats durch das Staatsministerium.

¹ Vgl. das Schreiben des Mdl v. 10.2.1919 u. den Entwurf der VO in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 187 Beiakte 6, n.f.; vgl. auch die Sitzung des Zentralrats mit der preuß. Reg. am 13.2.1919 in: Der Zentralrat, Nr. 86, S. 633–638; zur bisherigen Mitnutzung des Gebäudes durch den Zentralrat vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 79 Beiakte 2, Bl. 2 ff.

² Der Entwurf mit Begründung, am 6.3.1919 der Reg. übersandt, in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 187 Beiakte 5, Bl. 17–22.

³ Vgl. das Schreiben des UStS in der RK Baake an die preuß. Reg. v. 17.2.1919 u. hs. Vermerke in: Rep. 90, Nr. 238, n.f. Bei dem Grundstück handelte es sich um das Palais des Prinzen August Wilhelm.

⁴ Die Sitzung ist in den Akten nicht zu ermitteln; vgl. zur Sitzung die Aufzeichnung von MinDir. Simons v. 26.2.1919 in: Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearbeitet von Hagen Schulze, Boppard am Rhein 1971, Nr. 2, S. 5–9.

⁵ Vgl. das Schreiben der preuß. Reg. (Hirsch) an die RReg. (RK) v. 17.2.1919 in: Rep. 90, Nr. 2431, Bl. 82–82v; die Antwort der Pressestelle des RMinm. v. 25.2.1919, Bl. 122.

⁶ Vgl. die Entwurfsfassungen des Mdl, die einen StPräs. vorsahen, u. die Begründung in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 190, Bl. 4–17. Vgl. auch Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 80 f., mit Bezug auf den TOP.

⁷ Der Entwurf des Mdl (Eingangsstempel des JMinm. v. 12.2.1919) in: Rep. 84a, Nr. 4798, Bl. 212–213; der Entwurf auch in: Rep. 77, Tit. 772 Nr. 57 Bd. 5, n.f., hier ebenfalls die angeforderten Berichte von Reg- u. OPräs. Vgl. VO betr. die Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Änderungen der Kreisordnungen v. 18.2.1919, GS, S. 23 u. Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 144.

Erlaß des Gesetzes als Notverordnung. [B] — **7.** Der Entwurf⁸ einer preußischen Verfassung. *Man einigt sich, daß selbst eine vorläufige Stellungnahme [...] noch nicht angebracht ist, da die Gestaltung des Entwurfs in wichtigen Einzelheiten von der kommenden Reichsverfassung abhängen wird. Erst das neue Ministerium kann über den Entwurf befinden; zunächst Entgegennahme von Wünschen der Ressorts.* [B] — **8.** Beamtenausschüsse. Grundsätze⁹ [...] für die Errichtung und Zulassung, *sind als Vertrauensorgane zwischen den Leitern der staatlichen Behörden und ihren Beamten und Angestellten gedacht. Verlautbarung¹⁰ durch WTB und Erlaß¹¹ einer Anordnung.* [B] — **(9.** *Fischbeck äußert sich zur Verfahrensweise bei den Beratungen des Staatenausschusses über den Entwurf einer Reichsverfassung. Die preußischen Stimmen werden ohne vorherige Stellungnahme der einzelnen Ministerien oder des Staatsministeriums abgegeben.* — **10.** *Ernennung¹² der bisherigen stellvertretenden Bevollmächtigten Preußens zum Bundesrat zu stellvertretenden Mitgliedern des Staatenausschusses.* [B] — **11.** *Das Eiserne Kreuz und die Rote Kreuz-Medaille sollen wieder verliehen werden. Mit der Reichsregierung¹³ ist Kontakt aufzunehmen.* [B])

⁸ *Vgl. den Entwurf, der auch einen StPräs. vorsah, vom MdI am 12.2.1919 der Reg. zugegangen, in: Rep. 90, Nr. 106, Bl. 7–15 u. Nr. 300, Bl. 8–15 sowie Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 10–17, mit einer Aufzeichnung über Welche Staaten haben Präsidenten?, Bl. 22–22v; weiterhin in: Rep. 84a, Nr. 4563, Bl. 59–66 u. Rep. 120, CB I Nr. 8b, n.f. – Ein Votum von Hoff zum Entwurf v. 11.3.1919 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 23–25.*

⁹ *Vgl. die Richtlinien für die Bildung u. die Aufgaben der Beamtenausschüsse in der Fassung v. 29.1.1919 in: Rep. 90, Nr. 470, Bl. 209–213, dazu die Voten von StMinr., Möa u. JMinr., Bl. 156, 184–189 u. 220.*

¹⁰ *Der Entwurf in: Rep. 90, Nr. 470, Bl. 215–217, auch veröffentl. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 42 v. 19.2.1919.*

¹¹ *Die Bestimmungen der StReg. über Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse v. 24.3.1919 in: Rep. 90, Nr. 470, Bl. 253–254, veröffentl. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 71 v. 27.3.1919.*

¹² *Vgl. die Bekanntmachung der Reg. v. 26.2.1919 in: Rep. 90, Nr. 187, n.f.*

¹³ *RWeMinr. Noske hatte der NatVers. am 15.2.1919 einen solchen Beschluß des RMinm. mitgeteilt, vgl. StenBerNatVers., Bd. 326, S. 111. Das Schreiben (Entwurf) der preuß. Reg. v. 5.3.1919 an Noske, alle preuß. Minn. u. a. in: Rep. 90, Nr. 272, n.f. Anbei auch die Voten der Minr., darunter das ablehnende von Braun v. 29.3.1919.*

Nr. 14 Außerordentliche Sitzung der Regierung in Weimar am 21. Februar 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrektur, Bd. 168, Bl. 25–25v; MF 1012. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Freund, Huber [zu 2].

1. *Zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen.¹ Zustimmung zur Einsetzung eines besonderen preußischen Staatspräsidenten mit der Maßgabe, daß dadurch der Regelung der staatlichen Exekutive in der endgültigen Verfassung nicht vorgegriffen und der militärische Oberbefehl bis zur reichsrechtlichen Regelung der Militärverfassung dem Reichspräsidenten überlassen wird. Zustellung des Entwurfs an alle Fraktionsführer der Mehrheitsparteien der Landesversammlung und amtliche Verlautbarung durch WTB.² [B] —*

¹ *Vgl. Sitzungen am 17. u. 18.2.1919, TOP 5 u. Anm. 6. Vgl. auch Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 81, mit Bezug auf den TOP.*

² *Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 190, Bl. 18–20, Entwurf mit Begründung; weiterhin Rep. 90, Nr. 106, Bl. 20, Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 45 v. 22.2.1919 u. DAZ Nr. 91 v. 22.2.1919 (M): Ein preußischer Staatspräsident für die Übergangszeit (amtl. Meldung).*

2. Bestellung von Richtern des Oberlandesgerichts Marienwerder zu Hilfsrichtern beim Oberlandesgericht Posen mit dem Sitz in Marienwerder wegen der Blockierung von Haft- und anderen Eilsachen. [B] — 3. Aussprache über die Bildung des Staatsministeriums.

Nr. 15 Sitzung der Regierung in Weimar (Landgericht) am 26. Februar 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 26–27; MF 1012. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Haenisch, Südekum, Heine. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Hué, Göhre, Heinrichs, Waitz, Frick, Reinicke [zu 1], C.H. Becker, Menzel [beide zu 1], Loehrs, Hörsing, Brahn [beide zu 1].

1. Amtliche Kundgebung an die polnisch sprechende Bevölkerung Oberschlesiens. Sie soll Reformen¹ in Aussicht stellen, damit die schwankenden Teile im Falle einer Volksabstimmung über die künftige Staatszugehörigkeit Oberschlesiens [...] für dessen Verbleiben bei Preußen sich aussprechen. Ausarbeitung eines Entwurfs. [B] — 2. Verlegung des Zusammentritts der Landesversammlung wegen der Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr. Vorkehrungen für eine ausreichende Sicherung des bisherigen Abgeordnetenhauses; gegen die Durchführung des USPD-Parteitages am 5. März im Gebäude des ehemaligen Herrenhauses, wenn [...] die Landesversammlung doch noch eröffnet werden sollte. [B] — 3. Höhere Tagegeldsätze² für die Beamten. [B] — 4. Gesetzentwurf³ über die einstweilige Versetzung der Staatsbeamten in den Ruhestand. Allseitige Zustimmung. [B] — 5. Bedenken des Ministers des Innern gegen die Richtlinien⁴ für städtische Haushaltspläne, die der Finanzminister vorlegte. [B]

¹ Vgl. die hs. Vorschläge von Max Brahn v. 22.2.1919 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 1–2. Zur „Brahn-Denkschrift“ vgl. Doose, Günther, Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922), Wiesbaden 1987, S. 117–122. Ausführlich Klein, Edmund, Rząd pruski wobec antypolskiego ustawodawstwa na Górnym Śląsku w okresie niemieckiej rewolucji listopadowej (Losy nieopublikowanej proklamacji rządpruskiego do Gornoślązaków), in: Studia Śląskie, 20 (1971), S. 193–219. Vgl. auch Schmidt-Rösler, Andrea, Autonomie- und Separatismusbestrebungen in Oberschlesien 1918–1922, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 1 (1999), S. 28 f.

² Die Vorlage des FinMinr. v. 17.2.1919: Grundsätze für die Gewährung von Reisekosten bei Dienstreisen nach Weimar anlässlich der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, in: Rep. 90, Nr. 801, n.f.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 23.2.1919 mit dem VO-Entwurf in: Rep. 151, I B Nr. 5467, n.f.; zur Entstehungsgeschichte vgl. den vom GehOFinR Erythropel in der kommissar. Beratung am 3.4.1919 gegebenen Überblick in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 106 Beiakte 6, Bl. 19–22. Vgl. VO betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand v. 26.2.1919, GS, S. 33.

⁴ Vgl. Rep. 84a, Nr. 4451, Bl. 89–93, bereits am 18.12.1918 als Entwurf einer VO betr. Richtlinien für die in allernächster Zeit erforderlich werdende Behandlung der kommunalen Finanzen der Reg. übersandt, Bl. 88.

Nr. 16 Sitzung der Regierung am 6. März 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 28–30v; MF 1012. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 35, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine. — Prot.: v. Dryander [U].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, Brunner, Göhre, Dönhoff [für Fischbeck], Mäder [für Schiffer zu 3]; als Kommissare Sachs, GenMaj. v. Braun, Fleck [alle zu 3–4].

1. Einberufung der Preußischen Landesversammlung; wird *wegen der Unsicherheit der Verkehrsverhältnisse und der schweren Gefährdung der Sicherheit in Berlin vertagt*.¹ [B] — 2. *Die amtliche Kundgebung*² an die polnisch sprechende Bevölkerung Oberschlesiens; *wird wegen der Zuspitzung der dortigen Verhältnisse vertagt*. [B] — 3. Verordnung betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand. *Nochmalige Beratung, da Hoff³ Bedenken erhoben und eine Nachtragsverordnung zur Abänderung des § 13 beantragt hat*. [B] — 4. *Gesetzentwürfe über den vorläufigen Staatshaushalt und die Weitererhebung der bisherigen Steuerzuschläge sollen durch das Finanzministerium vorgelegt werden*. [B] — 5. *Entwurf⁴ der Verordnung über die Familiengüter*; abgesetzt, um den Mitgliedern des Staatsministeriums die Möglichkeit eingehenderer Orientierung über *die noch unbekannte Materie* zu geben. Anhörung des Zentralrats *in einer gemeinsamen Sitzung [...]* am 8. d.M. [B] — 6. *Bericht der Minister Fischbeck, Südekum und Heine über die Sitzung des Reichskabinetts vom 2. März betr. den preußischen Staatspräsidenten*.⁵ — *Heine informiert über ihren gemeinsamen schärfsten Einspruch gegen einen Initiativantrag der Sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung, bis zur Verabschiedung der Reichsverfassung in den Gliedstaaten endgültige Verfassungsgesetze nicht zu erlassen und in den einstweiligen Verfassungsgesetzen die Stellung eines Staatspräsidenten nicht vorzusehen*.⁶ *So wird eine Entscheidung über die Frage des Staatspräsidenten verschoben. Der Entwurf der vorläufigen Verfassung soll vertraulich behandelt werden*. [B] — 7.–8. *Antrag Braun auf Ernennung von Mitgliedern des Staatesausschusses und Vorlage Südekums über die Vertretung Preußens bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen*⁷; wird nicht verhandelt. — (9. *Abschiedsgesuch von Hoff. Hirsch soll ihn bitten, bis zum Zusammentritt der Landesversammlung in seinem Amte zu verbleiben*. [B] — 10. *Ernennung von E. Ernst⁸ zum Polizeipräsidenten von Berlin zum 1. April 1919*. [B] — 11.–12. *Drei Ernennungen*. [B] — 13. *Schließung der preußischen Universitäten, um den dringend erwünschten Eintritt der Studentenschaft in den Grenz- und Heimatschutz zu fördern. Der Bitte Noskes wird nicht entsprochen, jedoch ministerielle Übereinkunft über einen gemeinsamen Erlaß, dort die Schließung zu veranlassen, wo viele Studenten zum Eintritt bereit sind*. [B])

¹ *Kam im StMinm. nicht mehr zur Verhandlung, da der Minr.dI schon am 7.3. den Entwurf einer Verfügung betr. die Einberufung der preußischen Landesversammlung zum 13.3.1919 vorlegte; vgl. Rep. 90, Nr. 21, Bl. 65.*

² *Der vorbereitete Aufruf der Regierung an das Volk in den gemischtsprachigen Teilen Oberschlesiens v. 28.2.1919 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 11–11v; zum Einspruch von MöA u. KrMinr. vgl. Bl. 10 u. 14–15.*

³ *Sein Votum v. 27.2.1919 in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 106 Beiakte 6, Bl. 8–9v.*

⁴ *Die Vorlage von JMinr. u. LandMinr. v. 27.2.1919 in: Rep. 84a, Nr. 50087, Bl. 73–76, die Vorlage v. 4.3.1919, Bl. 70–72v u. Rep. 90, Nr. 1595, n.f.; vgl. auch Rep. 77, Tit. 532 Nr. 136 Bd. 1.*

⁵ *Der Wortlaut des TOP nach der vorbereiteten TO in den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 194v.*

⁶ *Über die Verhandlungen mit dem RKab. im Weimarer Schloß unterrichtete VortrR Valentiner noch am 2.3.1919 UStS Heinrichs in Berlin. Der aufschlußreiche Eilbrief, der MinPräs. Hirsch zur Sitzung vorlag, in: Rep. 90, Nr. 300, Bl. 223–224v. — Zum beabsichtigten sog. Sperr- bzw. Verbotsgesetz vgl. Preuß, Hugo, Verfassung des Freistaates Preußen, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 10 (1921), Tübingen 1921, S. 224 u. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 171–173. — Vgl. Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 81 u. Eimers, Das Verhältnis von Preußen und Reich, S. 87, beide mit Bezug auf den TOP.*

⁷ *Die beiden TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 194v.*

⁸ *Der Erlaß von Minr.dI Hirsch v. 13.3.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 1, Bl. 176.*

Sitzung des Zentralrats mit preußischen Ministern am 8. März 1919.

Druck: Der Zentralrat, Nr. 99, S. 775–784.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Südekum, Braun, Heine, Haenisch.

1. Räumung des ehemaligen preußischen Abgeordnetenhauses durch den Berliner Vollzugsrat. —
2. Die Verordnung betr. Auflösung der Fideikommission in Preußen. —
3. Personalpolitik des preußischen Innenministeriums. —
4. Die Frage einer Kabinettsumbildung in Preußen (Koalitionsregierung). —
5. Kurze Aussprache über die eventuelle Aufhebung des Belagerungszustands.

Nr. 17 Sitzung der Regierung am 10. März 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 31–32v; MF 1012.

Anwesend: Hirsch [V], Ernst, Heine, Südekum, Braun, Haenisch. — Prot.: v. Dryander [U], v. Kameke [zu 1].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Göhre, Dönhoff [für Fischbeck], Heinrichs, Freund, v. Wrisberg, Kübler [zu 2 und 7], Schütz [zu 3].

1. Nochmalige Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen.¹ Aussetzung der endgültigen Beschlußfassung bis zur Stellungnahme der SPD-Fraktion der Landesversammlung, besonders zur Frage des Staatspräsidenten. Der Zentralrat beantragt Aufnahme eines Notverordnungsrechts. [B] —
2. Verordnung über Familiengüter. Zustimmung zum abgeänderten Entwurf² und zur sofortigen Veröffentlichung, trotz der Warnung von Heinrichs, die Verordnung ohne Beschlußfassung durch die Landesversammlung zu erlassen. [B] —
3. Dem Entwurf³ einer Verordnung betr. die Rechtsstellung der Landgendarmerie wird zugestimmt. [B] —
4. Zustimmung zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 mit einem Vorbericht.⁴ [B] —
5. Ernennung weiterer Staatsausschußmitglieder; wird dem neuen Kabinett vorbehalten. [B] —
6. Besondere Vertretung Preußens bei den Friedensverhandlungen.⁵ An der Forderung ist festzuhalten, und Hoff's Einwände sind abzulehnen. [B] —
7. Zustimmung zur Verordnung⁶ betr. Versetzung der Beamten des vormaligen Königlichen Hauses in den dauernden oder einstweiligen Ruhestand. [B] — Das Einverständnis der nicht anwesenden Minister Reinhardt, Fischbeck und Hoff zu der genannten Verordnung wie auch zu den Verordnungen über Familiengüter und die Rechtsstellung der Landgendarmerie ist einzuholen.

¹ Der Wortlaut des TOP nach der vorbereiteten TO in den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 196v. Die Vorlage des Minr.dI v. 4.3.1919 mit Änderungen des Entwurfs u. der Begründung in: Rep. 90, Nr. 106, Bl. 23–25, die Begründung auch Bl. 29–30; vgl. auch Rep. 151, HB Nr. 554, n.f. u. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 190, Bl. 21–22 u. 24–24v, hier ohne Begründung. Vgl. auch Möller, *Parlamentarismus in Preußen*, S. 81, mit Bezug auf den TOP.

² Rep. 84a, Nr. 50087, Bl. 87–90 u. Rep. 90, Nr. 1595, n.f.; vgl. Sitzung des Zentralrats mit preuß. Minr. am 8.3.1919 in: Der Zentralrat, Nr. 99, S. 775–778 u. die VO v. 10.3.1919, GS, S. 39. Vgl. Seelmann, Walther (GehJusR u. VortrR im JMinr.) u. Klässel, Oskar (Senatspräs. KG), *Das Recht der Familienfideikommission und anderen Familiengüter, insbesondere ihre Aufhebung und das Recht der Familienstiftung in Preußen. Auf der Grundlage der Verordnung über Familiengüter vom 10. März 1919*, Berlin 1920; Modersohn, Hans (LGR, Mitgl. des Landesamts für Familiengüter), *Die Auflösung der Familienfideikommission und anderen Familiengüter in Preußen. Gesetze und Ausführungsbestimmungen, insbesondere die Zwangsaufhebungs-Verordnung vom 19.11.1920*, Berlin 1921 u. Eckert, Jörn, *Der Kampf um die Familienfideikommission in Deutschland*, Frankfurt/M. u. a. 1992, S. 702–704, mit Bezug auf den TOP.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 1.3.1919 mit Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 10739, Bl. 137–144. Vgl. VO v. 10.3.1919, GS, S. 37.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 8.3.1919 mit Entwürfen in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 17, Bl. 13–18v. Vgl. das Gesetz v. 17.12.1919, GS 1920, S. 5 u. das Gesetz v. 31.3.1920 (Nachtrag), GS, S. 90.

⁵ Die Anträge Südekums v. 28.1. u. 28.2.1919 in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 40, Bl. 4 u. 8; das Votum Hoff's v. 26.2.1919, Bl. 7.

⁶ Vgl. das Schreiben des Vors. der interministeriellen Komm. Kübler v. 25.2.1919 mit dem Entwurf einer Verordnung über die Versorgung der Hofbeamten und ihrer Hinterbliebenen sowie einem Erläuterungsbericht in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 194–202 u. 208–210v. Vgl. VO v. 10.3.1919, GS, S. 45.

[B] — **8.–10.** *Aussprache über den Stand der Arbeiten an der Auseinandersetzung zwischen Staat und vormaligem Königshaus. — Auszahlung von Zinsen von 40 Millionen Mark an den Herzog von Cumberland. — Verschiedenes*⁷; alle TOP abgesetzt. — (**11.** *Ernennung.* [B] — **12.** *Erneute Ablehnung der Anregung Noskes*⁸ auf allgemeine Schließung der preußischen Universitäten, aber zur Förderung eines gesteigerten Eintritts der Studentenschaft in den Dienst des Grenz- und Heimatschutzes laufende Semester zwei Wochen früher zu schließen und eine starke Propaganda [...] einzuleiten.⁹ [B] — **13.** *Zum Belagerungszustand über Berlin. Keine Aufhebung oder Einschränkung, bevor die volle Ruhe wiederhergestellt und gewährleistet ist.* [B])

⁷ Die TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 196v–197.

⁸ Vgl. das Schreiben des RWeMinr. (i. A. v. Gilsa) v. 7.3.1919 u. das Antwortschreiben des WissMinr. v. 12.3.1919 in: Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 1 Nr. 1 Bd. 4, Bl. 145–145v u. 167–167v; zu den Bedenken Brauns, den Aufruf mitzuzeichnen, Bl. 193. Der Antrag des WissMinr. v. 8.3.1919 an das StMinm. in: Rep. 90, Nr. 2237, Bl. 114.

⁹ Vgl. den Aufruf an die akademische Jugend Preußens v. 13.3.1919 in: Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 1 Nr. 1 Bd. 4, Bl. 155 bis 156, der Entwurf, Bl. 154. Veröffentlicht in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 3 v. 10.3.1919, S. 345. Vgl. auch Haenischs Ausführungen gegenüber einem Mitarb. der Halbwochenschrift „Reichswehr“ in: Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. Nr. 1 Bd. 4, Bl. 247–247v u. Noske, Gustav, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 119.

Nr. 18 Sitzung der Regierung am 11. März 1919 (in Fortsetzung der Verhandlung vom 10. März).

*Vollz. Reinschr.*¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 33–35; MF 1013. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 36, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Hoff. — Prot.: v. Dryander [U].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Dönhoff [für Fischbeck], v. Wrisberg [für Reinhardt], Kübler, Seelmann [beide als Kommissare zu 14], Heinrichs, v. Klitzing.

1. *Aussprache über den Stand der Arbeiten an der Auseinandersetzung zwischen Staat und vormaligem Königshaus.*² *Mehrheitliche Ablehnung des Entwurfs*³ einer Verordnung über die *Verwaltung*⁴ des Kronvermögens aus politischen Erwägungen und des *Ersatzentwurfs*.⁵ *Verpflichtung des Staates zur Rechnungslegung über die durch die Beschlagnahme-Verordnung vom 30. November 1918 zur einstweiligen Verwaltung anvertrauten Vermögenswerte. Antwortentwürfe*⁶ *auf die prinzipialen Rechtsverwahrungen, die die Fortdauer der Beschlagnahme auch mit der im beiderseitigen Interesse liegenden Sicherung des Vermögens begründen. — Zur Verhandlung*⁷ *selbst. Im Gegensatz zu Heine, v. Wrisberg und Heinrichs sprechen sich Südekum und Braun gegen die teil-*

¹ Vermerk v. 16.3.1919: Die eingeklammerte Stelle (bis) ist nur dem Justizminister u. Finanzminister mitzuteilen, Bl. 33.

² Der Wortlaut des TOP nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 196v–197.

³ Vgl. das Schreiben des Vors. der interministeriellen Komm. Kübler v. 25.2.1919 mit dem Entwurf u. einem Erläuterungsbericht in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 203–208; das Votum Südekums v. 8.3.1919 (erhebliche Bedenken), Bl. 228–228v; vgl. auch Jung, Volksgesetzgebung, T. 1, S. 449 f., mit Bezug auf den TOP.

⁴ Im Prot. Verwendung statt Verwaltung, Bl. 33.

⁵ Bekanntmachung des JMinr. zur Ergänzung des Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme des Vermögens des Preußischen Königshauses vom 30. November 1918 v. 11.3.1919 in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 238; dem Prot. nicht beigefügt. Die VO sollte die Beschlagnahme des Privatvermögens der Hohenzollern aufheben u. die Befugnisse der Reg. auf die Verw. des Kronvermögens beschränken.

⁶ Vgl. Rep. 90, Nr. 233, Bl. 19–20, 26–27v u. 277–279; vgl. auch den mit Anschreiben Heines v. 25.3.1919 übersandten Entwurf einer Beantwortung, zu dem die Minr. der neuen Reg. ihr Einverständnis gaben, Bl. 276–276v u. 280–281. Die Erwiderung an Prinz Eitel Friedrich auch in: VI. HA, NL Braun, D 4 Nr. 76, n.f.

⁷ Beginn der Passage, die nur dem JMinr. u. FinMinr. zur Kenntnis gebracht wurde.

weise Aufhebung der Beschlagnahme wegen der innerpolitischen Lage aus. [B] — 2. Auszahlung der Zinsen von 40 Mio. Mark an den Herzog von Cumberland⁸ zum 1. April 1919. [B] — 3. Bestätigung der Zuschläge im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen.⁹ [B] — (Wunsch der Minister nach Beteiligung an den Beratungen über die etwa abzutretenden Gebiete. — Drohender Abbruch der Posener Verhandlungen durch die vorübergehende Abberufung der militärischen Delegierten seitens der Obersten Heeresleitung.)

⁸ Der Wortlaut nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 197. Die Vorlage des FinMinr. v. 8.3.1919 in: Rep. 84a, Nr. 43476, Bl. 218–221.

⁹ Vgl. VO v. 9.3.1919, GS, S. 50.

Nr. 19 Sitzung der Regierung in der Landesversammlung am 12. März 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 36–38; MF 1013. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Hoff, Haenisch, Südekum, Heine. — Prot.: v. Dryander [U].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Göhre, Dönhoff [für Fischbeck], Heinrichs, v. Wrisberg, F. Busch.

1. Verreichlichung der Eisenbahnen. Bericht Hoffs über die Besprechung mit den Bevollmächtigten der Reichsregierung Erzberger, Preuß und Landsberg am 10. März 1919¹, in der er sich gegen eine überstürzt durchgeführte Verreichlichung ausgesprochen und die preußische Haltung von der Zustimmung Bayerns abhängig gemacht hat. Grundlagen für die von der Reichsregierung gewünschten schleunigen Verhandlungen. [B] — 2. Staatspräsident. Geänderter Entwurf² eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen infolge Ablehnung der Aufnahme des Preußischen Staatspräsidenten durch die große Mehrheit der SPD-Fraktion der Landesversammlung. Vollzug durch alle anwesenden Minister.³ [B] — Reinhardt ist nach wie vor für die Aufnahme des Staatspräsidenten. — 3. Staatshaushalt. Von einem besonderen Gesetzentwurf für den § 3 betr. die Festlegung von Steuerzuschlägen beim Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 wird abgesehen. [B]

¹ Vgl. die Niederschriften von GehFinR Pischel u. RegR Sarter über die Besprechung der preuß. Staatseisenbahnverw. mit Bevollm. der RReg. über die Durchführung der dt. u. der preuß. Staatseisenbahnen in die Verw. des Reichs, in: Rep. 151, I C Nr. 11146, n.f. (18 S.) u. das im Minm.öA aufgestellte Papier: Ergebnis der Besprechung des StMinm. über den Antrag der RReg. auf Übertragung der preuß. Eisenbahnen auf das Reich, ebd.; hier auch die Niederschriften über die Verhandlungen zwischen den Bevollm. am 15. u. 20.3.1919 (31 u. 11 S.) u. über die Regierungskonferenz der Bundesregierungen mit Staatsbahnbesitz am 18.3.1919 (46 S.). Vgl. auch Das Kabinett Scheidemann, Nr. 30, S. 122, Anm. 1. u. Hoff, Erinnerungen, S. 224 ff.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 12.3.1919 mit dem Entwurf in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 190, Bl. 29–29v; vgl. auch Rep. 90, Nr. 106, Bl. 23.

³ Am 13.3.1919 der LV unterbreitet, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 1, Nr. 14, S. 90. Vgl. das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen v. 20.3.1919, GS, S. 53; mit Bezug auf den TOP Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 81 f.

Nr. 20 Sitzung der Regierung in der Landesversammlung am 13. März 1919, 12 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrektur, Bd. 168, Bl. 39, ohne die Anlage, Ziffern 1–7 und 9; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2235, n.f. (Teil I); VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f. [mit den Ziffern 1–7 und 9 der Anlage].

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Hoff, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: v. Klitzing [U].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Heinrichs, W. Peters, Bernstorff [für die RReg.], Grunow [Kom. Minn.öA], Stutz, v. Brentano, Steltzer [beide für die Waffenstillstandskommission], Loehrs [Kom. MdI], v. Willisen.

Polenfragen und Besprechung der Ergebnisse der Verhandlungen der Waffenstillstandskommission mit der interalliierten Warschauer Kommission in Posen.¹ — I. Erklärung zu der von der Unterkommission für Zivilangelegenheiten festgestellten Verhandlungsgrundlage² und den von Erzberger hinzugefügten Abänderungsvorschlägen³, zusammengefaßt zunächst in 8 Punkten.⁴ 1. Zustimmung zum Telegramm des Ministerpräsidenten an Drews vom Vortag.⁵ 2. Grundsätzliche Anerkennung der völligen Gleichstellung der deutschen und polnischen Einwohner; Durchführung des Grundsatzes nationaler Parität. 3. Wiederherstellung des freien Verkehrs. 4. Feststellung der Schäden in der Provinz Posen. 5. Keine gesetzwidrigen deutschen Truppenverbände in den Ostprovinzen, Ablehnung, unsere Truppen zurückzuziehen, Zustimmung der Reichsregierung wird erhofft. 6. Sofortige Freilassung der Geiseln und keine weiteren Verhaftungen aus politischen Gründen. 7. Verhinderung militärischer Aushebungen und besonderer Steuererhebungen von polnischer Seite durch die interalliierte Kommission. 8. Von freier Bewegung der deutschen Unterhändler und ungehindertem Verkehr mit den Heimatbehörden ist die Fortsetzung der Verhandlungen abhängig. [B] — II. Die zwischen Landwirtschafts-, Innen- und Finanzministerium vereinbarte Verordnung⁶ über die Aufhebung der sog. Enteignungsparagraphen [...] alsbald mit Gesetzeskraft zu veröffentlichen; geht als Ziff. 8 in den Beschluß ein. [B]⁷

¹ So der Wortlaut des Gegenstandes der TO in der Einladung an die preuß. Minr. u. im Brieftelegramm an die RReg. v. 12.3.1919 in: *Spezialakten*, Bd. 15, Bl. 208, 206.

² Vgl. die Drahtung der Wako aus Kreuz-Ostbahn v. 11.3.1919 an Erzberger: Telegramm Nr. 25 von Drews, preuß. Kom. bei der dt. Wako Posen, in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f. Drews hatte um sofortige Instruktion gebeten, da die Verhandlungen spätestens am 13.3.1919 fortgesetzt werden. Vgl. auch die Sitzung des RKab. am 12.3.1919 in: *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 10a, S. 36.

³ Telegramm für v. Brentano u. Hptm. Steltzer v. 12.3.1919 zu Depesche Nr. 25 von Drews in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f. — Erzberger an v. Brentano: Veranlassen Sie sofortige Einberufung einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums, in der Sie mit Steltzer das Referat über sämtliche Posener Verhandlungen in meinem Auftrage erstatten wollen, *ebd.*

⁴ Beginn der Anlage zum Protokoll.

⁵ Vgl. das dringende Staatstelegramm der preuß. Reg. v. 12.3.1919, 8.30 Uhr, in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f.

⁶ Der Entwurf in: Rep. 87, B Nr. 9495, n.f.; der Entwurf, vom LandMinm. am 7.12.1918 der Reg. übersandt, *ebd.* Vgl. VO wegen Änderung des Gesetzes betr. die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen v. 26. April 1886 (GS, S. 131) in der Fassung des Gesetzes über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen v. 20. März 1908 (GS, S. 29), v. 12.3.1919, ausgegeben am 15.3.1919, GS, S. 51. Vgl. dazu das Telegramm Erzbergers v. 13.3.1919, 12.55 Uhr, aus Weimar an das StMinm., in dem er dringend um die sofortige Aufhebung des Enteignungsparagraphen bat, da bei den Verhandlungen mit den Alliierten Parität der Polen innerhalb Preußens verlangt wird, in: Rep. 90, Nr. 616, n.f.

⁷ Das Prot. wurde noch am 13.3.1919 als Beschluß der Reg. an die RReg. (RK), die Wako, das AA, Erzberger u. Drews nach Bahnhof Kreuz übersandt; für Drews mit dem Zusatz: Ersuchen, vorstehenden Beschluß bei der laut gestrigem Telegramm von dort erbetenen Berichterstattung zu berücksichtigen, in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f.

Nr. 21 Sitzung der Regierung in der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 14. März 1919, 19 Uhr.¹

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrektur, Bd. 168, Bl. 40, zwei Anlagen, Bl. 41–44 und 45–47; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2235, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Ernst, Fischbeck, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt. — Prot.: v. Klitzing [U].

Weitere Teilnehmer: Brunner, Göhre, Heinrichs, W. Peters, Erzberger [RReg.], Drews, v. Rechenberg, v. Dommers, v. Willisen, Meister, Loehrs, Stutz, Meyer [RMinm. des Äußeren], Robert-Tornow, v. Brentano, Steltzer [beide Waffenstillstandskommission], v. Berger.

1. Die Preußische Regierung [...] genehmigt den Abschluß des Vertrages zwischen der Deutschen Waffenstillstandskommission, Abteilung Posen, und der interalliierten Kommission in Posen für die Durchführung des Schutzes der polnischen Bevölkerung in Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien sowie des außerhalb der Demarkationslinie vom 16. Februar 1919 gelegenen Teiles der Provinz Posen, ebenso der deutschen Bevölkerung innerhalb der erwähnten Demarkationslinie; Anlage I. [B] — **2.** Sie stimmt dem Wirtschaftsabkommen über Eisenbahnverbindungen, Post- und Telegraphenverbindungen, Warenaustausch, Reisen von Privatpersonen, Umsatz von Bargeld und Handelswerten zu; Anlage II.² [B] — **3.** Sie erteilt den Unterhändlern der Deutschen Waffenstillstandskommission die Befugnis, eventuelle Unebenheiten die sich beim Abschluß auf dieser Vertragsgrundlage für Preußen ergeben sollten, auszugleichen.³ [B]

¹ *Einberufen durch telefon. Auftrag des MinPräs. an das Büro um 12.30 Uhr, die Herren Minister und die sonst an der Polenfrage beteiligten Herren zu bitten, daß sie sich heute Abend 7 Uhr im Ministerzimmer des Abg. Hauses zu einer Besprechung der Frage mit Herrn Reichsminister Erzberger einfinden wollen, in: Rep. 90, Nr. 2235, n.f.*

² *Vgl. Sitzungen des RKab. am 15.3.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 14a, S. 48 u. Nr. 14b, S. 51 f.*

³ *Vgl. den aus den vom 7.–16.3.1919 in Posen geführten Verhandlungen hervorgegangenen Entwurf eines Abkommens in: Der Waffenstillstand 1918–1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel..., Bd. 3: Die deutsche Waffenstillstandskommission..., Berlin 1928, S. 127–136, bes. S. 136. Zum Stand der Verhandlungen in Posen u. zu ihrem Abbruch vgl. Das Kabinett Scheidemann, Nr. 15, S. 62, Nr. 17, S. 68 u. Nr. 18, S. 70.*

Nr. 22 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung am 26. März 1919.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 48–49v; MF 1013. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Fischbeck, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Heinrichs [zur Beglaubigung].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs.

1. Vertretung des Ministerpräsidenten durch das älteste Mitglied des Staatsministeriums. [B] — 2. Ernennung parlamentarischer Unterstaatssekretäre¹: O. Meyer, W. Busch, E. Gräf, E. Troeltsch, R. Wildermann und H. Heinemann. P. Göhre wird zum 1. Mai 1919 Nachfolger des aus dem Dienste scheidenden Unterstaatssekretärs im Staatsministerium A. Heinrichs. [B] — 3. Beigeordnete-Beiräte²: Bestätigung von O. Hué, G. Hartmann und L. Brunner sowie Ernennung von H. Vogel-sang und A. Schmidt. [B] — 4. Übernahme von E. Nobis aus dem Ministerium für Elsaß-Lothringen in den preußischen Staatsdienst. Schaffung einer besonderen Dirigentenstelle für diesen im Staatsministerium. [B] — 5. Berufung eines Nachfolgers für den in das Staatsministerium ver-setzten H. v. Berger. [B] — 6. Ernennung neuer Oberpräsidenten: J. Lippmann-Pommern, F. Philipp-Schlesien, A. Maier-Brandenburg.³ [B]

¹ Vgl. Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 16–17v u. 26. Vgl. auch Schneider, Hans, Die Parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen 1919–1921 in: Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag, hrsg. von Horst Ehmke u. a., Berlin 1973, S. 563–574.

² Vgl. Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 18–19v.

³ Zur Haltung von Zentrumskreisen zu der Ernennung der UStS, Beiräte u. OPräs. vgl. die Fraktionssitzung am 27.3.1919, in: Die Zentrumsfraktion in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung 1919–1921. Sit-zungsprotokolle, bearb. von August Hermann Leugers-Scherzberg u. Wilfried Loth, Düsseldorf 1994, Nr. 11, S. 20 f. u. Anm. 5, mit Bezug auf das Protokoll.

Nr. 23 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung am 27. März 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 50–51v, Anlage¹, Bl. 52–52v; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 907, Bl. 129–130v; Rep. 90a, D I I Nr. 24, Bl. 6–7v; Rep. 151, I B Nr. 4487, Bl. 2–3v; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 37, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Fischbeck, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: v. Dryan-der [U].

Weitere Teilnehmer: Heinrichs, Heinemann, v. Wrisberg, Göhre, C.H. Becker.

1. Die Grundsätze² für die Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre werden genehmigt. Noch Klärung der Abgrenzung ihrer Aufgaben und Befugnisse gegenüber denen der Bei-geordneten (Beiräte). – Zuerkennung des Status eines Staatsbeamten für alle Staatsminister. [B] — 2. Versetzung des Unterstaatssekretärs M.H. Baege in den einstweiligen Ruhestand³, und zwar auf Grund [...] des Gesetzes betr. die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten vom 21. Juli 1852. [B] — 3. Festlegungen infolge des Verhaltens von Braun, der die Denkschrift⁴ über die schleunige Inangriffnahme der Besiedlung und Ödlandkultur in Preußen ohne Beratung im Staatsministerium

¹ Zu TOP 1: Grundsätze für die Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre.

² Ein Umdruck auch in den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 210–211 u. in: Rep. 84a, Nr. 2053, Bl. 2–3. Vgl. Schneider, Die Parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen 1919–1921, S. 565 f. Zu C.H. Becker als Verfasser der Grundsätze vgl. Müller, Guido, Weltpolitische Bildung und Akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930, Köln u. a. 1991, S. 258 u. Anm. 78.

³ Der Antrag des WissMinr. v. 15.3.1919 in: Rep. 76, I Sekt. 31 Personalia B Nr. 112, Bl. 50–50v.

⁴ Die Vorlage des LandMinr. v. 20.3.1919 mit der Denkschrift in: Rep. 84a, Nr. 1271, Bl. 364–375.

am 25. März 1919 der Landesversammlung überreicht hat.⁵ Fortan sind sämtliche Vorlagen für die Landesversammlung nicht von den Ressortministern, sondern vom Staatsministerium [...] zu übermitteln und Meinungsverschiedenheiten der Ressortminister nicht in der Landesversammlung, sondern im Staatsministerium auszutragen.⁶ [B] — 4. Gewährung der zweiten außerordentlichen Kriegsteuerzulage⁷ an die Waldarbeiter in den staatlichen Forsten. [B] — 5. Erhöhung des Geschäftsbedürfnisfonds des Landwirtschaftsministeriums infolge Einrichtung eines Pressedienstes⁸; nicht beraten.

⁵ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 1, Nr. 129, S. 166–168. Braun zum Verhalten der preuß. Finanzbürokratie: „Als mir diese Verschleppungen und Hemmungen durch das Finanzministerium zu arg wurden und meine Agrarreformen zu vereiteln drohten, habe ich dem Parlament eine Denkschrift vorgelegt, um die Regierung auf mein Agrarprogramm festlegen zu lassen“, in: Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, Hildesheim 1979, S. 58. Zum Widerspruch Südekums, der bei der großen finanziellen Bedeutung der in der Denkschrift aufgeworfenen Fragen eine Beratung für erforderlich hielt, vgl. sein Schreiben v. 28.3.1919 an die Reg. in: Rep. 84a, Nr. 1271, Bl. 376–376v u. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 1, Bl. 26–26v. – Vgl. insgesamt Die preußischen Siedlungsgesetze nebst Ausführungsvorschriften. Unter Benutzung amtlicher Quellen zusammengestellt u. erläutert von Dr. M. Krause (GehORegR u. MinR im LandMin., Referent für Siedlungsangel.), 2. Aufl., Berlin 1922 (= Die neue preußische Agrargesetzgebung, hrsg. von Mitgliedern des Landwirtschaftsministeriums, Bd. 1); vgl. auch Kuttner, Erich, Otto Braun, Leipzig 1932, S. 68.

⁶ Vgl. dazu Rep. 90, Nr. 2430, n.f.

⁷ Die Vorlage des LandMin. v. 15.3.1919 in: Rep. 90, Nr. 808, n.f.

⁸ Der TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 212v.

Nr. 24 Sitzung der Staatsregierung am 1. April 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 53–54; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 187, n.f.; Rep. 90, Nr. 833, n.f.; Rep. 90, Nr. 2415, Bl. 216–217v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff, Göhre, O. Meyer, Nobis, Loehrs.

1. C.H. Becker¹ wird zum Unterstaatssekretär im Wissenschaftsministerium ernannt. [B] — 2. Grundsätzliches Einverständnis mit der Verhängung des Belagerungszustands über das ganze vom Streik bedrohte Ruhrkohlengebiet. [B] — 3. Zustimmung zum Entwurf² des Ministeriums des Innern für einen Regierungsbeschluss: Die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den mit Polnisch sprechender Bevölkerung durchsetzten Teilen der Provinz Schlesien haben ihren amtlichen Bekanntmachungen [...] polnische Übersetzungen³ beizufügen. [B] — 4. Friedensverhandlungen. Mit der Reichsregierung sind Verhandlungen über die Zuziehung eines [...] besonderen Preußischen Vertreters zu führen, da zu erwarten ist, daß Preußen im künftigen Friedensvertrage voraussichtlich der hauptleidtragende Bundesstaat sein wird. [B] — 5. Übertragung der Rechte des bisherigen Königs als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments an die drei Minister evangelischen Glaubens Südekum, Heine und Oeser.⁴ [B] — 6. Beibehaltung des besonderen Pressedienstes beim Landwirtschaftsministe-

¹ Der Antrag des WissMinr. v. 29.3.1919 in: Rep. 90, Nr. 907, Bl. 135–136.

² Vom 24.3.1919 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 42–42v.

³ Die von WTB verbreitete amtl. Meldung zum Beschluss in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 78 v. 4.4.1919.

⁴ Vgl. Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen v. 20.3.1919, § 5, GS, S. 53. — Die Akte des StMinr. Rep. 90a, P III 1 Nr. 13: Ausübung des landesherrlichen Kirchenregiments, 1919, ist nicht überliefert.

rium.⁵ – *Vorbereitung einer Vorlage über die Einrichtung eines zentralen und einheitlichen Pressebüros beim Staatsministerium.* [B] — (7. Pensionsverhältnisse des ehemaligen Ministers und jetzigen Polizeipräsidenten von Berlin E. Ernst. [B] — 8. Ernennung von Nobis zum stellvertretenden Bevollmächtigten Preußens im Staatenausschusse. [B])

⁵ Die Vorlage Brauns v. 15.3.1919 in: Rep. 90, Nr. 2415, Bl. 214–215v; zu seinem Antrag vgl. Schulze, Otto Braun, S. 382f.

Nr. 25 Sitzung der Staatsregierung am 4. April 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 55–56; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; Rep. 84a, Nr. 2052, Bl. 168–168v; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 38, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Haenisch, Südekum, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Heine. — Prot.: v. Dryander [U].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, O. Meyer, Nobis, Werner, Fleck.

Drohender Eisenbahnbeamtenstreik. Beratung einer zu erlassenden Kundgebung, die das Streikrecht der Beamten verneint. Grundlage die von Reinhardt und Heinemann verlesenen Entwürfe¹ sowie die von Südekum angeregten Gesichtspunkte.² [B] — (1. Endgültige Ersetzung der Bezeichnung „Beigeordneter“ [...] durch die Bezeichnung „Beirat“. [B] — 2. Beibehaltung³ des preußischen Landeswappens sowie der preußischen Staatshoheitszeichen. [B] — 3. Abänderung⁴ der Verfügung vom 30. März 1919 zur Ausführung des § 13 der Verordnung betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919. [B] — 4. Eingliederung⁵ der Schiffsabteilung des aufzulösenden Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilmachung in das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten. [B] — 5. Entgegenkommen gegenüber Wünschen⁶ der dänisch sprechenden Nordschleswiger im Rahmen der [...] Gesetzgebung. [B] — 6. Antrag⁷ des Volksrats der Provinz Schleswig-Holstein auf Zusendung der Bekanntmachungen, Verfügungen etc. [...] an die Regierung in Schleswig. Er wird abgelehnt. [B])

¹ Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Vgl. den im Ergebnis der Sitzung formulierten Entwurf einer Kundgebung, vom JMinr. am 5.4.1919 der Reg. übersandt, in: Rep. 90, Nr. 631, Bl. 12–13; der beabsichtigte Entwurf, Bl. 14–15. Vgl. auch die Sitzung des RKab. am 4.4.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 34, S. 134.

³ Zum Beschluß vgl. das Schreiben der Reg. v. 26.4.1919 an die Minr. in: Rep. 151, HB Nr. 554, n.f.

⁴ Vgl. die Anweisung der Reg. in: Rep. 151, I B Nr. 5467, n.f., nicht veröffentlicht.

⁵ Vgl. das Schreiben des RMinPräs. an das StMinm. v. 3.4.1919 in: Rep. 90a, Y IX 5e Nr. 1, Bl. 59–59v; das Antwortschreiben v. 5.4.1919, Bl. 61.

⁶ Vgl. die Eingabe des Deutschen Ausschusses für das Herzogtum Schleswig v. 13.3.1919 an das JMinm. zum Gebrauch des Dänischen vor Gericht, in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 25, Bl. 61–61v; die Verfügung des JMinr. v. 29.4.1919, Bl. 81.

⁷ Die Anträge an Braun u. das HandMinm. v. 1.3.1919, am 21./22.3.1919 an die Reg. weitergeleitet, in: Rep. 90a, D I I Nr. 15, Bl. 130–131 u. 128. Zum Beschluß der Reg. vgl. Rep. 77, Tit. 1373a Nr. 1, Bl. 130.

Nr. 26 Sitzung der Staatsregierung am 7. April 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 57–58v; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 39, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, O. Meyer, W. Busch, Franke, M. Peters, Nobis.

1. Übernahme der preußischen Staatsbahnen auf das Reich. Keine Einsprache gegen die in der Neufassung des Artikels 90¹ des Reichsverfassungsentwurfs [...] vorgesehene Frist (bis 1.4.1921), trotz der Befürchtungen wegen möglicher schwerer Erschütterungen sozialpolitischer Art bei dem mehr als 1 Million Beamte und Arbeiter umfassenden Riesenheer von Dienstpersonal. Notwendigkeit der Übernahme aller Staatsbahnen auf das Reich und Forderung nach einer gleichmäßigen Behandlung der Wasserstraßen bei Übernahme durch das Reich. [B] — (2. Severing² wird zum außerordentlichen Bevollmächtigten der Preußischen Regierung für die vom Streik und damit vom Belagerungszustand betroffenen und noch zu betreffenden Gebiete Rheinlands und Westfalens bestellt. [B] — 3. Friedenskonferenz. Die Reichsregierung stimmt der Zuziehung eines preußischen Delegierten mit entscheidender Stimme zu.³ [B] — 4. Kundgebung an die Eisenbahnbeamten. Änderung des Entwurfs⁴ des Justizministeriums auf Wunsch von Hirsch und Braun und keine ausdrückliche Verneinung des Streikrechts. [B] — 5. Vertretung der Staatsregierung⁵ auf dem II. Rätekongreß vom 8.–14. April 1919. [B] — 6. Erklärung des 1. Mai zum nationalen Feiertag; vertagt. — 7. Saargebiet. Die Reichsregierung⁶ [...] möchte keine Vereinbarungen über seine wirtschaftliche Ausbeutung [...] mit den Staaten der Entente ohne Zuziehung Preußens treffen. [B])

¹ Der Erzbergersche Entwurf in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1348; vgl. auch Das Kabinett Scheidemann, Nr. 54a, S. 229 u. Anm. 1 sowie Nr. 56, S. 248 f. u. Anm. 13.

² Vgl. das Telegramm des Minr.dI v. 7.4.1919 u. die Bestellung durch das Reich in: 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen des Staatsministers a.D. Carl Severing, ehemaligen Reichs- u. Staatskommissars im Befehlsbereiche des VII. Armeekorps, Bielefeld 1927, S. 25, weiterhin S. 25 ff.; vgl. auch Severing, Carl, Mein Lebensweg, Bd. 1, Köln 1950, S. 239 ff. u. die Sitzung des RKab. am 7.4.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 37, S. 142.

³ Vgl. dazu den Beschluß des RKab. v. 17.4.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 44, S. 182.

⁴ Der Entwurf v. 5.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 631, Bl. 12–12v; die in Weimar weilenden Minr. Hirsch u. Braun hatten nicht ihr Einverständnis zur Kundgebung gegeben, vgl. Bl. 13, zu ihren Bedenken, Bl. 15. Vgl. den Erlaß der StReg. v. 7.4.1919 an die Eisenbahnbeamten in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 81 v. 8.4.1919, auch veröffentl. in: DAZ Nr. 169 v. 8.4.1919 (M); vgl. auch Sühl, Klaus, SPD und öffentlicher Dienst in der Weimarer Republik. Die öffentlich Bediensteten in der SPD und ihre Bedeutung für die sozialdemokratische Politik 1918–1933, Opladen 1988, S. 136; generell S. 134–146.

⁵ Vgl. Rep. 90a, D I I Nr. 14, Bl. 41, 44 u. 46v. Die Einladung des Zentralrats v. 3.4.1919 war bereits in der Sitzung am 4.4.1919 zur Sprache gekommen u. zunächst abgelehnt worden, Bl. 44 (Nobis am 4.4.1919 an Hirsch in Weimar).

⁶ Vgl. Sitzung des RKab. am 25.4.1919 u. zum Schreiben des Präs. des StMinm. v. 9.4.1919 an den RMinPräs. in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 53, S. 226 u. Anm. 3.

Nr. 27 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministersaal) am 10. April 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 60–63; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 40, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: v. Dryander, Valentiner [U].

¹ Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum (Übertragung einer stenograph. Aufzeichnung, auch im folgenden) in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 7–13.

Weitere Teilnehmer: Dönhoff, Göhre, O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Ramm, Articus [beide zu 6], Nobis, Bank [zu 3], Semper [zu 6].

1. Bildung des neuen Ministeriums für Volkswohlfahrt.² Personelle Ausstattung und Abgrenzung der Zuständigkeiten. [B] — (2. Zwei Ernennungen. [B]) — 3. Grundsätzliche Stellungnahme zu der Frage der Besetzung von Stellen.³ Zustimmung zum streng vertraulichen [...] Votum⁴ Heines vom 7. April 1919, der erklärt, nur deshalb die Angelegenheit vorzutragen, um gegenüber den zahlreichen Bewerbungsgesuchen gänzlich ungeeigneter, sich nur auf ihre Parteizugehörigkeit berufender, Persönlichkeiten sich im Staatsministerium eine Stütze zu verschaffen. [B] — (4. Streikrecht der Beamten. Kontroverse Auffassungen. Oeser drängt wegen Gefahren für die innen- und außenpolitische Lage auf Richtlinien, die das Streikrecht ausschließen. Hirsch, Haenisch und Braun halten eine öffentliche Stellungnahme für zurzeit in hohem Maße unerwünscht.⁵ Erst bei einer Interpellation in der Landesversammlung weitere Besprechung dieser grundsätzlichen Frage. [B] — 5. Anerkennung des Ministeriums Hoffmann als die einzige rechtmäßige Regierung Bayerns.⁶ [B]) — 6. Entwurf⁷ eines Gesetzes betr. Landeskulturbehörden. Einverständnis mit der sofortigen Einbringung des von Braun vorgelegten Entwurfs.⁸ [B] — 7. Instruktion zur Wahrung der Stellung Preußens im Staatenausschuß. Vorherige Zustimmung zu allen Vorlagen, Verteilung der Referate im Staatenausschuß entsprechend Preußens Stellung im Reich und ständige Präsenz der Ministerien.⁹ [B] — (8. Leinert als preußisches Mitglied der Reichsdelegation zu den Friedensverhandlungen vorgesehen. [B]) — 9. Beförderungen zum Offizier sind wieder möglich. [B] — 10. Ausnahmsweise Verleihung des Eisernen Kreuzes I. Klasse an W. Hoff. [B] — 11. Militärische Lage und Zustände im besetzten linksrheinischen Gebiete. Erklärung¹⁰ an die Reichsregierung wegen der übermäßig starken feindlichen Truppenbelegung und Entsendung einer staatlichen Kommission. [B] — 12. Auseinandersetzung zwischen Staat und dem vormaligen Königshaus. Grundsätzliche Zustimmung zu den Vorschlägen Südekums in dem Votum¹¹ vom 5. d.M. zur Herbeiführung eines Vergleichs. Vorlage eines Vergleichsvorschlags durch die interministerielle Kommission und einer Äußerung der [...] Staatskommissare, ob der Vorschlag den Interessen des Staats und den Rücksichten der Billigkeit entspricht. [B] — 13. Veränderter Erlaß¹² über die Beurlaubung der Beamten zum Eintritt in die freiwilligen Truppen-

² Die Vorlage der StReg. v. 7.4.1919: Vorläufiger Entwurf einer Zusammenstellung der Zuständigkeiten des neu zu errichtenden Ministeriums für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt, in: Rep. 84a, Nr. 5588, Bl. 174–187 u. Rep. 93, B Nr. 2, Bl. 3–16.

³ Von Heine ausdrücklich gewünschte Formulierung, vgl. Spezialakten, Bd. 15, Bl. 216v.

⁴ Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 143–146 u. Rep. 84a, Nr. 4271, Bl. 466v–469.

⁵ Vgl. auch die Sitzung des RKab. am 11.4.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 40, S. 153.

⁶ Die Erklärung veröffentl. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 84 v. 11.4.1919.

⁷ Die Vorlage des LandMinm. (Braun) v. 9.4.1919 mit dem Gesetzentwurf in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 1, Bl. 27–43v.

⁸ Zum Verlauf der Diskussion über den Gesetzentwurf u. die Siedlungsfrage im allgemeinen, die in einer Nachmittags-sitzung fortgesetzt wurde, vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 7 f. u. 11–13. Vgl. auch Peltzer, Julius (Wirkl. GehORegR u. MinR im LandMinm.), Gesetz über Landeskulturbehörden vom 3. Juni 1919. Einrichtung, Aufgaben und Verfahren der Landeskulturbehörden. Neubearbeitung, Berlin 1923 (= Die neue preußische Agrargesetzgebung, hrsg. von Mitgliedern des Landwirtschaftsministeriums, Bd. 2).

⁹ Die beschlossenen Grundsätze über eine ausreichende Vertretung Preußens im Staatenausschuß in: Rep. 84a, Nr. 6366, Bl. 293–294. Vgl. auch Eimers, Das Verhältnis von Preußen und Reich, S. 78, mit Bezug auf den TOP.

¹⁰ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

¹¹ Rep. 90, Nr. 233, Bl. 288–289; vgl. auch Jung, Volksgesetzgebung, T. 1, S. 456 f.; vgl. zum Frühjahr 1919 Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherrn als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978, S. 29 ff.

¹² Vgl. die Verfügung des FinMinr. v. 20.3.1919 in: FinMinBl. Nr. 8 v. 26.4.1919, S. 167 f. u. die Allg. Verfügung v. 10. Mai 1919 über den Eintritt von Beamten und Lohnangestellten in Freiwilligen-Truppenteile in: JMinBl. Nr. 20 v. 23.5.1919, S. 298 f.

teile. [B] — **14. Erklärung** des 1. Mai zum nationalen Feiertag; erledigt durch die Festlegung der Reichsregierung.¹³ [B] — **15. Ausführung von Notstandsarbeiten bei der Staatsdomänenverwaltung.** – Ernennung eines Reichskommissars für den Warenverkehr der besetzten Gebiete in Köln. – Erlaß über die Bildung von Einwohnerwehren¹⁴; alle drei Punkte vertagt.

¹³ Vgl. Sitzung des RKab. am 7.4.1919 in: *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 37, S. 141 u. Anm. 1.

¹⁴ Die Punkte rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 216v u. 219v.

Nr. 28 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung am 12. April 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrektur, Bd. 168, Bl. 64–66; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund, v. Wrisberg, Göhre, O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Nobis, Doyé [zu 1].

1. Umgestaltung der Polizei. Der Entwurf eines Schreibens Heines an den Reichswehrminister ist zu beraten.² [B] — **(2. Teilnahme** der Reichsministerien an den Sitzungen des Staatsministeriums. Vertreter sind grundsätzlich nicht zuzuziehen, abgesehen vom Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.³ [B]) — **3. Nichtanerkennung** der „Reichskonferenz der Eisenbahn-Arbeiter-Räte“ in Frankfurt a.M.⁴ als Vertretung der Eisenbahnerarbeiterschaft und ihrer Beschlüsse zur Einführung des Rátesystems bei der Staatseisenbahnverwaltung.⁵ [B] — **(4. Grundsätze⁶ für die Behandlung der „Kleinen Anfragen“** in der Landesversammlung durch die Regierung. [B] — **5. Eine Bezahlung von Streikgeldern an Arbeiter**

¹ Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 15–20.

² Vgl. dazu Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen, S. 22–25 u. Buder, Johannes, *Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923*, Frankfurt/M. u. a. 1986, S. 52.

³ Zum Beschluß des RKab. v. 14.7.1919 über die Herstellung enger Verbindungen zum StMinm. u. zum Schreiben Hirschs v. 9.7.1919 an die RReg. vgl. *Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920*, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard am Rhein 1980, , Nr. 25, S. 118 sowie Anm. 10 u. 11; zum diesbezüglichen Schriftverkehr vgl. Rep. 90, Nr. 404, Bl. 136–137v. Vgl. auch Eimers, *Das Verhältnis von Preußen und Reich*, S. 84, mit Bezug auf den TOP, u. ferner Sitzung am 21.7.1919, Anm. 8. – Die Akten des StMinm. Rep. 90a, B II Nr. 54: Die Errichtung, Geschäftsführung, Sitzungen, Protokolle usw. des Reichskabinetts (1919), Rep. 90a, D I I Nr. 13 Bde. 1–2: Das Verhalten der RReg. gegenüber der Preuß. Reg. (1918–1927 u. 1928) u. ebd., Nr. 21 Bde. 1–4: Die Führung der RReg. nach der Staatsumwälzung (1918–1920, 1921–1928, 1924–30.9.1926 u. Okt. 1926) sind nicht überliefert.

⁴ Am 3. u. 4.4.1919 vom Verkehrsausschuß bei der Eisenbahndirektion, der die radikale Richtung im Dt. Eisenbahnerverband vertrat, durchgeführt. Die Konferenz setzte den Provis. Zentralrat der preuß.-hess. Eisenbahner ein; vgl. *Die Deutschen Eisenbahnen 1910 bis 1920*, hrsg. vom Reichsverkehrsministerium, Berlin 1923, S. 105. Vgl. weiterhin *Das Kabinett Bauer*, Nr. 13, S. 51–53 u. Nr. 30, S. 136 u. Anm. 6.

⁵ Vgl. dazu die Darlegungen von MöA Oeser u. die Diskussion im einzelnen in: Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 15–17. Zu den Verhandlungen Oesers mit dem sog. Provis. Zentralrat Ende April/Anf. Mai 1919 vgl. sein Schreiben v. 21.5.1919 an das StMinm., in: Rep. 120, A I I Nr. 5 Bd. 4, Bl. 367–368v. Zur Haltung der Reg. zu den wilden Arbeiterräten bei einer Reihe von Eisenbahnverwaltungen vgl. die Antwort Oesers v. 11.6.1919 auf eine Kleine parlamentar. Anfrage, in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 438, S. 603.

⁶ Zu den Grundsätzen vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. v. 9.5.1919 an die Minr. in: Rep. 197A, Gen. C I Nr. 5c, n.f.; vgl. auch das Schreiben v. 14.6.1919 (i. V. Göhre), ebd.

oder *Angestellte*⁷, die ohne Recht [...] die Arbeit [...] niedergelegt haben, *erfolgt nicht*. [B] — **6.** *Reichskommissar* für den Warenverkehr der besetzten Gebiete in Köln. Einspruch *gegen die* ohne Zustimmung *Preußens erfolgte* Einsetzung *durch die* Reichsregierung.⁸ Eine gemeinsame Besprechung der beiden Kabinette *ist* herbeizuführen, *um* keinerlei Spannung zwischen *beiden* Regierungen aufkommen zu lassen. [B] — **7.** *Bereitschaft* *Leinerts*, als preußisches Mitglied der Reichsdelegation an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. — **(8.** Stimmrecht im Staatsministerium haben [...] lediglich die Staatsminister. [B] — **9.** *Künftiger Sitzungstag* des Staatsministeriums⁹ *ist* der Dienstag Nachmittag. [B] — **10.** *Instruktion* für die preußische Stimme im Staatenausschuß. *Abänderungen zum* Entwurf¹⁰ eines Reichsgesetzes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden *sind zu beantragen*. [B]

⁷ Zum Beschluß vgl. die Vorlage des Hauptbüros des LandMinm. an die einzelnen Abteilungen des Minm. in: Rep. 87, B Nr. 276, Bl. 105.

⁸ Zur Problematik vgl. Eimers, *Das Verhältnis von Preußen und Reich*, S. 89–92, mit Bezug auf den TOP; vgl. auch Erdmann, Karl-Dietrich, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966, S. 59 f.

⁹ Zum Beschluß vgl. das Schreiben von Hirsch an alle Minr. u. parlamentar. UStS v. 15.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 404, Bl. 135–135v.

¹⁰ Die Vorlage des Minr.dI v. 9.4.1919 in: Rep. 76, Ila Sekt 43 Gen. Nr. 7, Bl. 33–34; hier auch die Voten von KrMinm., MöA, FinMinr., das Votum des JMinr. in: Rep. 84, Nr. 51026, Bl. 155. Der Entwurf in: Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 58, S. 1–8; von RMinr.dI Preuß dem Staatenausschuß übersandt am 9.4.1919. – Vgl. weiterhin Das Kabinett Scheidemann, Nr. 34, S. 135 f. u. Anm. 12. Ein preuß. Änderungsantrag in den gedruckten Materialien des Staatenausschusses nicht vorhanden.

Nr. 29 Sitzung der Staatsregierung am 14. April 1919.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 168, Bl. 67–68v, *Anlage*², Bl. 69–70; MF 1013. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — *Prot.*: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Dönhoff, Freund, Ramm, Nobis, v. Dryander [zu 9]; *als Berichterstatter* Berndt, Sachs, Schönbach, Matibel [alle zu 7].

(1. *Geiselnahme. Protest*³ *gegen die* Festsetzung von 18 deutschen Geiseln *durch den* Obersten Polnischen Volksrat *und Androhung unverzüglicher* Gegenmaßnahmen. [B] — **2.** *Antrag Heines* auf Ernennung des Landrats z.D. Freiherrn M. von Braun zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat. [B] — **3.** *Zustimmung zur* Ernennung des [...] Gesandten v. Bergen zum Preußischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle *und Versetzung des bisherigen* Gesandten v. Mühlberg *in den Ruhestand*. [B] — **4.** *Erholungsurlaub für die* Beamten und Arbeiter der Staatsbahnverwaltung⁴ *für die* besonderen Mühen ihres Dienstes während des Krieges. [B] — **5.** *Aufhebung des* durch das Generalkommando des VI. Armeekorps *erlassenen Verbots* der „Oberschlesischen Zeitung“ *und Anweisung zur Einschränkung*

¹ Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 21–24.

² Zu TOP 9: Grundsätze für die Einrichtung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre und der Beiräte.

³ *Das Telegramm des Obersten Poln. Volksrats u. das Antworttelegramm der preuß. Reg.* in: Rep. 90, Nr. 2234, n.f. – *Beides veröffentl. in: Reichs- u. Staatsanzeiger* Nr. 89 v. 17.4.1919; vgl. auch Nr. 99 u. 104 v. 2. u. 8.5.1919.

⁴ *Vgl. den Runderlaß des MöA v. 29.5.1919 in: Rep. 76, Ila Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 2, n.f.*

von Zeitungsverboten.⁵ [B]) — 6. Einwohnerwehren. An Stelle des aufgehobenen Erlasses⁶ vom 18. März 1919 werden neue Bestimmungen⁷ über ihre Bildung beschlossen. [B] — 7. Besetzung von Verwaltungsämtern; abgesetzt. — Ernennung von L. Bartels zum Regierungspräsidenten⁸ in Frankfurt a/O. [B] — 8. Sieben Pensionssachen.⁹ [B] — 9. Zurückstellung von TOP 3: a. Bildung eines Groß-Thüringen und b: die Loslösungsbestrebungen in Schleswig-Holstein; TOP 4: Anregung der Württembergischen Regierung an Preußen, sich der Stuttgarter Erklärung der Vertreter von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen zu den Beschlüssen des Verfassungsausschusses in Weimar über das Verhältnis des Reichs zu den Gliedstaaten anzuschließen; TOP 5: Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Ortsschulinspektion und TOP 6: Bestellung eines Beigeordneten für den preußischen Friedensdelegierten.¹⁰ — Den Grundsätzen¹¹ über die Stellung, den Aufgabenkreis und die Befugnisse der parlamentarischen Unterstaatssekretäre wird zugestimmt. [B]

⁵ Vgl. das Staatstelegramm (Hirsch, Reinhardt) an den Kom. der Reg. für das VI. AK, Voigt, in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 1, Bl. 80.

⁶ Der Runderlaß in: Rep. 87, B Nr. 16405, n. f.; nicht im MinBl. der inneren Verw. veröffentlicht.

⁷ Die Vorlage des Minr.dl v. 8.4.1919 mit dem Entwurf von Bestimmungen in: Rep. 84a, Nr. 3730, Bl. 340–341v u. 344–345v. Die Bestimmungen v. 15.4.1919 (Runderlaß), Bl. 344v–345v, veröffentl. in: MinBl. innere Verw. Nr. 5 v. 31.5.1919, S. 199 f.; Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 89 v. 17.4.1919, auch gedr. bei Wippermann, Deutscher Geschichtskalender, Erg.-Bd.: Die deutsche Revolution, Bd. 2, S. 147–149. — Vgl. Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/1919, Düsseldorf 1962, S. 386 f., Könnemann, Erwin, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, Berlin 1971, S. 118–122 u. Bucher, Peter, Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen 1918–1921, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1 (1971), S. 27 f., hier mit Bezug auf den TOP.

⁸ Zunächst kommissarisch, vgl. den Antrag des Minr.dl v. 30.8.1919 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 54. Zur Personalpolitik generell vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 23.

⁹ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 116, 370, 518, 717, 775, 797 u. 828.

¹⁰ Die TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 222v u. 226.

¹¹ Vgl. die Anlage zum Prot. u. insgesamt zu den Leisätzen Rep. 90a, D I 1 Nr. 24, Bl. 9 ff. sowie Rep. 151, I B Nr. 4487, Bl. 12 ff.

Nr. 30 Sitzung der Staatsregierung am 19. April 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 71–73v; MF 1013. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S, Nr. 1, n. f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 41, n. f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Troeltsch, Wildermann, Göhre, Nobis; als Kommissare Lenz, J. Bachem [beide zu 7], v. Klitzing [zu 2].

(1. Überlassung der Gebäude² des Preußischen Abgeordnetenhauses oder [...] des Herrenhauses für die Sitzungen der Deutschen Nationalversammlung nicht möglich. [B]) — 2. Hilfskräfte für den preußischen Vertreter der Reichsdelegation zu den Friedensverhandlungen. — Sachverständige für die Provinz Posen und Oberschlesien zu den Friedensverhandlungen.³ [B] — 3. Westpreußen. Die Gefahr der Beunruhigung in der Provinz Westpreußen über die

¹ Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 29–33.

² Vgl. Sitzung des RKab. am 14.4.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 41, S. 158 u. Anm. 2; mit Bezugnahme auf das Antwortschreiben von Hirsch v. 22.4.1919.

³ Vgl. dazu Rep. 90, Nr. 2436, Bl. 314v–315v sowie Rep. 84a, Nr. 1306, Bl. 713 u. Nr. 1309, Bl. 287–305.

*Haltung der Regierung gegenüber der bolschewistisch-spartakistischen Bewegung.*⁴ *In der Antwort soll auch zum Ausdruck gebracht werden, sich davor zu hüten, alles, was der Reaktion unangenehm ist, als Ausfluß bolschewistischer und spartakistischer Bestrebungen anzusehen.* [B] — **4. Sechs Ernennungen.** [B] — **5. Zustimmung zum Entwurf**⁵ eines Gesetzes über die Wahl eines Abgeordneten zur [...] Landesversammlung für den Regierungsbezirk Sigmaringen. [B] — **6. Zustimmung zu den Grundsätzen für die Besetzung von Verwaltungsämtern.**⁶ *Rundschreiben über die Erweiterung der Anwärterstellen für den Regierungsreferendar. Gesetzesvorlagen des Ministeriums des Innern zur Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung sind erwünscht.* [B] — **7. Bildung eines Großthüringen. Bereitschaft zur Teilnahme an der Verhandlung**⁷ über die Thüringischen Wünsche am 28. April 1919 in Weimar. — *Zu den Loslösungsbestrebungen in Schleswig-Holstein. A. Köster*⁸ *wird zum Preußischen Staatskommissar für Schleswig-Holstein ernannt und zugleich mit der vorübergehenden Wahrnehmung der Geschäfte eines Preußischen Gesandten in Hamburg beauftragt.* [B] — **8. Dem Entwurf**⁹ *über die Aufhebung der Ortsschulinspektionen wird zugestimmt.* [B]

⁴ *Das Schreiben des OPräs. der Prov. Westpreußen u. die Erwiderung des Minr.dI konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. zur Diskussion im einzelnen das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 31–33.*

⁵ *Die Vorlage des Minr.dI v. 12.4.1919 mit dem Entwurf (hier ohne Begründung) in: Rep. 90, Nr. 21, Bl. 103 u. 109 bis 110; der LV übersandt am 3.5.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 260, S. 425 f. Vgl. das Gesetz v. 8.5.1919, GS, S. 87.*

⁶ *Zu den kontroversen Auffassungen zwischen Heine u. Braun vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 33.*

⁷ *Das Schreiben des StMinm. in Weimar v. 31.3.1919 u. die Antwort der preuß. StReg. v. 22.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 294, Bl. 70–71v. Vgl. Hajna, Karl-Heinz, Zur Auseinandersetzung um die Überwindung der Kleinstaaterei in Thüringen unter Einbeziehung des Regierungsbezirkes Erfurt und anderer preußischer Gebietsteile 1918 bis 1920, in: Aus der Vergangenheit der Stadt Erfurt, N.F., 1 (1985), S. 45–48, unter Benutzung von Akten der Archive in Weimar u. Gotha.*

⁸ *Die Verfügung v. 27.4.1919 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 89–89v. Zu seiner Aufgabe, für die Wahrung des preußisch-deutschen Besitzstandes – besonders im Hinblick auf eine Abstimmung in Nordschleswig – mit aller Kraft an Ort und Stelle zu wirken, vgl. Rep. 77, Tit. 4030, Nr. 25, Bl. 1–1v. Vgl. auch Köster, Adolf, Der Kampf um Schleswig, Berlin 1921, S. 48 ff. u. Doß, Kurt, Reichsminister Adolf Köster 1883–1930. Ein Leben für die Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 40–51.*

⁹ *Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 1, Nr. 248, S. 390 f.; der LV unterbreitet am 28.4.1919. Vgl. das Gesetz v. 18.7.1919, GS, S. 147 u. die Ausführungsbestimmungen des WissMinr. v. 20.9.1919 für das am 1.10.1919 in Kraft tretende Gesetz, in: MinBl. Unterrichtsverw. H. 10 v. 20.10.1919, S. 611 f.*

Nr. 31 Sitzung der Staatsregierung am 22. April 1919.

*Vollz. Reinschr.*¹ *mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 74–76v; MF 1014. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 42, n.f.*

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Wildermann, Freund, Göhre, C.H. Becker, Nobis, Leese, v. Dryander [zu 12].

(1. Versetzung des Landrats Wilkens in Spremberg in den einstweiligen Ruhestand.² [B] — **2. Kriegsschuldfrage. Kenntnisnahme des Antwortschreibens**³ des Präsidenten des Reichsministe-

¹ *Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 35–41.*

² *Erfolgte, um gefährliche Demonstrationen des Kreistages zu verhindern, vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 35.*

riums vom 20. April 1919 auf das Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums über das Problem der Kriegsschuldfrage bei den Friedensverhandlungen. — 3. Vertragsverhandlungen des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins mit den Polnischen Behörden in Krakau, um Lebensmittel im Austausch gegen Fabrikate zu beziehen, wird zugestimmt. [B] — 4. Die Stuttgarter Erklärung⁴ der Vertreter von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die eine Änderung der von der Regierungsvorlage abweichenden Beschlüsse des Verfassungsausschusses der [...] Nationalversammlung⁵ [...] über das Verhältnis des Reiches zu den Gliedstaaten fordert. Preußen⁶ schließt sich in einzelnen Punkten dem Standpunkt der 4 Regierungen an, teilt in anderen deren Ansicht nicht und widerspricht vor allem der Auffassung über eine Verstärkung des Preußischen Übergewichts im Reichsrat. [B] — (5. Sachsen–Preußen, Verhältnis. Der Sächsische Ministerpräsident⁷ teilt mit, daß die Sächsische Volksvertretung und Regierung in der Frage der Gebietshoheit sich den Standpunkt der Preußischen Landesversammlung völlig zu eigen gemacht haben. Man hofft, auch in anderen Fragen die gleichen Wege zu gehen. Beantwortung⁸ des Schreibens mit der Abschrift des [...] Erwidernsschreibens an den Württembergischen Gesandten. [B] — 6. Entwurf⁹ eines Gesetzes zur Ergänzung des Art. 34 des Entwurfs der Reichsverfassung betr. Arbeiter- und Wirtschaftsräte. Beträchtliche Anzahl von Unklarheiten erschwert eine sofortige Zustimmung. [B] — 7. Erholungsurlaub für die Arbeiter der Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnverwaltung. Wird er nicht in Anspruch genommen, werden höhere Tagelöhne gezahlt. – Gewährung eines um eine Woche längeren Urlaubs für die Beamten des Handelsministeriums. [B] — 8. Ein Gesuch des Deutschen Volkshausbundes. [B] — 9. Einführung französischen Unterrichts in den Volksschulen des besetzten Gebietes. [B] — 10. Dem Polnischen Obersten Volksrat wird das Verbot¹⁰ einer polnischen Zeitung angedroht, nämlich als Vergeltungsmaßnahme für die neuerliche Unterdrückung deutscher Zeitungen. [B] — 11. Abberufung von Staffelt von der Waffenstillstandskommission wegen

³ Vgl. Rep. 90, Nr. 2434, Bl. 185–185v, der Wortlaut auch in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 47, S. 189 f.; das Schreiben des preuß. MinPräs. v. 11.4.1919 an den RMinrPräs., S. 189, Anm. 2; als Note der Preuß. Reg. in der Sitzung des RKab. am 17.4.1919 verlesen, S. 179; der hs. Entwurf in: Rep. 90, Nr. 2434, Bl. 159–160v. Vgl. auch Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie, S. 167 f.

⁴ Vom 29.3.1919 in: Rep. 90, Nr. 302, Bl. 92–93, von der württ. Reg. über deren Gesandtschaft in Berlin am 6.4.1919 mit dem Anheimstellen übermittelt, ob und inwieweit sich die Preußische Regierung etwa dieser Erklärung anschließen will, Bl. 91. – Über die Konferenz vgl. das Schreiben des AA v. 4.4.1919 an die RK in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 36, S. 138–140 u. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 174 ff.

⁵ Über die Verhandlungen im Verfassungsausschuß am 19., 20. u. 27.3.1919 liegen Aufzeichnungen des stellv. Mitgl. des Staatenausschusses Frick vor, in: Rep. 120, CB I Nr. 8 Beiheft, Bl. 11–20v.

⁶ Zu den Äußerungen der Minr. über das Reich-Länder-Verhältnis vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 35–37. Das Erwidernsschreiben des Präs. des StMinr. v. 23.4.1919 an den württ. Gesandten in: Rep. 90, Nr. 302, Bl. 102–103.

⁷ Das Schreiben des sächs. MAA (der MinPräs. Gradnauer) an die preuß. Reg. v. 16.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 302, Bl. 94 (eine Korrektur, Bl. 98); das Schreiben Gradnauers an den Präs. NatVers. v. 18.4.1919, in dem gegen die die Selbständigkeit der Einzelstaaten einschränkenden Beschlüsse des Verfassungsausschusses Einspruch erhoben wurde, Bl. 95–98; auch gedr. bei Wippermann, Deutscher Geschichtskalender, Erg.-Bd.: Die deutsche Revolution, Bd. 2, S. 247. Die Weimarer Verhandlungen haben bewirkt, daß Sachsen zurzeit mehr seine Preußenfreundlichkeit als seine Reichsfreundlichkeit betont, so der preuß. Gesandte in Dresden Reinhardt am 7.4.1919 an das MAA, in: Rep. 90, Nr. 302, Bl. 89.

⁸ Vgl. Rep. 90, Nr. 302, Bl. 103–103v; die vom FinMinr. am 1.5.1919 gewünschten redaktionellen Änderungen, Bl. 105–105v.

⁹ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 64, S. 1–6; von RFinMinr. Schiffer u. RArbMinr. Bauer dem Staatenausschuß übersandt am 11.4.1919. Zur Haltung der Minr. gegenüber der Rätefrage vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 37–39. – Am 30.5.1919 beschloß der Staatenausschuß, der Einbringung des Entwurfs an die NatVers. zuzustimmen; vgl. Verhandlungen Staatenausschuß, Tagung 1919, 27. Sitzung am 30.5.1919, S. 246 f., die beschlossene Fassung (mit einem Art. 34a), S. 252, Anlage 3 zur Niederschrift.

¹⁰ Der Antrag des Minr.dI v. 14.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 2230, Bl. 235.

unwürdiger Behandlung durch den französischen Obersten Vitry. [B] — 12. Grundsätze¹¹ über die Sicherung der Zukunft der [...] Staatsbeamten in den bedrohten Grenzgebieten. [B]

¹¹ *Vgl. den Beschluß des StMinm. v. 23.4.1919 über die Grundsätze (voller Wortlaut) in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 25, Bl. 43–44v, am 5.5.1919 allen Minr. übersandt. Der Beschluß veränderte u. ergänzte den Beschluß v. 4.1.1919.*

Nr. 32 Sitzung der Staatsregierung am 26. April 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 77–80v; MF 1014. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U], v. Dryander [zu 11].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, O. Meyer, W. Busch, Troeltsch, Wildermann, Nobis; als Kommissare Scholz [zu 1], v. Dryander [zu 10 und 13], J. Bachem [zu 13].

(1. Eisenbahnarbeiter. Forderung nach Erhöhung der Stundenlöhne und Verhandlung darüber. [B] — 2. Einstellung des Vorortverkehrs [...] am 1. Mai. Erfüllung des Wunsches der Eisenbahnarbeiter², um einen Streik zu verhüten. [B] — 3. Für die Allgemeinheit unentbehrlichen Betriebe. Gemeinsame Maßnahmen mit der Reichsregierung³ [...] zum Schutze dieser Betriebe vor Streiks und Sabotage sind geboten. [B] — 4. Bezirksbergarbeiterrat bei dem Oberbergamt in Halle.⁴ Keine staatlichen Gelder mehr, solange er diese zu einem etwaigen Kampf gegen die Staatsregierung ansammelt. [B] — 5. Unbefugte Aufhebung des vom Staatsministerium verhängten Belagerungszustands über Oberschlesien⁵ zum 1. Mai durch Staatskommissar O. Hörsing. [B] — 6. Finanzielle Mittel für Staatskommissar C. Severing zur Wiederherstellung der allgemeinen Ruhe, Ordnung und Sicherheit in den vom Bergarbeiterstreik ergriffenen oder bedrohten Gebieten Rheinlands und Westfalens. Beteiligung der Reichsregierung an den Kosten. [B] — 7. Belagerungszustand⁶ über den Stadtbezirk Salzwedel. Nachträgliche Zustimmung. [B] — 8. Vereinbarung der Bundesstaaten zur Reichsheeresverfassung; ver- tagt. — 9. Tagesdiäten und Reisespesen für den Gesandten und Staatskommissar Köster. [B] — 10. Grundsätze für Stellung und Aufgaben der parlamentarischen Unterstaatssekretäre. Abänderungsvorschläge sind von Heine in Aussicht genommen. [B] — 11. Regelung der Pensionsverhältnisse von Justizminister am Zehnhoff. [B] — 12. Erhöhte Leistungen für die Kriegsbeschädigten und Lazarettkranken. [B]) — 13. Verlautbarung⁷ [...] über die Stellung der Staatsregierung zu den schleswig-holsteinischen Fragen, insbesondere auch zu den Wünschen⁸ der provinziellen Sachverständigen. Diese treten für Verhandlungen mit

¹ *Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 45–51.*

² *Vgl. das Schreiben des MöA v. 27.4.1919 an die Reg. in: Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 130–131.*

³ *Vgl. Sitzung des RKab. am 28.4.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 56, S. 246 f.*

⁴ *Dazu Minr. Fischbeck: Wir haben notgedrungen in den Abmachungen mit den Bergarbeitern „Räte“ anerkennen müssen. Sie bekommen von uns Tagegelder. Dieser Rat in Halle sammelt „Kampfgelder“. Das ist nicht erträglich. Vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 49. Der Vorschlag des ZR (Neue) an das StMinm. v. 1.6.1919 in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 16, Bl. 16.*

⁵ *Zu den Intentionen Hörsings aus marxistischer Sicht vgl. Schumann, Oberschlesien 1918/19, S. 204 ff.*

⁶ *Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 754, S. 1133.*

⁷ *Veröffentl. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 96 v. 28.4.1919.*

⁸ *Zu den Besprechungen der StReg. mit den örtl. Sachverständigen vgl. Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 24, Bl. 320–322, 340 u. 353 sowie Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 94 v. 25.4.1919; die Entschließung der schleswig-holsteinischen Abg. der NatVers. u. preuß. LV von Neumünster Nr. 95 v. 26.4.1919.*

Dänemark [...] außerhalb der Friedensverhandlungen ein. Die Wünsche sind der Reichsregierung⁹ zu übermitteln. [B] — **14.–15. Zustimmung zu den Entwürfen**¹⁰ eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes und eines Zündwarensteuergesetzes. [B] — **16. Entwurf**¹¹ eines Erbschaftssteuergesetzes. Keine generellen Bedenken, jedoch Antrag¹² auf Vertagung im Staatenausschuß, um die Reichsfinanzverwaltung zu veranlassen, einen großzügigen Finanzplan gemeinsam mit den Einzelstaaten aufzustellen. [B]

⁹ Das Schreiben des Präs. des StMinm. an den RMinr. v. 30.4.1919 in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 24, Bl. 448–448v. Zur nicht erfolgten Antwort vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A, Bd. 1, Nr. 76, S. 119, Anm. 1.

¹⁰ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 66, S. 1 f. u. Nr. 67, S. 1–18; von RFinMinr. Schiffer dem Staatenausschuß übersandt am 16.4.1919. Zum Zuckersteuergesetzentwurf vgl. auch Rep. 90, Nr. 1505, n.f. Vgl. das Zündwarensteuergesetz v. 10.9.1919, RGBl. II, S. 1629 u. das Zuckersteuergesetz v. 9.7.1923, RGBl. I, S. 575.

¹¹ Rep. 120, C V Nr. 30 Bd. 2, n.f., von RFinMinr. Schiffer dem HandMinr. übersandt am 15.4.1919, die bes. Begründung v. 19.4.1919, ebd. (Druck). Vgl. auch Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 69, S. 1–53 sowie die Ergänzungsanträge u. Anregungen der RReg. v. 27.4.1919 (Druck) in: Rep. 90, Nr. 1526, n.f.

¹² Das Schreiben (Entwurf) des Präs. des StMinm. an RFinMinr. u. RMinr.dI v. 27.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 1526, n.f. – Am 9.5.1919 beschloß der Staatenausschuß, der Einbringung des Gesetzentwurfs bei der NatVers. zuzustimmen; vgl. Verhandlungen Staatenausschuß, Tagung 1919, 24. Sitzung am 9.5.1919, S. 203. Die beschlossene Fassung, S. 205 bis 233, Anlage 1 der Niederschrift. Vgl. das Gesetz v. 10.9.1919, RGBl. II, S. 1543; Mirre, Ludwig (GehFinR u. VortrR FinMinm. u. zugleich Referent im RFinMinm.), Erbschaftssteuergesetz vom 10. September 1919 nebst Ausführungsbestimmungen und den wichtigsten Vorschriften der Reichsabgabenordnung, Mannheim u. a. 1920 sowie Finger, Christian (OLGR, GehJusR u. Referent für das Gesetz im RFinMinm.), Erbschaftssteuergesetz vom 10. September 1919 nebst Ausführungsbestimmungen. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachverzeichnis, Berlin 1920.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 30. April 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearbeitet von Hagen Schulze, Boppard am Rhein 1971, Nr. 57, S. 250–252.

*Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, am Zehnhoff, Braun, Haenisch, Stegerwald.*¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Franke, Vogt, Göhre, Nobis, Fleck.

1. Maßnahmen gegen Streiks. — **2. Gemeinsamer Aufruf von Reichs- und preußischer Regierung an die streikenden Eisenbahner.** — **3. Die Gefahr eines bewaffneten Vorgehens der Polen an der oberschlesischen Grenze.** — **4. Zusagen an deutsche Flüchtlinge aus Polen.** — **5. Maßnahmen für Lehrer aus den Ostprovinzen.**

¹ Vgl. die Einladung des RMinm. zur gemeinsamen Beratung mit dem StMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1315, Bl. 36–37. – Der Präs. des StMinm. Hirsch hatte mit Schreiben v. 27.4.1919 an den Präs. RMinm. den dringenden Wunsch geäußert, angesichts der stets sich wiederholenden und steigenden, meist unverantwortlichen Arbeitseinstellungen und ihrer verheerenden Wirkungen auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, gemeinsam durchgreifende Maßnahmen, etwa gesetzlicher Maßnahmen, zum Schutze der für die Allgemeinheit unentbehrlicher Betriebe zu treffen, Bl. 36v–37v.

Nr. 33 Sitzung der Staatsregierung am 3. Mai 1919.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 168, Bl. 81–83v; MF 1014. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — *Prot.*: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Freund, Albert [UStS RK], Göhre, Nobis; *als Kommissare* v. Dryander [zu 10 und 12], v. Berger [zu 5], v. Kameke [zu 3–4, 6, 9].

1. *Sofortige Aufhebung der ungesetzlichen Erhöhung der Viehpreise² durch die Provinzialfleischstelle in Breslau.* [B] — **(2.** *Überlassung des Abgeordnetenhauses oder der Aula der Universität und des Opernhauses für eine vorübergehende Tagung [...] der Deutschen Nationalversammlung.* [B] — **3.** *Finanzierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Räte. Die Anträge³ des Zentralrats sind beschleunigt zu beraten.* [B] — **4.** *Keine Verhängung des Belagerungszustands für ganz Westpreußen.* [B] — **5.** *Einrichtung einer Pressestelle beim Staatsministerium.*⁴ [B] — **6.** *Lebenshaltungskosten. Abstandnahme von einem Aufruf⁵ an die Eisenbahner, Post- und Telegraphenarbeiter, dafür weitere Verhandlungen mit den Eisenbahnern und Maßnahmen zusammen mit der Reichsregierung, um eine Verbilligung der Lebensbedürfnisse in die Wege zu leiten.* [B] — **7.** *Ein Erbrecht des Reiches im Entwurf⁶ eines Erbschaftssteuergesetzes. Es ist festzustellen, ob auf Seiten der Reichsregierung die Absicht nach seiner Einführung besteht.* [B] — **8.** *Dem [...] Entwurf⁷ eines Übereinkommens zwischen Preußen, Bayern und Württemberg über Einheitlichkeit im deutschen Heerwesen wird zugestimmt.* [B] — **9.** *Besoldungsprobleme bei den Sicherungstruppen in Ostpreußen. Vorübergehende finanzielle Unterstützung durch die Osthilfe geplant.* [B] — **10.** *Beratung der Etats des Zivilkabinetts und der Generalordenskommission, die beide in Auflösung sind, sowie eines vorläufigen für die preußischen Gesandtschaften bei den andern deutschen Staaten.* [B] Die Zukunft des Heroldsamts; *vertagt.* — **11.**

¹ *Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 61–70.*

² *Die Vorlage des StKom. für Volksernährung v. 26.4.1919 u. das Staatstelegramm v. 3.5.1919 an den OPräs. in Breslau in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 5, n.f.; das Schreiben des Präs. RMinm. v. 28.4.1919 an die preuß. Reg., ebd. u. Spezialakten, Bd. 15, Bl. 232–233.*

³ *Die zwei Anträge, mit Schreiben v. 29.4.1919 übermittelt, in: Rep. 90a, D I I Nr. 17, Bl. 31–33. Vgl. dazu das Schreiben des FinMinr. an das MdI v. 4.5.1919 mit dem Ersuchen, Kommissare für die Erörterung der im StMinm. gestern beschlossenen Finanzierung der Arbeiter-, Bauern- u. Soldaten-Räte zu ernennen, in: Rep. 77, Tit. 1373a Nr. 4, Bl. 69.*

⁴ *Vgl. die Niederschr. über die Ergebnisse der am 26.4.1919 beim StMinm. stattgefundenen kommissar. Besprechung betr. Einrichtung eines Pressereferats beim StMinm. in: Rep. 120, CB I Nr. 26 Bd. 3, n.f. Zur Aufgabe der Pressestelle vgl. auch das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 62 f.*

⁵ *Der Entwurf eines gemeinschaftlichen Aufrufs von Reichs- u. preuß. Reg. in: Spezialakten, Bd. 15, Bl. 234–237. Eine ausführliche Wiedergabe der Diskussion im Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 63–67.*

⁶ *Der Entwurf des Schreibens der preuß. Reg. (i. V. Göhre) an das RFinMinm. v. 24.5.1919 in: Rep. 90, Nr. 1526, n.f. (auf dem Prot.-Auszug). Die Antwort des RFinMinr. an den Präs. des StMinm. v. 20.6.1919, daß die Absicht der Einführung eines gesetzlichen Erbrechts an Stelle der entfernteren Seitenverwandten nicht besteht, ebd.*

⁷ *Der Entwurf des vom KrMinr. vorgelegten Übereinkommens, dem sich auch Sachsen u. Baden anschlossen, in: Spezialakten, Bd. 15, Bl. 238–240. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung Reinhardts v. 10.6.1919 über die Verhandlungen mit den Ländervertr. u. die Sitzung des RKab. am 16.6.1919 in: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 106 u. 112, S. 439 bis 443 u. 468.*

Beschwerde des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins⁸ gegen die Schiedsgerichte, die Hörsing nach der Absetzung von Beamten der Industrieverwaltungen eingesetzt hat. [B] — **12. Gleiche Urlaubsregelung für alle Staatsbeamten.** [B] — **(13. Staatskommissar C. Severing⁹ wird für seine verdienstvolle und erfolgreiche Tätigkeit bei der Beilegung der Unruhen in den vom Bergarbeiterstreik betroffenen Gebieten Rheinlands und Westfalens gedankt.** [B])

⁸ Das Telegramm des Vereins an den MinPräs. v. 19.4.1919 in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 100, Bl. 26–26v. – Zur Stellung Hörsings vgl. seine Telegramme v. 21. u. 22.4.1919, Bl. 26v. Vgl. auch den amtl. Bericht der Pressestelle des Kommissariats in OS (Auszug) in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 96 v. 28.4.1919, 1. Beil. u. zu den Schiedsgerichten DAZ Nr. 199 v. 25.4.1919 (A). – Severing war zu Hörsing entsandt worden, um ein einheitliches Vorgehen in der Angelegenheit der willkürlichen Absetzung von Werksdirektoren zu vereinbaren, vgl. 1919/20 im Wetter- u. Watterwinkel, S. 48 f.

⁹ Das Dankschreiben v. 6.5.1919 in: AdsD, NL Severing, M. 69. Zit. nach Alexander, Thomas, Carl Severing – ein Demokrat und Sozialist in Weimar, I. T., Frankfurt/M. u. a. 1996, S. 402 f. u. Anm. 151.

Nr. 34 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 7. Mai 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 84–86v; MF 1014. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 43, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, W. Peters [zu 8], Kübler, Seelmann [beide zu 2–3], Göhre, Nobis; als Kommissare v. Dryander [zu 2–3], v. Kameke [zu 4–5], J. Bachem [zu 4 und 6].

1. Errichtung des Ministeriums für Volkswohlfahrt.² Einigung über die Abgrenzung der Zuständigkeiten. Bestimmung des Namens und Nachtragsetat für das neue Ministerium. [B] — **2. Aufhebung der Beschlagnahme der Kronfideikommißgüter. Nach Einspruch³ von Landwirtschaftsminister Braun wird von einer Freigabe weiterer beschlagnahmter Königsgüter abgesehen.** [B] — **3. Ausführungsbestimmungen⁴ zu der Verordnung vom 30. November 1918 betr. Beschlagnahme des Vermögens des Königshauses.** [B] — **4. Keine Einigung bei den Verhandlungen mit dem Zentral-**

¹ Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 78–83.

² Die Vorlage des Wohlfinm. v. 5.5.1919 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 77, Bl. 60–65 u. Rep. 84a, Nr. 5588, Bl. 196–201v. Der Beschluß (Druck) in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 162v–166. Der LV übersandt am 19.5.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 340, S. 503–505. Vgl. den Beschluß der Preußischen Staatsregierung betr. die Zuständigkeit des Ministeriums für Volkswohlfahrt v. 7.11.1919 in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 167–168 u. GS, S. 173. Vgl. insgesamt die Ausführungen Stegerwalds über den Aufbau, die Einrichtungen u. die Aufgaben des Minm. in: Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 2, 22. Sitzung am 22.5.1919, Sp. 1610–1620; Stegerwald, Adam, Aufgaben und Ziele des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt (Begrüßungsrede auf dem Empfangsabend des Minm. am 10.12.1919), in: Volkswohlfahrt Nr. 1 v. 1.4.1920, S. 17–19, Hirtsiefer, Heinrich, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen 1919–1923, Berlin 1924; Jugendpflege in Preußen. Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt hrsg. von (Heinrich) Hirtsiefer, Eberswalde 1929, hier der Erlaß von Minr. Stegerwald v. 22.11.1919 über die bes. Bedeutung der Pflege der schulentlassenen Jugend, S. 3–6 sowie Scheidt, Adolf, Staatliche Wohnungsfürsorge in Preußen, Berlin u. Leipzig 1920, bes. S. 8–10.

³ Vgl. sein Briefelege v. 17.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 319. Vgl. auch das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 79 u. Jung, Volksgesetzgebung, T. 1, S. 454 f.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 25.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 233, Bl. 363; die mit Schreiben v. 9.5.1919 vorgelegten Ausführungsbestimmungen, Bl. 372. Vgl. die Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung der Preußischen Regierung betr. Beschlagnahme des Vermögens des Preußischen Königshauses vom 30. November 1918 v. 18.6.1919, GS, S. 95.

rat der Eisenbahnerräte. – Prüfung der Beschwerde des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins über die Einsetzung von Schiedsgerichten. [B] — 5. Die Finanzierung der Arbeiter- u. Bauernräte; *vertagt*. — 6. Zusammenschluß Thüringens. Bericht über die Verhandlung⁵ mit den Thüringischen Staaten in Weimar am 28. April 1919. Bildung eines Ausschusses zur Behandlung der Angelegenheit. [B] — 7. Eingreifen des Reichs in die direkten Steuern⁶; *vertagt*. – (Dafür Erörterung der alliierten Friedensbedingungen.⁷ Befürchtungen über eine erregte Stimmung im Volke, zumal an der Ostgrenze des Reichs, und damit Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung bei deren Bekanntwerden. Noch am Abend Vorschlag an die Reichsregierung, Vorkehrungen für die Verhängung des Belagerungszustands zunächst im Osten zu treffen, und gemeinsam eine beruhigende öffentliche Erklärung an die Bevölkerung im von der Abtretung bedrohten Osten zu erlassen. [B]) — 8. Förmliche Anfragen. Die Zuständigkeit für die Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abgeordneten v. Krause sowie Tewes.⁸ Bei einer Thematik, die die Zuständigkeit der verschiedensten Ministerien berührt, ist die Antwort durch den [...] Ministerpräsidenten zu erteilen. [B] — 9. Schaffung einer Propagandastelle für die besetzten Gebiete; *vertagt*. — (10. Die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger über die künftige Verfassung der staatlichen Bühnen. Ein Regulativ ist auszuarbeiten. [B] — 11. Antrag⁹ auf Erweiterung des Entwurfs eines Gesetzes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden im Staatenausschuß. Danach sollen Sach- und Personenschäden voll ersetzt werden. [B])

⁵ Das Prot. über die Sitzung in: Rep. 90, Nr. 294, Bl. 99–112v; das Prot. über die der Verhandlungen vorausgegangene Sitzung der preuß. Vertr., Bl. 87–98. Vgl. auch den hs. Bericht von MinDir. Löhlein in: Rep. 151, HB Nr. 578, n.f. u. die Aufzeichnung von Hptm. Gustav Böhm, Adjutant im preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. u. bearbeitet von Heinz Hürten u. Georg Meyer, Stuttgart 1977, S. 149f.

⁶ Die Vorlage des FinMinr. v. 25.4.1919 mit zwei an den RFinMinr. gerichteten Schreiben in: Rep. 120, C V Nr. 28 Bd. 7, Bl. 2–7.

⁷ Vgl. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten, im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Charlottenburg 1919 (Materialien betr. die Friedensverhandlungen Teil VII).

⁸ Vgl. die Anfragen der Abg. v. Krause (Ostpreußen), Langer (Oberhausen) u. Gen. über die Preise für die meisten Lebensmittel v. 25.3.1919 sowie der Abg. Tewes u. Gen. über die Kommunalisierung des gesamten Lebensmittelhandels v. 27.3.1919 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 1, Nr. 124, S. 164 u. Nr. 143, S. 179. Vgl. dazu die Schreiben des HandMinr. an das StMinm. v. 3.5.1919 in: Spezialakten, Bd. 15, Bl. 245, 244.

⁹ Vgl. das Votum des MöA v. 30.4.1919 in: Rep. 84a, Nr. 51026, Bl. 167–167v.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 8. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 66, S. 303–306.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine.

(Aussprache über die alliierten Friedensbedingungen.) — 1. Kurierdienst zwischen Berlin und Versailles. — 2. Teilnahme von Mitgliedern der Preußischen Regierung an Kabinettsitzungen über die Friedensverhandlungen. — 3. Ausarbeitung eines deutschen Gegenentwurfs zu den alliierten Friedensbedingungen unter Zuziehung von preußischen Kommissaren. — 4. Die heutige Tagung des Friedensausschusses. — 5. Proklamationen von Reichs- und Preußischer Regierung an das deutsche Volk. — 6. Rückzug der Truppen aus dem besetzten russischen Gebiet und ihre Verwendung zur Verstärkung des Schutzes gegenüber den Polen. — 7. Enge Beziehungen der Reichsregierung zur Presse. — 8. Verbot öffentlicher Lustbarkeiten. Heine regt die Verhängung des Belagerungszustands über das ganze Reich und Winnig ein Verbot jeder Propaganda gegen die

Verfassung und für politische Streiks an. Die Mitglieder fremder Delegationen in Berlin sollen nur in Zivil auf die Straße gehen, um sich nicht Angriffen der empörten Bevölkerung auszusetzen.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 9. Mai 1919, 11 Uhr.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 67, S. 306–309.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Fischbeck.

1. Glückwünsche für den Reichspräsidenten zu seiner silbernen Hochzeit. — **2.** Unstimmigkeiten innerhalb der deutschen Friedensdelegation. — **3.** Telegramme des Reichsaußenministers. — **4.** Stellungnahme der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung zu den alliierten Friedensbedingungen. Bitte Heines um Erwähnung auch der Rheinlande. — **5.** Die Propagandatätigkeit der Reichsregierung gegen die Friedensbedingungen. — **6.** Reinhardt über die militärischen Bedingungen der Entente.

Nr. 35 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 9. Mai 1919, 18 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 87–89v; MF 1014. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; Rep. 84a, Nr. 1306, Bl. 729–731; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Franke, Dönhoff, F. Busch, Schultz, Kügler, Seelmann, Trendelenburg, Göhre, Nobis; als Kommissare v. Dryander, v. Kameke, J. Bachem.

(1. Mitteilungen des Ministerpräsidenten. Anlässlich der Friedensbedingungen erneut starke Bestrebungen für ein selbständiges Schlesien, in der Hoffnung, daß dann Oberschlesien nicht an Polen abgetreten zu werden brauche. Diesen muß die Regierung entschieden entgegentreten. Die „Pressestelle beim Staatsministerium“ ist ins Leben getreten. Aufhebung des Kleinen Belagerungszustands für die Provinz Westpreußen. Pressegerüchte über einen Konflikt [...] in unserer Friedensdelegation [...] über das Verhalten des Ministers des Auswärtigen [...] bei Entgegennahme der Friedensbedingungen. Mitwirkung von Fischbeck, Südekum und Oeser an einer Denkschrift über den Umfang der Schädigung Deutschlands durch derartige unannehmbarere Friedensbedingungen. Eine Stellungnahme der Preußischen Landesversammlung ist erwünscht, die den Standpunkt aller Parteien zum Ausdruck bringt, daß die Bedingungen weder glatt anzunehmen noch glatt abzulehnen sind. — **2.** Unberechtigte Einschränkungen der persönlichen Freiheit, Preß- und Versammlungsfreiheit durch Reichs- und Staatskommissar Winnig.¹ [B]) — **3.** Gesetzentwurf² betr. Schleswig-Holstein. Die Abstimmung darüber wird

¹ Zum Vortrag Heines im StMinm. u. zu seinem Schreiben an Winnig vgl. Rep. 77, Tit. 856 Nr. 108/2, Bl. 16–17v.

² Die Vorlage des Minr.dI mit dem Gesetzentwurf betr. Sonderbestimmungen auf dem Gebiete der Gemeinde-, Schul- und Kirchenverfassung in: Rep. 77, Tit. 4030, Nr. 25, Bl. 6–6v; ein hs. Aktenvermerk von Heine über kontroverse Auffassungen, Bl. 5v.

vertagt. Berichterstattung über Eisenbahnbauten und Fahrplanverbesserungen sowie Meliorationspläne zur Erfüllung der wirtschaftlichen Wünsche der Schleswig-Holsteiner. [B] — 4. Ausführungsanweisung zu § 13 der Verordnung vom 26.2.19 betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand; vertagt.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 10. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 68, S. 309 f.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Fischbeck.

1. Vorbereitung des deutschen Gegenentwurfs. — 2. Die Erhaltung Oberschlesiens. Hirsch über das Aufleben der Bestrebungen nach einem selbständigen Staat Schlesiens. Schärfste Bekämpfung dieser Bestrebungen durch die Preußische Regierung. — 3. Propagandamaßnahmen der Reichsregierung. — 4. Dank der Bayerischen Regierung für die Hilfe der Reichstruppen zur Wiederherstellung der Ordnung. — 5. Deputationen mit Wünschen zu den Friedensverhandlungen. — 6. Besprechung mit General v. d. Goltz.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 11. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 69, S. 310–313.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Fischbeck.

1. Bericht des Chefredakteurs des „Vorwärts“ Stampfer über Versailles. — 2. Besprechung mit General v. d. Goltz. — 3. Räumung der besetzten russischen Gebiete. — 4. Telegramme des Reichsaußenministers aus Versailles. — 5. Verhältnis zu Präsident Wilson und Verhalten der Reichsregierung zur Friedensdelegation. — 6. Volksabstimmung in den Ostprovinzen. — 7. Beschleunigter Verkauf der Heeresbestände in den abzutretenden Gebieten. — 8. Verrufserklärungen gegen Freiwilligenverbände.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 12. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 70, S. 314 f.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck.

1. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung. — 2. Darlegungen der Friedensbedingungen in der Presse. — 3. Die Haltung der „Vossischen Zeitung“ zur Koalitionsregierung und der Einfluß der USPD auf die auswärtigen Journalisten. — 4. Die Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann vor der Nationalversammlung zu den Friedensbedingungen.

Nr. 36 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 13. Mai 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 90–91v; MF 1014. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 22–24; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 44, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U], v. Dryander [zu 4], v. Kameke [zu 5].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, O. Meyer, W. Busch, Wildermann, Göhre; als Kommissare v. Dryander [zu 4], v. Kameke [zu 5], Kübler, Seelmann, Schultz, Trendelenburg [alle zu 4].

(1. Übersiedelung deutscher Kriegsgewinnler in die nordschleswigschen Kreise. Staatskommissar Köster² fordert sofortige Maßnahmen dagegen. — 2. Die Stimmung in Schleswig, besonders im bedrohten Flensburg, erfordert einen baldigen Ministerbesuch. [B] — 3. Kundgebung³ an die Beamten und Lehrer der von der Abtretung bedrohten Landesteilen, die dazu ermahnen soll, auf ihren Posten auszuharren und damit der übrigen Bevölkerung mit gutem Beispiel voranzugehen. [B]) — 4. Entwurf⁴ eines Vergleichs für die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone. Braun⁵ ist gegen einen Vertragsabschluß aus politischen Gründen und für Respektierung der Zuständigkeit der Landesversammlung. Auftrag an die Auseinandersetzungskommission, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten und dem Staatsministerium nach Friedensschluß⁶ vorzulegen. [B] — 5. Einrichtung einer einheitlichen Zentralverwaltungsstelle in Preußen für den Kampf gegen die bolschewistische Gefahr.⁷ [B] — 6. Ernennung von Oberpräsidenten: H. Kürbis-Schleswig-Holstein, B. Schnackenburg-Westpreußen⁸, B. Würmeling-Westfalen. Die Frage der Ernennung eines zweiten, dem Zentrum angehörenden, parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern. [B] — (7. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁹ betr. Sonderbestimmungen auf dem Gebiete der Gemeinde-, Schul- u. Kirchenverfassung in der Provinz Schleswig-Holstein bei Übereinstimmung mit der SPD-Fraktion der Landesversammlung. [B] — 8. Ablehnung der Bitte Kösters um 100 Millionen Mark für die Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Wohlfahrt der Provinz Schleswig-Holstein. [B] — 9. Beihilfe zur Pension für den parlamentarischen Unterstaatssekretär W. Busch. [B])

¹ Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 88–93.

² Sein Telegramm v. 13.5.1919 in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 46, Bl. 36v; vgl. auch Köster, Der Kampf um Schleswig, S. 49 u. 113–119.

³ Rep. 90, Nr. 2434, Bl. 258, der hs. Entwurf, Bl. 257.

⁴ Rep. 90, Nr. 233, Bl. 336–349, der Bericht der interministeriellen Komm. v. 6.5.1919, Bl. 327–335. Zur Diskussion im einzelnen vgl. das Wortprot. Südekum (Anm. 1), S. 88–93; vgl. auch Jung, Volksgesetzgebung, T. 1, S. 460.

⁵ Dazu Braun in seinem Memoiren-Manuskript: Damit hatte ich die Angelegenheit, die kurzerhand durch einen Vergleich mit dem Königshaus zu regeln versucht wurde, aus der Kabinettsphäre in die Parlamentssphäre geschoben, wo sie mehr dem Licht der Öffentlichkeit ausgesetzt war, in: VI. HA, NL Braun, A Nr. 68, S. 342 f.

⁶ Nach Friedensschluß auf Bitte Brauns v. 5.6.1919 nachträglich in das Prot. eingefügt, vgl. dazu Bl. 115–116v.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI v. 10.5.1919 mit einem bereits formulierten Organisationsplan in: Rep. 120, A I I Nr. 5 Bd. 4, Bl. 349–349v. Die zentrale Problemstellung des Minr.: Der Kampf gegen die bolschewistische Gefahr entbehrt in Preußen dadurch der notwendigen Energie, daß er nicht von einer einheitlichen Zentralverwaltungsstelle aus geführt wird.

⁸ Der Antrag des Minr.dI v. 13.5.1919 in: Rep. 77, Tit. 4045 Nr. 1a Bd. 2, Bl. 23–23v.

⁹ Vgl. Sitzung am 9.5.1919, Anm. 1.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 14. Mai 1919, 11 und 17 Uhr.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 72, S. 320–324.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck.

1. Leitung der Propagandastelle der Reichsregierung. — **2.** Propagandatätigkeit des Auswärtigen Amts. — **3.** Eine Falschmeldung der „Freiheit“ über einen Plan beim Generalstabschef zur Volkerhebung. — **4.** Einrichtung einer Zentralstelle für den Polizeidienst für Preußen im Ministerium des Innern. — **5.** Eine Note der deutschen Friedensdelegation über die Einkleidung der Kriegsgefangenen auf deutsche Kosten. — **6.** Verbindlichkeiten des Reichs aus dem Krieg. — **7.** Bericht von Landsberg und Giesberts aus Versailles. — **8.** Drei Noten der deutschen Friedensdelegation, darunter über die Kriegsschuldfrage. — **9.** Zugeständnisse an die Entente. — **10.** Vorlage des einleitenden Kapitels der deutschen Gegenvorschläge. — **11.** Gelder für die Propagandatätigkeit in Ostpreußen.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 15. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 74, S. 331 f.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Meister, Krahrner-Möllenberg.

1. Kriegsschuldfrage in Versailles. — **2.** Entwurf einer Note über die Missionen. — **3.** Antwortnote Clémenceaus über die Arbeiterfragen. — **4.** Abstimmungen in den Ostprovinzen.¹

¹ Vgl. eine undatierte Aufzeichnung zum preuß. Widerspruch in der Abstimmungsfrage, dem Schreiben des Minr.dI v. 22.5.1919 an die StReg. beigefügt, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1795; vgl. auch Das Kabinett Scheidemann, Nr. 76, S. 337, Anm. 5.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 16. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 75, S. 333–335.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck, Südekum.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Meister, Krahrner-Möllenberg.

1. Abtretung der Saarkohlengruben. — **2.** Zahlung für alliierte Lebensmittellieferungen. — **3.** Einwendungen von Hirsch gegen eine amtliche Karte über die Verteilung der polnischen Bevölkerung. — **4.** Deutsche Gegenvorschläge über die Entschädigungsfragen. — **5.** Einladung des Friedensausschusses zu vertraulichen Mitteilungen über den Inhalt der Gegenvorschläge. — **6.** Separatismus in der Pfalz. — **7.** Befürchtete Unruhen in Berlin vor der Entscheidung über die Friedensverhandlungen. — **8.** Beschränkung des Fremdenverkehrs. — **9.** Kein Abtransport von Heeresgut aus Nordschleswig.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Handelsminister am 19. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 78, S. 345–347.

Anwesend: für Preußen Fischbeck.

1. Verhältnis zwischen dem Reichskabinett und der Friedensdelegation. — **2.** Ein Interview des sächsischen Ministers Schwarz über die Notwendigkeit, die Friedensbedingungen zu unterschreiben. — **3.** Der Entwurf der deutschen Gegenvorschläge (Fortsetzung). — **4.** Übergabe der deutschen Gegenvorschläge an amerikanische Journalisten. — **5.** Noten der deutschen Friedensdelegation.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Handelsminister am 20. Mai 1919, 11 und 18 Uhr.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 80, S. 353–358.

Anwesend: für Preußen Fischbeck.

1. Ablehnung der Beförderung der deutschen Gegenvorschläge nach Versailles durch die französische Regierung. — **2.** Erweiterung der deutschen Zugeständnisse an die Entente. — **3.** Reise von Entente-Journalisten nach Oberschlesien und Westpreußen. — **4.** Befreiung des im Liebknecht-Prozeß verurteilten Oberleutnants Vogel aus dem Gefängnis. — **5.** Bethmann Hollweg zur Auslieferung des Kaisers. — **6.** Tarifverträge mit Staatsarbeitern. — **7.** Einrichtung einer Propaganda-stelle für die besetzten Gebiete. — **8.** Zugeständnisse auf militärischem Gebiet.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Handelsminister am 21. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 81, S. 359–361.

Anwesend: für Preußen Fischbeck.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Krahrmer-Möllenberg.

1. Note des Reichsaußenministers Brockdorff-Rantzau an Clémenceau. — **2.** Staatsgerichtshof und die Behandlung der Kriegsschuldfrage. — **3.** Sofortige Veröffentlichung der Dokumente über die Vorgeschichte des Waffenstillstands, um den Angriffen der Rechtspresse gegen die Umsturz-bewegung als Ursache des Zusammenbruchs entgegenzutreten]. — **4.** Gesetzentwurf über die Gründung eines Reichsausschusses für das Papierfach. — **5.** Vereinbarung einer Waffenruhe mit den Russen im Baltikum.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Handelsminister am 22. Mai 1919.

Druck: *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 82, S. 362–364.

Anwesend: für Preußen Fischbeck.¹

1. *Telegramme des Reichsaußenministers.* — 2. *Mitteilungen der deutschen Friedensdelegation.* — 3. *Die Preußische Regierung erklärt sich gegen eine Volksabstimmung in den Ostprovinzen.*² — 4. *Geldmittel der Reichsregierung für die Propaganda in Oberschlesien.* — 5. *Demonstrationsverbot in Berlin.* — 6. *Lage in Bayern. Die Reichstruppen werden vorläufig nicht aus Bayern zurückgezogen.* — 7. *Diktatorischer Wirtschaftsausschuß.*

¹ Vgl. die Einladung v. 21.5.1919 mit der TO: Fortsetzung der heutigen Besprechung über die Friedensfragen, in: *Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.*

² Vgl. dazu den Vermerk Krahmer-Möllenberg v. 22.5.1919 in: *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 83, S. 365–367.

Nr. 37 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministersaal) am 23. Mai 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 92–94v; MF 1014. — Abschriften: *GStAPK*, I. HA, *Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.*; VI. HA, *NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Noske [RWeMinr.], Heinemann, O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Freund, Albert [UStS RK], Scheidt, Leese, Kley, Göhre, Nobis, v. Prittwitz [RK], v. Hagenow [RFinMinm.]; als Kommissare v. Dryander, v. Kameke, Bachem.

1. Maßnahmen für die vom Einmarsch des Feindes bedrohten Gebiete.² Der Erlaß einer öffentlichen Kundgebung zum Verhalten der Behörden bei einem etwaigen Einmarsch des Feindes wird für gefährlich gehalten. Beratungen [...] mit der Reichsregierung³, um ein planmäßiges, einheitliches Handeln zu vereinbaren. [B] — 2. Schaffung einer Fürsorgestelle für Ausgewiesene aus den besetzten westlichen Gebieten. [B] — (3. *Finanzielle Mittel für eine durchgreifende Aufklärungsarbeit zu Gunsten des Deutschtums in den Abstimmungsbezirken.*⁴ *Unterbreitung einer Vorlage an die Landesversammlung. Beteiligung des Reichs an den Kosten erwünscht.* [B] — 4. *Ausdehnung der Zuständigkeiten der Kommissare Winnig und Hörsing.*⁵ [B] — 5. Bürgerrat von Bromberg und Vororten sowie Vorbereitender Ausschuß zur Gründung von Volkswehren im Netzedistrikt drahten nach Regierungshilfe. [B]) —

¹ Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: *BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 96–105.*

² Die Vorlage des MöA v. 18.5.1919 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. zu seinem Schreiben das Votum des JMinr. v. 23.5.1919 in: *Rep. 90, Nr. 2434, Bl. 456.*

³ Vgl. Sitzung des RKab. am 28.5.1919 in: *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 89, S. 386 f., bes. auch Anm. 3.

⁴ Der Antrag des Minr.dI (i. A. Meister) v. 21.5.1919 in: *Rep. 151, I A Nr. 7309, n.f.*

⁵ Die Zustimmung des RMinr.dI v. 2.6.1919 für Winnig in: *Rep. 77, Tit. 856 Nr. 108/2, Bl. 25*; vgl. zur Tätigkeit Winnigs als Reichs- u. StKom. für Ostpreußen Klatt, Rudolf, *Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920, Heidelberg 1958, S. 59 ff.* – Die erweiterte Vollmacht für Hörsing in: *Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 25, Bl. 333v*; zu Hörsing vgl. auch *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 102, S. 425 f. u. Anm. 10.

6. Finanzierung der Arbeiter- und Bauernräte.⁶ *Nochmalige Besprechung darüber. Einigung über Richtlinien für das Verhalten gegenüber dem Groß-Berliner Vollzugsrat und den kommunalen Arbeiter- und Soldatenräten.* [B] — (7. *Nichtanerkennung des Bergarbeiterrats beim Oberbergamt Halle und der Arbeiterräte bei Handels- und Handwerkskammern. Keine Übertragung von behördlichen Funktionen an den Groß-Berliner Vollzugsrat, wie dies der Reichsernährungsminister bei der Bekämpfung des Schleichhandels handhabt.* [B] — 8. *Ernenennung von W. Linz⁷ [...] zum parlamentarischen Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und von G. Bodenstein⁸ zum Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten.* [B] — 9. *Bestätigung des Belagerungszustands⁹ über Iserlohn (Stadt und Land), Sensburg und Beeck.* [B] — 10. *Frauen- und Gemeindewahlrecht. Sofortige Vorlage eines Gesetzentwurfs¹⁰ durch den Minister des Innern, der den Frauen das passive Wahlrecht zu den Magistraten [...] gewährt und das Staatsministerium ermächtigt, die Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts auf alle Gebiete Preußens auszudehnen. Ist schnell der Landesversammlung vorzulegen.* [B] — 11. *Rechtspflege. Bei der [...] Beratung eines Antrages¹¹ des Abgeordneten B. Ablaß [...] im Staatenausschuß, die Zuständigkeit für die gesamte Rechtspflege auf das Reich zu übertragen, ist die Preußische Stimme in ablehnendem Sinne abzugeben.* [B] — 12. *Vorläufige Unterbringung des Ministeriums für Volkswohlfahrt¹² im ehemaligen Herrenhausgebäude.* [B] — 13. *Verhandlungen von Minister Oeser mit den Organisationen der Eisenbahnarbeiter über die Schaffung von Arbeitervertretungen bei der Eisenbahnverwaltung.¹³ Keine Anerkennung der Arbeiterräte.* [B] — 14. *Schnelle Ausarbeitung einer Gegenkundgebung¹⁴ zum Aufruf des Obersten polnischen Volksrats „Deutsche Mitbürger“.* [B]

⁶ Vgl. dazu das Schreiben des Zentralrats (Cohen) an das StMinm. v. 29.4.1919 mit zwei Anträgen des Rätekongresses in: Rep. 197A, Gen. I h Nr. 54, Bl. 47–48.

⁷ Vgl. Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 31.

⁸ Vgl. Rep. 90, Nr. 915, n.f.

⁹ War durch die jeweiligen Militärbefehlshaber provisorisch erklärt worden, vgl. die Auflistung in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 754, S. 1129 u. 1131.

¹⁰ Vgl. den Entwurf eines Gesetzes über das Bürger- u. Gemeinderecht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen, der LV übersandt am 5.6.1919, in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 434, S. 600 f. Vgl. das Gesetz v. 15.7.1919, GS, S. 113.

¹¹ Vgl. zur ablehnenden Haltung von JMinr. am Zehnhoff u. UStS Heinemann Rep. 90, Nr. 302, Bl. 171–172v; vgl. auch das Schreiben des FinMinr. v. 30.5.1919, der die im Schreiben des JMinr. v. 22.5.1919 erhobenen Bedenken teilte, Bl. 286; vgl. weiterhin das Schreiben des WissMinr. v. 23.6.1919, ebd., Nr. 303, n.f., dazu der Vermerk von Nobis: Antrag inzwischen schon abgelehnt.

¹² Die Vorlage u. die Denkschrift des WohlMinm. (i. V. Scheidt) v. 17.5.1919 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 77, Bl. 74–78. Zum Wunsch des FinMinr. nach Ergänzung des TOP vgl. ebd. Bl. 113–113v u. 128–130v.

¹³ Vgl. das Schreiben des MöA an das StMinm. v. 21.5.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 2, n.f.; hier auch das Votum des Minr.dI (i. A. Meister) v. 28.5.1919 zum Schreiben Oesers.

¹⁴ Der Antrag des Minr.dI v. 19.5.1919 in: Rep. 90, Nr. 2231, Bl. 98–98v; der Aufruf des Poln. Volksrats, Bl. 98. Der Entwurf der Gegenkundgebung für WTB, Bl. 109–109v, auch veröffentl. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 119 v. 26.5.1919.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 24. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 85, S. 370–373.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Fischbeck.

1. *Beratungen des Kabinetts mit der Friedensdelegation in Spa.* — 2. *Verbreitung der deutschen Gegenvorschläge.* — 3. *Veröffentlichung von Dokumentationen.* — 4. *Dokumente über die Vorgeschichte des Waffenstillstands.* — 5. *Diktatorischer Wirtschaftsausschuß.* — 6. *Reichsausschuß für*

das Papierfach. — 7. Veröffentlichung der Denkschrift des Reichswirtschaftsministers über die Annahme eines Wirtschaftsprogramms in der „Vossischen Zeitung“. — 8. Ein Zuschuß für die Schwerkriegsbeschädigten aus den Spandauer Militärwerkstätten. — 9. Einberufung des Friedensausschusses der Nationalversammlung. — 10. Geschäftliche Behandlung der Kabinettsbeschlüsse.

Nr. 38 Separierte Sitzung der Staatsminister im Gebäude der Landesversammlung (Ministersaal) am 27. Mai 1919, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 97; MF 1014. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 32; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: [Hirsch, V, Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald]. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: [Göhre].

Antrag des parlamentarischen Unterstaatssekretärs H. Gräf auf Pensionsberechtigung. [B]

Nr. 39 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministersaal) am 27. Mai 1919, 16.30 Uhr.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 95–96v; MF 1014.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, C.H. Becker, Helfritz, Göhre; als Kommissare J. Bachem, v. Kameke.

1. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹ betr. Erweiterung der Befugnisse des Westpreussischen Provinzialausschusses. [B] — 2. Gründung einer Universität in Köln.² Einverständnis mit dem Vertragsentwurf³ zwischen dem Preussischen Staat und der Stadt Köln. — Noch keine Beschlußfassung über die Verleihung des Promotionsrechts an die landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf. Ernennung von Norrenberg zum Kurator der Universität Bonn. [B] — (3. Loslösungsbestrebungen im Rheinland. Richtlinien für die Beantwortung derartiger Anfragen⁴ in der Landesversammlung: Schärfste Verurteilung des Verhaltens derjenigen Männer, die mit dem Feinde über die Bildung einer besonderen rheinischen Republik [...] verhandelt haben. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Staatsregierung und der rheinischen

¹ *Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 380, S. 555; der LV übersandt am 28.5.1919. Vgl. das Gesetz v. 4.6.1919, GS, S. 97.*

² *Vgl. Sitzung am 4.1.1919, TOP 1 u. Anm. 3–4.*

³ *Der Vertrag u. die Satzung in: Rep. 76, Nr. 867, n.f.*

⁴ *Vgl. die dringenden Anfragen der Abg. Gräf (Frankfurt), Friedberg u. Gen., der Abg. Deerberg, Kalle, Klingemann, Langer (Oberhausen), Linz (Barmen), Moldenhauer u. Gen. sowie der Abg. A. Hoffmann u. Gen., alle v. 27.5.1919, in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 369, 370 u. 372, S. 516 f.*

Bevölkerung *ist* weiter zu stärken.⁵ [B]) — **4.** *Die von dem Reichsjustizminister erwogene Gesetzesvorlage betr. Sicherung des Gebrauchs der Muttersprache in der Rechtspflege für die fremdstämmigen Bevölkerungsteile in gemischtsprachigen Landesteilen. Ein Einspruch wird angekündigt.* [B] — **5.** *Kapitalflucht. Maßnahmen gegen die Abwanderung des Kapitals⁶ nach Nordschleswig und den anderen von der Abtretung bedrohten Grenzgebieten.* [B] — **(6.** *Telegramme aus der Ostmark über die Religionsausübung als Mittel polnischer Agitatoren.* [B]) — **7.** *Finanzierung von Notstandsarbeiten im Bereich der Staatsdomänenverwaltung. Landwirtschaftsminister Braun zieht seinen Antrag⁷ infolge Ablehnung durch Südekum zurück.* — **(8.** *Eisenbahn-Freifahrtkarten für Mitglieder des Zentralrats.* [B])

⁵ Vgl. auch Klein, Peter, *Separatisten an Rhein und Ruhr. Die kontrerevolutionäre separatistische Bewegung der deutschen Bourgeoisie in der Rheinprovinz und in Westfalen November 1918 bis Juli 1919*, Berlin 1961, S. 136, mit Bezug auf den TOP, und Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1879*, Bd. 5, S. 1142.

⁶ *Die Runderlasse des FinMinr. v. 19.5. u. 6.6.1919 an die Vors. der Einkommensteuer-Berufungskommissionen in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 46, Bl. 36 u. 40; zur Sitzung vgl. die hs. Aufzeichnung von Heine, Bl. 37. Vgl. auch Köster, Der Kampf um Schleswig, S. 113 ff. u. 141 sowie die WTB-Meldung v. 5.6.1919 in: Rep. 120, CB I Nr. 26 Bd. 3, n. f.*

⁷ *Seine Anträge v. 19.3. u. 29.4.1919 in: Rep. 90, Nr. 1149, Bl. 13–16 u. 23–24v; Südekums Stellungnahmen v. 7. u. 19.4.1919, Bl. 17–21. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 3424, Bl. 321–324.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 31. Mai 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 94, S. 402–407.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine.¹

1. *Anfrage in der Preußischen Landesversammlung nach Vorlage des Wortlauts der deutschen Gegenvorschläge.* — **2.** *Landsberg und Giesberts über den Abschluß der Arbeiten an den deutschen Gegenvorschlägen. Ein Memorandum über die Kriegsschuldfrage.* — **3.** *Herbeiführung einer Intervention der neutralen Staaten im Interesse erträglicher Friedensbedingungen.* — **4.** *Folgen einer Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge.* — **5.** *Keine Noten der deutschen Friedensdelegation ohne die Zustimmung des Reichskabinetts.* — **6.** *Flucht des Oberleutnants Vogel.* — **7.** *Zusammenstellung linksradikaler Terrorakte.* — **8.** *Lage in Braunschweig.* — **9.** *Ablehnung der Akteneinsicht durch Abgeordnete.* — **10.** *Verordnung über Versicherung der Besatzung von Seefahrzeugen.*

¹ Vgl. die Einladung v. 30.5.1919 zur Sitzung des RMinm. in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n. f.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 2. Juni 1919, 11 Uhr.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 97, S. 412–414.

Anwesend: für Preußen Heine, Fischbeck.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. *Verhalten von Behörden und Bevölkerung bei weiterer feindlicher Besetzungen deutschen Gebiets.* — **2.** *Zurückziehung der Entente-Kriegsschiffe auf der Elbe.* — **3.** *Bestrebungen zur*

¹ Vgl. die Einladung v. 1.6.1919 zur Sitzung des RMinm. (ohne TO) in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n. f.

Gründung einer Rheinischen Republik. Verhandlung mit rheinischen Abgeordneten im Preußischen Staatsministerium. — 4. Rundfrage der Obersten Heeresleitung über die Fortsetzung des Krieges. — 5. Beschwerde v. Seeckts über die weitgehenden militärischen Zugeständnisse in den deutschen Gegenvorschlägen. — 6. Material über die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen. — 7. Neubesetzung der Stelle des Unterstaatssekretärs im Preußischen Kriegsministerium. — 8. Protest gegen die Förderung hochverräterischer Umtriebe im Rheinland und in der Pfalz durch französische Offiziere. — 9. Propagandistische Bekämpfung des Separatismus.

Nr. 40 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministersaal) am 2. Juni 1919, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 98–100; MF 1014. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freund, Göhre, Nobis, Schumacher; als Kommissare v. Kameke, J. Bachem.

1. Schleswig-Holsteinsche Verhältnisse. *Behandlung des Gesetzentwurfs über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein in der Landesversammlung wegen der Konsequenzen eines solchen Gesetzes für den ganzen übrigen Staat.¹ Die Frage der Errichtung einer technischen Hochschule in Flensburg. [B] — 2. Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der freien Berufe. Beantwortung der förmlichen Anfrage durch Südekum. [B] — 3. Eisenbahn-Freifahrtkarten für die Minister werden beibehalten. [B] — (4. Referat Heines über die Bestrebungen zur Errichtung einer selbständigen rheinischen Republik. Bestellung eines besonderen [...] Staats- und Reichskommissars für die Rheinlande in Verbindung mit der Reichsregierung und dem Zentrum.² Zustimmung zur Ernennung von Regierungspräsidenten: Brugger-Köln, Fuchs-Trier und Momm-Düsseldorf und zwei Versetzungen in den vorläufigen Ruhestand. [B] — 5. Streik der Kölner Eisenbahnarbeiter als Demonstration gegen die Treibereien zur Errichtung einer selbständigen rheinischen Republik. Die Bezahlung des Lohnausfalls soll geprüft werden. [B] — 6. Rettung von rollendem Eisenbahnmateriale in den gefährdeten Gebieten vor dem Zugriff des Feindes im Falle des Einmarsches. — 7. Dem Abschluß von Tarifverträgen³ des Reichsministeriums mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei den Reichs- und Staatsbehörden in Groß-Berlin für die [...] Lohnangestellten niederer Ordnung wird grundsätzlich zugestimmt. [B] — 8. Durchsetzung einer Verstärkung der zulässigen Polizei- und Gendarmeriekräfte Preußens.⁴ Die Reichsregierung wird darum ersucht, da das zukünftige 100 000-Mann-Heer selbst nicht für Preußen allein zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Grenzschutzes ausreicht. [B] — 9. Drei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B])*

¹ *Vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 2, 29. u. 38. Sitzung am 3.6. u. 2.7.1919, Sp. 2186–2188 u. 2875 bis 2878: Beratung des Antrags der Abg. Ruer u. a. v. 31.5.1919 (Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 389, S. 559).*

² *Vgl. Romeyk, Horst, Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914–1945, Düsseldorf 1985, S. 110 bis 115, mit Bezug auf den TOP, S. 111.*

³ *Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 7.6.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 2, n.f.*

⁴ *Vgl. das Schreiben Reinhardts v. 30.5.1919 an den Präs. des StMinm. in: Rep. 90, Nr. 2435, Bl. 233. Der Antrag des Minr.dI an die RReg. (vgl. Randbemerkung zum Prot., Bl. 99v) konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 3. Juni 1919.

Druck: *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 99, S. 417–419.

Anwesend: für Preußen Heine.¹

Denkschrift Erzbergers zum Friedensvertrag. Heine für Unterzeichnung des Vertrages, da jede Kraft des Widerstandes fehlt.

¹ Vgl. die Einladung v. 1.6.1919 zur Sitzung des RMinm. (ohne TO u. persönlich für Minr. Fischbeck) in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.

Nr. 41 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministeraal) am 3. Juni 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 101–102v; MF 1014. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Bauer [R ArbMinr.], R. Schmidt [StKom. für Volksernährung], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Göhre, Nobis; als Kommissare v. Dryander, v. Kameke.

1. Zustimmung zu einer angemessenen Erhöhung der Schlachtviehpreise.² [B] — (2. Ernennung dem Zentrum genehmer höherer Regierungsbeamter in der Rheinprovinz; wird noch ausgesetzt, um erst alle einschlägigen Fragen mit den Mehrheitsparteien zu besprechen. [B] — 3. Eröffnungsfeier der neuerrichteten Universität Köln. Keine Teilnahme von Mitgliedern des Preußischen Staatsministeriums, da die nationale Würde ein Ersuchen um Einreiseerlaubnis bei den feindlichen Besatzungsbehörden [...] verbietet. [B] — 4. Ernennung. [B]) — 5. Gesetzliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung gemeinnütziger Betriebe und Strafbestimmungen gegen Aufhetzer; ausgesetzt, bis ein Gesetzentwurf vorliegt. [B] — (6. Keine Zahlung von Streikgeldern für Eisenbahner im besetzten Gebiet, die gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik gestreikt haben. Den Gewerkschaften aber ist für gezahlte Streikunterstützungen Hilfe zu leisten. [B] — 7. Bericht über die Versuche, eine selbständige rheinische Republik auszurufen. — 8. Eine besondere Förderung der durch die künftige Grenzlinie geschädigten Teile der Provinz Schleswig-Holstein wird in Aussicht gestellt. [B]) — 9. Erlaß von Bestimmungen über die Bildung von Beamtenbeiräten; wird bis zur Verabschiedung der Reichs- und der preußischen Verfassung vertagt. — 10. Aushändigung von Material über die bestehenden Beamtenvereine. [B] — 11. Die Beförderung der vortragenden Räte zu Geheimen Oberregierungsräten ist schon vor der bevorstehenden Regelung der Titelfragen zulässig. [B] — 12. Bei Auflösung eines Familienfideikommisses ist die Fortführung des Adelstitels³ erlaubt. [B] — (13. Kontroverse mit dem Büro beim

¹ Das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 108.

² Vgl. das Schreiben des RMinm. an das preuß. StMinm. v. 24.5.1919 u. die Antwort (Brieftelegr.) des Präs. des StMinm. (i. V. Nobis) v. 7.6.1919 in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 5, n.f.

³ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. v. 10.6.1919 an das Heroldsamt in: Rep. 84a, Nr. 50087, Bl. 276; auch in: Rep. 176, VI Gen. Nr. 2 Bd. 3, Bl. 195.

Reichspräsidenten über das Schreiben seines Direktors F. Krüger⁴ über die Behandlung der Begnadigungsgesuche. [B] — **14. Die Nichtanerkennung des Bezirksbergarbeiterrats beim Oberbergamte in Halle wird bekräftigt, denn bei keiner anderen technischen Behörde besteht ein solcher „Rat“.** [B])

⁴ Vom 3.5.1919 in: *Rep.* 84a, Nr. 8163, Bl. 59c–59cv; vgl. den hs. Vermerk von MinDir. Nobis v. 6.5.1919: Was geht denn das das Büro des Reichspräsidenten an? Wie solche Gesuche behandelt werden, ist doch eine interne Angelegenheit des Bundesstaats Preußen. Solche schulmeisterlichen Ratschläge des Büros bzw. seines Direktors häufen sich in letzter Zeit..., Bl. 59cv.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 4. Juni 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 100, S. 419 f.

*Anwesend: für Preußen Heine, Reinhardt, Hirsch.*¹

Unterzeichnung des Friedensvertrags.

¹ Vgl. die Einladung v. 3.6.1919 zur Sitzung des RMinm. (ohne TO u. persönlich für Minr. Fischbeck) in: *Rep.* 120, CB I Nr. 2, n.f.

Nr. 42 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministeraal) am 4. Juni 1919.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 103–104; MF 1014. — *Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 46, n.f.*

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Göhre, Nobis; als Kommissare Rein, v. Kameke, J. Bachem.

(**1.** Die Art. 15 und 21 des Entwurfes der Reichsverfassung. Der Auffassung Heines² wird beigepflichtet, daß der Beschluß des 8. Ausschusses der Deutschen Nationalversammlung³ zu diesen Artikeln für unannehmbar erklärt werden muß. Für die Neubildung von Ländern oder die Änderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung sind die erschwerten Formen der Gesetzgebung gefordert, die für Verfassungsänderungen vorgeschrieben. [B]) — **2.** Personalfragen in der Rheinprovinz. *Ergebnislose* Verhandlungen der Vertreter der 3 Mehrheitsparteien; v. Starck für das Amt des Reichs- und Staatskommissars für die Rheinprovinz *vorgesehen*. [B] — **(3.** *Verlegung der Versammlung rheinischer Persön-*

¹ Dazu Vermerk Valentiners v. 7.6.1919: Streng geheim!, Bl. 103.

² Sein Schreiben (Vorlage) an die StReg. v. 31.5.1919 u. der Entwurf der Schreiben der preuß. StReg. an den RMinPräs. u. den RMinr.dI, in: *Rep.* 90, Nr. 302, Bl. 236 u. 238–239; das Schreiben des preuß. MinPräs. an den RMinPräs. v. 4.6.1919 in: *Das Kabinett Scheidemann, Nr. 101, S. 421 f.*

³ Vgl. VI. *Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung, 8. Ausschuß. Zusammenstellung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs – Nr. 59 der Drucksachen – mit den Beschlüssen des 8. Ausschusses, Art. 15, S. 5, Art. 21, S. 7 (24.5.1919).* Der Beschluß auch in: *Rep.* 90, Nr. 302, Bl. 175–187, vgl. bes. Bl. 177–178.

lichkeiten mit Staatsministern in Düsseldorf, weil die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen unmittelbar bevorsteht. [B] — 4. Propaganda-stelle gegen die französisch-englischen Machenschaften in den besetzten Gebieten; finanzielle Mittel für die vom Gesandten Naumann ins Leben gerufene Stelle. [B] — 5. Die Erledigung wichtiger Ernennungen; sie soll möglichst nicht durch Umlauf, sondern durch Vorlage in der Sitzung des Staatsministeriums erfolgen. [B] — 6. Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich. Zustimmung zum Entwurf⁴ eines Reichsgesetzes, jedoch für Streichung der Strafbestimmungen bei der Behandlung im Staatenausschusse. [B])

⁴ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 62, S. 1–3; vom Präs. des RMinm. Scheidemann u. RMinr. dl Preuß dem Staatenausschuß übersandt am 11.4.1919. Das Material auch in: Rep. 151, HB Nr. 600, n.f. In den Verhandlungsberichten des Staatenausschusses kein Bezug darauf. Er stimmte am 5.6.1919 dem Entwurf mit Änderungen zu, Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, 28. Sitzung, S. 260. Der Entwurf wurde von Preuß mit Zustimmung des Staatenausschusses der NatVers. am 6.6.1919 vorgelegt. Vgl. zur Behandlung des Regierungsentwurfs, der schließlich gegenstandslos wurde, die Erläuterungen von Lammers, Hans-Heinrich (ORegR im RFinMinm. u. Kom. der RReg. bei den Verhandlungen im Ausschuß u. Plenum des RT), Das Gesetz über den Staatsgerichtshof vom 9. Juli 1921, Berlin 1921, S. 6–10 (Einleitung).

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 6. Juni 1919.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 102, S. 422–427.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Fischbeck.¹

1. Verordnung über die Aufhebung der Kautionspflicht für Reichsbankbeamte. — 2. Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien. — 3. Entwurf einer Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung. — 4. Nachrichten über den Pfälzischen Separatismus. — 5. Zutritt der Nationalversammlung zu den Friedensbedingungen. — 6. Besprechungen mit dem interfraktionellen Ausschuß und dem Friedensausschuß. — 7. Bericht von Minister Bell über seinen Aufenthalt in Versailles. — 8. Verbot der „Deutschen Zeitung“ wegen eines maßlosen Schmähartikels gegen die Reichsregierung. — 9. Pfingstbotschaft der Reichsregierung, um die Einigkeit der Bevölkerung zu stärken. — 10. Antrag Heines auf eine Reichsvollmacht für Staatskommissar Hörising. — 11. Geldknappheit der schlesischen Gemeinden. — 12. Ernennung eines preußischen Staatskommissars für die besetzten und gefährdeten westlichen Gebiete auf Vorschlag Heines. — 13. Eine Broschüre von Oberst Max Bauer. — 14. Annahme des Gesetzentwurfs betr. den Staatsgerichtshof im Staatenausschuß mit Änderungen.

¹ Vgl. die Einladung v. 4.6.1919 zur Sitzung des RMinm. in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 10. Juni 1919, 11 Uhr.

Druck: Das Kabinett Scheidemann, Nr. 105, S. 435–438.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck.¹

1. Lagebeurteilung der deutschen Friedensdelegation. — 2. Deutsche Vorbehalte bei ungenügenden alliierten Zugeständnissen. — 3. Unterstellung Deutschlands unter den Völkerbund. — 4.

¹ Vgl. die Einladung v. 9.6.1919 zur Sitzung des RMinm. in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.

Gesetzentwurf betr. die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts. — 5. Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebiets. — 6. Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung. — 7. Verlängerung des Übergangsgesetzes. — 8. Personalveränderungen im Reichsarbeitsministerium.

Nr. 43 Sitzung der Staatsregierung am 10. Juni 1919, 18 Uhr.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 105–108v; MF 1014. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 47, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Südekum, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: v. Klitzing [U].

Weitere Teilnehmer: W. Peters, O. Meyer, Troeltsch, Wildermann, Göhre, Nobis, Ramm, C.H. Becker, Fleischer; als Kommissare v. Dryander, v. Kameke.

1. Zwangswirtschaft [...] für Gerste.² *Beibehaltung trotz anderer Auffassung des Landwirtschaftsministeriums.* [B] — **(2.** Begnadigung für zwei auf Grund des Sprengstoffgesetzes vom Schwurgericht zum Tode *verurteilte* Bergleute des Ruhrgebiets. [B] — **3.** Protest gegen die Verordnungen der belgischen Besatzungsbehörden, die im besetzten Gebiet preußische und Reichs-Gesetze *nicht zulassen.* [B] — **4.** Protest gegen die Verhaftung von 30 Eisenbahnern durch die französische Besatzungsbehörde in Mainz. [B] — **5.** *Frachtverkehr mit dem Ausland. Aufhebung der Verordnung von 1916 über die Bezahlung von Frachten für Sendungen aus dem Auslande in der Währung des ausländischen Staates.*³ [B] — *<Die Besitzverhältnisse der Marineschule Mürwick-Flensburg. – Nutzung der bisherigen Königlichen Schlösser zu militärischen Einquartierungen und von Räumen des ehemaligen Herrenhauses durch den Zentralrat.>* — **6.** *Finanzielle Unterstützung und anderweite Unterbringung der aus der Abstimmungszone Schlesiens ausgewiesenen Arbeiterräte.*⁴ [B] — **7.** *Bisherige Entschädigungen an den Beigeordneten, den Abgeordneten Fischer*⁵ in Hannover. — **8.** Antrag des Bundes der Oberschlesier auf *finanzielle Mittel* zur Beeinflussung der Stimmung in der Abstimmungszone. *Wird abgelehnt, da dieser im Unterschied zur „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ [...] separatistische Bestrebungen verfolgt.* [B] — **9.** *Zwölf Ernennungen, darunter von A. Scheidt zum Unterstaatssekretär im Volkswohlfahrtsministerium.* [B] — **(10.** *Der kommissarischen Besetzung der Stelle [...] eines Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium wird zugestimmt.* [B] — **11.** Ausübung des Gnadenrechts bei militärischen Disziplinarbestrafungen⁶ *durch den Kriegsminister.* [B] — **(12.** Die Todesstrafe [...] in der künftigen Reichsverfassung. Ein besonderes Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe *wird für erforder-*

¹ *Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 109–112.*

² *Vgl. das Schreiben Brauns an das StMinm. v. 6.6.1919 in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 7, n.f.*

³ *Vgl. die Anträge des MöA v. 1. u. 10.6.1919 mit dem Entwurf einer Bekanntmachung u. Begründung in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 12 Bd. 1, n.f.; vom StMinm. (i. V. Göhre) am 12.6.1919 dem Präs. RMinm. übersandt. Vgl. die Bekanntmachungen betr. den Nachnahme- u. Frachtverkehr mit dem Ausland v. 16.3.1916, RGBl. I, S. 171, über den Frachtverkehr mit dem Ausland v. 10.7.1919 u. über Aufhebung der VO betr. den Nachnahme- u. Frachtverkehr mit dem Ausland v. 23.7.1919, RGBl. II, S. 638 u. 1539.*

⁴ *Der Antrag von StKom. Köster v. 31.5.1919 in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 19 Beiheft I, n.f.*

⁵ *Die Vorlage des FinMinr. v. 2.6.1919 in: Rep. 90a, D I I Nr. 16, Bl. 18–18v; das Schreiben Fischers (Beauftragter der Arbeiter- u. Soldaten-Räte, Zentralrat für den Bereich des X. AK bei der Reg.) an das FinMinm. v. 28.4.1919, Bl. 19.*

⁶ *Die Vorlage des KrMinr. v. 20.5.1919 mit dem VO-Entwurf betr. Übertragung des Begnadigungsrechts in militärischen Disziplinarangelegenheiten in: Rep. 87, B Nr. 16405, n.f.*

lich gehalten. [B] — **13.** Beschlagnahme von Waffen aus Rußland. [B] — **14.** Separationsbestrebungen des Abgeordneten Struve⁷ in der Provinz Schleswig-Holstein. — **15.** Verhängung des Belagerungszustands⁸ über Lennep und Remscheid. [B] — **16.** Ersuchen der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“, daß die Regierung auf eine stärkere nationale Betätigung der Beamten einwirkt.⁹ [B] — **17.** Übernahme von Reichsbeamten in den Preuß. Staatsdienst infolge Friedenschluß. Grundsätzlich nur, wenn sie Preußische Staatsangehörige sind. [B])

⁷ Zu seiner Persönlichkeit vgl. die hs. Notiz auf dem Auszug des Sitzungsprot. v. 20.6.1919 in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 25, Bl. 223.

⁸ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 754, S. 1131.

⁹ Die Eingabe der Vereinigung v. 5.5.1919 u. die Stellungnahme des Minr.dI (i. A. Meister) v. 21.5.1919 dazu in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 89–93 u. 101–102; vgl. auch ebd., Nr. 23, Bl. 6.

Nr. 44 Sitzung der Staatsregierung in Weimar (Landgericht) am 17. Juni 1919, 10 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 109–109v; MF 1014. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidemann [Präs. RMinm.], Bauer, Noske, Gothein [alle RMinr.], Nobis.

1. Ernennung des Regierungspräsidenten v. Starck¹ in Köln zum Reichs- und Staatskommissar für die besetzten linksrheinischen Gebiete. [B] — **2.** Bericht Oesers über den Fortgang der Eisenbahnerbewegung und die Vorgänge im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt.² Militärisches Eingreifen unter Maercker³, um in Erfurt die ihrer Ämter enthobenen rechtmäßigen Beamten wieder einzusetzen. <Erklärung des Belagerungszustands.> Verhandlungen mit den Erfurter Beamtenorganisationen über [...] Reformen im Eisenbahnwesen, Strafverfahren [...] gegen die Rädelsführer und Proklamation⁴ an die Eisenbahner des Bezirks Erfurt. [B]

¹ Vgl. Romeyk, Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz, S. 110–115, mit Bezug auf den TOP, S. 111.

² Die Vorlage des MöA v. 13.6.1919 in: Rep. 90, Nr. 808, n.f. Vgl. zu den Streiks im Eisenbahnbetrieb die Ausführungen Oesers am 27.6.1919 im Parlament, Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, 36. Sitzung, Sp. 2763–2768; vgl. zur Eisenbahnerbewegung im Bezirk der Eisenbahndirektion Erfurt, Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen Nr. 46 v. 25.6.1919, S. 485 f. u. zu den Vorgängen am 15.6.1919 in Erfurt die Mitteilungen von MinDir. u. RegVertr. Leese am 1.7.1919 in der LV, Sitzungsberichte, Bd. 3, 37. Sitzung, Sp. 2793.

³ Vgl. Maercker, Georg, Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landesjägerkorps, 3. Aufl., Leipzig 1922, S. 274–281.

⁴ Der Wortlaut des Aufrufs von Reichs- u. preuß. Reg. v. 18.6.1919 in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 135 v. 19.6.1919. Ein Auszug in: Wippermann, Deutscher Geschichtskalender, Erg.-Bd.: Die deutsche Revolution, Bd. 2, S. 356 f.

Nr. 45 Sitzung der Staatsregierung in Weimar (Landgericht) am 17. Juni 1919, 18 Uhr.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 110–111; MF 1014. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, Reinhardt, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Heinemann, O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Nobis.

(1. Verhängung des Belagerungszustands über Erfurt und Vollmacht für Oberbaurat Patté [...] zur Wiederherstellung eines geordneten Geschäftsganges im Eisenbahndirektionsbezirk. [B] — 2. Der Ernennung von Grzesinski¹ zum Parl. Unterstaatssekretär beim Kriegsministerium wird zugestimmt. [B]) — 3. Finanzielle Unterstützung von Reisen in die Abstimmungszone Schlesiens.² [B] — Punkt 2 der TO. Änderung des Staatsministerialbeschlusses vom 23. Mai über eine Gesetzesvorlage zur Bereitstellung von Geld für die Aufklärungsarbeit in den Abstimmungszone³; erneut vertagt. — 4. Gesetzentwurf⁴ betr. Kommunalisierung der Charlottenb[urger] Wasserwerke; soll sofort der Landesversammlung vorgelegt werden. [B] — Punkte 4–6 der TO. Forderungen des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes nach Lohnerhöhung, Zahlung einer Entschädigung und Abbau der Lebensmittelpreise. Grundsätze für die Sicherstellung der Beamten in den abzutretenden Gebieten. Anträge des Preußischen Städtetages betr. die Gemeindebeamten in den Abstimmungszone³; erneut vertagt. — 5. Der Zentralrat erklärt sich nicht bereit, die Zimmer im ehemaligen Herrenhaus zu räumen, bei weiterer Weigerung erfolgt Zwangsräumung. [B] — Punkt 8 der TO. Lohnzahlung an Staatsarbeiter für gesetzliche Feiertage³; erneut abgesetzt. — 6. Bestellung eines besonderen Vertreters Preußens für den Staatausschuß⁵ zur besseren Wahrung seiner Stellung. [B] — 7. Zehn Ernennungen. [B] — Punkte 10 und 12 der TO. Entwurf eines Ausführungsgesetzes zur Reichssiedlungsverordnung. Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften³; auf die morgige Sitzung verschoben. — Punkte 13 bis 17 der TO. Zusage an die zu pensionierenden Beamten wegen späterer Bemessung des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenbezüge nach den neuen Besoldungssätzen. Dienstehkommen für vermisste Beamte. Wiedereinführung von Titeln und Weiterverleihung von Kriegsauszeichnungen. Zulassung der Einsichtnahme in die Personalakten. Herabsetzung der Tagegelder für Weimar³; vorläufig abgesetzt.

¹ Sein Schreiben v. 7.6.1919 an RWeMinr. Noske mit den Bedingungen für die Übernahme des Amtes in: Rep. 90, Nr. 904, n.f.; vgl. zu seiner Ernennung zum kommissar. UStS im preuß. KrMinm. im Einvernehmen mit der RReg. u. zu den Grundsätzen der Tätigkeit den Entwurf des Schreibens der StReg. v. 20.6.1919 an das KrMinm., ebd. — Vgl. auch Grzesinski, Albert, *Im Kampf um die Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten*, München 2001, S. 106 ff. u. Albrecht, Thomas, *Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 100–102.

² Vgl. zum Beschluß des RKab. v. 11.6.1919: *Das Kabinett Scheidemann*, Nr. 107, S. 444 u. Anm. 3.

³ Die Punkte rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 15, Bl. 263v–264.

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 5.6.1919 mit Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 148 bis 153v.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 14.6.1919 in: Rep. 90, Nr. 105, Bl. 26.

Nr. 46 Sitzung der Staatsregierung in Weimar am 18. Juni 1919.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 112–112v; MF 1014. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis.

1. Zustimmung zu den Entwürfen: Ausführungsgesetz zur Reichssiedlungsverordnung¹ und Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften². [B] — **(2. Erweiterung der Vollmacht für Staatskommissar Severing³ im Ruhrrevier. Dispositionsfonds für Reichs- und Staatskommissar von Starck. Beschwerde von Heine über selbständiges Vorgehen der Waffenstillstandskommission bei Verhandlungen mit den Polen. Bericht der Gesandtschaft in München [...] über die politische Lage. Ablehnung des Antrags der Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens auf Gewährung eines Propaganda-Fonds.** [B])

¹ Die Vorlage des LandMinr. v. 30.5.1919 mit Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 1, Bl. 85–92; der LV übersandt am 15.9.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 783, S. 1273–1292, mit Anlagen. Vgl. das Gesetz v. 15.12.1919, GS 1920, S. 31.

² Die Vorlage des LandMinr. v. 4.6.1919 mit Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 1, Bl. 93–98; der LV übersandt am 28.6.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 521, S. 786–790. Vgl. das Gesetz v. 5.5.1920, GS, S. 351 u. Peltzer, Julius (MinR im LandMinm.), Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften vom 5. Mai 1920 mit den zugehörigen Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 und den Ausführungsbestimmungen, Berlin 1921 (Die neue preuß. Agrargesetzgebung, Bd. 3).

³ Vgl. Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 75–75v.

Nr. 47 Sitzung der Staatsregierung am 23. Juni 1919.

Reinschr., Bd. 168, Bl. 114; MF 1014. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Heine, am Zehnhoff, Stegerwald, Oeser, Haenisch. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Leinert, Göhre.

[1.] Antrag des Finanzministers auf zwei Ernennungen. — [2.] Aufhebung des Belagerungszustands über Erfurt. — [3.] Keine Demission des Kabinetts vor dem Zusammentritt der Landesversammlung. Weitere Beschlüsse werden bis dahin aufgeschoben.¹ [B]

¹ Der Beschluß der Reg. v. 26.6.1919 an WTB zur sofortigen Veröffentlichung lautete: Im Anschluß an die heutige Tagung der Landesversammlung hat das preußische Staatsministerium beschlossen, im Amt zu bleiben und auch diejenigen Mitglieder, die erklärt haben, austreten zu wollen, verpflichtet, auf ihren Posten auszuharren, in: Rep. 90, Nr. 2435, Bl. 792.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 26. Juni 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard am Rhein 1980, Nr. 5, S. 15–19.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Fischbeck, Südekum, Stegerwald, Haenisch, Braun, Oeser.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Aussprache über die schwebenden Lohnfragen der Eisenbahn- und Postangestellten. — 2. Protest gegen die Verhaftung des Berichterstatters Scheuermann in Versailles. Reinhardt für Verurteilung von Straftaten in den besetzten Gebieten. — 3. Ausweisung Radeks. — 4. Stellungnahme

der Reichsregierung zur Note Clémenceaus über die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow und die Verbrennung französischer Fahnen in Berlin. — 5. Änderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung. — 6. Änderung des Gesetzes über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet. — 7. Entwurf einer Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh. — 8. Gesetzliche Bestimmungen über die Regelung der Kohlenwirtschaft. — 9. Einziehung von Reichsbanknoten. — 10. Heinrich Schulz wird 2. Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern.

Nr. 48 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung am 28. Juni 1919.

Reinschr., Bd. 168, Bl. 118–119v; MF 1015. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Göhre, Nobis; als Kommissare v. Dryander, v. Friedberg, Stalman, J. Bachem.

(Stimmung der Reichswehrtruppen im Osten und der Beamtenschaft in den von den Polen bedrohten Gebieten. – Ablehnende Haltung zum Gesetzentwurf über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein. – Einverständnis mit der Aufhebung des Thronlehens Krotoschin. [B]) — 1. Friedensschluß. Staatsregierung sieht von einer Kundgebung ab.¹ [B] — 2. Regierungspräsident v. Starck soll Staatskommissar bleiben, solange nicht aus seiner gleichzeitigen Stellung als Reichskommissar den preußischen Interessen Nachteile entstehen. Einladung der Regierungen von Bayern, Oldenburg und Hessen [...] zu einer Besprechung der Haltung der Reichsregierung in der rheinischen Frage. [B] — 3. Sieben Ernennungen. [B] — 4. Geldmittel für die Aufklärungsarbeit in den Abstimmungszonen. Von einer Vorlage [...] an die Landesversammlung wird abgesehen. [B] — 5. Anträge des Preußischen Städtetages betr. die Gemeindebeamten in den Abstimmungszonen; vertagt. — 6. Entwurf eines Tumultschadengesetzes; vertagt. — 7. Die Frage der Lohnzahlung an Staatsarbeiter für Wochen-Feiertage; vertagt. — 8. Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge für die zu pensionierenden Beamten; vertagt. — 9. Zahlung des Dienstekommens für vermißte Beamte; zurückgezogen. – (Übergang von Geschäftsbereichen anderer Ministerien an das Wohlfahrtsministerium. – Ausarbeitung einer Vorlage über die Abgrenzung der Zuständigkeit und Aufgaben der Staatskommissare. [B])

¹ Die Entwürfe in: Rep. 90, Nr. 2435, Bl. 799–804; lagen zur Sitzung vor, vgl. Spezialakten, Bd. 15, Bl. 267v.

Nr. 49 Sitzung der Staatsregierung am 30. Juni 1919.

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 120–121v, Anlage¹, Bl. 122–122v; MF 1015. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 272, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 48, n.f.

¹ Zu TOP 7: Grundsätze für eine beschränkte, im wesentlichen einmalige Verleihung von Kriegsauszeichnungen.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Lewald [UStS, zu 7], Göhre, Scheidt [Wohnungskom.], Nobis; als Kommissare v. Dryander, Krüß, Stalman [alle zu 7].

(Strafsache des Stadtverordneten in Köpenick Futran. Von einer Begnadigung wird abgesehen. — Unterstellung des Staatskommissars v. Starck unter das Staatsministerium. [B]) — **1.** Sofortiger Auszug des Zentralrats aus dem ehemaligen Herrenhaus, da die Räume vom Wohlfahrtsministerium gebraucht werden. [B] — **2.** Anträge des Preußischen Städtetages betr. die Gemeindebeamten in der Abstimmungszone; vertagt. — **3.** Entwurf² eines Tumultschadengesetzes. Einverständnis mit der durch die Anträge der Reichsregierung veränderten Fassung. [B] — **4.** Bezahlung der gesetzlichen Wochen-Feiertage [...] an Staatsarbeiter. [B] — **5.** 14 Ernennungen. [B] — **6.** Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge für die zu pensionierenden Beamten; vertagt. — **7.** Weiterverleihung der Beamtentitel und des Professorentitels und in begrenztem Maße von Kriegsauszeichnungen. [B] — **8.** Zulassung der Einsichtnahme in die Personalakten³; vertagt. — **9.** Herabsetzung der Tagegelder für Weimar; vertagt.

² Die vom Staatsenausschuß am 5.7.1919 beschlossene Fassung in: Verhandlungen Staatsenausschuß, Tagung 1919, 36. Sitzung, S. 314 u. 316–318, Anlage.

³ Vgl. die Äußerungen von MöA u. Minr.dI in: Rep. 90, Nr. 2319, Bl. 148, 178–179 u. 182–182v.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 1. Juli 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 10, S. 36–40.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Südekum.

1. Beschleunigung der Ratifizierung des Friedensvertrags. — **2.** Verwertung von mobilen Heeresgütern und reichseigenem Besitz. — **3.** Ausführung des Friedensvertrags. — **4.** Entwurf einer Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh. — **5.** Die Kosten für die Reichs- und Staatskommissare Winnig, Hörsing und Severing. — **6.** Wiederverleihung von Orden und Titeln. — **7.** Haltung der Regierung zu den Streiks der Eisenbahn- und Straßenbahn-Angestellten. Vorschlag der preußischen Minister nach Verbot der „Freiheit“. Heine hat einen Entwurf über die Ersetzung des Belagerungszustands durch zivile Maßnahmen ausgearbeitet. — **8.** Verordnungsbefugnis des Reichswehrministers im Einvernehmen mit den Präsidenten von Reichsministerium und Preußischem Staatsministerium.

Nr. 50 Sitzung der Staatsregierung in Weimar (Hotel Fürstenhof) am 5. Juli 1919.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 123–126v; MF 1015. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 272, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Fischbeck, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Pfeiffer [beglaubigt].

1. Ernennung von Poller zum Polizeipräsidenten von Kiel und weitere Personalsachen. [B] — 2. Abstimmung im Osten. Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes¹ beantragt Hilfe bei der Abstimmung; wird zurückgestellt. Auf Antrag des Oberpräsidenten in Königsberg werden weitere Mittel [...] zur Vorbereitung der Abstimmung bewilligt. [B] — 3. Einverständnis mit dem Entwurf² eines Gesetzes über Ermächtigung des Justizministers zu Maßnahmen anlässlich der Besetzung von Landesteilen und der Ausführung des Friedensvertrages. Besprechung der Maßnahmen, die für die Ausführung des Friedensvertrages zu treffen sind. [B] — 4. Konferenz der [...] Minister mit Persönlichkeiten des Rheinlandes und Westfalens über die Selbständigkeitsbestrebungen am 23. Juli 1919 in Düsseldorf. [B] — 5. Antrag des Vorstandes des deutschen Städte- tages an die Reichsregierung [...] auf Befreiung der Gemeinden von einem Drittel der Kosten für die Verbilligung der Lebensmittel. Anregung eines Ausgleichsverfahrens und einer Herabsetzung des Gemeindeanteils auf 2/12. [B] — 6. Gesetzentwurf zum Schutze des Wirtschaftslebens³; zurückgestellt. — (7. Keine Beantwortung der Vorschläge und Eingaben des Akademischen Heimatdienstes Kattowitz.⁴ [B] — 8. Zustimmung zu den Reisekostensätzen⁵ für die Beiräte der Ministerien. [B] — 9. Orden und Titel. Aufhebung der Bekanntmachung vom 14.12.1918. [B])

¹ Der Antrag v. 2.7.1919 in: Rep. 151, I A Nr. 7309, n.f.; die telefonische Anfrage des OPräs. v. 1.7.1919, ebd.

² Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 601, S. 942 f.; der LV übersandt am 12.7.1919. Vgl. das Gesetz v. 19.7.1919, GS, S. 115.

³ Die Vorlage des HandMinr. v. 27.6.1919 mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftslebens (mit Geheim! – Vermerk) in: Rep. 120, BB VII 1 zu Nr. 3 Bd. 2, Bl. 127–132v; vom HandMinr. am 31.5.1919 übersandte Gesetzentwürfe (mit Geheim! – Vermerk) zur Sicherung des Wirtschaftslebens u. des Arbeitsfriedens mit Begründung, Bl. 100v–125; Voten des MöA u. des WissMinr., Bl. 159 u. 169. Vgl. auch das Schreiben des KrMinm. v. 23.5.1919 betr. Gesetzgeberische Maßnahmen gegen Hetzer in: Rep. 87, ZB Nr. 211, Bl. 141.

⁴ Vgl. die Eingabe v. 28.6.1919 u. zahlreiche weitere in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 23, Bl. 4 ff.; die Stellungnahme des Minr.dI v. 15.7.1919 in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 41, Bl. 166.

⁵ Die Vorschläge (Rundschreiben) des FinMinr. v. 25.6.1919 u. der Beschluß des StMinm. in: Rep. 120, CB I Nr. 157, n.f.

Nr. 51 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Minister- saal) am 8. Juli 1919.

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 127–127v; MF 1015. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, C.H. Becker, Bodenstein, Göhre, Nobis, v. Kessel, Michelis, Meister, Loehrs, v. Dryander, v. Friedberg, J. Bachem, Göppert, Zitelmann.

(Großhessenfrage. Regierungsrat v. Friedberg berichtet über den Plan einer von dem Staatspräsi- denten Ulrich¹ eingeleiteten Bewegung² für die Errichtung eines Großhessen. – Mit dem Reichs- ministerium sind alle Fragen des Verhältnisses Preußens zum Reich zu klären und Verhandlungen

¹ Vgl. zu seinen Beweggründen zur Gründung einer mittelhessischen Republik u. seinem Besuch beim Oberkomman- dierenden der X. frz. Armee, Gen. Mangin, das Schreiben v. 30.6.1919 an den RPräs., in: Das Kabinett Bauer, Nr. 9, S. 34–36; weiterhin die Besprechung zwischen Reichs- u. Ländervertr. über die großhessische Frage am 14.7.1919 in Weimar in: Ebd., Nr. 26, S. 120–128. Die von Minr.dI Heine für MinPräs. Hirsch vorbereitete Erklärung in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 451 Bd. 1, Bl. 42–44; hier auch weiteres Material. Vgl. auch Kahlenberg, Friedrich P., Großhessen- pläne und Separatismus, in: Geschichtliche Landeskunde, Bd. 5, 1969. Festschrift für Ludwig Petry, Teil 2, S. 355 ff.

² Ursprünglich: Anregung, Bl. 127.

über die Bestrebungen *aufzunehmen*, die auf eine Zerschlagung oder Verkleinerung Preußens gerichtet sind und [...] nach Ansicht der Preußischen Staatsregierung durch die Reichsregierung nicht nur nicht bekämpft, sondern anscheinend gefördert werden. [B]) – *TO*: Die zur Durchführung des Friedensvertrages erforderlichen Maßnahmen: Den Staatsbeamten in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten *wird* die Übernahme von Staatsämtern in den übernehmenden Staaten *gestattet*. Auf Antrag *Urlaubsgewährung* bis zu 5 Jahren. Bei den Verhandlungen mit den Polen *besondere Festlegung der Rechte der Beamten*. *Übertragung der Propaganda* in den Abstimmungsgebieten *an geeignete Organisationen* unter staatlicher Kontrolle. [B] – (*Anerkennung der Rechtswirksamkeit der* verliehenen Namen- und Wappenvereinigung „Fürst zu Lynar, Graf von Redern“. [B])

Nr. 52 Sitzung der Staatsregierung am 12. Juli 1919.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 131–132v; MF 1015. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, Oeser. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Wildermann, Freund, C.H. Becker, Ramm, Göhre, Nobis, Meister, Leese; als Kommissare v. Dryander, Schütz, v. Leerodt, J. Bachem.

(1. Eisenbahndirektion Erfurt. Nach Ernennung eines neuen Präsidenten wird die Vollmacht für Oberbaurat Patté zur Wahrnehmung der Direktionsgeschäfte während der Erfurter Unruhen zurückgezogen.¹ [B] — 2. Personalakten. Den Beamten wird Einsichtnahme in die Akten gewährt, die nach dem 1. Oktober 1919 angelegt sind. Schließung der bis dahin geführten.² [B] — 3. Auswärtswohnen der Beamten.³ Wird gestattet, soweit es mit den dienstlichen Interessen vereinbar ist. [B] — 4. Neue Gesetzentwürfe. Zustimmung zu den Entwürfen betr. die Zahlung der Zölle in Gold⁴ und über die Abfindung der Offiziere⁵ sowie der Unteroffiziere und Kapitulant⁶ und schließlich zum Gesetzentwurf⁷ betr. die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens. Hierbei aber ist die preußische Stimme im Staatenausschuß für die Absetzung des Gesetzentwurfs von der Tagesordnung⁸ abzugeben. [B] — 5. Anhörung des Beamtenausschusses; nicht bei der Zahlung von Unterstützungen, aber bei Gewährung von Gratifikationen möglich. [B]) — 6. Gesetzentwurf über die Betriebsräte; vertagt.⁹ — 7. Oberschlesien. Bericht von Hirsch über die

¹ Vgl. Rep. 90, Nr. 1020, n.f. Die Leitung der Eisenbahndirektion Erfurt wurde dem bisherigen ORegR Wilhelm im Eisenbahnzentralamt übertragen, vgl. Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen Nr. 47 v. 28.6.1919, S. 495.

² Zum Beschluß vgl. die Allg. Verfügung des JMinr. v. 18.11.1919 in: JMinBl. Nr. 43 v. 21.11.1919, S. 574.

³ Vgl. den Antrag der Abg. Schubert, Brückner u. Gen. v. 11.4.1919 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 1, Nr. 201, S. 364.

⁴ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 125, S. 1–4; von RFinMinr. Erzberger dem Staatenausschuß übersandt am 30.6.1919. Vgl. das Gesetz u. die Bekanntmachung v. 21.7.1919, RGBl. II, S. 1361 u. 1362.

⁵ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 132, S. 1–6; von RFinMinr. Erzberger dem Staatenausschuß übersandt am 8.7.1919. Vgl. das Offiziersentschädigungsgesetz v. 13.9.1919, RGBl. II, S. 1654.

⁶ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 134, S. 1–8; von RFinMinr. Erzberger dem Staatenausschuß übersandt am 9.7.1919. Vgl. das Kapitulant^{en}entschädigungsgesetz v. 13.9.1919, RGBl. II, S. 1659.

⁷ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 133, S. 1–4; von RFinMinr. Erzberger dem Staatenausschuß übersandt am 8.7.1919. Vgl. das Gesetz v. 12.9.1919, RGBl. II, S. 1654.

⁸ In den gedruckten Verhandlungen des Staatenausschusses bzw. ReichsR kein Bezug darauf.

⁹ Weil nach Mitteilung des RArbMinm. eine nochmalige Redigierung des Gesetzentwurfs stattfinden sollte, hs. Vermerk v. 16.7.1919 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Adhib. 5 Bd. 1, Bl. 221–221v.

Besprechung in der oberschlesischen Frage in Weimar.¹⁰ Mit größter Beschleunigung *ist ein* Gesetzentwurf¹¹ über Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände einzubringen. [B] — **8. Amnestie.** *Einverständnis* mit dem Antrag des Reichskommissars für den Osten (Beauftragter für Westpreußen) *über einen* Amnestieerlaß für die wegen politischer Verbrechen in Untersuchungshaft genommenen Personen polnischer Nationalität, *wenn* Gegenseitigkeit verbürgt ist. [B] — **9. Ernennung.** [B] — **10.** Maßnahmen aus Anlaß des Friedensschlusses; *vertagt.* — **11.** Gesandtschaften. *Vorschlag an die Landesversammlung, die* Preußischen Gesandtschaften *zum 1. Oktober 1919 aufzuheben,* mit Ausnahme der Gesandtschaft beim Vatikan. [B] — **12.** Aufhebung des Heroldsamtes und Überweisung der verbliebenen Geschäfte an das Justizministerium; *vertagt.* — **12a.** Kirchenfrage in der Reichsverfassung. *Einverständnis mit der vom Wissenschaftsminister* mit der bayerischen Regierung vereinbarten Erklärung¹² zu den Grundrechten der Reichsverfassung über die Kirchenfrage. [B] — **13.** Proklamation der *Preußischen* Regierung an die Bewohner der abzutretenden Gebiete [...] nach Ratifizierung des Friedens; *vertagt.* — **14.** Antrag des Vorstandes des Deutschen Städtetages betr. Übernahme der Kosten für Auslandslebensmittel [...] auf Reich, Staat und Kommunalverband; *vertagt.* — **15.** Der Ergänzung des Gesetzentwurfs¹³ über Ermächtigung des Justizministers anläßlich der Besetzung von Landesteilen und der Ausführung des Friedensvertrages *wird zugestimmt.* [B]

¹⁰ Vgl. zu seinen Ausführungen am 9.7.1919 u. a. das Prot. von RechR Pfeiffer über die Besprechung in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 133–136.

¹¹ Der Gesetzentwurf des MdI als Vorlage für Heine v. 12.7.1919 mit Begründung in: Rep. 77, Tit. 497a Nr. 33 Bd. 1, Bl. 20–35. Der beglaubigte Entwurf des MdI im Auftrag der StReg. v. 14.7.1919, Bl. 36–39. Vgl. dazu ferner die Denkschrift Heines v. 24.3.1921 über das Verhältnis Reich–Preußen in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 52 Bd. 1, Bl. 70–72. Der Entwurf wurde der LV übersandt noch am 14.7.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 604, S. 951–953. Der Gesetzentwurf scheiterte im Ausschuß der LV, nur ein Teil seines Inhalts wurde in die Bestimmungen der preuß. Verfassung über die Provinzen aufgenommen. Vgl. Poetzsch, Fritz, *Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung* (vom 1.1.1920 bis 31.12.1924), in: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, 13 (1925), Tübingen 1925, S. 73.

¹² Der telegr. Antrag von Haenisch um Einverständnis, am 11.7.1919 aus Weimar abgesandt, in: *Spezialakten*, Bd. 16, Bl. 6.

¹³ Vgl. Sitzung am 5.7.1919, TOP 3 u. Anm. 3.

Nr. 53 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministersaal) am 16. Juli 1919.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 133–133v; MF 1015. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun [nach der TO], Südekum, Heine, Reinhardt, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Linz, Mügel, Dönhoff, Göhre, Grzesinski, Leese, Nobis; als Kommissare v. Dryander, v. Gilsa, v. Kameke, Grimm, Werner.

(Kirchenfrage in der Reichsverfassung. *Haenisch gibt* die mit der bayerischen Regierung vereinbarte Erklärung¹ zu den Grundrechten der Reichsverfassung über die Kirchenfrage zunächst noch

¹ Vgl. dazu das Telegramm von Rklr. Bauer aus Weimar an den MinPräs. Hirsch in Berlin v. 15.7.1919, daß die RReg. gegen den übersandten Entwurf einer Erklärung der preuß. u. bayer. Unterrichtsverwaltung zu den Abschnitten der Grundrechte über Kirche u. Schule die allerschwersten Bedenken hat u. auf eine Erklärung dieser Art mit einer Gegenerklärung antworten müßte, in: Rep. 90, Nr. 303, n.f. Dort auch das Brieftelegr. von MinPräs. Hirsch an den WissMinr. nach Weimar (Abschr. des Telegramms des Rklrs.).

nicht ab.²⁾ — 1. Landarbeiterstreik.³ *Entsendung von Kommissaren der Regierung zu Verhandlungen nach Stettin und Stralsund.*⁴ Sie werden bevollmächtigt, den wegen des Landarbeiterstreiks verhängten Belagerungszustand aufzuheben. [B] — 2. Denkschrift⁵ über Eisenbahnerlöhne; ist der Landesversammlung vorzulegen. [B] — 3. Nachtragsetat; *vertagt.* — (4. Bericht über die Verhandlungen mit Vertretern Thüringens über Errichtung eines Freistaates Groß-Thüringen;⁶ *Übermittlung einer Erklärung an die Thüringischen Regierungen*⁷, in der die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht werden soll, für die Gründung eines zusammenhängenden Freistaates Thüringen unter Beteiligung preußischer Gebietsteile und unter gleichzeitiger Herstellung einer engen Verwaltungs- und Interessengemeinschaft zwischen Preußen und Thüringen einzutreten. [B] — 5. Aufhebung des Heroldsamtes; *vertagt.*)

² Zur Darstellung der ganzen Problematik bis zum Verzicht von Haenisch auf die endgültige Abgabe der Erklärung vgl. Richter, Ludwig, Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung, Düsseldorf 1996, S. 524–531.

³ Zum Ausbruch des Streiks im Krs. Franzburg vgl. das Staatstelegramm von LandMinr. Braun v. 14.7.1919, in: Rep. 87, B Nr. 329, Bl. 12.

⁴ Vgl. den Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen betr. Belagerungszustand u. Generalstreik in Pommern zu Stettin am 17./18.7.1919 u. den Bericht der StKom. UStS Meyer u. Grzesinski über ihre Reise nach Stettin zwecks Untersuchung der Ursachen, die zur Verhängung des Belagerungszustands geführt haben, v. 21.7.1919, in: Rep. 87, B Nr. 329, Bl. 235–242.

⁵ Die Denkschrift über die Behandlung der Lohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung v. 16.7.1919 in: Spezialakten, Bd. 16, Bl. 11–16; der LV übersandt am 16.7.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 640, S. 1014 bis 1016; S. 1016–1019, Anlage: Gegenüberstellung von Lohnverhältnissen. Der MinPräs. lud am 18.7.1919 die Minr. zu einer vertraul. Besprechung über die Denkschrift am 21.7.1919 ein, vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 17.

⁶ Am 14.7.1919 in Weimar, vgl. darüber das Schreiben des StMinm. an den OPräs. der Prov. Sachsen (Entwurf) in: Rep. 90, Nr. 294, Bl. 237.

⁷ Das Schreiben an StMinr. Paulssen v. 17.7.1919 (Entwurf) u. das Telegramm an StMinr. v. Brandenstein (Wortlaut der Erklärung der Staatsministerialsitzung), in: Rep. 90, Nr. 294, Bl. 236–237.

Nr. 54 Sitzung der Staatsregierung am 21. Juli 1919.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 134–135; MF 1015. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: Gräf, Wildermann, Linz, Mügel, W. Busch, Göhre, Nobis, v. Kessel [für Reinhardt], v. Dryander, Wever [Kom. RReg.], Tietz, Heinke, Dingler, Sander, Trendelenburg, Krüß, v. Kameke, Arntzen.

1. Gesetzentwurf betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft; *vertagt.*¹ — 2.–3. Zustimmung zum Umsatzsteuer-Gesetzentwurf² und Einverständnis mit dem Gesetzentwurf³ über das Reichs-

¹ Doch offenbar besprochen; vgl. die Äußerung des HandMinr. v. 31.7.1919, in der er auf seine am 21.7.1919 abgegebenen Erklärungen zur geschäftl. Behandlung des Gesetzentwurfs eingeht, in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 54, n.f.

² Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 142, S. 1–67, Anlage zu § 20, S. 21–25; von RFinMinr. Erzberger dem Staatenausschuß übersandt am 12.7.1919. Vgl. das Gesetz v. 24.12.1919, RGBl. II, S. 2157.

³ Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 143, S. 1–12; von RFinMinr. Erzberger dem Staatenausschuß übersandt am 12.7.1919. Vgl. das Gesetz v. 31.12.1919, RGBl. II, S. 2189 sowie Friedmann, Alfred u. Wrzeszinski, Richard (Bearb.), Gesetz über das Reichsnotopfer v. 31.12.1919 mit Ausführungsbestimmungen, Vollzugsvorschriften und „Grundsätzen für die Wertermittlung nach dem Reichsnotopfergesetz“ sowie der Novelle v. 22.12.1920, Berlin u. Leipzig 1921, v. a. die Einleitung. – Vgl. dazu eine von FinMinr. Südekum am 8.11.1919 dem RFinMinr. übersandte Denkschrift über das Problem, wie das Reich von seiner Kriegsschuld befreit werden kann, ohne daß der Feindbund die Möglichkeit des Zugriffs hat, in: Rep. 120, C V Nr. 69 Bd. 1, n.f.

notopfer im wesentlichen, *vor allem für Einfügung von Sicherungen gegen die Verschiebung von Vermögen nach dem Ausland.* — Zu den beiden Gesetzentwürfen *ist Einspruch [...] im Staatenausschuß [...] gegen eine derartig überstürzte Erledigung wichtiger Vorlagen zu erheben.*⁴ [B] — 4. Bericht des Finanzministers über die Konferenz⁵ der Finanzminister in Weimar. *Er macht die Zustimmung zur Aufhebung der Steuerhoheit der Einzelstaaten von Voraussetzungen abhängig.* — 5. Maßnahmen aus Anlaß des Friedensschlusses; a. *grundsätzliches Einverständnis mit der politisch notwendigen Vereinfachung und Beschränkung des staatlichen Behördenorganismus und als politische Notwendigkeit des durch den Kriegsausgang verkleinerten und verarmten Staates;* b. *Übereinstimmung über die Verpflichtung des Reiches, dem preußischen Staate die ihm durch den Friedensschluß erwachsenen Schäden zu ersetzen. Antrag an Reichsregierung auf grundsätzliche Anerkennung dieser Verpflichtung.*⁶ [B] — (Drei Ernennungen. — Besprechung mit dem Zentralrat über die Zukunft der kommunalen Arbeiterräte geplant. — Feier⁷ anläßlich des Inkrafttretens der neuen Reichsverfassung.⁸ [B])

⁴ Kein Bezug darauf in den gedruckten Materialien des Staatenausschusses.

⁵ Vgl. die Besprechung des RFinMinr. mit Vertr. der Länder am 13.7.1919 in Weimar in: *Das Kabinett Bauer*, Nr. 24, S. 105–116 u. bes. S. 109 (Südekum); zur Konferenz vgl. auch Leidel, Herbert, *Die Begründung der Reichsfinanzverwaltung*, Diss. Münster 1964, S. 106–111.

⁶ Das Schreiben des StMinm. v. 26.6.1919, Vorlage für den TOP (vgl. *Spezialakten*, Bd. 16, Bl. 19v) konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Der Antrag (Schreiben) v. 26.7.1919 an die RReg. in: *Rep.* 151, III Nr. 173, n.f. u. die Aufzeichnung von MinPräs. Braun v. 16.5.1927 über die hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen, Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung 1925/27, Bd. 13, Nr. 6478, S. 7466. Zum Beschluß des RKab. v. 20.8.1919, „das das Reich für alle Folgen des von ihm abgeschlossenen Friedensvertrages aufzukommen habe“, vgl. *Das Kabinett Bauer*, Nr. 51, S. 205. Der Bericht des preuß. Vertreters Nobis über die Sitzung u. das Antwortschreiben von Rklr. Bauer v. 26.9.1919 an das StMinm., in: *Rep.* 151, III Nr. 173, n.f. u. Aufzeichnung von MinPräs. Braun, S. 7467. — Zur Ausführung des Beschlusses des RKab. vgl. weiterhin *Rep.* 151, IV Nr. 8, n.f.; vgl. auch Sitzungen am 24.2.1925, TOP 5 u. 12.3.1925, TOP 11.

⁷ Vgl. das Schreiben von RMinr. dl David an alle Landesregierungen v. 17.7.1919 in: *Rep.* 90, Nr. 185, n.f.

⁸ Laut Einladung zur Sitzung war auch der Punkt außerhalb der TO vorgesehen: Teilnahme eines ständigen Vertreters der Reichsregierung (UStS Albert oder GRR Wever) an den St. M. Sitzungen, vgl. *Spezialakten*, Bd. 16, Bl. 21. Zur gegenseitigen Vereinbarung, eine engere Fühlungnahme zwischen Reichsministerium und preußischen Staatsministerium herbeizuführen und deshalb einen ständigen Vertr. (Albert bzw. Göhre) zu den jeweiligen Sitzungen zu entsenden, vgl. die Schreiben von Albert u. Hirsch v. 17. bzw. 22.7.1919, in: *Rep.* 90, Nr. 404, Bl. 136–137v; vgl. auch Sitzung am 12.4.1919, TOP (2) u. Anm. 3 sowie *Das Kabinett Bauer*, Nr. 25, S. 118 und Anm. 10 u. 11. — Durch Beschluß des StMinm. v. 21.7.1919 wurde darüber hinaus ein besonderes Staatskommissariat für die Überwachung der öffentl. Ordnung bei der StReg. eingerichtet; vgl. Schreiben u. Verfügung des Präs. des StMinm. v. 25.7.1919 in: *Rep.* 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 91; vgl. weiter die von Hirsch am 15.7.1919 an Südekum zur streng vertraul. Kenntnisnahme übersandte Aufzeichnung mit Anlagen über die Einrichtung des Kommissariats in: *Rep.* 151, I C Nr. 1482, Bl. 24–30; eine Denkschrift v. 8.7.1919 betr. Umgestaltung der Abwehr der Umsturzbewegung, Bl. 31–37. — Über die Sitzung des StMinm. liegt eine Aufzeichnung von RKom. Wever vor, in: *BArch Lichterfelde*, R 43 I/2285, Bl. 8–11.

Nr. 55 Sitzung der Staatsregierung am 22. Juli 1919, vormittags.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 136–138; MF 1015. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: Wildermann, Mügel [Vertr. am Zehnhoffs], Göhre, Meister [Vertr. Heines], Nobis, v. Dryander, Wever [Kom. RReg.], v. Kessel [Vertr. Reinhardts], v. Schütz, v. Kameke.

1. Wirkungen des Friedensvertrages¹ in den einzelnen Ressorts; *Vorlage von Nachweisen*. [B] — 2. *Beabsichtigter Erlaß von Aufrufen der Preußischen Regierung* [...] an die Bewohner der Abtretungsgebiete *bei Inkrafttreten* des Friedensvertrages, *und nicht erst nach seiner Ratifizierung, um ein Festhalten am Deutschtum usw. zu bewirken*. [B] — 3. Gesetzentwurf² betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. Gegen die Grundgedanken des Gesetzes keine Einwendungen, aber *für eine gründliche* Beratung des Gesetzes im Staatsenausschuß. *Erneuter* Einspruch gegen die überstürzte Erledigung auch dieses Gesetzes. [B] — 4. Gesetzentwurf über die Betriebsräte; *vertagt*. — 5. *Keine* Verleihung von Titeln *mehr* vor Inkrafttreten der Reichsverfassung *und Prüfung, die bisherigen Titel in Amtsbezeichnungen abzuändern*. [B] — 6. *Einverständnis mit der* Weiterverleihung der Rettungsmedaille, der Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr, der Auszeichnung der Eisenbahner für 25jährige treue Dienste und der Landwehrdienstauszeichnung 2. Klasse. [B] — 7. Provinzielle Autonomie *für* Oberschlesien [...] nach der Abstimmung im Falle des Verbleibens bei Preußen. – *Diese Zusicherung wird* als durch die Ereignisse überholt angesehen. *Der Bildung einer Provinz Oberschlesien gegenüber* soll keine ablehnende Haltung [...] eingenommen werden, *jedoch ist* Voraussetzung, daß ganz Oberschlesien bei Preußen verbleibt.³ [B] — 8. *Neun Ernennungen*. [B] — 9. *Ernennung von U. Fritze* zum Präsidenten des Gerichtshofs zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte.⁴ [B] — 10. Kundgebung der Staatsregierung gegen die Aufforderung zur Einstellung der Mietzahlungen; *vertagt*. — 11. Verhängung des Belagerungszustands von Reichs wegen; *vertagt*. — 12. Vorbereitung der Abstimmung in Ostpreußen. Erhöhung der Mittel *nur bei Beteiligung des Reiches*.⁵ [B] — 13. Abberufung der in Posen befindlichen deutschen Beamten der Ansiedlungskommission, soweit sie nicht in polnische Dienste treten wollen. [B] — 14. *Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge* für die zu pensionierenden Beamten. [B] — 15. Zuständigkeit in den Angelegenheiten des Theaterwesens; *vertagt*. — 16. Kosten für die Tätigkeit der Bauern- und Landarbeiterräte; *vertagt*. — 17. Entwurf eines Reichsheimstättengesetzes⁶; *vertagt*. — 18. Regelung [...] der Geschäfte des Heroldsamtes; *vertagt*.⁷

¹ *Das Schreiben des Präs. des StMinm. v. 2.7.1919 an die Minr. in: Rep. 90, Nr. 2440, Bl. 4–4v; die Nachweisungen der einzelnen Minm., des Reichs- u. StKom. für das Wohnungswesen u. des preuß. StKom. für Volksernährung, Bl. 6 ff.*

² *Vgl. Drucks. Staatsenausschuß, Tagung 1919, Bd. 1, Nr. 137, S. 1–10; von RSchMinr. Mayer dem Staatsenausschuß übersandt am 14.7.1919; der Entwurf mit einem an die preuß. Reg. gerichteten Schreiben des RSchMinr. v. 14.7.1919 (Druck) in: Rep. 77, Tit. 1375 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 285–290v; die Voten von FinMinr., HandMinr. u. MöA sowie Abänderungsanträge, Bl. 297 ff. u. in: Rep. 151, HB Nr. 1147, Bl. 253 ff. – Vgl. auch Stier, Bernhard, Staat und Strom. Die politische Steuerung des Elektrizitätssystems in Deutschland 1890–1950, Ubstadt 1999, S. 261 ff.; ders., Staat und Strom. Elektrifizierung in Preußen zwischen Staatswirtschaft und nationaler Strukturpolitik 1910–1940, in: Kaufhold, Karl Heinrich u. Sösemann, Bernd (Hrsg.), Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung in Preußen. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Preußens vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 1998, S. 126–130.*

³ *Zur Bildung der Prov. durch Gesetz v. 14.10.1919 vgl. auch Webersinn, Gerhard, Die Provinz Oberschlesien. Ihre Entstehung und der Aufbau der Selbstverwaltung in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität, 14 (1969), S. 283 ff.*

⁴ *Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 14.7.1919 in: Rep. 120, CB I Nr. 2a Bd. 1, n.f.*

⁵ *Zum Antrag von OPräs. Winnig v. 16.7.1919 u. zum Beschluß vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 24.7.1919 an den FinMinr. in: Rep. 151, I A Nr. 7309, n.f.*

⁶ *Vgl. die hs. Aufzeichnung des Referenten v. Falkenhayn v. 20.7.1919: Stellungnahme der Preuß. StReg. zur Frage des Erlasses eines Reichsgesetzes über Heimstätten in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 104, Bl. 35–38v.*

⁷ *Über die Sitzung liegt eine Aufzeichnung von RKom. Wever vor, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2285, Bl. 12–14.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister in der Nationalversammlung in Weimar am 22. Juli 1919, 17 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 31, S. 138–140.

Anwesend: für Preußen Heine.

1. Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten zur Ausführung des Art. 49 der künftigen Reichsverfassung (Ersatz des Belagerungszustands). — 2. Gesetzentwurf betr. die Überführung des Eisenerzbergbaus und der Eisenindustrie Mitteldeutschlands in Reichsbesitz (Enteignung der Ilseder Hütte).

Nr. 56 Sitzung der Staatsregierung am 26. Juli 1919.

Reinschr., Bd. 168, Bl. 139–140, Abschr., Bl. 141–142, Anlage, Bl. 143–144v; MF 1015. — Weitere Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt, Gräf, Göhre, Nobis, Conze, Bans, v. Bornstedt [Kom. RReg.]; als Kommissare v. Dryander, v. Kameke.

(1. Bericht von Nobis über die mit der Reichsregierung geführten Verhandlungen über die Bildung des Freistaats Danzig und über die Behandlung des Gesetzentwurfs betr. die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft [...] im Staatenausschuß.¹ [B] — 2. Gesetzentwurf² betr. Überführung des Eisenerzbergbaus und der Eisenindustrie von Peine-Salzgitter in Reichsbesitz. Die Vorlage möchte auf die Tagesordnung der [...] gemeinsamen Sitzung³ mit der Reichsregierung am 29. Juli 1919 gesetzt werden. [B] — 3. Bestellung von Nobis zum Generalvertreter des Staatsministeriums beim Staatenausschuß.⁴ [B] — 4. Einverständnis mit der vorläufigen Bildung eines Regierungsbezirks [...] Grenzmark Westpreußen-Posen.⁵ [B] — 5. Befürwortung des Antrags⁶ des Oberpräsidenten Winnig an das Reichsernährungsministerium [...] auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Ost-

¹ Vgl. Verhandlungen Staatenausschuß, Tagung 1919, 43. Sitzung am 25.7.1919, die Erklärung Preußens, S. 366 f., die genehmigte Fassung, S. 368–372; vgl. weiterhin den Bericht von GehORegR Wiehler (Minm.öA) v. 27.7.1919 über die Sitzung des Staatenausschusses am 25.7.1919, in: Rep. 77, Tit. 1375 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 325–328.

² Vgl. Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 148, S. 1–13; von RSchMinr. Mayer dem Staatenausschuß übersandt am 24.7.1919. Die vom Staatenausschuß angenommene Fassung, Verhandlungen, 45. Sitzung am 28.7.1919, S. 425–427, Anlage. – Das Votum des HandMinr. v. 28.7.1919 mit stärksten Bedenken gegen die Bestimmungen des § 9, der Antrag Preußens auf Streichung des § 9 u. das Votum des FinMinr. v. 25.8.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 6, n.f.

³ Lt. Prot. der Sitzung nicht behandelt, vgl. Das Kabinett Bauer, Nr. 35, S. 152–156. Vgl. die Grundsatzklärung Preußens zur Überführung preußischer Naturschätze in das Eigentum des Reiches am 6.8.1919, in: Verhandlungen Staatenausschuß, Tagung 1919, 46. Sitzung am 1.8.1919, S. 421. Die vom Staatenausschuß beschlossene Fassung, S. 425–427, Anlage. Der Gesetzentwurf wurde vom RKab. am 27.11.1919 zurückgezogen.

⁴ Der Antrag des FinMinr. v. 26.7.1919 (durch Unterschriftsleistung unterstützt von MÖA u. JMinr.) u. sein Votum in: Rep. 90, Nr. 105, Bl. 32–33v; zur unregelmäßigen, ja oftmals fehlenden Vertretung Preußens im Staatenausschuß vgl. die Beschwerden der Minr. u. die Stellungnahme des Präs. des StMinm., Bl. 25 ff.

⁵ Vgl. das Schreiben des RegPräs. in Bromberg v. Bülow an den Minr.dI v. 7.7.1919, eine Denkschrift des OB Schneidemühl (Magistrat) über die Errichtung eines neuen RegBez. Posen-Westpreußen u. eine Eingabe der Stadt Schneidemühl jeweils v. 24.7.1919, in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 13, Bl. 2–5, 13–16 u. 37. Der Erlaß des MdI v. 2.8.1919 über die Zusammenfassung der westlich der dt.-poln. Grenze gelegenen Teile der Prov. Westpreußen u. Posen zu einem RegBez., Bl. 8–9. Vgl. auch Jeserich, Kurt G. A., Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen in: Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, hrsg. von Gerd Heinrich u. a., Stuttgart u. a. 1992, S. 528–532.

⁶ Vom 23.7.1919 in: Rep. 197A, I h Nr. 60 Bd. 1, n.f. Der Antrag wurde vom StKom. für Volksernährung im Einvernehmen mit dem REMinr. durch Erlaß v. 16.8.1919 endgültig abgelehnt, vgl. ebd.

preußen. [B] — 6. *Beabsichtigte* Kundgebung der Staatsregierung gegen die Aufforderung zur Einstellung der Mietzahlungen; *zunächst* erledigt, *da derartige* Flugblätter [...] nicht mehr verteilt werden. [B] — 7. Entwurf eines Reichsheimstättengesetzes; *soll von der Reichsregierung schnell als Rahmengesetz vorgelegt werden.*⁷ [B] — 8. Nachtragsetat; *vertagt.* — 9. *Vier Ernennungen.* [B] — 10. Gesetzentwurf über die Betriebsräte; *vertagt.* — 11. *Neu formulierte Regelung der Fürsorge für Beamte und Lehrer* in den bedrohten Grenzgebieten.⁸ [B] — 12. *Verhängung des Belagerungszustands von Reichswegen.*⁹ *Bestreitung der Kosten für die Tätigkeit der Bauern- und Landarbeiterräte*¹⁰; *beides vertagt.*

⁷ Vgl. das Schreiben der preuß. Reg. (i. V. Göhre) an den RJMinr. v. 29.8.1919 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 126, Bl. 183 bis 184v; das Votum des JMinr. v. 21.6.1919 Bl. 185–186 u. verschiedene Entwurfsfassungen, Bl. 194 ff. Vgl. Sitzung am 3.3.1920, TOP 3 u. Anm. 3.

⁸ Vgl. Anlage, Bl. 143–144: Abänderung und Ergänzung der Beschlüsse vom 4. Januar, 23. April und 26. Juni d. Js. über die Fürsorge für Beamte und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten. – Zu den Beschlüssen vom 4.1. u. 23.4.1919 vgl. Sitzungen am 4.1.1919, TOP 2 u. Anm. 8 sowie 22.4.1919, TOP 12 u. Anm. 11. Der Beschluß vom 26.6.1919 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Der Beschluß v. 26.7.1919 wurde veröffentl. in: Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 168 v. 28.7.1919; auch gedr. in: Wippermann, 1919, Bd. 2, S. 70–73.

⁹ Auf Vorschlag des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 24.7.1919 abgesetzt, da die RV die Materie des Belagerungszustands neu regelt u. die RReg. mit Schreiben v. 2.7.1919 sich damit einverstanden erklärt hat, daß für die Zwischenzeit die Verhängung bzw. Bestätigung des Belagerungszustands über preußische Landesteile in der Regel durch das Staatsministerium erfolgt; vgl. Rep. 76, Ila Sekt 43 Gen. Nr. 7, Bl. 64.

¹⁰ Der TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 16, Bl. 28v.

Nr. 57 Sitzung der Staatsregierung am 28. Juli 1919.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 145–146v; MF 1015. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [Vertr. Brauns], Gräf, Göhre, v. Jarotzky, Fleischer, v. Dryander, Kieschke, v. Bornstedt [Kom. RReg.], v. Kameke.

(1. *Nutzung des Gebäudes des Hausministeriums durch den Reichspräsidenten.* Dem Ersuchen [...] der Reichskanzlei wird keine Folge gegeben. [B] — 2. *Vorläufige Aufrechterhaltung der Frauenreferate*¹ an geeigneten Verwaltungsstellen *durch Bewilligung finanzieller Mittel.* [B] — 3. *Ankauf eines Grundstücks in Holland für den Kaiser Wilhelm II.; vertagt.* — 4. *Beflagung der Dienstgebäude der preußischen Behörden in den preußischen Farben anlässlich des Inkrafttretens der Reichsverfassung am 14. August 1919 auf Ersuchen der Reichsregierung.* [B] — 5. *Oberschlesien. Als Antwort auf den übermittelten Antrag*² *Gröber wird hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung Oberschlesiens erklärt, auf dem Standpunkt des abgeschlossenen Kompromisses zu stehen und bereit zu sein, die obereschlesische Frage durch Schaffung einer selbständigen Provinz unter Anwendung des Autonomiegesetzes zu lösen.* [B] — 6. *Drei Ernennungen.*

¹ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. an den WohlMinr. v. 31.7.1919 in: Rep. 191, Nr. 9, Bl. 14. Vgl. dazu die Denkschrift über Mitarbeit von Frauen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege (beginnend mit der Schaffung einer Organisation der Frauenarbeit beim Kriegsamt am 1.1.1917), Bl. 1–5.

² Über den Antrag von Haenisch im Verfassungsausschuß zur Ergänzung des Art. 170 Abs. 2 vgl. sein Telegramm aus Weimar v. 26.7.1919 an den Minr.dI in: Rep. 90a, DI 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 151.

[B] — 7. Vier Namensänderungen. [B]) — 8. Gesetzentwurf³ über die Betriebsräte. *Schwere Bedenken der einzelnen Ressorts gegen den Entwurf, die in der [...] gemeinsamen Sitzung mit dem Reichskabinetts⁴ [...] geltend zu machen sind.* [B] — 9. Ostpreußen. Antrag des Oberpräsidenten Winnig auf schleunigste ausreichende Kohlenversorgung der Provinz, insbesondere des Regierungsbezirks Allenstein vor der Abstimmung; *wird der Reichsregierung überwiesen.* [B] — 10. Gesetzentwurf über eine erhöhte Anrechnung der Dienstzeit der Staatsbeamten und Volksschullehrer während des Krieges; *vertagt.* — 11. Kosten der Bauern- und Landarbeiterräte⁵; *vertagt.*⁶

³ Vgl. die verschiedenen Referentenentwürfe u. die Niederschriften über Besprechungen am 15.5., 16.6. u. 6.7.1919 im RArbMinm. in: Rep. 87, B Nr. 320, Bl. 21 ff. u. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Adhib. 5 Bd. 1, Bl. 14 ff.; die nach Beratungen abgeänderte Fassung (vorläufiger Referentenentwurf, 2. Fassung) in: Rep. 76, Ila Sekt. 53 Gen. Nr. 33 Bd. 1, n.f.; ebd. die Voten von MöA, Minr.dI u. JMinr. Vgl. auch Das Kabinett Bauer, Nr. 27, S. 129 f.

⁴ Vgl. Sitzung des RKab. mit den Minr. Oeser u. Braun am 30.7.1919.

⁵ Die TOP 10 u. 11 rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 16, Bl. 34v.

⁶ Vgl. die Aufzeichnung von RKom. v. Bornstedt über die Sitzung in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2285, Bl. 17–18.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung in der Nationalversammlung in Weimar am 29. Juli 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 34, S. 147–151.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Braun, Haenisch, Heine, Oeser, Südekum.¹

1. Endliche Vorlage der Sechsten Ergänzung zum Besoldungsgesetz. *Bedenken von Oeser.* — **2.** Einmalige Zulagen für Beamte und *Besprechung über die Angestellten- und Beamtenbezüge im allgemeinen. Ablehnung der Zulage durch Südekum, Oeser und Hirsch.* — **3.** *Regelung der Steuerverwaltung. Südekum kann nicht zusagen, daß Preußen im Staatenausschuß für den Entwurf einer Reichsabgabenordnung stimmt.*

¹ Vgl. die Einladung des USStS in der RK Albert v. 25.7.1919 zur Sitzung, ursprünglich am 25.7., in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung in der Nationalversammlung in Weimar am 30. Juli 1919, 10 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 35, S. 152–156.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Braun, Oeser, Heine.

1. *Verordnungsentwurf des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 49 (verschärfte Neufassung der Ausführungsbestimmungen zum militärischen Ausnahmezustand) der künftigen Verfassung.* — **2.** *Lohnzahlungen für die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage.* — **3.** *Kosten der Propaganda im Osten je zur Hälfte für das Reich und für Preußen. Mitwirkung Preußens im Vorstand der Zentrale für Heimatdienst durch Abordnung eines Sonderkommissars.* — **4.** *Entsendung eines besonderen Zivilkommissars und von Truppen zur Beruhigung der Lage in Frankfurt/Main.* — **5.** *Wunsch Reinhardts nach einem Kommissar für das Baltikum.* — **6.** *Räumung der Ostgebiete. Abgrenzung zwischen Auswärtigen Amt und preußischen Innenministerium.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern in der Nationalversammlung in Weimar am 30. Juli 1919, 16.35 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 36, S. 156–162.

Anwesend: für Preußen Oeser, Braun.

1. *Gesetzentwurf über die Betriebsräte. Einwände Oesers. — 2.* *Bedenkliche Kohlennot und ihre Gefahr für den Winter. Oeser für Wiedereinführung eines Akkord- und Prämiensystems. — 3.* *Ein Interview des Reichsministers des Innern über den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung.*

Nr. 58 Sitzung der Staatsregierung am 2. August 1919.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 147–149, Abschr., Bl. 150–152; MF 1015. — Weitere Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: Gräf, Albert [Vertr. RReg.], Göhre, v. Jarotzky [Vertr. Heines]; als Kommissare v. Dryander, Sachs, v. Kameke.

1. *Namensänderung. [B] — 2.* *Ausdehnung des Gemeindewahlrechts. Durchführung der Gemeindewahlen¹ im Bezirk des künftigen Freistaats Danzig und in der Stadt Elbing mit sofortiger Wirkung.² [B] — 3.* *Regelung der Fürsorge für die Beamten des Saargebiets [...] in Ergänzung des Beschlusses vom 26. Juli 1919. [B] — 4.* *Räume des Wohlfahrtsministeriums werden von der Landesversammlung für Bürozwwecke gewünscht. [B] — 5.* *Ernennung der preußischen Mitglieder des Reichsrats und von stellvertretenden Mitgliedern. Die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums werden zu Mitgliedern ernannt. [B] — 6.* *Pensionen für Hofbeamte. [B] — 7.* *Wiedereinstellung von Eisenbahnarbeitern, die nach dem Ende des Streiks die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Eine Stellungnahme des Staatsministeriums erfolgt erst nach Verhandlungen [...] mit dem Vorsitzenden des Eisenbahnverbandes. [B]) — 8.* *Ankauf und Einrichtung eines Anwesens in Holland für Wilhelm II. aus dem Kronvermögen³; vertagt. — 9.* *Entwurf⁴ einer Reichsabgabenordnung. Eine Stellungnahme soll erst nach Anhörung des Hauptausschusses der Landesversammlung erfolgen. [B] — 10.* *Einverständnis mit einem Gesetzentwurf über eine erhöhte Anrechnung der Dienstzeit von Staatsbeamten und Volksschullehrern während des Krieges, aber erst*

¹ *Vgl. § 2 des Gesetzes über das Bürger- u. Gemeinderecht der Frauen u. die weitere Durchführung der Gemeindewahlen v. 15.7.1919, GS, S. 113.*

² *Ihre Durchführung unterblieb zunächst noch auf Grund einer persönl. Anordnung des MinPräs., der noch einmal die Äußerung des OPräs. einholen wollte; vgl. das Schreiben des Minr.dI an das StMinm. v. 25.8.1919, in: Rep. 84a, Nr. 5864, Bl. 401–403 u. Rep. 120, A II 5e Nr. 2 Bd. 12, Bl. 157–159. Vgl. Sitzung am 12.9.1919, TOP 7.*

³ *Vgl. den Antrag von FinMinr. Südekum v. 31.7.1919 in: VI. HA, NL Braun, D 4 Nr. 76, n.f.*

⁴ *Von RFinMinr. Erzberger dem HandMinr. am 19.7.1919 übersandt (Druck) in: Rep. 120, CV Nr. 66 Bd. 1, n.f. Vgl. dazu den vorläufigen Entwurf, übersandt am 5.6.1919, sowie die Zusammenstellung von Bemerkungen u. Vorschlägen zum vorläufigen Entwurf, im FinMinm. aufgestellt u. dem RFinMinr. übersandt am 28.7.1919, ebd. Vgl. auch Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 150, S. 1–76, vom RFinMinr. dem ReichsR übersandt am 24.7.1919. Die vom Staatenausschuß genehmigte Fassung in: Verhandlungen Staatenausschuß, Tagung 1919, Sitzung am 15.8.1919, S. 438–523, Anlage 2.*

Vorlage an die Landesversammlung nach Ausarbeitung eines entsprechenden Entwurfs für die Kommunalbeamten. [B] — 11. Kosten für die Tätigkeit der Bauern- und Landarbeiterräte; vertagt. — 12. Zehn Ernennungen. [B]

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 5. August 1919, 11 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 39, S. 168 f.

Anwesend: für Preußen Fischbeck, Oeser.¹

1. Abgeänderter Gesetzentwurf betr. Betriebsräte. Kritische Äußerungen beider preußischen Minister, wobei Fischbeck erklärt, der Entwurf bedeute den organisierten Bolschewismus. — 2. Entwurf einer Verordnung über die Ausfuhr von Kunstgegenständen. — 3. Verordnungsentwurf betr. Änderung der Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser vom 1. Februar 1919. — 4. Entschädigung für die Arbeit von Reichsminister Preuß.

¹ *Vgl. die Einladung v. 2.8.1919 zur Sitzung des RMinm. in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.*

Nr. 59 Sitzung der Staatsregierung am 5. August 1919, 17 Uhr.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 153–155, Anlage, Bl. 159–159v, Abschr., Bl. 157–158; MF 1015. — Weitere Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.; NL Braun, D 4 Nr. 76, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Südekum, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Dombois [U].

Weitere Teilnehmer: Albert, Grzesinski, Göhre, v. Jarotzky [Vertr. Heines], Heinke; als Kommissare v. Dryander, v. Kameke; Rein.

(Vier Ernennungen, darunter von W. Momm zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden. [B]) — 1. Entwurf¹ einer Reichsabgabenordnung. Zustimmung im Reichsrat nur bei Änderung des § 8, der den Ländern eine angemessene Beteiligung bei der Einführung einer Reichseinkommensteuer sichert. [B] — 2. Veränderungen im Kronvermögen; vertagt. — Übertragung der Befugnis des Staatsministeriums zur Festsetzung der Pensionen der Hofbeamten an die Minister der Finanzen und der Justiz.² [B] — 3. Antrag des Reichspräsidenten auf Überlassung des Grundstücks des Hausministeriums. Er soll darüber mit der Krone verhandeln. [B] — 4. Kosten für die Tätigkeit der Bauern- und Landarbeiterräte. Eine Übernahme auf die Staatskasse erfolgt nicht. [B] — 5. Kriegsministerium. Mitteilungen von Grzesinski über die mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung sich ergebende Stellung des preußischen Kriegsministeriums. Verwaltungsbe-

¹ *Vgl. den am 24.7.1919 dem Staatenausschuß zugeleiteten Entwurf in: Drucks. Staatenausschuß, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 150, S. 1–76; die vom Staatenausschuß am 6.8.1919 beschlossene Fassung in: Verhandlungen, 47. Sitzung, S. 429 u. 432–523, Anlagen 1–2.*

² *Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) an den FinMinr. u. JMinr. v. 29.10.1919 in der Anlage, Bl. 159–159v.*

fugnisse und Kommandogewalt stehen *ihm dann* nicht mehr zu.³ — **6.** Baukostenzuschüsse zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit sowie zur Errichtung von Behelfsbauten und Notwohnungen. [B] — **7.** (Ankündigung einer Besprechung preußischer Vertreter über „Bildung einer Wirtschafts- und Verwaltungsgemeinschaft mit den thüringischen Staaten unter Einbeziehung preußischer Gebietsteile“ am 9. August 1919 in Weimar.⁴ — Oeser berichtet über die Bestrebungen des Eisenbahnerzentralverbands in Erfurt zu neuen allgemeinen Streikbewegungen unter den Eisenbahnbeamten und -arbeitern. [B] — Ein Schreiben⁵ des Generals von Lüttwitz zu einigen Artikeln der „Freiheit“, in denen schwere Beleidigungen gegen die Reichs- und Staatsregierung ausgesprochen werden.)

³ Vgl. dazu den Antrag des KrMinm. v. 3.8.1919 in: Rep. 90, Nr. 449, Bl. 102.

⁴ Vgl. die Niederschr. von Pfeiffer (Büro des StMinm.) v. 10.8.1919 über die Besprechung der Großthüringer Frage in Weimar, in: Rep. 90, Nr. 294, Bl. 295–301v, als Druck, Bl. 315–317v; vgl. ebenso den vollständigen Bericht des Vertr. des StMinm. v. Kameke in der Besprechung, Bl. 318–318v; bes. die Verhandlungsgrundlagen für eine Verständigung über die Vereinigung preuß. Gebietsteile mit Thüringen, Bl. 319–320. Vgl. auch Hajna, Zur Auseinandersetzung um die Überwindung der Kleinstaaterei in Thüringen, S. 47–50.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 60 Sitzung der Staatsregierung am 11. August 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 160–160v; MF 1015. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Südekum, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: v. Jarotzky [Vertr. MdI], Göhre; als Kommissare Schönbach, Fernow, v. Bornstedt [RK], v. Dryander, v. Kameke, Dombois, Rein.

(**1.** Einladung zur heutigen Eröffnung der Verhandlungen mit den Polnischen Abgeordneten *im ehemaligen Herrenhaus durch das Reichsaußenministerium.* — **2.** Ernennung. [B]) — **3.** Veränderung im Kronvermögen; *vertagt.*¹ *Verhandlungen* mit der Reichsregierung *darüber.* — *Verhandlungen über die von der Reichsregierung für den Reichspräsidenten beantragte Überlassung des Grundstücks des Hausministeriums.* [B] — **4.** Reichsabgabenordnung und Landesfinanzämter. *Richtlinien für die Preußischen Kommissare bei den weiteren Verhandlungen des Entwurfs einer Reichsabgabenordnung und der damit zusammenhängenden Organisationen. Berücksichtigung der preußischen Interessen bei der Abgrenzung der Bezirke für die Landesfinanzämter und Besetzung der Ämter.* [B] — (**5.** Ernennung. [B] — **6.** Betriebsrätegesetzentwurf. *Die in den kommissarischen Verhandlungen [...] abgelehnten preußischen Abänderungsvorschläge zum Entwurf eines Betriebsrätegesetzes² sind im Staatenausschuß einzubringen.* [B])

¹ Auf Ersuchen von Braun, der nach Weimar mußte u. ohnehin schärfsten Widerspruch gegen den Antrag des FinMinr. auf Herausgabe eines erheblichen Teils des beschlagnahmten Kronvermögens einlegte; vgl. den hs. Entwurf eines Schreibens an Hirsch u. weiteres Material in: VI. HA, NL Braun, D 4 Nr. 76, n.f. Vgl. weiterhin die gemeinsame Sitzung des RKab. mit der preuß. StReg. am 15.8.1919, 19 Uhr.

² Vgl. die Schreiben des Minr.dI v. 3.7.1919 u. MöA v. 4. u. 7.8.1919 zu Besprechungen über den Gesetzentwurf in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Adhib. 5 Bd. 1, Bl. 217–220v, 125–127v u. 121–124v; ebenso Rep. 77, Tit. 922 Nr. 30 Bd. 1, Bl. 243 ff. Vgl. auch die Sitzung des RKab. mit den preuß. HandMinr. u. MöA am 5.8.1919.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern im Weimarer Schloß am 15. August 1919, 10 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 46, S. 188–190.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck, am Zehnhoff, Südekum.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis.

1. Einmalige Teuerungszulage für die Beamten. Hinweis von Südekum auf die bedenklichen Folgen für die preußischen Finanzen. — **2.** Weisung der Preußischen Staatsregierung für das Verhalten der Beamtenschaft bei Ausrufung der Rheinischen Republik.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung in der Nationalversammlung in Weimar am 15. August 1919, 16 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 47, S. 191–194.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Braun, Fischbeck, Südekum, am Zehnhoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, v. Dryander, v. Kameke.

Umtausch von Banknoten und Abstempelung von Wertpapieren.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung in der Nationalversammlung in Weimar am 15. August 1919, 19 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 48, S. 194 f.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck, Braun, Südekum.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen v. Dryander, v. Kameke.

1. Südekum trägt das Angebot des Hausministeriums nach Überweisung des Gegenwertes von 2,5 Millionen Gulden nach Holland an den früheren Kaiser vor. — **2.** Erwerb des Hausministeriums zur Unterbringung des Reichspräsidenten.²

¹ Vgl. die Einladung v. 12.8.1919 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1315, Bl. 148–151.

² Zu den beiden TOP vgl. auch Jung, Volksgesetzgebung, T. 1, S. 462; vgl. auch zu TOP 2: Weber, Klaus-Dieter, Das Büro des Reichspräsidenten 1919–1934, Frankfurt/M. u. a. 2001, S. 122–124.

Nr. 61 Sitzung der Staatsregierung am 18. August 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 161–164; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Grzesinski, v. Kessel, Göhre, v. Bornstedt [RK]; als Kommissare v. Dryander, Dombois, E. Delbrück, Rein.

1. Entschuldungszulage für die Beamten. *Notgedrungene Billigung des Beschlusses¹ der Reichsregierung über die Zahlung einer einmaligen Entschuldungszulage trotz der ernstesten Bedenken. Endgültige Entscheidung jedoch erst nach Besprechung mit dem Ältestenrat und Präsidenten der Landesversammlung.* [B] — 2. Belagerungszustand. *Einarbeitung der Verbesserungsvorschläge zu dem vorgelegten Entwurf² in die preußische und die Reichsverordnung.* [B] — (3. *Aufhebung des Belagerungszustands³ über den Kreis Preußisch Holland.* [B] — 4. *Verhältnis zu Italien. Zustimmung, bei Wiedereröffnung der Beziehungen mit Italien einen Vertreter der deutschen Wissenschaft nach Rom zu entsenden mit dem Auftrage, über [...] die Zukunftsmöglichkeiten der deutschen wissenschaftlichen Institute in Italien zu berichten. Der Generaldirektor der Staatsarchive P. Kehr wird in Aussicht genommen.* [B] — 5. *Zusammensetzung des Reichsrats, Bericht.⁴* — 6. *Antrag von Reinhardt auf Enthebung von seinem Amt angesichts der neuen Bestimmungen der Reichsverfassung über die Kommandogewalt; wird wegen Abwesenheit von Hirsch und Reinhardt zurückgestellt.* [B] — 7. *Eingabe⁵ des Pommerschen Landbundes, daß der Landarbeiterverband die Tarifverträge nicht einhält und Braun einseitig Partei nimmt, wodurch Gefahr für die Einbringung der Ernte besteht. Demgegenüber betonen die Kommissare⁶ des Ministers, daß die Landarbeiterverbände schärfste Gegner einer Tarifverletzung sind und der Landbund nicht berechtigt ist, für die ganze pommersche Landwirtschaft zu sprechen. – Eine Stellungnahme des Staatsministeriums soll erst nach Äußerung von Minister Heine über den Untersuchungsbericht der Unterstaatssekretäre Meyer und Grzesinski erfolgen.* [B] — 8. *Reichsabgaben-Ordnung. Differenzen zwischen Reich und Preußen um den § 451. Zuteilung von Steueranteilen an die Länder.* [B])

¹ Vgl. Sitzung des RKab. mit preuß. Minr. am 15.8.1919, 10 Uhr; außerdem das Telegramm von Nobis aus Weimar v. 12.8.1919 an das StMinm. über die dringend erwünschte Teilnahme von Oeser, Heine u. Südekum an der Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 808, n.f.

² Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Jarotzky) v. 4.8.1919 mit dem Entwurf in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 166–169.

³ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 754, S. 1132.

⁴ Vgl. das Schreiben von Nobis aus Weimar v. 16.8.1919 an das StMinm. in: Rep. 90, Nr. 304, n.f.

⁵ Das Telegramm an den MinPräs. v. 13.8.1919 in: Rep. 87, B Nr. 277, Bl. 122 u. Nr. 329, Bl. 61 (Dt. Tageszeitung v. 15.8.1919, Ausschn.).

⁶ Vgl. den Bericht von v. Aschoff u. Grimm (RegKom. für Arbeiterfragen im LandMinm.) sowie Faas (Referent im RWiMinm.) über die vom 7.–20.8.1919 durchgeführte Dienstreise, von Braun am 26.8.1919 versandt, in: Rep. 87, B Nr. 277, Bl. 139–142, 192–195 u. 202–204v.

Nr. 62 Sitzung der Staatsregierung am 26. August 1919.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 165–168; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.; BArch Lichterfelde, R 43 I/2285, Bl. 21–24.

Anwesend: Hirsch [V], Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: David [RMinr.dI], Schulz [UStS RMdI], O. Meyer, F. Busch, C.H. Becker, Scheidt, Grzesinski, v. Meyeren, Meister, Göppert [AA], Wever [RK], Göhre, Schönbach, Fernow, Fleischer; als Kommissare C. Busch, E. Delbrück, Rein.

(1. *Erörterung der zwischen Reichsinnenminister Koch und Haenisch entstandenen Streitfrage über die von letzterem einberufene und von ihm als intern gedachte Vorkonferenz der bundesstaatlichen Kultusminister zur Reichsschulkonferenz. Es wird der Standpunkt vertreten, daß es richtiger ist, die für Würzburg in Aussicht genommene Vorkonferenz in Berlin abzuhalten.* [B]) — 2. *Reichs- und Staatsbeihilfen zur Abbürdung der Überteurungskosten bei Wohnungsbauten. Sie werden auch den Gemeinden [...] in abzutretenden Gebieten [...] gezahlt.* [B] — 3. *Einrichtung der Landesfinanzämter und Abgrenzung ihrer Bezirke.*¹ [B] — 4. *Finanzielle Auseinandersetzung mit dem Saargebiet.*² *Keine Belastung mit einem Teil der Reichs- oder Staatsschuld.* [B] — (5. *Referat Heines über ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen zur Stärkung des deutschen Empfindens in den besetzten westlichen Provinzen. Zustimmung zu den Anträgen: a. Bitte an die Reichsregierung, auch den Loslösungsbestrebungen entgegenzutreten, die der Trennung von Preußen gelten; b. In den gefährdeten Provinzen Aufnahme einer inoffiziellen regen Propagandatätigkeit zur Stärkung des Zusammenhangs mit Preußen und Deutschland. Erwägung aller ministeriellen Maßnahmen [...] künftig auch vom Standpunkt der Wirkung auf die Loslösungsbestrebungen.* [B]) — 6. *Ostpreußen. Militärische Sicherung der Provinz und finanzielle Mittel für ein längeres Verbleiben der Truppen durch das Reich.* [B] — 7. *Neun Ernennungen.* [B] — 8. *Personalakten.*³ *Aufrechterhaltung des Beschlusses v. 12. Juli 1919, daß die Einsichtnahme in die bisher geführten Akten versagt bleiben muß.* [B] — 9. *Tarifverträge mit dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei den Reichs- und Staatsbehörden in Groß-Berlin.* [B] — 10. *Ernennung der preußischen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Reichsrats.* [B] — 11. *Eisenbahntarife im Personen- und Güterverkehr. Einverständnis mit den Anträgen auf Erhöhung.* [B] — (12. *Gesetzentwurf*⁴ *über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtszwecken der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie zur Verbilligung der Lebensmittel. Zustimmung mit einer Maßgabe.* [B])

¹ *Vgl. zur Bildung der 26 Landesfinanzämter, davon 13 preußischen: Witt, Peter-Christian, Reichsfinanzminister und Reichsfinanzverwaltung. Zum Problem des Verhältnisses von politischer Führung und bürokratischer Herrschaft in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1918/19–1924), in: VfZ, 1 (1975), S. 1–61.*

² *Die Vorlage des FinMinr. v. 11.8.1919 in: Rep. 151, I A Nr. 7480, n.f.*

³ *Die Vorlage des JMinr. v. 16.8.1919 in: Rep. 90, Nr. 2319, Bl. 192–192v.*

⁴ *Die Vorlage des FinMinr. zugleich im Namen des Minr.dI u. des StKom. für Volksernährung v. 22.8.1919 in: Rep. 90, Nr. 2430, n.f. Der Entwurf der LV übersandt am 5.11.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 1171, S. 1592 f. Vgl. das Gesetz v. 13.11.1919, GS 1920, S. 71.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 28. August 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 55, S. 219–228.

Anwesend: für Preußen Heine, Oeser.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. *Die Lage in Oberschlesien nach dem polnischen Aufstand. Reichs- und Staatskommissar Hörsing fordert militärischen Schutz gegen die Bedrohung durch polnische und tschechische Truppen. Heine über die Durchführung der Gemeindewahlen in Oberschlesien.* — 2. *Vereinigung des Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministeriums.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten am 1. September 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 56, S. 228 f.

*Anwesend: für Preußen Oeser.*¹

1. Die Schiffsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens wird dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten (Arbeitsminister) unterstellt, wobei allerdings, nachdem Oeser die Sitzung verlassen hatte, dem Reichswirtschafts- und dem preußischen Kriegsminister wesentliche direkte Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidungen der Abteilung eingeräumt werden.

¹ Oesers nahm nur an der Beratung des TOP 1 teil, vgl. zu seinem Einspruch v. 8.9.1919 auch Rep. 120, C XVII 1 Nr. 75 Bd. 1, n.f.

Nr. 63 Sitzung der Staatsregierung am 5. September 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 171–171v; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Südekum [V]. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Wildermann, Mügel [i. V. am Zehnhoffs], Freund [i. V. Heines], Ramm [i. V. Brauns], v. Meyeren [i. V. Fischbecks], Leese [i. V. Oesers], Wever [RK], Göhre; als Referenten Gürich, v. Dryander, F. Busch, Dombois, E. Delbrück; Rein.

1. Referat des Finanzministers über seine „Denkschrift¹ über die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte, Volksschullehrpersonen, unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrpersonen im Ruhestande, deren Hinterbliebene sowie an Lohnangestellte höherer Ordnung“. Ebenso sind Beihilfen für die Arbeiter in den staatlichen Betrieben vorgesehen. Unverzügliche Vorlage der Denkschrift in der Landesversammlung.² [B] — **2.** Personalangelegenheiten; vertagt.

¹ Mit Schreiben v. 3.9.1919 der StReg. übersandt. Der Antrag des FinMinr. auf Behandlung des Gegenstandes u. die Denkschrift in: Rep. 90, Nr. 808, n.f. — Der angekündigte Gesetzentwurf betr. die Bereitstellung von Geldmitteln zur Deckung für eine einmalige Beschaffungshilfe nebst Begründung, eingereicht am 18.8.1919, ebd. Zur Besprechung der Frage in der LV mit den Vizeprärs. Porsch u. Frenzel sowie den Mitgl. des Ältestenrats, die den Mehrheitsparteien angehörten, am 21.8.1919 (Einladung des Prärs. Leinert v. 14.8.1919) vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 16 Bd. 3, n.f.

² Der LV übersandt am 6.9.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 727, S. 1111–1113; eine hs. Aufzeichnung vom VortrR Valentiner über die Beratung über eine einmalige Teuerungszulage im Haushaltsausschuß der LV am 11. u. 12.9.1919, in: Rep. 90, Nr. 808, n.f.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 11. September 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 61, S. 248–249.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Südekum, Oeser.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Mügel.

1. Aussprache über den Bericht des Generals Dupont vom 9. September 1919 über Oberschlesien. — 2. Autonomie für Oberschlesien. Erneuter Widerspruch der preußischen Minister. Bildung eines oberschlesischen Landesausschusses als Vertretungsorgan gegenüber der Regierung und der Entente.

¹ Vgl. die Einladung des RMinm. v. 10.9.1919 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1315, Bl. 174–175; eine hs. Aufzeichnung von Heine v. 12.9.1919 über die Sitzung in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 100, Bl. 198 u. 314.

Nr. 64 Sitzung der Staatsregierung am 12. September 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 173–176v; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Wildermann, Linz, Mügel, Freund, Ramm, C.H. Becker, v. Bornstedt [RK], Nobis, Rein; als Referenten Kügler, Seelig.

1. Strafsache gegen den Husaren Runge u. Gen. Keine Zuständigkeit der Preußischen Staatsregierung [...] zur Bestätigung oder Aufhebung des Urteils.¹ [B] — 2. Die Landesversammlung beansprucht das Herrenhausgrundstück. Antrag Stegerwalds, davon Abstand zu nehmen. Bemühen um eine Verständigung. [B] — 3. Reichsrat. Schaffung einer ständigen Vertretung Preußens nach Maßgabe der Denkschrift² des [...] Ministerpräsidenten. Die ständige Vertretung übernimmt der Dirigent im Staatsministerium E. Nobis. Nur die [...] Mitglieder des Staatsministeriums sind zu ordentlichen Mitgliedern des Reichsrats zu ernennen.³ — Dauernde Teilnahme eines Staatsbeamten an den Verhandlungen der Landesversammlung.⁴ [B] — 4. Dem Antrage⁵ von Kriegsminister Reinhardt auf seine Amtsenthebung mit Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung wird entsprochen. Er betont in seinen Dankesworten, daß durch die Pflege des preußischen Gedankens [...] das Staatsministerium vor allem den deutschen Gedanken hochhält. Grundsätzliches Einverständnis mit der Ernennung eines Landeskommandanten⁶, um somit eine gänzliche Trennung der Preußischen Staatsregierung von allen militärischen Fragen zu vermeiden. [B] — 5. Gewährung von Schadenersatz an Beamte des besetzten Gebietes, wenn diese durch Zwangsmaßnahmen der Besatzungsbehörden geschädigt werden. [B] — 6. Von einer Abänderung der Wohnungsmangelverordnung⁷ durch Einbeziehung

¹ Vgl. das Schreiben des StMinm. v. 13.9.1919 an den UStS in der RK in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2285, Bl. 26.

² Die Denkschrift über die Notwendigkeit einer ständigen Vertretung Preußens im Reichsrat, vom Präs. des StMinm. allen Minr. (außer KrMinr.) am 10.9.1919 übersandt, in: Rep. 90, Nr. 105, Bl. 41–45.

³ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. v. 13.9.1919 an die Minr. in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 42 Beiakte 1 Bd. 1, Bl. 34.

⁴ Der Erlaß des StMinm. über die Ernennung des RegAss. Dombois v. 13.9.1919 in: Rep. 90, Nr. 23, n.f.

⁵ Vgl. das Schreiben an den Präs. des StMinm. v. 13.8.1919 in: Rep. 90, Nr. 893, n.f.; das Gesuch v. 16.9.1919 an den Präs. der LV in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 758, S. 1134 f.

⁶ Vgl. dazu den Antrag des KrMinr. v. 20.9.1919 in: Rep. 84a, Nr. 1084, Bl. 58–58v; die Voten von Minr. in: Rep. 77, Tit. 1265 Nr. 2, Bl. 3 ff.

⁷ Vgl. die Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel v. 23.9.1918, RGBl. II, S. 1143.

staatlich genutzter Gebäude und der verwalteten ehemaligen landesherrlichen Schlösser wird Abstand genommen. [B] — **7. Aufhebung des Beschlusses⁸ vom 2. August 1919 über die Durchführung von Gemeindewahlen in Danzig und Elbing.** [B] — **8. 22 Ernennungen; darunter von A. Winnig [...] zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen⁹, und zu Regierungspräsidenten: J. Bitta – Oppeln, L. Bartels¹⁰ – Frankfurt/O., M. Frh. v. Braun – Gumbinnen, H. Haußmann – Stralsund, G. Springorum – Kassel, E. Belzer – Sigmaringen.¹¹ – Versetzung des Regierungspräsidenten W. v. Miquel [...] in den Ruhestand.** [B] — **(9. Annahme des Angebots von Drews¹², Gesetzentwürfe über die Polizeiverwaltung sowie über die Beteiligung der Gemeinden an der Verwaltung der äußeren Schulangelegenheiten auszuarbeiten.** [B]) — **10. Zustimmung zum Entwurf der Satzungen für die Staatstheater Berlins, Opernhaus und Schauspielhaus.¹³ Beide Häuser werden bis auf weiteres dem Staatsministerium unterstellt.** [B]

⁸ Vgl. Sitzung am 2.8.1919, TOP 2. Die Vorlage des Minr.dI v. 25.8.1919 in: Rep. 84a, Nr. 5864, Bl. 401–403. Am 12.8.1919 hatte die vom OPräs. einberufene Versammlung einstimmig entschieden: Die Abhaltung von Gemeindewahlen in Abstimmungsgebieten ist unbedingt zu widerraten ... Im Gebiete des zukünftigen Freistaates Danzig sind Wahlen nur dann angezeigt, wenn nicht die Sicherheit geboten erscheint, daß derartige Wahlen alsbald nach Konstituierung des Freistaates vorgenommen werden können, Bl. 401–401v.

⁹ Der Antrag des Minr.dI v. 23.8.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 1, Bl. 211.

¹⁰ Vgl. Rep. 77, Tit. 4045 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 72–84, 86 ff. u. 93 ff.

¹¹ Vgl. die Anträge des Minr.dI in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 1, Bl. 216 u. 227–234v sowie Rep. 84a, Nr. 8184, Bl. 55–56v u. 60–65v.

¹² Vgl. Rep. 90, Nr. 2300, Bl. 22–22v.

¹³ Die Vorlage des WissMinr. (i. A. Naumann) v. 13.8.1919 in: Rep. 84a, Nr. 9252, Bl. 27–31v; die Satzungen für beide Häuser, Bl. 32–38v.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 16. September 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 63, S. 258.

Anwesend: für Preußen [zu TOP 6] Hirsch, Braun, Heine, Haenisch.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Ramm, Mügel.

6. Besprechung der Meinungsverschiedenheiten mit dem preußischen Landwirtschaftsministerium über den weiteren Abbau der Zwangswirtschaft in einer Generaldebatte.

¹ Vgl. die Einladung des RMinm. v. 13.9.1919 mit der TO: Besprechung der Zwangswirtschaft von Nahrungsmitteln, in: Rep. 90, Nr. 388, n.f. u. Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.; vgl. auch BArch Lichterfelde, R 43 I/1315, Bl. 179 u. 181.

Nr. 65 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 19. September 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 178–181v; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Reinhardt, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: R. Schmidt, Mügel [i. V. am Zehnhoffs], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Albert [UStS RK], W. Peters, Ramm, C.H. Becker, v. Seefeld, Articus, Nobis, Brecht [RK]; als Kommissare v. Kameke, C. Busch, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück.

(1. Der Beantwortung der „Kleinen Anfragen“ durch die zuständigen Ressorts ist die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken. [B]) — 2. Der Entwurf¹ eines Ausführungsgesetzes zum Reichssiedlungsgesetz wird unverändert gutgeheißen. Sofortige Vorlage in der Landesversammlung. [B] — 3. Weitergewährung von Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezügen bei unfreiwilligem Verlust der Staatsangehörigkeit.² [B] — 4. Abbau der Zwangswirtschaft³ und Führung der Ernährungspolitik. – Das Amt eines preußischen Staatskommissars für Volksernährung wird beibehalten und R. Schmidt von diesem Amte [...] entbunden. Übertragung der Nachfolge an Unterstaatssekretär M. Peters. Dieser Personenwechsel bedeutet keinen Systemwechsel, was durch eine Pressenotiz [...] ausdrücklich bekannt gegeben werden soll.⁴ [B] — (5. Mißfallen über die Notiz [...] „Beschleunigte Autonomie Oberschlesiens“ [...] in der „Vossischen Zeitung“ vom 18. September 1919. Danach soll Erzberger [...] in einer [...] Besprechung mit der ober Schlesischen Zentrums Presse ein [...] zwischen Reichs- und Preußischer Regierung dahin getroffenes Übereinkommen bekannt gegeben haben, daß voraussichtlich schon bis zum 1. Oktober 1919 für Oberschlesien die provinzielle Selbständigkeit hergestellt wird. Eine Berichtigung ist durch die Reichskanzlei unterbunden worden. Schon mehrfach haben Reichsstellen in der Behandlung preußischer Angelegenheiten in der Öffentlichkeit sich nicht die unerläßliche Vorsicht und Zurückhaltung auferlegt.⁵ [B] — 6. Erhöhung der Tagegelder für Schöffen und Geschworene angesichts der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse. [B] — 7. Beibehaltung der „Frauenreferate“ über den 1. Oktober 1919 hinaus.⁶ Finanzielle Entschädigung zunächst aus dem sog. Hilfsarbeiterfonds. [B] — 8. Zwölf Ernennungen und fünf Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B]

¹ Die Vorlage des LandMinr. v. 23.8.1919 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 1, Bl. 161 u. 163–174. Bereits am 15.9.1919 der LV übersandt, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 783, S. 1273–1280. Vgl. das Ausführungsgesetz v. 15.12.1919, GS 1920, S. 31 u. zum Gesetz Stölzel, Otto (GehOReg. u. VortrR im Mdl), Wohnungsgesetzgebung für Preußen. Das Wohnungsgesetz mit den ergänzenden Bestimmungen und dem Wohnungsnotrecht. Handausgabe mit Anmerkungen, 2. Aufl., Berlin 1920, S. 394–410.

² Der Runderlaß des FinMinr. zugleich im Namen des Minr.dI v. 31.10.1919 in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 106 Bd. 10, n.f.; veröffentl. in: MinBl. innere Verw. Nr. 14 v. 30.11.1919, S. 467.

³ Dazu Hirsch am 23.9.1919 in einer Mitteilung an die RK, das StMinm. habe sich bis auf weiteres noch für Beibehaltung der Zwangswirtschaft ausgesprochen, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1255, Bl. 186.

⁴ Vgl. WTB v. 20.9.1919 (Nachm.-A.) in: Rep. 90, Nr. 871, n.f.

⁵ Vgl. dazu die Erklärungen der preuß. Reg. in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 142–143.

⁶ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. v. 13.9.1919 an den WohlfMinr. in: Rep. 191, Nr. 9, Bl. 24; vgl. auch das Schreiben des Minr.dI v. 24.7.1919 in: Rep. 151, I C Nr. 11736, n.f.

Nr. 66 Sitzung der Staatsregierung am 22. September 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 182–185; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Heine, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Bodenstein [Vertr. Oesers], Kübler [Vertr. am Zehnhoffs], Löhlein [Vertr. Südekums], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Grzesinski, Freund, C.H. Becker, Leese, v. Bornstedt [RK], Nobis; als Kommissare Loycke, Schönberg, v. Kameke, C. Busch, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück.

1. Mitteilungen: a. Auseinandersetzung in der Presse über die oberschlesische Provinzialfrage.¹ Erzberger legt Verwahrung gegen das Vorgehen der Preußischen Regierung ein.² Verständigung über den Entwurf eines Antwortschreibens an die Reichsregierung; b. Antrag [...] an die Reichsregierung, um gemeinsam die weitere Verwendung des Unterstaatssekretärs Grzesinski [...] zu regeln; c. Die Preußische Landtagsfraktion der SPD schlägt L. Brunner wieder als Beirat für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten vor; d. Vereinbarung über die Verwendung des Herrenhausgebäudes, der Beamten und der Bibliothek; e. Kauf der auf Lebenszeit verliehenen preußischen Orden³; f. Zahlung der Zinsen einer Stiftung für pommerische Inhaber des Ordens Pour le mérite; g. Erweiterung der Aufklärungstätigkeit gegen die rheinische Aktivistenbewegung, die sich der lebhaftesten Förderung der Franzosen erfreut und überall [...] als ernst anzusehen ist; h. Vorschläge des Auswärtigen Amts zum Schutze der deutschen Minderheit in den an Polen gelangenden Gebieten und [...] erforderlichenfalls der polnischen Minderheit in Preußen im Hinblick auf Gegenseitigkeit⁴; i. Ausstand der Justizbeamten im besetzten Gebiet der Provinz Posen infolge Sperrung der Gehaltvorschüsse. [B] — 2. Sicherstellung des Abtransports der Beamten aus dem abzutretenden Ostgebiet bei keinem Abkommen mit Polen vor Ratifizierung des Friedens. [B] — 3. Übernahme der Verwaltung des Fürstentums Birkenfeld [...] durch Preußen.⁵ [B] — 4. Bereitstellung eines 500-Millionen-Fonds zur Schadloshaltung für die Abstimmungsgebiete.⁶ Vorlage in der Landesversammlung und Verhandlung mit dem Reich wegen Beteiligung. [B] — 5. Unverzügliche Anberaumung von Beratungen über die Übernahme der Kosten für Anlegung eines Freihafens in Flensburg auf die Staatskasse. [B] — 6. Der Saarverein beantragt Unterstützung der Saarpresse. [B] — 7. Zwölf Ernennungen. [B] — 8. Der Arbeiterrat in Königsberg ist nicht befugt, Kontrollrechte auf Personen zu übertragen, die nicht seine Mitglieder sind.⁷ [B]

¹ In der vorbereiteten TO als Differenz mit der Reichsleitung formuliert; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 72–73.

² Am 20.9.1919; Vgl. Rep. 90a, D I 2 Nr. 20, Bd. 1, Bl. 203–205

³ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. A. v. Dryander) v. 18.10.1919 an die General-Ordenskomm. in: Rep. 168, Nr. 605, Bl. 14–14v.

⁴ In der vorbereiteten TO als Gegenseitigkeit an Polen hinsichtlich des Schutzes der Minderheit formuliert; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 72–73.

⁵ Die Vorlage des Minr.dI v. 12.9.1919 in: Rep. 84a, Nr. 1715, Bl. 7–8v; das Schreiben des Präs. des StMinm. v. 6.10.1919 an das oldenburg. StMinm. in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 25 Bd. 1, Bl. 29–29v

⁶ Das Schreiben (Rundschreiben) des Minr.dI v. 8.9.1919 in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 47, Bl. 5–7v, mit dem Vermerk, daß der jetzige Entwurf auf Grund neuer Verhandlungen mit den beteiligten Ressorts aufgestellt worden ist; der Entwurf v. 1.9.1919, Bl. 1–4; die Voten von Wohlfin., JMinr., WissMinr. u. Minr. Reinhardt, Bl. 10–13. Das Schreiben des Minr.dI an den RFinMinr. v. 26.9.1919, Bl. 22–25; der Entwurf, Bl. 18–21v.

⁷ Die Vorlage des WissMinr. v. 3.9.1919 in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 15, Bl. 147–148v u. Rep. 77, Tit. 1373a Nr. 1, Bl. 167 bis 168v.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 25. September 1919, 16 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 67, S. 270–272.

Anwesend: für Preußen Hirsch.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Valentiner.¹

¹ Vgl. seine hs. Urschrift über die Sitzung in: Rep. 90, Annex S Nr. 10, n.f.

1. Aussprache über Vorgänge im Baltikum. — 2. Vertrag über Waffenlieferungen an die Tschechoslowakei.

Nr. 67 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung am 25. September 1919, 17 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 186–187v; MF 1016. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Troeltsch, Wildermann, Linz, Nobis, Freund, Dönhoff, Löhlein, Fleischer, v. Schenck, Valentiner, C. Busch, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück.

(1. Überweisung der fälligen Zinsen für das vormals Hannoversche Königshaus an die Cumberlandische Verwaltung. [B] — 2. Zwei Ernennungen und Zustimmung zur Ernennung des Generalleutnants B. v. Oven zum Landeskommendanten von Preußen. [B]) — 3. Nobis berichtet über Ergänzungsetats und ein Notgesetz [...] des Reichsfinanzministeriums¹ an den Reichsrat, bei denen man den Eindruck gewinnt, daß diese nicht mit der der Finanzlage des Reiches entsprechenden Sparsamkeit aufgestellt sind. Da ein Widerstand Preußens allein [...] aussichtslos und nicht angängig erscheint, ist mit den Vertretern der übrigen Länder im Reichsrat in Verbindung zu treten², um eine genaue Nachprüfung der Ergänzungen zum Reichsetat zum Zwecke größerer Ersparnisse herbeizuführen.³ [B] — (4. Neubewilligung von Baukostenzuschüssen; vertagt. — 5. Bericht von Valentiner über die Sitzung des Reichskabinetts betr. die Verhältnisse im Baltikum.)

¹ Vgl. den Gesetzentwurf betr. die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1919 in: Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 188, S. 1–10; von RFinMinr. Erzberger dem ReichsR übersandt am 19.9.1919.

² Vgl. die Einladung (Staatstelegramm) an die Gesandtschaften der Freistaaten v. 25.9.1919 zu einer Besprechung zwecks Verständigung der Länder am 26.9.1919. Die preuß. Reg. kündigte an, morgen eine Vertagung der Ausschusssitzung des ReichsR zu beantragen, in: Rep. 90, Nr. 1404, n.f.

³ Vgl. die Erklärung des Vertr. der preuß. Reg. namens aller Länder am 27.9.1919 im ReichsR, größte Sparsamkeit als eine der dringendsten Aufgaben anzusehen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1919, 58. Sitzung am 27.9.1919, S. 678. Der vom ReichsR angenommene Entwurf, S. 680–682, Anlage. Vgl. das Gesetz v. 1.10.1919, RGBl. II, S. 1771.

Nr. 68 Sitzung der Staatsregierung am 29. September 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 188–191v; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Südekum, Heine, Reinhardt, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [i. V. Fischbecks], O. Meyer, W. Busch, Wildermann, Linz, Freund, W. Peters, Scheidt, C.H. Becker, Bodenstein, Grzesinski, Conze, Bracht, v. Lambsdorff, Nobis, Matzies, v. Bornstedt [RK]; als Kommissare Fleischer, Loehrs, Krahmer-Möllenberg, v. Kameke, C. Busch, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück.

1. Angelegenheiten des Memelgebiets.¹ *Weiterführung aller laufenden Verwaltungsgeschäfte bis zur Durchführung des Friedensvertrags und ohne Rücksicht darauf, daß nach dem Friedensvertrage das Memelgebiet von Deutschland abgetreten wird.* [B] — (2. *Die Anträge der Reichsregierung [...] im Reichsrat, welche die Maßnahmen zur Verbilligung der unentbehrlichen Lebensmittel fortsetzen, werden akzeptiert.* [B] — 3. *Benennung eines Verbindungs-offiziers zwischen Reichswehrministerium und Staatsministerium. Dafür will man in erster Linie den neuernannten Landeskommandanten vorsehen.* [B]) — 4. *Bestellung eines Reichskommissars zur Vertretung der deutschen Interessen bei Durchführung des Friedensvertrags für den Freistaat Danzig. Dem Auswärtigen Amt wird Regierungspräsident Förster vorgeschlagen.* [B] — 5. *Weiterbewilligung von Baukostenübersteuerungszuschüssen. Anforderung von 45 Millionen Mark [...] bei der Landesversammlung.* [B] — 6. *Bau einer Nebenbahn in der Provinz Posen, wenn hierdurch eine Erhaltung [...] deutschen Gebiets [...] erreicht wird.* [B] — 7. *Vereidigung der preußischen Staatsbeamten auf die Reichsverfassung.*² *Aufklärung über den Sinn der Worte „unverzüglich“ in der Verordnung³ des [...] Reichspräsidenten v. 14. August 1919.* [B] — 8. *26 Ernennungen.* [B] — 9. *Bereitstellung eines 500-Millionen-Fonds [...] für die Abstimmungsgebiete; vertagt.*⁴ — (10. *Instruktionen für die bevorstehende Beratung des Reichsetats im Reichsrat.* [B])⁵

¹ *Die Vorlage des Minr.dI (i. A. Loehrs) v. 20.9.1919 in: Rep. 151, I A Nr. 7450, n.f.; hier auch das Schreiben des Präs. des StMinr. an die Reichs- u. StMinr. v. 20.9.1919. Vgl. allgemein: Janz, Friedrich, Die Entstehung des Memelgebiets. Zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrages, Berlin-Lichterfelde 1928, S. 63 ff.*

² *Vgl. den Antrag des Minr.dI v. 29.9.1919 in: Rep. 151, I B Nr. 2688, n.f.; vgl. das Vereidigungsprot. mit Anlage in: Rep. 84a, Nr. 12020, Bl. 7–11v; vgl. auch den Runderlaß des WissMinr. v. 16.12.1919 in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 12 v. 20.12.1919, S. 659–661. Zur Vereidigung des preuß. MinPräs. vgl. Das Kabinett Bauer, Nr. 59, S. 242: Bitte von UStS Göhre um Stellungnahme des RKab. zu der Frage.*

³ *Vgl. RGBl. II, S. 1419.*

⁴ *Hs. Vermerk auf dem Prot.-Auszug: Beratung der Angel. am 3.10. im RKab. u. am 4.10. im Ausschuß der LV; vgl. Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 47, Bl. 28.*

⁵ *Ein Bericht über die Sitzung in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 223 v. 30.9.1919.*

Nr. 69 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 2. Oktober 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 194–196; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Bodenstein [i. V. Oesers], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Dönhoff, Freund, Ramm, C.H. Becker, v. Jarotzky, Fritze, Bracht, v. Bornstedt [RK]¹, Nobis; als Referenten Fleischer, Paul, Berndt, v. Kienitz, Israel, Hartrodt, v. Kameke, C. Busch, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück.

¹ *Als Vertr. der RReg. wurde er erst eine Stunde nach Beginn der Sitzung zu 17 Uhr geladen, damit vorher der TOP 2 ohne ihn behandelt werden konnte; vgl. den hs. Vermerk von Bürodir. Riedel in: Spezialakten, Bd. 16, Bl. 87.*

1. Umwandlung der landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf² in eine landwirtschaftliche Hochschule mit Rektoratsverfassung und Verleihung des Promotionsrechtes. [B] — 2. *Forderung nach Rückgabe* bisher militärisch benutzter Gebäude *durch das Reich und Verwahrung* [...] gegen die Absicht, die Erfüllung der Rechtsansprüche Preußens aus dem Gesetz von 1873 durch ein neues Gesetz einseitig zu vernichten.³ [B] — 3. 500-Millionen-Fonds [...] für die Abtretungsgebiete. *Die Beteiligung der Reichsregierung an der Aufbringung der Summe ist zur Sprache zu bringen*⁴ *und mit dem Ältestenausschuß der Landesversammlung Kontakt aufzunehmen. Einspruch gegen die Anwesenheit des dänischen Ministers Hansen in Städten der Provinz Schleswig-Holstein.* [B] — 4. Beamtenstellen *für* das Wohlfahrtsministerium. [B] — 5. Besetzung von Stellen politischer Beamter und vorläufige Versetzung solcher Beamten in den Ruhestand.⁵ *Heine erklärt sich bereit, [...] auch bevorstehende kommissarische Ernennungen von Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten [...] dem Staatsministerium mitzuteilen.* [B] — 6. *Zur Beteiligung unmittelbarer Staatsbeamten*⁶ an den Bestrebungen zur Schaffung einer rheinischen Republik. [B] — 7. *Zwei Ernennungen und zwei Versetzungen in den Ruhestand.* [B] — (8. *Kosten der Sicherheitspolizeitruppe im ost- und westpreußischen Abstimmungsbezirk. Sie sind, weil eine Folge des Friedensvertrages, vom Reiche zu tragen.* [B] — 9. *Mitteilungen über die Beratungen des Reichsetats im Reichsrat.*) — 10. *Fünf Pensions-sachen.*⁷ [B]

² *Zur Vorlage des LandMinm. (Braun) v. 1.10.1919 vgl. das Schreiben v. 14.1.1920 in: Rep. 90, Nr. 1776, n.f.; vgl. auch Remy, Theodor (Prof. an der landwirtschaftl. Akademie), Die Not der landwirtschaftlichen Akademie in Bonn-Poppelsdorf, in: Rep. 84a, Nr. 1984, Bl. 28–36. Vgl. die Bekanntmachung des LandMinr. v. 8.4.1920, GS, S. 85.*

³ *Zum Gesetzentwurf des Reichs v. 25.9.1919 zur Abänderung des Reichsgesetzes v. 25.5.1873 über die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauche einer Reichsverw. bestimmten Gegenstände vgl. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 1 Beiakte 1, Bl. 1–2 (Schreiben des Präs. des StMinr. v. 21.10.1919 an die Minr.), Bl. 3–17 (Gesetzentwurf mit Begründung) u. Bl. 23–28 (Voten der Minr.).*

⁴ *Vgl. die Notiz von Heine v. 6.10.1919, in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 47, Bl. 35; zur Sitzung des Ältestenrats, der sich mit der Anregung der Reg. beschäftigte, das Schreiben des Präs. der LV v. 4.10.1919 an den Minr.dI, Bl. 34–34v.*

⁵ *Vgl. die Aufzeichnung von Referent H. Schellen v. 2.10.1919 zur Sitzung in: Rep. 77, Nr. 4084, Bl. 132.*

⁶ *Zu den Aktivitäten des Eisenbahnobersekr. Kirchner vgl. Rep. 90, Nr. 2325, Bl. 6 ff.*

⁷ *Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 13, 59, 210, 263 u. 485.*

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung im Reichstagsgebäude am 3. Oktober 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 72, S. 284–289.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Südekum.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Scheidt, Valentiner.

1. *Räumung des Baltikums.* — 2. *Internationale Arbeitskonferenz in Washington.* — 3. *Unterstützungskaktion für Angehörige der Abstimmungsgebiete.* — 4. *Verleihung des Professorentitels durch das Reichsministerium.* — 5. *Kosten der Sicherheitspolizei für das Reich und Preußen.* — 6. *Entwurf einer Spar-Prämienanleihe.* — 7. *Lähmung der Neubautätigkeit durch Unrentabilität und Baustoffmangel.* — 8. *Verordnungsentwurf über Teuerungszuschläge zu den Tagegeldern und Reisekosten der Schöffen und Geschworenen.* — 9. *Entwurf einer Bekanntmachung betr. die Vergütung für Vorspann- und Spanndienste.* — 10. *Stellung des Reichsministeriums zur Vollstreckung von Todesstrafen.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 9. Oktober 1919.

Druck: *Das Kabinett Bauer*, Nr. 74, S. 291–294.

Anwesend: für Preußen zu TOP 1–3 und 7 Südekum, Heine.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, zu TOP 1–3 und 7 Bodenstein, Erythropel.

1. Preußischer Antrag auf Überlassung der Militärischen Akademie zur Unterbringung der Eisenbahndirektion Bromberg. — 2. Gesetz betr. Abänderung des Gesetzes v. 25. Mai 1873 über die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauch einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände. — 3. Bestimmung der für die Zahlung der Gebühren aus dem Offiziers- und Kapitulant-Entschädigungsgesetz zuständigen Stellen. — 7. Außerordentliche Schwierigkeiten in der Transportfrage und Widerstand Preußens gegen die Errichtung des Reichsverkehrsministeriums.

¹ Vgl. die Einladung v. 8.10.1919 zur Sitzung in: *BArch Lichterfelde*, R 43 I/1315, Bl. 204.

Nr. 70 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 10. Oktober 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 197–200v; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; Rep. 84a, Nr. 4563, Bl. 227–230v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Peters, Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Freund, C.H. Becker, v. Seefeld, Conze, Göhre, v. Bornstedt [RK], Nobis; als Referenten v. Kameke, C. Busch, J. Bachem, E. Delbrück.

1. Vorübergehende Einrichtung einer Zoll-Auffangorganisation auf dem rechten Rheinufer bis zum Ausgang der Zollverhandlungen in Versailles. [B] — 2. Mitteilungen des Ministerpräsidenten; a. Man schließt sich dem Verzicht des Reichsministeriums auf die neuerdings beschlossene „einmalige Beschaffungszulage an Beamte usw.“ an; b. Der Ältestenausschuß der Landesversammlung empfiehlt den Fraktionen die Zustimmung zum Fünfhundertmillionenfonds zur Schadloshaltung für die Abstimmungsgebiete; c. Ausweisungen von Beamten aus Saarlouis als ein Beweis des planmäßigen Vorgehens der Franzosen zur Desorganisation der preußischen Verwaltung. Intervention beim Auswärtigen Amt; d. Die Verhängung des Ausnahmezustands über die Kreise Borken und Ahaus; die Militärbefehlshaber sollten nach der neuen Reichsverfassung nicht mehr dazu befugt sein; e. Nobis berichtet über den weiteren Verlauf der Beratung des Reichsetats im Reichsrat und die im Reichstag bestehende Absicht, den Gesetzentwurf¹ betr. Einrichtung eines Staatsgerichtshofes auf dem Wege der Initiativantragstellung einzubringen. Bei der hohen politischen Bedeutung der Angele-

¹ Vgl. Drucks. NatVers., Bd. 335, Nr. 355, S. 213 f.; die Regierungsbegründung zum Gesetzentwurf v. 20.8.1919 auch in: *Ursachen und Folgen*, Bd. 3, S. 274 f.

genheit ist eine vorige Beratung im Reichsrat [...] wünschenswert. [B] — 3. Eine Kundgebung² der Staatsregierung an die Bevölkerung der Abstimmungsgebiete *gemeinsam mit der Reichsregierung wird beabsichtigt*. [B] — 4. Trennung des Fortbildungsschulwesens vom Fachschulwesen und Übertragung des gesamten gewerblichen Unterrichtswesens vom Handelsministerium auf das Unterrichtsministerium.³ [B] — 5. Die Frage des Streikrechts der Beamten.⁴ Die Staatsregierung kann den Beamten ein Streikrecht nicht zugestehen, da das besondere Verhältnis *des Beamten zum Staat* [...] ein solches Recht *ausschließt*. Eine *einheitliche Stellungnahme von Reich und Preußen ist erwünscht*. [B] — 6. Das Auswärtswohnen der Beamten und Angestellten. Die endgültige Regelung der Frage *wird bis zur bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung des gesamten Beamtenrechts vertagt*. [B] — 7. *16 Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand*. [B] — 8. *Probleme des Verkaufs eines Geländes für Kleinsiedlungszwecke an die „Märkische Heimstätte“* [...] in Königswusterhausen *durch die Hofkammer*. [B] — 9. *Für ein reichsgesetzliches Eingreifen zur Bekämpfung der Mißstände im Lichtspielgewerbe*. [B] — 10. *Gesetzentwürfe über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin sowie über die Dauer des Vorbereitungsdienstes der Gerichtsreferendare; vertagt*.

² Vgl. Sitzung des RKab. am 13.10.1919 in: *Das Kabinett Bauer*, Nr. 77, S. 300.

³ Vgl. den Antrag von Frau Jaquet v. 2.6.1919 in: *Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 400, S. 564*.

⁴ Die Vorlage des MinPräs. v. 4.10.1919 in: *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 239 Beiheft 2 Gen., Bl. 12; zur Kleinen Anfrage der Abg. Schmidt (Stettin) u. Ebersbach v. 19.9.1919 vgl. ebd. u. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 777, S. 1156*.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 11. Oktober 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 76, S. 298 f.

*Anwesend: für Preußen Hirsch, Braun, Fischbeck, Heine, Oeser, Stegerwald, Südekum.*¹

Besprechung der Schwierigkeiten in der Transportfrage und Vereinbarungen über zu ergreifende Maßnahmen.

¹ Vgl. die Einladung des RMinm. v. 9.10.1919 zur vertraulichen Beratung mit der TO: Durchgreifende Regelung der Transportfrage (betreibender Ressortchef der Rklr.), in: *BArch Lichterfelde, R 43 I/1315, Bl. 208–210v*.

Nr. 71 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 14. Oktober 1919.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 168, Bl. 201–201v; MF 1016. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Haenisch, Heine, Oeser, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Gräf, W. Busch, Göhre, Bodenstein, Leese, Stapff; als Referent v. Kameke.

Eisenbahnarbeiterunruhen im Direktionsbezirk Frankfurt/Main. Bericht des Eisenbahndirektionspräsidenten Stapff über die [...] tumultarischen Auftritte der Eisenbahnarbeiter in Frank-

furt/Main am 13. d.M. Als freiwillige vorläufige Verwaltungsmaßregel sind Vertreter der Arbeiterschaft aller Eisenbahndirektionen zu den Direktionssitzungen hinzuzuziehen, um die Mitwirkung und damit die Mitverantwortung der gesamten Arbeiterschaft der staatlichen Eisenbahnverwaltung für die Behebung der dringenden Nöte auf dem Gebiete des Verkehrs und damit der Lebensmittel- und Kohlenversorgung zu gewinnen. Eine Denkschrift soll die Landesversammlung in Kenntnis setzen. [B]

Nr. 72 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 15. Oktober 1919, 16 Uhr.¹

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 202–205; MF 1016. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot. [U]: v. Kameke [zu 1–7], Busch [zu 8–13].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, v. Bornstedt [RK], Göhre, W. Peters, C.H. Becker, Meister, Leese, Paul [zu 7], Trendelenburg, Seelig [beide zu 8], J. Bachem, Rein.

(1. Eisenbahnarbeiterbewegung im Direktionsbezirk Frankfurt/M. Die Forderungen der Frankfurter Eisenbahnarbeiter sind für den Staat und die Eisenbahnverwaltung nicht erträglich. Der Reichswehrminister soll um ein militärisches Eingreifen ersucht und die Zustimmung der Entente hierzu herbeigeführt werden. Kein Nachgeben bei Verhandlungen mit den Eisenbahnarbeitern. [B]) — 2. Gesetz über die Bildung der Stadt Groß-Berlin²; vertagt. — 3. Kundgebung an die Deutschen in den abzutretenden Gebieten. Anstelle einer Kundgebung nur des Reichspräsidenten wird für eine gemeinsame von Reichsregierung, preußischer und bayerischer Regierung plädiert.³ [B] — (4. Die Stellungnahme der Preußischen Regierung zu der Frage des Streikrechts der Beamten ist durch Südekum sowie Göhre in der morgigen Sitzung des Reichskabinetts [...] zu vertreten. [B]) — 5. Gesetz⁴ über die Dauer des Vorbereitungsdienstes der Gerichtsreferendare²; abgesetzt. — 6. Der von der Landesversammlung zur Denkschrift⁵ über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung gefaßte Beschluß betr. Zurückverweisung des Schiedsspruchs an das Schiedsgericht². Kontroverse mit dem Reichsarbeitsministerium in dieser Frage. [B] — 7. Drei Ernennungen, darunter von A. Freymuth⁶ zum parlamentarischen Unterstaatssekretär im Justizministerium. [B] — 8. Die finanzielle Auseinandersetzung mit dem Reich über die Wasserstraßen.² Richtlinien für die Verhandlungen.⁷ [B] — 9. Abänderungsgesetz zum Feuerbestattungsgesetz.² Mit Rücksicht auf die politische Lage zurückgestellt. [B] — 10. Anerkennung des Wissenschaftsmini-

¹ Der Sitzung ging um 15.30 Uhr eine Besprechung nur der StMinr. voraus; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 96. Der Gegenstand konnte nicht ermittelt werden.

² Die TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 16, Bl. 96v. – Vgl. zum Entwurf über Groß-Berlin die Sitzung am 22.10.1919, TOP 2.

³ Vgl. dazu die Sitzungen des RKab. am 13., 14., 15. u. 16.10.1919, in: Das Kabinett Bauer, Nr. 77, S. 300; Nr. 79, S. 307; Nr. 80, S. 307 f. u. Nr. 81, S. 309 f.).

⁴ Vgl. das Gesetz v. 6.5.1920, GS, S. 158 u. zum Problem Ebert, Ina, Die Normierung der juristischen Examina und des juristischen Vorbereitungsdienstes in Preußen (1849–1934), Berlin 1995, S. 183–190.

⁵ Vgl. Sitzung am 16.7.1919, TOP 2.

⁶ Zum Antrag der SPD-Fraktion der LV vgl. Rep. 90a, D I 1 Nr. 25, Bl. 72.

⁷ Die Vorlage des MöA v. 26.9.1919 in: Rep. 77, Tit. 76 Nr. 45 Bd. 1, Bl. 13–17; das Votum des LandMinm. v. 17.11.1919, Bl. 20–21; zur Korrektur der Niederschr. über den TOP in bezug auf seinen Vorschlag vgl. das Schreiben des FinMinr. v. 10.11.1919, Bl. 22–22v. Das Votum des WohlffMinr. v. 8.11.1919 in: Rep. 120, C XVII I Nr. 75 Bd. 1, n.f.

steriums als federführendes Ressort für Theaterangelegenheiten. [B] — 11. Verordnungen über die Aufhebung des Preußischen Heroldsamts⁸ und zum Namensrecht⁹. Zustimmung mit einer Maßgabe. [B] — 12. Die kirchliche Neuregelung im Saarbeckengebiet und die Notwendigkeit der Aufhebung des § 5 des Notverfassungsgesetzes²; vertagt. — (13. Begnadigung der Soldaten Futran, Rosenkranz und Mundt. [B])

⁸ *Der Entwurf des JMinr. v. 19.8.1919 in: Rep. 77, Tit. 1108 Nr. 39 Bd. 2, Bl. 137, Anlage 4 zum Antrag des Minr., Bl. 126–130v, hier Bl. 130v. Material auch in: Rep. 151, I A Nr. 7757, Bl. 92 ff., hier die Voten von Minr.dI u. FinMinr., Bl. 92–92v u. 112–113. Vgl. VO v. 3.11.1919, GS, S. 180. Vgl. auch Kalm, Harald v., Das preußische Heroldsamt (1855–1920). Adelsbehörde und Adelsrecht in der preußischen Verfassungsentwicklung, Berlin 1994, S. 236–241.*

⁹ *Der Entwurf betr. die Annahme des vollen Familiennamens..., mit Begründung in: Rep. 77, Tit. 1108 Nr. 39 Bd. 2., Bl. 134–136, Anlage 3 zum Antrag des Minr., hier Bl. 130–130v. Vgl. VO v. 3.11.1919, GS, S. 179. – Der Entwurf betr. die Änderung des Familiennamens mit Begründung, Bl. 131–132v, Anlage 1 zum Antrag des Minr., hier Bl. 130. Material auch in: Rep. 151, I A Nr. 7757, Bl. 93 ff. Vgl. VO v. 3.11.1919, GS, S. 177.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister im Reichstagsgebäude am 16. Oktober 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 81, S. 308 f.

Anwesend: für Preußen zu TOP 1 Südekum.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen zu TOP 1 Göhre.

Zu TOP 1. Stellungnahme des Reichsministeriums zur Frage des Streikrechts der Beamten auf Anfrage der Preußischen Staatsregierung. Südekum bekräftigt den preußischen Standpunkt, daß das Koalitionsrecht das Streikrecht nicht einschließt.²

¹ *Vgl. die Einladungen des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1315, Bl. 212, 215–216 u. 218–219.*

² *Vgl. eine Niederschr. über die Verhandlung in Sachen des Streikrechts der Beamten, in: Rep. 90, Nr. 631, Bl. 38–47.*

Nr. 73 Sitzung der Staatsregierung am 17. Oktober 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen [unvollständig], Bd. 168, Bl. 208–209v [nur S. 1–2 und 11–12] und Abschr. [vollständig], Fundort: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.; MF 1017, MF-Suppl. 1. — Weitere Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bornstedt [RK], Göhre, F. Busch, Meister, v. Simson, Halke, Fleischer, Loehrs, v. Grolmann, Bürgers, Semper, v. Dryander, C. Busch, J. Bachem, Dombois.

Der mit Polen abzuschließende provisorische Beamtenvertrag. Behandlung der Frage einer Zustimmung zu einem solchen Vertrag, der die Überlassung von Beamten an den polnischen Staat für die Dauer von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrags regeln soll. Meinungsver-

¹ *Vgl. das Wortprot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 105, S. 135–138.*

schiedenheit [...] zwischen dem Finanzministerium und den übrigen Ressorts über das Problem, seinen Abschluß von Konzessionen in der Ansiedlerfrage abhängig zu machen. Versuch, in der Finanzkommission des Finanzministeriums die Frage der Anerkennung der Zessionsverträge mit der Bauernbank Danzig² über die Abtretung der Rechte des Ansiedlungsfiskus aus den Rentengutsverträgen im deutschen Sinne zu klären. Auch bei Scheitern Zustimmung zum Vertragsabschluß über die Beamten.³ [B]

² Zu dem Vertrag zwischen der Dt. Bauernbank GmbH Danzig u. der preuß. Reg., dessen Rechtmäßigkeit von den poln. Behörden bestritten wurde, vgl. das Gutachten von Thomas Barclay (früherer geschäftsführender Präs. u. Senior, Vizepräs. des Instituts für Völkerrecht) v. 15.7.1922, in: Rep. 84a, Nr. 1512, Bl. 28–37v; vgl. auch die Denkschrift der Ansiedlungskomm. für 1919 u. 1920 in: Rep. 90, Nr. 2246, n.f., von MinPräs. Stegerwald am 23.8.1921 dem LT übersandt, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 2, Nr. 900, S. 981–1004, bes. S. 987 f. Vgl. weiterhin die Sitzung am 16.1.1920, TOP 1.

³ Mit Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen hatte Hirsch am 3.11.1919 eine außerordentliche Sitzung des StMinm. für den 5.11.1919 in der LV anberaunt, die aber Tags darauf hinausgeschoben wurde; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 109–111. – Das Dt.-Poln. Beamtenabkommen, das Übereinkommen über die vorläufige Belassung der in den Abtretungsgebieten tätigen dt. Beamten in ihrer bisherigen Amtstätigkeit, wurde am 9.11.1919 in Berlin abgeschlossen.

Nr. 74 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 22. Oktober 1919¹.

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 210–212v; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 2, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freund, F. Busch, C.H. Becker, Meister, Conze, Sachs, Schmid [RMdI, zu 1], Riess [zu 2], v. Bornstedt [RK], Göhre, v. Dryander, v. Kameke, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück, Rein.

1. Vereidigung der preußischen Beamten auf die Reichsverfassung², da die Verabschiedung der Preußischen Verfassung nicht abzusehen ist. Vereidigung der Minister durch den Ministerpräsidenten und des Ministerpräsidenten durch das Staatsministerium. [B] — 2. Groß-Berlin. Beratung des Gesetzentwurfs³ über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin. Kommissarische Beratungen über

¹ Die Sitzung fand lt. Notiz des Büros des StMinm. erst am 23.10.1919 im Dienstgebäude Wilhelmstraße 63 statt; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 96–97.

² Die Formulierung des TOP lt. der vorbereiteten TO: Die Stellungnahme des Reichsministers des Innern zu der Vereidigung der preußischen Beamten auf die Reichsverfassung; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 101v. Das Schreiben von RMinr.dI Koch v. 13.10.1919 in: Rep. 151, I B Nr. 2688, n.f. Die auf Grund des Beschlusses von MinDir. Meister verfaßte Denkschrift v. 23.10.1919 u. das Schreiben des Minr.dI v. 24.10.1919 an den FinMinr., ebd.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 2.10.1919 mit dem beglaubigten Gesetzentwurf (Druck), ohne Begründung, in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 90 Bd. 2a, Bl. 333–342; dafür zunächst ein Auszug aus der Begründung zum vorläufigen Entwurf von Ende Juni 1919, Bl. 344–346. Im Nachgang eine Ergänzung (Bl. 358 u. 397) u. die Begründung (Druck) mit Tabellen u. Tafeln (Bl. 360–373). – Zu den bisherigen Entwürfen in den Akten seit dem 15.3.1919 vgl. ebd., Nr. 90 Bd. 2a, Bl. 157 ff., Bd. 3, Bl. 7 ff. u. Bd. 4, Bl. 86 ff. Vgl. bes. Bd. 2a, Bl. 235–237 eine Stellungnahme von Heine v. 16.6.1919 zum Entwurf sowie Bl. 331–331v u. 348–350 die Voten von FinMinr. u. WohlMinr.. Material auch in: Rep. 84a, Nr. 9290, Bl. 124 ff.

Änderungen und Vorlage eines neuen Entwurfs durch den Minister des Innern.⁴ [B] — 3. Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung über Erhöhung der Eisenbahnfahrkosten bei Dienstreisen⁵ der Staatsbeamten. [B] — 4. Öffentliche Versammlungen⁶ an Sonn- und Feiertagen sind während der Stunden des Hauptgottesdienstes zu gestatten. [B] — 5. Sechs Ernennungen, darunter von H. Pauli⁷ zum Regierungspräsidenten in Schleswig. [B] — 6. Gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Übernahme mittelbarer Beamten und Lehrer aus den Abtretungsgebieten; vertagt. — 7. Keine Unterbringung von Heeresbeamten im preußischen Staatsdienste angesichts der zahlreichen [...] unterzubringenden eigenen Beamten aus den Abtretungsgebieten. Ein einheitliches Vorgehen gegen die Praxis des Reichs, in großem Umfange preußische Beamte in den Reichsdienst zu ziehen, ist erwünscht. [B] — 8. Ausschließung der Jugendbünde sämtlicher politischer Parteien von der Schule; abgesetzt. — 9. Saargebiet. Kirchliche Neuregelung im Saarbecken; vertagt. Mitteilung über Pläne der Kurie, das Saarbecken von der Diözese Trier zu trennen und die katholische Kirchenverfassung im Osten zu ändern. [B] — (10. Einrichtung einer wirtschaftlichen Kontrolllinie an der Südgrenze des schleswigschen Abstimmungsgebiets. Beim Reichsfinanzminister ist erneut vorstellig zu werden. [B] — 11. Keine Billigung der wilden Streiks [...] im besetzten Gebiet durch die Preußische Regierung. [B])

⁴ Das StMinm. beschloß, den Gesetzentwurf gleichzeitig mit der neuen Städteordnung der LV vorzulegen; vgl. Rep. 77, Tit. 227a Nr. 90 Bd. 4, Bl. 165. — Zur Ausarbeitung u. Kritik des Gesetzentwurfs vgl. Splanemann, Andreas, Brandenburg und Berlin 1920–1932 in: Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945, S. 766–771.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 11.10.1919 mit einem neuen VO-Entwurf in: Rep. 90, Nr. 774, n.f.

⁶ Die Vorlage des Minr.dI v. 15.10.1919: Beantwortung der Kleine Anfrage Nr. 201 des Abg. Hennig v. 3.10.1919, in: Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 133; zur Kontroverse darüber vgl. Bl. 135–139.

⁷ Der Antrag des Minr.dI v. 13.10.1919 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 67.

Nr. 75 Sitzung der Staatsregierung am 27. Oktober 1919.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 217–218; MF 1017. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Troeltsch, Freymuth, C.H. Becker, v. Seefeld, Fleischer, v. Bornstedt [RK], Göhre, Nobis, v. Dryander, v. Kameke, J. Bachem, Dombois, Rein.

1. Vereidigung der Mitglieder des Staatsministeriums [...] auf die Reichsverfassung laut besonderem Protokoll.¹ — 2. Stellungnahme Preußens zur Ernennung eines neuen Präsidenten des Reichsgerichts. [B] — 3. Der Evangelische Oberkirchenrat über die kirchliche Neuregelung im Saarbeckengebiet und die Notwendigkeit der Aufhebung des § 5 des Notverfassungsgesetzes.² Eine Aufhebung des § 5 ist nicht erwünscht.³ [B] — 4. Eine reichsgesetzliche Regelung der Verpflichtung der Gemeinden zur Übernahme mittelbarer Staatsbeamten und Lehrer aus den Abtretungsgebieten wird für notwendig gehalten. [B] — 5. Einverständnis mit dem Erlaß⁴ des Wissenschaftsministers über den Schutz der Schuljugend bei Erziehung und Unterricht vor jeglicher

¹ Nicht beiliegend. Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Die Vorlage des Präs. des StMinm. v. 1.10.1919 in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 214 Bd. 1, Bl. 177; der Bericht des Ev. Konsistoriums der Rheinprovinz, mit Schreiben des Ev. Oberkirchenrats v. 26.9.1919 übersandt, Bl. 178–180.

³ Zu den Bestrebungen seitens der Entente, das Saarbecken von der Diözese Trier zu trennen, vgl. das Schreiben des WissMinr. an die Minr. v. 27.10.1919 in: Rep. 120, CB I Nr. 103d Bd. 5, n.f.

⁴ Vgl. ZBl. Unterrichtsverw. H. 12 v. 20.12.1919, S. 668f.

Parteipolitik. [B] — (6. Streiks im besetzten Gebiet. *Da diese abgebrochen worden sind, wird von einer offiziellen Pressenotiz Abstand genommen.* [B] — 7. Mitteilungen über die Etats-Verhandlungen im Reichsrat.)

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 31. Oktober 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 91, S. 336–338.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Heine, Fischbeck, Braun, Südekum.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Verordnungsentwurf über die Einsetzung eines Reichsabwicklungsamts. — 2. Verordnungsentwurf über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich. — 3. Verordnungsentwurf betr. Aufhebung der Bekanntmachung über die Sicherheitsleistung mit Wertpapieren vom 22. Dezember 1914. — 4. Verordnungsentwurf betr. Tagegelder und Fuhrkosten für Sachverständige der nach dem Gesetz über die Kriegsleistung zu bildenden Schätzungskommissionen. — 5. Verhängung des Ausnahmezustands in Grenzstreifen zur Unterdrückung des Grenzschmuggels, des Schiebertums und der Kapitalabwanderung. — 6. Mitgliedschaft in Ehrengeschüssen. — 7. Bericht Heines über Meinungsverschiedenheiten mit dem Auswärtigen Amt hinsichtlich der Durchführung von Gemeindevahlen in Helgoland.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 1. November 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 93, S. 342 f.

Anwesend: für Preußen Fischbeck, Oeser, Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Die Frage der Einstellung des Personenverkehrs zur Behebung der Transportnot.

Nr. 76 Sitzung der Staatsregierung am 3. November 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 219–223; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 8.11.1919: Streng Geheim, Bl. 219.

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Freund, C.H. Becker, Meister, v. Lambsdorff, Altenberg, v. Bornstedt [RK], Göhre, Nobis, Cronau, Daniels, v. Dryander, C. Busch, v. Kameke, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück, Goslar.

(1. Vereidigung von Fischbeck [...] auf die Reichsverfassung.² — 2. Memelgebiet. Ergänzende Festlegungen zum Beschluß über das Memelgebiet. Den Beamten, die in den Dienst des Memelstaates treten, ist durch die Ressortminister die Genehmigung zu erteilen³, und bei Versetzungen von Beamten ist Ersatz zu stellen. Koordinierung durch den Reichs- und Staatskommissar v. Lambsdorff bei der Vertretung der Interessen, einvernehmliche Regelung mit den Reichsressorts schnell erwünscht.⁴ [B] — 3. Note⁵ von Clémenceau über die Verweigerung von Gemeindewahlen in Oberschlesien vor dem Eintreffen der interalliierten Kommission. Heine hat dies als einen unerhörten Eingriff in innere preußische Angelegenheiten bezeichnet und mit dem Auswärtigem Amt eine Antwort vereinbart. — 4. Helgoland. Aufschiebung der Gemeindewahlen durch Beschluß des Reichskabinetts⁶, da die Abhaltung äußere Komplikationen nach sich ziehen kann. [B]) — 5. Beseitigung der Arbeiterräte bei der Gutsverwaltung in Berlin-Dahlem.⁷ [B] — 6. Zahlung von Kommissionsdiäten an Beamte und Volksschullehrer, die aus dem Ostgebiet versetzt, jedoch zurückgehalten werden. [B] — 7. Preußischer Verfassungsentwurf. Denkschrift⁸ und Meinungs austausch über grundlegende Fragen. Dabei das zentrale Problem: Da ein eigener Staatspräsident neben dem Reichspräsidenten sehr unerwünscht ist, wird die Schaffung einer dritten Instanz neben der Landesversammlung und dem Staatsministerium aus mehreren Gründen erforderlich. Ablehnung der Einrichtung einer zweiten berufsständischen Kammer, denn sie würde sich zu einer rein proletarischen Vertretung entwickeln; ein von der Landesversammlung unabhängiger Staatsrat wird in Betracht gezogen. Aussprache⁹ mit den Fraktionsführern darüber.¹⁰ [B] — 8. Verabschiedung des Landrats von Loos durch Beschluß des Kreis Ausschusses Saatzig. [B] — 9. Elf Ernennungen. [B] — 10. Beihilfe für die Regierungsbauführer während der ganzen [...] Ausbildungszeit. [B] — 11. Grundsätze betr. Reisekosten bei Dienstreisen nach Weimar. [B] — 12. Bericht über die Vorlage zur Abänderung des Reichsgesetzes betr. die Höchstpreise. Diese sollen künftig „im Einvernehmen mit dem Reichsrat“ festgesetzt werden. [B] — 13. Schreiben¹¹ der preußischen Gesandtschaft in München über den monarchischen Gedanken in Bayern. — 14. Das Reichskabinett bittet um die Stellungnahme des Staatsministeriums zu den gegenwärtig im Osten des Landes erhobenen besonderen Steuern. [B]

² Das besondere Protokoll liegt nicht anbei. Konnte in den vorliegenden Akten auch nicht nachgewiesen werden.

³ Vgl. den diesbezüglichen Beschluß, Anlage zur Sitzung am 26.7.1919, Bl. 144.

⁴ Vgl. zum Beschluß das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) an die Reichs- u. StMinr. v. 4.11.1919 in: Rep. 151, I A Nr. 7450, n.f.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁶ Vgl. die gemeinsame Sitzung von RKab. u. StReg. am 31.10.1919; vgl. auch eine Aufzeichnung von GerAss. v. Zabiensky über eine Besprechung zu den polit. Verhältnissen auf der Insel am 26.4.1920 in: Rep. 84a, Nr. 976, Bl. 55.

⁷ Die Vorlage des LandMinm. (Braun) v. 18.10.1919: Beantwortung der Kleine Anfrage des Abg. Lukassowitz v. 10.10.1919, in: Rep. 90a, D I I Nr. 17, Bl. 101–101v; die Anfrage, Bl. 90; zu ihrer Beantwortung vgl. Bl. 109 ff.

⁸ Die Vorlage Heines v. 31.10.1919 mit der Denkschrift (v. 30.10.1919) in: Rep. 84a, Nr. 4563, Bl. 235–248 u. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 46–51; hier auch Bl. 33–45 ein Entwurf mit Korrekturen; vgl. zur Behandlung des TOP das übertragene Stenogramm Südekums in: Rep. 151, HB Nr. 554, n.f. – Vgl. auch Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 119–123.

⁹ Vgl. die Notiz v. 19.11.1919 über die Besprechung der sozialdemokrat. Minr. mit dem Vorstand der sozialdemokrat. Fraktion der LV (unterzeichnet Heine) in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 90–98.

¹⁰ Vgl. dazu die vertrauliche Aufzeichnung aus der RK über diesen TOP, von UStS Albert am 4.11.1919 dem Gesandten Nadolny (Büro des RPräs.) übersandt, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2279, Bl. 4–7; Bezugnahme auf diese Aufzeichnung in: Das Kabinett Bauer, S. 529, Anm. 26.

¹¹ Vom 25.10.1919. Ein Auszug gedr. in: Das Kabinett Bauer, Nr. 121, S. 454, Anm. 4.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 5. November 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 96, S. 347–349.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Südekum.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Ernst, v. Berger.

Energische Gegenmaßnahmen gegen die Aufforderung zum Generalstreik in der „Freiheit“. Ein Aufruf der Reichsregierung in Verbindung mit der Preußischen Regierung soll erlassen werden.

Nr. 77 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 7. November 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 224–226v; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Bodenstein [i.V. Oesers], Dönhoff, v. Bornstedt [RK], Göhre, Nobis, Fleischer, v. Dryander, C. Busch, v. Kameke, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück, Goslar.

1. Gesandtschaftsrecht. Anregung an die Regierungen der Länder, die Reichsregierung zu ersuchen, ihre zum Reichsrat bevollmächtigten Persönlichkeiten als Gesandte beim Reiche zuzulassen. Bei Erfolglosigkeit Überprüfung des bisherigen Standpunktes, die Preußischen Gesandtschaften bei den Regierungen der Länder aufzuheben. Einem Vorschlagsrecht für den Botschafterposten beim Vatikan an Bayern soll widersprochen werden; er ist mit einem Reichsbeamten zu besetzen, der ohne Vermittlung des Auswärtiges Amtes mit der Preußischen Regierung zu verkehren die Berechtigung hat.² [B] — **2.** Errichtung eines wirtschaftlichen Beirats bei dem Reichs- und Staatskommissar in Koblenz sowie die Reichs- und Staatskommissare im allgemeinen; abgesetzt. — **3.** Namensrecht für die vormals regierenden Häuser, Standesherrn und den Adel. Prädikate Königliche Hoheit und dgl. werden im amtlichen Verkehr nicht mehr gewährt. Namensführung der Prinzen von Preußen bleibt gesetzlicher Regelung vorbehalten.³ [B] — **(4.** Nachprüfung des Einspruchs von Landwirtschaftsminister Braun⁴ gegen die Verhängung des Belagerungszustands im Kreise Labiau. [B]) — **5.** Verzicht auf eine allgemeine Anordnung des Staatsministeriums über die Inanspruchnahme reichsfiskalischer Gebäude, doch Aufrechterhaltung der Ansprüche aus dem Reichsgesetz vom 25. Mai 1873. Die Reichsregierung wird um einen schnelleren Abbau bzw. Abwicklung der Kriegsgesellschaften ersucht. [B] — **6.** Vorlage von Verordnungsentwürfen über

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 14.11.1919: Streng Geheim, Bl. 224.

² Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. Hirsch an die RReg. v. 11.11.1919 in: Rep. 120, CB I Nr. 103d Bd. 5, n.f.; vgl. hier auch das Schreiben Brauns v. 4.5.1920.

³ Die Anfrage des StR von Anhalt v. 17.8.1919 in: Rep. 90, Nr. 2266, n.f.; hier auch das Antwortschreiben des StMinm. v. 27.11.1919.

⁴ Es wurde preußischerseits davon Abstand genommen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen; vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. an den StKom. für die Überwachung der öffentl. Ordnung v. 12.11.1919, in: Rep. 120, CB I Nr. 110b Bd. 1, Bl. 147.

die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Preußische Staatsregierung. *Genehmigung der „Normal-Verordnungen“ des Ministers des Innern. Abänderungsvorschläge werden durch den Justizminister angekündigt, die dann an die Reichsregierung weiterzugeben sind.*⁵ [B] — (7. *Abänderung der Verordnung über die Verhängung des Belagerungszustands über den Regierungsbezirk Merseburg. Der Militärbefehlshaber wird ermächtigt, bei Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung von dem verhängten Belagerungszustand Gebrauch zu machen.* [B]) — 8. a. *Entbindung der preußischen Staatsbeamten und ehemaligen Armeegehörigen von der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit bei Vernehmungen vor dem 15. Ausschuß der Weimarer Nationalversammlung.* – b. *Elf Ernennungen.* [B] — 9. *Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung*⁶ der Reichsregierung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberei (Wuchergerichte). [B]

⁵ Vgl. zur Problematik Rep. 120, CB I Nr. 110b Bd. 1 u. BArch Lichterfelde, R 43 I/1352, Bl. 433–435; zu Normal- u. Muster-Verordnungen der Reg. im einzelnen vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 90 ff.

⁶ Vgl. die VO u. die Ausführungs-VO v. 27.11.1919, RGBl. II, S. 1909 u. 1916.

Nr. 78 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 10. November 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 227–227v; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff, Göhre, Nobis, Fleischer, v. Dryander, C. Busch, v. Kameke, Posse, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück.

1. *Beamtenfürsorge. Der Beschluß vom 26. Juli 1919 wird in den bedrohten Grenzgebieten*¹ auch auf die Notare *ausgedehnt.* [B] — 2. *Zustimmung zum Entwurf*² eines Reichsgesetzes über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher *mit zwei Streichungen.* [B] — (3. *Annahme einer neuen Fassung über Sonntagsversammlungen während des Gottesdienstes.*³ [B] — 4. *Beratung der Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat*⁴ [...] in kommissarischen Verhandlungen.⁵ [B]) — 5. *Errichtung eines wirtschaftlichen Beirats bei dem Reichs- und Staatskommissar in Koblenz und die Frage der Reichs- und Staatskommissare im allgemeinen. Beratung wird fortgesetzt.*

¹ Vgl. die Anlage zur Sitzung am 26.7.1919, Bl. 143–144v.

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 214, S. 1–6; von RJMinr. Schiffer dem ReichsR vorgelegt am 22.10.1919. Die vom ReichsR mit Stimmenmehrheit beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1919, 77. Sitzung am 13.11.1919, S. 827 u. 829f., Anlage.

³ Vgl. dazu Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 142–143; vgl. auch Sitzung am 22.10.1919, TOP 4.

⁴ Das Schreiben des FinMinr. v. 8.11.1919 an den Präs. des StMinm. in: Rep. 90, Nr. 105, Bl. 53–55 u. Nr. 1880, n.f.

⁵ Eine Aufzeichnung darüber in: Rep. 90, Nr. 105, Bl. 61–62.

Nr. 79 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 12. November 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 228–230; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Freymuth, Albert [RK], Dönhoff, Freund, Meister, Fleischer, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], v. Dryander, C. Busch, v. Kameke, Riess, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück, Goslar.

(1. Beschlüsse anlässlich des Todes des Kardinals und Erzbischofs von Köln, F. v. Hartmann: Bestellung des Oberpräsidenten R. v. Grootte zum Wahlkommissar für die Abhaltung der Neuwahl.¹ Es ist für die baldmöglichste Übersiedlung des preußischen Gesandten beim Vatikan [...] Sorge zu tragen. [B] — 2. Entsendung einer Delegation des Reiches mit preußischer Beteiligung² nach Paris, um über einige wichtige Fragen, wie die Auslieferung von Reichsangehörigen an die Entente nach Ratifikation des Friedensvertrags, die Bedingungen der Übernahme der abzutretenden Gebiete u. a. m., zu verhandeln. [B] — 3. Drei Steuervorlagen der Reichsregierung: Reichseinkommen- und Kapitalertragssteuer sowie Landesbesteuerungsgesetz³. Eingehende Prüfung in kommissarischen Beratungen, da diese eine außerordentliche Rückwirkung auf die künftige Selbstständigkeit und Leistungsfähigkeit der Länder und Gemeinden haben. [B]) — 4. a. Neun Ernennungen; b. Vorschlag, die Stellung des Bürodirektors in den Ministerien anzuheben. [B] — 5. Genehmigung des geänderten Gesetzentwurfs⁴ Groß-Berlin. Schnelle Vorlage⁵ in der Landesversammlung, und zwar ohne Rücksicht auf die noch nicht fertiggestellte Städteordnung. [B] — 6. Forderung der großen Eisenbahnarbeiterverbände nach Ausschließung des Gewerkschaftskartells Deutscher Staats-Handwerker und -Arbeiter-Fach- und Spezialverbände von den Tarifverhandlungen. [B] — 7. Unterbringung der aus dem Abtretungsgebiet im Osten kommenden Behörden und Beamten. [B] — 8. Der Wohnungsverband Groß-Berlin beantragt Einstellung der

¹ Zur Frage der Sedisvakanz vgl. Golombek, Dieter, *Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats* (1929), Mainz 1970, S. 1 u. Scholder, Klaus, *Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*, Frankfurt/M. u. a. 1977, S. 74.

² Das Schreiben (Entwurf) der StReg. an das AA v. 12.11.1919 über die Bestimmung von Loehrs als Vertr. Preußens in: Rep. 90, Nr. 2437, Bl. 133.

³ Vgl. die Denkschrift des RFinMin. „Zur Vorbereitung des Landesbesteuerungsgesetzes“ v. 25.8.1919 in: Das Kabinett Bauer, Nr. 54, S. 212–219.

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 4.11.1919 in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 90 Bd. 2a, Bl. 409–409v u. 420; die Abänderungen zum Gesetzentwurf, Bl. 417–418v u. 424–425v, außerdem Bl. 410–416, 421–423v u. 402–403v das Prot. einer Kommissionsberatung am 28.10.1919 u. eine Zusammenstellung der in Vorschlag zu bringenden Änderungen (Anlage). Der beglaubigte Entwurf mit Begründung u. Tabellen v. 17.11.1919, Bl. 441–484v. Material auch in: Rep. 84a, Nr. 9290, Bl. 211 ff.

⁵ Vom 18.11.1919 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, Nr. 1286, S. 1691–1729, anbei Tabellen; vgl. weiter ebd., Nr. 2172: Bericht des 17. Ausschusses über den Gesetzentwurf mit Anlagen, S. 3295–3459; Nr. 2174: Zusammenstellung des Entwurfs, Gegenüberstellung Regierungsvorlage-Beschlüsse des Ausschusses in 2. Lesung, S. 3461–3497; Nr. 2268: Zusammenstellung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, mit den Beschlüssen der LV in der 2. u. 3. Lesung, S. 3599–3608; vgl. zur Behandlung des Entwurfs in der LV auch Splanemann, Brandenburg und Berlin, S. 771–773 u. zur Haltung des OB von Berlin-Schöneberg Dominicus: Müller, Paul, Alexander Dominicus. Ein Lebensbild, Berlin 1957, S. 13 u. 76–82. Zur Phase ab Jan. 1920 vgl. Rep. 77, Tit. 227a Nr. 90 Bd. 5 (Allgemeines zum Gesetzentwurf). – Vgl. das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin v. 27.4.1920, GS, S. 123, Änderungsgesetz v. 7.10.1920, GS, S. 435.

Beamtenversetzungen nach Berlin. [B] — 9. Personalakten. Entwurf⁶ einer Verfügung betr. Einsichtnahme der Beamten in ihre Personalakten. Sämtlichen Ressorts wird die Verfügung⁷ von Minister Oeser vom 10. September 1919 empfohlen. [B] — 10. Bedenken gegen eine Wiederholung der oberschlesischen Ausstellung⁸ in Berlin. [B]⁹

⁶ Die Vorlage des JMinr. v. 1.11.1919 mit dem Entwurf in: Rep. 90, Nr. 2319, Bl. 209–210. Die Allg. Verfügung des Minr. v. 18.11.1919 in: JMinBl. Nr. 43 v. 21.11.1919, S. 574.

⁷ Rep. 90, Nr. 2319, Bl. 223–223v (aus dem Eisenbahn-VO-Bl. Nr. 20 v. 25.9.1919, S. 119 f.).

⁸ Vgl. das Schreiben des Minr.dI v. 3.11.1919 an das StMinm. in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 279–279v; die Voten von FinMinr. u. HandMinr., Bl. 287 u. 292.

⁹ Vgl. einen Bericht über die Sitzung in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 261 v. 13.11.1919.

Nr. 80 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 14. November 1919.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 168, Bl. 232–232v; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, [v. Dryander, v. Kameke, J. Bachem, alle zu 2–3].

1. Zunächst vertrauliche Besprechung.² Bei Vereidigung der Beamten auf die Reichsverfassung ist die Abgabe einer Erklärung für die Monarchie nicht zuzulassen; v. Dryander, der ein solches Ersuchen³ stellte, soll seine Versetzung in den Ruhestand beantragen. — Entwurf⁴ einer Antwort der mit der vorläufigen Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments beauftragten Minister an den Evangelischen Oberkirchenrat. Sie waren um ihre Zustimmung zur Einberufung der Generalsynode zu einer außerordentlichen Tagung, um zwei Kirchenwahlgesetze zu beraten, ersucht worden. — 2. Errichtung eines wirtschaftlichen Beirats bei dem Reichs- und Staatskommissar in Koblenz und die Frage der Reichs- und Staatskommissare überhaupt; vertagt. — (Zustimmung zum Erlaß⁵ einer Anordnung betr. Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen und Trennung der Miete von den Heizungskosten bei Häusern mit Zentralheizung. [B] — 3. Zustimmung zum Entwurf einer Kundgebung der Staatsregierung an die Beamten der an Polen abzutretenden Landesteile. [B])

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 17.11.1919: Streng Geheim, Bl. 232.

² Vgl. das gesonderte hs. Prot. Göhres, am 9.12.1919 zu den Akten gegeben, Bl. 233–233v.

³ Vgl. seinen Brief v. 10.11.1919, Bl. 234.

⁴ Vgl. Bl. 236–237. Zur Kontroverse mit dem Ev. Oberkirchenrat vgl. auch Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 214 Bd. 1, Bl. 207 ff., darunter die Antwort des Ev. Oberkirchenrats auf das Schreiben der drei Minr. v. 13.11.1919, Bl. 275 bis 283.

⁵ Der Antrag des WohlMinr. (i.V. Scheidt) v. 14.11.1919 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 3, Bl. 133–137. Vgl. die Anordnung des WohlMinr. v. 9.12.1919, GS, S. 187.

Nr. 81 Sitzung der Staatsregierung am 18. November 1919.

Vollz. Reinschr.⁶, Bd. 168, Bl. 238–238v; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Meyer, Gräf, Göhre, [Fellinger⁷], v. Kameke, Goslar.

Errichtung einer neuen Ausgleichsstelle für die Bundesstaaten zur Vergebung von Reichsaufträgen. *Es herrscht Einverständnis darüber, daß sie auch im Interesse Preußens erforderlich erscheint. Allerdings ist Vorsorge zu treffen, daß nicht wie [...] bei der während des Krieges bestehenden A. d. B. [...] preußische Interessen verletzt werden.*⁸ [B]

⁶ Dazu Vermerk von Valentiner v. 23.11.1919: Streng Geheim, Bl. 238.

⁷ Sein Name fehlt in der Anwesenheitsliste. Er hielt aber den einleitenden Vortrag zur TO; vgl. den Vermerk von Göhre v. 22.11.1919, Bl. 238.

⁸ Zur Bestellung eines preuß. StKom. bei der Ausgleichsstelle der Länder u. der Errichtung der Preuß. Landesauftragsstelle vgl. die Schreiben von HandMinr. u. MinPräs. v. 17.4. u. 15.5.1920 sowie die Bekanntmachung des HandMinr. über ihre Errichtung in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 6, n.f.

Nr. 82 Sitzung der Staatsregierung am 24. November 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 239–241; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Fischbeck], Fleischer [für Haenisch], O. Meyer, Linz, Freymuth, Freund, Meister, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], Loycke, Loehrs, Doyé, v. Kameke, J. Bachem, E. Delbrück, Goslar.

1. Die Entwürfe² zum Landesbesteuerungs-, Kapitalertragssteuer- und Reichseinkommensteuergesetz. *Preußen ist für Annahme der im Reichsrat erlangten Fassung.*³ [B] — **2.** Auseinandersetzung mit dem Reiche über die Übertragung der Wasserstraßen.⁴ [B] — **3.** Annahme des Gesetzentwurfs⁵ über die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten aus den Abtretungsgebieten. [B] — **4.** a. Entschädigungsforderungen der Gemeinden des Saarstaates für die Unruhen zu Anfang Oktober 1919; b. Ernennung der Mitglieder des Beirats beim Oberpräsidenten der

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 3.12.1919: Streng Geheim, Bl. 239.

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 233, S. 1–35, Nr. 234, S. 1–8, zu Nr. 234, S. 1–57 die Begründung, Nr. 235, S. 1–17, zu Nr. 235, S. 1–48 die Begründung; von RFinMinr. Erzberger dem ReichsR übersandt am 15. u. 18.11.1919; vgl. auch die Kabinettsvorlagen in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1352, Bl. 89–120. Vgl. das Kapitalertragssteuergesetz u. das Einkommensteuergesetz v. 29.3.1920, RGBl. I, S. 345 u. 349; das Landessteuergesetz v. 30.3.1920, ebd., S. 402.

³ Vgl. das Schreiben des HandMinr. v. 26.11.1919 an den MinPräs., in dem Fischbeck gegen den Beschluß des Staatsministeriums in aller Form Verwahrung einlegt, in: Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 1, Bl. 66–71, mit Anlagen.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 10.11.1919 in: Rep. 120, C XVII 1 Nr. 75 Bd. 1, n.f.

⁵ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1614, S. 2330–2336.

Provinz Oberschlesien; c. 48 Ernennungen; d. und e. Zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 5. Die Frage der Reichs- und Staatskommissare. Eine Umformung des Reichs- und Staatskommissariats wird erwogen. [B] — 6. Bericht von Loehrs⁶ über die jüngsten Verhandlungen der deutschen Delegation mit der Entente in Paris. Die Reichsregierung darf ohne eine befriedigende Einigung über die Auslieferungsfrage und über Scapa Flow keine Verpflichtungen eingehen, die über das Maß des im Friedensvertrage Zugestandenen hinausgehen. Daran ist auch gegenüber einer Androhung weiterer Zwangsmaßnahmen zäh festzuhalten.⁷ [B])⁸

⁶ Sein Reisebericht v. 24.11.1919 in: Rep. 90, Nr. 2442, Bl. 280 u. 285–289; die Note Clémenceaus v. 15.11.1919, Bl. 290 u. 281–283.

⁷ Eine Abschr. des Berichts erging am 30.11.1919 an die RReg. mit dem Anschreiben: Die Preußische Regierung teilt durchaus den im letzten Absatz des Berichts vertretenen Standpunkt, daß Deutschland sich unter keinen Umständen über die Grenzen des Versailler Vertrages hinausdrängen lassen darf und daß den dahingehenden Versuchen der Franzosen der schärfste passive Widerstand entgegengesetzt werden muß. Die Preußische Regierung bittet dringend, daß auch seitens der Reichsregierung bei den Verhandlungen an diesem Standpunkt festgehalten wird. In: Rep. 90, Nr. 2442, Bl. 291–291v; Bericht u. Anschreiben gedr. in: Das Kabinett Bauer, Nr. 109, S. 410–413 u. 410, Anm. 1.

⁸ Daran hat sich noch die Behandlung folgender Fragen nur durch die Minr. angeschlossen: Die Frage der Reichs- und Staatskommissare; das mangelnde Entgegenkommen der Reichsfinanzverwaltung gegenüber den preußischen Interessen und Wünschen; Einspruch gegen die Bestellung preußischer Beamter als Reichskommissare für bestimmte Sonderfragen und Vertretung Preußens im Reichsbankkuratorium. Vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 130 u. Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f.

Nr. 83 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1919, 15 Uhr.¹

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 242–245; MF 1017.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Heine, Braun, Oeser, Südekum, Stegerwald. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

1. Das Eingreifen des Reichs in Territorialangelegenheiten, insbesondere der Fall Birkenfeld.² Im persönlichen Gespräch mit Reichsmin. Koch ist von Minister Heine [...] der prinzipielle Anspruch Preußens zum Ausdruck zu bringen, nach wie vor das Recht zu haben, von sich selbst und selbständig in eigener Initiative mit anderen Bundesstaaten über An- und Abgliederungsfragen in Verbindung zu treten.³ [B] — 2. Großthüringen. Keine Abgabe preußischer Gebietsteile an Thüringen⁴, höchstens Austausch kleiner Enklaven und keine neuen Verhandlungen mehr. Oberster Gesichtspunkt bleibt, keinerlei Verabredungen oder Beschlüsse über die Köpfe der beteiligten Landesbewohner hinwegzutreffen. [B] — 3. Tätigkeitsbericht des Reichs- und Staatskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete v. Starck. [B] — 4. Antrag auf Ernennung von Köster zum Reichskommissar für Schleswig-Holstein. [B] — 5. Preußische Beamte, die als Reichskommissare für bestimmte Einzelfragen bestellt sind, haben in erster Linie die preußischen Interessen zu wahren. [B] — 6. Die Vertretung Preußens im Reichsbankkuratorium ist beim Reichskabinett auf das

¹ Nicht, wie von Göhre angeführt, am 25.11. durchgeführt; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 133–134 u. Rep. 90, Annex S Nr. 3 n.f.

² So der Gegenstand in der vorbereiteten TO formuliert; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 133v–134.

³ Vgl. die hs. Aufzeichnung von Heine v. 3.12.1919 über sein vertraul. Gespräch mit Koch am 29.11.1919 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Oldenburg und Birkenfeld, Bl. 27–27v.

⁴ Vgl. dazu die Voten von HandMinr. (29.9.), FinMinr. (27.10.) u. WohlMinr. (7.11.1919) in: Rep. 84a, Nr. 4563, Bl. 232–233 u. 255.

Schärfste zu fordern. [B] — 7. *Vorbereitung einer Aussprache über die künftigen Wege zur Vereinheitlichung des Reichs durch Stegerwald.* [B]

Nr. 84 Sitzung der Staatsregierung am 26. November 1919, 17 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 246–247v; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Gräf, Wildermann, Freund, Winnig, Articus, Göhre, Nobis, Fleischer, Nolda, Bredow, Thoholte, C. Busch, v. Kameke, J. Bachem, E. Delbrück, Goslar.

<Einverständnis mit der Ernennung Kösters zum gleichzeitigen Reichskommissar.> — (1. Winnig tritt für eine Beruhigung der aus dem Baltikum zurückkehrenden Truppen ein, da diese in erbitterter Stimmung und im übrigen infolge des überstürzten Rückzugs in demoralisierter Verfassung sind. [B]) — 2. Belagerungszustand. Für seine Aufrechterhaltung in Oberschlesien und Berlin, doch Bereitschaft zur Aufhebung, wenn der [...] Reichspräsident nach Artikel 48 seinerseits einen Ausnahmezustand verhängt und mit seiner Wahrnehmung eine Zivilbehörde betraut. Heine wird [...] mit der Reichsregierung in Verbindung treten.¹ [B] — 3. Einrichtung staatlicher Sicherheitswehren; vorläufig [...] erledigt, da eine finanzielle Sicherung [...] durch das Reich angebahnt ist. [B] — 4. Übernahme der Strom- und Schifffahrtspolizei auf die Wasserbauabteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.² Entscheidung bis zum Gutachten des Handelsministers vertagt. Für Verbleib der linksemischen und anderer Kanäle [...] bei Preußen. [B] — 5. Saargebiet. Doch Heranziehung des Saarstaates zur Reichs- und Staatsschuld durch Aufhebung des Beschlusses vom 26. August 1919. Mitteilung an die bayerische sowie die Reichsregierung. [B] — 6. Drei Ernennungen und Versetzung in den Ruhestand. [B] — (7. Kommissarische Beratungen über die Gestaltung der Vertretung Preußens im Reichsrat. [B])

¹ Heines Schreiben an den Rklr. v. 27.11.1919 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2706, Bl. 282–289, gedr. in: Das Kabinett Bauer, Nr. 115, S. 429–433; über sein Gespräch mit dem Rklr. am 27.11. vgl. das Schreiben an MinPräs. Hirsch v. 29.11.1919 in: Rep. 120, CB I Nr. 110b Bd. 1, Bl. 152–152v.

² Die Vorlage des MöA v. 8.11.1919 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 33 Bd. 2, Bl. 28–29. Zur Kontroverse zwischen MöA u. LandMinr. vgl. Brauns Schreiben v. 17.11.1919 an den MinPräs. in: Rep. 120, C XVII 1 Nr. 75 Bd. 1, n.f.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 28. November 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 117, S. 436–445.

Anwesend: für Preußen Südekum, Heine.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Busch, Nobis, Sachs, Doyé, v. Kameke.

1. Sicherheitspolizei, Rechtsträgerschaft, Kostenverteilung und Verhältnis zur Reichswehr. — 2. Mitteilungen über das Großkraftwerk Zschornowitz und das Reichsstickstoffwerk Horschow. — 3. Benennung eines Arbeitervertreters für ein internationales Arbeitsamt. — 4. Ein Geschäft mit der Tschechoslowakei über die Lieferung von Zucker gegen Eisenbahnwagen. — 5. Ein Angebot für

ein Kreditabkommen mit dem Bund der Landwirte der Vereinigten Staaten. — 6. Gründung einer Holländischen AG beabsichtigt. — 7. Ankauf von Devisen durch die Reichsbank in Köln. — 8. Polnische Darlehenskassenscheine. — 9. Gesetzentwurf zur Ausführung des Art. 13 Abs. 2 der Reichsverfassung. — 10. Verordnungsentwurf über die Malzkontingente der Bierbrauereien. — 11. Eintritt der Reichsminister in den Ehrenausschuß des Schutzbundes für die öffentliche Sammlung zwecks Kostentragung für die Rückführung der Abstimmungsberechtigten.

Nr. 85 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 3. Dezember 1919.¹

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 249–251v; MF 1017. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Gräf, Linz, Freund, Göhre, Nobis, Fleischer, v. Bornstedt [RK], C. Busch, J. Bachem.

(1. Einverständnis mit der Bestellung Kösters zum Mitglied der internationalen Kommission für Schleswig. [B] — 2. *Verfassung.* Bei der weiteren Behandlung des Entwurfs² der Preußischen Verfassung sind zunächst interfraktionelle Besprechungen über die Frage der Schaffung eines retardierenden Moments gegenüber dem Landtage durchzuführen. [B] — 3. Birkenfelder Frage. Heine berichtet, daß von seiten Birkenfelds [...] um das Eingreifen des Reichs gebeten worden ist und Reichsminister Koch eine Zusammenkunft zwischen Vertretern Preußens, Oldenburgs und Birkenfelds beabsichtigt, um die verschiedenen Wünsche und Auffassungen anzugleichen.³ [B] — 4. *Memelgebiet.* Infolge Erfüllung der Wünsche der Vertreter des Memelgebiets⁴ durch das Ministerium des Innern hat sich die vorgesehene gemeinsame Beratung des Reichskabinetts und des Staatsministeriums erledigt. [B] — 5. *Erzbischofswahl in Köln.* Bericht über die Bemühungen Frankreichs, einen ihm genehmen Priester auf den erzbischöflichen Stuhl von Köln zu bringen, und über die Vorschläge von Haenisch, dies zu verhindern. Vollmacht für den Oberpräsidenten der Rheinprovinz zur Wahrnehmung der staatlichen Rechte bei der Wahl. [B] — 6. *Genehmigung des Rück-*

¹ Der Sitzung ging eine vertrauliche Besprechung des StMinm. voraus, für die folgende TOP vorgesehen waren: 1. Das mangelnde Entgegenkommen der Reichsfinanzverwaltung gegenüber den preußischen Interessen und Wünschen. — 2. Einspruch gegen die Bestellung preußischer Beamter als Reichskommissare für bestimmte Sonderfragen. — 3. Bestellung eines Vertreters der deutschen Regierung bei der Internationalen Kommission in Flensburg; vgl. *Spezialakten*, Bd. 16, Bl. 138v–139. — Dazu konnte kein Prot. nachgewiesen werden.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 29.11.1919 mit dem Entwurf ohne Begründung in: Rep. 90, Nr. 106, Bl. 113 u. 115–121, Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 101 u. 103–114, Rep. 84a, Nr. 4563, Bl. 260 u. 261–268 sowie Rep. 151, II Nr. 37, n.f.; überall anbei auch das Votum des JMinr. v. 17.12.1919. Entwurfsfassungen in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 54–65 u. 81–89 u. Rep. 151, HB Nr. 554, n.f.

³ Im Prot. der gemeinsamen Sitzung von RKab. u. preuß. StReg. am 4.12.1919 findet die Angel. keine Erwähnung. Vgl. die Niederschr. über die Besprechung im RMdI über die Frage des Anschlusses von Birkenfeld an Preußen am 20.1.1920 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Oldenburg und Birkenfeld, Bl. 29–32.

⁴ Zur Besprechung der Abordnung mit dem MinPräs. am 2.12.1919 u. zur Referentenbesprechung im MdI vgl. die Niederschr. in: Rep. 151, I A Nr. 7450, n.f.

trittsgesuchs von Hörsing. [B] — 7. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ betr. Erweiterung des Stadtkreises Hannover (Eingemeindung der Stadt Linden). [B] — 8. Die Modalitäten der Vereidigung der Staatsbeamten [...] in der Provinz auf die Reichsverfassung. [B] — 9. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ betr. den Provinzialausschuß der Restprovinz Posen. [B] — 10. Saargebiet. Aufrechterhaltung der preußischen Verwaltung im Saarstaat bis zur Einsetzung des Regierungsausschusses.⁷ Keine Verwendung von Elsaß-Lothringern als Beamte im Gebiete des künftigen Saarstaates. [B] — 11. Erhöhte Anrechnung der Kriegsdienstzeit auch für die in den Staatsdienst übertretenden Kommunalbeamten, Nachprüfung des Gesetzes. [B] — 12. Fortfall des Unterhaltsnachweises der Justizanwälter. [B] — 13. Neue Fassung für die auftragsweise Verwaltung des Landkreises Erfurt.⁸ [B] — 14. Eine Gleichstellung der Bürodirektoren der Ministerien mit den Vortragenden Räten wird befürwortet. [B] — 15. Zwölf Ernennungen. [B]

⁵ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1407, S. 2014–2016; der LV überreicht am 4.12.1919. Vgl. das Gesetz v. 15.12.1919, GS, S. 197.

⁶ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1410, S. 2017 f.; der LV übersandt bereits am 27.11.1919. Vgl. das Gesetz v. 13.12.1919, GS 1920, S. 3.

⁷ Vgl. dazu das Material in: Rep. 151, I A Nr. 7480, v. a. die Niederschriften über die Besprechungen zu kommunalem Eigentum u. kommunaler Verwaltung im Saargebiet sowie das Prot. über die Sitzung im preuß. StMinm. am 30.10.1919, in der die Frage der Überlassung dt. bzw. preuß. Beamter an den Saarstaat behandelt wurde.

⁸ Die Vorlage des Minr.dI v. 21.11.1919 zur Besetzung der Landratsstelle in: Rep. 90, Nr. 1039, n.f.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 4. Dezember 1919.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 122, S. 455–459.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, Stegerwald.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, v. Berger.

1. Aufhebung des Belagerungszustands in Berlin im Einvernehmen mit den preußischen Ministern. Erklärung der Preußischen Regierung gegen die Aufhebung des Belagerungszustands in Oberschlesien. — **2.** Genehmigung des Rücktritts des Reichs- und Staatskommissars Hörsing durch beide Regierungen. — **3.** Hirsch und Braun über die unhaltbaren Zustände in Ostpreußen. — **4.** Teilnahme an dem vom Präsidenten der Hohen Kommission in Aussicht genommenen feierlichen Akt der Amtsübernahme. — **5.** Verordnungsentwurf über Zahlung von Anlieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln. — **6.** Verordnungsentwurf zur Förderung der Zuckererzeugung und des Zuckerrübenanbaus.

Nr. 86 Sitzung der Staatsregierung am 5. Dezember 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 252–256v; MF 1018. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U, zugleich für v. Kameke].

Weitere Teilnehmer: Gräf, Freymuth, Göhre, Nobis, v. Berger, v. Kameke, J. Bachem.

Belagerungszustand über Berlin und Schlesien. *Gezwungenermaßen und einfach* vor eine vollendete Tatsache gestellt *spricht* sich das Staatsministerium für die Aufhebung des Belagerungszustands in Berlin aus, *nachdem die* Reichsregierung *von sich aus* einen dahingehenden Beschluß¹ gefaßt *und dies* durch irgend eine Indiskretion der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. *Abstandnahme von einem* entschiedenen Protest, *um* nach außen keine Dissonanz aufkommen zu lassen. *Demgegenüber für unbedingtes Festhalten* an der Aufrechterhaltung des Belagerungszustands in Schlesien. [B] – Nobis *verweist auf die politische* Gefahr bei der Neuverteilung der Referate im Reichsrat, wenn Preußen zuviel Referate für sich in Anspruch nimmt.²

¹ Vgl. Sitzung des RKab. am 2.12.1919 in: *Das Kabinett Bauer*, Nr. 120, S. 450 f.

² Vgl. das Schreiben des Präsi. des StMin. v. 4.12.1919 an die Minr. mit einer Übersicht über die unter den preuß. Ressorts vereinbarten Ansprüche, in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 39 Beiakte 4r, n.f.; den Bericht des preuß. GenVertr. Valentiner v. 12.12.1919 über die Sitzung der Bevollm. des ReichsR u. Vertr. preuß. Minn. über die Neuverteilung der Referate, in: Rep. 90, Nr. 1880, n.f.; vgl. die endgültige Referatsverteilung in: *Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 17. Sitzung am 4.3.1920, S. 200–209, Anlage 3.*

Nr. 87 Sitzung der Staatsregierung am 10. Dezember 1919.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 257–258; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Braun, Südekum, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Peters, Göhre, Nobis, Goslar.

1.¹ *Bericht von Nobis über die Behandlung der jüngsten* Noten der Entente wegen angeblicher Verzögerung der Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland und Scapa Flow *vor dem auswärtigen* Ausschuß der Nationalversammlung. — **2.** *Zucker. Abgabe der preußischen* Stimme im Reichsrat *zum Verordnungsentwurf*² zur Förderung der Zuckererzeugung und des Zuckeranbaus, *womit jedoch nicht darauf verzichtet wird,* zu gegebener Zeit die Aufhebung der Zwangswirtschaft für den Zucker zu beantragen.³ [B] — **3.** *Deutsch-polnischer* Vertrag über die vorläufige Regelung von Beamtenfragen. *Zum Gesetzentwurf*⁴ *werden Ergänzungen beantragt.* [B] — **4.** *Ablehnung des Entwurfs*⁵ eines Reichsgesetzes betr. Verbrechen oder Vergehen, die ein Deutscher im In- und Ausland während des Krieges gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Eigentum begangen hat. Dagegen *Zustimmung zur* Ermächtigung [...] der Reichsregierung, *Veränderungen der Vorschriften* [...] bei der Verfolgung von Straftaten gegen feindliche Staatsangehö-

¹ *Vermerk vor TOP I: Ohne Vorliegen einer Tagesordnung, Bl. 257.*

² Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 264, S. 1–6; von RWiMinr. Schmidt dem ReichsR übersandt am 4.12.1919.*

³ *Kein Bezug auf den preuß. Einwand in den Verhandlungen ReichsR, Tagung 1919, 86. Sitzung am 13.12.1919, S. 925 f., hier der Beschluß über die Zustimmung mit einer Maßgabe. Vgl. VO v. 18.12.1919, RGBl. II, S. 2133.*

⁴ Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 262, S. 1–13, mit Notenwechsel u. einer Denkschrift, S. 14–20; von RAMinr. Müller dem ReichsR übersandt am 3.12.1919. Der Beschluß mit der Maßgabe in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1919, 85. Sitzung am 11.12.1919, S. 915. Vgl. das Gesetz v. 23.1.1920, RGBl. I, S. 77.*

⁵ Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 270, S. 1–4; von RJMinr. Schiffer dem ReichsR vorgelegt am 9.12.1919. Kein Bezug auf die ablehnende Haltung in den Verhandlungen ReichsR, Tagung 1919, 85. Sitzung am 11.12.1919, S. 914, lediglich Zustimmung mit einer Maßgabe. Vgl. das Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen v. 18.12.1919, RGBl. II, S. 2125.*

rige vorzunehmen, wenn davon eine günstigere Wirkung für den Fortgang der Verhandlungen mit der Entente zu erwarten ist. [B] — **5. Entlassung von Hauptmann v. Kessel aus der Sicherheitspolizei bereits vor Erlaß des Haftbefehls durch den Staatsanwalt.** [B]

Nr. 88 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 11. Dezember 1919.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 168, Bl. 259–259v; MF 1018. *Hs. Urschrift von Valentiner*, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Fischbeck [V], Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Freymuth, Göhre, Voelkel.

1. Beratung des Gesetzentwurfs² über die Sperre der Privatbergregalabgaben. [B] — **(2. Verschiebung der Reise einiger Minister nach Rheinland und Nassau bis nach Ratifikation des Friedens.** [B] — **3. Besprechung beim Reichspräsidenten wegen der Meinungsverschiedenheiten zwischen Zentrum und SPD/DDP im Unterrichtsausschuß der Landesversammlung.**³ [B] — **4. Nachdrückliches Ersuchen an die Reichsregierung, gegen Formulierungen im Entwurf⁴ zu einer Verordnung der hohen Interalliierten Rheinland-Kommission betr. deren gesetzgeberische und Verwaltungs-Befugnisse [...] Einspruch zu erheben, da diese dem Rheinlandabkommen nicht entsprechen.** [B])

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 15.12.1919: Streng Geheim, Bl. 259.

² Der Entwurf des HandMinr., am 9.12.1919 übersandt, in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 6, n.f.

³ Zum Konflikt zwischen Zentrum u. SPD in der Schulpolitik vgl. Die Zentrumsfraktion in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, S. 146 ff.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 89 Sitzung der Staatsregierung am 13. Dezember 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 260–263; MF 1018. *Hs. Urschrift von Valentiner*, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Fischbeck [V], Braun, Haenisch, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Wildermann, Linz, Freymuth, Albert [RK], F. Busch, C.H. Becker, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], C. Busch, J. Bachem, E. Delbrück, Goslar; als Kommissare Voelkel, Fleischer [zu 8], v. Achenbach [zu 10–11], Rammelsberger [zu 9], Volkmann.

(1. Ernennung von W. Siering¹ zum Beirat im Handelsministerium. [B] — **2. Zustimmung zum abgeänderten Gesetzentwurf² zur Sicherung der Überführung der Privatbergregale**

¹ Der Erlaß in: Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 93.

an den Staat; *beschleunigte Vorlage in der Landesversammlung*. [B] — **3.** Bericht über die Verhandlungen am 12. Dezember 1919 beim [...] Reichspräsidenten zur Beilegung des zwischen den Mehrheitsparteien entstandenen Schulkonfliktes *und Verlesung eines Schreibens*³ des Reichskanzlers mit der dringenden Empfehlung, die Weiterberatung des § 3 des *Gesetzesentwurfs*⁴ betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen usw. *zurückzustellen*. *Man beschließt*, auf den Vorschlag des [...] Reichskanzlers einzugehen, dabei aber zu betonen, daß dies lediglich ausnahmsweise *angesichts der Schwierigkeiten der augenblicklichen allgemein-politischen Lage* und um eine Erschütterung der in Preußen und im Reiche bestehenden Koalition zu vermeiden, *geschieht*. *Dieses Entgegenkommen bedeutet aber nicht die Befugnis für das Reich*, bereits in die Beratung eines Landesgesetzes einzugreifen.⁵ [B]) — **4.** 14 Ernennungen. [B] — **5.** Die Ministerreise nach dem Westen; für vorläufig erledigt erklärt. — **6.** Die Überführung der Eisenbahnen auf das Reich⁶; *vertagt*. — **7.** *Übernahme des Baus* eines neuen polnischen Bahnhofs in Lissa bei Verbleiben der Städte Rawitsch und Lissa bei Preußen. [B] — **8.** *Außerkraftsetzung der preußischen Landesgesetze über die geistlichen Orden* [...] durch die Reichsverfassung. *Erlaß einer entsprechenden Rundverfügung*. [B] — **9.** *<Änderungen in der Behandlung und Beantwortung der Kleinen Anfragen durch das Staatsministerium.*⁷ [B]> — **10.** Veröffentlichung der Personalmeldungen aller Beamten in den Ministerialblättern. [B] — **11.** Einführung neuer Amtsbezeichnungen für die unteren Beamten der Reichs- und Staatsbehörden. [B] — **12.** Verleihung des Verwundetenabzeichens *auch an Angehörige der freiwilligen Krankenpflege*. [B] — **13.** *Bericht über die Erklärung*⁸ des Finanzministers namens der preußischen Staatsregierung *im Reichsrat* bei Beschlußfassung über die Reichsabgabenordnung.⁹

² Der Entwurf des HandMinr. v. 12.12.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 6, n.f.; der LV übersandt am 13.12.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1463, S. 2131. Vgl. das Gesetz v. 17.12.1919, GS 1920, S. 42.

³ Vgl. BArch Lichterfelde, R 43 I/1352, Bl. 619–620, Anlage zum Prot. der Sitzung des RKab. am 19.12.1919.

⁴ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 537, S. 829 ff. Der § 3 betraf die Delegation der geistlichen Vertreter in die Aufsichtsinstanzen. – Vgl. auch die Sitzung des RKab. am 19.12.1919, in: Das Kabinett Bauer, Nr. 133, S. 485 f.

⁵ Vgl. das preußische Änderungsgesetz vom Oktober 1920, in: GS, S. 535.

⁶ Vgl. die Vorlage des Präs. des StMinm. v. 9.11.1919 in: Rep. 151, I C Nr. 11147, Bl. 451; Bl. 110–113 eine (steno-graphische Aufzeichnung) Südekums über die Verhandlung zwischen dem StMinm. u. dem RKab. am 20.11.1919.

⁷ Zur Aufhebung des Beschlusses v. 12.4.1919 vgl. die Schreiben des Präs. des StMinm. v. 16.12.1919 u. 26.1.1920 in: Rep. 76, Nr. 25, Bl. 91 u. 131–131v u. Rep. 120, CB I Nr. 9a Adhib. I, n.f.

⁸ Vgl. Verhandlungen Reichsr., Tagung 1919, 86. Sitzung am 13.12.1919, S. 924 f. Vgl. auch die Reichsabgabenordnung v. 13.12.1919, RGBL. II, S. 1993 u. Becker, Enno, Die Reichsabgabenordnung v. 13.12.1919 nebst Ausführungs-Verordnungen. Handausgabe, 2. neubearb. Aufl., Berlin 1922.

⁹ Ein Bericht von WTB über die Sitzung in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 287 v. 15.12.1919.

Nr. 90 Sitzung der Staatsregierung am 19. Dezember 1919.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 168, Bl. 264–267; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, C.H. Becker, Meister, Fleischer, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], Loyke, Kley, v. Marcard, C. Busch, Dombois, Goslar.

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 27.12.1919: Streng Geheim, Bl. 264.

1. *Beratung des Gesetzentwurfs betr.* Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten aus den an fremde Staaten abzutretenden oder von ihnen zu besetzenden deutschen Gebietsteilen.² *Man ist einstimmig der Auffassung, daß grundsätzlich das Reich für die gesetzliche Regelung der Materie zuständig ist, da die Notwendigkeit der Unterbringung [...] sich als eine Folge des Krieges darstellt. An das Reich ist deswegen heranzutreten.* [B] — 2. *Zustimmung zum Gesetzentwurf³ betr.* die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens zu Geestemünde. [B] — 3. *Bewilligung eines Zuschlages zu den gesetzlichen Gebühren an Rechtsanwälte für die Vertretung in fiskalischen Prozessen; wird durch die Annahme des Reichsgesetzes über Teuerungszuschläge [...] für erledigt erklärt.* [B] — (4. *Verhältnis zum Evangelischen Oberkirchenrat. Den Angriffen der rechtsstehenden Presse und der welfischen Agitation soll mit einer aufklärenden Pressenotiz und durch Beratungen mit dem Oberkirchenrat zur Herbeiführung einer Verständigung über die Wahlgesetzentwürfe für eine kirchliche Konstituante entgegengetreten werden.* [B]) — 5. *Vollmachten für den Reichskommissar für die besetzten Rheinlande v. Starck.* [B] — 6. *Beamte. Die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Beseitigung der Konflikterhebung bei gerichtlicher Verfolgung der Beamten wegen Amts- und Diensthandlungen ist in Aussicht genommen.*⁴ [B] — 7. *Streikrecht. Bekräftigung des Beschlusses vom 10. Oktober 1919, daß der Beamte mit Rücksicht auf seine Sonderstellung im Staate kein Streikrecht hat.*⁵ [B] — 8. *Elf Ernennungen und drei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand.* [B]

² Vgl. das Gesetz v. 30.3.1920, GS, S. 63.

³ Die Vorlage des MöA zugleich im Namen von HandMinr. u. LandMinr. v. 4.12.1919 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 87, B Nr. 3689, Bl. 54–62, mit Anlagen, darunter der Vertrag zwischen der preuß. Staatsbauverwaltung u. der Stadt Geestemünde, Bl. 68–71v. Material auch in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 7, n.f. Der Entwurf der LV überreicht am 26.12.1919, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1592, S. 2278–2291. Vgl. das Gesetz v. 23.4.1920, GS, S. 121.

⁴ Die Vorlage des JMinr. v. 22.11.1919 in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 7, n.f.; vgl. den Entwurf mit Begründung, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1629, S. 2343 f.; der LV übersandt am 20.1.1920. Vgl. das Gesetz v. 16.11.1920, GS 1921, S. 65.

⁵ Die Vorlage des Präs. des StMinr. (i. V. Göhre) v. 9.12.1919 in: Rep. 90, Nr. 631, Bl. 67; die verschiedenen Entwurfsfassungen zur Beantwortung der Kleinen Anfrage Schmidt (vgl. Sitzung am 10.10.1919, Anm. 4) u. das Schreiben des JMinr. v. 12.12.1919, Bl. 48 ff. u. 69–69v; Voten der Minr. in: Rep. 151, I B Nr. 4489, n.f. – Zu der in der Berliner Tagespresse veröffentlichten neuen Verfügung der StReg. über das Streikrecht der Beamten vgl. Preuß. VerwBl. Nr. 11 v. 13.12.1919, S. 131.

Nr. 91 Sitzung der Staatsregierung am 23. Dezember 1919.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 270–272v; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Wildermann, Freund, C. H. Becker, Jahnke, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], Hientzsch, Kley, Böhme; als Kommissare C. Busch, Dombois; Goslar.

1. *Gewährung eines Zuschlags zu den laufenden Kriegsteuerungszulagen im ersten Vierteljahr 1920 für Beamte und Lohnangestellte höherer Ordnung nach dem Vorgehen der Reichsfi-*

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 30.12.1919: Streng Geheim, Bl. 270.

nanzverwaltung.² [B] — (2. Ermächtigung *des Ministers des Innern zur weiteren Durchführung des Gemeindewahlrechts.*³ [B]) — 3. Hebung der Stellung der Bürodirektoren der Ministerien *durch die Verleihung der Amtsbezeichnung „Geheimer Regierungsrat“.* [B] — 4. Maßnahmen gegen Beamte bei Verweigerung der Eidesleistung.⁴ *Wenn Beamte diese verweigern, können sie nicht mehr Beamte bleiben. Einleitung des Disziplinarverfahrens, wenn sie nicht freiwillig aus dem Dienste scheiden wollen. – Keine Vereidigung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre auf die Reichsverfassung, da sie keine Beamten sind.* [B] — 5. *Vorbereitung eines Erlasses, durch den Oberlehrer zu Studienräten ernannt werden.* [B] — 6. *Amtsbezeichnungen für Kreisärzte; vertagt.* — 7. *Vier Ernennungen.* [B] — 8. Die aus Anlaß des Inkrafttretens des Friedensvertrages erforderlichen Maßnahmen. Weder eine Ergänzung des deutsch-polnischen Amnestievertrages⁵ noch eine umfassende Amnestie für die Abstimmungsgebiete *ist in Aussicht zu nehmen. Regelungen für die Beamten in den Abtretungsgebieten. Die Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes im Regierungsbezirk Allenstein. Einspruch [...] gegen die [...] neue Forderung des Marschalls Foch, die Eisenbahndirektion in Saarbrücken aus dem Gebiete des künftigen Saarstaats zu entfernen. Keine Teilnahme der preußischen Behörden an der Feier der Übernahme der Geschäfte durch die sog. „hohe interalliierte Rheinlandkommission“.* *Kenntnisnahme weiterer Berichte von Ministern über die für den Preußischen Staat vom Friedensvertrag zu erwartenden Folgen.*⁶ [B]

² Vgl. den Runderlaß des FinMinr. v. 23.12.1919 in Ergänzung des Runderlasses v. 2.10.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 3, n.f.

³ Die Ermächtigung des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 27.12.1919 in: Rep. 77, Tit. 311 Nr. 175 Sonderh. II Gen., Bl. 188.

⁴ Die Vorlage des Präs. des StMinm. v. 12.12.1919 in: Rep. 151, I B Nr. 2688, n.f.

⁵ Vgl. den Deutsch-Polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit v. 1.10.1919 u. das Gesetz v. 23.10.1919, RGBl. II, S. 1804 u. 1803.

⁶ Vgl. Sitzung am 22.7.1919, TOP 1 u. Anm. 1.

Nr. 92 Sitzung der Staatsregierung am 27. Dezember 1919.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 168, Bl. 273–274v; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Troeltsch, Wildermann, Freund, W. Peters, Scheidt, Ernst, Göhre, Nobis, Sobernheim [AA], Wendschuh [AA], Zechlin [AA], v. Bornstedt [RK], Lenz, Niermann, Böhme, C. Busch, v. Kameke, Dombois, Goslar.

1. *Verhalten bei einer etwaigen Neubesetzung des Bischöflichen Stuhls in Trier während der 15jährigen Besetzung des Saargebiets¹, völkerrechtlicher Vertragszustand zur Römischen Kurie und die Besetzung des erzbischöflichen Stuhls in Köln. – Im Hinblick auf ihr Recht der Mitwirkung im Falle Triers beschließt die Regierung, einen förmlichen Verzicht nicht auszusprechen, nimmt jedoch in Aussicht, wenn hierdurch die auf Lostrennung des Saargebiets vom Preu-*

¹ Die Vorlage des WissMinr. v. 4.11.1919 in: Rep. 120, CB I Nr. 103d Bd. 5, n.f.; hier auch Voten der Minr. Zur Änderung dieser Passage des TOP vgl. das Schreiben des WissMinr. v. 22.1.1920 u. die Antwort des Präs. des StMinm. v. 6.2.1920, in: Rep. 90, Nr. 2381, Bl. 8–8v.

bischen Staate gerichteten französischen Bestrebungen wirksam abgewehrt werden können, bei passender Gelegenheit gegenüber der Päpstlichen Kurie zu erklären, *von ihrem Mitwirkungsrecht* keinen Gebrauch zu machen. – *Bei den heutigen Verhandlungen* mit der Reichsregierung *haben* die Vertreter der Preußischen Regierung [...] die Auffassung zu vertreten, daß der zwischen der Römischen Kurie und dem Preußischen Staate bestehende völkerrechtliche Vertragszustand auch nach Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung *weiter* als noch in Kraft befindlich zu gelten *hat und* die Kurie nicht berechtigt *ist*, einseitig davon abzuweichen. – *Für* eine beschleunigte Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhls von Köln durch Wahl. [B] — **2.** *Verhinderung des* weiteren *Zuzugs* von Ausländern aus den östlichen Gebieten² *und Aufnahme der* bereits Zugewanderten *ohne* einen ehrlichen Beruf [...] in Sammellager. [B] — **3.** *Baukostenzuschüsse* für Wohnbauten im Abstimmungsgebiet Schleswig aus Reichs- und Staatsmitteln *unter bestimmten Voraussetzungen*. [B] — **(4.** *Keine Bewilligung neuer finanzieller Wohnungsbaubeihilfen für die Stadt Danzig*. [B]) — **5.** *Fünf Ernennungen*. [B]

² Vgl. die Verfügung des Minr.dI v. 1.11.1919 betr. Behandlung der über die Ostgrenze eingereisten Ausländer in: MinBl. innere Verw. Nr. 15 v. 20.12.1919, S. 489–491. Vgl. ebenso Rep. 77, Tit. 4036 Nr. 8, Bl. 1–1v. – Vgl. zum Erlaß auch: Adler-Rudel, S[haron], Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 64–66 u. 158–161 (Abdruck des Erlasses) sowie Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986, S. 281–285.

Nr. 93 Sitzung der Staatsregierung am 31. Dezember 1919.

Vollz. Reinschr., Bd. 168, Bl. 275–276; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 3, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, am Zehnhoff. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [i. V. Heines], Bodenstein [i. V. Oesers], O. Meyer, W. Peters, Göhre, Jahnke, K. Schellen, Kalle, v. Bornstedt [RK], C. Busch, Goslar.

(1. *Teilnahme des Staatsministeriums an den Verhandlungen zur Klärung der Frage der Beteiligung der Behörden an dem Einführungsakte der Rheinlandkommission*. [B]) — **2.** *Unsere Ernährungslage*. Vortrag des [...] Staatskommissars für Volksernährung *W. Peters*. — **3.** *Verhandlungen* mit der Reichsregierung und mit den Ländern, die über eigene Staatsbahnen verfügen, *zur Frage einer Lohnzahlung für die gesetzlichen Feiertage*.¹ [B] — **4.** *Vier Ernennungen*. [B] — **5.** *Zuschuß für das Beuthener Büro des WTB*.² [B] — **6.** *Regelung der Amtsbezeichnungen für die akademisch gebildete Lehrerschaft an den öffentlichen höheren Lehranstalten. Zurückstellung bis die Titelfrage durch die Reichsregierung geregelt ist*. [B] — **(7.** *Tagegelder für die Justizbeamten in der Ostmark mit einem doppelten Hausstand*. [B])

¹ Die Vorlage des MöA v. 19.12.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 3, n.f.; anbei auch die Voten von HandMinr. u. Minr.dI.

² Der Antrag des WTB an MinPräs. Hirsch v. 29.12.1919 in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 101, Bl. 287–288.

Nr. 94 Sitzung der Staatsregierung am 2. Januar 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 1a–2; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 10, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: F. Busch [i. V. Südekums], Freund [i. V. Heines], Göhre; als Kommissare v. Schütz; Fellingner, v. Kameke, Goslar, Schöninger.

(1. Das neueste Promemoria¹ des Feindbundes in Sachen der Verwaltung der Abstimmungsgebiete. Einzelne Punkte sollen im Auswärtigen Amte erörtert werden. [B] — 2. Der Belagerungszustand im Regierungsbezirk Allenstein wird aufgehoben. [B] — 3. Drei Ernennungen. [B]) — 4. Vorbereitender Reichswirtschaftsrat und seine Zusammensetzung in der Vorlage² der Staatsregierung. Entsprechend dem Vorschlag³ des [...] Handelsministers ist im Reichsrat und bei der Vorbesprechung mit den Vertretern der übrigen Länder anzustreben, der Land- und Forstwirtschaft eine stärkere Vertretung im Reichswirtschaftsrat zuzubilligen. Instruktion der preußischen Stimme, für eine Abänderung des Entwurfs in der Richtung einer grundsätzlich gleich starken Vertretung der regionalen und fachlichen Organisationen von Landwirtschaft, Industrie und Handel einzutreten. [B]⁴

¹ Vgl. das Telegramm der dt. Delegation in Paris v. 30.12.1919 mit Annexe 1, Territorie de Plébiscite de Haute-Silésie in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 9–22; zu den zwei Besprechungen im AA am 2.1.1920 vgl. den Vermerk von MinDir. Nobis, Bl. 23–24v.

² Vgl. den VO-Entwurf, vom RWiMinr. Schmidt dem Reichsrat übersandt am 16.12.1919, Drucks. Reichsrat, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 284, S. 3–23 (mit Begründung); den preuß. Minn. bereits übersandt am 14.10.1919, vgl. Rep. 151, HB Nr. 598, n.f.; hier auch die Änderungswünsche des RArbMinr. Braun v. 31.10.1919 u. sein Votum v. 6.11.1919 sowie weiteres Material.

³ Sein Antrag v. 30.12.1919 mit dem Referentenvermerk zum Entwurf einer VO über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, in: Rep. 151, HB Nr. 598, n.f. u. Rep. 77, Tit. 253a Nr. 54 Bd. 1, Bl. 128–128; Bl. 184–186v Anträge Preußens v. 12. u. 14.1.1920 zum Entwurf der VO. — Zum Änderungsantrag Brauns v. 10.1.1920 zu diesem TOP vgl. Bl. 3–3v des Protokollbandes.

⁴ Vgl. den Bericht über die Sitzung in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 2 v. 3.1.1920.

Nr. 95 Sitzung der Staatsregierung am 7. Januar 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 8–9; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Heine, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Freund, C.H. Becker, Meister, Nobis, Pallat, Cronau, Brunner, Hellwig, v. Kameke, Goslar.

1. Entwurf¹ eines Reichsgesetzes betr. die Zensur von Bildstreifen für Lichtspiele. *Grundsätzliche Zustimmung. Die Mehrheit des Staatsministeriums ist für die Einführung einer gegen alle Filme gerichteten Präventivzensur.* [B] — 2. *Auflistung der Gesetzentwürfe, die noch von der [...] Landesversammlung verabschiedet werden sollen.* [B] — (3. *Hochwasserkatastrophe in der Rheinprovinz. Sofortige Hilfe für die Betroffenen.*² [B] — 4. *Die Rheinlandreise der Minister wird frühestens 8 Tage nach erfolgter Ratifikation [...] des Friedensvertrages [...] in Aussicht genommen.* [B])³

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 286, S. 14, mit einer kurzen Übersicht über die wichtigsten Bestimmungen des Auslandes auf dem Gebiet der Lichtspielzensur, S. 15–18; von RMinr.dI Koch dem ReichsR übersandt am 20.12.1919. Die vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 2. Sitzung am 9.1.1920, S. 11–15, Anlage. Vgl. das Lichtspielgesetz v. 12.5.1920, RGBl. I, S. 953. Vgl. auch Das Lichtspielgesetz in: Volkswohlfahrt Nr. 2/3 v. 1.5.1920, S. 47–49 u. Brunner, Karl (Referent im WohlMinm.), Das neue Lichtspielgesetz im Dienst der Volks- und Jugendwohlfahrt, Berlin-Lichterfelde 1920.

² Vgl. dazu Rep. 90, Nr. 1129, n.f., darunter auch ein Bericht von WTB Nr. 43 v. 8.1.1920.

³ Im Anschluß an die Sitzung fand eine Besprechung mit dem Interfraktionellen Ausschuß über 1. die Forderungen der Eisenbahner und 2. die Verfassungsvorlage statt; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 177–178. Ein Prot. darüber konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. – Vgl. auch den Bericht über die Sitzung in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 6 v. 8.1.1920.

Nr. 96 Sitzung der Staatsregierung am 9. Januar 1920.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 169, Bl. 10–12v; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [i. V. Haenischs], Bodenstein [i. V. Oesers], O. Meyer, Nobis; als Kommissare Fleischer [zu 2], v. Achenbach, Trendelenburg [beide zu 3]; C. Busch, v. Kameke, Dombois, Goslar.

(1. *Nochmalige Beratung des Entwurfs eines Reichsgesetzes betr. die Zensur von Bildstreifen für Lichtspiele. Erörterung der Bestimmung über die Präventivzensur der Ortspolizeibehörde für die Ankündigung der Vorführung durch Plakate, der zugestimmt wird.* [B]) — 2. *Die besondere Steuer, die von den Beamten in dem von den Polen besetzten Gebiet für die „Straz Ludowa“ – Volkswehr – erhoben wurde, wird ersetzt.* [B] — 3. *Übertragung der Zuständigkeit des bisher vom Kriegsministerium verwalteten Zeughauses an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.*² [B] *Die Frage der Übernahme der bei den militärischen Behörden und Truppenteilen vorhandenen Stiftungen; vertagt.* — 4. *Aussprache über die Durchführung des Amnestievertrages³ mit Polen in ihrer Rückwirkung auf die Sicherheitszustände in Oberschlesien.* [B] — 5. *Zwei Ernennungen und eine Verabschiedung.* [B] — (6. *Unterbringungsgesetz. Der bereits beratene Gesetzentwurf betr. Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten aus den an fremde Staaten*

¹ Vgl. das Prot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 106, S. 2–7.

² Die Vorlage des MinPräs. (i. V. Göhre) v. 20.11.1919 in: Rep. 84a, Nr. 1084, Bl. 64; ferner der Vorschlag des KrMinr. v. 20.9.1919, Bl. 58–58v u. die Voten der Minr., Bl. 65–70. Vgl. auch Rep. 87, B Nr. 16405, n.f.

³ Vgl. den Deutsch-Polnischen Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit v. 1.10.1919 u. das Gesetz v. 23.10.1919, in: RGBl. II, S. 1804 u. 1803.

abzutretenden Gebiete wird der Landesversammlung⁴ unterbreitet. [B] — (7. Besprechung der neuesten Forderungen der Staatseisenbahnarbeiter nach besonderen Teuerungszulagen⁵ sowie Stellungnahme zu der von der Reichsregierung beabsichtigten Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten. Bewilligung einer Erhöhung der Vorschüsse zu den zukünftigen Tariflöhnen bis zu 100% an die Staatseisenbahnarbeiter und, wenn es nicht im Interesse der Allgemeinheit vermieden werden kann, soll kein Widerspruch zu den Forderungen der Beamten eingelegt werden. – In dem Zusammenhang ausführliche Erörterung des Verhaltens der Reichsregierung⁶ gegenüber den wichtigsten Lebensfragen des deutschen und des preußischen Volkes in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Aufzählung von Beschwerden, die der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen sind, um sie zu einer planvollen, gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu gewinnen und damit Preußen und Deutschland vor dem Staatsbankrott und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch [...] zu bewahren.⁷ Schnelle Ausarbeitung einer diesbezüglichen Denkschrift.⁸ [B])

⁴ Der LV übersandt am 9.1.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1614, S. 2330–2336. Vgl. das Gesetz v. 30.3.1920, GS, S. 63 u. Berner, Max (Senatspräs. OVG), Das Unterbringungsgesetz. Gesetz über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen vom 30. März 1920. Mit Anhang: Ausführungsanweisung, Berlin 1920.

⁵ Vgl. die Eingaben des Dt. Eisenbahner-Verbandes v. 29.12.1919 u. 3.1.1920 sowie die Vorlage des Präs. des StMinm. v. 8.1.1920 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 141b Bd. 8, n.f.

⁶ Vgl. dazu bes. das Prot. Südekum (Anm. 1), S. 5–7.

⁷ Vgl. das vorläufige ausführliche Prot. des TOP über die Diskussion in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.

⁸ Mit Schreiben des Präs. des StMinm. v. 10.1. u. 22.1.1920 wurden alle StMinr. zu einem Beitrag zur Denkschrift aufgefordert, vgl. VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f. (Auszug aus dem vorläufigen Protokoll der Sitzung des StMinm. v. 9.1.1920) u. Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f., hier auch eine erste Stellungnahme des HandMinr. v. 21.1.1920. – Die Denkschrift der Preußischen Staatsregierung über die wirtschaftliche Lage des Reichs (23 S., enthält eine Zusammenstellung der Beiträge von FinMinr., HandMinr., LandMinr., MöA u. WohlfMinr. sowie 5 Anlagen), vom Präs. des StMinm. am 12.2.1920 den Minr. mit einem Anschreiben an den Rklr. übersandt, in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f. Vgl. Sitzung am 15.1.1920, Anm. 10.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 9. Januar 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 142, S. 510 f.

Anwesend: für Preußen Heine, Südekum.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, W. Busch.

1. Die von der Interalliierten Kommission in Aussicht genommenen Ordonnanzen und die dagegen zu ergreifenden Schritte. Beteiligung der Behörden an dem Eröffnungsakt der Rheinlandkommission. — **2.** Gesetzentwurf zur Abänderung des Weingesetzes. — **3.** Entwurf von Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher in Elsaß-Lothringen aus Anlaß des Krieges oder ihrer Verdrängung. — **4.** Verordnungsentwurf über die Erhebung von Zuschlägen zu den Sätzen der Eichgebührenordnung. — **5.** Gesetzentwurf betr. die Zensur von Bildstreifen für Lichtspiele (Filme) mit den vom Reichsrat vorgesehenen Änderungen.

Nr. 97 Sitzung der Staatsregierung am 15. Januar 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 13–14; MF 1018. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Freymuth, Freund, Ramm, Heinke, Göhre, Nobis, Meister, Nentwig, Fleischer, Cronau, Trendelenburg, Genzmer, Volkmann, v. Zitzewitz, C. Busch, v. Kameke, Goslar.

1. Gesetzentwürfe¹ zur Körperschafts- und Ergänzungssteuer. Grundsätzliches Eintreten für den Gesetzentwurf für die Körperschaftssteuer bei mehreren Wünschen, dagegen sollen die preußischen Vertreter im Reichsrat den Gesetzentwurf für die Ergänzungssteuer ablehnen.² [B] — 2. Deutsch-Belgischer Vertrag³ über Rücknahme der in Belgien liegenden Markzahlungsmittel. Preußen ist gegen den Abschluß des Vertrages, da dadurch der finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands fast hoffnungslos wird. Antrag⁴ an den Reichsrat.⁵ [B] — 3. Bereitstellung von Staatsmitteln aus Anlaß der letzten Hochwasserschäden.⁶ Abgabe einer besonderen Erklärung vor der Landesversammlung über die bereits getroffenen und weiter in Aussicht genommenen Maßnahmen zu Gunsten der durch das Hochwasser geschädigten Landesteile.⁷ [B] — 4. Verfassung für Preußen.⁸ Nach eingehender Erörterung wird die Beschlußfassung vertagt, da Südekum⁹ Anträge nach Einrichtung eines Finanzsenats angekündigt hat. [B] — (5. Bericht des Ministerpräsidenten [...] über die [...] innere Lage in Berlin und im Lande. —

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 1 u. 2, S. 1–8, Begründung zu Nr. 1, S. 1–22 u. 1–8, Begründung zu Nr. 2, S. 1–24, mit Anlage; von RFinMinr. Erzberger dem ReichsR vorgelegt am 30. u. 31.12.1919. Vgl. das Körperschaftssteuergesetz v. 30.3.1920, RGBl. I, S. 393.

² Darauf kein Bezug in den Verhandlungen des ReichsR; vgl. Tagung 1920, 16. Sitzung am 2.3.1920, S. 168, die vom ReichsR beschlossene Fassung, S. 169–190, Anlage. Vgl. das Gesetz über die Veranlagung der Besitzsteuer zum 31.12.1919 v. 30.4.1920, RGBl. I, S. 875.

³ Eine Abschr. des Vertrages v. 25.11.1919 in: Rep. 109, Nr. 5131, Bl. 19–22; hier auch das Urteil des Reichsbank-Direktoriums v. 18.12.1919, Bl. 6–13, beides von FinMinr. Südekum am 27.1.1920 der preuß. Staatsbank (Seehandlung) übersandt, Bl. 5. Vgl. auch Das Kabinett Bauer, Nr. 94, S. 344 f. u. Anm. 3, Nr. 108, S. 407–409 u. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A, Bd. 3, Nr. 92, S. 162–166.

⁴ Nicht anliegend, aber in den o. a. Abschriften enthalten. Vgl. auch den Vermerk von Referent Bail vom HandMinr. (offenbar von Anf. Jan. 1920), der u. a. feststellte: Auch dieser Vertrag ist abgeschlossen worden, ohne daß die Preußischen Ressorts in irgendeinem Stadium Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten hätten, in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n.f.

⁵ Vgl. dazu Zilch, Reinhold, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Okkupationspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918*, Goldbach 1994, S. 241–243.

⁶ Vgl. das Schreiben des Minr.dI v. 13.1.1920 in: Rep. 84a, Nr. 3424, Bl. 331–331v; Bl. 342v ein Gesetzentwurf, der von Minr.dI u. FinMinr. nicht befürwortet wurde.

⁷ Der Antrag des Minr.dI im Namen der StReg. v. 16.1.1920 in: Rep. 90, Nr. 1129, n.f. Die RegVorlage u. die Erklärung von MinPräs. Hirsch in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1626, S. 2341 u. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, 102. Sitzung am 21.1.1920, Sp. 8419 f.

⁸ Die Vorlage des Minr.dI v. 10.1.1920 mit einem abgeänderten u. ergänzten Verfassungsentwurf in: Rep. 120, CB I Nr. 8a Bd. 1, Bl. 27–29 u. 31–36v; Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 162–164 u. zwei Entwurfsfassungen, Bl. 165 bis 178 sowie Rep. 90, Nr. 106, Bl. 140–142 u. 133–138v.

⁹ Vgl. die Vorschläge des FinMinr., den Minr. am 16.1.1920 übersandt, in: Rep. 120, CB I Nr. 8a Bd. 1, Bl. 37; Bl. 38: Vorschlag A: über die Einfügung eines Finanzsenats in die preuß. Verfassung; Bl. 39–41: Vorschlag B: Umgestaltung des Abschnitts VI des Verfassungsentwurfs; auch in: Rep. 90, Nr. 106, Bl. 143–146 u. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 188 Bd. 1, Bl. 180–184.

6. Schließung aller bestreikten Eisenbahnwerkstätten, in denen die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. [B])¹⁰

¹⁰ Vgl. den Bericht über die Sitzung in: *Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 13 v. 16.1.1920*. – Offenbar war als ein weiterer TOP die beabsichtigte Denkschrift der StReg. über die wirtschaftl. Lage des Reichs vorgesehen. Im höheren Auftrage jedoch bat das Zentralbüro des LandMinm. am 14.1.1919 um die Absetzung des TOP; vgl. *Rep. 90, Nr. 216, Bl. 216 bis 217*.

Nr. 98 Sitzung der Staatsregierung am 16. Januar 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 15–16v; MF 1018/1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Haenisch], Freymuth, Meister, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK]; als Kommissare Fleischer, v. Grolmann, Schultz, Semper, Loehrs, Trendelenburg; C. Busch, v. Kameke, E. Delbrück, Goslar.

1. Die Verhandlungen mit den Polen über die Anerkennung des zwischen der Ansiedlungskommission und der Bauernbank in Danzig abgeschlossenen Vertrages.¹ Über seine Gültigkeit ist möglichst mit der zuständigen Interalliierten Kommission und nicht mit den Polen allein zu verhandeln. *Instruktionen der preußischen Unterhändler: Wenn die Gültigkeit des Bauernbank-Vertrages nicht ausgehandelt werden kann, ist wenigstens die Löschung des Wiederkaufsrechtes und der sonstigen auf den [...] Gütern ruhenden staatlichen Rechte zu sichern. — Bereitschaft der Preußischen Regierung, unabhängig davon einem endgültigen Beamten-Abkommen mit der Polnischen Regierung zuzustimmen.*² [B] — **2.** *Entwurf³ eines Gesetzes über die Vermögensauseinandersetzung zwischen Staat und Königshaus und in Verbindung hiermit Entwurf⁴ betr. „Erstreckung des Auftrages der Auseinandersetzungskommission auf die staatsrechtliche Regelung der Verhältnisse der in Artikel 57 und 58 Einführungsgesetz⁵ zum B.G.B. bezeichneten Familien und des Herzoglich-Holsteinischen Fürstenhauses sowie des niederen Adels“.* Beide Entwürfe werden mit kleinen Änderungen gutgeheißen. [B] — **3.** Maßnahmen [...] zum Schutze der Koalitionsfreiheit des Personals der preußischen Staatsbetriebe. *Zustimmung zu einem neuen*

¹ *Die Vorlage des LandMinm. (Braun) v. 10.1.1920 in: Rep. 84a, Nr. 1512, Bl. 13–13v; vgl. auch dessen Schreiben v. 13.11.1919, Bl. 5–6; kontrovers dazu FinMinr. Südekum am 5.12.1919, Bl. 1–3. Vgl. auch Baier, Roland, Der deutsche Osten als soziale Frage, Köln u. Wien 1980, S. 342 f., mit Bezug auf den TOP.*

² *Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen LandMinm. u. MdI über die Fassung des letzten Absatzes des Prot. vgl. den Randvermerk von Valentiner, Bl. 15v.*

³ *Der Entwurf mit Begründung u. Anlagen in: Rep. 90, Nr. 234, n.f.; der LV übersandt am 26.1.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1722, S. 2388–2407; vgl. die 1. Beratung, Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, 128. Sitzung am 2.3.1920, Sp. 10285–10372. Vgl. ferner die Ausarbeitung von MinPräs. Hirsch: Die derzeitigen Verpflichtungen des Preußischen Staates gegenüber der Krone, die Zusammensetzung der Bedarfsnachweisung, Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Umgestaltung (28 S.), in: Rep. 90, 235, n.f.*

⁴ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

⁵ *Vgl. das Gesetz v. 18.8.1896, RGBl., S. 604 u. das Gesetz betr. die Rechtsstellung des Herzoglich-Holsteinischen Fürstenhauses v. 25.3.1904, RGBl., S. 149.*

Entwurf einer Antwort auf die Kleine Anfrage Schmidt u. Ebersbach⁶ über das Streikrecht der Beamten und *disziplinarisches Einschreiten gegen Beamte*, die während des gegenwärtigen Eisenbahnerstreiks gestreikt oder passive Resistenz geübt haben. [B] — **4. Acht Ernennungen sowie je eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und Entlassung.** [B] — **(5. Drohende Nahrungsnot der Städte. — 6. Bericht über die gegen den Professor Nicolai⁷ an der Berliner Universität gerichteten Demonstrationen.)**

⁶ Vgl. Sitzung am 10.10.1919, Anm. 4.; das Rundschreiben des Präs. des StMinm. v. 27.12.1919 u. der neue Entwurf in: Rep. 151, I B Nr. 4489, n.f.; die Sitzungssache u. die Voten von JMinr., MöA u. Minr.dI in: Rep. 90, Nr. 631, Bl. 74 u. 81–83. Vgl. die Beantwortung der Anfrage durch den RegVertr. C. Busch, Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, 117. Sitzung am 20.2.1920, Sp. 9603 f.

⁷ Zur gewaltsamen Verhinderung der Antrittsvorlesung des zum ao. Prof. Ernannten durch eine Gruppe deutschnationaler Studenten am 12.1.1920 u. zum entschiedenen Protest des WissMinm. vgl. Haenisch, Konrad, Staat und Hochschule. Ein Beitrag zur nationalen Erziehungsfrage, Berlin 1920, S. 95–98. Nicolai gehörte im Okt. 1914 zusammen mit Albert Einstein, Robert Bueck u. Wilhelm Förster zu den Unterzeichnern eines „Aufrufs an die Europäer“, der sich gegen den „Aufruf der 93 ‘An die Kulturwelt!’“ wandte, u. war besonders durch sein Anti-Kriegsbuch „Die Biologie des Krieges. Betrachtungen eines Naturforschers den Deutschen zur Besinnung“ (Zürich 1917 u. 1919) international bekannt geworden. Am 5.3.1920 entzog der Senat der Berliner Univ. Nicolai die Lehrbefugnis. Vgl. insgesamt Nicolai, Georg Friedrich, Aufruf an die Europäer. Gesammelte Aufsätze zum Wiederaufbau Europas, hrsg. u. eingeleitet von Hans Wehberg, Leipzig u. a. (1921); Hermann, Armin, Einstein. Der Weltweise und sein Jahrhundert. Eine Biographie, München u. Zürich 1996, S. 28–30; Zuelzer, Wolf, Der Fall Nicolai, Frankfurt/M. 1981 u. die Kurzbiographie von Bernhard vom Brocke, in: NDB. Bd. 19, S. 203 f. – Einzelne Aktenschriftstücke in: Rep. 90, Nr. 1767, darunter Bl. 61–69v: Richtigstellung zu dem Gutachten des Senats der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin vom 5.3.1920. Dem WissMinm. als Denkschrift zur Weitergabe an die Senatsmitgl. übergeben von Prof. Georg F. Nicolai, Berlin 1920 (Druck); Rep. 77, Tit. 885 Nr. 11, Bl. 31 ff. u. Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 7, n.f. (Eingabe an das WissMinm. v. 8.12.1921.)

Nr. 99 Sitzung der Staatsregierung am 20. Januar 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 17–18v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Gräf, Wildermann, Freymuth, Göhre, Nobis; als Kommissare Nentwig, Borggreve, Fleischer; C. Busch, J. Bachem, E. Delbrück, Goslar.

1. Zustimmung zum Gesetz-Entwurf¹ über die Beseitigung der Konflikterhebung bei gerichtlicher Verfolgung von Beamten und Personen des Soldatenstandes. Er ist beschleunigt der Landesversammlung vorzulegen. [B] — **2. Drei Ernennungen und Aufhebung der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bzw. Ruhestand.** [B] — **(3. Nobis berichtet über die Verhandlungen im Reichsrat über die reichsrechtlichen Entwürfe eines Körperschaftssteuergesetzes und eines Ergänzungssteuergesetzes sowie über die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates. — 4. Göhre referiert über einen Zusammenstoß der preußischen Vertreter mit dem [...] Reichsfinanzminister Erzberger im Reichsrat² und eine unmittelbar anschließende Sitzung des Reichskabinetts. Vorwurf Erzbergers, daß Preußen gegen das Reich Obstruktion treibt,**

¹ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1629, S. 2343 f.; der LV übersandt am 20.1.1920. Vgl. das Gesetz v. 16.11.1920, GS 1921, S. 65.

² In der Niederschr. der Sitzung des ReichsR am 16.1.1920, S. 49 f., befindet sich kein Bezug darauf.

und Behauptung R. Schmidts im Reichskabinetts³, daß Preußen im Reichsrat nach rechts orientierte Politik *betreibt*. Eine baldige gemeinsame Aussprache zwischen den Mitgliedern der beiden Kabinette *wird* erwünscht. [B] — (5. Abschiedswort⁴ des Präsidenten der Landesversammlung namens aller Parteien [...] an die Bevölkerung der abgetretenen Gebiete *anlässlich des Inkrafttretens* des Friedensvertrages.) — 6. Holzausführverbot⁵ des Regierungspräsidenten in Allenstein; *seine Aufhebung wird* zurzeit noch nicht *verlangt*. [B] — 7. Memelgebiet. Grundsätzliche Ablehnung einer Verpflichtung des Preußischen Staates zur Leistung staatlicher Beihilfen *für das Memelgebiet nach Inkrafttreten* des Friedensvertrages.⁶ [B] — 8. Entwurf der Verfassung für Preußen und Auslegung der Verordnung vom 24. Januar 1919 betr. Anwendung des Beamten-Unfallfürsorgegesetzes; *vertagt*. — *Einrichtung einiger Dienst-räume* eines Regierungspräsidenten; *wird* zurückgezogen. — (9. Angabe der Werte der *bisher von den Ländern* an die Entente geleisteten Lieferungen, *um diese auf die Kriegsschuld anrechnen zu können*.⁷)

³ Im Prot. der Sitzung des RKab. v. 16.1.1920 ist darüber nichts vermerkt; vgl. Das Kabinett Bauer, Nr. 148, S. 538–542.

⁴ Vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, 102. Sitzung am 21.1.1920, Sp. 8418 f.

⁵ Die VO v. 22.11.1919 in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.; der Antrag des Minr.dI v. 10.1.1920, das Verbot, das vom zuständigen HandMinm. nicht gebilligt wurde, aus nationalen und wirtschaftlichen Interessen aufrecht-zuerhalten, in: Ebd., n.f. u. Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 6, n.f., dazu Anlagen, vom RegPräs. v. Oppen mit Schreiben v. 28.12.1919 übersandt.

⁶ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 12.12.1919 in: Rep. 151, I A Nr. 7450, n.f.

⁷ Vgl. das Schreiben des RFinMinr. Erzberger v. 15.10.1919 an den preuß. FinMinr., Abschr. v. 22.10.1919 an alle Minr., in: Rep. 120, A I 1 Nr. 38 Adhib. Bd. 1, Bl. 90–91; eine Nachweisung über die vom preuß. Staat auf Grund der Waffenstillstandsvereinbarungen u. des Friedensvertrages erfolgten Lieferungen u. Leistungen, Bl. 260–264.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 22. Januar 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 153, S. 556 f.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Südekum, Fischbeck, Braun, Oeser, Stegerwald, Haenisch.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Erörterung von Fragen über die Schließung der Eisenbahnwerkstätten und Einführung der Akkordarbeit. Oeser schildert die trostlosen Verhältnisse in den Werkstätten.

¹ Vgl. die Einladung des RMinm. v. 20.1.1920, zunächst mit der TO: 1. Schulfragen; 2. Einheitsstaat; 3. Allgemeine Aussprache über die Verhütung differierender Maßnahmen, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 11–12.

Nr. 100 Sitzung der Staatsregierung am 24. Januar 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 19–20v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Gräf, Wildermann, Freymuth, Göhre, Nobis, C. Busch, v. Kameke, Dombois, Goslar; als Kommissar Weltzien.

(1. Drei Ernennungen. [B] — 2. Referat von Nobis zum Stand der Frage der preußischen Gesandtschaften, insbesondere über die Gesandtschaft beim Vatikan. *Er teilt mit, daß der vom Reiche mit Bayern über die Vertretung Bayerns beim Vatikan zustandegekommene Vertrag in analoger Form auch mit Preußen abgeschlossen werden solle.* — 3. *Umwandlung des Reichsverwertungsamts in eine Aktiengesellschaft unter Beteiligung der Länder [...] am Aktienkapital und ihre Vertretung [...] im Aufsichtsrat. Grundsätzliches Einverständnis, daß Preußen der Gesellschaft beitreten soll.* [B] — 4. *Verbilligtes Holz aus den Staatsforsten für gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaften.* [B] — 5. Ministerreise in das besetzte Rheinland am 1. Februar 1920. [B]) — 6. *Zustimmung zu einem Gesetzentwurf¹ über die Umlegung von Grundstücken, sog. Umlegungsordnung.* [B] — 7. *Zustimmung zu einem Gesetzentwurf² zur Änderung des Forstdiebstahlggesetzes.* [B] — 8. *Valutaausgleich in den nördlichen Abstimmungsgebieten. Zwar keine Bewilligung eines allgemeinen Valutaausgleichs an die Beamten in Nordschleswig, doch Vorschüsse an in besondere Not Geratene und Ersatz der Valutaschäden bei günstigem Ausfall der Abstimmung. Vorbereitung eines Beschlusses über die Bewilligung besonderer Teuerungszulagen an Beamte und Arbeiter in allen besetzten Gebieten durch die Landesversammlung.* [B] — 9. *Überfremdung deutschen Besitzes. Antrag³ Preußens im Reichsrat, um die Reichsregierung zu beschleunigtem Handeln gegen die Überfremdung des Grundbesitzes und der Aktiengesellschaften [...] zu veranlassen.* [B]⁴

¹ *Die Vorlage des LandMinm. (Braun) v. 7.1.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 106, Bl. 1 bis 8v; das Votum des WissMinr. v. 27.2.1920, Bl. 28–28v. Der Entwurf wurde der LV übersandt am 24.1.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1723, S. 2408–2416. Vgl. das Gesetz v. 21.9.1920, GS, S. 453 u. Peltzer, Julius (Wirkl.GehORegR u. MinR im LandMinm.), Gesetz über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) vom 21. September 1920 mit den Ausführungsbestimmungen, Berlin 1921 (Die neue preußische Agrargesetzgebung, hrsg. von Mitgl. des LandMinm., Bd. 4).*

² *Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1724, S. 2417–2419; der LV übersandt am 24.1.1920. Vgl. das Gesetz v. 14.12.1920, GS 1921, S. 103.*

³ *Vom 27.1.1920 mit Begründung u. dem Schreiben des FinMinr. v. 18.12.1919 an das AA in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 21, S. 1–5. Am 2.2.1920 den Ausschüssen des ReichsR überwiesen, vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 9. Sitzung, S. 86.*

⁴ *An die Sitzung schloß sich eine Besprechung mit den Fraktionsvorständen über die Verfassungsvorlage an; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 200. Darüber konnte in den vorliegenden Akten nichts nachgewiesen werden.*

Nr. 101 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 27. Januar 1920.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 21–22v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

¹ *Vgl. das Prot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 106, S. 23–24.*

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Freymuth, Freund, F. Busch, Scheidt, Conze, Meister, Schreiber, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK]; als Kommissare Fleischer, Helfritz, v. Schütz, Fischer, H. Schellen, Mulert, v. Köller, Quassowsky, Schöner; C. Busch, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück, Goslar.

1. Anfrage² der Abgeordneten Dr. Friedberg und Gen. betr. die geplante Schließung sämtlicher gastwirtschaftlichen Betriebe. Der Staatskommissar für Volksernährung wird ersucht, mit dem Reichswirtschaftsministerium [...] eine Erleichterung der Lage der Gastwirte zu prüfen, wobei zwischen dem soliden Gastwirtsgewerbe und dem Betrieb der Schlemmerlokale zu unterscheiden ist. [B] — 2. Oberschlesien. Weiterhin bevorzugte Belieferung [...] mit Lebensmitteln.³ Erneute Ablehnung der Autonomie für Oberschlesien und keine Zustimmung zum Verzicht auf das Reichsnotopfer, wie von der Reichsregierung vorgesehen.⁴ [B] — 3. Mieten. Mehrheitliches Einverständnis mit der Verordnung⁵ des Wohlfahrtsministers zur Festsetzung von Höchstmieten. Vorlage in der Landesversammlung. [B] — 4. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. [B] — 5. Sechs Ernennungen. [B] — 6. Beamte. Billigung der Richtlinien⁷ des Ministers des Innern zur Anwendung des Beamten-Unfallfürsorgegesetzes auf alle unmittelbaren Staatsbeamten. [B] — 7. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁸ über die Dauer des Vorbereitungsdienstes der Referendare. [B] — 8. Einheitsstaat. Das Gutachten⁹ des Reichsministers des Innern über den Antrag der preußischen Mehrheitsparteien wegen Herbeiführung eines Einheitsstaates. Das Gutachten soll gleichzeitig mit dem ganzen Komplex der zwischen der Reichs- und der Preußischen Staatsregierung anhängigen Streitfragen in gemeinsamer Sitzung¹⁰ am 30. Juni 1920 erörtert werden. [B] — 9. Verleihung des Ranges der mittleren Beamten an die Gendarmen¹¹; wird bis zur allgemeinen Neuregelung der Gehälter und Amtsbezeichnungen vertagt.

² Vgl. die Förmliche Anfrage Nr. 109 v. 22.1.1920 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1636, S. 2346. Die Fragesteller unterrichteten über eine bevorstehende Schließung aller gastwirtschaftl. Betriebe als Abwehrmaßnahme gegen die VO der RReg., in der die Gastwirte nicht als Verbraucher anerkannt, sondern als Schleichhändler behandelt werden.

³ Vgl. dazu das Schreiben des StKom. für die Überwachung der öffentl. Ordnung v. 22.12.1919 an den Präs. der LV in: Rep. 90, D I 2 Nr. 20 Bd. 1, Bl. 301–303; das Votum des LandMinm. v. 21.1. u. das Schreiben des RKom. für die Kohlenverteilung v. 24.1.1920 an MinPräs. Hirsch, ebd., Bd. 2, Bl. 9–11.

⁴ Vgl. auch Eimers, Das Verhältnis von Preußen und Reich, S. 321, mit Bezug auf den TOP.

⁵ Vgl. die Anordnung betr. Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen v. 9.12.1919, GS, S. 187. Vgl. auch den Antrag der Abg. Friedberg u. Gen. v. 23.1.1920 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1705, S. 2382. Am 12.3.1920 der LV übersandt, ebd., Bd. 6, Nr. 2076, S. 3068–3078. Vgl. das Gesetz v. 5.5.1920, GS, S. 286.

⁶ Die Vorlage des WohlfMinr. v. 22.1.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 56 Bd. 1, n.f.; der LV übersandt am 27.1.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 6, Nr. 1741 A u. B, S. 2661–2682. Vgl. das Gesetz v. 5.5.1920, GS, S. 286 u. über den Siedlungsverband Romeyk, Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz, S. 349–355; vgl. auch Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, S. 135 f.

⁷ Vom 31.12.1919 in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 15 Beiakte 1 Bd. 1, n.f.; der Runderlaß des Minr.dI v. 22.3.1920, ebd.

⁸ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 6, Nr. 1935, S. 2972–2975; der LV übersandt am 20.2.1920. Vgl. das Gesetz v. 8.7.1920, GS, S. 388.

⁹ Kochs Denkschrift betr. den „Übergang zum Einheitsstaat“ v. 12.1.1920 gedr. in: Das Kabinett Bauer, Nr. 145, S. 514–530. Vgl. den Antrag der Abg. Friedberg, Gräf (Frankfurt), Porsch u. Gen. v. 13.12.1919 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 5, Nr. 1467, S. 2147; vgl. die Debatte mit der Abstimmung am 17.12.1919, Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, 101. Sitzung, Sp. 8268 u. 8407–8412. – Vgl. auch Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 244–262.

¹⁰ Vgl. Sitzung am 31.1.1920, TOP 3.

¹¹ Die Vorlage des Minr.dI in: Rep. 84a, Nr. 10739, Bl. 208–209.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 28. Januar 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 156, S. 563–566.

Anwesend: für Preußen Heine.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, v. Berger.

1. Geldzahlungen an die nationaldeutschen Baltikumkämpfer und an die nationalrussischen Truppen. — **2.** Strafflosigkeit für die Führer der Baltikumtruppen. — **3.** Versorgung der Reichswehrtruppen. — **4.** Schaffung einer Beschwerdeinstanz im Reichsrat gegen Presseverbote der Heine zustimmt. — **5.** Erlaß einer Verordnung über die Verpflichtung zur Rückerstattung der durch Bewilligung einer neuen Teuerungszulage im Baugewerbe entstehenden Mehrkosten durch die Bauauftraggeber. — **6.** Tätigkeitsgebiet der Reichsentschädigungskommission. — **7.** Verordnungsentwurf betr. die Außerkraftsetzung der Silbermünzen. — **8.** Verordnung wegen Ergänzung der Dienstvorschriften zu dem Gesetz betr. die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande.

Nr. 102 Sitzung der Staatsregierung am 29. Januar 1920.

Abschr., Bd. 169, Bl. 23; Anlage¹, Bl. 24–25; MF 1019. — Weitere Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Stegerwald. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: als Kommissare Althans, Reuß, Flemming, Häntschel.

Die Frage des Übertritts der Saarbergbeamten in den Dienst des französischen Staates und ihre Rückübernahme in den preußischen Staatsdienst *bei einem* etwaigen Ausscheiden aus dem französischen Dienste. [B]

¹ *Beschluß des StMinm. über den vorläufigen Verbleib der dt. Bergbeamten an der Saar.*

Nr. 103 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 31. Januar 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 26–27v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentin, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Oeser. — Prot.: Valentin [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Wildermann, Freymuth, Bodenstein, M. Peters, Meister, Göhre, Nobis, Fleischer, v. Berger, C. Busch, Goslar.

(1. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹ über die Ermächtigung des Justizministers zu vorübergehenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Dienstaufsicht und der Disziplinargewalt aus Anlaß der Ausführung des Friedensvertrages. [B] — 2. Der deutsch-belgische Vertrag über Rücknahme der in Belgien liegenden Markzahlungsmittel in der Verhandlung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats. Einstimmige Annahme des ersten Teils des Antrags Preußens, demzufolge die Reichsregierung den Vertrag dem Reichsrat zur Kenntnisnahme zu unterbreiten hat.² [B] — 3. Ministerpräsident Hirsch berichtet über die gestrige gemeinsame Sitzung³ zwischen den Mitgliedern des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums. Gemeinsamer Beschluß über die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Fragen des Einheitsstaates und zur Erzielung eines reibungslosen Hand-in-Hand-Arbeitens. Von der Reichsregierung sind Schiffer, Koch und David dafür bestimmt, vom Staatsministerium werden zu Mitgliedern der Kommission Hirsch, Heine und Stegerwald gewählt. [B]) — 4. Fünf Ernennungen und eine Versetzung in den Ruhestand. [B] — 5. Denkschrift⁴ über den Mittellandkanal; wird zur Begutachtung ausgegeben. [B] — 6. Fortfall der Ostmarkenzulage ab 1. April 1920 infolge der neuen Gehaltsreform. [B] — (7. Einrichtung einer von Reichswegen erfolgenden Beschwerdeinstanz für Fälle des Verbots periodischer Druckschriften während des Ausnahmezustandes, die bei ihren Entscheidungen nicht an die Instruktionen ihrer Regierungen gebunden sein soll. — 8. Braun bringt das Verfahren bei der Behandlung der Kleinen Anfragen zur Sprache. [B])

¹ Die Vorlage des JMinr. v. 30.1.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, A III 1 Nr. 9 Bd. 7, n.f. Der Entwurf wurde der LV übersandt am 30.1.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 6, Nr. 1840, S. 2788 f. Vgl. das Gesetz v. 6.2.1920, GS, S. 55.

² Kein Bezug darauf in den gedruckten Materialien des ReichsR.

³ Ein Prot. zu dieser gemeinsamen Sitzung konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. dafür den Entwurf einer Pressenotiz oder eines Schreibens an die Preußische Regierung über die Stellung der Reichsregierung zu der Einheitsstaats-Resolution der Preußischen Landesversammlung, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1872, Bl. 106–107; gedr. bei Poetzsch, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung, S. 72. – Vgl. auch Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, S. 262 f.

⁴ Vgl. die Denkschrift v. 1.2.1920 mit Ergänzungen in: Drucks. Nr. 2 u. 3 (Anlagen) des Landes-Wasserstraßenbeirats, WP 1914–21, Berlin.

Nr. 104 Sitzung der Staatsregierung am 5. Februar 1920.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 169, Bl. 29–29v; MF 1019. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Haenisch, Heine, Oeser. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Goslar.

1. Auslieferungsforderung der Entente. Angesichts der eingetretenen gespannten Lage ist eine unverzügliche Rückkehr der Minister von ihrer Rheinlandreise erforderlich, damit sich das Staatsministerium baldigst beschlußfähig versammeln kann. [B] — 2. Zustimmung zu einer Erklärung¹ des Innenministers zur Auslieferungsforderung im Reichsrat. [B]

¹ Vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 10. Sitzung am 5.2.1920, S. 100.

Nr. 105 Sitzung der Staatsregierung am 11. Februar 1920.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 169, Bl. 30–32; MF 1019. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Stegerwald. — *Prot.*: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Bodenstein [für Oeser], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Freymuth, v. Bornstedt [RK], Göhre, Nobis, Meister, C. Busch, J. Bachem, Dombois, E. Delbrück, Goslar; als *Kommissare* Loyke, v. Grolmann, Gernlein, Krönig, v. Gillhausen.

(1. Genehmigung zur Auflösung und zur Veräußerung von [...] in Schleswig gelegenen Lehen. [B] — 2. Zustimmung zum Gesetzentwurf² über Zuschläge im Güter- und Tierverkehr. [B] — 3. Papierholz aus Staatsforsten. Grundsätzliche Bereitschaft Preußens, mit der Lieferung zur Verbilligung des Druckpapiers beizutragen. Dabei ist ein niedrigerer Zeitungspreis sicherzustellen; notwendig bleibt aber, die Frage der Ersatzleistung an die Länder durch das Reich zu klären. [B]) — 4. Schulverhältnisse in Groß-Berlin. Ihre Regelung soll auf Wunsch der Kommission der Landesversammlung [...] nicht in einem besonderen, sondern in dem Gesetz über die Bildung der Stadt erfolgen. Der Entwurf³ des Wissenschaftsministers ist als Material zur Verfügung zu stellen. [B] — 5. Landessteuergesetzentwurf.⁴ Bitte an die Reichsregierung, für die Wiederherstellung des in der Nationalversammlung in erster Lesung gestrichenen § 57 des Entwurfs einzutreten, da nur unter dieser Voraussetzung [...] Preußen sich zum Verzicht auf die Steuerhoheit der Länder habe bereit erklären können. Falls der § 57 nicht wiederhergestellt wird, muß Preußen von allen verfassungsmäßig gegebenen Möglichkeiten im Interesse der finanziellen Zukunft der Länder und Gemeinden [...] Gebrauch machen.⁵ [B] — 6. Vorläufige Wahrnehmung der Stelle eines Chefs des Direktoriums des Potsdamschen Großen Militärwaisenhauses durch den Ministerpräsidenten.⁶ [B] — 7. 16 Ernennungen, darunter von O. Hörsing⁷ zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen. [B] — 8. Aufruf des Deutschen Beamtenbundes zur Einführung der achtstündigen Arbeitszeit⁸; vertagt. — 9. Lage in Ostpreußen.⁹ Es sind Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten und anderen Vertretern Ostpreußens in Berlin über eine größere wirtschaftliche Selbständigkeit infolge seiner Abschnürung vorgesehen. Teilnahme der Reichsminister wird erwünscht. [B]

¹ Vgl. das Prot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 106, S. 36–38.

² Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 6, Nr. 1880, S. 2822–2824; der LV übersandt am 12.2.1920. Vgl. das Gesetz v. 23.2.1920, GS, S. 51.

³ Die Vorlage des WissMinr. u. der Antrag des Minr.dI v. 7.2.1920 in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 90 Beiheft 4 B, Bl. 96 u. 129–130; der Entwurf eines Gesetzes über die Schulverhältnisse in Groß-Berlin mit Begründung u. die Sonderbestimmungen für die Verwaltung des Schulwesens einschließlich des Fach- u. Fortbildungsschulwesens, Bl. 98–117. Vgl. das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin v. 27.4.1920, §§ 42–52, GS, S. 137.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1919, Bd. 2, Nr. 233, S. 1–35, hier S. 12; von RFinMinr. Erzberger dem ReichsR übersandt am 18.11.1919. Zur Sitzung des ReichsR am 25.3.1920 u. zum § 57 vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 21. Sitzung, S. 248–250. Vgl. das Gesetz v. 30.3.1920, RGBl. I, S. 402 u. Markull, Wilhelm (MinR im RFinMinr.), Kommentar zum Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz, früher Landessteuergesetz) in der Fassung vom 23.6.1923. Mit einer systematischen Darstellung, allen Ausführungsbestimmungen und ergänzenden Zusätzen, Berlin 1923, S. 11–16.

⁵ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinr. v. 11.2.1920 an den RFinMinr. in: Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 1, Bl. 253–253v.

⁶ Vgl. dazu das Schreiben von MinPräs. Hirsch v. 17.2.1920 an KrMinr. Reinhardt u. das Direktorium des Militärwaisenhauses in: Rep. 90, Nr. 1877, n.f.

⁷ Der Antrag des Minr.dI v. 30.11.1919 in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 1, Bl. 338–338v.

⁸ Der TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 16, Bl. 211v.

⁹ In den Spezialakten formuliert: Die Abschnürung Ostpreußens durch die Polen und die darauf sich stützenden Sonderwünsche der Provinz; vgl. die Einladung zur Sitzung, Bd. 16, Bl. 214.

Nr. 106 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 18. Februar 1920.

Vollz. Reinschr.¹ mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 33–36; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [i. V. am Zehnoffs], Dönhoff [i. V. Fischbecks], W. Peters, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Freymuth, Meister, Göhre, Nobis; als Kommissare Fleischer, Niermann, v. Schütz, Böhme, Kalle; C. Busch, v. Kameke, E. Delbrück, Goslar.

1. Die Unterstützung der Pferderennen in Wiesbaden. [B] — **2.** Abgabe der preußischen Stimme im Reichsrat [...] für den württembergischen Antrag² nach Ablieferungsprämien für Brotgetreide. [B] — **3.** Entfernung der Kaiserbilder und monarchischen Hoheitszeichen aus den staatlichen Gebäuden. Für die Abstimmungsgebiete sind Ausnahmen zugelassen.³ [B] — **(4.** Mitteilungen über die Eisenbahndirektion Saarbrücken.) — **5.** Herstellung einer [...] Bahnverbindung für die Stadt Bischofswerder [...] bei günstigem Ausfall der Abstimmung im Kreise Rosenberg. [B] — **6.** Elf Ernennungen. [B] — **7.** Zahlung der Ostmarken- und Ostmarkenruhegehaltszulage für das Rechnungsjahr 1919. [B] — **8.** Handhabung der Verordnung über den Treueid der Bischöfe. Keine Vereidigung des neuen Erzbischofs von Köln, aber seine staatliche Anerkennung ist auszusprechen, auch wenn er sie etwa nicht beantragen sollte. [B] — **9.** Eine Bittschrift⁴ um Verleihung des Ordens pour le mérite; wird nicht berücksichtigt. [B] — **(10.** Die Verleihung der Rettungsmedaille an den englischen Kapitän Rock wird unterstützt. [B] — **11.** Denkschrift⁵ von Nobis über die zeitweilige Außerkraftsetzung von bestimmten Gesetzen im Abstimmungsgebiet Oberschlesien; Aussprache mit der Reichsregierung ist vorgesehen. [B] — **12.** Ablehnung der Überlassung des Gebäudes des ehemaligen Herrenhauses und der Bibliothek an den künftigen Reichswirtschaftsrat.⁶ [B] — **13.** Valutaausgleich für Beamte in Nordschleswig. — **14.** Aufrechterhaltung des Verzichts auf eine eigene preußische Gesandtschaft [...] beim Vatikan anlässlich des Wunsches der päpstlichen Kurie nach Erhaltung der bayerischen Gesandtschaft beim Vatikan. [B] — **15.** Der Verfassungsausschuß des Reichsrates optiert fast einmütig gegen die Einrichtung einer „Zentralstelle zur Vorbereitung der Reichsvermittlung bei der Umbildung der deutschen Länder“. — **16.** Beratung des Antrags⁷ Preußens im Reichsrat auf Maßnahmen der Reichsregierung, um der Überfremdung deutschen Eigentums wirksam zu begegnen.)

¹ Vgl. das Prot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 106, S. 53–59.

² Vgl. den Antrag v. 4.2.1920 betr. Ergänzung der Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln v. 18.12.1919 (RGBl., S. 1990) in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 28, S. 1 f.

³ Der Erlaß des StMinm. v. 26.2.1919 ist gedr. in: Die Kabinette Wirth I u. II. 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921. 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922, bearbeitet von Ingrid Schulze-Bridlingmaier, Bd. 1, Boppard am Rhein 1973, S. 531, Anm. 2. Vgl. ferner die VO des MdI in: Rep. 77, Tit. 343 Nr. 102 Bd. 1, n.f.

⁴ Der Antrag von Georg Meyer in Bremen wurde durch Beschluß der LV v. 22.1.1920 der StReg. zur Berücksichtigung überwiesen; vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, 103. Sitzung am 22.1.1920, Sp. 8554.

⁵ Vom 15.2.1920 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 26–29.

⁶ Das Schreiben (Antrag) des RWiMinr. v. 11.2.1920 an das StMinm. in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1, Bl. 253–254; die Erwiderung des Präs. des StMinm. v. 20.2.1920, Bl. 255–256.

⁷ Vom 27.1.1920 in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 21, S. 1 f.

Nr. 107 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 20. Februar 1920.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 169, Bl. 37–37v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U]

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Dönhoff [für Fischbeck], Dulheuer [für Südekum], Wildermann, Freymuth, Göhre, C. Busch, v. Kameke, Goslar, Cohn; als Kommissare v. Bahrfeldt, Wolffram.

(Besprechung der Denkschrift² des [...] Justizministers vom 12.II.20 betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und Vorbereitung der Beratung des entsprechenden Reichsgesetzesentwurfes³ [...] im Reichsrat. Festlegungen für den Vertreter Preußens. [B])⁴

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 23.2.1920: Streng Geheim, Bl. 37.

² Das Schreiben (Vorlage) am Zehnhoffs an das StMin. in: Rep. 84a, Nr. 2339, Bl. 237–241v; der hs. Entwurf, Bl. 230–235v; die Voten von FinMinr. u. HandMinr., Bl. 293–295. Die Vorlage u. weiteres Material in: Rep. 77, Tit. 332y Nr. 28 Bd. 5, n.f.

³ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 14, S. 1–15; von RWeMinr. Noske dem ReichsR vorgelegt am 18.1.1920; die einzelnen Entwürfe seit Juli 1919 mit Voten in: Rep. 84a, Nr. 2339, Bl. 19 ff., darunter das Votum des JMinr. v. 19.8.1919, Bl. 60–63v.

⁴ An die Sitzung war erneut eine vertraul. Besprechung der Minr. mit den parlamentar. UStS über die durch Rundschreiben des MinPräs. v. 12.2.1920 vorgelegte Denkschrift betr. die wirtschaftliche Lage des Reichs vorgesehen; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 222v. Vgl. zu der Frage Sitzung am 9.1.1920, Anm. 8.

Nr. 108 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 24. Februar 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 38–39v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [i.V. am Zehnhoffs], Dönhoff [i.V. Fischbecks], W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Freymuth, C.H. Becker, Jahnke, Kaestner, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK]; als Kommissare Wolffram, Schultz, Sobernheim [AA], Wendschuch [AA], v. Prittwitz [AA], Crusen, Menzel, Trendelenburg; C. Busch, v. Kameke, Cohn, Goslar.

1. Verordnungsentwurf¹ v. 17. Januar 1920 betr. die Ansässigkeit des Grundeigentums. Er wird als eine brauchbare Grundlage angesehen, um bei den weiteren Beratungen des preußischen Antrages² im Reichsrat auf die Ergreifung schleuniger Maßnahmen durch die

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Vgl. Sitzung am 18.2.1920, Anm. 8.

Reichsregierung hinzuwirken. [B] — 2. *Schule*. Entwurf³ eines Reichsgesetzes betr. die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen. *Grundsätzliche Zustimmung, jedoch für Aufnahme von Vorschriften in den Entwurf, die den Ländern und Gemeinden keine neuen finanziellen Verpflichtungen ohne eine entsprechende Deckung auferlegen und die Vorschule nicht etwa durch eine Hintertür tatsächlich wieder einführen.*⁴ – *Zu den Beratungen des Ausschusses der Nationalversammlung betr. den Entwurf eines Landessteuergesetzes. Im Reichsrate ist gegen das Gesetz ohne den § 57 mit allen verfassungsmäßigen Mitteln anzukämpfen.* [B] — 3. *Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage für die Arbeiter der Betriebsverwaltungen. Lediglich der Lohn für die Wochenfeiertagsschicht und dazu ein Zuschlag von 50% ist zu gewähren.*⁵ [B] — 4. *Ausländerfrage. Stellungnahme zur Abwehr und Behandlung lästiger Ausländer.*⁶ *Die Aufhebung des Erlasses⁷ des [...] Ministers des Innern vom 1. November 1919 ist nicht erforderlich, da ein rechtlicher Widerspruch zu den reichsrechtlichen Paßvorschriften [...] nicht zu erkennen ist. Einführung der Meldepflicht [...] für alle Ausländer. Unterbringung derjenigen, die sich gegen die Strafgesetze vergehen und der Meldepflicht entziehen, in Sammellager [...] möglichst im Osten.*⁸ *Das Auswärtige Amt ist bereit, mit der Polnischen Regierung wegen grundsätzlicher Bereitwilligkeit zur Übernahme etwa ausgewiesener, in Kongreßpolen geborener Ausländer zu verhandeln.* [B] — (5. *Das Staatsministerium tritt für den Reichsgesetzesentwurf⁹ zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen ein.* [B] — 6. *Nochmalige Beratung des Reichsgesetzesentwurfs betr. die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; für vorzeitige Beseitigung der Einrichtung des Gerichtsherrn in Militärstrafverfahren.* [B])

³ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 30, S. 1–6; vom RMinr. dI Koch dem ReichsR übersandt am 5.2.1920; vgl. die vom ReichsR beschlossene Fassung, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 14. Sitzung am 26.2.1920, S. 157 f., Anlage 2.

⁴ Vgl. auch Boelitz, Otto, *Der Aufbau des preußischen Bildungswesens nach der Staatsumwälzung*, Leipzig 1924, S. 22 bis 38 u. Landé, Walter (MinR im WissMinr.), *Die Grundschule in Preußen. Sammlung der Bestimmungen*, 2. Aufl., Berlin 1927 (Weidmannsche Taschenbuchausgaben der Preuß. Unterrichtsverw., H. 18).

⁵ Vgl. den Erlaß des MöA v. 6.3.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 3, n.f.

⁶ Ursprünglich: Abwehr des Zustromes fremdstämmiger Ausländer; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 223v.

⁷ Vgl. Sitzung am 27.12.1919, Anm. 2.

⁸ Vgl. die Verfügung des Minr. dI v. 18.2.1920 über die Behandlung der über die Ostgrenze eingereisten Ausländer, in: MinBl. innere Verw. Nr. 4 v. 15.3.1920, S. 76.

⁹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 44, S. 1–4; von RJMinr. Schiffer dem ReichsR vorgelegt am 24.2.1920. Vgl. das Ergänzungsgesetz v. 24.3.1920, RGBl. I, S. 341.

Nr. 109 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 27. Februar 1920.¹

*Vollz. Reinschr.*², Bd. 169, Bl. 40–43; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

¹ *Der Sitzung ging eine vertraul. Besprechung der StMinr. über das Schreiben des Minr. dI v. 20.2.1920 betr. Reg. Düsseldorf voraus; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 235. Ein Prot. darüber konnte nicht nachgewiesen werden. Zur Frage der Besetzung des Postens des Düsseldorfer RegPräs. vgl. das Schreiben Heines an die Minr. v. 20.2.1920 in: Rep. 77, Nr. 279, Bl. 76–77v. Zur Haltung des Zentrums vgl. Die Zentrumsfraktion in der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, Nr. 119, S. 191 f.*

² Vgl. das Prot. von FinMinr. Südekum in: BArch Koblenz, NL 1190 Südekum, Nr. 106, S. 63–74.

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [i. V. Fischbecks], Mügel [i. V. am Zehnhoffs], W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Freymuth, F. Busch, C.H. Becker, Göhre, Nobis; als Kommissare Nentwig, Jahnke, Klotzsch, Menzel, Israel, Erythropel, v. Schütz, Doyé, Hinsch, Werner, Beyer, Jaques, O. Lehmann [alle zu 1]; C. Busch, Fritzsche, v. Kameke, E. Delbrück, Cohn, Goslar.

1. Besoldungsgesetz.³ Beratung über die Klärung der verschiedenen Zweifelspunkte, die bei der Einreihung der Beamten in die einzelnen Besoldungsgruppen entstanden waren. Die von der Staatsregierung gefaßten Beschlüsse gelten als Beschlüsse erster Lesung. [B] —
2. Bei der Reichsregierung ist die Wiedereinführung der Sommerzeit anzuregen. [B] —
3. Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920. Abgabe der preußischen Stimme für den Verordnungsentwurf⁴ der Reichsregierung. [B] —
4. Fünf Ernennungen. [B] —
- (5. Landessteuergesetz. Der Reichspräsident wird um eine gemeinsame Konferenz des Reichskabinetts, der Vertreter der Landesregierungen und der Führer der Mehrheitsparteien der Deutschen Nationalversammlung und der Landesversammlungen ersucht, um eine folgenschwere Streichung des § 57 des Entwurfes zum Landessteuergesetz zu verhindern. [B])⁵

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 21.2.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 366–367, dazu 10 Anlagen (die einzelnen Zweifelspunkte), Bl. 368–388v. Vgl. auch das Prot. Südekum (Anm. 2), S. 63–73.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 41, S. 1–4; von RWiMinr. Schmidt dem ReichsR vorgelegt am 16.2.1920. Vgl. VO v. 13.3.1920, RGBl. I, S. 325.

⁵ Nach der Sitzung war erneut eine vertraul. Besprechung der StMinr. u. der parlamentar. UStS über die durch das Rundschreiben des MinPräs. v. 12.2.1920 vorgelegte Denkschrift zur wirtschaftl. Lage des Reichs vorgesehen; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 237.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern im Reichstagsgebäude am 28. Februar 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 175, S. 621 f.

Anwesend: für Preußen Südekum, Oeser.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Erythropel.

1. Bestellung des Fürsten Hermann Hatzfeldt zum Kommissar für Oberschlesien. —
2. Grundzüge des Besoldungsgesetzes. Besonders von Preußen wird Einspruch gegen das Recht des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten, ihre Beamten nach eigenem Ermessen in Gehalts- und Altersstufen einzuweisen, erhoben.

¹ Vgl. die Einladung v. 26.2.1920 zur außerordentl. Sitzung des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 30–31.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten im Reichstagsgebäude am 1. März 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 176, S. 622 f.

Anwesend: für Preußen Oeser.¹

¹ Vgl. BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 30–32.

1. Vorlage der Etats durch die einzelnen Ressorts. — 2. Verordnungsentwurf über Heraufsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung. — 3. Fortsetzung Besoldungsgesetz (Besoldungsordnung). Beratung über die einzelnen Gruppen.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten im Reichstagsgebäude am 2. März 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 178, S. 632 f.

Anwesend: für Preußen Oeser.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Erythropel.

1. Beschluß über den Grundschulgesetzentwurf im Reichsrat mit verschiedenen Änderungen. — 2. Reise von Reedern als amtliche Vertreter nach London. — 3. Verordnungsentwurf über die Aufhebung der Durchfuhrverbote. — 4. Haushalt des Reichsmilitärgerichts. — 5. Personalien. — 6. Fortsetzung Besoldungsordnung. Beratung über Abänderungsanträge.

Nr. 110 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 3. März 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 44–46; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: v. Meyeren [für Fischbeck], Mügel [für am Zehnhoff], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, F. Busch, Löhlein, Holtze, Nentwig, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK]; als Kommissare Pauly, v. Tschammer, E. Meyer, Huth; C. Busch, v. Kameke, Cohn, Heuser, Goslar.

(1. Befristete Amtsbezeichnung für zwei Beauftragte für das Abstimmungsgebiet in Ostpreußen. [B]) — 2. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹ betr. Änderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 26. September 1919. [B] — 3. Dem Entwurf² eines Reichsheimstättengesetzes ist im Reichsrat zuzustimmen. [B] — 4. Der Übergang der Eisenbahnen auf das Reich.³ Zustim-

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 35, S. 1–9; von RArbMinr. Schlicke dem ReichsR vorgelegt am 11.2.1920. Die Vorlage des WohlMinr. v. 29.1.1920 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. das Änderungsgesetz v. 30.4.1920, RGBl. I, S. 853.

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 40, S. 1–8; von RJMinr. Schiffer u. RArbMinr. Schlicke dem ReichsR vorgelegt am 16.2.1920; die nachgereichte Begründung, zu Nr. 40, S. 1–16. Material in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 104; Bl. 66–71 der von den Minr. am 22.11.1919 dem MdI übersandte Entwurf; Bl. 77–90v ein Bericht über die Besprechung des Entwurfs am 18.12.1919 im RJMinr. Der vom ReichsR abgeänderte Entwurf in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 21. Sitzung am 25.3.1920, S. 252 f. Vgl. das Gesetz v. 10.5.1920, RGBl. I, S. 962.

³ Die Vorlage des MöA v. 28.2.1920 mit dem Entwurf des Staatsvertrages u. Begründung (Druck) in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 83 Bd. 1, Bl. 61–71v; zur Haltung der RReg. in der Verreichlichungsfrage vgl. das kritische Schreiben des MöA v. 17.1.1920 an den Präs. des StMinr., Bl. 73–75v. Das Material auch in: Rep. 151, I C Nr. 11148. Der berichtigte Entwurf nebst Beilage u. Begründung der LV übersandt am 21.3.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 6, Nr. 2097, S. 3109–3119. Vgl. das Gesetz v. 29.4.1920, GS, S. 97.

mung zum Entwurf eines Staatsvertrages zwischen Preußen und dem Deutschen Reich unter *eini-*gen Vorbehalten. Mitteilung über die Stellung der Reichsregierung zu den [...] Vorbehalten wird erwartet. [B] — **5.** Amnestie für die Abstimmungsgebiete. Der Frage ist zurzeit nicht näher zu treten. [B] — **6.** Angliederung der Hochbauabteilung nach Auflösung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an das Finanzministerium.⁴ [B] — **(7.** Landessteuergesetz. Mitteilungen über den weiteren Verlauf der auf die Aufrechterhaltung des § 57 des Entwurfs zu einem Landessteuergesetz gerichteten Bemühungen der Ländervertreter im Reichsrat. Die Bemühungen sind fortzusetzen. [B] — **8.** Schleswig-Holstein. Zustimmung zum Wortlaut einer Erklärung⁵ des Ministers des Innern, die er angesichts einer Resolution⁶ der Schleswig-Holsteiner [...] nach größerer, vor allem kultureller Verwaltungsfreiheit [...] namens der Preußischen Staatsregierung abgeben will. [B] — **9.** Ostpreußen. Auf Anregung von Landwirtschaftsminister Braun Erörterung des Verhaltens der Polen, welches mit allen Mitteln offensichtlich auf eine Abschnürung Ostpreußens vom Reiche gerichtet ist. Der Reichskanzler wird ersucht, eine gemeinsame Konferenz für die gegen Polen zu ergreifenden Maßnahmen möglichst schnell anzuberaumen. [B] — **10.** Annahme der preußischen Abänderungsanträge⁷ bei der Beratung des Gesetzentwurfes betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit [...] in den Ausschüssen des Reichsrats. [B] — **11.** Das Staatsministerium wünscht keine Vertagung der morgen im Reichsrat beginnenden Beratung des Reichsetats für 1920, bei der auf äußerste Sparsamkeit, insbesondere bei den neu beantragten Beamtenstellen, hinzuwirken ist. [B] — **12.** Umarbeitung der Denkschrift betr. die wirtschaftliche Lage des Reichs vor Übersendung an die Reichsregierung.⁸ [B])

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 14.11.1919 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 60 Bd. 2, Bl. 49–50 u. 70. Vgl. die Denkschrift betr. die Staatshochbauverw. des Minn.öA v. 15.9.1919 in: Rep. 93, B Nr. 210, Bl. 24–35v, mit Anlagen A–C; eine Zusammenstellung von Gutachten über die Zuweisung der Hochbauabt. bei Auflösung des Minn., Bl. 102–110.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁶ Vgl. Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 53 v. 3.3.1920.

⁷ Die Anträge in: Rep. 84a, Nr. 2339, Bl. 302, jedoch kein direkter Bezug auf diese in den Verhandlungen des ReichsR. Die vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 17. Sitzung am 11.3.1920, S. 210 bis 215, Anlage 4. Vgl. den vom RWeMinr. am 12.6.1920 vorgelegten Entwurf, Drucks., ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 192, S. 3–15 u. das Gesetz v. 17.8.1920, RGBl. II, S. 1579.

⁸ Der Einladung zufolge sollte der Gegenstand im Anschluß an die Sitzung im Rahmen einer vertraul. Besprechung der StMinr. u. der parlamentar. UStS behandelt werden; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 243–244. Vgl. einen Vermerk aus dem HandMinm. über den Beschluß, die Denkschrift umzuarbeiten, in: Rep. 120, CB I Nr. 2, n. f.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten im Reichstagsgebäude am 5. März 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 181, S. 646–650.

Anwesend: für Preußen Oeser.

1. Erörterung gesetzgeberischer Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit der Bestimmung der Verordnung über die Änderung des Einfuhrverbots vom 16. Juli 1917 mit den Bestimmungen der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918. — **2.** Genehmigung des Kreditabkommens mit Holland. — **3.** Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — **4.** Von der Nationalversammlung vor Neuwahlen noch zu erledigende Gesetze.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 8. März 1920, 11 Uhr.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 182, S. 650–652.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Braun, Heine.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Dönhoff, Mügel.

1. Ostpreußen. Überblick von Hirsch über die aus den verschiedensten Kreisen der Provinz eingegangenen zahlreichen Wünsche. Beschluß beider Kabinette, die ostpreußischen Anträge in einer gemeinsamen Sitzung am 10. März 1920 zu beraten. — **2. Verleihung des Verwundetenabzeichens.** — **3. Tätlicher Angriff auf Mitglieder der Entente-Kommission durch deutsche Gäste im Hotel Adlon in Berlin.**

Nr. 111 Sitzung der Staatsregierung am 8. März 1920, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 47–48v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Stegerwald. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Bodenstein [für Oeser], O. Meyer, W. Busch, Linz, Freund, Dulheuer, Meister, Nobis, v. Bornstedt [RK]; als Referenten Berndt, Häsela, Irmer, Remak; C. Busch, v. Kameke, Cohn, Heuser, Goslar.

1. Acht Ernennungen. [B] — **2. Aufhebung des Glücksburgischen Fideikommisses.** [B] — **(3. Zustimmung zu einem Nachtrag zum Staatshaushalt der Eisenbahnverwaltung für 1920; er ist sofort bei der Landesversammlung einzubringen.**¹ [B] — **4. Feierliche Überreichung der staatlichen Anerkennungsurkunde an den bisherigen Bischof K.J. Schulte in Paderborn als Erzbischof von Köln.** [B] — **5. Zahlung einer einmaligen Zulage an alle Staatsbeamten in der Stadt Flensburg.**² [B] — **6. Jugendgerichtsgesetz.** Abgabe der preußischen Stimme [...] im Reichsrat für den Entwurf³ eines Jugendgerichtsgesetzes. [B] — **7. Grundsätzliche Zustimmung zum Entwurf⁴ eines neuen Gesetzes über die Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage [...]** im Reichsrat. *Antrag auf einen Zusatz, der die Landesbehörden zu entsprechenden Vorschriften ermächtigt.* [B] — **8. Auflösung des Literarischen Büros beim Ministerium des Innern**

¹ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 6, Nr. 2096, S. 3105, der LV übersandt am 8.3.1920.

² Vgl. dazu das Telegramm. des StKom. Köster v. 8.3.1920 in: Rep. 120, A I I Nr. 141b Bd. 8, n.f. u. Rep. 197A, Gen. A I Nr. 19 Beiheft 1, n.f.; die Antwort v. 8.3.1920 an Köster, Abschr. an den Rklr. zwecks sofortiger Veranlassung für die Reichsbeamten, ebd.

³ Vgl. Drucks. Reichsr, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 37, S. 3–28; von RJMinr. Schiffer dem Reichsr vorgelegt am 14.2.1920. Vgl. das Gesetz v. 16.2.1923, RGBl. I, S. 135.

⁴ Vgl. Rep. 90, Nr. 2266, Bl. 51–52v u. Drucks. Reichsr, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 39, S. 1–4; von RJMinr. Schiffer u. RMinr. dl Koch dem Reichsr übersandt am 14.2.1920. Vgl. die vom Reichsr am 15.4.1920 beschlossene Fassung in: Verhandlungen Reichsr, Tagung 1920, 30. Sitzung, S. 337 u. 339, Anlage. Vgl. ferner das Gesetz v. 8.5.1920, RGBl. I, S. 909.

zum 1. April 1920.⁵ [B] — (9. Oberschlesien. *Die Entente hegt die Absicht, Oberschlesien von der deutschen höheren Gerichtsbarkeit [...] zu trennen und an deren Stelle besondere höchstinstanzliche, an die deutschen Gesetze nicht gebundene, teilweise mit Ausländern besetzte Gerichte zu setzen. Einspruch der oberschlesischen Rechtsanwälte und des Auswärtigen Amts ist beabsichtigt. Staatsministerium billigt eine Einstellung der Tätigkeit [...] der oberschlesischen Richter nur bedingt.*⁶ [B] — 10. *Drei Pensionsachen.*⁷ [B])

⁵ *Der Antrag des Minr.dI v. 2.3.1920 in: Rep. 90a, B III 4 h Nr. 1, Bl. 219–220. Zur Auflösung vgl. auch das Schreiben des Minr.dI (i. V. Freund) an die Minr. v. 24.3.1920 in: Rep. 120, CB I Nr. 26 Bd. 3, n.f. Zur Entwicklung des Büros vgl. Nöth-Greis, Gertrud, Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik in: Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, hrsg. von Jürgen Wilke, Köln u. a. 1997, S. 41–44.*

⁶ *Vgl. das Staatstelegramm des JMinr. v. 9.3.1920 an den Präs. des OLG u. den OStAnw. in Breslau in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 83.*

⁷ *Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 61, 166 u. 617.*

Nr. 112 Sitzung der Staatsregierung am 10. März 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 49–52v; MF 1019. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 104, Bl. 104–107v; Rep. 90, Nr. 280, Bl. 497–503v; Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot. [U]: Valentiner, Heuser.

Weitere Teilnehmer: Mügel [i. V. am Zehnhoffs], v. Meyeren [i. V. Fischbecks], W. Busch, Gräf, Linz, F. Busch, Trendelenburg, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], v. Berger, Schwarz, Heuser, Goslar.

(1. *Bestellung eines besonderen, mit den ostpreußischen Verhältnissen vertrauten Beamten beim Staatsministerium und bei den Reichsressorts, um zur besseren Wahrnehmung der Interessen von Land und Leuten Ostpreußens beizutragen.*¹ [B]) — 2. *Rheinlandfrage. Teil 2 der Denkschrift² wird beraten. Organisatorische Maßnahmen zur Erhaltung der Rheinlande für das Reich und Preußen und Einsetzung von Rheinlandreferenten in jedem Ministerium. In Verbindung hiermit Erörterungen über die Gesamtsituation. Wichtigste Punkte: Notwendiges Vorgehen gegen die Anhänger Dortens, da ihr Bestreben, die Rheinlande vom Reiche loszureißen, heute offen zu Tage tritt. Besetzung der vakanten Verwaltungsstellen im besetzten Gebiete. Geldmittel für die Abwehr der „pènètration intellectuelle“. Abwehrkampf als Volkskampf. Förderung von Theater sowie Musik angesichts der französischen Kulturpropaganda. Bekämpfung der Teuerung.* [B]³

¹ *Vgl. Sitzung am 28.4.1920, TOP 4.*

² *Die Zusammenfassung des Teils 2 in 9 Punkten in: Spezialakten, Bd. 16, Bl. 262. Die Denkschrift konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

³ *Die am 12.3.1920 für den 16. oder 17.3. festgesetzte Sitzung mit insgesamt 10 TOP mußte am 15.3. infolge des Kapp-Putsches bis auf weiteres verschoben werden; vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 264–265.*

Niederschrift über Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Preußischen Staatsregierung, der Reichsregierung, Vertretern der Mehrheitsparteien und der Gewerkschaften im Dienstgebäude der Preußischen Regierung am 18. März 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 204, S. 710–725.

Anwesend: für Preußen [Südekum, Heine, Hirsch, Stegerwald, Oeser].

Bedingungen der Gewerkschaften für den Abbruch des Generalstreiks. Ministerpräsident Hirsch erklärt, daß die preußische Regierung keine Erklärung abgeben kann. Im Neun-Punkte-Programm, von Legien vorgetragen, wird auch der Rücktritt der preußischen Minister Oeser und Heine gefordert.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 20. März 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 206, S. 728–732.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Braun, Oeser.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Innenpolitische Lage und Rücktritt von Reichswehrminister Noske.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 21. März 1920.

Druck: Das Kabinett Bauer, Nr. 207, S. 732–735.

Anwesend: für Preußen Hirsch, Fischbeck, Oeser, Südekum, Braun, Stegerwald, Haenisch, Heine.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Schluchtmann.

1. Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Reichskommissar Severing vertritt die Ansicht, daß der Aufruhr militärisch nicht niederzuwerfen ist, man muß ihn vielmehr in sich selbst ausbrennen lassen. Giesberts und Braun werden nach Rheinland-Westfalen entsandt, dabei sind keine Verhandlungen mit den Kommunisten zu führen. — **2.** Bezahlung der Streiktage bei Wiederaufnahme der Arbeit am 22. März 1920.

Nr. 113 Sitzung der Staatsregierung am 22. März 1920.¹

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 169, Bl. 53–54, Abschr., Bl. 55–56; MF 1019. — Weitere Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, Oeser, Stegerwald. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Ramm, Dönhoff, F. Busch, Freund, Mügel, Scheidt, W. Peters, C.H. Becker, Göhre.

1. *Es besteht* Einstimmigkeit darüber, daß gegen alle Beamte, welche sich der „Regierung Kapp“ angeschlossen haben, auf Grund der Straf- und Disziplargesetze vorzugehen ist. [B] — **2.** *Sofortige Suspension von Oberpräsident P. Winnig, Oberpräsidialrat K. v. Hassel, die Regierungspräsidenten M. v. Braun in Gumbinnen und H. Pauli in Schleswig sowie G. Doyé vom Ministerium des Innern. Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen alle.*² [B] — **3.** Mit der Vertretung des Oberpräsidenten in Königsberg wird Oberbürgermeister A. Hasse (Thorn) beauftragt. [B] — **4.** Umfrage, um alle Beamte, die sich als untreu erwiesen haben, festzustellen.³ [B] — **5.** Sofortiges energisches Vorgehen gegen die [...] in großer Anzahl eingewanderten Ostjuden, da sich bei den jüngsten Unruhen [...] diese Elemente an der bolschewistischen Agitation in besonderem Maße beteiligt haben. *Insgesamt* Verhaftung aller agitatorisch auftretenden Hetzredner. [B] — **6.** Staatsminister Heine *begründet* seinen Rücktritt, den er bereits vor dem Verlangen der Gewerkschaften beantragt hat. Er fühlt sich als verantwortlicher Minister angesichts des unerträglichen massenhaften Hervortretens von Wünschen der Parteien in Personenfragen der nötigen Unabhängigkeit beraubt. — **7.** Diskussion über einen Rücktritt des gesamten Kabinetts, um eine Klärung der politischen Lage herbeizuführen, wobei die Ansichten [...] geteilt sind. *Einstimmiger Beschluß, sich zunächst der Kritik des Parlaments zu stellen.*⁴ [B] — **8.** Bedenken gegen die Forderung der Gewerkschaften nach Rücktritt des Berliner Polizeipräsidenten Ernst.

¹ Die Einladung zu dieser ersten Sitzung nach dem Kapp-Putsch erging am 20.3.1920 telefonisch an alle Minr., parlamentarischen u. Berufs-USSts mit der TO: Besprechung der allgemeinen Lage; vgl. *Spezialakten*, Bd. 16, Bl. 266. — Zum Putsch vgl. *Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgewählt u. bearbeitet* von Erwin Könnemann, Brigitte Berthold u. Gerhard Schulze, 2 Bde., Berlin 1971; Orlow, Dietrich, *Preußen und der Kapp-Putsch*, in: *VfZ*, 2 (1978); Könnemann, Erwin/Schulze, Gerhard (Hrsg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch*, München 2002.

² Vgl. die Mitteilung der StReg in: *Rep. 90a, D I 1 Nr. 29 Bd. 1, Bl. 168 (WTB Nr. 512 v. 23.3.1920)*; vgl. auch Bl. 169 bis 170.

³ Vgl. das Staatstelegramm des Minr.dI v. 23.3.1920 an alle OPräs. in: *Rep. 90a, D I 1 Nr. 30, Bl. 20*; die Weisung v. 9.4.1920, in allen Provinzen sofort einen einheitlichen Untersuchungsausschuß zu organisieren, Bl. 92–92v. Vgl. dazu Möller, Horst, *Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite in: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945*, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1985, S. 189, Anm. 20, mit Bezug auf den TOP.

⁴ Vgl. dazu auch Stang, Joachim, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933*, Düsseldorf 1994, S. 232 f., mit Bezug auf den TOP.

Nr. 114 Sitzung der Staatsregierung im Reichstag (Kleiner Bundesratssaal) am 23. März 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 57; MF 1019. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.;

Anwesend: Hirsch [V], Fischbeck, Oeser, Heine, Südekum, Haenisch, Stegerwald. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Leinert, Göhre.

Der bisherige Staatskommissar für öffentl. Ordnung H. v. Berger wird auf seinen Antrag des Amtes enthoben und zum preußischen Gesandten in Dresden ernannt, wobei er die oberschlesischen Angelegenheiten weiter bearbeitet. R. Weismann wird mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatskommissars betraut. [B]

Nr. 115 Sitzung der Staatsregierung am 28. März 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 58–59v; MF 1020. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Hirsch [V, U], Fischbeck, Braun, Haenisch, Südekum, Heine, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: [Riedel].

1. 24 Ernennungen. [B] — 2. Vorläufige Zurückstellung von zwei Ernennungen. [B] — 3. Zwei zeitweilige Amtsbezeichnungen. [B] — 4. Zahlung der vollen vierteljährlichen Dienstbezüge an die zurücktretenden drei Staatsminister Hirsch, Südekum und Heine. [B]

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister im Reichstagsgebäude am 29. März 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I. 27. März bis 21. Juni 1920, bearbeitet von Martin Vogt, Boppard am Rhein 1971, Nr. 2, S. 3–6.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Die Lage im Ruhrgebiet. Am Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März 1920 wird unter allen Umständen festgehalten. — 2. Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 170 der Reichsverfassung. — 3.–4. Entwürfe zum Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaat Bayern bzw. Württemberg über den Übergang der Post- und Telegraphenverwaltung auf das Reich. — 5. Gesetzentwurf betr. Telegramm- und Fernsprechgebühren. — 6. Gesetzentwurf betr. die Änderung des § 9 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871. — 7. Entwurf einer Bekanntmachung betr. den Wiedereintritt des Friedenszustandes gemäß § 32 des Kriegsleistungsgesetzes. — 8. Gesetzentwurf über die Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.

Nr. 116 Sitzung der Staatsregierung am 30. März 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 60; MF 1020. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Oeser, Haenisch, Stegerwald, am Zehnhoff, Fischbeck, Lüdemann. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

1. Beratung der Rede¹ des [...] Ministerpräsidenten vor der Landesversammlung bei der Vorstellung des neuen Kabinetts. — **2. Weiterzahlung ihrer vollen bisherigen Bezüge als Staatsminister an die ausscheidenden Minister Hirsch, Heine und Südekum. Eine generelle Regelung zusammen mit dem Reich wird angestrebt.** [B] — **3. Mit der Wahrnehmung der Rechte des früheren evangelischen Landesbischofs werden die beiden Minister Fischbeck und Severing betraut.**² [B]

¹ *Vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, 131. Sitzung am 30.3.1920, Sp. 10502–10508.*

² *Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. A. Nobis) v. 31.3.1920 an den WissMinr. u. das Schreiben v. 6.4.1920 an den Ev. Oberkirchenrat in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 241 Bd. 1, Bl. 412 u. 414.*

Nr. 117 Sitzung der Staatsregierung am 31. März 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 61–62; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [i. V. Severings], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], v. Kameke, Goslar.

1. Vollmacht für den Reichskommissar in Breslau und in dem unbesetzten Teil von Schlesien, Fritz Koebisch, auch als preußischer Staatskommissar zu fungieren.¹ Die Reichsregierung wird ersucht, Vollmachten für das Preuß. Staatsgebiet nicht mehr ohne die Preußische Staatsregierung [...] zu erteilen; <sie tritt für eine gemeinsame Beratung mit der Reichsregierung ein, wie die Staatsautorität gegenüber dem bedenklich gestiegenen Machtgefühl der Gewerkschaften wiederhergestellt werden kann>. [B] — **2. Ernennung von E. Siehr**² in Insterburg zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen und von Stadtrat A. Borowski in Königsberg zum Staatskommissar für Ostpreußen. [B] — **3. Zustimmung zu Verträgen, die von im Lande Hultschin verbleibenden Richtern und mittleren Justizbeamten [...] mit der Tschechoslowakei abgeschlossen wurden; Beurlaubung dieser Beamten längstens bis zum 31. März 1923 zum Dienst in der Tschechoslowakei.** [B] — **4. Teuerungszulagen für die Mitglieder der Landesversammlung.** [B] — **5. Ernennung der neuernannten Staatsminister Severing und Lüdemann [...] zu Mitgliedern des Reichsrats.** [B] — **6. Zurückstellung des Urlaubsgesuchs des**

¹ *Die Vollmacht v. 31.3.1920 (Staatstelegramm) in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 31, Bl. 20; hier auch die Vollmacht der RReg. v. 27.3.1920, Bl. 6. Vgl. auch den Widerspruch Heines v. 29.3.1920 gegen die Vollmacht, Bl. 18.*

² *Wurde zum kommissar. OPräs. ernannt; vgl. den Antrag des Minr.dI v. 27.7.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 2, Bl. 70.*

Staatskommissars für Volksernährung W. Peters³, da das Land gerade jetzt vor den schwierigsten Ernährungsmonaten steht. [B]

³ Das Gesuch v. 27.3.1920 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 238.

Nr. 118 Sitzung der Staatsregierung am 1. April 1920, 17 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 63–64v, zwei Anlagen¹, Bl. 65–67; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [i. V. am Zehnhoffs], Freund [i. V. Severings], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Linz, Freymuth, Albert, v. Bornstedt [beide RK], C.H. Becker, Göhre, Nobis; als Kommissare Reuss, Flemming, v. Hülsen, Wende, Helbing, Volkmann, Böhme, Rathenau, Kröhling; C. Busch, E. Delbrück, Goslar.

(1. Ruhrrevier: Namens der Reichsregierung gibt H. Albert einen Überblick über die derzeitige Lage und teilt das Ende des Regierungsultimatums für das Einrücken der Truppen in die gefährdeten Landesteile am 2. April 1920, 12 Uhr, mit.² Die Reichsregierung hat alles getan [...], um einerseits Blutvergießen zu verhüten und andererseits die rote Armee von der Arbeiterschaft zu trennen. Das Staatsministerium spricht sich übereinstimmend dahin aus, daß nunmehr der psychologisch richtige Augenblick für ein Eingreifen gekommen ist. [B] — 2. Verlängerung des provisorischen Beamtenvertrages mit Polen. Ministerpräsident Braun berichtet über die gemeinsame Sitzung mit dem Reichskabinett am 1. April 1920³ über eine etwaige Verlängerung infolge Erlaß einer polnischen Ministerialverfügung an die deutschen Beamten.⁴ An die Polnische Regierung ist nicht heranzutreten, sondern nur den Beamten ein aufklärendes Telegramm zu senden.⁵ [B] — 3. Den preußischen Beamten und Lehrern bei den Saargruben wird der Übertritt in den französischen Dienst gestattet. [B]) — 4. Gewährung eines Staatszuschusses für die Universität Frankfurt/M.; Bereitschaft, mit den zuständigen Stellen der Stadt und mit der Reichsregierung darüber zu verhandeln. [B] — 5. Zustimmung zu drei Verordnungsentwürfen⁶: Bildung von Betriebsvertretungen bei der Staatseisenbahnverwaltung sowie in den Haupt- und Nebenwerkstätten und über das Schlichtungswesen bei der Staatseisenbahnverwaltung. [B] — 6. Staatliche Hilfsaktion für Schleswig-Holstein.⁷ Vorläufig werden bis zu 100 Millionen Mark aus dem früher bewilligten 500 Mill. Fonds vorgesehen, wovon das Reich die Hälfte zu tra-

¹ Zu TOP 3: Der Entwurf eines Staatsministerialbeschlusses, der den dt. Bergbeamten im Saargebiet den Übertritt in den Dienst des frz. Staates gestattete, sowie die Antwort der frz. Reg. v. 28.3.1920.

² Vgl. Das Kabinett Müller I. 27 März bis 21. Juni 1920, bearbeitet von Martin Vogt, Boppard am Rhein 1971, Nr. 8, S. 15–19.

³ Vgl. zu dieser Sitzung um 14 Uhr, zu der kein Prot. vorliegt, das Schreiben von MinPräs. Braun v. 6.4.1920 in: Das Kabinett Müller I, Nr. 17, S. 37–41.

⁴ Vgl. Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 88 v. 26.4.1920.

⁵ Zum Scheitern der Verhandlungen über einen dt.-poln. Beamtenvertrag vgl. Rep. 151, II Nr. 227, n.f.: Flugbl., April 1920.

⁶ Die Vorlage des MöA v. 16.3.1920 mit den drei Entwürfen in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 9 Adhib. 5 Bd. 2, Bl. 82–101v.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI v. 27.3.1920 in: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 47, Bl. 54–57 (Entwurf) u. Bl. 59–60v (Reinschr.); die Voten von MöA, WohlMinr. u. WissMinr., Bl. 70–72. Die Vorlage auch in: Rep. 90, Nr. 1100, n.f.; vgl. auch das Material in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n.f.

gen hat. [B] — 7. *Weiterzahlung* der Zinsen des Welfenfonds an die Cumberlandische Vermögensverwaltung [...] in der bisherigen Weise. [B] — (8. *Anfrage* des lippischen Landespräsidiums *wegen Verhandlungen* über einen etwaigen Anschluß Lippes an Preußen. Preußen *ist* grundsätzlich bereit, in Verhandlungen einzutreten. [B])

Nr. 119 Sitzung der Staatsregierung am 4. April 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 68–69; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; Rep. 90a, D I I Nr. 29 Bd. 2, Bl. 11–12; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund, Göhre, Nobis.

1. *Lage* in der Provinz Pommern. *Angesichts* der derzeitigen politischen Zustände *Antrag an den Reichspräsidenten*, die vollziehende Gewalt im Ausnahmezustand in Zukunft nicht mehr den Militärbefehlshabern, sondern den Zivilbehörden, und zwar grundsätzlich den Oberpräsidenten, für Groß-Berlin dem Polizeipräsidenten, zu übertragen. Dem Oberpräsidenten Lippmann *ist bei seinem geschwächten Gesundheitszustand ein mehrwöchiger Erholungsurlaub* nahezulegen.¹ [B] — 2. *Besprechung über* die endgültige Besetzung des Postens des Polizeipräsidenten in Berlin. [B] — 3. Die Regierung *tritt* Pressenachrichten *entgegen*, *wonach sie* nicht mit der erforderlichen Tatkraft *gegen* durch den Kapp-Putsch *belastete und verdächtigte Beamte* der Sicherheitspolizei *vorgeht*. Eine aufklärende Notiz hierüber *ist* in der Presse *zu veröffentlichen*. [B] — 4. *Verstärkung der Sicherheitspolizei* in Pommern *gegen etwaige unzuverlässige Truppen*. [B] — 5. *Der Minister des Innern wird ersucht*, den Erlaß² an die Sicherheitspolizei [...] *aufzuheben*, *der* für deren Leitung vornehmlich aktive Offiziere *vorsieht*. [B]

¹ *Vgl. das Brieffeleg. von UStS Freund v. 4.4.1920 an OPräs. Lippmann, MinPräs. Braun am 5.4.1920 zugesandt, in: Rep. 90a, D I I Nr. 30, Bl. 44–46. Lippmann lehnte es entschieden ab, Urlaub zu nehmen, so daß ihm telegraphisch mitgeteilt wurde, das Schreiben Friends als ungeschrieben anzusehen, ebd., Bl. 47: Vermerk von Nobis v. 6.4.1920. — Der Antrag an den RPräs. konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 120 Sitzung der Staatsregierung am 8. April 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 70–72; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [i. V. Severings], Scheidt [für Stegerwald], O. Meyer, Wildermann, Albert, v. Bornstedt [beide RK], Göhre, Nobis; als Kommissare Weismann [zu 5], Kalle, v. Priesdorff [zu 7].

(1. *Bezahlung der Generalstreiktage* infolge des Kapp-Putsches. Der Lohn ist an die Lohnangestellten in der staatlichen Verwaltung *auszuzahlen*. Für die in den staatlichen Betriebsverwaltungen *Beschäftigten* wird von den Ressortministern eine Entscheidung getroffen. [B] — 2. *Urlaubsgesuch* des [...] Staatskommissars für Volksernährung *W. Peters*. Er wird bis zum 1. Mai beurlaubt und *danach* von seinem Amte [...] entbunden.¹ *Es sollen* schon jetzt Verhandlungen mit *Minister Hermes* geführt werden, ob er bereit ist, zugleich die Obliegenheiten eines Preußischen Staatskommissars für Volksernährung zu übernehmen. [B] — 3. *Bischofswahl* in Paderborn. Keine Bedenken [...] gegen die vom Domkapitel vorgelegte Liste der Kandidaten. [B] — 4. *Drei Ernennungen*, darunter von *A. Hasse*² aus Thorn zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Königsberg. *Überweisung von sechs* höheren Beamten der Hochbauabteilung des Min. d. öff. Arb. an das Finanzministerium.³ [B] — 5. Die künftige Gestaltung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung. *Kontakte mit der Reichsregierung*, um über die *Zweckmäßigkeit einer Vereinheitlichung* des preußischen Staatskommissariats und des vom Reiche neu zu errichtenden Reichskriminalpolizeiamts zu beraten. [B] — 6. Die Verordnung⁴ des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bezirk ... nötigen Maßnahmen; a. *grundsätzliche Zustimmung zur Übertragung der vollziehenden Gewalt* im Ausnahmezustand an die Zivilbehörden und nicht mehr an die *Militärbefehlshaber*.⁵ *Bedenken des Justizministers und des Vertreters des Innenministers* im einzelnen; b. *Erlaß* [...] an die Oberpräsidenten über die *Bildung von Kommissionen* zur Zusammenstellung des *Tatsachenmaterials* über die Beteiligung von Beamten an dem *Kapp'schen Unternehmen*⁶; c. *durch* Einsetzung einer solchen Kommission für den unbesetzten Teil der Provinz Schlesien ist der erteilte Auftrag an *F. Köbisch* [...] erledigt. [B] — 7. Die Durchführung der *Gewerkschaftsforderungen*⁷ in Preußen in bezug auf die *Einwohnerwehr* und die *Sicherheitspolizei*. *Unverzüglicher Erlaß* an die Provinzialbehörden, die *Einwohnerwehren* unter Berufung auf den dahingehenden Wunsch der Reichsregierung sofort aufzulösen. *W. v. Priesdorff* trägt ein Programm über die Umgestaltung der *Sicherheitspolizei* und den Ersatz für die aufzuhebende *Einwohnerwehr* vor, das grundsätzlich gebilligt wird. [B] — (8. *Ernennung* von *W. Richter* [...] zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Berlin. *E. Ernst* wird z. D. gestellt. [B] — 9. *Beratung des Gesetzentwurfs*⁸ über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen. Die *Beschlußfassung* wird verschoben. [B] — 10. *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁹ zur Änderung des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. [B])

¹ *Das Schreiben an Peters* v. 13.4.1920 in: *Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 244*; *das Schreiben des StMinm.* (Braun) an *Hermes* v. 16.4.1920, *Bl. 246–247*; vgl. auch *Rep. 84a, Nr. 4349, Bl. 27–27v*.

² *Der Antrag des Minr.dI auf Ernennung von Hasse zum RegPräs.* v. 7.4.1920 in: *Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 2, Bl. 3*.

³ *Vgl. die entsprechenden Erlaßentwürfe* in: *Rep. 93, B Nr. 210, Bl. 139–141v*.

⁴ *Vom 11.4.1920, RGBl. I, S. 479*.

⁵ *Vgl. Das Kabinett Müller I, Nr. 14, S. 31–34*.

⁶ *Vgl. dazu Rep. 90a, D I 1 Nr. 30, Bl. 40–40v u. Runge, Wolfgang, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965, S. 122 f., mit Bezug auf den TOP*.

⁷ *Vgl. zum 9-Punkte-Programm der Gewerkschaften: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Bd. 1, Nr. 72, S. 175 f. u. Nr. 83, S. 210–212*.

⁸ *Der (abgeänderte) Entwurf, von Minr.dI Heine dem Präs. des StMinm. mit Antrag* v. 27.3.1920 übersandt, in: *Rep. 90, Nr. 105, Bl. 71–73v*; *das Votum des HandMinr.* v. 6.4.1920, *Bl. 76–76v*: *Der ursprüngliche Entwurf, vom Minr.dI am 3.3.1920 überreicht, Bl. 67–68v*. *Das Votum des FinMinr.* v. 25.3.1920, *Bl. 69–70*.

⁹ *Im vollen Wortlaut: Entwurf eines Gesetzes betr. Änderung des § 10 des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst* v. 10.8.1906 auf Grund des Beschlusses der LV v. 12.12.1919, in: *Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, Nr. 2480, S. 4005*; *der LV übersandt am 30.4.1920*. *Vgl. das Gesetz* v. 8.7.1920, *GS, S. 388*. *Vgl. dazu die Ausführungsanweisung des Minr.dI* v. 15.11.1923 in: *MinBl. innere Verw. Nr. 48 v. 21.11.1923, Sp. 1131–1135*.

Nr. 121 Sitzung der Staatsregierung am 9. April 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 73–74v; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [i. V. Severings], O. Meyer, Wildermann, Freymuth, Göhre, Nobis, v. Kameke.

Fortsetzung der Tagesordnung für den 8. April: **1.** Zustimmung zum *umgearbeiteten neuen Gesetzentwurf*¹ über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen. [B] — **2.** Erweiterung des Kreises der Beamten, die im Interesse des Dienstes in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können; *vertagt. Der Gesetzentwurf*² *geht an den Innenminister zurück.* [B] — **3.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*³ über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, zu den Gerichtskosten und zu den Schreibgebühren der Schiedsmänner. [B] — **4.** *Zustimmung zur Erhöhung der Entschädigungssätze für Zeugen und Sachverständige.* [B] — **5.** Die Grundsätze für die Nutzung des dem Staate verbliebenen Besitzes an geschlossenen Domänenvorwerken; *vertagt, da noch in einer Chefbesprechung zu klären.*⁴ [B] — **(6.)** *Vorerst keine Ausführung des Beschlusses über die Ernennung A. Hasses zum Regierungspräsidenten in Königsberg. Ernennung zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen unter der Voraussetzung einer befriedigenden Erklärung über sein Verhalten während des Kapp'schen Unternehmens. Gespräche mit den ostpreußischen Abgeordneten der Mehrheitsparteien über die Besetzung des Regierungspräsidentenpostens in Königsberg.* [B] — **7.** *Regierungspräsident R. v. Campe in Minden wird zur Disposition gestellt.*⁵ [B] — **8.** *Dem Oberpräsidenten E. v. Richter in Hannover wird nahegelegt, um seinen Abschied aus dem Staatsdienst nachzusuchen.*⁶ Er hat während des Kapp-Putsches absichtlich nicht die nötige Entschiedenheit gegenüber den für Kapp eintretenden Truppen gezeigt und endgültig das Vertrauen der Mehrheitsparteien innerhalb seiner Provinz verloren. Bei ablehnendem Verhalten soll v. Richter in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. [B] — **9.** *Verwundetenabzeichen. Übereinstimmend wird festgestellt, daß keine Veranlassung besteht, den Beschluß vom 13. Dezember 1919 über die Verleihung aufzuheben.* [B]) — **10.** *Die parlamentarischen Unterstaatssekretäre beantragen eine Teuerungszulage. Besprechung mit den Fraktionen der Mehrheitsparteien darüber.* [B] — **(11.)** *Ernennung.* [B] — **12.** a. *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁷ über die Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamtes und von Landeskriminalpolizeibehörden mit zwei Maßgaben. [B] – b. *Instruktion der preußischen Vertreter im Reichsrat, gegen den Etatposten für die Unterhal-*

¹ *Der beglaubigte Entwurf, vom Minr.dI (i. V. Freund) dem Präs. des StMinm. übersandt am 12.4.1920, in: Rep. 90, Nr. 105, Bl. 81–84, das Anschreiben, Bl. 79; der LV übersandt noch am 12.4.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, Nr. 2183, S. 3551 f. Vgl. das Gesetz v. 3.6.1921, GS, S. 379.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber den Antrag des ehemaligen Minr.dI Heine v. 25.3.1920 an den MinPräs., welcher der Sitzung des StMinm. am 8.4.1920 unterbreitet werden sollte, in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 106 Beiakte 6, n.f.*

³ *Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, Nr. 2184, S. 3553–3559; der LV übersandt am 19.4.1920. Vgl. das Gesetz v. 29.4.1920, GS, S. 152.*

⁴ *Vgl. die hs. Vermerke zur Vertagung des TOP in: Rep. 90, Nr. 1626, Bl. 223.*

⁵ *Vgl. zu Campes Verhalten Runge: Politik und Beamtentum, S. 124 f.*

⁶ *Der Antrag des Minr.dI v. 6.4.1920, die Angel. der anderweitigen Besetzung des OPräsidiiums Hannover auf die TO der Sitzung des StMinm. zu setzen, in: Rep. 77, Nr. 282, Bl. 108 u. Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 85.*

⁷ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 52, S. 3–12; von RMinr.dI Koch dem ReichsR vorgelegt am 26.2.1920.*

tung der Reichskriminalpolizei *in dem* Gesetz-Entwurf⁸ betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 [...] zu stimmen. *Dabei ist das Ergebnis der kommissarischen Beratungen mit der Reichsregierung [...] über das künftige Verhältnis des Preußischen Staatskommissariats für die öffentliche Ordnung zum Reichskriminalpolizeiamt abzuwarten.* [B])

⁸ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 73, S. 1–96, hier S. 2; von RFinMinr. (i. V. Moesle) dem ReichsR vorgelegt am 12.3.1920.

Nr. 122 Sitzung der Staatsregierung am 16. April 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 75–77, Anlage¹, Bl. 78; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Freymuth, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK]; als Referenten Bracht, Henatsch, Kügler; Goslar.

(1. Kleine Anfrage² [...] des Abgeordneten Garnich betr. das Ergebnis der Untersuchung über die Richtigkeit der Steuererklärung *Erzbergers*³. Die Staatsregierung *fühlt sich nicht* in der Lage, Auskunft zu erteilen. [B] — 2. Den 1. Mai im laufenden Jahre zum Feiertag *zu erklären wird* als Reichssache bezeichnet. [B]) — 3. *Zustimmung zu den Gesetzentwürfen*⁴ über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigungen (Reichsversorgungsgesetz) *und* über die Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. *Das Problem des* auf das Land entfallenden *Kostenanteils dabei*. [B] — 4. *Zustimmung zum Entwurf*⁵ einer Verordnung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel, *aber Ablehnung der Ausdehnung* des § 5 Abs. 5 auf vom Reich oder Staat angemietete Räume. [B] — 5. *Zustimmung zum Entwurf*⁶ eines Gesetzes betr. die öffentliche Krüppelfürsorge. [B] — (6. Die Verordnung⁷ über Heraufsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungs-

¹ Zu TOP 6: Der Wortlaut des Beschlusses der Preuß. StReg. dazu.

² Vom 30.3.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 6, Nr. 2130, S. 3267.

³ Vgl. Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 392 ff. (Prozeß Helferich–Erzberger 1920) u. Anhang VIII (Erzbergers Finanzen).

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 95, S. 1–38, mit Anlagen u. Nr. 91, S. 1–4; von RArbMinr. Schlicke dem ReichsR überreicht am 31.3. u. 9.4.1920. Vgl. die Gesetze v. 12.5. u. 8.5.1920, RGBl. I, S. 989 u. 1066.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 6, S. 1–20; vom RArbMinr. (i. V. Geib) dem ReichsR vorgelegt am 6.1.1920. Ablehnung des Entwurfs durch den ReichsR u. Beschluß mit Stimmenmehrheit über eine neue Fassung; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 32. Sitzung am 20.4.1920, S. 350 u. 352–354, Anlage 1. Vgl. das Gesetz v. 11.5.1920, RGBl. I, S. 949.

⁶ Die Vorlage des Wohlfinr. v. 31.3.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 151, I C Nr. 11742, Bl. 14–23; der vorläufige Entwurf v. 4.2.1920 u. eine Niederschr. über die kommissar. Besprechung am 23.2.1920, Bl. 4–11. Der Entwurf wurde der LV übersandt am 16.4.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, Nr. 2177, S. 3513–3515. Vgl. das Gesetz v. 6.5.1920, GS, S. 280; Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, S. 176–178; 25 Jahre Preußische Medizinalverwaltung seit Erlaß des Kreisarztgesetzes 1901–1926. Im Auftrage des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt hrsg. von der Medizinalabteilung des Ministeriums, Berlin 1927, S. 331–333 u. Horion, Johannes, Die gesetzliche Regelung der Krüppelfürsorge in Preußen und ihre Durchführung durch die Provinzialverbände in: Auf neuen Wegen und zu neuen Zielen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Arthur Schlossmann am 16.12.1927, Düsseldorf 1927, S. 122–140.

⁷ RGBl. I, S. 433.

pflicht in der Krankenversicherung vom 1. April 1920. Erfordert eine sofortige Änderung des Beschlusses der Staatsregierung vom 11. August 1919 über die Befreiung der im Staatsdienst beschäftigten Beamten und Angestellten von der Krankenversicherungspflicht. [B] — 7. Inkrafttreten von Gesetzen und Verordnungen im besetzten Gebiet. *Es ist erstrebenswert, ihr Inkrafttreten so festzusetzen, daß die von der Interalliierten Rheinlandkommission beanspruchte zehntägige Prüfungsfrist bereits abgelaufen ist.* [B] — 8. Die Frage der Entfernung des Zusatzes „Königlich“ am Oberlandesgerichtsgebäude in Naumburg; *soll vom künstlerischen Standpunkt aus geprüft werden.*⁸ Im Zusammenhang damit Änderung des auf Grund des Staatsministerialbeschlusses vom 18. Februar 1920 ergangenen Runderlasses über die Entfernung der Kaiserbilder und monarchischen Hoheitszeichen. [B] — (9. Überlassung der Möbel und Bilder des ehemaligen Krongutes in den freiwerdenden Schlössern an die Reichsbehörden; *geschieht erst dann, wenn die diesbezüglichen preußischen Wünsche erfüllt sind.* [B]) — 10. Die Arbeitszeit der Beamten. Beschlußfassung *wird vertagt.* Der Entwurf der Reichsbesoldungsordnung *ist abzuwarten.* [B] — 11. Abänderung der Staatsministerialbeschlüsse über die Einsichtnahme in die Personalakten; *vertagt.* — 12. Die Angelegenheiten von erheblicher finanzieller Tragweite *sind nicht außerhalb der Tagesordnung zu behandeln.*⁹ [B] — (13. Vier Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B])

⁸ Zum Beschluß vgl. Rep. 84a, Nr. 41190, Bl. 14 u. 17.

⁹ Der Antrag des FinMinr. v. 27.3.1920 in: Rep. 151, I C Nr. 1683, Bl. 173–173v u. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 3, Bl. 71.

Nr. 123 Sitzung der Staatsregierung am 16. April 1920.

Reinschr., Bd. 169, Bl. 79; MF 1020.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

Auf Antrag¹ von Finanzminister Lüdemann werden Unterstaatssekretär F. Busch und Ministerialdirektor H. Löhlein, beide im Finanzministerium, *in den einstweiligen Ruhestand versetzt.*² [B]

¹ Vom 14.4.1920 in: Rep. 151, HB Nr. 11, n.f.

² Vgl. zur Entlassung Rep. 90, Nr. 2325, Bl. 20 ff. u. Rep. 151, HB Nr. 11, n.f., darin auch die Übermittlung des Beschlusses des StMinm. durch den FinMinr. an Busch u. Löhlein am 17.4.1920.

Nr. 124 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 20. April 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 80–81; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Bodenstein [i. V. Oesers], O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Göhre, Scheidt, Conze, Weismann, Bornstedt [RK]; als Kommissare Sobernheim, Zienke, Hoffmann [alle AA], Rathenau, Weber; Goslar.

1. Entwurf¹ eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zum Baukostenausgleich. Vorschlag für einen neuen Gesetzentwurf² durch die preußischen Vertreter im Reichsrat, und zwar mit folgenden Haupt Gesichtspunkten: Gleichmäßige Reichsabgabe von allen Gebäuden sowie Abführung der Ertragsabgabe an die Länder und Zuschläge für Gemeinden. [B] — 2. Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des I. und IV. Buches der Reichsversicherungsordnung; vertagt. — 3. Entwurf eines Gesetzes über den Zusammenschluß von Trägern der Reichsversicherung zum Zwecke gemeinsamer Wohlfahrtspflege und über Regelung des Heilverfahrens; vertagt. — 4. Entwurf eines Gesetzes betr. das Dienstneinkommen der unmittelbaren Staatsbeamten (Beamtenneinkommengesetz); vertagt.³ — (5. Erneut zur Aufenthaltbeschränkung für Ausländer.⁴ Unverzögliche Durchführung der für ganz Preußen erlassenen Verordnung betr. die Meldepflicht der Ausländer und Vorbereitung einer gegen das Überhandnehmen lästiger Ostjuden gerichteten Wohnungspolizeiverordnung. [B] — 6. Die innerpolitischen Zustände in der Provinz Pommern, die die Wiederholung eines neuen Kapp-Putsches [...] anscheinend erwarten lassen.⁵ Vorschlag zu einer gemeinsamen Besprechung mit der Reichsregierung, um überall in Pommern die Sicherheitswehr zu verstärken. [B] — 7. Gegen neue Schikanen von Seiten der Franzosen im besetzten nassauischen Gebiet soll das Auswärtige Amt auf das nachdrücklichste Einspruch erheben. [B])

¹ Der Entwurf des RArbMinm. u. der Antrag des WohlMinr. (i. V. Conze) v. 17.4.1920, in: Rep. 90, Nr. 1739, n.f. Vgl. auch Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 96, S. 3–24; von RArbMinr. Schlicke dem ReichsR vorgelegt (o. D.).

² Der preuß. Entwurf in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 35. Sitzung am 23.4.1920, S. 377–379, Anlage 1 zur Niederschr.; diesem wurde zugestimmt u. der Reichsgesetzentwurf mit Stimmenmehrheit abgelehnt, S. 375.

³ Die TOP 2–4 der TO rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 16, Bl. 275v.

⁴ Vgl. dazu den Erlaß des Minr.dI v. 1.6.1920 in: MinBl. innere Verw. Nr. 8 v. 1.6.1920, S. 171 f. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 4036 Nr. 8, Bl. 11–12; ebenso Maurer, Ostjuden in Deutschland, S. 281 ff.

⁵ Vgl. dazu die Aufzeichnung über den Bericht, den der mecklenburgische MinPräs. v. Reibnitz u. die Abg. Bartosch u. Leuss am 7.4.1920 StKom. Weismann gaben, in: Rep. 90a, D I I Nr. 29 Bd. 2, Bl. 170–172; die Meldung des Stettiner PolPräs. Fenner, am 21.4.1920 dem preuß. MinPräs. übersandt, Bl. 310–311. Der Bericht von Gen. Oldershausen v. 30.4.1920, der zusammen mit dem Chefredakteur des „Vorwärts“ Stampfer nach Pommern u. Mecklenburg gereist war, in: Ebd., Bd. 3, Bl. 60–63. Vgl. auch Das Kabinett Müller I, Nr. 38, S. 89 f.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern im Reichstagsgebäude am 22. April 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 60, S. 146–149.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer für Preußen Göhre.

1. Verordnungsentwurf über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks. — 2. Gesetzentwurf betr. Änderung der Verordnung gegen Wucher bei Vermittlung von Mieträumen vom 31. Juli 1919. — 3. Gesetzentwurf zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920. — 4. Verordnungsentwurf betr. die Regelung des Verfahrens zur Festsetzung der Entschädigungen für die auf Grund der Art. 169, 192 und 202 des Friedensvertrags zu enteignenden Gegenstände pp. — 5. Verordnungsentwurf über die Regelung der Teerwirtschaft. — 6. Verordnungsentwurf über die zeitweilige Befreiung von der Verpflichtung

zur Konkursanmeldung bei Überschuldung. — 7. Personalien. — 8. Nachrichten über einen Rechtsputsch in Pommern. Verbesserung der Unterbringungsbedingungen der Sicherheitspolizei. — 9. Auflösung der Abwicklungsstellen. — 10. Amnestiefrage im Bielefelder Abkommen. Abstandnahme von einem besonderen Amnestiegesetz. Severing schlägt die Entsendung eines besonderen Staatsanwalts in das Ruhrgebiet vor, um die Staatsanwaltschaften entsprechend zu instruieren.

Nr. 125 Sitzung der Staatsregierung in der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 23. April 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 82–83v; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Freymuth, Göhre, Goslar; als Kommissare Volkmann [zu 3], Kaestner, Nentwig, Jahnke, Römhild, Articus, Heß, Werner, Jaques, O. Lehmann, Hinsch, Erythropel, C. Busch [alle zu 6].

1. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹ über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen. Zwei Änderungen im § 3 und § 14. [B] — (2. Sechs Ernennungen. [B]) — 3. Entwurf² einer Verordnung betr. Regelung des Grundstücksverkehrs. Trotz erheblicher Bedenken keine Ablehnung im Reichsrat, es soll aber versucht werden, ihn wirksamer zu gestalten.³ [B] — (4. Ausarbeitung eines Gesetzes über die zwangsweise Pensionierung von Beamten über 65 Jahre. [B]) — 5. Mißstimmung über das gerichtliche Vorgehen gegen Arbeiter, die lediglich gegen Sympathisanten des Kapp-Putsches aufgetreten waren. Anweisung an die Staatsanwälte. [B]) — 6. Entwurf⁴ eines Gesetzes betr. Dienstehkommen der unmittelbaren Staatsbeamten – Beamtendienstehkommengesetz. Beschlußfassung über einzelne Besoldungsgruppen. Die Vorlage soll der endgültigen Fassung der Reichsvorlage, soweit erforderlich, angepaßt werden und dann der Landesversammlung zugehen.⁵ [B]

¹ Die Vorlage des JMinr. v. 19.4.1920 mit dem Entwurf in: Rep. 77, Tit. 1108 Nr. 41 Bd. 1, Bl. 2–10; der revidierte Entwurf v. 22. bzw. 26.4.1920, Bl. 13–18 bzw. 26–35; die Begründung, Bl. 36–43. Material auch in: Rep. 76, IIa Sekt. 40 Gen. Nr. 5 Bd. 11, n.f. Der LV übersandt am 26.4.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, Nr. 2247, S. 3581–3591. Vgl. das Gesetz v. 23.6.1920, GS, S. 367.

² Vgl. Drucks. Reichsr, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 110, S. 1–4; von RWiMinr. Schmidt dem Reichsr vorgelegt am 16.4.1920.

³ Kein Bezug auf einen Beschluß in den gedruckten Materialien des Reichsr.

⁴ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1920, Bd. 7, Nr. 2341, S. 3673–3724, mit Anlagen; Berichtigungen, ebd., Nr. 2434, S. 3922 bis 3925 (als Teil des Mantelgesetzes: Gesetzentwurf betr. die Bereitstellung von Mitteln zu Dienstehkommensverbesserungen, ebd., S. 3671 f.). Vgl. dazu die Aufzeichnung von Minr Erythropel (FinMinm.) für die Sitzung in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 606–608, mit einer Anlage.

⁵ Vgl. das Gesetz v. 7.5.1920, GS, S. 191; vgl. insgesamt Erythropel, Hermann, Die preußischen Besoldungsgesetze vom 7. Mai 1920. Mit den Ausführungsvorschriften, Tabellen und Beispielen, Berlin 1920; ders., Die preußischen Besoldungsgesetze vom 17.12.1920, 2. Aufl., Berlin 1921, mit 6 Nachträgen, Berlin 1921/22.

Nr. 126 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 26. April 1920.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 169, Bl. 84–86; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Bodenstein [i. V. Oesers], W. Busch, Gräf, Wildermann, Linz, Nobis, v. Bornstedt [RK], Goslar; als Kommissare Erythropel, Römhild, Hinsch, Hess, Kaestner, Klotzsch, Jaeckel, Werner, Jaques, Kieschke, Cohn.

(1. *Verlängerter Sommerurlaub für die Beamten. Ministerpräsident und Reichsregierung sind der Auffassung, daß kein Anlaß gegeben ist, einen solchen wie im vergangenen Jahre zu gewähren.* — 2. *Ernennung.* [B] — 3. *Grundsätzliche Zustimmung zum Entwurf¹ eines Gesetzes über die Änderung des I. und IV. Buches der Reichsversicherungsordnung und zum Entwurf² eines Gesetzes über den Zusammenschluß von Trägern der Reichsversicherung zum Zwecke gemeinsamer Wohlfahrtspflege und über Regelung des Heilverfahrens.* [B] — (4. *Urlaub für die Beamten, die den 1. Mai zu feiern wünschen.* [B] — 5. *Auflösung der Landwirtschaftskammern Posen und Danzig zum 1. Mai 1920.* [B]) — 6. *Übertragung der Verwaltung des Wilhelmfonds und seine gerichtliche und außergerichtliche Vertretung an den Minister für Volkswohlfahrt.* [B] — (7. *Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Zwangspensionierung von Beamten über 65 Jahre.* [B]) — 8. *Ablehnung der Forderungen der Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaften nach Änderung der Verordnungen³ über die Bildung von Betriebsvertretungen bei der Staatseisenbahnverwaltung.* [B] — 9. *Zustimmung zu den Entwürfen von Verordnungen über die Bildung von Betriebsvertretungen und über das Schlichtungswesen bei der Wasserbauverwaltung.* [B] — 10. *Entwurf⁴ eines Volksschullehrerdienststeinkommengesetzes. Nach kommissarischen Beratungen soll das vorliegende Notgesetz der Landesversammlung vorgelegt werden.* [B] — 11. *Ergänzung zum Entwurf eines Beamtendienststeinkommengesetzes.* [B])

¹ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 113, I/4, S. 1–31; von RArbMinr. Schlicke dem ReichsR vorgelegt am 16.4.1920; vgl. auch den Entwurf eines Antrags Preußens zu dem Gesetzentwurf, vom WohlflMinr. am 18.4.1921 dem MinPräs. u. am 10.5.1921 dem ReichsR übersandt, in: Rep. 90, Nr. 1230, n.f.*

² *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 113, I/3, S. 1–7; von RArbMinr. Schlicke dem ReichsR vorgelegt am 16.4.1920; vgl. dazu auch das Rundschreiben des RArbMinr. v. 4.9.1920 an das WohlflMinr. in: Rep. 90, Nr. 1230, n.f.*

³ *Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

⁴ *Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, Nr. 2343, S. 3725–3727 (als Teil des Mantelgesetzes Gesetzentwurf betr. die Bereitstellung von Mitteln zu Dienststeinkommensverbesserungen, ebd., S. 3671 f.). Vgl. die Gesetze v. 7.5. u. 17.12.1920, GS, S. 264 u. 623.*

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 26. April 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 65, S. 156–158.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Richtlinien über die Entwaffnung im Reich.

Nr. 127 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 28. April 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 87–88, Anlage, Bl. 89–90v; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund, O. Meyer, W. Busch, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Nobis, v. Bornstedt [RK], Heuser [zu 3], E. Delbrück [zu 4], Goslar; als Kommissare Fleischer, Erythropel, Bansi, Hess, Böhme, Trendelenburg, We. Richter, Genzmer, Remak.

(1. Bericht von Nobis über die jüngsten Verhandlungen des Reichsrats. *Beschlüsse: Am Einspruch gegen den Entwurf¹ eines Postgebührengesetzes wird festgehalten. Zustimmung zum Verordnungsentwurf² betr. Regelung des Verkehrs mit Brenntorf und zum beabsichtigten Reichszuschuß an die Universität Frankfurt a. Main. [B]*) — 2. Die mit den Dienst-einkommengesetzen für die Beamten und für die Volksschullehrer zusammenhängenden Gesetze. *Einverständnis mit der unverzüglichen Einbringung des Entwurfs³ zu einem Mantelgesetz. [B]* — 3. Der Wunsch der Bevölkerung und der Behörden des Rheinlands nach Errichtung einer Zentralstelle für rheinische Fragen beim Staatsministerium.⁴ *Grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung. Die Frage der Besetzung der Stelle wird vertagt. [B]* — 4. Verwirklichung der Beschlüsse der Ostpreußenverhandlungen vom 9. und 11. März 1920.⁵ *Das Staatsministerium ist grundsätzlich damit einverstanden, daß zur Wahrnehmung der besonderen ostpreußischen Interessen gegenüber den preußischen und Reichsministerien ein mit den Verhältnissen Ostpreußens vertrauter besonderer Beamter [...] einberufen wird.⁶ [B]* — 5. *Sechs Ernennungen, darunter von*

¹ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 75, S. 3–26; von RPMinr. Giesberts dem ReichsR überreicht am 12.3.1920. Zum Einspruch vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 31., 38. u. 39. Sitzung am 17., 27. u. 29.4.1920, S. 344, 400 u. 409–416. Vgl. das Gesetz v. 29.4.1920, RGBl. I, S. 683.*

² *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 102, S. 1–21; von RWiMinr. Schmidt dem ReichsR übersandt am 12.4.1920. Die vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 42. Sitzung am 12.5.1920, S. 491–501, Anlage 3.*

³ *Vgl. die Anlage, Bl. 89–90v: Entwurf zu einem Mantelgesetz betr. die Bereitstellung von Mitteln zu Dienst-einkommensverbesserungen; vgl. auch Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 7, Nr. 2340, S. 3671 f. Eine Darlegung des FinMinr. v. 1.5.1920 über die Deckung der Kosten in: Rep. 120, C V Nr. 6 Bd. 9, n.f. Vgl. das Gesetz betr. die Bereitstellung von Mitteln zu Dienst-einkommensverbesserungen v. 7.5.1920, GS, S. 189.*

⁴ *Die Vorlage des Minr.dI in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2285, Bl. 79–80.*

⁵ *Vgl. die Niederschriften v. 9. u. 11.3.1920 mit den Anwesenheitslisten in: Rep. 151, I A Nr. 7265, n.f. (vom Präs. des StMinm. am 24.3.1920 allen Reichs- u. Staatsressorts übersandt); die Niederschr. v. 11.3.1920 gedr. in: Das Kabinett Bauer, Nr. 185, S. 661–664. Über die gemeinsame Sitzung von RKab. u. preuß. StReg. am 10.3.1920, zu der kein Prot. vorliegt, vgl. ebd., S. 661 f., Anm. 4.: Über Tagebuchaufzeichnungen von RMinr.dI Koch. Zu den Vereinbarungen v. 9., 10. u. 11.3.1920 vgl. auch den Vermerk von MinR. v. Halfern v. 17.3.1920 in: Rep. 151, I A Nr. 7265, n.f. Material über die Konferenz auch in: Rep. 84a, Nr. 1547, Bl. 20 ff. – Vgl. die vom OPräs. Ostpreußen am 5.3.1920 überreichte Denkschrift über die Wünsche der Provinz Ostpreußen betreffend die besondere Wirtschaftsgestaltung nach Abschnürung vom Reiche infolge des Friedensvertrages v. 4.3.1920 in: Rep. 90, Nr. 1066, Bl. 125–131v; Bl. 132–151 Beispiele; vgl. auch die Denkschrift des Provinzialverbandes der SPD betr. die Erweiterung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit Ostpreußens..., Bl. 152–162.*

⁶ *Der Vorschlag des Minr.dI (i. V. Freund) in: Rep. 84a, Nr. 1547, Bl. 29–30. – Dem Beschluß zufolge wurde mit der „Vertretung der Provinz Ostpreußen beim Reichs- und Staatsministerium“ eine eigene Dienststelle im Juni 1920 eingerichtet. Zu ihrer Tätigkeit von 1920–32 vgl. den Bestand Rep. 203. Vgl. auch den Vorschlag des Minr.dI v. 18.3.1920 zur Errichtung der Ostpreußenstelle in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 576, n.f.; vgl. weiterhin Wessling, Wolfgang, Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 bis 1930 in: Jahrbuch zur Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 4 (1957), S. 217 ff. u. ders., Die wirtschaftliche*

L. Weber [...] zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium, und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B]

Notlage der Provinz Ostpreußen in den Jahren 1920 bis 1930 und die Hilfsmaßnahmen des Reiches und Preußens, Phil. Diss. Berlin 1956.

Besprechung von Mitgliedern des Reichskabinetts mit preußischen Ministern über Oberschlesien am 29. April 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 74, S. 176f.

Anwesend: für Preußen Braun, am Zehnhoff.

Autonomie-Frage. Braun ist bereit, dafür einzutreten, wenn ein günstiges Resultat erzielt wird.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 30. April 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 75, S. 177–180.

Anwesend: für Preußen Oeser, Lüdemann.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Rückkehr der aus dem Ruhrbezirk in das besetzte Gebiet geflüchteten Arbeiter. — **2.** Verhandlungen über die Festsetzung der für Regiminalarbeiter¹ zu bewilligenden Löhne. — **3.** Zustimmung zum Erlaß betr. die Einberufung und die Befugnisse der Sozialisierungskommission. — **4.** Entwürfe einer Verordnung über die Wahlen zum Reichstag und eines Aufrufs an die Deutschen in den Abstimmungsgebieten. — **5.** Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. — **6.** Bildung von Betriebsräten bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

¹ Arbeiter in Staatsbetrieben.

Nr. 128 Sitzung der Staatsregierung am 4. Mai 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 91–93v; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Gräf, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], Goslar.

(1. Kommission zur Zusammenstellung des Tatsachenmaterials über die Beteiligung von Beamten an dem Kappschen Unternehmen. Sie ist für Beamte sämtlicher

Ressorts zuständig *und erstreckt* sich mithin auch auf die Justizbeamten. [B] — **2.** Besoldungsreform.¹ Vorschläge zur Beschaffung der Deckungsmittel. Die Staatsregierung *wird den Gemeindeanteil* aus der Reichseinkommensteuer [...] kürzen *und sich* im übrigen die Erschließung neuer Steuerquellen *vorbehalten*. [B] — **(3.** Besondere Teuerungszulagen *für die* Beamten in den besetzten Gebieten des Westens. Für Preußen *ist es unmöglich, wie* die Reichsregierung [...] solche Zulagen zu gewähren. *Spricht sich* die Landesversammlung *doch dafür aus, muß* das Reich dafür aufkommen, *weil die* Besetzungszulagen [...] eine Folge der feindlichen Besetzung und diese wieder eine Folge des Friedensvertrages *sind*. [B]) — **4.** *Oberschlesien.* Erneute Stellungnahme *zur* Autonomie. Zunächst *Beratung* innerhalb der drei Mehrheitsfraktionen der Landesversammlung und alsdann in einer gemeinsamen Sitzung *mit dem Reichskabinet*.² [B] — **5.** Antrag³ der Gewerkschaftskommission Berlins auf Zustellung der Gesetzvorentwürfe gemäß der Vereinbarung zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften. Der Antrag *ist ablehnend zu beantworten. Denn* Einrichtungen *in den* Ministerien [...] gewährleisten [...] eine weitgehende Berücksichtigung der Wünsche und Auffassungen der arbeitenden Bevölkerung *und sichern so* den gewünschten *gewerkschaftlichen* Einfluß auf die Gestaltung der Gesetzgebung.⁴ [B] — **(6.** Göhre *berichtet* über Vorbereitungen für die bevorstehenden Beratungen mit Vertretern der Entente in Spa.) — **7.** *Sechs Ernennungen.* [B] — **8.** Entwurf⁵ einer Verordnung über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks. Im Reichsrat *ist* grundsätzlich für die Vorlage einzutreten, dabei aber darauf hinzuweisen, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die vereinfachte Form der Gesetzgebung [...] nicht gegeben *sind und* die Gefahr *besteht*, daß die Gerichte *die* Verordnung für rechtlich unwirksam erklären. *Einbringung eines Antrags* Preußens, *damit der* Entwurf auf dem regelmäßigen gesetzgeberischen Wege *verabschiedet werden kann*.⁶ [B] — **(9.** Sicherheitspolizei. Die Reichsregierung *hat* trotz aller mündlichen Zusagen die für die Sicherheitspolizei in Stettin unentbehrliche Unterbringungsgelegenheit nicht zur Verfügung *gestellt. Dringliches Erinnerungsschreiben* an die Reichsregierung. [B] — **10.** Bau der rechtsufrigen Moselbahn; *ist* durch den Übergang der preußischen Staatsbahnen auf das Reich erledigt. [B] — **(11.** Nobis *berichtet* über die Konsequenzen des Zusammenschlusses der thüringischen Kleinstaaten zu einem Land Thüringen [...] für die Stellung Preußens im Reichsrat.⁷)

¹ Vgl. allgemein: *Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen*, S. 29–34.

² Vgl. dazu die hs. Notiz von Valentiner v. 4.5.1920 u. die kurze Aufzeichnung über die Chefbesprechung am 29.4.1920 im RT, an der der Rklr., die RMinr. Blunck, Wirth, Koch u. Köster sowie der preuß. MinPräs. Braun, JMinr. am Zehnhoff u. als Vertr. des Minr. dl Freund teilnahmen, in: *Rep. 90, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 56–56v*; vgl. weiterhin die *Besprechung über Oberschlesien* am 8.5.1920. Vgl. auch Eimers, *Das Verhältnis von Preußen und Reich*, S. 322–326.

³ *Der Antrag* v. 10.4.1920, vom WissMinr. dem StMinm. übersandt am 27.4.1920, in: *Rep. 90, Nr. 194, n.f.*

⁴ *Die Antwort des WissMinr.* v. 7.5.1920 an den Ausschuß der Gewerkschaftskommissionen Berlins u. Umgegend in: *Rep. 90a, D I 1 Nr. 29 Bd. 3, Bl. 115–115v*; vgl. auch Haenisch, Konrad, *Neue Bahnen der Kulturpolitik. Aus der Reformpraxis der deutschen Republik*, Stuttgart u. Berlin 1921, S. 53.

⁵ Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 133, S. 1–4*; von RArbMinr. Schlicke dem ReichsR vorgelegt am 26.4.1920; die Vorlage des HandMinr. v. 28.4.1920 in: *Rep. 90a, D I 1 Nr. 29 Bd. 3, Bl. 8*.

⁶ *Der Antrag Preußens nicht in den gedruckten Materialien des ReichsR vorhanden. Vgl. zu der Beratung der Ausschüsse II u. VII am 7.5.1920 den Vermerk von MinDir. Frick* v. 10.5.1920 in: *Rep. 120, BB VII 1 zu Nr. 3 Bd. 2, Bl. 300–300v*. Vgl. auch die *Sitzung des RKab.* am 7.5.1919 in: *Das Kabinet Müller I, Nr. 81, S. 195*.

⁷ Vgl. dazu dessen Vermerk v. 25.5.1920 in: *Rep. 90, Nr. 304, n.f.*

Besprechung über Oberschlesien mit dem preußischen Justizminister am 8. Mai 1920.

Druck: Das Kabinet Müller I, Nr. 84, S. 201–203.

Anwesend: für Preußen am Zehnhoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Meister, Crusen.

1. Die Ernennung des Präsidenten des Obersten Gerichts in Oppeln durch die Interalliierte Kommission wird abgelehnt. — 2. Besonderer Gerichtshof für Alliierte und Bediente.

Nr. 129 Sitzung der Staatsregierung am 10. Mai 1920.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 169, Bl. 94–96, Abschr., Bl. 97–98v; MF 1020. — Weitere Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Lüdemann, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Gräf, Troeltsch, Freymuth, Albert [RK], Göhre, Nobis, Goslar.

1. Nochmalige Beratung des Entwurfs einer Verordnung über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verlust an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks. *Bekräftigung des Standpunkts*, daß der Gegenstand nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung geregelt werden kann.¹ [B] — 2. Ersatz von Teuerungsschäden an die Beamten in ganz Nordschleswig. [B] — 3. Antrag² Preußens zum Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des § 4 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter; *ist erledigt*. [B] — 4. *Acht Ernennungen, darunter von M. König*³ [...] zum Regierungspräsidenten in Arnberg. [B] — 5. *Kein verlängerter diesjähriger Sommerurlaub für die Beamten*. [B] — (6. *Dauer des Bürodienstes in den Ministerien an den Sonnabenden vor den Feiertagen*. [B])

¹ Vgl. den Bericht Fricks vor der Vollversammlung u. den Beschluß des ReichsR v. 17.5.1920, dem Entwurf nicht zuzustimmen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 43. Sitzung am 17.5.1920, S. 671 f.

² In den Drucks. des ReichsR nicht enthalten. Vgl. den Entwurf, Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 132; von RArbMinr. Schlicke dem ReichsR überreicht am 25.3.1920, eingegangen am 26.4.1920. Vgl. VO v. 17.5.1920, RGBl. I, S. 978.

³ Der Antrag des Minr.dI v. 29.4.1920 in: Rep. 77, Nr. 279, Bl. 71.

Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 17. Mai 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 102, S. 256–258.

Anwesend: für Preußen Braun, Lüdemann, Fischbeck, Stegerwald, Oeser, am Zehnhoff.¹

1. Abschluß des Tarifvertrages mit den Angestellten bei den Behörden des Reichs und Preußens. — 2. Verordnungsentwurf über die Zuständigkeit der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte. — 3. Der Entwurf über den vorläufigen Bezirkswirtschaftsrat für Ostpreußen wird zurückgezogen. — 4. Ablieferung der deutschen Schiffe. — 5. Gesetzentwurf betr. Erteilung einer Kreditermächtigung. — 6. Entwurf einer zweiten Ergänzung zum Reichsgesetz betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920. — 7. Verordnungsentwurf über Änderung der §§ 537 und 624 der Reichsversicherungsordnung.

¹ Vgl. die Einladung v. 15.5.1920 zur außerordentl. Sitzung des RMinm. gemeinsam mit den Mitgl. des preuß. StMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 74–76.

Nr. 130 Sitzung der Staatsregierung am 18. Mai 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 99–102v; MF 1020. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Gräf, Freymuth, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], Goslar; als Kommissare M. Peters, L. Weber, Articus, Bank, Backhaus.

1. Zehn Ernennungen, darunter von P. Hagemeister in Suhl zum Regierungspräsidenten in Minden und W. Grützner¹ [...] zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf, und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand bzw. Ruhestand, darunter des Oberpräsidenten E. v. Richter² in Hannover. <Aufhebung der Verfügung vom 15. September 1919 über die Versetzung des Oberpräsidenten H. v. Eisenhart-Rothe aus Posen.> [B] — **2.** Umfang der Mittellandkanalvorlage sowie die Linienführung des Weser-Elbe-Kanals. Baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs³ über den Mittellandkanal in der Landesversammlung. [B] — **3.** Übertragung der Strom- und Schifffahrtspolizei auf das Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Ablehnung des Antrags⁴ von Minister Oeser. [B] — **4.** Endgültige Festsetzung der in dem Dienststeuergesetz vorgesehenen Amtsbezeichnungen. *Beschlußfassung:* Titel, insbesondere sogenannte Altersbezeichnungen werden in Zukunft an Beamte nicht mehr verliehen. Bisher verliehene Titel [...] können aber weiterverwendet werden. Amtsbezeichnungen [...] in der Besoldungsordnung sind von jetzt ab gültige Amtsbezeichnungen.⁵ [B] — **5.** Der Plan der Ernährungswirtschaft für das Jahr 1920/21. Instruktion der preußischen Vertreter im Reichsrat, für die Vorlagen der Reichsregierung Entwürfe⁶ einer Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 und einer Verordnung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 [...] einzutreten. Ausarbeitung einer Denkschrift⁷ durch den Handelsminister, die der Reichsregierung im Hinblick auf die bedrohlichen Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkte die baldmöglichste Aufstellung eines bestimmten Planes für den Abbau der Lebensmittelpreise nahelegen will. [B] — **6.** Die Vollendung des 35. Lebensjahres wird als Mindestalter für die Anstellung als Vortragender Rat

¹ Der Antrag des Minr.dI v. 12.5.1920 in: Rep. 77, Nr. 277, Bl. 110–110v.

² Vgl. dazu das Schreiben des Minr.dI (i. V. Freund) v. 23.4.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 2, Bl. 17–17v.

³ Der Gesetzentwurf betr. die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, vom MöA am 17.5.1920 übersandt, in: Rep. 76, IIa Sekt 52 Gen. Nr. 3 Bd. 8, n.f.; der LV überreicht am 1.7.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, Nr. 2659, S. 4347–4349. Vgl. das Gesetz betr. die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen v. 4.12.1920, GS 1921, S. 67; vgl. auch Stier, Staat und Strom, S. 265.

⁴ Vom 6.4.1920 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 33 Bd. 2, Bl. 40.

⁵ Zum Beschluß vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 19.5.1920 an alle Minr. in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 9 v. 10.9.1920, S. 550–552; die Verfügung des Minr.dI (i. V. Freund) v. 10.6.1920 in: MinBl. innere Verw. Nr. 10 v. 1.7.1920, S. 218 u. die Bekanntmachung des FinMinr., zugleich im Namen des Minr.dI u. LandMinr. v. 23.6.1920 in: FinMinBl. Nr. 15 v. 14.8.1920, S. 229.

⁶ Die Vorlage des preuß. StKom. für Volksernährung v. 16.5.1920 mit dem vom REMinr. übersandten Entwurf einer Reichsgetreideordnung in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 4, n.f. Vgl. auch Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 156, S. 3–10 u. Nr. 157, S. 3–6. Vgl. RGBl. I, S. 1021 u. 1056.

⁷ Fischbeck sah davon ab, da der kleine Wirtschaftsrat den Gegenstand behandelte; so der Minr. am 7.12.1920 an den Präs. des StMinm. in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 15, n.f.

sowie Ministerialsekretär festgesetzt.⁸ [B] — 7. Schillerpreis. Zustimmung zum Entwurf⁹ zu einer neuen Satzung. [B]

⁸ Der Antrag des FinMinr. v. 24.4.1920 in: Rep. 90, Nr. 501, n.f.; die Voten der Minr. in: Rep. 90, Nr. 943, Bl. 232 ff.

⁹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zur Gründung des Schillerpreises durch Patent v. 9.11.1859 u. den wiederholten Änderungen der Statuten vgl. den Bericht des Aml. Preuß. Pressedienstes v. 9.11.1927 in: Rep. 90, Nr. 404, Bl. 217.

Besprechung beim Reichspräsidenten mit dem preußischen Innenminister betr. die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet am 18. Mai 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 103, S. 259 f.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

1. Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet. — **2.** Die Frage der Enthftung der in Untersuchungshaft befindlichen Personen. — **3.** Gnadenweise Milderung der zum Teil übermäßig harten Urteile dieser Gerichte. — **4.** Maßnahmen gegen die außerordentlichen Kriegsgerichte, deren Tätigkeit nicht der Auffassung und den Anweisungen des Reichsjustizministers und des preußischen Justizministers entspricht.

Nr. 131 Sitzung der Staatsregierung am 21. Mai 1920.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 169, Bl. 103–104; MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [i. V. am Zehnhoffs], Gräf, Freymuth, Göhre, Nobis, v. Bornstedt [RK], Goslar.

1. Deutsche Propaganda in Oberschlesien. Übernahme der Hälfte der vorgesehenen Summe durch Preußen. [B] — **2.** Erhöhung der Vergütungen für die Beiräte bei den Ministerien.² [B] — (**3.** Der Finanzminister hat Vorschläge wegen Erhöhung der Reisekosten-Erschädigung der Beamten zu unterbreiten. [B] — **4.** Göhre berichtet über den Stand der Verhandlungen betr. Erhöhung des Gehalts der parlamentarischen Staatssekretäre.) — **5.** Elf Ernennungen, darunter von H. Zimmer [...] zum kommissarischen Oberpräsidenten in Breslau und E. Ernst³ zum Polizeipräsidenten in Breslau. Drei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B]

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 27.5.1920: Streng Geheim, Bl. 103.

² Der Antrag des HandMinr. v. 14.5.1920 mit beiliegender Eingabe des Gewerkschaftssekrs. Siering an MinPräs. Braun v. 10.5.1920 in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 25, Bl. 112–112v; zum Vollzug des Beschlusses vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) an den HandMinr. u. die Generalstaatskasse v. 21.6.1920, in: Rep. 120, CB I Nr. 157, n.f.

³ Der Antrag des Minr. dl v. 20.5.1920 in: Rep. 77, Nr. 276, Bl. 101–101v.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 2. Juni 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 125, S. 305 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Weismann.

1. Unterbringung des Reichswirtschaftsrats. — 2. Aufhebung der Ausnahmenvorschriften im Ruhrgebiet, Sachsen, Schlesien und Ostpreußen. — 3. Weiterbestehen des besonderen Reichs- und Staatskommissariats für das Ruhrgebiet und Fixierung seiner Aufgaben.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Handelsminister am 3. Juni 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 126, S. 307 f.

Anwesend: für Preußen Fischbeck.

1. Verabschiedung des Tarifvertrags für die Angestellten bei den Reichs- und preußischen Staatsverwaltungen; wird nicht dem Reichsrat vorgelegt. — 2. Gesetzentwurf betr. den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden; vertagt. — 3. Verordnung vom 5. Juni 1920 über die Neufestsetzung der Schlachtviehpreise. — 4. Ausgleichszuwendungen an die unteren Beamten der Reichspostverwaltung. — 5. Unterbringung des Reichswirtschaftsrats.

Nr. 132 Sitzung der Staatsregierung am 7. Juni 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 105–107v; MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [i. V. Stegerwalds], W. Busch, Göhre, Nobis, Goslar; als Kommissare Weismann [zu 1], C. Busch [zu 5], Berndt, Haaselau [beide zu 4].

1. Antrag an die Reichsregierung auf Aufhebung des im Ruhrbezirk bestehenden Ausnahmezustandes und nach seiner Aufrechterhaltung [...] in der Provinz Sachsen.¹ Abermaliger dringender Wunsch nach noch weiterem Ausbau der Sicherheitspolizei.² Die Reichsregierung soll bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa nicht etwa eine Verringerung der Kopfzahl der Sicherheitspolizei³ zu Gunsten der Verstärkung der Reichswehr

¹ Vgl. zum Antrag u. Beschluß der RReg., Das Kabinett Müller I, Nr. 131, S. 317.

² Vgl. das Schreiben u. den Antrag des Minr.dI v. 7.6.1920 an den Präs. des StMinm. in: Rep. 120, A I 1 Nr. 40 Bd. 3, Bl. 137–137v u. 140–143.

³ Vgl. zur Auflösung 1920 Dierske, Ludwig, Sicherheitskräfte in Preußen zu Beginn der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/69, S. 24 ff.

betreiben. [B] — 2. Besatzungszulage an die Beamten in den besetzten Gebieten. *Antrag⁴ an die Reichsregierung nach deren Abbau infolge der inzwischen eingetretenen Preissenkung. Einbringung eines Gesetzentwurfs beim Reichsrat, der die Übernahme der wirtschaftlichen Beihilfen der Länder und Gemeinden in den besetzten Gebieten [...] auf das Reich vorsieht.* [B] — 3. Ausstattung der Dienstwohnung des Kieler Polizeipräsidenten mit Möbeln der Königlichen Schlösser. [B] — 4. Vier Pensionssachen.⁵ [B] — 5. 33 Ernennungen, Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und Verabschiedung. [B] — 6. Verleihung des Verwundetenabzeichens auch an das Personal der Eisenbahn- und Postverwaltung, das im Kampfgebiet in Ausübung seines Dienstes verwundet worden ist. [B] — 7. Beschwerde von Handelsminister Fischbeck über die vorzeitige Auszahlung der neuen erhöhten Dienstbezüge im Finanzministerium; Klage über das durch dauernde Streiks bei der Druckerei Greve verursachte verspätete Erscheinen der Gesetzsammlung. [B]

⁴ *Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 221, S. 1 f.*

⁵ *Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 63, 371, 616 u. 718.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 8. Juni 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 131, S. 316–318.

Anwesend: für Preußen Braun, Stegerwald, Lüdemann, Severing.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Würmeling.

1. *Unterbringung des Reichswirtschaftsrats im ehemaligen Herrenhaus und Verlegung des Wohlfahrtsministeriums ins Kriegsministerium. — 2. Ablehnung der Aufhebung des Ausnahmezustands im Ruhrgebiet und Sachsen, trotz des Antrages von Braun und Severing, ihn für das Ruhrgebiet aufzuheben.*

¹ *Die preuß. Minr. waren nur zu TOP 1 u. 2 geladen; vgl. die Einladung v. 7.6.1920 zur ordentl. Sitzung des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 84.*

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 11. Juni 1920.

Druck: Das Kabinett Müller I, Nr. 134, S. 326 f.

Anwesend: für Preußen am Zehnhoff, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Erlaß von Ausführungsbestimmungen zur Unterbindung der öffentlichen Spielunternehmungen. Preußen lehnt die Erteilung von Konzessionen ab.

Nr. 133 Sitzung der Staatsregierung am 14. Juni 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 108–109v; MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [i.V. am Zehnhoffs], O. Meyer, Troeltsch, Wildermann, Freymuth, Göhre, Nobis, Kempner [RK], Goslar; als Kommissare Pokrantz, Gürich, Stahlmann, Cohn.

(1. Zunächst Geheime Sitzung nur der Staatsminister¹; a. Zustimmung zur Ernennung von E. Mehlich zum Reichs- und Staatskommissar von Westfalen; b. Zahlung der Bezüge der ausgeschiedenen Minister [...] nach den Sätzen der neuen Besoldungsordnung; c. Zustimmung zur Ernennung von Chr. Herbst² [...] zum kommissarischen Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen beim Reichs- und Staatsministerium und ostpreußischer Vertrauensmann. [B]) — 2. Zustimmung zum Entwurf³ eines Gesetzes betr. die Neuregelung der Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen. [B] — 3. Bereitstellung des preußischen Anteils für das vom Reich zur Wohnungsförderung zur Verfügung gestellten Ergänzungsdarlehen zu den Baukostenzuschüssen. Fühlungnahme mit den Fraktionen der Mehrheitsparteien in der Landesversammlung wegen der Bewilligung des Betrages von 60 260 000 M. [B] — 4. Die Frage der Gewährung provinzieller Autonomie.⁴ Severing wird ermächtigt, vor dem Verfassungsausschuß der Landesversammlung die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung zu erklären, den Provinzen größere Selbständigkeit zu gewähren. Diese darf jedoch nicht zur Aufhebung der Zentralgewalt des preußischen Gesamtstaates führen. Diesbezügliche Bestimmungen sind nicht in die Verfassung aufzunehmen. Severing soll ein aus Leitsätzen bestehendes Programm über die den Provinzial-Selbstverwaltungskörpern zu gewährende Autonomie vorlegen.⁵ [B] — 5. Ministerielle Zuständigkeiten für das Große Militärwaisenhaus in Potsdam und Schloß Pretzsch.⁶ [B] — 6. Die Art der Abfindung für die Übertragung der Eisenbahnen auf das Reich. Von der Abgabe einer Erklärung wird Abstand genommen. [B] — 7. Ausführungsbestimmungen⁷ zum Gesetz über das Glücksspielverbot. Instruktion der preußischen Vertreter im Reichsrat, die Streichung der Ziffer III zu beantragen.⁸ [B] — 8. Abänderung der Beschlüsse über die Einsichtnahme in die Personalakten; vertagt. — 9. Acht Ernennungen, darunter F. Tiedemann, E. Bolck und O. Rosenkrantz zu kommissarischen

¹ Vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 311.

² Der Antrag des Minr.dI an den RMinr.dI v. 12.5.1920 (Abschr. an den Präs. des StMinm.) in: Rep. 90, Nr. 940, n.f.

³ Die Vorlage des WissMinr. v. 30.4.1920 mit dem Entwurf u. Begründung sowie das Schreiben des Präs. des StMinm. v. 28.5.1920 in: Rep. 120, CB I Nr. 103 (1) Bd. 7, n.f.; der LV übersandt am 19.6.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, Nr. 2546, S. 4204–4209, mit Anlagen. Vgl. das Gesetz v. 8.7.1920, GS, S. 401.

⁴ Das Schreiben des MinPräs. v. 20.5.1920 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁵ Vgl. dazu das Schreiben des Minr.dI v. 9.7.1920 an die Minr. in: Rep. 77, Tit. 497a Nr. 33 Bd. 1, Bl. 144.

⁶ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 15.4.1920 in: Rep. 151, I C Nr. 11786, n.f.; den Vermerk über die kommissar. Beratung am 26.5.1920 u. den Entwurf eines Schreibens an den RFinMinr. v. 28.5.1920 in: Rep. 90, Nr. 1877, n.f.; vgl. auch die Bekanntmachung des WohlMinr. (i. V. Scheidt) v. 29.9.1920 über die Verwaltung in: Volkswohlfahrt Nr. 14 v. 15.10.1920, S. 336. Das Potsdamsche Große Militär-Waisenhaus erhielt zum 1.1.1923 die Bezeichnung: Potsdamsches Großes Waisenhaus.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 19.5.1920 mit dem Entwurf in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 247–251; vgl. auch Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 214, S. 2–3; vom RMinr.dI Koch dem ReichsR vorgelegt am 8.7.1920. Vgl. die Bekanntmachung betr. Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze gegen das Glücksspiel vom 23. Dezember 1919 v. 27.7.1920, RGBl. II, S. 1482.

⁸ Vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 59. Sitzung am 22.7.1920, S. 910.

*Regierungspräsidenten.*⁹ [B] — (10. Beratung eines dritten Notetats der Reichsfinanzverwaltung im Reichsrat. Wie bisher *hat die preußische Vertretung dem Reichsfinanzministerium gegenüber die dringende Notwendigkeit sparsamster Verwaltung und Geschäftsführung und demgemäß insbesondere eine möglichste Beschränkung bei Schaffung neuer Beamtenstellen zu vertreten.* [B])

⁹ *Die Anträge des Minr.dI v. 10.7. u. 11.6.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 2, Bl. 38–38v u. 42–42v sowie Rep. 77, Nr. 275, Bl. 15.*

Nr. 134 Sitzung der Staatsregierung am 18. Juni 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 110–112, MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 9, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [i. V. Severings], W. Busch, Linz, C.H. Becker, L. Weber, Göhre, Nobis, Goslar; als Kommissare Paul, v. Priesdorff [zu 2 und 6], Zurborn, Bachmann, Remak.

1. Vorübergehende Festsetzung einer Altersgrenze für unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrer.¹ *Der Gesetzentwurf soll eine allgemeine, nicht befristete Altersgrenze festsetzen, und zwar für alle unmittelbaren Staatsbeamten, einschließlich der richterlichen Beamten, der Professoren an den Universitäten und Hochschulen und der Volksschullehrer, nämlich mit dem vollendeten 65. Lebensjahr und für die richterlichen Beamten und die Mitglieder des Obergerichtes mit dem vollendeten 68.* [B] — (2. Sicherheitspolizei. *Keine Beratung des Antrags des Innenministers über die den Notetat überschreitenden Ausgaben für die Sicherheitspolizei.*² [B]) — 3. *Zustimmung zum Verordnungsentwurf*³ über das Verfahren vor dem mit der Auseinandersetzung zwischen der neuen Stadtgemeinde Berlin und den Restkreisen sowie der Restprovinz betrauten Schiedsgericht. [B] — 4. *Einstweilige Abstandnahme von einer Änderung der Inschrift am Oberlandesgerichtsgebäude Naumburg/S.* [B] — 5. *Acht Ernennungen. Severing soll prüfen, ob die dienstliche Versetzung eines Landrats weiterhin der Genehmigung des Staatsministeriums [...] bedarf oder nicht.*⁴ [B] — (6. *Keine Einwände, d.h. sog. „Unschädlichkeitserklärung“ gegen die von der 7. ordentlichen Generalsynode Preußens angenommenen drei Kirchengesetze.*⁵ [B])

¹ *Die Vorlage des FinMinr. (i. V. Weber) v. 26.5.1920 mit dem Entwurf in: Rep. 76, IIa Sekt. 56 Gen. Nr. 1 B, Bl. 88–91v; der geänderte Entwurf mit Begründung, Bl. 102–107.*

² *Zum Verlauf der Beratung über den Gegenstand, bei der der FinMinr. u. Kom. Remak die Sitzung verließen, vgl. den Vermerk Remaks in: Rep. 151, I C Nr. 1683, Bl. 174–176v u. zum Einspruch des FinMinr. gegen die Behandlung grundsätzlicher finanzieller Fragen ohne Mitwirkung der Finanzverw. sein Schreiben v. 18.6.1920 in: Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 26–27v.*

³ *Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 29.5.1920 mit dem VO-Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 9290, Bl. 404–405v; das Votum des JMinr. v. 17.6.1920, Bl. 406–406v. Vgl. VO v. 18.6.1920, GS, S. 348.*

⁴ *Die Antwort Severings v. 28.7.1920 in: Rep. 77, Nr. 4084, Bl. 138.*

⁵ *Der Antrag des WissMinr. v. 5.6.1920 in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 214 Bd. 1, Bl. 471–471v; die vom Ev. Oberkirchenrat am 26.4.1920 übersandten Gesetze, Bl. 423–425, die Entwürfe, Bl. 426–438 (darunter Drucke). Der LV übersandt am 19.6.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, Nr. 2546, S. 4204–4210. Vgl. das Gesetz v. 8.7.1920, GS, S. 401.*

Nr. 135 Vertrauliche Besprechung der Staatsminister und Sitzung der Staatsregierung am 25. Juni 1920.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 169, Bl. 113–114; MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 9, n.f.; Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Wildermann, Freymuth, Göhre, Nobis; als Kommissar Mulert.

(Vertrauliche Besprechung *nur* der Staatsminister über die Erhöhung der Bezüge der parlamentarischen Unterstaatssekretäre.² [B]) — 1. Nachtragshaushalt für das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten. [B] — 2. Regelung der Dienstaufsicht über den Verbandspräsidenten des Ruhsiedlungsverbandes und Bestätigung des Verbandsdirektors sowie der Verbandsbeigeordneten.³ [B] — 3. Schadloshaltung der oberschlesischen Justizbeamten gegenüber Maßregeln des Generals Le Rond. [B] — (4. Ernennung von W. Iversen zum Nachfolger des früheren Staatskommissars für Schleswig-Holstein Köster. [B]) — 5. Fünf Ernennungen, darunter von O. Hörsing⁴ [...] zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und G. Noske⁵ zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Hannover, sowie Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und Verabschiedung. [B] — 6. Zuschläge zu den gesetzlichen Tagegeldern bei Dienstreisen der Staatsbeamten; vertagt. — (7. Eisenbahnfahrpreisermäßigungen für Schulen und Jugendpflegeorganisationen während der Sommermonate; werden beim Reichsverkehrsminister beantragt. [B])

¹ Dazu Vermerk von Valentiner v. 29.6.1920: Streng Geheim, Bl. 113.

² Vgl. Spezialakten, Bd. 16, Bl. 319.

³ Vgl. die Vorlagen des Minr.dI v. 7.6. u. des WohlMinr. v. 19.6.1920 in: Rep. 84a, Nr. 2053, Bl. 55–56 u. 65–66v.

⁴ Der Antrag des Minr.dI v. 17.6.1920 in: Rep. 77, Nr. 278, Bl. 104.

⁵ Vgl. Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 101; Noske, Gustav, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*, Offenbach 1947, S. 182–184; Bode, Günther, *Gustav Noske als Oberpräsident der Provinz Hannover 1920–1933*, Phil. Diss. Karlsruhe 1982, S. 48–57 u. Wette, Wolfram, *Gustav Noske. Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1988.

Nr. 136 Sitzung der Staatsregierung am 1. Juli 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 119–121v, der Entwurf, Bl. 116–117v; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, O. Meyer [nur zur Vorbesprechung], Göhre, Nobis; als Kommissare v. Kameke [zu 3, 5, 9, 12], Cohn [zu 7–8], L. Weber [zu 3, 5–6], Stalman [zu 6].

(1. Vorbesprechung der [...] Staatsminister mit den [...] parlamentarischen Staatssekretären O. Meyer und W. Busch.¹ Die bisherigen parlamentarischen Unterstaatssekretäre führen *nunmehr* die Amtsbezeichnung „parlamentarische Staatssekretäre“ und ihre Funktion [...] endet gleichzeitig

¹ Vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 2.

mit der gesetzgebenden Preußischen Landesversammlung. *Zustimmung zur Bestellung von Paul Hirsch*² zum parlamentarischen Staatssekretär. [B] — **2.** *Gesetzesentwurf*³ über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft. *Zustimmung im Reichsrat mit einer Maßgabe.* [B] — **3.** *Kriminalpolizeiämter. Dringlichkeit* des baldigen Zustandekommens des Gesetzes betr. Einrichtung eines Reichskriminalpolizeiamts und von Landeskriminalpolizeiämtern.⁴ *Die Zustimmung wird davon abhängig gemacht, daß die Länder nicht verpflichtet werden, neue Polizeiämter einzurichten und die Kostenfrage nicht zu einer neuen Belastung der Finanzlage Preußens führt.* [B] — **4.** Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes; *vertagt, da* beim Reich ein Rahmengesetz in Vorbereitung *ist.* — **5.** Erhebliche Schwierigkeiten *bei der* Schaffung eines neuen Provinzialverbandes aus der Grenzmark Westpreußen-Posen. Mit Rücksicht auf die Stimmung in der Grenzmark *ist die Frage weiter zurückhaltend zu behandeln und eine endgültige Entscheidung erst später zu treffen.*⁵ [B] — **6.** *Abänderungen zum Gesetzesentwurf*⁶ über die Einführung einer Altersgrenze für Beamte und Lehrer. Keine Anwendung [...] auf Beamte der evangelisch-kirchlichen Verwaltung. [B] — **7.** Vollstreckung von Todesurteilen.⁷ Auch künftighin *ist die Entscheidung der Staatsregierung herbeizuführen.* [B] — **8.** Gnadengesuch in der Strafsache des Steigers Peters in Schlettau. [B] — **9.** Staatsministerialsitzungen.⁸ *Erweiterung der Grundsätze für die Berechtigung zur Teilnahme. Bei Behinderung des Ministers und seines Staatssekretärs sind der vertretende Ministerialdirektor und neuerdings die hauptamtlichen Vertreter Preußens im Reichsrat hinzuzuziehen.* [B] — **10.** *Fünf Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand* [B]. *Landräte. Severing kann dem Grundsatz nicht folgen, daß er die von den Kreistagsmehrheiten zu Landräten präsentierten Persönlichkeiten ohne weiteres dem Staatsministerium [...] zur Ernennung vorschlagen muß.* — **11.** *Benennung von zwei preußischen Staatsangehörigen für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat*⁹; *vertagt.* — **12.** *Anfrage*¹⁰ eines Fraktionsvorsitzenden der Landesversammlung *nach der Amtsdauer der parlamentarischen Unterstaatssekretäre.* — **(13.** *Reichsrat. Erneuter Auftrag an Nobis, in den Etatsberatungen im Reichsrat mit allem Nachdruck für äußerste Sparsamkeit in den Ausgaben des Reichs, insbesondere bei der Beamtenvermehrung, einzutreten.* [B])

² *Der Erlaß v. 4.7.1920 in: Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 136.*

³ *Die Vorlage des Präs. des StMinm. v. 24.6.1920 u. die Voten der Minr. in: Rep. 77, Tit. 87 Nr. 137 Bd. 1, Bl. 5 u. 9–13. Der Entwurf, von RMinr.dI Koch dem ReichsR übersandt am 18.6.1920, Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 196, S. 1–4; vgl. auch Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 53. Sitzung am 1.7.1920, S. 851, einstimmiger Beschluß über die Annahme mit drei Maßgaben u. den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes. Vgl. das Gesetz v. 3.8.1920, RGBl. II, S. 1493.*

⁴ *Vgl. das Schreiben des Minr.dI (i. V. Meister) v. 14.8.1920 in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 260–261.*

⁵ *Vgl. den deutschnationalen Antrag von Hergt u. Gen. v. 23.6.1920 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, Nr. 2549, S. 4227. Zur Änderung des TOP vgl. die Schreiben des Minr.dI v. 24.7. u. des Präs. des StMinm. v. 4.8.1920 in: Rep. 84a, Nr. 4681, Bl. 107–108 u. 117.*

⁶ *Die Vorlage des FinMinr. v. 30.6.1920 mit einem umgearbeiteten Entwurf in: Rep. 76, Ila Sekt. 56 Gen. Nr. 1 B, Bl. 118–120v; Bl. 124–129 die der LV am 24.6.1920 übersandte Fassung; vgl. auch Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, Nr. 2661, S. 4371–4374 und das Gesetz betr. Einführung einer Altersgrenze v. 15.12.1920, GS, S. 621 (zum 1.4.1921 in Kraft getreten).*

⁷ *Die Vorlage des JMinr. v. 14.6.1920 in: Rep. 84a, Nr. 7785, Bl. 163–167.*

⁸ *Der Antrag des Minr.dI v. 21.6.1920 in: Rep. 90, Nr. 404, Bl. 156–156v; die Voten von WissMinr. u. HandMinr., Bl. 158–159v. Zu den Grundsätzen vgl. den Entwurf des Schreibens des MinPräs. v. 4.4.1920 an die StMinr. u. den USSt RK, Bl. 152–152v.*

⁹ *Die Vorlage des FinMinr. v. 23.6.1920 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 54 Bd. 1, Bl. 286.*

¹⁰ *Die Anfrage des Vors. der Zentrumsfraktion Porsch v. 25.6.1920 in: Rep. 90a, D I I Nr. 25, Bl. 130; Bl. 133v–134 der Entwurf eines Antwortschreibens v. 13.7.1920.*

Chefbesprechung mit preußischen Ministern im Reichstagsgebäude am 1. Juli 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach. 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921, bearbeitet von Peter Wulf, Boppard am Rhein 1972, Nr. 8, S. 23–25.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Anlässlich der bevorstehenden Konferenz von Spa Beratung über das Stärkeverhältnis von Reichswehr und Sicherheitspolizei. Severing wendet sich gegen ein 200 000-Mann-Heer auf Kosten der Sicherheitspolizei.

Besprechung der Reichsminister mit preußischen Ministern und den Parteiführern am 8. Juli 1920, 21.30 Uhr.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 19, S. 48–50.

Anwesend: für Preußen Braun, Oeser, Stegerwald, am Zehnhoff, Fischbeck, Lüdemann.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Freund, Göhre.

Besprechung der Entwaffnungsforderungen der Alliierten. Braun tritt für eine ausreichende legale bewaffnete Macht ein.

¹ Um 20.30 Uhr hatten sich preuß. Minr. zu einer Besprechung über Nachrichten aus Spa zusammengefunden; vgl. den Aktenvermerk vom Vertr. des Bürodir., Pfeiffer, v. 8.7.1920 in: Spezialakten, Bd. 17, Bl. 8.

Besprechung der Reichsminister mit dem preußischen Innenminister über die Konferenz von Spa am 9. Juli 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 20, S. 51 f.

Anwesend: für Preußen Severing.

Unterzeichnung des Entwaffnungsprotokolls von Spa mit dem ausdrücklichen Protest gegen die Sanktionsklausel.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 12. Juli 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 22, S. 56–62.

Anwesend: später für Preußen Severing.

1. Verordnung über Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. — 2. Durchführung des Gemein-dewahlrechts auf Helgoland. — 3. Politische Aussprache. — 4. Gesetzentwurf betr. Änderung der Verordnung über Lohnpfändung. — 5. Verordnungsentwurf über die Bestimmung von Enteignungsbehörden und über die Regelung des Verfahrens zur Feststellung der Entschädigungen für die auf Grund des Art. 297 f. des Friedensvertrages zu enteignenden Gegenstände. — 5. Öffentliches Flaggen aus Anlaß der Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Nr. 137 Sitzung der Staatsregierung am 16. Juli 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 122–123v; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: Hirsch, W. Busch, Wildermann, Freymuth, Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Schering; als Kommissare Stein, Kuhnt [beide zu 2], Gottstein [zu 3], Heuser [zu 6], Völkel [zu 4].

(1. Zusammenstoß des Reichsministers des Innern Koch mit den Vertretern Preußens bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern im Reichsrat am 9. Juli 1920.¹ In einem Schreiben² an die Reichsregierung soll die Stellung Preußens zum Reich grundsätzlich behandelt und eine gemeinsame Sitzung [...] angeregt werden. Außerdem ist die Angelegenheit durch den Geschäftsordnungsausschuß des Reichsrats zu verfolgen. [B]³) — 2. Entscheidung über die Vollstreckung von zwei Todesurteilen.⁴ [B] — 3. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Regelung des Prostitutionswesens. Dem Antrag⁵ des Wohlfahrtsministers wird mit Änderungen zugestimmt. [B] — 4. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ zur Aufschließung von Steinkohlen. [B] — 5. Zustimmung zum Entwurf⁷ eines Landwirtschaftskammergesetzes in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894. [B] — 6. Regelungen für die für das Deutschtum tätigen Beamten in Polen. Eine Rückkehr ist bis zum 10. Januar 1923 jederzeit möglich, bei unmittelbaren Staatsbeamten unter Anrechnung der [...] verbrachten Zeit auf ihr Besoldungs- und Ruhegehaltsdienstalter, bei Volksschullehrern unter Anrechnung

¹ Zu der Etatsberatung vgl. Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 4, n.f., v. a. den Bericht von MinDir. Nobis an den Präs. des StMinm. v. 11.7.1920, hier auch Zeitungsberichte über den Zusammenstoß; vgl. auch Rep. 84a, Nr. 6367, Bl. 165 bis 171. In den gedruckten Materialien des ReichsR kein Bezug; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 57. Sitzung am 9.7.1920, S. 875–882.

² Das Schreiben Brauns v. 16.7.1920 (Abschr. an die Minr.) in: Rep. 84a, Nr. 6367, Bl. 175–178, gedr. in: Das Kabinett Fehrenbach. 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921, bearbeitet von Peter Wulf, Boppard am Rhein 1972, Nr. 26, S. 67–69.

³ Ende der vor der Sitzung durchgeführten vertraulichen und wichtigen Besprechung nur der StMinr. Dazu war dem MinPräs. das Material zur Beschwerde von Nobis u. das Verhalten von Kochs gegenüber den preuß. Vertretern im ReichsR vorgelegt worden; vgl. Einladung u. Vermerk der Geh. Registratur in: Spezialakten, Bd. 17, Bl. 11 u. 13.

⁴ Vgl. dazu das Schreiben des JMinr. an den Präs. des StMinm. v. 14.6.1920 in: Rep. 84a, Nr. 7785, Bl. 163–167, hier bes. Bl. 164–165.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zu den Maßnahmen in Preußen vgl. Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, S. 25–27 sowie 25 Jahre Preußische Medizinalverwaltung, S. 225–232.

⁶ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 9, Nr. 2811, S. 4662 f.; der LV übersandt am 20.7.1920. Vgl. das Gesetz v. 11.12.1920, GS 1921, S. 74.

⁷ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 9, Nr. 2883, S. 4728–4745 u. Nr. 2882, S. 4727; der LV übersandt am 2.9.1920. Vgl. das Gesetz v. 16.12.1920, GS 1921, S. 41.

dieser Zeit als deutscher Auslandsschuldienst.⁸ [B] — 7. Mitwirkung der Finanzverwaltung bei Angelegenheiten von finanzieller Bedeutung *im Staatsministerium. Gegenstände von finanzieller Tragweite gehören auf die Tagesordnung und sind nicht außerhalb von dieser zu behandeln.* [B] — 8. 19 Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 9. Regelung der Arbeitszeit der Beamten; *vertagt.*

⁸ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinr. an das AA v. 17.7.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 1 Gen. b Nr. 27, Bl. 71–71v (Abschr. an die Minr.).

Nr. 138 Sitzung der Staatsregierung am 20. Juli 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 124–125v; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 932, Bl. 119–120v; Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: Hirsch, O. Meyer, Wildermann, Fleischer, Göhre, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare L. Weber [zu 5], Eggert [zu 2], Krause, v. Schenck [beide zu 3], Seidel [zu 4], v. Kameke, v. Priesdorff [beide zu 5].

1. Probleme des Übertritts höherer Justizbeamter zu anderen Reichs- und Staatsdienstzweigen, insbesondere zur Reichsfinanzverwaltung.¹ [B] — 2. *Nochmals* der Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes, dem zugestimmt wird. Ablehnung des Antrages des [...] Finanzministers, die Arbeitnehmer von der Vertretung in den Kammern auszuschließen. [B] — 3. Zustimmung zum Gesetzentwurf² über die Errichtung neuer Landeskulturämter. [B] — 4. Übernahme der wasserbaufiskalischen Fischereien auf die Staatsdomänenverwaltung.³ [B] — 5. Neubildung der Sicherheitspolizei.⁴ Bei den Verhandlungen mit dem Reich *ist ihr Übergang auf das Reich abzulehnen. Die Forderung der Entente nach Entwaffnung der Bevölkerung ist in Preußen [...] eine preußische Angelegenheit; sie erfolgt durch die Sicherheitspolizei unter Leitung der Oberpräsidenten.*⁵ [B] — 6. Acht Ernennungen. Anregung des Handelsministers, der Vereinigung von Preußischer Zentralgenossenschaftskasse und Seehandlung näherzutreten. [B] — 7. Stellungnahme im Reichsrat zum

¹ Die Vorlage des JMinr. v. 2.7.1920 in: Rep. 90, Nr. 611, n.f.

² Die Vorlage des LandMinr. v. 17.7.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, A I I Nr. 5 Bd. 6, Bl. 3–6v. Der Entwurf wurde der LV übersandt am 23.8.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 9, Nr. 2861, S. 4718 f. Vgl. das Gesetz v. 25.11.1920, GS, S. 619.

³ Die Vorlage des LandMinr. (Braun) v. 17.7.1920 in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 102–103v; der Runderlaß von LandMinr., MöA u. FinMinr. über die Übertragung (Druck), Bl. 110. Zur Kontroverse mit RVMinr. Groener, der mit Schreiben v. 5.8.1920 nachdrücklich Verwahrung gegen den Beschluß einlegte, Bl. 108–109 u. 115–116v. Zum Einwand des MöA v. 19.1.1921 vgl. Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 172–175.

⁴ Vgl. die Niederschr. über die Besprechung mit den OPräs. am 14.7.1920 im Mdl über die Umgestaltung der SIPO u. das Schreiben des Minr.dI v. 15.7.1920 an den MinPräs. in: Rep. 120, A I I Nr. 40 Bd. 3, Bl. 165–182 u. 161. Vgl. auch Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, S. 285, mit Bezug auf den TOP. Vgl. allgemein Wolffstiegl, Friedrich (PolHptm. Berlin), Die preußische Vollzugspolizei nach dem Kriege in: Preuß. VerwBl. Nr. 43 v. 29.7.1922, S. 507–509.

⁵ Zur Entwaffnungsfrage u. zur Neuorganisation der Polizei vgl. Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927, München 1966, S. 133 ff.

Entwurf⁶ eines Reichsgesetzes zur Änderung des Artikels 168 der Reichsverfassung. [B] — **8.** Regelung der Arbeitszeit der Beamten; *vertagt*.

⁶ Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 220, S. 1–3*; von RMinr. dl Koch dem ReichsR übersandt am 16.7.1920 mit dem Hinweis, auf Wunsch der preuß. Reg. bitte er um möglichst beschleunigte Behandlung. Der ReichsR stimmte dem Entwurf mit einer Maßgabe zu, vgl. *Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 61. Sitzung am 29.7.1920, S. 934*. Vgl. das Gesetz v. 6.8.1920, *RGBL. II, S. 1565*.

Sitzung des Ministerrats mit dem preußischen Innenminister am 20. Juli 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 29, S. 74–77.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Deutsche Neutralitätserklärung im russisch-polnischen Krieg. — **2.** Ein Kriegsgefangenentransport wurde in Stettin angehalten. — **3.** Grenzpolizei. — **4.** Vorbereitung des militärischen Ausnahmezustands in Ostpreußen zum Schutz der Neutralität. Einberufung der Einwohnerwehr. — **5.** Beschlüsse über die Durchführung des Militär- und Entwaffnungsabkommens. Severing ist für die Übertragung der Ausführung an die Landesregierungen. — **6.** Ernennung von Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats; *vertagt*. — **7.** Mit dem Kohlenabkommen zusammenhängende Fragen.

Nr. 139 Sitzung der Staatsregierung am 27. Juli 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 126–127v; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Oeser, Severing. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Wildermann, Linz, Freymuth, Albert [StS RK], Ramm, Dönhoff, L. Weber, Göhre, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare v. Kameke [zu 2], Kalle, Cohn [beide zu 1], Adam [zu 3], Huth [zu 4], Weber [zu 8].

1. Entwurf¹ eines Reichswehrgesetzes. Die Abänderungsvorschläge² des [...] Ministerpräsidenten finden Zustimmung.³ [B] — **2.** Ernennung des Reichsministers für Ernährung [...] A. Hermes⁴ zum preußischen Staatskommissar für Volksernährung und von F. Hagedorn zum Stellvertreter, dem die Amtsbezeichnung „Staatssekretär“ beigelegt wird.⁵ Beide nehmen an den Sitzungen des Staatsministeriums teil. [B] — **3.** Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung betr. Ausführung des § 21 des

¹ Vgl. den umgearbeiteten Entwurf in: *Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 211, S. 3–21*; von RWeMinr. Geßler dem ReichsR am 3.7.1920 wieder vorgelegt; zur ersten Vorlage v. 28.2.1920, *ebd., Bd. 1, Nr. 53, S. 2–23*. Vgl. das Wehrgesetz v. 23.3.1921, *RGBL. I, S. 329*.

² Die Vorlage des MinPräs. (i. V. Göhre) v. 22.7.1920 mit den Änderungen in: *Rep. 77, Tit. 1265 Nr. 3, Bl. 26–30, über die kommissar. Besprechung am 26.7., Bl. 30 u. 45*.

³ Vgl. den Bericht von StS Albert in der Ministerbesprechung um 19.30 Uhr, in: *Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 34, S. 85*; vgl. auch die Sitzung am 5.11.1920, *ebd., Nr. 104, S. 267*.

⁴ Mit Schreiben v. 21.5.1920 hatte Hermes sich grundsätzlich zur Übernahme des Amtes bereit erklärt; vgl. *Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 255–255v*.

⁵ Vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. an den FinMinr. v. 23.7.1920 in: *Rep. 151, HB Nr. 1058, Bl. 216–217*.

Reichsgesetzes⁶ über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920. [B] — 4. Verlängerung der *Rücktrittsfrist für die Verkehrsbeamten nach der Übertragung der Staatsbahnen auf das Reich*. [B] — 5. *Zentralstelle für die Gliederung des Reichs*. Bildung der mit den Vorarbeiten für die Umgestaltung und Neubildung von Ländern zu betrauenden Zentralstelle.⁷ *Instruktion der preußischen Stimmen im Reichsrat, deren Bildung [...] unter der Bedingung nicht grundsätzlich zu widersprechen, daß sie nicht das Recht eigener Initiative erhält, sondern nur eine begutachtende Tätigkeit ausübt*. [B] — 6. *Die Vollmacht für den Staatskommissar für Ostpreußen A. Borowski wird zurückgezogen*.⁸ [B] — 7. *Acht Ernennungen, darunter von E. Siehr⁹ [...] zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen und A. Johannsen¹⁰ in Kiel zum Regierungspräsidenten in Schleswig. Drei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, darunter die vom Amte suspendierten A. Winnig und H. Pauli*. [B] — 8. *Zustimmung zum Entwurf¹¹ einer Anordnung [...] über die Bildung von Wahlkörperschaften für die erste Hauptwahl zur Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk*. [B] — 9. *Gesetzesentwurf¹² über die Entwaffnung der Bevölkerung; Abänderungsanträge für die Beratung im Reichsrat*. [B]

⁶ Vgl. das Gesetz, RGBl. I, S. 458.

⁷ Vgl. Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Bd. 1 u. Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, Bd. 1, S. 302–310.

⁸ Das Staatstelegramm des MinPräs. an Borowski v. 30.7.1920 in: Rep. 90a, D I 1 Nr. 31, Bl. 169v–170. Die RReg. hatte die Vollmacht bereits am 21.7.1920 zurückgezogen, vgl. Bl. 168. Vgl. den Tätigkeitsbericht des Reichs- und Staatskommissars für Ostpreußen für die Zeit vom 1.4.–30.6.1920, Bl. 144–160v, darin die Untersuchung gegen die am Staatsstreich beteiligten Reichs- u. Staatsbeamten, Bl. 146–153v; Namenslisten der Beamten sowie der Offiziere der Reichswehr u. SIPO, Bl. 158–160v. Vgl. auch Klatt, *Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920*, S. 191–217.

⁹ Der Antrag des Minr.dI v. 27.7.1920 in: Rep. 76, Ila Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 2, Bl. 70.

¹⁰ Der Antrag des Minr.dI v. 26.7.1920 in: Rep. 77, Nr. 278, Bl. 208–208v.

¹¹ Vgl. die Anordnung des StMinm. v. 27.7.1920 in: MinBl. innere Verw. Nr. 13 v. 1.9.1920, S. 318 f.

¹² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 225, S. 2–8; von RMinr.dI Koch dem ReichsR übersandt am 24.7.1920; die vom ReichsR angenommene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 61. Sitzung am 29.7.1920, S. 936–938, Anlage. Vgl. das Gesetz v. 7.8.1920, RGBl. II, S. 1553.

Nr. 140 Sitzung der Staatsregierung am 2. August 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 128–129v; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Haenisch [V], am Zehnhoff, Severing. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff, Scheidt, L. Weber, Göhre, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare v. Kameke [zu 1], Coßmann [zu 2–3], E. Delbrück [zu 3], Fleischer [zu 6].

1. *Zentralstelle für die Gliederung des Reiches. Benennung der Vertreter und der Sachverständigen für die [...] mit den Vorarbeiten für die Umgestaltung und Neubildung deutscher Länder zu betrauenden Zentralstelle*. [B] — **2.** *Die Beschlüsse des Reichstags zum Notetat. Keine Stellungnahme Preußens dazu*. [B] — **3.** *Gewährung der Besatzungszulage an die Beamten und Lehrer in den besetzten Gebieten. Preußen wird an seine Beamten alsbald zahlen, wenn der Reichstag beschließt, daß das Reich die Zulage zu tragen hat*. [B] — **(4.)** *Drei Ernennungen*. [B] — **5.** *Ostpreußen. Dem Oberpräsidenten werden zunächst 50 000 M zur Organisierung eines Ortsschutzes zum Schutze der Landesgrenzen [...] zur Verfügung gestellt. Zurückforderung der Mittel [...] vom Reich, dem der Schutz der Landesgrenzen obliegt*. [B] — **6.** *Ablehnung der Verleihung des Eisernen Kreuzes an Weihbischof Dr. Mönch in Trier*. [B] — **7.** *Einspruch [...] gegen die Absicht des Reichs, an Beamte im Vorbereitungsdienst und die informatorisch beschäftigten Militärärzte*

eine Entschädigung zu zahlen. [B] — 8. Einem Strafantrag wegen Beleidigung der Preußischen Staatsregierung wird nicht stattgegeben. [B])

Nr. 141 Sitzung der Staatsregierung am 9. August 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 130–131; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Severing. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Dönhoff, L. Weber, Scheidt, C.H. Becker, Göhre, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare E. Delbrück, Coßmann [beide zu 1].

1. Vorschußweise Auszahlung der Besetzungszulage an die Beamten und Lehrer im besetzten Gebiet ab 1. Juli 1920. *Verhandlungen* über die Erstattung durch das Reich. [B] —
2. *Zentralstelle für die Gliederung des Reichs. Neue Vorschlagsliste der Sachverständigen für die mit den Vorarbeiten für die Umgestaltung und Neubildung deutscher Länder zu betrauenden Zentralstelle.* [B] —
3. *Vier Ernennungen.* [B]

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 16. August 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 50, S. 116–118.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis.

1. *Severing über das Verbot der Organisation Escherich in Preußen. — 2. Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrreviers sind wegen der besonderen Härten beim Steuerabzug vorstellig geworden.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 23. August 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 54, S. 130–134.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Nobis.

1. *Lage in Oberschlesien. Reichsregierung versichert Schutz und Erhaltung Oberschlesiens beim Reich. — 2. Nochmalige Erörterung des Verbots der Organisation Escherich in Preußen. — 3. Kontrolle von Waffen- und Munitionstransporten auf den deutschen Eisenbahnen.*

Nr. 142 Sitzung der Staatsregierung am 31. August 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 132–133; MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [i. V. Severings], Hagedorn [für Hermes], Nobis; als Kommissare Berndt, Thielemann [beide zu 3b].

1. Die vom Reichsminister für Ernährung [...] beabsichtigte Erhöhung des Preises von Roggen und Weizen im besetzten rheinischen Gebiet.¹ Eine etwaige Beteiligung des Preußischen Staates an der Deckung der [...] entstehenden Mehrkosten muß abgelehnt werden. [B] — **2.** Bestimmung der Regierungspräsidenten und des Oberpräsidenten als Landesbehörden für das Umsatzsteuergesetz in der Provinz Brandenburg und in Berlin. [B] — **3.** a. Vier Ernennungen, darunter von H. Zimmer² [...] zum Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien; b. Pensions-sache.³ [B] — **4.** Verzicht auf die [...] gegen Gemeinden erhobenen Ersatzansprüche für Schäden an Staatseigentum. Dem Antrage⁴ von Finanzminister Lüdemann wird entsprochen. [B] — **(5.** Referat von Nobis über einen Bericht von Reichsminister Simons über seine Eindrücke in der Schweiz und in Bayern. Hinweis von Nobis auf die Vorlage⁵ der Reichsregierung betr. die Erhebung einer Abgabe von Gebäude-Nutzungsberechtigten zur Förderung des Wohnungsbaus im Reichsrat, die die Reform der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen unmöglich machen kann.)

¹ Das Schreiben des Minr. (i. A. Heinrich) v. 24.8.1920 an das preuß. StMinr. in: Spezialakten, Bd. 17, Bl. 38–39.

² Der Antrag des Minr. dI v. 14.8.1920 in: Rep. 76, Ila Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 2, Bl. 80.

³ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 487.

⁴ Vom 4.8.1920 in: Rep. 84a, Nr. 51026, Bl. 299; vgl. auch den Antrag des JMinr. v. 4.8.1920 in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 172.

⁵ Vgl. den Entwurf über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 235, S. 1–4; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR vorgelegt am 29.7.1920; am 2.8.1920 an die Ausschüsse überwiesen, vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 64. Sitzung, S. 948.

Nr. 143 Sitzung der Staatsregierung am 3. September 1920.

Reinschr., Bd. 169, Bl. 134–134v; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Freund, L. Weber, v. Bornstedt [RK], Nobis, Goslar.

Französische Note über die Vorgänge in Breslau am 26. August 1920, die zur Zerstörung des französischen und polnischen Konsulats geführt haben.¹ Maßnahmen: Versetzung des Polizeipräsidenten Eugen Ernst [...] in den einstweiligen Ruhestand, Kündigung des Kommandeurs der Sicherheitspolizei [...] Major Göbel und weitere Ermittlungen gegen den Hauptmann der Sicherheitspolizei Heller. [B]

¹ Vgl. Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 60–62, S. 148–151 u. Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 192 u. 194 v. 27. u. 30.8.1920.

Nr. 144 Sitzung der Staatsregierung am 6. September 1920, 15 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 136–137; MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 7, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [i. V. Severings], Hirsch, L. Weber, Nobis, Goslar; als Kommissar Dziegalowski.

(1. *Sanitäre Maßnahmen, die mit der Unterbringung der über die Grenze getretenen russischen Heeresangehörigen verbunden sind. Starke Behinderung der preußischen sanitäts-polizeilichen Maßnahmen durch die Tatsache, daß neue Reichsinstanzen (Reichsflüchtlingsamt, Reichsabrüstungsamt) die ausschließliche Zuständigkeit [...] beanspruchen. Der Wohlfahrtsminister bittet um Rückgabe der Vollmacht an die Reichsregierung. In der bevorstehenden gemeinsamen Sitzung soll diese Angelegenheit zur Sprache gebracht werden.* [B]) — 2. *Reichsgesetzentwurf¹ über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues und Entwurf² eines Grundsteuergesetzes. Es wird Vertagung der Verhandlung [...] im Reichsrat [...] beschlossen, um eine gemeinsame Beratung des vorliegenden Reichsgesetzentwurfs und des zu erwartenden Reichshöchstmietgesetzes anzustreben. Zudem darf durch den Entwurf eine Reform der preußischen Grundsteuer nicht unmöglich gemacht werden. Beratungen des Finanzministers und des Wohlfahrtsministers, um einen Ausgleich zwischen den Zielen und Wegen [...] eines neuen Grundsteuergesetzes zu finden.* [B] — (3. *Revision der Besoldungsordnung. Die neugeschaffenen sogenannten „gehobenen“ Stellen sind nach der Eignung des zu Befördernden und nicht nach seinem Alter zu besetzen.* [B]) — 4. *Zwei Ernennungen.* [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 31.8.1920, TOP 5 u. Anm. 5.*

² *Vgl. den Referentenentwurf mit Begründung u. Anlagen (Druck), vom FinMinr. am 3.9.1920 dem Präs. des StMinm. übersandt, in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 3, n.f.; die vom FinMinr. (i. V. Weber) am 27.5.1920 versandten Grundzüge des neuen Grundsteuergesetzes u. der Entwurf v. 2.6.1920, ebd.*

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der Preußischen Staatsregierung am 6. September 1920, 17 Uhr.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 64, S. 158–160.

Anwesend: für Preußen Braun, Stegerwald, Haenisch, Fischbeck, Lüdemann.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Freund, Nobis.

1. *Oberschlesische Fragen.² Beide Kabinette beschließen, einen Antrag auf Hinausschiebung der Abstimmung nicht zu stellen. Braun erklärt, die preußische Verfassung wird den Provinzen eine*

¹ *Vgl. die Einladung des RMinm. v. 4.9.1920 zu einer außerordentl. Sitzung des RMinm. gemeinsam mit dem preuß. StMinm. in: Rep. 90, Nr. 388, n.f.*

² *Ein Bericht von Rklr. Fehrenbach v. 7.9.1920 an Fst. v. Hatzfeld in Oppeln über die gemeinsame Beratung von RKab. u. preuß. Kab., um die in Oberschlesien bedrohenden Gefahren abzuwenden, in: Rep. 171, Nr. 36, Bl. 7–8; vgl. auch Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 202 v. 8.9.1920.*

weitgehendste Autonomie gewähren. — 2. Tarifvertrag (Manteltarif) für die Angestellten bei den Reichs- und preußischen Staatsverwaltungen. — 3. Verordnungsentwürfe über Aufhebung kriegswirtschaftlicher Vorschriften auf dem Gebiet der öffentlichen Fleischversorgung und über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft. — 4. Behandlung der Flüchtlinge. — (5. Ein französisches Munitionsschiff im Kaiser-Wilhelm-Kanal.)

Nr. 145 Sitzung der Staatsregierung am 10. September 1920.

Reinschr., Bd. 169, Bl. 138; MF 1021. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: Nobis [U].

Weitere Teilnehmer: Hirsch, Nobis, Frick.

Eingabe des Flensburger Beamtenbundes auf Entschädigung der Beamten, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen in der II. Abstimmungszone; wird abgelehnt. [B]

Nr. 146 Sitzung der Staatsregierung am 18. September 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 139–141v; MF 1021. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Hirsch, Wildermann, Linz, C.H. Becker, Göhre, Nobis, Meister, Sachs, v. Bornstedt [RK], Goslar; als Kommissare Fleischer [zu 3–4], Warmbold [zu 6], Abegg, C. Busch [zu 8].

(1. Teilnahme am „ersten Kongreß der Betriebsräte“¹ und Vertretung der Staatsregierung auf der 3. Internationalen Messe in Frankfurt/M. [B]) — 2. Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen. Einverständnis mit der Denkschrift² des Ministers des Innern in bezug auf die sofortige Bildung einer neuen örtlichen Polizei zur Erfüllung der von der Entente gestellten Forderungen. Genehmigung der Anordnung³ zu ihrer Aufstellung aus Angehörigen der bisherigen blauen Ordnungspolizei sowie grünen Sicherheitspolizei. [B] — 3. Grenzmark Posen-Westpreußen. Der Beschluß des Verfassungsausschusses der Landesversammlung betr. Behandlung der Grenzmark

¹ Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1920/I, S. 257 f.: Kongreß v. 5.–7.10.1920 in Berlin.

² Vgl. Die Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen. Unverbindlicher Entwurf des Ministeriums des Innern (Druck), in: Rep. 77, Tit. 344 Nr. 1 Beiheft 2, Bl. 2–26v, mit 7 losen Anlagen, u. Rep. 84a, Nr. 3731, Bl. 223–234. Vgl. über die vorbereitenden Sitzungen im MdI am 7. u. 15.9.1920 mit den OPräs., RegPräs., PolPräs. u. Kommandeuren der Sicherheitswehren, in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 202 u. 209 v. 8. u. 16.9.1920; vgl. auch Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, S. 296, mit Bezug auf den TOP.

³ Vgl. den Erlaß des Minr.dI nebst Ausführungsbestimmungen v. 4.10.1920, in: Rep. 77, Tit. 344 Nr. 1 Beiheft 2, Bl. 92–98, mit 3 Anlagen. Anlage 1: Erläuterungen für den Interall. Überwachungsausschuß zu dem Erlaß. Vgl. auch Neuordnung des Polizeiwesens v. 20.11.1920. Zusammenstellung der Erlasse des Minr.dI, Bl. 260–297.

[...] als Provinz.⁴ Mit Entschiedenheit *ist* der Standpunkt *einzunehmen*, daß es aus verwaltungstechnischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen untunlich erscheint, aus den Restteilen [...] eine besondere Provinz zu bilden, vielmehr *sind sie* den angrenzenden Provinzen anzugliedern. [B] — 4. Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder. *Finanzielle Mittel*⁵ aus dem bereitgestellten staatlichen Hilfsfonds. [B] — 5. 12 Ernennungen, darunter von O. Rosencrantz⁶ [...] zum Regierungspräsidenten in Gumbinnen, und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand bzw. Ruhestand. [B] — 6. Zustimmung zum Verordnungsentwurf⁷ über die Bildung von Studentenschaften. [B] — 7. Einrichtung [...] einer preußischen Zentralstelle zur Wahrung der preußischen Interessen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens [...] nach der Übernahme der Staatsbahnen auf das Reich.⁸ [B] — 8. Regelung der Arbeitszeit der Beamten.⁹ *Einzelbestimmungen*. [B]

⁴ Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 1.9.1920 in: Rep. 90, Nr. 106, Bl. 192. Vgl. auch einen Vermerk über die Besprechung im MdI am 23.9.1920 mit Vertr. der Fraktionen der LV, in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 13, Bl. 108–110.

⁵ Die Vorlage des Minr.dI v. 30.8.1920 in: Rep. 90, Nr. 1099, n.f.

⁶ Der Antrag die Minr.dI v. 25.8.1920 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 99.

⁷ Die Vorlage des WissMinr. v. 21.7.1920 konnte nicht nachgewiesen werden. Die VO v. 18.9.1920 wurde am 15.11.1920 als Runderlaß nebst Richtlinien verkündet, veröffentl. in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 1 v. 5.1.1921, S. 8–12. Zu der VO v. 18.9.1920 u. der Deutschen Studentenschaft vgl. Wende, Erich, Grundlagen des preußischen Hochschulrechts, Berlin 1930, S. 177–194; ders., C.H. Becker, S. 257–260 u. Fließ, Gerhard/John, Jürgen, Deutsche Studentenschaft (DSt) 1919–1936 in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 371, hier auch Literaturhinweise.

⁸ Die Vorlage des MöA (Abwicklungsstelle) v. 22.7.1920 in: Rep. 84a, Nr. 2053, Bl. 71–74; die Voten von HandMinr. u. FinMinr., Bl. 84–89v. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 10059.

⁹ Vgl. die vom FinMinr. verfaßten Grundsätze v. 15.9.1920 in: Rep. 87, Nr. 2086, n.f. u. die Verfügung von FinMinr. u. Minr.dI v. 9.11.1920 in: FinMinBl. Nr. 21/22 v. 27.11.1920, S. 377 f.

Nr. 147 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude Landesversammlung (Ministerzimmer) am 22. September 1920.

Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 143–146v; MF 1021. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Troeltsch, Wildermann, Linz, Freymuth, v. Bornstedt [RK], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Rötger [zu 5], Trendelenburg [zu 8], Gottstein, Kirchner, v. Tschammer [alle zu 17].

(1. Entschließung¹ gegen den Beschluß des Völkerbunds, der die Kreise Eupen und Malmedy Belgien zuteilt. Es wird die Auffassung vertreten, daß die Entscheidung des Völkerbunds [...] der Rechtsgrundlage entbehrt, da eine Befragung der gesamten Bevölkerung nicht stattgefunden hat. Bitte an die Reichsregierung, gegen die Entscheidung feierlich Rechtsverwahrung einzulegen.² [B] — 2. Mitteilung der Vorlagen, auf deren Erledigung durch die

¹ Die Entschließung an Rklr. u. AA v. 22.9.1920 in: Rep. 90, Nr. 104, Bl. 228–228v.

² Die Erklärung der StReg. in: Rep. 90, Nr. 104, Bl. 225–225v; Bl. 234 ein Bericht von WTB Nr. 1664 v. 23.9.1920 über den Beschluß des StMinr. Die Eingabe wurde am 23.9.1920 in der LV verlesen, vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, 157. Sitzung am 23.9.1920, Sp. 12395 ff.

Landesversammlung [...] noch Wert *gelegt wird*.³ [B] — 3. Antrag *an die Reichsregierung, die Verordnungen*⁴ [...] über die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Aktiengesellschaften usw. *aufzuheben*. [B] — 4. Beamtenbesoldung. *Bericht des Finanzministers* über seine Verhandlungen mit dem [...] Reichsfinanzminister. *Sein Standpunkt wird gebilligt*, daß Preußen keinen Anlaß hat, sich gegen ein Reichsgesetz zu wenden, das die Länder und Gemeinden hindert, die *Besoldungen* über die [...] festgesetzte Grenze hinaus zu erhöhen. [B] — 5. *Verordnungsentwurf*⁵ über Zucker und Melasse. Im Reichsrat *sind* Bedenken zu erheben, *da nach dem Entwurf* die Möglichkeit besteht, daß Zuckerrüben in großem Umfange verfüttert und zum Brennen verwendet werden.⁶ [B] — 6. *Zustimmung zum Verordnungsentwurf*⁷ zur Ergänzung der Verordnung über Familiengüter vom 10. März 1919. [B] — 7. *Gesetzentwurf*⁸ betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen. *Zustimmung* mit der Maßgabe, daß *Änderungen im Hinblick auf das Einspruchsrecht und passive Wahlrecht erfolgen*. [B] — 8. Schaffung einer Propagandaorganisation für den besetzten preußischen Teil der Rheinlande. [B] — 9. *Abgabe des Geländes des Spielplatz-Verbandes* Groß-Berlin am Bahnhof Eichkamp für Kleinsiedlungen. [B] — 10. *Zehn Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, besonders wegen der Haltung im Kapp-Putsch*⁹, *und acht Ernennungen*. [B] — 11. Instruierung der Bevollmächtigten zum Reichsrat für die bevorstehende Beratung des Reichshaushalts. *Antrag auf Streichung aller Ausgaben für militärische Abwickelungsstellen*. Im übrigen *ist* auf größte Sparsamkeit zu dringen.¹⁰ [B] — 12. Gewährung von Ministerialzulagen *an alle* den Ministerien gleichzuachtenden Behörden.¹¹ [B] — 13. Aufhebung der Beschlüsse [...] über Einsichtnahme in die Personalakten.¹² *Alle Personalakten sind* den Beamten auf Verlangen [...] vorzulegen [B]. — 14. *Dienstliche Versetzung von Landräten*. *Ist durch den Minister des Innern zu verfügen und bedarf nicht* der Genehmigung des Staatsministeriums. [B] — 15. Die Weiterverleihung von Auszeichnungen; *verstößt* im Grunde gegen die Reichsverfassung, *für* Änderung des Art. 109. [B] — 16. *Zustimmung zum Gesetzentwurf*¹³ zur Ergänzung der Vorschriften über die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber. [B] — 17. *Zustimmung zum Gesetzentwurf*¹⁴ betr. das Hebammenwesen. [B] — 18. *Vorentwurf des Reichsfinanzministers* von Bestimmungen über die Vergnügungssteuer; *vertagt*.

³ *Das Verzeichnis der Regierungsvorlagen, der LV übersandt am 25.9.1920, in: Rep. 90, Nr. 21, Bl. 220–222, die Vorlagen der einzelnen Minn., Bl. 211–219v. Das Verzeichnis auch in: Rep. 77, Tit. 87 Nr. 63 Bd. 3, Bl. 2–6.*

⁴ *Vgl. die Verordnungen v. 2.11.1917, RGBl., S. 987 u. v. 12.2.1920, RGBl. I, S. 229.*

⁵ *Die Vorlage des StKom. für Volksernährung (i. A. Röiger) v. 18.9.1920, das Rundschreiben des REMinr. Hermes v. 14.9.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 3 Bd. 2, n.f.; vom REMinr. dem ReichsR übersandt am 24.9.1920, Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 267, S. 1–8. Vgl. VO v. 30.9.1920, RGBl. II, S. 1694.*

⁶ *Kein Bezug auf die Bedenken in den Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 75. Sitzung am 30.9.1920, S. 1037.*

⁷ *Die Vorlage des JMinr. v. 16.9.1920 in: Rep. 90, Nr. 1595, n.f., hier nur die Begründung des Entwurfs. Vgl. VO v. 22.9.1920, GS, S. 431.*

⁸ *Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 29.8.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 4681, Bl. 122 bis 129; Bl. 130 eine Änderung v. 21.9.1920; der LV übersandt am 27.9.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 9, Nr. 3001, S. 4962–4967. Vgl. das Gesetz v. 3.12.1920, GS 1921, S. 1.*

⁹ *Vgl. den Antrag des Minr.dI v. 24.8.1920 in: Rep. 90, Nr. 1033, Bl. 133; vgl. auch Nr. 1032, Bl. 33–36.*

¹⁰ *Vgl. den Bericht des preuß. MinDir. Sachs als Berichterstatter des Ausschusses für Haushalt u. Rechnungswesen am 7.10.1920 im ReichsR, in: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 83, S. 212–218.*

¹¹ *Die Vorlage des FinMinr. (i. V. Weber) v. 7.9.1920 mit dem Entwurf der neuen Grundsätze für die Bewilligung und Zahlung von Ministerialzulagen in: Rep. 90, Nr. 726, n.f.; ein Entwurf v. 20.7.1920, ebd.*

¹² *Vgl. die Aufzeichnung für den MinPräs. zur Sitzung zu den bisherigen Staatsministerial-Beschlüssen über die Einsichtnahme in die Personalakten u. die Voten der Minr. in: Rep. 90, Nr. 2319, Bl. 20 ff.; vgl. auch Nr. 2320, Bl. 17 ff.*

¹³ *Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 11, Nr. 3455, S. 6186–6188; der LV übersandt am 30.11.1920. Vgl. das Gesetz v. 16.12.1920, GS 1921, S. 131.*

¹⁴ *Die Vorlage des WohlMinr. v. 23.8.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 10995, Bl. 245–264v. Der Entwurf entsprach dem Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, der von der LV am 19.9.1919 angenommen worden war; vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 3, Nr. 417, S. 587 u. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 4, 51. Sitzung am 19.9.1919, Sp. 4058–4060. – Der Entwurf wurde der LV übersandt am 22.9.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 9, Nr. 2983, S. 4939–4949.*

Nr. 148 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 30. September 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 147–149; MF 1022. Hs. Urschrift von Valentiner, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 4, n.f. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex S Nr. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [i. V. am Zehnhoffs], W. Busch, Hirsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, v. Bornstedt [RK], Goslar; als Kommissare Weismann [zu 10], Bachmann [zu 3], Kalle [zu 5], W. Richter [zu 8], Trendelenburg [zu 9].

(1. Einladung des Staatsministeriums durch das Reichskabinett zu einer gemeinsamen Sitzung am 8. Oktober 1920. Vorschlag, lediglich die so dringliche Frage der Belebung unseres Wirtschaftslebens im Hinblick auf die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit zu erörtern.¹ [B]) — 2. Zustimmung zum Gesetzentwurf² über die Wahlen zum Preußischen Landtag [...] mit einer Maßgabe. Infolge notwendiger baldiger Vorlage des Gesetzentwurfs an die Landesversammlung mußte von einer vorgängigen Erörterung des Entwurfs mit der Reichsregierung Abstand genommen werden, sie soll [...] während der Kommissionsberatungen Gelegenheit zu Änderungswünschen erhalten. Veröffentlichung der leitenden Grundsätze des Gesetzentwurfs, um irreführenden Pressenachrichten entgegenzutreten. [B] — 3. Zustimmung und Ergänzung zum Entwurf³ eines Staatshaushalts-Ergänzungs-Gesetzes für 1920. Etat der Ministerialabteilung für polizeiliche Angelegenheiten. [B] — 4. Bewilligung der Besatzungsbeihilfe für Beamte in Oberschlesien, Ablehnung für die Rheinprovinz und Schleswig. [B] — 5. Zustimmung zur Übertragung des Gnadenrechts in Militärstrafsachen auf den Reichspräsidenten unter Wahrung des preußischen Rechtsstandpunktes. [B] — 6. Elf Ernennungen, darunter von F. Tiedemann in Erfurt zum Regierungspräsidenten. [B] — 7. Zustimmung zum Verordnungsentwurf⁴ über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Schiedsgerichts für die Auseinandersetzung der neuen Stadtgemeinde Berlin mit den Nachbar-Kommunal-Verbänden. [B] — 8. Verleihung des Promotionsrechts⁵ an die Bergakademie in Clausthal. [B] — 9. Zusätzliche finanzielle Staatsbeihilfe für die Theater.⁶ [B] — 10. Maßnahmen zur Abwehr der Zuwanderung fremdstämmiger Ausländer; vertagt. — (11. Der Beschluß des Reichsrats wird gebilligt, die Stellung des Reichsfinanzministers im Reichskabinett durch eine in der Vollsitzung

¹ Vgl. das Schreiben des RArbMinr. in: Rep. 90, Nr. 1149, Bl. 136–136v.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 24.9.1920 mit dem Entwurf nebst Wahlkreiseinteilung in: Rep. 90, Nr. 118, Bl. 7–18v (Druck); Bl. 21 u. 23–34 die Aufzeichnung von Bürodirektor Riedel v. 1.10.1920 zur Sitzung u. der abgeänderte Entwurf mit Anlage u. Begründung. Der LV übersandt am 2.10.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 10, Nr. 3051, S. 5135 bis 5154 (mit Anlagen). Vgl. das Gesetz (Landeswahlgesetz) v. 3.12.1920, GS, S. 559.

³ Der Gesetzentwurf mit Begründung von Minr.dI u. FinMinr. v. 17.9.1920 in: Spezialakten, Bd. 16, Bl. 73–74 u. Rep. 84a, Nr. 3731, Bl. 259–260; der LV übersandt am 30.9.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 10, Nr. 3084, S. 5175. Vgl. das Gesetz v. 16.12.1920, GS 1921, S. 132.

⁴ Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 6.9.1920 mit dem VO-Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 9291, Bl. 3a–3b. Vgl. VO v. 30.9.1920, GS, S. 438.

⁵ Die Vorlage des HandMinr. v. 17.9.1920 mit der Denkschrift in: Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 82–85. Vgl. die Bekanntmachung des HandMinr. v. 2.10.1920, GS, S. 434.

⁶ Die Vorlage des WissMinr. v. 16.7.1920 in: Rep. 84a, Nr. 5258, Bl. 396–397v; die Voten von Minr.dI u. FinMinr., Bl. 401–404.

des Reichsrats abzugebende Resolution nach Möglichkeit zu stärken.⁷ [B] — **12. Zahlung der Zinsen des sogenannten Welfenfonds.** Der Finanzminister wird ermächtigt, in Zukunft die Zinsen ohne Mitwirkung des Staatsministeriums [...] anzuweisen. [B]

⁷ Eine Resolution ist in den gedruckten Materialien des ReichsR nicht enthalten. In der Sitzung am 21.10.1920 nahm der ReichsR von dem Beschluß des RKab. v. 9.10.1920 Kenntnis, zur Gesundung der Reichsfinanzen auch die Stellung des RFinMinr. in formeller Hinsicht zu stärken; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 79. Sitzung, S. 1103 der von RFinMinr. Wirth am 13.10.1920 übermittelte Beschluß des RKab. in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 234, S. 1–4. Vgl. auch Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 85, S. 222–224 u. 226–229, Anlage.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 8. Oktober 1920, 10 Uhr.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 84, S. 219–222.

Anwesend: für Preußen Braun, Fischbeck, Stegerwald, Lüdemann, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Braun verweist auf die dringende Notwendigkeit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit neue Arbeitsgelegenheiten, so auf dem Gebiet der Meliorationen zu schaffen, wobei allerdings der springende Punkt die Finanzierung ist. — **2.** Fortsetzung der Tätigkeit der Vermittlungsstelle.

Nr. 149 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 8. Oktober 1920, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 150–151v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: Valentiner [U].

Weitere Teilnehmer: Wildermann, Freymuth, Brecht [RK], Mügel, Göhre, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare C.H. Becker [zu 2, 4–5], Wendschuch, Staehler, Schmidt, Sobernheim [alle AA], Hering, Ruppert, Rathenau, W. Richter, Berkefeld, Weismann, v. Kameke [alle zu 2], v.d. Bussche [zu 4].

(1. Bericht des Handelsministers über gewisse Vorgänge im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, die auf die Vorbereitung wirtschaftlicher Sonderorganisationen, Wirtschaftsprovinzen, hinauslaufen und mit Aufmerksamkeit zu verfolgen sind. [B]) — **2.** Erneute Behandlung von Maßnahmen zur Abwehr der Zuwanderung fremdstämmiger Ausländer. Beendigung jeder Ausnahmebehandlung der Ostjuden gegenüber andern Ausländern.¹ Fortsetzung der Tätigkeit der jüdischen Fürsorgeorganisationen. Bereitstellung von Sammellagern. Einschränkung der Aufenthaltsbewilligung. [B] — **3.** Antrag Preußens zum Entwurf² eines Rayonsteuergesetzes. Die Ver-

¹ Vgl. dazu den Bericht vom Okt. 1920: Der augenblickliche Stand der Ostjudenfrage, in: Rep. 77, Tit. 4036 Nr. 8, Bl. 15–24.

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 227, S. 1–12; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 26.7.1920. Der Beschluß des ReichsR, dem Entwurf mit Maßgaben zuzustimmen, in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 83. Sitzung am 4.11.1920, S. 1135 f.

handlungen *sind* im Reichsrat *dazu* zu benutzen, um beim Reich die Anerkennung seiner Verpflichtung, auch für die mittelbaren Kriegsschäden aufzukommen, durchzusetzen. [B] — 4. Die Kleine Anfrage³ zur Verweisung des Majors a.D. von Hertzberg von der Forstakademie Hannover-Münden. Dem Entwurf einer Antwort wird zugestimmt. [B] — 5. Vier Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und 13 Ernennungen. [B] — 6. Zwei Disziplinarverfahren; vertagt. — 7. Beamtenkrankenversicherung. Finanzminister Lüdemann wird ermächtigt, gegenüber der Reichsregierung namens der Preußischen Staatsregierung den Standpunkt zu vertreten, daß im Hinblick auf die Lage der Staatsfinanzen der Frage der Einrichtung von Beamtenkrankenkassen jetzt nicht näher getreten werden kann. [B]

³ Der Abg. Matschkewitz, Kloß u. a. vom 24.6.1920 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 8, Nr. 2566, S. 4237.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 16. Oktober 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 88, S. 230.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP I Fischbeck, Lüdemann.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Gesetzentwurf zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung.

¹ Vgl. die TO zur außerordentl. Sitzung des RMinm. gemeinsam mit den Mitgl. des preuß. StMinm., in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 138.

Nr. 150 Sitzung der Staatsregierung am 18. Oktober 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 152–153v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Hirsch, Wildermann, Freymuth, Albert, Brecht [beide RK], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fleischer, R. Krohne [beide zu 1], Hagedorn [zu 2], Weyhe, Mackensy, Metz [alle zu 3].

1. Die oberschlesische Frage. Bericht Göhres über die Chefbesprechung [...] der Reichsregierung über Oberschlesien.¹ Einmütiger Standpunkt des Staatsministeriums, daß irgendwelche Sonderbestimmungen über die staatsrechtliche Stellung Oberschlesiens und insbesondere [...] ein Reichsgesetz [...] unzweckmäßig sind, denn durch die in der Preußischen Verfassung vorgesehenen Bestimmungen über die Rechte der Provinzen und durch das vorbereitete Gesetz über die Provinzialautonomie werden die Rechte Oberschlesiens auf Autonomie [...] genügend gewährleistet. Eine

¹ Vgl. die Notiz des Referenten des MinPräs. für die oberschles. Frage, F. Cohn, über die Chefbesprechung am 12.10.1920 im Reichskanzlerhaus, in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 150–155 u. eine Niederschr. Cohns v. 11.10.1920: Vermerk über die oberschlesische Frage, Bl. 143–147v. Beide lagen zur Sitzung vor. Das Material auch in: Rep. 76, I Sekt. 28 B Nr. 46, Bl. 85–101; hier mit dem Vermerk zum Schreiben des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 13.10.1920: Unter Verschuß zu nehmen, Bl. 84.

neue gemeinsame Sitzung mit dem Reichskabinetts ist zu beantragen.² – Der Staatskommissar für die Verwaltungsreform *W. Drews* soll künftig zu den Sitzungen des Staatsministeriums hinzugezogen werden. [B] — **2.** Zustimmung zum Verordnungsentwurf³ betr. Erteilung der Erlaubnis zum Verkauf von Kartoffeln. [B] — **3.** Nachtragsetat und Deckungsfrage. Zustimmung zu den Gesetzentwürfen⁴ hinsichtlich der Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1920 und Ergänzung des Gesetzes betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920. Vorlage des Plans eines vorläufigen Grundbesitzsteuergesetzes.⁵ [B] — **4.** Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und acht Ernennungen, darunter von *G. Noske*⁶ zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover. [B] — **5.** Verschiedenes: Gesetzentwurf über Kahlschläge in Privatwaldungen; Reichsgesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung; je eine Disziplinar- und Pensionssache; Amtsbezeichnung der beamteten Frauen; Entwurf einer Städteordnung; alle Punkte vertagt. – (Ostpreußische Wünsche, besonders wirtschaftliche, an die Reichsregierung.)

² Vgl. das Prot. der Ministerratssitzung mit Mitgl. der Preuß. StReg. v. 22.10.1920; auch die vom RegAss. im StMinm. Delbrück angefertigten Niederschriften über die im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Gegenwart von Vertretern der Preuß. StReg. u. Mitgl. der Preuß. LV abgehaltenen Besprechungen in der Frage der ober Schles. Autonomie am 21. u. 23.10.1920, in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 168–170 u. 173–174v.

³ Vgl. VO des StKom. für Volksernährung v. 19.10.1920 in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 242 v. 25.10.1920.

⁴ Die Entwürfe, vom FinMinr. dem StMinm. übersandt am 16.10.1919, in: Rep. 90, Nr. 1389, n.f. Vgl. auch Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 10, Nr. 3184, S. 5542–5554, der LV übersandt am 18.10.1920. Vgl. das Gesetz v. 14.12.1920, GS, S. 533.

⁵ Vgl. dazu das Schreiben des FinMinr. v. 16.10.1920 an den Präs. des StMinm. u. die Minnr. in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 3, n.f.

⁶ Der Antrag des Minr.dI v. 8.10.1920 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 101.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister am 19. Oktober 1920.

Druck: Das Kabinetts Fehrenbach, Nr. 89, S. 233–236.

Anwesend: für Preußen Lüdemann.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Verordnungsentwurf über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mieträumen. — **2.** Verordnungsentwurf über die privatrechtlichen Verhältnisse von Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung. — **3.** Entwurf des Haushalts des Reichspostministeriums. — **4.** Gesetzentwurf betr. die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1920. — **5.** Mandatsverlängerung und -erweiterung für den Wirtschaftlichen Ausschuß des Kabinetts. — **6.** Übernahme der Abteilung V des Reichswirtschaftsministeriums. — **7.** Stellung der Reichsregierung zum Reichswirtschaftsrat. — **8.** Recht des Reichswirtschaftsrats auf Zuziehung von Beamten. — **9.** Gesetzentwurf zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung. — **10.** Verordnungsentwurf des Reichspräsidenten über die deutschen Flaggen. — **11.** Ministerpensionsgesetz.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 20. Oktober 1920.

Druck: Das Kabinetts Fehrenbach, Nr. 90, S. 236 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Weismann.

1. Beantwortung der Interpellation über die Ausweisung der russischen Sowjetvertreter Sinowjew und Losowski. — **2.** Aussprache über die Bekämpfung der kommunistischen Strömung. Eine Art „Neuer Kurs“ in der Bekämpfung des Kommunismus ist nicht anzukündigen. Ein Bericht Severings an den Reichskanzler über seine Wünsche und Beschwerden wegen der Stärkung der Polizei wird gewünscht.

Ministerratssitzung mit Mitgliedern der Preußischen Staatsregierung am 22. Oktober 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 92, S. 240 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Lüdemann, Fischbeck, Haenisch, Stegerwald, am Zehnhoff.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Reichsgesetzentwurf betr. Oberschlesien. Braun erklärt, daß die Preußische Regierung im Reichsrat keinen Einspruch gegen das Gesetz erheben wird, jedoch Verwahrung gegen das Vorgehen der Reichsregierung einlegen und jede Verantwortung für die Folgen ablehnen wird.² — **2.** Neuwahlen in Preußen. — **3.** Ernennung des Generals von Feldmann zum Staatssekretär im Reichswehrministerium. — **4.** Die Vorlage des Gesetzentwurfs über Beamtenvertretung wird infolge Verhandlungen zwischen der Preußischen Regierung und den süddeutschen Regierungen über Beamtenausschüsse und Beamtenräte angehalten.

¹ Vgl. die TO für die ordentl. Sitzung des RMinm. mit den Mitgl. des preuß. StMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 141.

² Vgl. den Wortlaut der Erklärung Brauns in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 171–172.

Nr. 151 Sitzung der Staatsregierung am 23. Oktober 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 154–156; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Hirsch, Freymuth, Brecht [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare C. Busch [zu 1 und 3], Haack [zu 1], Backhaus, Römhild, Flemming, Kaestner, Nentwig, Menzel, Werner, O. Lehmann, Hinsch, Mooshake, Bachmann, Schultz, Erythropel [alle zu 1], Weyhe [zu 3], v. d. Bussche, Krenzlin [beide zu 2], Leisterer, Borggreve, Berndt, Varrentrapp, Thelemann [alle zu 3].

1. Zustimmung zum Entwurf¹ einer Neufassung der Besoldungsordnung mit einer Reihe von Maßgaben. [B] — **2.** Erneute Stellungnahme zum Gesetzentwurf betr. Errichtung eines Reichskrimi-

¹ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 10, Nr. 3176, S. 5496–5529, mit 2 Anlagen; der LV übersandt am 26.10.1920.

nalpolizeiamts und von Landeskriminalpolizeiämtern.² Grundsätzliche Zustimmung zum Gesetzentwurf, doch Antrag³ im Reichsrat, daß die Einrichtung von Landeskriminalpolizeibehörden [...] dem Ermessen der Länder überlassen sein und [...] die Zuständigkeit des Reichskriminalpolizeiamts sich nicht auf die politische Polizei erstrecken soll. [B] — 3. Verschiedenes. Deckungsvorlage; Gesetzentwurf über Kahlschläge in Privatwaldungen; Reichsgesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung; Personalsachen; je eine Disziplinar- und Pensionssache; Amtsbezeichnung der beamteten Frauen; Entwurf einer Städteordnung; erneut alle Punkte abgesetzt.

² Vgl. Sitzung am 9.4.1920, TOP 12a.

³ Kein Bezug darauf in den gedruckten Materialien des ReichsR.

Nr. 152 Sitzung der Staatsregierung am 25. Oktober 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 157–158; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck [zu 1–2], Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Freymuth, Brecht [RK], Göhre, L. Weber, Nobis, Goslar; als Kommissare Weyhe, Suckow [beide zu 2], Kaestner [zu 1], v. Loebell.

(1. Reichsschulgesetzentwurf. Stellungnahme zum Gesetzentwurf¹ zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung betr. die Voraussetzungen für die Einrichtung von Bekenntnisschulen, der auf einer Sitzung des Reichschulausschusses beraten wird. Der unverbindliche Referentenentwurf, der politisch und finanziell so unübersehbare Folgen hat, läßt eine einheitliche grundsätzliche Stellungnahme des Staatsministeriums angezeigt erscheinen. Vor dem Reichschulausschuß ist eine Erklärung dahin abzugeben, daß Preußen bei der Unabsehbarkeit der politischen und finanziellen Tragweite des Entwurfs sich nicht endgültig binden kann und sich jede Möglichkeit für eine spätere Stellungnahme ausdrücklich vorbehält.² [B]) — 2. Deckungsvorlage.³ Einverständnis mit dem vorläufigen Entwurf für ein Grundsteuergesetz. Wird dem Grundgedanken des Entwurfs in nochmaligen Verhandlungen mit Vertretern aller Parteien der Landesversammlung nicht zugestimmt, soll er trotzdem eingebracht werden. [B] — (3. Reichskriminalpolizeiamt. Vertagung der Beratung des Gesetzentwurfs [...] auf Antrag Bayerns mit Rücksicht auf den preußischen Abänderungsantrag, fakultative Landeskriminalpolizeibehörden, [...] im Ausschuß des Reichsrats. Infolge finanzieller Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des Entwurfs mit den neuen Richt-

¹ Vgl. den mit Schreiben von RMinr.dI Koch v. 8.10.1920 übersandten Referentenentwurf in: Rep. 151, I C Nr. 7820, Bl. 15–21v; das Votum des FinMinr. v. 25.10.1920, Bl. 22–25. Vgl. auch u. Grünthal, Günther, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968, S. 114–119.

² Vgl. den Bericht über die 3. Tagung des Reichschulausschusses vom 27. bis 30. Oktober 1920 (Druck) in: Rep. 151, I C Nr. 7820, Bl. 105–158v; die von StS Göhre als Vertreter des StMinm. abgegebene Erklärung, Bl. 108–108v; vgl. dazu auch den hs. Vermerk von Referent v. Bahrfeldt v. 30.10.1920 über die Tagung, Bl. 32–32v; die Aufzeichnung über die Beratungen in Bamberg vom 13.11.1920 zur Fortsetzung der Besprechung des Reichschulausschusses über den Gesetzentwurf, Bl. 160–171 u. den Reisebericht von v. Bahrfeldt v. 15.11.1920 über Bamberg, Bl. 66v–67. Das Referat von RMinr.dI Koch über das Reichsschulgesetz auf der Tagung gedr. bei Führ, Christian, Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichschulausschuß (1919–1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924–1933), 2. Aufl., Weinheim 1972, S. 182–187; vgl. zur Problematik Anschütz, Gerhard, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar, 12. Aufl., Berlin 1930, S. 584 bis 589 (mit zeitgenössischer Literatur) u. Führ, Zur Schulpolitik, S. 40–54.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 24.10.1920 mit den hauptsächlichsten Grundlinien eines Grundsteuergesetzes, in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 3, n.f.; der vorgelegte vorläufige Entwurf nicht anbei.

linien des Reichskabinetts über die Finanzgebarung *ist es erwünscht*, daß das Reichskabinett sich nochmals mit dem Gesetzentwurf *befaßt*. — **4. Oberschlesien. Beteiligung Preußens an der Ausarbeitung des Gesetzes über die Autonomie durch** das Reichsministerium des Innern. *Dabei ist zu berücksichtigen, nicht die ganze jetzige Provinz Oberschlesien zur Abstimmung zuzulassen.* [B]

Nr. 153 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 29. Oktober 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 159–161; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Hirsch, Wildermann, Freymuth, Brecht [RK], Ramm, Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Bachmann [zu 1], Kaestner, Rathenau [beide zu 2], Berndt, C. Busch, Varrentrapp [alle zu 3], v. d. Bussche, Krenzlin, Leisterer, Borggreve [alle zu 5].

1. Polizei. Die Stärke der für Preußen notwendigen Polizei und die Kostenbeteiligung des Reichs. *Es sind 85 000 Mann uniformierte und bewaffnete Polizei mit Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten von Reich und Staat aufzustellen.* Grundlage für den Kostenbeitrag des Reiches für jeden [...] Polizeibeamten Preußens *ist 4/5* der Summe, die das Reich [...] für einen Reichswehrosoldaten benötigt. [B] — **2.** Verteilungsplan *des* 100-Millionen-Fonds für Schleswig-Holstein.¹ [B] — **3.** *Disziplinarsache.*² [B] — **4.** *Pensionssache; vertagt.* — **5.** *Gesetzentwurf* über Kahlschläge in Privatwäldungen; *wird bis auf weiteres angesichts von Bedenken über neue Belastungen für die Landwirtschaft zurückgestellt.* [B] — **6.** Rücktrittsfrist für die in den Reichsfinanzdienst übernommenen Landesbeamten. [B] — **7.** *Versetzung in den Ruhestand und elf Ernennungen, darunter von E. Bolck*³ [...] zum Regierungspräsidenten von Königsberg. [B] — **8.** Vorübergehende Neuregelung der Frage des Stellenranges der Beamten; die Entscheidung *wird vertagt.* — **9.** Entwurf⁴ eines Reichsgesetzes über Arbeitslosenversicherung. Als Träger *der Versicherung müssen nicht* [...] die Krankenkassen, sondern die Arbeitsnachweise eingesetzt werden. [B] — **(10.** Anträgen, den 9. November als Schulfreiertag zu begehen, *ist nicht zu entsprechen.*⁵ [B] — **11.** Amtsbezeichnung der beamteten Frauen *und Entwurf einer Städteordnung; vertagt.*)

¹ *Die Vorlage (Denkschrift) des Minr.dI v. 13.10.1920 in: Rep. 90, Nr. 1100, n.f. u. Rep. 77, Tit. 4036 Nr. 12, Bl. 18–28; der Antrag des WissMinr. v. 18.10.1920, Bl. 29–30v u. die Denkschrift des OPräs. Kürbis über Verwendung u. Verteilung der Mittel des Fonds, Bl. 1–13.*

² *Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 2965.*

³ *Der Antrag des Minr.dI v. 22.10.1920 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 103.*

⁴ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, zu Nr. 113, S. 1–37; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR vorgelegt am 16.4.1920. Zum Entwurf vgl. Lewek, Peter, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918–1927, Stuttgart 1992, S. 162–181, zu den Vorschlägen Preußens bes. S. 172.*

⁵ *Die Vorlage des WissMinr. v. 26.10.1920 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 3, n.f.*

Nr. 154 Sitzung der Staatsregierung am 1. November 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 162–162v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: Wildermann, v. Bornstedt [RK], Ramm, Nobis, Frick, Goslar; als Kommissare Fleischer, Loehrs, E. Delbrück, Huber, Volkmann, v. Halfern.

Gesetz¹ betr. das Land Oberschlesien. Die Stellungnahme im Reichsrat soll abhängig gemacht werden von der Klarstellung der Geltung des Gesetzes im Hinblick auf das Abstimmungsgebiet, der Forderung nach Durchführung eines vorherigen Volksbegehrens nach Artikel 18 der Reichsverfassung und einer Regelung der etwaigen späteren finanziellen Auseinandersetzung. Antrag auf Vertagung soll im Reichsrat gestellt werden. [B]

¹ Vgl. Drucks. Reichsr., Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 283, S. 1–4; von RMinr. dl Koch dem Reichsrat übersandt am 29.10.1920; die vom Reichsrat in 1. u. 2. Lesung beschlossene Fassung ohne Bezug auf eine preuß. Stellungnahme in: Verhandlungen Reichsr., Tagung 1920, 86. Sitzung am 16.11.1920, S. 1166 u. 1174, Anlage 4. Vgl. das Gesetz betr. Oberschlesien v. 27.11.1920, RGBl. II, S. 1987.

Nr. 155 Sitzung der Staatsregierung am 2. November 1920, 17 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 169, Bl. 163–164v; MF 1022. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 235, n. f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n. f.

Anwesend: Fischbeck [V], Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Hirsch, Freymuth, v. Bornstedt [RK], Ramm, Nobis, Loehrs, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare H. Bachem, Schultz, Zachariae, Hübner, Schönbeck, Trendelenburg [alle zu 1].

1. Erneut die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone.¹ Bei den Verhandlungen im Rechtsausschuß der Landesversammlung erfordern die Zweifel [...] innerhalb des Staatsministeriums über den Charakter der Kronrente² als privatrechtlicher Anspruch [...] des Königshauses notwendige Beachtung. [B] — (2. Oberschlesien. Verzicht auf die Forderung eines der Abstimmung über die Autonomie Oberschlesiens vorausgehenden Volksbegehrens, nachdem der Reichsinnenminister im Ausschuß des Reichsrats erklärt hat, daß das Autonomie-Gesetz [...] nur dann wirksam wird, wenn die ganze Provinz [...] bei Deutschland verbleibt.³ [B])

¹ Vgl. dazu das Schreiben des FinMinr. v. 1.11.1920 an den Präs. des StMinr. in: Rep. 90, Nr. 235, n. f.; hier auch Voten des JMinr. Vgl. auch die Abschr. eines streng vertraul. Schreibens v. 2.11.1920 an den FinMinr. in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 194–194v.

² Zum Kernproblem der Kronrente bei der Abfindung vgl. Heinig, Hohenzollern, S. 179.

³ Vgl. den Bericht über den KabBeschluß in: Berliner Tageblatt Nr. 504 v. 3.11.1920 (M).

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 2. November 1920, 17 Uhr.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 102, S. 262–265.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. Die Frage der Aufhebung der Papierbewirtschaftung und der Neubewilligungen von Zeitungen, für die keine Mittel aus dem Reichszuschuß gezahlt werden können. — **2.** Bestimmungen über die Verleihung des Verwundetenabzeichens. — **3.** Entwurf einer Bekanntmachung betr. die Bestimmung des Endtermins für die Besetzung deutschen Reichsgebiets. — **4.** Verordnungsentwurf über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung. — **5.** Genehmigung für Beamte, vor der Kommission zur Aufklärung der Angelegenheit Stahlwerk Becker AG, Zeche „Vereinigte Präsident“ Auskunft zu geben. — **6.** Beratung des Entwurfs eines Reichswehrgesetzes.

Nr. 156 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 8. November 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 166–167v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Wildermann, Linz, Freymuth, Ramm [für LandMinr. Braun], Brecht, v. Bornstedt [beide RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, v. Kameke [zu 5–7, 10], Heuser [zu 4], Goslar, H. Schellen [zu 4], Henatsch, L. Weber, Suckow, Dziegalowski, Weyhe, Habbena, Schuster, v. Baerensprung [alle zu 5], Abegg [zu 7].

(1. Durchführung des Wochentagsdienstes am 9. November diesen Jahres in den Staatsbetrieben und -behörden. Disziplinarisches Einschreiten gegen Beamte und Lohnentzug für Arbeiter und Angestellte, wenn diese nicht zum Dienst bzw. zur Arbeit erscheinen. Mit der Reichsregierung ist eine möglichst baldige Regelung der Frage des Nationalfeiertags zu erreichen. [B] — **2.** Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin.¹ *Energisches Vorgehen, wenn der Streik am 9. November nicht abgebrochen ist.* [B]) — **3.** *Verordnungsentwurf* über die Zwangsauflösung der Familiengüter und Hausvermögen; *vertagt.* — **4.** Erweiterung des parlamentarischen Beirats beim Reichs- und Staatskommissar in Koblenz. [B] — **5.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*² zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. *Antrag auf Festsetzung des zu entrichtenden Betrags* bei abgabepflichtigen Vermögen. [B] — **6.** *Zustimmung zum Entwurf eines vorläufigen Grundsteuergesetzes*³ mit Maßgaben. Das Gesetz mit Rücksicht auf die Abstimmung in Oberschlesien zurückzustellen, *wird abgelehnt.*⁴ [B] — **7.** *Erneut der Gesetzentwurf* über die Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamts und von Landeskriminalpolizeibehörden. *Die Beschlüsse der Staatsregierung und die Anträge Preußens im Reichsrat werden beibehalten.* [B] — **8.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁵ über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Über-

¹ Vgl. Schultheß' *Europäischer Geschichtskalender*, 1920/I, S. 291 f.

² Vgl. *Drucks. Reichsr., Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 289, S. 3–6; von RFinMinr. Wirth dem Reichsr. vorgelegt am 3.11.1920; die vom Reichsr. beschlossene Fassung, Verhandlungen Reichsr., Tagung 1920, 85. Sitzung am 13.11.1920, S. 1155–1159, Anlage 2. (Kein Bezug auf den preuß. Antrag.) Vgl. dazu das Rundschreiben des MinPräs. (i. A. Nobis) v. 31.10.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 16 Bd. 1, n.f.*

³ *Die Vorlage des FinMinr. v. 5.11.1920 mit dem Entwurf u. Begründung (Druck) in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 3, n.f. Der Entwurf wurde der LV übersandt am 16.11.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 11, Nr. 3310, S. 5784–5790.*

⁴ Vgl. zur Haltung des RKab. die Sitzung am 20.11.1920 in: *Das Kabinett Fehrenbach*, Nr. 116, S. 293. Vgl. weiter Sitzung am 3.1.1921, TOP 2.

⁵ Vgl. *Drucks. Reichsr., Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 284, S. 2–4; von RMinr. dl Koch dem Reichsr. übersandt am 30.10.1920. Vgl. das Gesetz v. 6.2.1921, RGBl. I, S. 139.*

gangswirtschaft. [B] — **9.** *Forderung der Entente nach weiterer Ablieferung von Milchkühen. Zustimmung zur Denkschrift⁶ des Ministers für Volkswohlfahrt. Sie wird namens der Staatsregierung der Reichsregierung übermittelt.* [B] — **(10.** *Beantwortung der Kleinen Anfrage⁷ [...] der Abgeordneten Wittmaack und Gen. betr. Groß-Thüringen. Dem Entwurf des Ministerpräsidenten wird mit zwei Maßgaben zugestimmt.*⁸ [B]) — **11.** *Verschiedenes. Drei Pensionssachen; Personalsachen; Bericht über die Sitzung der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs; Grundsätze für eine sparsame Finanzwirtschaft in Preußen; Amtsbezeichnung der beamteten Frauen; Entwurf einer Städteordnung; Prüfungserleichterungen im Bürodienst für die Kriegsteilnehmer; alle Punkte vertagt.*

⁶ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁷ Vom 30.10.1920 in: Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 10, Nr. 3170, S. 5493.

⁸ Vgl. die Fassung, den Minr. übersandt am 5.11.1920, in: Rep. 90, Nr. 296, n.f.; hier auch die endgültige Fassung, von Göhre in der LV vorgetragen am 16.11.1920, Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 11, 176. Sitzung am 16.11.1920, Sp. 13694; vgl. auch Rep. 151, HB Nr. 578, n.f.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 9. November 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 105, S. 268.

Anwesend: für Preußen Severing.¹

Bericht Severings über den Stand des Streiks der Berliner Elektrizitätsarbeiter, Straßenbahner und Gemeindearbeiter.

¹ Vgl. die Einladung der RK v. 8.11.1920 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 152.

Nr. 157 Sitzung der Staatsregierung am 12. November 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 168–171v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot. [U]: C. Busch [zu 1–5], Cohn [zu 6–9].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Wildermann, Freymuth, Brecht [RK], Nentwig [für Haenisch], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare L. Weber, Weyhe, Mackensy [beide zu 1], Suckow, Habbena, Schuster [alle zu 3], Dunkelbeck, Crusen, Hübner [alle zu 4], Abegg, Bart, Weismann, v. Kameke [alle zu 6], Sand, M. Peters.

1. Grundsätze für eine sparsame Finanzwirtschaft in Preußen.¹ — I. Allgemeine Gesichtspunkte, darunter v. a. die besonderen Rechte des Finanzministers. Entscheidungen des Staatsmi-

¹ Die Vorlagen des FinMinr. mit den Grundsätzen v. 25.10.1920 in: Rep. 77, Nr. 3817, Bl. 1–2v; v. 1.11.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 22 Bd. 3, n.f.; die Voten von JMinr. u. LandMinr. in: Rep. 77, Nr. 3817, Bl. 4–5v; die Grundsätze v. 16.11.1920 in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 127–131v, gedr. in: Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen, S. 107–109. Der Referentenentwurf: Vorschläge über die Rückkehr zur altpreußischen Sparsamkeit in der Verwaltung von Staat und Gemeinde, vom FinMinr. am 24.9.1920 dem Präs. des StMinr. übersandt, in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 22 Bd. 3, n.f. – Die Leitsätze zum Zwecke der Gesundung der Reichsfinanzen, vom RKab. am 9.10.1920

nisteriums sind von sämtlichen Ministerien und nachgeordneten Stellen einheitlich und geschlossen als Wille der Staatsregierung zu vertreten. — II. Einzelheiten, u. a. scharfe Abgrenzung der Zuständigkeiten des Reichs, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und sonstigen öffentlichen oder privaten Körperschaften, um eine Übernahme der Kosten anderer auszuschließen; keine Schaffung neuer Verwaltungseinrichtungen ohne Ersparnisse; Einschränkung und Abbau der bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen; Einschränkung in den Ausgaben und weitgehende Hebung der Staatseinnahmen. Eine Prüfung der jetzigen Finanzwirtschaft und Geschäftsführung ist gemäß den neuen Grundsätzen durch sämtliche Ministerien durchzuführen.² [B] — (2. Oberschlesien. Die Erklärung³ [...] der Reichsregierung [...] über die finanzielle Auseinandersetzung bei Bildung eines Landes Oberschlesien wird als ausreichend angesehen. Im Reichsrat ist am Standpunkt festzuhalten, wonach im Falle der Abstimmung auch die im Abstimmungsgebiet Geborenen stimmberechtigt sein müssen. [B]) — 3. Erneut zum Grundsteuergesetzentwurf. Zustimmung zur neuen Fassung des § 3.⁴ [B] — 4. Entwürfe⁵ zum Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandsschädengesetz. Zustimmung zu den Bemerkungen und Anträgen Preußens für die Beratung im Reichsrat.⁶ Weitere Anträge zum § 17 des Verdrängungsgesetzes und zu § 19 aller drei Gesetze. [B] — (5. Verständigung mit Sachsen und Thüringen über die Führung des Mittel-landkanals.⁷ [B]) — 6. Verbot der Organisation Escherich. Gemeinsame Ausarbeitung einer rechtlich tragbaren Fassung des Erlasses⁸ vom 15. August 1920 durch den Justizminister und Minister des Innern, die auch vom Staatsministerium vertreten werden kann. Verständigung mit der Reichsregierung vor der Beantwortung der Großen Anfrage⁹ betr. Verbot der Orgesch in der Landesversammlung. [B] — (7. Not der Beamenschaft. Ablehnung der Anträge des Justizministers auf Erhöhung des Teuerungszuschlages für Beamte und Ausdehnung der Befugnis zur Gewährung von Vorschüssen an ganze Beamtengruppen, und zwar mit Rücksicht auf die finanzielle Unmöglichkeit. Aber Einverständnis mit einer beschleunigten Verabschiedung der Besoldungsvorlagen. [B]) — 8. Oberschlesien. Weitere Verhandlungen mit dem Reich über die finanzielle Auseinandersetzung mit einem etwaigen Lande Oberschlesien.¹⁰ Preußen muß auf der Klärung der Übernahme der Propagandakosten auf das Reich [...] bestehen, bevor es der

beschlossen, in: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 85, S. 226–229; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR zur Kenntnis gegeben am 13.10.1920, Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 278.

² Die entsprechenden Materialien: Zusammenstellung über die Zuständigkeit, Plan über den Geschäftsbereich u. Organisationsplan, von den Minn. dem Präs. des StMinn. übersandt, in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 132 ff. Vgl. auch das Material zur Durchführung der Grundsätze u. zu Sparsamkeitsmaßnahmen in: Rep. 77, Nr. 3817, Bl. 81 ff.

³ Vgl. dazu Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 121, S. 309 f. u. Anm. 5–6.

⁴ Der überarbeitete Entwurf des FinMinr., dem Präs. des StMinn. am 15.11.1920 zur Vorlage an die LV übersandt (Druck), in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 24, n. f. Vgl. auch Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 11, Nr. 3310, S. 5784–5790. Vgl. das Gesetz v. 14.2.1923, GS, S. 29.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 277; vom RMinr. Wiederaufbau dem ReichsR übersandt am 16.10.1920. Vgl. das Gesetz über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden (Verdrängungsschädengesetz) v. 28.7.1921, RGBl. II, S. 1021.

⁶ Die Vorlage des JMinr. v. 10.11.1920 mit Bemerkungen u. Anträgen in der Anlage in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 24, n. f.

⁷ Die Vorlage des MöA v. 11.11.1920 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 8, n. f.; ebd. die Niederschr. über Besprechungen mit Vertr. Thüringens im Minn.öA v. 1.–3.11.1920, eine Erklärung der Länder v. 16.11.1920 u. die Voten der Minr.; vgl. weiterhin die Vereinbarung zwischen dem Reich sowie den Ländern Preußen, Sachsen, Thüringen, Braunschweig u. Anhalt wegen Vollendung des Mittel-landkanals v. 5.3.1921 in: Rep. 120, C XVII I Nr. 75 Bd. 1, n. f.

⁸ Vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 6, Bl. 148. Vgl. zum Verbot der Orgesch Severings Ausführungen in der Sitzung des RKab. am 16.8.1920 in: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 50, S. 117. Zum Gutachten des JMinr. v. 11.10.1920 über die rechtliche Zulassung des Verbots vgl. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 295; der Runderlaß des Minr. v. 1.11.1920 in: Rep. 77, Nr. 7440, n. f., veröffentl. in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 249 v. 2.11.1920.

⁹ Die Vorlage des MinPräs. v. 9.11.1920 in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 24, n. f.; vgl. auch Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 10, Nr. 3258, S. 5706: Große Anfrage 170 der Abg. v. Richter u. Gen. v. 4.11.1920. Vgl. Axhausen, Günther, Organisation Escherich. Die Bewegung der Nationalen Einheitsfront, Leipzig, Berlin 1921 u. Nußer, Horst G. W., Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933 mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870–1941, Bd. 1, München 1973, S. 187–192.

¹⁰ Vgl. Sitzung des RKab. am 25.11.1920 in: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 121, S. 309 f.

Vorlage betr. Oberschlesien im Reichsrat *zustimmt*. [B] — 9. Die Auszahlung der Besatzungsbefehlshilfe für Oberschlesien für einige Wochen *ausgesetzt*, um die Beschlußfassung des Reichstags abzuwarten. [B]) — Punkte 3–6: *Personalsachen; Bericht über die Sitzung der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs; Amtsbezeichnung der beamteten Frauen; Prüfungserleichterungen im Bürodienst für die Kriegsteilnehmer*¹¹; *vertagt*.

¹¹ Die Punkte rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 17, Bl. 114v–115.

Nr. 158 Sitzung der Staatsregierung in der Wohnung des Ministerpräsidenten (Leipziger Platz 10¹) am 19. November 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 172–173v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Freymuth, Brecht, v. Bornstedt [beide RK], Scheidt [für Stegerwald], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Articus, v. Both, Trendelenburg, Schwister [alle zu 2], Warmbold, Rastel [beide zu 3].

(1. *Gnadensache*. [B]) — 2. *Zustimmung zum Entwurf*² einer Verordnung über die Zwangsauflösung der Familiengüter und Hausvermögen. [B] — 3. Entwurf³ eines Gesetzes betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen; *Zustimmung. Aber nochmalige Durcharbeitung des Entwurfs*⁴ des Gesellschaftsvertrages der Domänentreuhandgesellschaft wegen gewisser Unklarheiten. [B] — 4. *Bericht über die Verhandlungen im Reichsratsausschuß über den Gesetzentwurf*⁵ betr. den Volksentscheid. *Antrag auf eine Chefbesprechung mit dem Reich, um die einstweilige Zurückstellung des Gesetzentwurfs bis zur Abstimmung dem Friedensvertrag zufolge zu erwirken*. [B] — 5. *Zwölf Ernennungen. – Abweisung von zwei Beschwerden wegen Verweigerung der Entlassung aus dem Justizdienst*. [B] — (6. Bei den Beratungen des Gesetzes über Oberschlesien im Reichstag soll [...] die Preußische Regierung [...] vertreten sein. [B] — 7. *Arbeitszeit der Bergarbeiter. Kein Einspruch gegen das geplante Reichsgesetz, jedoch aus taktischen Gründen Option für dessen Zurückstellung, da es gegenwärtig den linksradikalen Kreisen der Arbeiterschaft neuen Agitationsstoff liefern würde*. [B])

¹ *Dienstwohnung des LandMinr.*

² *Die Vorlage des JMinr. v. 27.10.1920 in: Rep. 90, Nr. 1595, n.f. u. Rep. 84a, Nr. 3679, Bl. 460–460v, der Entwurf nicht anbei, nur die Begründung, Bl. 461–479; der Verordnungs-Entwurf u. das Votum des FinMinr. in: Rep. 120, CB I Nr. 108c Bd. 5, n.f. Vgl. die Bekanntmachung der Neufassung des Textes der VO v. 30.12.1920, GS 1921, S. 77.*

³ *Die Vorlage des LandMinr. (Braun) v. 13.11.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1626, Bl. 229 bis 233, Anlagen, Bl. 234–244; der LV übersandt am 26.11.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 11, Nr. 3437, S. 5853–5859.*

⁴ *Rep. 90, Nr. 1626, Bl. 234–240; der LV übersandt am 26.11.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 11, Anlage A zu Nr. 3437, S. 5855–5858.*

⁵ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 269, S. 3–31, mit Anhang; von RMinr. dl Koch dem ReichsR übersandt am 29.9.1920.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister am 20. November 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 116, S. 292–294.

Anwesend: für Preußen Lüdemann.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. *Genehmigung des für die Herstellung der Flaggen bestimmten Adlers. — 2.* *Hinausschieben der Zeitungspostgebühren. — 3.* *Ergänzung des Verdrängungsschädengesetzes. — 4.* *Einigkeit des Reichskabinetts über den verhängnisvollen Einfluß des preußischen Grundsteuergesetzes auf die Abstimmung in Oberschlesien. — 5.* *Besetzung der Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen im Reichsverkehrsministerium mit einem Ministerialdirektor. — 6.* *Antrag der Beamten auf Erhöhung der Teuerungszuschläge.*

Nr. 159 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 26. November 1920.¹

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 174–175v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Hirsch, Freymuth, Brecht [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Trendelenburg, H. Bachem, Zachariae, Hübner, Schönbeck [alle zu 1], Weyhe [zu 3], Suckow, Erythropel [beide zu 2].

1. *Der Vertrag über die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone.² Wegen der Meinungsverschiedenheiten zwischen am Zehnhoff und Lüdemann erscheint es unerwünscht, den Vergleich [...] in der Landesversammlung weiterbehandeln zu lassen. Eine Zurückziehung der Vorlage wird geplant. [B] — (2. Reichsgesetzentwurf³ betr. eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushaltes für das Rechnungsjahr 1920, der die Erhöhung der Teuerungszuschläge zu Kinderzuschlägen für Beamte vorsieht. Keine grundsätzliche Ablehnung des Entwurfs, jedoch Bedenken, die im Hinblick auf die Finanzlage⁴ gegen jede Erhöhung der Bezüge der Beamten bestehen.⁵ Preußischer Gegenvorschlag, anstelle der Erhöhung der Kinderzuschläge eine Erhöhung der Ortszuschläge vorzunehmen. [B]) — 3.* *Das Schicksal des Grundsteuergesetzentwurfs. Göhre berichtet über Verhandlungen im Reichskabinett. Dem Vorschlag des Reichskabinetts⁶, den Entwurf [...]*

¹ *Der Sitzung soll eine vertrauliche Besprechung der StMinr. vorausgegangen sein; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 120. Ein Prot. konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

² *Vgl. Sitzung am 16.1.1920, TOP 2.*

³ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 305, S. 2; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 23.11.1920. Vgl. die Gesetze v. 11. u. 20.12.1920, RGBl. II, S. 2033 u. 2159.*

⁴ *Vgl. den Bericht von MinDir. u. preuß. Bevollm. im Hauptamt, Sachs, in der Sitzung des ReichsR am 7.10.1920 in: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 83, S. 212–218.*

⁵ *Vgl. dazu die Aufzeichnung über die Besprechung mit den FinMinr. der Länder am 11.11.1920 in: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 108, S. 274–276, zur ablehnenden Haltung Lüdemanns, S. 275.*

⁶ *Vgl. Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 116, S. 293.*

zurückzuziehen, weil *dieser* die Abstimmung in Oberschlesien *gefährdet*, *wird nicht entsprochen*. *Vielmehr soll* das Ergebnis der ersten Lesung des Gesetzes *in der Landesversammlung abgewartet werden*.⁷ [B] — (4. Festsetzung des Termins für die Wahlen zum Landtage⁸ auf den 20. Februar 1921. [B] — 5. Stellungnahme zum Beschluß des Ausschusses der Landesversammlung über die Anzahl der Stimmen für einen Abgeordneten im Wahlgesetz. [B]) — 6. 14 Ernennungen und Erteilung eines Abschieds. [B] — (7. Eine Beratung der vom Reichsinnenminister Koch der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs [...] vorgelegten Fragen wird beschlossen. [B])

⁷ Vgl. weiterhin das Prot. der Chefbesprechung des RKab. mit der preuß. Reg. am 23.11.1920, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/353, Bl. 71.

⁸ Vgl. das Schreiben des Präs. der LV v. 25.11.1920 u. die Mitteilung der Reg. an den Präs. der LV v. 28.11.1920 in: Rep. 90, Nr. 17, Bl. 2 u. 4. Vgl. VO v. 30.12.1920, GS, S. 658.

Nr. 160 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 2. Dezember 1920.¹

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 177–179v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Hirsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Freund [Vertr. Severings], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare L. Weber, Coßmann [zu 4], v. Achenbach, Hinsch, Römhild [alle zu 1].

1. Die Hebung der technischen Räte in der Besoldungsordnung. Eine Beschlußfassung wird ver­ tagt. — 2. Zentralstelle für die Gliederung des Reichs. Die bevorstehende Generaldebatte [...] über Frage 10 des Beratungsprogramms.² Verhaltensmaßregeln für die preußischen Vertreter in den Kommissionen, die zur Beratung der vom Reichsinnenminister vorgelegten ersten 9 Fragen gebildet sind. Vorschläge für das Verhalten der Vertreter in der Generaldebatte über die Frage 10 des Reichsministers des Innern: Eintreten für eine Vergrößerung Preußens und die Ablehnung der Abtretung preußischer Gebietsteile in vorsichtiger Form, damit bei den andern Ländern nicht der Eindruck, Preußen treibe Annexionspolitik, hervorgerufen wird.³ Einsetzung einer Preuß. Kommission, die das zur Vertretung des preußischen Standpunkts notwendige Material sammelt. [B] — 3. Staatsrat. Der Gesetzentwurf⁴ über die Wahlen zum Staatsrat soll im Wege des Initiativantrags in der Landesversammlung eingebracht werden. [B] — 4. Besatzungszulage an die oberschlesischen Beamten.⁵ Mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Reichstagsausschusses wird eine nachträgliche Auszahlung überall da beschlossen, wo das Reich sie seinen Beamten ausgezahlt hat. [B] — 5.

¹ Vor der Sitzung war eine vertraul. Besprechung der StMinr. vorgesehen; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 123. Ein Prot. konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Die Vorlage des Präs. des StMinm. v. 27.11.1920 mit dem Abdruck einer für die Generaldebatte in der Zentralstelle aufgestellten Disposition, in: Rep. 120, A II 5e Nr. 2 Bd. 12, Bl. 273–275.

³ Dieser TOP wurde von der Vossischen Zeitung Nr. 487 v. 15.10.1921 im Wortlaut veröffentl.; gedr. bei Poetzsch, Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung, S. 59.

⁴ Vgl. Rep. 151, HB Nr. 556, n.f. u. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 14, Nr. 3827, S. 7015–7017. Vgl. das Gesetz v. 16.12.1920, GS 1921, S. 90.

⁵ Der Antrag des Minr.dI v. 27.11.1920 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 141b Bd. 9, n.f.; ebd. das Schreiben des JMinr. v. 30.11.1920, der sich dem Antrag anschloß.

Erneut der Entwurf eines Grundsteuergesetzes. Vor weiterer Entscheidung ist die erste Lesung des Gesetzes in der Landesversammlung abzuwarten. [B] — 6. Oberschlesien. Bereitstellung der Propagandamittel für die Abstimmung bei Zustimmung der Fraktionen der Landesversammlung. [B] — 7. Ablehnung der Verlängerung der Frist für Abschiedsgesuche [...] für ober-schlesische Beamte über den 31. Dezember 1921 hinaus.⁶ [B] — 8. Beurlaubung von Beamten als Wahlhelfer und Gehaltszahlung an Beamte während des Wahlkandidatenurlaubs. [B] — 9. Disziplinarsache.⁷ [B] — 10. Vier Pensionssachen.⁸ [B] — 11. Es ist nicht zulässig, Kriegsteilnehmer von vorgeschriebenen Prüfungen zu befreien und die Einführung erleichterter Prüfungen für Kriegsteilnehmer als Berücksichtigung von Beschlüssen der Landesversammlung anzusehen. [B] — 12. Acht Ernennungen. [B] — 13. Verschiedenes: Änderung der Stellung des Oberverwaltungsgerichts; Amtsbezeichnungen der beamteten Frauen; Geltung des § 10 Abs. 2 des Fluchtliniengesetzes und des § 39 des Kleinbahngesetzes; alle Punkte vertagt.

⁶ Der Antrag des Bevollmächtigten Fst. v. Hatzfeldt v. 19.11.1920 in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 106 Beiakte 6, n.f.; ebd. auch die Antwort des Präs. des StMinm. v. 8.12.1920.

⁷ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 1838.

⁸ Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 62, 117, 264 u. 777.

Nr. 161 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 7. Dezember 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 180–181v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Hirsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, L. Weber [beide zu 8], Nentwig [zu 1], Cohn [zu 2], Hiecke [zu 2 und 5], Varrentrapp [zu 5], Mulert [zu 5 und 8], Volkmann [zu 5], v. Achenbach [zu 6–7], Mooshake [zu 6], Schuster, Henatsch, Weyhe, v. Bahrfeldt [alle zu 8].

1. Amtsbezeichnung der beamteten Frauen. Der weiblichen Form ist der Vorzug vor der männlichen Form zu geben. [B] — **2.** Die Eingabe¹ der Magistrate von Berlin, Charlottenburg und Potsdam über die weitere Gültigkeit des § 10 Abs. 2 des Fluchtliniengesetzes² und des § 39 des Kleinbahngesetzes.³ Sie wird abgelehnt, denn durch den Übergang der ehemaligen königlichen Rechte [...] auf das Staatsministerium bleiben die Bestimmungen weiterhin in Kraft. [B] — **3.** Anträge des Präsidenten auf Änderung der Stellung des Oberverwaltungsgerichts.⁴ [B] — **4.** Sieben Ernennungen und Versetzung in den Ruhestand. [B] — **5.** Zentralstelle für die Gliederung des Reichs. Bericht Göhres über die Tagung und Vorschläge zur Bildung einer Preußenkommission für diese. Oeser wird Vorsitzender. – Eingehende Beratungen [...] zur Frage der Autonomie der Provinzen. Für eine Stellungnahme sollen jedoch erst die kommissarischen Beratungen über den Gesetzent-

¹ Vom 16.5.1919 in: Rep. 90, Nr. 1681, Bl. 61–62; die Vorlage des Präs. des StMinm. v. 8.6.1920, Bl. 70–72.

² Vgl. das Gesetz betr. die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften v. 2.7.1875, GS, S. 561, hier S. 563.

³ Vgl. das Gesetz über Kleinbahnen u. Privatanschlußbahnen v. 28.7.1892, GS, S. 225, hier S. 234.

⁴ Die Vorlage des Präs. des StMinm. (i. V. Göhre) v. 10.11.1920: Übersendung des Abdrucks der Niederschr. über die kommissar. Beratung am 8.11.1920, in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 24, n.f.; vgl. dazu auch Rep. 184, Präsidial, Nr. 492, Bl. 65–70; hier auch das Schreiben des Präs. OVG v. 18.8.1920 mit Anträgen an das StMinm., Bl. 50–57v.

wurf von Drews⁵ abgewartet werden. [B] — **6. Probleme der Hebung der technischen Räte in der Besoldungsordnung.** [B] — **7. Besoldungsfragen; vertagt.** — **8. Ausführungsbestimmungen zum Landessteuergesetz. Forderung nach Aussetzung der Verhandlungen [...]** im Ausschuß der Landesversammlung, *solange nicht* über die finanzielle Lage des Staates und die Möglichkeit, für seine notwendigen Ausgaben Deckung zu finden, Klarheit geschaffen *ist.* [B]

⁵ Dessen Gesetzentwurf in: Rep. 77, Tit. 497a Nr. 33 Bd. 1, Bl. 307–309. Die Niederschr. über die kommissar. Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Provinzialautonomie am 8.12.1920, Bl. 303–306v, der Entwurf, Bl. 310–314v.

Nr. 162 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 10. Dezember 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 182–182v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Hirsch, Linz, Freymuth, Brecht [RK], Göhre, Nobis, Sachs, Frick; als Kommissare Freund, L. Weber, Mulert, v. Kameke [beide zu 1], Leisterer, v. Amelunxen [beide zu 3].

1. Steuerfragen. Erneute Erörterung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Grundsteuer. *Es wird daran festgehalten, den Gesetzentwurf jetzt nicht zurückzuziehen, sondern das Ergebnis der ersten Lesung in der Landesversammlung am 11. Dezember 1920 abzuwarten. Man ist gegen eine Verlegung des Termins mit Rücksicht auf den am 11. d.M. beginnenden Parteitag der demokratischen Partei.* [B] — **(2. Bewilligung der Propagandamittel für die oberschlesische Abstimmung.**¹ *Verhandlungen mit den Fraktionen der Landesversammlung gefährden die Geheimhaltung. Es ist lediglich mit einigen besonders vertrauenswürdigen und einflußreichen Persönlichkeiten aus den in Betracht kommenden Parteien in Verbindung zu treten.* [B]) — **3. Zustimmung zum Gesetzentwurf**² [...] über Kahlschläge. [B] — **(4. Zwei Ernennungen.** [B])

¹ Vgl. Witt, Peter-Christian, *Zur Finanzierung des Abstimmungskampfes und der Selbstschutzorganisationen in Oberschlesien 1920–1922*, in: MGM, 1 (1973), S. 59–76.

² Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 13, Nr. 3528, S. 6309 f., der LV übersandt am 10.12.1920.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern im Reichstagsgebäude am 14. Dezember 1920.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 136, S. 349–351.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 2 Fischbeck, Lüdemann, Haenisch.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

2. Abschluß eines Lohnabkommens für die Verwaltungsarbeiter.

¹ Vgl. die TO v. 13.12.1920 für die ordentl. Sitzung des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1316, Bl. 188.

Nr. 163 Sitzung der Staatsregierung im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 16. Dezember 1920.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 183–184v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Freymuth, Brecht [RK], Freund [Vertr. Severings], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare L. Weber [zu 11], Mulert [zu 2 und 4], Articus [zu 2], Schultz, v. Bahrfeldt [beide zu 5], Schramm [zu 6], Jöhlinger [zu 7], Dankwerts [zu 1], Weltzien [zu 11], Kalle [zu 9], Hiecke, Drews [beide zu 2].

1. Zustimmung zum Gesetz¹ über die Errichtung eines Amtsgerichts in Hamborn. [B] — 2. Ergänztter Entwurf² eines Gesetzes über Provinzialautonomie. Wird als vorläufiger Entwurf der Staatsregierung [...] zur öffentlichen Kritik gestellt und demnächst den neugewählten Provinziallandtagen zur Begutachtung vorgelegt. Erläuterungen des Innenministers für die Presse. Ablehnung von Abänderungsanträgen und Streichungen. [B] — (3. Zustimmung zu den Gesetzentwürfen über die Besoldung der Mittelschullehrer³ sowie der Handels- und Gewerbelehrer⁴. [B]) — 4. Festlegung des Zeitpunkts für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen. [B] — 5. Vorschußweise Gehaltszahlung an die Beamten und die Modalitäten für die Gewährung von Notzuschlägen. [B] — 6. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ betr. die Abänderung des preuß. Stempelsteuergesetzes. [B] — 7. Staatliche Unterstützung der Königsberger Ostmesse.⁶ [B] — 8. Keine Begnadigung bei einem Todesurteil.⁷ [B] — 9. Bericht von Nobis über den Stand der Verhandlungen über den Entwurf⁸ eines Wehrgesetzes. Die Reichsratsbevollmächtigten werden beauftragt, für die bayerischen Wünsche wegen Fassung der §§ 10, 12 und 15 [...] zu stimmen. [B] — 10. Acht Ernennungen, darunter von E. Liebermann⁹ zum Polizeipräsidenten von Breslau. [B] — 11. Rückerstattung der den Staatsbeamten in Flensburg zuviel gezahlten Teuerungsausgleichsbeträge.¹⁰ [B] — 12. Pensionssache.¹¹ [B] — 13. Die Fürsorge für die Auslandsflüchtlinge und die Grenzlandvertriebenen; vertagt.

¹ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 13, Nr. 3819, S. 6999–7001; der LV übersandt am 16.12.1920. Vgl. das Gesetz v. 18.12.1920, GS 1921, S. 120.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 13.12.1920 in: Rep. 77, Tit. 497a Nr. 33 Bd. 1, Bl. 315; die Entwürfe auf Grund der Beratung im MdI am 8.12.1920, Bl. 316–320 (1. Entwurf), Bl. 321–323 (2. Entwurf). Eine Stellungnahme des WissMinr. v. 16.12.1920 zu den §§ 8 u. 9 eines Gesetzes in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 16 Beiheft A Bd. 1, n.f.

³ Vgl. Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 13, Nr. 3813, S. 6985–6996; der LV übersandt am 16.12.1920. Vgl. das Mittelschullehrer-Diensteinkommengesetz (MDG) v. 14.1.1921, GS, S. 325.

⁴ Die Vorlage des HandMinr. v. 1.12.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 13, Bl. 322–334; der LV übersandt am 16.12.1920, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 14, Nr. 3848, S. 7028–7034. Vgl. das Gewerbe- und Handelslehrer-Diensteinkommengesetz (GDG) v. 10.6.1921, GS, S. 421.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 2.12.1920 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1536, n.f.; hier auch das Votum des JMinr. v. 11.12.1920. Der LV schon vor der Sitzung des StMinr. zugestellt, Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 13, Nr. 3767, S. 6856–6960. Vgl. das Gesetz v. 14.1.1921, GS, S. 117.

⁶ Vgl. die Eingaben des Meßamts der Stadt Königsberg v. 2.12. u. 15.12.1920 an den FinMinr. u. eine Niederschr. über die Besprechung betr. einheitl. Vorgehen des Reichs u. Preußens in Messeangel. am 14.12.1920 im HandMinr., in: Rep. 77, Tit. 3960 Nr. 1 Bd. 1, n.f.

⁷ Die Vorlage des JMinr. v. 8.12.1920 in: Rep. 84a, Nr. 7785, Bl. 200–201.

⁸ Vgl. den Entwurf, von RWeMinr. Geßler nach den Verhandlungen in Spa dem ReichsR vorgelegt am 10.11.1920, in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 293, S. 1–24.

⁹ Der Antrag des Minr.dI v. 10.11.1920 in: Rep. 84a, Nr. 3731, Bl. 301–301v.

¹⁰ Vgl. dazu die Schreiben von FinMinr. u. JMinr. v. 4.12. u. 11.12.1920 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 141b Bd. 9, n.f.

¹¹ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 488.

Nr. 164 Sitzung der Staatsregierung am 20. Dezember 1920.

Vollz. Reinschr., Bd. 169, Bl. 185–185v; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [Vertr. Haenischs], Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare v. Achenbach, Mulert, Werner, Schultz.

1. Stellungnahme Preußens im Reichsrat zu dem Beamtenperrgesetz.¹ Das Staatsministerium in seiner Mehrheit vertritt den Standpunkt, daß dieses kein verfassungsänderndes Gesetz darstellt. Es schließt sich dem bayerischen Einspruch [...] unter der Voraussetzung nicht an, daß die Reichsregierung erklärt, in Zukunft bei Maßnahmen von finanzieller Wirkung auf dem Gebiet der Beamtenbesoldung [...] rechtzeitig mit den Ländern zwecks Beratung der geplanten Maßnahmen in Verbindung zu treten und gegen die preußischen Besoldungsgesetze [...] keinen Einspruch erhebt.² [B] — (2. Ein Erlaß an alle Lehranstalten über das Verhalten bei dem zu erwartenden Ableben der vormaligen Kaiserin.³ Bei voller Würdigung der persönlichen Gefühle sind alle politisch zu wertenden Veranstaltungen [...] zu unterlassen. [B])

¹ Vgl. den Entwurf in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 282, S. 1–4; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 21.10.1920; zu Nr. 282, S. 1–15 die am 1.11.1920 nachgereichte Begründung. Vgl. das Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung. Vom 21. Dezember 1920. (RGBl. II, S. 2117). Besoldungsperr-Gesetz. Mit Vorbemerkungen u. Erläuterungen von Max Kühnemann (MinR im RFinMinm.) u. Otto Sölch (RegR im RFinMinm.), Mannheim u. a. 1921.

² Zur Erklärung Bayerns u. der RReg. sowie zum mit Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß, keinen Einspruch zu erheben, vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1920, 97. Sitzung am 21.12.1920, S. 1257 f.

³ Vgl. das Schreiben des WissMinr. v. 18.12.1920 an den Präs. des StMinm. u. den Erlaßentwurf in: Rep. 90, Nr. 1920, n.f., hier auch das Votum des HandMinr. v. 20.12.1920. Das Rundschreiben des Ev. Oberkirchenrats v. 4.12.1920, in dem die Absicht geäußert wurde, den Tod der ehemaligen Kaiserin zum Anlaß für eine Kundgebung zu nehmen, ebd.

Nr. 165 Sitzung der Staatsregierung am 22. Dezember 1920.¹

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 169, Bl. 186–188; MF 1022. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Hirsch, Freymuth, C.H. Becker [für Haenisch], Freund [für Severing], Göhre, Meister, Frick, Scherek; als Kommissare Loehrs, E. Delbrück, Remak [alle zu 4], Dankwerts [zu 6], Amelunxen, Fabowski [beide zu 8], Suckow [zu 10].

(1. Versehentliche Übersendung des früheren Entwurfs eines Gesetzes über das Diensteinkommen der Gewerbe- und Handelslehrer an die Landesversammlung; wird zurückgezogen. [B] — 2. Die

¹ Vor der Sitzung war eine vertrauliche Besprechung der StMinr. geplant; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 141. Ein Prot. konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

von der Stadt Berlin geplante Wohnungsluxussteuer² und ihre Anwendung auf Dienstwohnungen. [B] — **3.** Die Vorschläge des Staatskommissars für Volksernährung *zu seinem Etat; vertagt.*³ — **4.** *Zahlung der Bezüge der Pensionäre und Beamtenhinterbliebenen im Memelgebiet.* [B] — **5.** *Sieben Ernennungen.* [B] — **6.** *Eine Beteiligung Preußens an der Fürsorge für die Auslandsflüchtlinge und die Grenzlandvertriebenen erfolgt noch bis zum 1. April 1921.*⁴ [B] — **7.** *Finanzielle Mittel für Darlehen an notleidende Kleinbahnen; Vorlage in der Landesversammlung.* [B] — **8.** *Zustimmung zum Verordnungsentwurf betr. Vollzug des Reichsgesetzes⁵ über die Kosten der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.* [B] — **9.** *Etatisierung der Stelle des Staatskommissars für Verwaltungsreform. Keine Zustimmung bei der Haushaltsberatung, da dessen Tätigkeit [...] eine zeitlich begrenzte und die Schaffung neuer Ämter mit den Grundsätzen über eine sparsame Finanzwirtschaft nicht vereinbar ist.* [B] — **10.** *Nochmalige Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.⁶ Bedenken gegen den Grundgedanken des Entwurfs, der die Länder zur Erhebung einer Zwecksteuer durch Reichsgesetz zwingt, deshalb Abänderung des Entwurfs nach Benehmen mit den anderen Ländern. Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues.⁷* [B] — **(11.** *Anfrage nach dem Ergebnis der Untersuchung gegen A. Winnig und G. Doyé wegen ihres Verhaltens während des Kapp-Putsches und nach dem Stande der Ermittlungen in Sachen der Tötung von H. Paasche. Erörterung dieser Frage und weitere Behandlung des Grundsteuergesetzesentwurfs in der nächsten Sitzung.* [B])

² *Vgl. dazu das Schreiben des FinMinr. an den MinPräs. v. 22.12.1920 in: Rep. 151, II Nr. 1099, Bl. 22–23; Bl. 23–24 ein Artikel des Berliner Tageblatts v. 22.12.1920 (A): Die Wohnungsluxussteuer. Die fehlenden rechtlichen Grundlagen. Von Rechtsanw. Dr. Wieluner.*

³ *Auf Antrag des HandMinr. v. 21.12.1920, da das Votum des HandMinr. aufgrund des späten Eingangs des Schreibens des StKom. v. 16.12.1920 noch nicht fertiggestellt war; vgl. Rep. 151, HB Nr. 1058, Bl. 303.*

⁴ *Die Vorlage des Minr.dI v. 13.12.1920 in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n.f. Zur Kontroverse mit dem FinMinr. vgl. das Schreiben des FinMinr. (i. V. Weber) an den Minr.dI v. 5.12.1920, ebd.*

⁵ *Vgl. RGBl. I, S. 1066 (v. 6.5.1920).*

⁶ *Die Vorlage des Wohlfinr. v. 21.12.1920 in: Rep. 84a, Nr. 9183, Bl. 46; vgl. auch die Sitzung des RKab. am 14.12.1920 in: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 135, S. 347–349.*

⁷ *Vgl. allgemein: Hirtstiefer, Heinrich, Die Wohnungswirtschaft in Preußen, Eberswalde 1929, S. 137 ff.*

Nr. 166 Sitzung der Staatsregierung am 3. Januar 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 1a–3; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, Freymuth, C.H. Becker [für Haenisch], Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Scheidt, Conze [beide zu 1], Weyhe [zu 1–2], v. Schenk [zu 1], Suckow [zu 2], M. Peters, Articus, Bank [alle zu 4], Weismann [zu 5], Abegg [zu 6].

1. Erneute Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.¹ Der Landesversammlung *soll* schleunigst ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der die Staatsregierung ermächtigt, eine Anleihe für Baukostenzuschüsse aufzunehmen. Ausarbeitung

¹ *Die Vorlage des Wohlfinr. v. 30.12.1920 in: Rep. 84a, Nr. 9183, Bl. 47–48; vgl. zur Besprechung der FinMinr. der Länder in Bamberg über den Gesetzesentwurf eine Niederschr., vom FinMinr. am 21.1.1921 dem Wohlfinr. übersandt, Bl. 56–56v.*

eines Antrags² an den Reichsrat, der Abänderungen des Reichsgesetzentwurfs vorsieht. [B] — 2. Weitere Behandlung des *Gesetzentwurfs* über die vorläufige Grundsteuer, der in der Landesversammlung [...] nicht mehr zur Verhandlung kommt. *Anfrage an die Reichsregierung*, ob sie trotzdem mit Rücksicht auf die Abstimmung in Oberschlesien noch wünscht, daß die Staatsregierung den Gesetzentwurf formell zurückzieht. Dies bringt aber die Gefahr mit sich, neuen Agitationsstoff zu bieten. Nachdem das Grundsteuergesetz unerledigt geblieben ist, soll auch das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz [...] ebenfalls nicht mehr verabschiedet werden. [B] — 3. *Zehn Ernennungen*. [B] — 4. Organisation einer Reichswasserstraßenverwaltung³ zum 1.4.1921. Eine *Stellungnahme* zu den Plänen des Reichsverkehrsministeriums soll erst nach Anhörung des preußischen Landeswasserstraßenbeirats erfolgen.⁴ [B] — 5. Behandlung der am Kapp-Putsch Beteiligten; *vertagt*. — 6. Bildung eines Hauptausschusses der staatlichen Polizeibeamten Preußens. [B] — 7. Gesetzentwurf über die Lehrerbildung; *vertagt*. — 8. Festsetzung des preußischen Landeswappens.⁵ *Beibehaltung des Adlers* als Wappenbild. Er soll aber eine Form erhalten, die ihn in eindrucksvollem Maße von dem Reichsadler unterscheidet. [B] — (9. Die Feiern an den Schulen am 18. Januar *anlässlich der Reichsgründung* vor 50 Jahren.⁶ Sie dürfen nicht zu Demonstrationen, die sich gegen die gegenwärtige Staatsform richten, mißbraucht werden. [B] — 10. Vereinbarungen über die Trauerfeier beim zu erwartenden Ableben der vormaligen Kaiserin.⁷ [B] — 11. Ausführung des Zwangspensionierungsgesetzes. Von der Ausnahmebefugnis soll nur in ganz besonderen sachlich begründeten Fällen Gebrauch gemacht werden. [B])

² Der Antrag bildete einen TOP der Sitzung des RKab. am 15.1.1921; vgl. *Das Kabinett Fehrenbach*, Nr. 156, S. 413. Vgl. zum Antrag das Schreiben des MinPräs. v. 19.1.1921 an den RArbMinr. in: *Rep.* 84a, Nr. 9183, Bl. 52–55. Kein Bezug auf den Antrag in den gedruckten Materialien des ReichsR. Er beschloß mit einer Zweidrittel-Mehrheit am 27.1.1921 eine geänderte Fassung u. das Gesetz als verfassungsänderndes anzusehen; vgl. *Verhandlungen ReichsR*, Tagung 1921, 4. Sitzung, S. 38 f. u. 45–47, Anlage 1.

³ Die Vorlage des MöA v. 13.12.1920 in: *Rep.* 77, Tit. 76 Nr. 45 Bd. 1, Bl. 145–155; in der Anlage, Bl. 156–159v das Schreiben des RVMinr. v. 6.11.1920 an den MöA, dazu als Anlage 2, Bl. 163–164v der Gesetzentwurf über die einstw. Verw. der Reichswasserstraßen mit Begründung.

⁴ Die dem Landeswasserstraßenbeirat von MöA Oeser am 8.1.1921 zur gutachtl. Äußerung übersandte Denkschrift über den Stand der Verhandlung wegen Übertragung der preuß. Wasserstraßen auf das Reich, in: *Rep.* 120, C XVII 1 Nr. 75 Bd. 1, n.f.

⁵ Die Vorlage des MinPräs. v. 15.12.1920 in: *Rep.* 151, HB Nr. 555, n.f.

⁶ Allgemein zum 50. Jahrestag der Reichsgründung vgl. das Schreiben des Präs. des StMinm. (i. A. Nobis) an die Minr. v. 30.10.1920 in: *Rep.* 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 3, n.f.; anbei auch die Voten der Minr. Vgl. auch Schultheß' *Europäischer Geschichtskalender*, 1921, S. 10.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben des StKom. für öffentl. Ordnung, Kalle, v. 4.1.1921 an den Präs. des StMinm. in: *Rep.* 90, Nr. 1920, n.f. Vgl. auch *Das Kabinett Fehrenbach*, Nr. 152, S. 406.

Nr. 167 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 12. Januar 1921, Vormittagssitzung.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 4; MF 1023. — *Abschr.*: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing. — *Prot.*: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Wildermann, Freymuth, Brecht [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Erythropel, Hinsch, Mooshake.

Besoldungsplan für das Rechnungsjahr 1920 und *Gesetzentwürfe* über eine Änderung des Beamtendiensteinkommengesetzes vom 17. Dezember 1920, die Gewährung von Notzuschlägen zu den

gesetzlichen Kinderbeihilfen und zu den Ortszuschlägen der nichtplanmäßigen Beamten und Volksschullehrpersonen vom 18. Dezember 1920.¹ *Zustimmung zum Besoldungsplan und zur sofortigen Einbringung der Entwürfe.* [B]

¹ Vgl. die Vorlage des FinMinr. v. 10.1.1921 mit dem Plan u. den Entwürfen in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 13, Bl. 303–309v. Vgl. auch Drucks. LV, Tagung 1919/21, Bd. 14, Nr. 4058, S. 7567f.

Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude der Landesversammlung (Ministerzimmer) am 12. Januar 1921, Nachmittagssitzung.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 5–6; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann — Prot. [U]: C. Busch, v. Kameke.

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Freymuth, Brecht [RK], Hermes [REMinr. u. StKom.], Hagedorn [beide zu 1], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Leiter, He. Schulze, Articus [alle zu 1], Wagemann [zu 5].

1. Die Vorschläge des Staatskommissars für Volksernährung vom 1. und 16. Dezember 1920 zur Etatisierung seiner Stelle und seiner Behörde.¹ Der Antrag, die vom ihm geleitete Behörde als Zentralbehörde zu etatisieren, wird abgelehnt. – *Mehrstimmenrecht des Ministerpräsidenten.* Die Abstimmung über den Antrag des [...] Landwirtschaftsministers auf Übertragung der Geschäfte des Staatskommissars für Volksernährung ab 1. April 1921 auf sein Ministerium ergibt *Stimmengleichheit.* Darauf erklärt der [...] Ministerpräsident² den Antrag für angenommen.³ [B] — 2. Ausführung des Beschlusses⁴ der Landesversammlung vom 17. Dezember 1920 zum Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshause; *vertagt.* — (3. *Besoldung der Fortbildungsschullehrer.* [B]) — 4. *Drei Ernennungen, Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und drei Verlängerungen der Altersgrenze. Aussetzung der Beschlußfassung über die Wiederbesetzung der erledigten Stellen deutscher Mitglieder des Ordens pour le mérite, Friedensklasse.* [B] — 5. *Zustimmung zur Regelung des Grundstücksverkehrs, Landordnung.*⁵ [B] — 6. Die Frage der Behandlung der am Kapp-Putsch Beteiligten und Bestimmungen über die Vergnügungssteuer; *vertagt.*

¹ Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1058, Bl. 271 u. 288–290; hier weiteres Material, darunter der Votenwechsel zur Denkschrift betr. den Preuß. StKom. für Volksernährung v. 17.9.1920, Bl. 242–247.

² Zum Anspruch Brauns auf ein Mehrstimmenrecht für den MinPräs. u. zur ablehnenden Haltung der Minr. des Zentrums u. der DDP vgl. die Schreiben von Fischbeck v. 13.1.1921 u. des MinPräs. v. 18.1.1921 in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 1–4v.

³ Zur Änderung der Fassung des Prot. vgl. das Bl. 7: Anstelle der Nennung der einzelnen Minr. nur noch summarische Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses.

⁴ Vgl. Sitzungsberichte LV, Tagung 1919/21, Bd. 12, 200. Sitzung am 17.12.1920, Sp. 15271: Das StMinm. wurde ersucht, in eine erneute Prüfung des Vergleichs u. seiner Unterlagen einzutreten.

⁵ Vgl. den Antrag Preußens mit Begründung, dem ReichsR am 2.3.1921 übersandt mit dem Ersuchen, diesen dem RT zur Beschlußfassung vorzulegen, Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 61, S. 1–6; dem II. u. VII. Ausschuß am 10.3.1921 überwiesen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 15. Sitzung, S. 152.

Nr. 169 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Januar 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 8–10v; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Hirsch, Linz, Freymuth, Brecht [RK], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare C.H. Becker [zu 2, 4, 9], E. Weber [zu 6], Kalle, Bachmann, Sand [alle zu 7], Bail [zu 3]; als Berichterstatter Strohmeyer, Schlüter, Heydtmann [alle zu 5].

1. Eidesleistung der Minister auf die Preußische Verfassung und außerdem von Severing und Lüdemann auf die Reichsverfassung.¹ — **2.** Beschlußfassung des Staatsministeriums vom 12. Januar 1921 über das Staatskommissariat für Volksernährung und Vorschlag zu einzelnen Geschäftsordnungsbestimmungen für die Sitzungen des Staatsministeriums.² Die Frage, inwieweit das Staatsministerium sich eine Geschäftsordnung geben kann, insbesondere ob es die in der Verfassung fehlende Bestimmung, daß bei Abstimmungen innerhalb des Staatsministeriums im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des Ministerpräsidenten den Ausschlag gibt, durch einen entsprechenden Beschluß des Staatsministeriums ersetzen kann, ist dem [...] ständigen Ausschuß der Landesversammlung zur Entscheidung vorzulegen.³ <Die Frage der Übertragung der Befugnisse des Staatskommissars für Volksernährung auf den [...] Landwirtschaftsminister wird bis dahin ausgesetzt.> [B] — **(3.** Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums im Reichsrat. Ein Reichszuschuß ist nicht nur für die Messen in Leipzig und Königsberg, sondern auch für die in Frankfurt a.M. und Breslau⁴ zu gewähren. [B]) — **4.** 38 Ernennungen und drei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — **5.** Zwei Pensionssachen.⁵ [B] — **6.** Entwurf⁶ eines Reichsgesetzes betr. Beamtenräte. Im Reichsrat ist nicht grundsätzlich gegen den ganzen Gesetzentwurf zu stimmen, jedoch den in ihm vorgesehenen Instanzenzug abzulehnen und die Berücksichtigung von Bestimmungen des bayerischen Entwurfs zur Diskussion zu stellen. Richtigstellung des preußischen Standpunkts zum Reichsgesetze über Beamtenvertretungen in der Presse. [B] — **7.** Stellungnahme zu den §§ 36, 39 des Entwurfs⁷ eines Wehrmachtsversorgungsgesetzes. Billigung der bisherigen Haltung der preußischen Bevollmächtigten. Weitere Schritte im Reichsrat

¹ Die beiden besonderen Niederschriften liegen nicht bei. Die Niederschr. zur Vereidigung der Minr. auf die preuß. Verfassung befindet sich bei der oben angegebenen Abschr. des Prot..

² Die Vorlage des MinPräs. v. 18.1.1921 in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 3–4v.

³ Vgl. das Schreiben des MinPräs. an den Präs. LV v. 27.1.1921 in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 10–11; die Voten von JMinr. u. MöA, Bl. 5–6v u. 9. – Der Ständige Ausschuß beschloß am 8.2.1921: Das Ministerium ist auf Grund der bestehenden Gesetze nicht befugt, auf dem Wege der Geschäftsordnung einem Minister einschließlich dem Ministerpräsidenten ein Mehrstimmenrecht zu geben (Bl. 14). Die Antwort Leinerts v. 8.2.1921 u. Materialien auch in: Rep. 151, HB Nr. 555, n.f. Vgl. zum Mehrstimmenrecht Schulze, Otto Braun, S. 370 f., mit Bezug auf den TOP, Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 337, Anm. 53.

⁴ Vgl. den Antrag des Magistrats der Stadt Breslau v. 16.12.1920 auf einen einmaligen u. dauernden Reichszuschuß für die Breslauer Messe, der durch das WissMinr. warm unterstützt wurde, sowie Voten des FinMinr. v. 29.12.1920 u. des HandMinr. v. 9. u. 14.1.1921 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 6, n.f.

⁵ Darüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 719 u. 829.

⁶ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 1, S. 3–26; von RMinr. dl Koch dem ReichsR übersandt am 3.1.1921; vgl. auch Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 38. Sitzung am 23.6.1921, S. 490–492; die vom ReichsR angenommene Fassung, Bl. 496–503, Anlage. Der Antrag Bayerns in: Rep. 151, I B Nr. 4490, n.f.

⁷ Vgl. Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen (Wehrmachtsversorgungsgesetz), in: Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 2, Nr. 301, S. 3–57; von RWeMinr. Geßler dem ReichsR vorgelegt am 20.11.1920. Vgl. das Gesetz v. 4.8.1921, RGBl. I, S. 993.

sind mit den Landesregierungen abzustimmen. [B] — 8. Zustimmung zum Entwurf⁸ eines Staatsministerialbeschlusses betr. Durchführung des Reichsgesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter und der Ausführungsverordnung. [B] — 9. *Verschiedenes*: Stellungnahme zu dem Reichsschulgesetzentwurf; Neuregelung der Lehrerbildung; Entwurf eines Reichsgesetzes betr. die Erhöhung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag; Bestimmungen über die Vergnügungssteuer; Gefährdung der Deutschen Arbeiterzentrale; Ausführung des Beschlusses der Landesversammlung vom 17. Dezember 1920 zu dem Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshause; Zuständigkeit für die Genehmigung zur Festsetzung oder Abänderung von Fluchtlinien und zur Anlage von Kleinbahnen; *alle Punkte vertagt*. — (10. Beiräte in den Ministerien. Bis zu den Neuwahlen werden frei gewordene Stellen nicht besetzt.⁹ [B])

⁸ Die Vorlage des Wohlfinr. v. 8.1.1921 (Spezialakten, Bd. 17, Bl. 159) konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁹ Vgl. dazu das Schreiben des HandMinr. v. Dez. 1920 an den Präs. des StMinm. in: Rep. 120, CB I Nr. 157, n.f.

Nr. 170 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Januar 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 11–14v; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: W. Busch, Hirsch, Wildermann, Freymuth, C. H. Becker [für Haenisch], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, H. Bachem, Schönbeck [beide zu 2–3], Sonnenschein, v. Halfern, Trendelenburg [alle zu 4], v. Kameke [zu 6], Kaestner [zu 5–6], Gürich, Schwartz, Schamvogel, Dulheuer [alle zu 6], Schultz [zu 6–7], v. Bahrfeldt [zu 6 und 10], du Mesnil [zu 6 und 12], Jöhlinger [zu 6], Bank [zu 14], Moll, Seelig, v. Loebell [alle zu 10], E. Delbrück [zu 11], A. Niermann [zu 12], Cohn [zu 13], Articus, Niermann, M. Peters, R. Krohne, Höbel [alle zu 14].

(1. Genehmigung für den Ministerpräsidenten, im Strafverfahren gegen den Redakteur Röter als Zeuge auszusagen. [B]) — 2. Dem Entwurf¹ neuer Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung der Preußischen Regierung betr. die Beschlagnahme des Vermögens des Preußischen Königshauses wird zugestimmt. [B] — 3. Ausführung des Beschlusses der Landesversammlung vom 17. Dezember 1920 zum Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshause. *Federführung durch* das Finanzministerium bei den weiteren Verhandlungen. Endgültige Vereinbarungen mit der Krone bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums. [B] — 4. *Finanzielle Mittel in Höhe von 40 Millionen Mark für die Rheinlandpropaganda und die Kulturpflege im besetzten Rheinland*. [B] — 5. Die Verwendung der für kulturelle Zwecke in Schleswig-Holstein bereitgestellten Mittel.² [B] — 6. a. Reichsschulgesetzentwurf.³ *Dem Gesetz wird dann zugestimmt, wenn alle Mehrkosten, die den Ländern und Gemeinden aus der Ausführung*

¹ Die Vorlage des FinMinr. v. 17.1.1921 in: Rep. 90, Nr. 236, n.f.; der erste Entwurf einer neuen Fassung v. 20.1.1921 in: Rep. 151, I A Nr. 7650, Bl. 24–27. Vgl. die Ausführungsbestimmungen v. 28.1.1921, GS, S. 233.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 16.1.1921 in: Rep. 90, Nr. 1100, n.f.; ebd. auch die Denkschrift des WissMinr. v. 17.1.1921 über die freie Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein (2. Zone).

³ Vgl. den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung in: Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 60, S. 1–14; von RMinr.dI Koch dem ReichsR vorgelegt am 2.3.1921. Veröffentlichung (Auszüge) in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 100 v. 30.4.1921, 1. Beilage.

des Gesetzes entstehen, vom Reich zu tragen sind. – Neuregelung der Lehrerbildung. *Vertagung der Erörterung des Lehrerbildungsgesetzes*⁴ bis zur Regelung seiner finanziellen Folgen [...] für die Länder *durch das Reich*. Schreiben⁵ an die Reichsregierung über den Standpunkt Preußens zu beiden Gesetzen. – b. Durchführung des Grundschulgesetzes *ist nur möglich, wenn die Zusage des Reichsministers des Innern, alle Mehrkosten aus dem Gesetz vom Reich zu tragen, eingelöst wird*. An die Reichsregierung *soll herangetreten werden*.⁶ [B] — 7. *Erlaß einer Notverordnung über Bezüge für die preußischen Beamten, die dem Reichsgesetz über die Erhöhung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag entsprechen*.⁷ [B] — 8. *Gewährung eines kurzfristigen Kredits für die gefährdete Deutsche Arbeiterzentrale*. In Zukunft *aber soll sie sich aus eigenen Mitteln erhalten*. [B] — 9. *35 Ernennungen, darunter von B. Drews*⁸ zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, *und fünf Verlängerungen der Altersgrenze*. [B] — 10. Bestimmungen über die Vergnügungssteuer. *Vertagung eines Beschlusses bis konkrete Vorschläge vorliegen*. [B] — 11. *Das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten wird dem Finanzminister zum 1. April 1921 unterstellt*.⁹ [B] — 12. *Erhöhte Dienstbezüge für Bischöfe, Domherren usw. Auszahlung bei Zustimmung des ständigen Ausschusses der Landesversammlung*. [B] — 13. *Ministerielle Zuständigkeit für die Genehmigung zur Festsetzung oder Abänderung von Fluchtlinien und zur Anlage von Kleinbahnen*. [B] — 14. Übergang der preußischen Wasserstraßen auf das Reich.¹⁰ *Zustimmung zum Entwurf eines Staatsvertrages betr. den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich. Das Reich soll durch den Staatsgerichtshof dazu verpflichtet werden, die von Preußen begonnenen Wasserstraßenbauten [...] fortzuführen*. [B]

⁴ *Der 1. Entwurf eines Gesetzes über die Lehrerbildung v. Febr. 1920 mit Begründung in: Rep. 90, Nr. 1758, Bl. 10 bis 16; gedr. bei: Weber, Rita, Die Neuordnung der preußischen Volksschullehrerbildung in der Weimarer Republik, Köln u. Wien 1984, Anlagen, S. 447–450.*

⁵ *Vgl. Rep. 90, Nr. 1758, Bl. 69–70v.*

⁶ *Vgl. die Niederschr. v. 16.2.1921 über die Verhandlung beim Rklr. zur Frage der Kostenbeteiligung des Reiches, in: Rep. 90, Nr. 304, n.f.*

⁷ *Die Vorlage des FinMinr. v. 27.1.1921 in: Rep. 76, Ila Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 13, Bl. 348–348v.*

⁸ *Der Antrag des Minr. dl (i. V. Freund) v. 21.1.1921 in: Rep. 90, Nr. 927, Bl. 76–76v.*

⁹ *Vgl. die Bekanntmachung des MinPräs. v. 17.2.1921 in: FinMinBl. Nr. 7/8 v. 23.4.1921, S. 150.*

¹⁰ *Die Vorlage (Antrag) des MöA v. 26.1.1921 mit dem aufgrund der Dresdner Verhandlungen aufgestellten preuß. Entwurf in: Rep. 120, C XVII 1 Nr. 75 Bd. 1, n.f.; vgl. auch die Niederschr. über die gemeinsamen Beratungen der Ländervertreter in Dresden v. 10.–15.1.1920, ebd. Der Entwurf eines Staatsvertrages, von RVMinr. Groener am 27.1.1921 übersandt, ebd.*

Besprechung beim Reichskanzler mit Vertretern der Preußischen Regierung und der Gewerkschaften sowie Mitgliedern des Reichstags am 30. Januar 1921.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 164, S. 434–439.

Anwesend: für Preußen Fischbeck.

Weitere Teilnehmer: für Preußen M. Peters, Ramm, L. Weber, Göhre, Mulert, v. Geldern, Fabowski.

Besprechung der Frage einer vermehrten Arbeitsbeschaffung.

Verhandlungen der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 5. Februar 1921.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 171, S. 457 f.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Besprechung der alliierten Note v. 29. Januar 1921 über die Entwaffnungs- und Reparationsfrage.

Nr. 171 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Februar 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 15–17v; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: Linz, Scheidt [für Stegerwald], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare v. Aschoff [zu 1–2], Schultz, König [beide zu 3], v. Achenbach [zu 3 und 7], H. Bachem [zu 6], Gall [zu 11], Peltzer, Ebenau [beide zu 12].

1. Auflösung der Landwirtschaftskammer Breslau. [B] — **2.** Auflösung des Landesökonomie-Kollegiums. [B] — **3.** Grundsätze für die Besetzung der Aufrückungsstellen.¹ Die tüchtigsten Beamten ohne Rücksicht auf ihr Alter können in die Aufrückungsstellen einrücken, aber es werden eine nachträgliche Verleihung und ein Anspruch der Beamtenausschüsse auf Anhörung abgelehnt. [B] — **4.** 44 Ernennungen und sechs Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — **5.** Einberufung des neuen Landtags zum 10. März 1921. [B] — **6.** Widerruf der Freigabe des Kronfideikommiß Flatow-Krojanke aus der Beschlagnahme.² Ermächtigung des Finanzministers, die Freigabe-Verfügung vom 19. April 1919 zu widerrufen.³ [B] — **7.** Arbeitszeit der Beamten; vertagt. — **8.** Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung⁴ zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 im Finanz- und Innenministerium. [B] — **9.** Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung⁵ über eine veränderte Verfassung des Landesgewerbebeamten. [B] — **10.** Ablehnung eines Gedenkblasses oder einer Erinnerungsplakette anlässlich der Abstimmung in Ost- und Westpreußen und in Schleswig-Holstein.⁶ [B] — **11.** Zustimmung zum Entwurf⁷ von Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Schutz von Denkmalen und Kunstwerken. [B] — **12.** Die Bürobeamten werden verpflichtet, die Reisekostenrechnungen für die Referenten und Dezernenten der Behörden aufzustellen. [B]

¹ Die Vorlage des FinMinr. (Weber) v. 29.1.1921 in: Rep. 90, Nr. 730, n.f.; hier auch die Voten der Minr.

² Die Vorlage des FinMinr. v. 5.2.1921 in: Rep. 90, Nr. 94, n.f.; hier auch ein ausführliches Prot. zum TOP.

³ Erfolgte durch Verfügung des FinMinr. v. 26.2.1921; vgl. Rep. 120, CB I Nr. 155 Bd. 2, n.f. u. Rep. 84a, Nr. 43479, Bl. 233–234.

⁴ Vgl. VO v. 7.2.1921, GS, S. 271.

⁵ Vgl. VO v. 7.2.1921, GS, S. 261.

⁶ Die Vorlage des Minr.dI v. 19.1.1921 in: Rep. 151, IA Nr. 7309, n.f.; das Votum des JMinr. v. 5.2.1921, ebd.

⁷ Die Vorlage des WissMinr. v. 17.1.1921 mit dem Entwurf in: Rep. 90, Nr. 1796, n.f. Vgl. die Ausführungsbestimmungen v. 7.2.1921, GS, S. 336.

Nr. 172 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 18–19v; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Stegerwald. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: Freymuth, Freund [für Severing], L. Weber [für Lüdemann], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare C.H. Becker [zu 1 und 3], Remak [zu 1].

1. Abweisung der beabsichtigten Klage von Mitgliedern des Oberverwaltungsgerichts gegen das Altersgrenzengesetz.¹ [B] — 2. Zuweisung der Geschäftszweige des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an andere Ministerialressorts; vertagt. — 3. Zwölf Ernennungen und sieben Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 4. Die Schutzpolizei hat das Gerichtsgefängnis in Schönlanke [...] zu räumen. [B] — (5. Der dem Reichsrat vorliegende Entwurf² eines Reichsmietgesetzes. Kein ablehnendes Verhalten der preußischen Vertreter [...] gegenüber dem Grundgedanken des Entwurfs, doch einzelne Bedenken und Antrag auf Schaffung einer zweiten Instanz, die gegen Entscheidungen der Mieteinigungsämter angerufen werden kann.³ [B])

¹ Die Vorlage des MinPräs. (i. V. Göhre) v. 11.2.1921 mit der Eingabe von Mitgl. des OVG, in: *Rep.* 76, IIa Sekt. 56 Gen. Nr. 1 B, Bl. 266–269; hier auch das Schreiben des Vizepräs. des OVG an das StMin., Bl. 254–266; das Votum des JMinr., Bl. 252–253v.

² Vgl. Entwurf eines Gesetzes über Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) in: *Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 24, S. 3–22*; von RArbMinr. Brauns u. RJMinr. Heinze dem ReichsR übersandt am 25.1.1921.

³ Vgl. *Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 25. Sitzung am 21.4.1921, S. 256 f. u. 267–272, Anlage (die vom ReichsR zugestimmte Fassung)*; kein Bezug auf den beabsichtigten preuß. Antrag. – Vgl. das Reichsmietengesetz v. 24.3.1922 (am 1.7.1922 in Kraft getreten), *RGBl. I, S. 273*; Ebel, Martin (RegR im RArbMinm.), *Das Reichsmietengesetz, 3 Bde., Berlin 1922 u. Walther, Wilhelm/Diefke, Max, Kommentar zum Reichsmietengesetz nebst den Ausführungsvorschriften der wichtigsten Länder und den Ortsverordnungen von Berlin, Berlin 1922*. Vgl. auch Führer, Karl Christian, *Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt, Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995, S. 52–56 u. 139–141*.

Nr. 173 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 20–22v; MF 1023. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 4 Nr. 11 Bd. 1, Bl. 184–186v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: Hirsch, Wildermann, Linz, Freymuth, Brecht [RK], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, L. Weber, R. Krohne, Brose [beide zu 2–4], Grunow [zu 2], Articus [zu 2–3], Mothes [zu 2], Niermann [zu 2–3], Bank [zu 2–4], Huth [zu 2], v. Meyeren [zu 2–4], Conze, Moll, v. Schenck [alle zu 1], Thoholte [zu 3], C.H. Becker, Dulheuer, Schultz, v. Loebell [alle zu 7].

1. Die Wohnungsluxussteuer in Berlin.¹ Vor ihrer Genehmigung *ist sie* zunächst dem [...] Reichsfinanzminister *vorzulegen mit der Frage*, ob die Steuerverordnung mit den Interessen der Reichsfinanzen vereinbar *ist*.² [B] — 2. Zuweisung der Geschäftszweige des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten *an das Handels-, Landwirtschafts- und Innenministerium zum 1. April 1921*.³ [B] — 3. Preußen *beansprucht* bei den Verhandlungen mit dem Reich die Ruppiner Wasserstraßen.⁴ [B] — 4. *Verreichlichung der Wasserstraßen. Erledigung der Beschlüsse*⁵ des Landeswasserstraßenbeirats vom 29.1.21 betr. die Übertragung der Wasserstraßen auf das Reich *durch das* vom Staatsministerium genehmigte vorläufige Übereinkommen⁵ [...] mit dem Reich. [B] — 5. *14 Ernennungen und zwölf Verlängerungen der Altersgrenze*. [B] — 6. *Reichsgesetzentwurf*⁶ über den allgemeinen Trauertag. *Wird der Entwurf* von der Reichsregierung nicht zurückgezogen, *ist* im Reichsrat gegen die Vorlage zu stimmen. [B] — (7. Durchführung des Grundschulgesetzes. *Bericht des Wissenschaftsministers* über die [...] mit dem Reich gepflogenen Verhandlungen. *Zusage des Reichsfinanzministers*, daß das Reich 50% der Preußen aus der Durchführung des Gesetzes entstehenden Kosten *übernimmt. Haenisch wird* gegen die Stimme *Lüdemanns ermächtigt*, das Grundschulgesetz nunmehr auszuführen. *Lüdemann erhebt Einspruch* [...] auf Grund der Bestimmungen über eine sparsame Finanzwirtschaft. [B] — (8. *Erlaß einer Notverordnung*⁷ über die *Verlängerung der Einberufung des Provinziallandtags* von Niederschlesien *angesichts der bevorstehenden Abstimmung* in Oberschlesien. [B] — 9. *Ernennung*. [B])

¹ Die Vorlage des Minr.dI zugleich im Namen des FinMinr. v. 4.2.1921 in: Rep. 151, II Nr. 1099, Bl. 29–29v; hier auch die Voten der Minr. Der Entwurf der von der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 11.2.1921 beschlossenen Wohnungsluxussteuer u. die Ordnung dafür, Bl. 73–77; dem RFinMinr. überreicht am 9.3.1921.

² Die Ordnung für eine Wohnungsluxussteuer der Stadtgemeinde Berlin v. 28.9.1921 in: Rep. 151, II Nr. 1099, Bl. 119 bis 124. Vgl. die vom Referenten im StMinm. Conring am 21.10.1921 formulierten Bemerkungen zu der Berliner Wohnungsluxussteuer, Bl. 126–130v.

³ Die Vorlage des MöA v. 6.2.1921 in: Rep. 90a, B III 3 Nr. 11, Bl. 166–168; die Voten von HandMinr. u. LandMinm. in: Rep. 84a, Nr. 10059, Bl. 178–179v u. 181; der Erlaßentwurf des Präs. des StMinm. v. 14.1.1921 in: Rep. 93, B Nr. 210, Bl. 168–169. Niederschriften über die Verhandlungen am 28.12.1920, 4.1. u. 19.2.1921 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 60 Adhib. 2, Bl. 14–22v u. 37–40v.

⁴ Die Vorlage des MöA v. 2.1.1921 mit dem techn. Votum des Referenten Bormann v. 26.12.1920 in: Rep. 120, C XVII 1 Nr. 75 Bd. 1, n.f.; hier auch weiteres Material.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁶ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 43.

⁷ Vgl. den Antrag des Minr.dI (i. V. Freund) v. 1.3.1921 in: Rep. 84a, Nr. 9841, Bl. 25v–26. Vgl. die Notverordnung über den Zusammentritt des Provinziallandtags der Provinz Niederschlesien und die nachträgliche Erhebung von Provinzialsteuern für die Provinzen Ober- und Niederschlesien v. 2.3.1921, GS, S. 335. Vom LT am 19.4.1921 genehmigt; vgl. GS, S. 419.

Nr. 174 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 23–25v; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Haenisch, am Zehnhoff, Oeser, Stegerwald, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Wildermann, Linz, Dönhoff [für Fischbeck], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, Bohne [zu 1], C.H. Becker [zu 1, 3–5], Mulert [zu 4], Krüß, Bruns, Helbig, Jöhlinger [alle zu 5].

1. Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder. Verteilung *der bewilligten finanziellen Mittel, die erhöht werden.*¹ [B] — 2. 46 Ernennungen und 17 Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 3. Beendigung der Tätigkeit der parlamentarischen Staatssekretäre und der Beiräte [...] in den Ministerien; *erfolgt* mit dem Zusammentritt des Landtages.² [B] — 4. Behandlung des Gesetzentwurfs³ über die Provinzialautonomie. *Der Entwurf liegt* den Provinziallandtagen [...] zur gutachterlichen Äußerung vor. Über die Grundsätze der Verwaltungsreform *muß* das neue Kabinett *anhand der* Gesetzentwürfe von Staatskommissar Drews beschließen. [B] — 5. Ausgestaltung der Akademie für praktische Medizin in Düsseldorf⁴; *vertagt*, da über die finanziellen Folgen [...] keine genügende Klarheit *besteht*. [B] — (6. *Bericht von* Meister über die Verhandlungen im Reichsrat beim Etat des Reichswehrministeriums. Preußen *wird* dem Plane des Reichswehrministers, in militärischen Gebäuden Wohnungen für Offiziere und Militärbeamte einzurichten, *nur bei den* Gebäuden *zustimmen*, für die der Rückfallsanspruch der Länder [...] nicht wohl geltend gemacht werden kann. [B] — 7. Wehrmachtsversorgungsgesetz. Preußen *macht seine* Zustimmung von *bindenden* Erklärungen *des Reichs* über die Versorgung der Schutzpolizei und der Beteiligung des Reichs an den Kosten dieser Versorgung *abhängig*. *Abgabe einer* Erklärung [...] hierüber im Reichsrat. [B] — 8. Vereinfachung der Reichsverwaltung.⁵ Plan des Reichsministers des Innern *über die* Einsetzung einer *gemischten* Kommission zur Beratung von Maßnahmen.⁶ Im Reichsrat *ist* zunächst *Vertagung* zu beantragen. [B])

¹ Die Vorlage des Minr.dI (Denkschrift) v. 20.2.1921 in: Rep. 90, Nr. 1099, n.f.

² Vgl. den Antrag der parlamentar. StS Freymuth u. Troeltsch v. 3.3.1921 in: Rep. 120, CB I Nr. 157, n.f.; vgl. auch Schneider, Die Parlamentarischen Staatssekretäre in Preußen 1919–1921, S. 578.

³ Das Schreiben von Drews v. 20.2.1921 an das StMinm., in der er über den Stand der Vorarbeiten für die Verwaltungsreform berichtet, in: Rep. 84a, Nr. 4272, Bl. 297–298; das Rundschreiben des MinPräs. v. 2.3.1921, Bl. 299, vgl. auch Rep. 77, Tit. 497a Nr. 33 Bd. 1, Bl. 436. Eine Aufzeichnung über den TOP 4 in: Rep. 90, Nr. 2300, Bl. 187.

⁴ Die Vorlage des WissMinr. v. 2.3.1921 in: Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 117–118v; der Vertragsentwurf, Bl. 119–124.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 57; dem ReichsR übersandt am 28.2.1921.

⁶ Die Beschlüsse des ReichsR über die Entsendung von 8 Mitgl. in die Komm. in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 18. u. 23. Sitzung am 15.3. u. 7.4.1921, S. 197 u. 233.

Nr. 175 Vertrauliche Sitzung der Minister am 16. März 1921.

Reinschr., Bd. 170, Bl. 26, Anlagen¹, Bl. 27–28v; MF 1023.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, Severing, Lüdemann, Stegerwald. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Weismann.

Lage an der poln. Grenze.² Die darüber gefaßten Beschlüsse sind nicht zu protokollieren gewesen. — (*Reichsschulgesetzentwurf*, Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung. Im Hinblick auf die politische Bedeutung des Gesetzentwurfs *und die nach* Ansicht des *Wissenschaftsministers* ganz *unerheblichen* Kosten für die Ausführung des Gesetzes *wird* Preußen bei der bevorstehenden Beratung [...] im Reichsrat nicht *darauf bestehen*, daß das Reich die aus der Durchführung des Gesetzes sich ergebenden Ausgaben für die Länder zu tragen *hat*.³ [B])

¹ Die Erklärung Haenischs v. 16.3.1921 an den Präs. des StMinm. zur Kostenfrage u. das Überreichungsschreiben v. 22.3.1921 an die Minr.

² Vgl. das Schreiben von StS Göhre v. 12.3.1921 an den Minr.dI in: Rep. 90, Nr. 2238, Bl. 119–119v.

³ Vgl. dazu Rep. 151, I C Nr. 7820; hier ein preuß. Abänderungsantrag zum Entwurf, Anlage zum Schreiben des FinMinr. v. 16.3.1921 an das StMinm., Bl. 83–87v.

Nr. 176 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 29–35v; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Oeser, Severing, Lüdemann. — Prot.: C. Busch [U].

Weitere Teilnehmer: O. Meyer, W. Busch, Wildermann, Brecht [RK], Fleischer [für Haenisch], Scheidt [für Stegerwald], Göhre, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare v. Bülow, Weismann, E. Delbrück, Mussehl, Loehrs, Surén, v. Halfern [alle zu 1], Articus, Mothes, Niermann, v. Meyeren [alle zu 2–4], Sympher [zu 2–4, 8], R. Krohne, Brose, Hoebel, Bank [alle zu 2–4], Rosenthal [zu 5], Berndt, Sonnenschein, Remak, Schamvogel [alle zu 7], König [zu 9].

1. Die Ausführmaßnahmen gegen Polen. *Sie sind nicht aufzuheben, da demnächst Wirtschaftsverhandlungen mit Polen beginnen.* [B] — **2.** *Nochmalige Beratung der Niederschrift über Punkt 2 der Beschlüsse vom 24. Februar 1921 betr. den Übergang der Geschäfte des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten auf andere Ministerien.¹ Der Wortlaut wird beibehalten.* [B] — **3.** *Weitere Wahrnehmung von Zuständigkeiten durch das Ministerium der öffentlichen Arbeiten bis zu einer gesetzlichen Regelung.²* [B] — **4.** *Verreichlichung der Wasserstraßen. Genehmigung des Staatsvertrages betr. den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich.³ Zusätzliche Forderungen für die bevorstehende Chefbesprechung und gegebenenfalls für die Verhandlungen im Reichsrat.* [B] — **5.** *Grundsätze für die Ortsklasseneinteilung.* [B] — **6.** *278 Ernennungen und drei Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — **7.** *Drei Pensionssachen; vertagt.* — **8.** *Medaillen für Verdienste um das Bauwesen; ihre Weiterverleihung wird abgelehnt.* [B] — **9.** *Das preußische Beamtendiensteinkommengesetz.⁴ Wegen des Einspruchs des Reichsfinanzministers gegen einzelne Vorschriften sind vom Finanzminister [...] Verhandlungen zu führen. Bei keinem Ergebnis ist das Reichsschiedsgericht anzurufen.* [B] — **(10.** *Preußen wird die erhöhten Gehälter an katholische Geistliche fortzahlen.* [B] — **11.** *Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Sangerhausen.⁵* [B])

¹ *Anlaß zur nochmaligen Erörterung gab die Beanstandung der Niederschr. hinsichtlich der Zuständigkeit für die Wasserstraßen durch den MöA; vgl. das im Auftrag von StS Göhre vom Büro des StMinm. an den MinPräs. gerichtete Schreiben v. 16.3.1921, in dem das Problem als beratungsreif bezeichnet wurde, in: Spezialakten, Bd. 17, Bl. 176. — Vgl. die Schreiben des MöA v. 2. u. 13.3. sowie die Vorlage v. 18.3.1921 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 60 Adhib. 2, Bl. 41 bis 41v u. 44–49 sowie Rep. 90a, B III 3 Nr. 11, Bl. 192 u. 194–199.*

² *Vgl. das Gesetz betr. anderweite Regelung der auf Gesetz beruhenden Zuständigkeit des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. 15.8.1921, GS, S. 487.*

³ *Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 1, S. 112–136, mit Anlagen; Zusatzvertrag mit Preußen, S. 137–145; dem LT übersandt am 3.4.1921. Vgl. das Gesetz über den Staatsvertrag betr. den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich v. 26.9.1921 u. den Staatsvertrag selbst, GS, S. 519 u. 520.*

⁴ *Die Vorlage des FinMinr. v. 19.3.1921 in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 14, n.f.; das Schreiben des RFinMinr. v. 11.3.1921 an die preuß. StReg., ebd.*

⁵ *Vgl. den Artikel: Die Polizeiaktion. Eine Erklärung der Preußischen Regierung. Der amtliche preußische Presse-dienst erfährt von zuständiger Stelle, in: Berliner Tageblatt Nr. 137 v. 23.3.1921.*

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium¹ am 28. März 1921.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 221, S. 614 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Fischbeck, am Zehnhoff, Stegerwald, Severing, Oeser.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Weismann.

Erörterung der Lage im mitteldeutschen Aufstandsgebiet. Ein Eingreifen des Militärs zu einer größeren Aktion wird erwogen.

¹ *Fischbeck hatte am 26.3.1921 infolge der aus dem mitteldeutschen Revier einlaufenden Nachrichten über die herrschenden Unruhen um die unverzügliche Einberufung einer Sitzung des StMinm. ersucht. Obwohl Braun die Sitzung für überflüssig hielt, ließ er dennoch zum 2. Oster-Feiertag 11 Uhr einladen. Danach wurde die vorgesehene Sitzung in eine gemeinschaftl. Sitzung des RMinm. mit dem StMinm. geändert; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 183 u. 187.*

Gemeinsame Ministerratssitzung mit dem Preußischen Staatsministerium am 29. März 1921.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 222, S. 615–618.

Anwesend: für Preußen Braun, Fischbeck, Oeser, Severing, Stegerwald.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Weismann.

1. Bericht Severings über die Lage, insbesondere in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet. Nahezu einhellige Meinung, die Reichswehr jetzt nicht einzusetzen, sondern die Aktion durch die Schutzpolizei zu Ende zu führen. — **2.** Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung außerordentlicher Gerichte. — **3.** Vorgehen gegen „Die Rote Fahne“ mit aller Schärfe. — **4.** Unterbringung und Bewachung der gefangenen Kommunisten.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium am 31. März 1921.

Druck: Das Kabinett Fehrenbach, Nr. 224, S. 620 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Fischbeck, Severing, Oeser, Lüdemann.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Weismann.

Lage in Mitteldeutschland. Abfällige Äußerung des Polizeioberst v. Klüfer über den angeblichen Amnestieerlaß von Oberpräsident Hörsing. Weitere Bereitstellung von Militär.

Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Zimmer 56) am 15. April 1921.¹

Reinschr., Bd. 170, Bl. 36–36v; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Stegerwald, Fischbeck, Oeser, am Zehnhoff, Haenisch, Severing, Lüdemann. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

1. Die Anzeige² von Stegerwald vom 9. April 1921 über die Übernahme der Geschäfte des Ministerpräsidenten durch ihn und seine Bitte an die Minister, die Geschäfte [...] weiterzuführen. Sie wird zurückgezogen. [B] — **2.** Bei etwa notwendig werdenden Sitzungen des bisherigen Kabinetts führt den Vorsitz Ministerpräsident Braun. [B] — **3.** Führung der laufenden Geschäfte des Ministerpräsidenten durch den Stellvertreter Fischbeck. [B] — **4.** Erörterung und Vertretung der preußischen Interessen gegenüber den am 1. Mai 1921 drohenden neuen Sanktionen³ des Feindbundes durch Fischbeck und Lüdemann gemeinsam mit der Reichsregierung. [B]

¹ Durch Stegerwald waren die Minr. um 17.15 Uhr zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen worden, Aktenvermerk Pfeiffers vom Büro des StMinm. v. 15.4.1921, in: *Spezialakten*, Bd. 17, Bl. 192.

² Vgl. *Rep. 90*, Nr. 2351, Bl. 138.

³ Vgl. das Schreiben des Minr.dI (i. A. Loehrs) v. 6.4.1921 an den MinPräs. in: *Rep. 90*, Nr. 281, Bl. 108–111.

Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 21. April 1921, 11 Uhr.

Reinschr., Bd. 170, Bl. 38; MF 1023. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: C. H. Becker, Saemisch, Warmbold, Göhre.

1. Aussprache über die Finanzlage Preußens. Saemisch schlägt einen anderen Weg als die bisherige Art Krieg zwischen dem Reich und Preußen über die Höhe der letzterem zuzuweisenden Steuererträge aus den Reichssteuern vor, falls er zum preuß. Finanzminister ernannt wird. Das Reich soll durch Verhandlungen [...] zu einer anderweitigen Verteilung der Reichsteuererträge an die Länder, insbesondere an Preußen, gebracht werden. Zustimmung aller Anwesenden. [B] — **2.** Beratung der Programmrede bei der Vorstellung des neuen Kabinetts vor dem Landtag. Letzte Redaktion des Entwurfs durch Becker und Göhre.¹ [B]

¹ Ein Prot. zu der für 18 Uhr anberaumten Sitzung, auf der der Entwurf der Programmrede nochmals vorlag, konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude am 23. April 1921.¹

Reinschr., Bd. 170, Bl. 40a, Anlage, Bl. 40b–40c; MF 1024.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Warmbold, Dominicus. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: L. Weber, Dönhoff, Althans.

Einverständnis mit der Übertragung des staatlichen Bergwerks Knurow [...] an Italien, wenn ganz Oberschlesien beim deutschen Reiche verbleibt. Voraussetzung ist dabei eine Entschädigung des Preußischen Staates durch das Reich. [B]

¹ *Auf Veranlassung von Fischbeck stattgefunden; vgl. das Schreiben von StS Dönhoff v. 25.4.1921 an StS Göhre über die Sitzung, Anlage.*

Nr. 180 Sitzung des Staatsministeriums am 26. April 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 41–43; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Vogels [zu 5 und 9], Henatsch [zu 7], v. Kameke [zu 8], v. Seefeld, Kühne, du Mesnil, König [alle zu 10].

1. Eidesleistung der neuen [...] Staatsminister.¹ — **2.** Bestellung *des ältesten Mitglieds* des Staatsministeriums, Handelsminister Fischbeck, *zum stellvertretenden Ministerpräsidenten.* [B] — **3.** Ernennung der neuen Staatsminister zu Bevollmächtigten zum Reichsrat. [B] — **4.** Ernennung von Warmbold und Saemisch [...] zu Ministern in evangelicis.² [B] — **5.** *Räumliche Einrichtung und Einberufung* des Staatsrats.³ Möglichst *beschleunigte* Wahl der Mitglieder aus Oberschlesien. [B] — **6.** *19 Ernennungen.* [B] — **7.** Antrag⁴ Bayerns an den Reichsrat betr. Umgestaltung der Steuergesetze; *vertagt.* — **8.** Trauergottesdienst *für die am 11. April 1921 verstorbene ehemalige Kaiserin Auguste Victoria im Berliner Dom.* Das Staatsministerium als solches *wird sich nicht daran beteiligen.*⁵ [B] — **9.** Verkündung des Gesetzes⁶ über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags. — *Das Etatsgesetz für 1921 soll gleichzeitig im Staatsrat sowie*

¹ *Die über die Vereidigung aufgenommene besondere Verhandlung liegt nicht bei u. konnte auch in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

² *Vgl. die Mitteilung des MinPräs. (i. A. Nobis) v. 30.4.1921 an den Ev. Oberkirchenrat in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 214 Bd. 1, Bl. 546.*

³ *Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Meister) v. 23.3.1921 in: Rep. 84a, Nr. 5164, Bl. 25.*

⁴ *Vom 22.3.1921 in: Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 89.*

⁵ *Die Vorlage des MinPräs. v. 22.4.1921 in: Rep. 90, Nr. 1920, n.f.; das Schreiben des Dom-Kirchen-Kollegiums v. 18.4.1921 u. die Antwort des MinPräs. (i. A. Nobis) v. 27.4.1921, ebd.*

⁶ *Vgl. das Gesetz v. 23.4.1921, GS, S. 361.*

im Landtag *behandelt werden, um unerwünschte Verzögerungen zu vermeiden.*⁷ [B] — **10.** Bestellung preußischer Beisitzer für das Reichsschiedsgericht und die Ressortzuständigkeit für die Anrufung. [B]

⁷ Vgl. das Rundschreiben des FinMinr. v. 30.4.1921 an den MinPräs. u. die Minr. in: Rep. 120, A I 1 Nr. 38 Bd. 16, Bl. 165.

Nr. 181 Sitzung des Staatsministeriums am 26. April 1921.

Reinschr., Bd. 170, Bl. 44; MF 1024.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

1. Abänderung des Beschlusses vom 9.5.1919: Justizminister H. am Zehnhoff werden nicht mehr nur zehn Jahre seiner Rechtsanwaltschaftigkeit, sondern zwanzig Jahre auf seine Dienstzeit angerechnet. [B] — **2.** Bewilligung des pensionsfähigen Dienstalters für Minister des Innern Dominicus.¹ [B]

¹ Die zwei Anlagen nicht beiliegend.

Besprechung beim Reichspräsidenten mit Mitgliedern des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums am 28. April 1921.

Druck: Das Kabinettt Fehrenbach, Nr. 241, S. 654–658.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Severing, Loehrs, Proske.

Schutz der Ostgrenze gegen äußere Bedrohung. Bewaffnete Abwehr bei irregulären Banden. Die Sozialdemokratie lehnt bewaffneten Widerstand bei einem Einmarsch auf Grund eines Entente-Mandats ab.

Nr. 182 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 45–47, Anlage¹, Bl. 48; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

¹ Änderung des Schlußabsatzes von TOP 1.

Weitere Teilnehmer: Hagedorn [zu 1], Albert [RK], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Hartung [zu 2], E. Delbrück [zu 3], Dankwerts [zu 3–4], Froelich [zu 4 und 12], Weyhe, Erythropel, Bank, Articus, Niermann, Mothes [alle zu 5], Weismann, K. Schellen [beide zu 6], Bruns, Remak [beide zu 8], Cronau, Waetzold [beide zu 10], Henatsch [zu 11], Abegg, Mackensy [beide zu 12], Vogels [zu 15–16].

(Bericht von Nobis über die Sitzung des Unterausschusses „Preußen“ der Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches.) — **1.** Entwurf eines Gesetzes² über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Zustimmung zum Umlageverfahren, aber Ablehnung der finanziellen Haftung der Länder und der Überschreitung des Aufbringungssolls von drei Millionen Tonnen.³ [B] — **2.** Keine Begnadigung bei drei Todesurteilen. [B] — **3.** Einverständnis mit den Richtlinien für den Schutz der oberschlesischen Beamten.⁴ [B] — **4.** Einstweilige Weiterführung der Flüchtlingsfürsorge. [B] — **5.** Zustimmung zu den Grundsätzen⁵ für den Haushaltsplan für 1921. [B] — **6.** Einführung einer Reichsausweiskarte für die Ausländer. [B] — **7.** Beantwortung der Kleinen Anfragen nach Aufhebung des Staatskommissariats für Volksernährung durch Landwirtschaftsminister Warmbold.⁶ [B] — **8.** Abänderung der Satzungen sämtlicher Hochschulen in bezug auf die Rechtsstellung der emeritierten Professoren.⁷ Ihnen steht kein Stimm- und Wahlrecht mehr zu. [B] — **9.** Fünf Ernennungen. [B] — **10.** Beschlußfassung über ein neues Preußisches Staatswappen sowie eine neue Preußische Staatsflagge; vertagt. — **11.** Zustimmung zum Entwurf⁸ einer Verordnung wegen Abänderung der Verordnung betr. das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen. [B] — **12.** Bewilligung weiterer planmäßiger Stellen für Landjägerbeamte; vertagt. — **13.** Ernennung von Staatsminister Dominicus zum neuen Vorsitzenden der Preußischen Parallelkommission zu der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs. [B] — **14.** Anschluß von Pymont an Preußen. Die Frage ist wohlwollend zu behandeln. [B] — **(15.** Einberufung und Konstituierung des Staatsrats am 6. Mai 1921. Sofortige Vorlage dringender Gesetzesentwürfe. [B] — **16.** Ersetzung der jetzigen Handelsflagge durch die alte. Stellungnahme zum Bestreben der Hansestädte, um Schwierigkeiten beim Wiederaufbau des deutschen Ansehens im Auslande zu vermeiden. Preußen wird grundsätzlich keine Schwierigkeiten machen, hält es aber für zweckmäßig, vor einem Antrag im Reichsrat [...] die Stimmung im Reichstag zu sondieren. [B])

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1 Nr. 110, S. 1–18; vom REMinr. Hermes dem RR vorgelegt am 14.4.1921.

³ Der Antrag Preußens betr. Abänderung des Gesetzesentwurfs, vom StKom. für Volksernährung im Auftrag des StMinr. dem ReichsR übersandt am 29.4.1921, u. Abänderungsvorschläge v. 30.4.1921 zu einzelnen §§, in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 8, n.f.

⁴ Die Richtlinien (Streng vertraulich!), im Ergebnis der Besprechung im MdI am 27.4.1921 festgestellt, in: Rep. 84a, Nr. 1570, Bl. 51–52.

⁵ Vgl. die Schreiben des FinMinr. v. 11.1. u. 12.4.1921 in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 139–141 u. Rep. 120, CB I Nr. 160 Bd. 1, n.f.; das Schreiben v. 21.1.1921 in: Rep. 84a, Nr. 7387, Bl. 201–203; das Votum des JMinr. v. 19.1.1921, Bl. 204–206av.

⁶ Der Entwurf der Antwort, vom LandMinr. Warmbold dem MinPräs. u. den Minr. übersandt am 5.5.1921, in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 28–28v; weitere Antwortentwürfe v. 1.6. u. 16.6.1921, Bl. 48–49 u. 59–60v.

⁷ Die Vorlage des WissMinr. v. 24.3.1921 in: Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 126–127; das Votum des HandMinr., Bl. 128.

⁸ Die Vorlage des FinMinr. v. 13.4.1921 in: Rep. 90, Nr. 1474, n.f. Vgl. VO wegen Abänderung der VO v. 15.11.1899 ... v. 29.4.1921, GS, S. 381.

Nr. 183 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 49–51; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht [für den StS RK], Mügel [für am Zehnhoff], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Articus, J. Niermann, v. Meyeren, Gerlach, Reuß, Huth, A. Niermann [alle zu II, 2], v. Halfern [zu II, 5], Suckow [zu II, 10], Sattelmacher [zu II, 1–2, 4–7], Sonnenschein [zu II, 2 und 7], Rohde [zu II, 4 und 7], Remak [zu II, 1 und 7], Schamvogel [zu II, 5 und 7], Landé [zu II, 6–7].

(I. Oberschlesien. Mitteilung des Ministers des Innern über die beabsichtigte heutige Erklärung¹ von Außenminister Simons im Reichstag über die Lage in Oberschlesien. Nobis berichtet über die gestrigen Verhandlungen des auswärtigen Ausschusses des Reichsrats, wonach die Anweisung an die stellvertretenden Reichsratsbevollmächtigten ergeht, bei derartig wichtigen Angelegenheiten sofort den Ministern Kenntnis zu geben. Finanzminister Saemisch macht Mitteilung über eine Unterredung mit dem [...] Reichsfinanzminister [...] wegen der Erzberger'schen Steuersache. Er wird nicht in das schwebende Verfahren eingreifen. [B]) — II. 1. Keine Begnadigung bei zwei Todesurteilen. [B] — 2. Auflistung von Gesetzentwürfen, die beim Staatsrat einzubringen sind.² Für Vorlagen an den Staatsrat werden die Adresse und der Wortlaut des Anschreibens an den Präsidenten formuliert. [B] — 3. Behandlung der Regierungsvorlagen im Staatsrat. Übersendung des Etats mit einem Schreiben und keine Vorlage mit einer Etatsrede. [B] — 4. Umbenennung des früheren Herrenhausgebäudes in „Staatsratsgebäude“; ist noch nicht spruchreif und deshalb zurückzustellen. Die Frage der Übertragung der Verwaltung des Gebäudes an den Wohlfahrtsminister³, um den Betrieb des Ministeriums ordnungsmäßig weiterführen zu können. [B] — 5. Staatsgelder für Oberschlesien, insonderheit von Staatsdarlehen zu Wohnungsbauten; wird bis zur endgültigen Entscheidung über Oberschlesien vertagt. — 6. Ernennung. [B] — 7. Fünf Pensionsachen.⁴ [B] — 8. Aufhebung der bei den Behörden bestehenden Ein- und Verkaufsstellen; vertagt. — 9. Gewährung eines weiteren Baukostenzuschusses an die „Kleinsiedlung Flensburg“; vertagt. — 10. Erneut zum Gesetzentwurf über Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.⁵ Bei Beschluß des Reichstags in der jetzt beabsichtigten Form werden die preußischen Bevollmächtigten im Reichsrat dahin instruiert, Einspruch zu erheben. Ein gemeinschaftliches Vorgehen der größeren Länder ist anzustreben.⁶ [B] — (III. Abweisung des Antrags⁷ der DNVP und DVP des Pommerschen Provinziallandtags nach Abberufung des Oberpräsidenten Lippmann und der anderen politischen Beamten. Dieser Beschluß überschreitet die gesetzliche Kompetenz des Provinziallandtags.⁸ [B])

¹ StenBerRT, 1. WP 1920, Bd. 349, 100. Sitzung am 3.5.1921, S. 3556 f.; die Ergänzung von Dominicus namens der RReg. am 4.5.1921 im LT in: Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 1, 16. Sitzung, Sp. 867 f. Material dazu in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 2, Bl. 183 ff.

² Die Vorlage des MinPräs. (i. V. Göhre) v. 15.4.1921 in: Rep. 90, Nr. 144 u. 194, n.f.

³ Vgl. das Schreiben des WohlMinr. an das StMinm. v. 2.5.1921 in: Rep. 84a, Nr. 5588, Bl. 300–300v.

⁴ Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 188, 372, 486, 566 u. 618.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 2.5.1921 in: Rep. 84a, Nr. 9183, Bl. 83–83v.

⁶ Der Reichsr beschloß am 23.6.1921, gegen den vom RT angenommenen Entwurf keinen Einspruch zu erheben; vgl. Verhandlungen Reichsr, Tagung 1921, 38. Sitzung, S. 490; vgl. auch das Gesetz v. 26.6.1921, RGBL. I, S. 773.

⁷ Vgl. das Schreiben (Antrag) des Minr.dI v. 3.5.1921 an den MinPräs. in: Rep. 84a, Nr. 4681, Bl. 233 u. die Große Anfrage der Abg. Braun, Heilmann u. Gen. v. 12.5.1921 in: Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 378, S. 282.

⁸ Vgl. dazu Möller, Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik, S. 191, Anm. 21, mit Bezug auf den TOP.

Nr. 184 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 6. Mai 1921.¹

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 52–53; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Badt, Reuß [beide zu II, 1], Rathenau [zu II, 2], Cronau, v. Achenbach [beide zu II, 4].

(**I. Informationen.** Verlesung des Berichts² des Mitglieds der Deutschen Delegation der Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenzen über die Durchführung der Wirtschaftssperre. *Fischbeck wird anheimgegeben, ihn dem Reichskabinett [...] zu geeigneter Zeit bekannt zu geben. — Mitteilungen von Dominicus über die Lage in Oberschlesien und von Stegerwald über die Lage im Reiche, Kabinettskrise, Sanktionen usw.) — II. 1. Gesetzentwurf über Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Staatsrats; vertagt. — Dem Gesetzentwurf³ über die Vereinigung von Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund wird zugestimmt. [B] — 2. Gewährung eines weiteren Baukostenzuschusses an die „Kleinsiedlung Flensburg“. [B] — 3. Fünf Ernennungen. [B] — 4. Grundsätze für die Zuständigkeit des Staatsministeriums und der Fachminister.⁴ Neue kommissarische Beratungen werden beschlossen. [B] — (III. 1. Gesetzentwurf⁵ betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens in Geestemünde. Zustimmung zur Vorlage an den Staatsrat. [B] — 2. Begnadigung der vom Schwurgericht in Bartenstein verurteilten Mitglieder des Bauarbeiterverbandes.)*

¹ Die Sitzung fand im Anschluß an die um 14 Uhr begonnene Eröffnungssitzung des StR statt; vgl. *Spezialakten, Bd. 17, Bl. 208.*

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Die Vorlage des HandMinr. v. 2.5.1921 mit dem Entwurf, Begründung u. 4 Anlagen in: *Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.; dem LT übersandt am 15.6.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 530, S. 532–535. Vgl. das Gesetz v. 22.4.1922, GS, S. 93.*

⁴ Die Vorlage des MinPräs. v. 18.1.1921 in: *Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 3–4v.*

⁵ Die Vorlage des MöA zugleich im Namen des FinMinr. v. 31.3.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: *Rep. 87, B Nr. 3689, Bl. 114 ff. (teilweise nicht foliiert); dem LT übersandt am 30.6.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 611, S. 629–631. Vgl. das Gesetz v. 31.7.1921, GS, S. 493.*

Nr. 185 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1921.¹

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 55–56; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

¹ Als vertraul. Besprechung des StMinm. über die politische Lage in Preußen in der Einladung angekündigt; vgl. *Spezialakten, Bd. 17, Bl. 211–212. Offenbar hatten vertraul. Besprechungen nur der StMinr. am 7. u. 9.5.1921 stattgefunden; vgl. die Einladungen: Vertrauliche Besprechung über die politische Lage (Bl. 209) u. Die außenpolitische Lage (Bl. 210). Näheres dazu konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

1. Zustimmung zur Vollstreckung eines Todesurteils. [B] — 2. Verlängerung der Altersgrenze bis zum 1. Oktober 1924 für den Oberstaatsanwalt Hagemann; jedoch kein Präzedenzfall für andere Fälle. [B] — 3. Zur Eingangsformel der Verkündung von Gesetzen. Prüfung, ob bei Verkündung von durch den Landtag angenommenen und durch den Staatsrat nicht beanstandeten Gesetzen die Eingangsformel [...] „mit Zustimmung des Staatsrats“ anzuwenden ist; solange Vertagung der Veröffentlichung bereits angenommener Gesetze. [B] — 4. Angelegenheiten des Staatsministeriums. Als regelmäßiger Sitzungstag [...] wird der Freitag jeder Woche bestimmt. Möglichste Beschränkung der Teilnahme und Entlastung der Sitzungen [...] durch kommissarische Beratungen, Sitzungen der Staatssekretäre sowie Chefbesprechungen bei allen minderwichtigen Angelegenheiten. Die Vertretung des Staatsministeriums in den Sitzungen des Reichskabinetts behält bis auf weiteres Staatssekretär Göhre. Eingehende Aussprache über den Termin einer durch die Vorgänge im Reich veranlaßten, etwaigen Umbildung des Kabinetts. [B]

Nr. 186 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Mai 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 57–58v; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: v. Meyeren [für Fischbeck], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Cronau, Waetzoldt [beide zu 3], Remak [zu 5], Meckelburg [zu 10].

1. Bericht über die Verhandlungen mit Bremen wegen Aufhebung der Fischerei- und der Industrieklausel des Preußisch-Bremischen Staatsvertrages; vertagt. — 2. Eingangsformel der vom Landtag beschlossenen Gesetze.¹ [B] — 3. Ein neues Preußisches Staatswappen.² Die Beschlußfassung wird aufgeschoben und von der Schaffung einer neuen Preußischen Staatsflagge einstweilig Abstand genommen. [B] — 4. Losreißung der Provinz Hannover.³ Genehmigung finanzieller Mittel für die Propaganda, um der Agitation entgegenzuwirken. [B] — 5. Die Nichtberücksichtigung ausgeschiedener Beamten bei der Vergebung von Aufrückungsstellen.⁴ Am Beschluß vom 7. Februar 1921 wird festgehalten. [B] — 6. Die Beteiligung der Gemeinden an der erhöhten Biersteuer wird grundsätzlich bejaht. [B] — 7. 23 Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — 8. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ über die Erweiterung des Stadtkreises Mönchen-Gladbach. [B] — 9. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Staatsrats mit zwei Maßgaben. [B] — 10. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁷ betr. den Aus-

¹ Die Vorlage (Gutachten) des JMinr. (i. V. Mügel) v. 19.5.1921 in: Rep. 90, Nr. 144 u. 194, n.f. Vgl. auch Sitzung am 3.6.1921, TOP 2.

² Vgl. das Schreiben des WissMinr. an den MinPräs. v. 13.4.1921 mit einer Denkschrift über zwei Entwürfe für ein neues preuß. Staatswappen, in: Rep. 151, HB Nr. 555, n.f.; hier auch das Votum des JMinr. v. 30.4.1921.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 3.5.1921 in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 19, n.f.; vgl. zu den Zielen der DHP (Welfenpartei): Bode, Gustav Noske als Oberpräsident, S. 360–424.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 30.4.1921 in: Rep. 90, Nr. 730, n.f.; hier auch die Voten der Minr.

⁵ Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 1, Nr. 429, S. 322–324; dem LT übersandt am 31.5.1921. Vgl. das Gesetz v. 15.7.1921, GS, S. 441.

⁶ Der Entwurf (ohne Begründung), mit Schreiben des Minr.dI v. 18.5.1921 dem MinPräs. übersandt, in: Rep. 84a, Nr. 5164, Bl. 42–44.

⁷ Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 3, Nr. 1521, S. 1634–1639; dem LT überreicht am 22.11.1921. Vgl. das Gesetz v. 15.7.1921, GS, S. 441; vgl. auch Stier, Staat und Strom, S. 265.

bau von Wasserkraften der unteren Fulda *mit einer* Maßgabe. [B] – (Göhre *berichtet über die heutigen Verhandlungen des Reichskabinetts*⁸ über Oberschlesien.)

⁸ Vgl. *Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 1, Nr. 7, S. 13 f.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 21. Mai 1921, 10.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921 und 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922, bearbeitet von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard am Rhein 1973, Bd. 1, Nr. 10, S. 22 f.

Anwesend: für Preußen Dominicus, Saemisch.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Oberschlesien. Die Preußische Regierung schließt sich einmütig dem Standpunkt der oberschlesischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an, kein Geld und keine Lebensmittel nach Oberschlesien einzuführen.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 21. Mai 1921, 15.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 11, S. 23 f.

Anwesend: für Preußen Dominicus, Saemisch.

Oberschlesien. Mitteilung des Reichskanzlers über seine Unterredung mit dem englischen Botschafter.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 22. Mai 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 12, S. 24.

Anwesend: für Preußen Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Überschaer.

Note an den französischen Botschafter Laurent.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 23. Mai 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 13, S. 25 f.

Anwesend: für Preußen Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Überschaer.

Lage in Oberschlesien. General v. Seeckt schlägt wegen unerwünschter Konsequenzen für die Wehrmacht vor, durch Verordnung die Bildung von Freiwilligenkorps unter Strafe zu stellen.

Nr. 187 Vertrauliche Sitzung des Staatsministeriums am 24. Mai 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 59–59v; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Saemisch, Warmbold. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, v. Kameke [beide zu 1–2].

(1. Auflösung der Selbstschutzorganisationen auf Grund [...] des Friedensvertrags. *Beratung des Entwurfs¹ des Antwortschreibens vom Minister des Innern Dominicus an den Reichsminister des Innern; wird im Hinblick auf die Auflösung der ostpreußischen Selbstschutzorganisationen [...] abgeändert. Ihre Auflösung soll nicht durch Preußen, sondern durch das Reich unter Hinweis auf den außenpolitischen Charakter der Aktion vollzogen werden.* [B] — **2.** Die künftige Gestaltung der deutschen Finanzwirtschaft. *Vorschläge nach der Annahme des Ultimatums der Entente² vom 10. Mai 1921 und Zustimmung zum Entwurf³ eines Anschreibens des [...] Finanzministers Saemisch an den Reichskanzler.* [B]) — *TO: Besprechung der kirchen- und schulpolitischen Fragen; die kirchenpolitischen⁴ werden erledigt.* [B]

¹ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

² *Vgl. das Ultimatum u. zur Behandlung im RT in: Ursachen und Folgen, Bd. 4, S. 339–350.*

³ *Die Vorlage des FinMinr. v. 23.5.1921 in: Rep. 90, Nr. 1346, Bl. 325–329.*

⁴ *Vgl. dazu das Rundschreiben von MinPräs. u. WissMinr. v. 20.5.1921: Zur Frage eines preußischen und eines Reichskonkordates, in: Rep. 90, Nr. 2381, Bl. 135–146.*

Nr. 188 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Mai 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 60–61v; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Saemisch, Warmbold. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Goslar; als Kommissare Cronau, Waetzoldt [beide zu 2], Stahn, Gähns, Bank [alle zu 4], Kalle [zu 5].

1. Antrag¹ Bayerns betr. die Regelung der Personentarife der Reichseisenbahnen. *Vertagung der Erörterung des [...] Antrags im Reichsrat bis die Vorverhandlungen mit dem [...] Reichsverkehrsminister abgeschlossen sind.* [B] — **2.** *Beschlußfassung über ein neues Preußisches Staatswappen. Man entscheidet sich für den neuen, nicht heraldischen, Entwurf und für Fraktur als Beschriftung.*

¹ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 133.*

[B] — 3. *Sechs Ernennungen.* [B] — 4. *Aufnahme von neuen Verhandlungen über die Gewährung einer Beihilfe für die Ausbesserung der Oderbrücke bei Tschicherzig.*² *Neue Verhandlungen über die Beteiligung von Reich, Kreis und Provinz.* [B] — 5. *Erteilung von Sichtvermerken an Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands zu internationalen Kongressen.*³ *Eine Beschlußfassung wird zurückgestellt.* Es sollen zunächst Verhandlungen [...] über die seitens der Regierung den Kommunisten gegenüber einzunehmende Haltung ganz allgemein stattfinden. [B] — 6. *Die Frage der Berechtigung des Staatsratspräsidenten, namens des Staatsrats gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz Einspruch zu erheben.*⁴ *Das Staatsministerium erklärt, daß dazu nur das Plenum des Staatsrats berechtigt ist. Mitteilung dieser Rechtsauffassung an den Präsidenten des Staatsrats, und zwar mit dem Bemerken, daß es demnach einer nochmaligen Beschlußfassung des Landtags über das Gesetz nicht bedarf.*⁵ [B] – (a. *Vertretung des Staatsministeriums bei der Eröffnung der technischen Messe in Breslau.* [B] – b. *Geld- und Lebensmittelsendungen nach dem besetzten Teil von Oberschlesien werden nur bei entsprechenden Sicherheiten erlaubt.*⁶ *Notwendigkeit des Erlasses von Anordnungen durch das Reich⁷ und Preußen, die es der Reichsbank und den Privatbanken unmöglich machen, Geld behufs Auszahlung an Privatbetriebe in das besetzte Gebiet [...] zu verbringen.* [B])⁸

² *Die Vorlage des MōA v. 31.3.1921, Erneuerung des Antrags v. 9.3.1921, in: Rep. 84a, Nr. 3257, Bl. 259–262.*

³ *Nachträglich vom Minr.dI zur Aufnahme in die TO beantragt; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 223.*

⁴ *Vgl. den Einspruch des Präs. des StR Adenauer v. 20.5.1921 gegen das Gesetz über die Bestellung von Mgl. des ReichsR durch die Provinzialverwaltungen, in: Rep. 90, Nr. 105, n.f.*

⁵ *Vgl. Sitzung des StR am 28.5.1921 (Beratung des Einspruchs des Präs.), in: Sitzungsberichte StR 1921, Sp. 80 f. Präs. Adenauer zog den Einspruch am 31.5.1921 zurück; vgl. Rep. 90, Nr. 105, n.f.*

⁶ *Der Antrag des Minr.dI im Einvernehmen mit dem FinMinr. v. 26.5.1921 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 2, Bl. 257.*

⁷ *Zu den aus außenpolit. Rücksichten geäußerten schwerwiegenden Bedenken des AA vgl. das Schreiben des Minr.dI an den MinPräs. v. 30.5.1921, in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 2, Bl. 265.*

⁸ *Offenbar schloß sich an die Sitzung eine vertrauliche Besprechung der ... Staatsminister mit dem Gegenstand an: 1) Schulpolitische Fragen; 2) Landwirtschaftspolitische Fragen; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 221v–222. Eine Einladung erging auch zu einer weiteren vertraul. Besprechung am 30.5.1921, 12 Uhr, im Gebäude des StMinm. (ohne Angabe einer TO); vgl. Bl. 225–226. Näheres dazu konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 189 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 62–64v; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund [zu 2–4, 7–8], v. Kameke, Hinsch, Froelich, v. Loebell [alle zu 7], Moll [zu 8].

(1. Besetzung der Stelle des Preußischen Bevollmächtigten in München.¹ *Sie soll nicht durch einen früheren Staatsminister, sondern [...] durch einen Beamten nach Gruppe 13, einen Ministerialrat,*

¹ *Offenbar als Vertrauliche Besprechung nur der StMinr. behandelt; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 228. — Mit der Einrichtung der Vertretung der RReg. in München am 1.4.1921 war die bisherige preuß. Gesandtschaft in München weggefallen. Dafür wurde die Stelle eines preuß. Bevollm. bei der bayer. StReg. geschaffen; vgl. dazu die Schreiben der preuß. MinPräs. Braun u. Stegerwald v. 1.4., 16.6. u. 30.6.1921, in: Rep. 84a, Nr. 11627. Bl. 161 u. 163–165.*

erfolgen. [B] — 2. *Nochmals die Eingangsformel der Gesetze.*² [B] — 3. *Zustimmung zum Gesetzentwurf*³ betr. die Erweiterung des Stadtkreises Witten. [B] — 4. *Sechs Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — (5. *Beendigung der Tätigkeit der parlamentarischen Staatssekretäre und der Beiräte in den Ministerien, die mit dem Zusammentritt des Landtags erfolgt ist. Der diesbezügliche Beschluß des Staatsministeriums unter Braun wird auf Grund der Nachfragen des ehemaligen Beirats Siering bekräftigt.*⁴ [B] — 6. *Amtsbezeichnung „Handelsgerichtsrate“ für die Handelsrichter; vertagt.*) — 7. *Erneute Stellungnahme zum Entwurf eines Reichsgesetzes betr. Beamtenräte. Antrag*⁵ Preußens *auf Streichungen und eine Änderung. Einbringung eines besonderen Antrags, der die Gruppenwahl [...] vorsieht. Ablehnung von Schlichtungsstellen. Widerstand der preußischen Vertreter im Reichsrat gegen weitergehende Forderungen der Beamtenberufsvertretungen, damit nicht eine Gefährdung der Verwaltungsorganisation eintritt.*⁶ [B] — 8. *Gesetzentwurf*⁷ zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes. *Zustimmung mit der Maßgabe, die §§ 13 und 43 abzuändern.* [B] — (9. *Finanzpolitik. Mitteilung des Finanzministers Saemisch über die Bildung eines Ausschusses von 6 Finanzministern der Länder [...] zur Klärung der Grundfragen der zukünftigen Finanzpolitik des Reiches u. der Länder. Er trägt Richtlinien vor und sieht als eine der wichtigsten Fragen an, ob [...] zur Erfüllung der Forderung des Entente-Ultimatums [...] mit Eingriffen in die Vermögenssubstanz vorzugehen ist; er hält diesen Weg für gefährlich.*⁸ [B])

² Vgl. die Notiz über eine telefon. Mitteilung von MinDir. Meister über die „Behandlung“ der Eingangsformel durch den Geschäftsordnungsausschuß des StR am 31.5.1921, in: Rep. 90, Nr. 194, n.f.; hier auch die Schreiben des MinPräs. v. 6.6.1921 an den LT u. StR. Vgl. auch Sitzung am 1.7.1921, (TOP 13).

³ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 670, S. 683–687 u. Anlagen; dem LT überreicht am 4.7.1921. Vgl. das Gesetz v. 29.7.1921, GS, S. 479.

⁴ Vgl. das Schreiben Sierings v. 28.5.1921 an den MinPräs. u. die Antwort Stegerwalds v. 7.6.1921, in: Rep. 120, CB I Nr. 157, n.f.; dort weiteres Material.

⁵ Die Vorlage des MinPräs. (i. A. Nobis) v. 25.5.1921 mit einem neuen Antrag als Anlage, in: Rep. 151, I B Nr. 4490, n.f.; vorherige Anträge, ebd. – Vgl. auch Verhandlungen Reichsr, Tagung 1921, 38. Sitzung am 23.6.1921, S. 490 bis 492; die vom ReichR angenommene Fassung, Bl. 496–503, Anlage.

⁶ Zum Beschluß vgl. auch den Vermerk des FinMinr. v. 10.6.1921, in: Rep. 151, I B Nr. 4490, n.f.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI zugleich im Namen von FinMinr. u. HandMinr. v. 6.12.1920, in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 35 Bd. 5, n.f.; dem LT überreicht am 6.7.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 2, Nr. 683, S. 727–737. Vgl. das Gesetz v. 26.8.1921, GS, S. 495.

⁸ Vgl. den Vermerk von RegR Kempner v. 26.5.1921 betr. die Beteiligung der Länder am Finanzprogramm des Reiches, in: Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 1, Nr. 15, S. 29 f.; weiter die Hinweise zum Schreiben des preuß. FinMinr. an den Rklr. v. 25.5.1921 u. die Denkschrift des FinMinr. über die Reparationsverpflichtungen u. die Möglichkeiten, sie zu begleichen; der RK übersandt am 8.6.1921, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/20.

Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juni 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 66–67; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Warmbold, Saemisch. — Prot.: K. Schellen [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Dominicus], Huber, Hagedorn [beide zu 1], Göhre, Sachs, Frick, Goslar.

1. Die Beschlüsse des Reichstagsausschusses zum Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.¹ Gegen die Stimme von *Saemisch* wird beschlossen: Obschon gegen die [...] Haftung der Länder schwerwiegende staatsrechtliche und finanzielle Bedenken bestehen, soll aus politischen Gesichtspunkten von Preußen aus dieser Vorschrift kein Widerstand mehr entgegengesetzt werden. *Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister, um Vereinbarungen bei ganz besonders erschwerten Verhältnissen zu erreichen.*² [B] — 2. Beantwortung der *Großen Anfrage*³ über die Aufhebung der sogenannten Sanktionen und der rheinischen Zollgrenze; ausgesetzt bis zur Erledigung der Interpellation⁴ im Reichstage. [B] — 3. *Drei Ernennungen*⁵ und *Verlängerung der Altersgrenze*. [B] — 4. *Beschluß über die Amtsbezeichnung der Beisitzer für Handelssachen*. [B] — (5. *Personalsache* des Studiendirektors Burg in *Berlin-Charlottenburg*. [B])

¹ Vgl. Drucks. RT, I. WP 1920, Bd. 367, Nr. 1957, S. 1–18; von REMinr. (i. V. Huber) dem RT vorgelegt am 4.5.1921; vgl. auch ebd., Nr. 2062, S. 1781 f.: *Beschluß des Unterausschusses für Ernährung u. Landwirtschaft zum Gesetzentwurf*.

² Vgl. die Vereinbarung des REMinr. mit Preußen, dem Ausschuß für Volkswirtschaft des ReichsR am 14.6.1921 übersandt, in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 8, n.f.

³ Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 1, Nr. 456, S. 488: *Große Anfrage Nr. 37 der Abg. Deerberg u. Gen. v. 6.6.1921*. „Sanktionen“ waren über die Städte Duisburg u. Düsseldorf verhängt worden. Vgl. dazu Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 55 v. 7.3., Nr. 57 v. 9.3., Nr. 59 v. 11.3. u. Nr. 63 v. 16.3.1921.

⁴ Von Stresemann u. Gen. v. 2.6.1921 in: Drucks. RT, I. WP 1920, Bd. 367, Nr. 2094, S. 1793.

⁵ Die Ernennung des kommissar. Landratsamtsverw. v. Windheim in Winsen zum LandR wurde rückgängig gemacht; vgl. die Änderung zum Prot. v. 17.6.1921, Bl. 68.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 13. Juni 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 27, S. 60–62.

Anwesend: für Preußen Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Kalle.

(1. *Übernahme der Bauver- und Remonteverwaltung vom Reichsschatz- auf das Arbeitsministerium.*) — 2. *Politische Lage: Erörterung der Interpellation wegen der Ermordung des unabhängigen bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis. Das Staatsministerium wird um Aufhebung des noch in einzelnen Teilen Preußens bestehenden Ausnahmestands gebeten.* — (3. *Beförderungstarife für Zeitungsdruckpapier.*)

Nr. 191 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 15. Juni 1921, 16 Uhr.¹

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 69–69v; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Kalle, Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar.

¹ Vgl. *Spezialakten, Bd. 17, Bl. 231.*

Aufhebung des Belagerungszustandes in Preußen aus Anlaß der Interpellation² der Unabhängigen im Reichstage zum Falle Gareis. Das Staatsministerium erklärt sich mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes *in* der Provinz Sachsen mit Ausnahme *von elf Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg* einverstanden. In Ostpreußen dagegen *ist der* Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten. [B] — (Etatsberatung des Reichswirtschaftsministeriums im Reichsrat. Richtlinie *für die* preußischen Reichsratsbevollmächtigten, *einem Antrag auf* Erhöhung des [...] Reichszuschusses zur Leipziger Messe nur mit der Maßgabe *zuzustimmen*, daß der erhöhte Betrag zum Teil den Messen in Frankfurt und Breslau zugute kommt. [B])

² Von Aderhold u. Gen. v. 11.6.1921 in: *Drucks. RT, I. WP 1920, Bd. 367, Nr. 2146, S. 1850.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern im Reichstagsgebäude am 15. Juni 1921, 17 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. I, Nr. 30, S. 68–71.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

1. *Politische Lage: Dominicus teilt den Beschluß des Staatsministeriums über die Aufhebung des Ausnahmezustands für die Provinz Sachsen mit Ausnahme einzelner Kreise mit. Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands in Ostpreußen. — (2. Übernahme der Remonte- und Bauverwaltung vom Reichsschatz- auf das Reichswehrministerium.) — 3. Verordnungsentwurf über die weitere Erhöhung der Teuerungszuschläge zu den Tagegeldern der Schöffen und Geschworenen. — 4. Lage in Oberschlesien. Zur Forderung des französischen Botschafters nach Zurückziehung des deutschen Selbstschutzes. — 5. Besprechung der Sanktionen im Reichstage. — 6. Besetzung der Stelle eines Leiters der Pressestelle der Reichsregierung. — 7. Interpellation Aderhold und Genossen betr. die Ermordung des unabhängigen bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis; vertagt.*

Nr. 192 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 17. Juni 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 70–71; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Bohne [zu I, 1], Sonnenschein [zu I, 2], Gottstein, O. Krohne, v. Tschammer [alle zu I, 3], Bracht [zu I, 1–2].

I. 1. *Abstimmungsgebiete Marienwerder und Allenstein.¹ Die Art der Verteilung der bereitgestellten finanziellen Mittel wird beibehalten. [B] — 2. Politische Bedeutung der Wohlfahrtspflege im besetzten rheinischen Gebiet. Für die Zwecke der Jugendpflege und der sonstigen Wohlfahrtspflege*

¹ *Zur Vorlage des Minr.dI v. 25.5.1921 vgl. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, I A Nr. 7310, n.f.*

wird ein Betrag von 15 Millionen vorschußweise zur Verfügung gestellt. Dabei dürfen diese Mittel keine Aufwendungen mit dauernden Verpflichtungen für den Staat nach sich ziehen. [B] — 3. Hebammenwesen. Zustimmung zum Gesetzentwurf.² [B] — 4. Sieben Ernennungen. [B] — 5. Zuständigkeit für die Angelegenheiten der Juden und Sekten.³ Sie geht vom Geschäftsbereich des [...] Ministers des Innern auf den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über. [B] — 6. Dienstinstruktion für die Gendarmerie vom 30.12.1820. Der § 28 wird abgeändert.⁴ [B] — 7. Gesetzentwurf⁵ zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung. Zustimmung zu den vom Minister des Innern mitgeteilten Anträgen⁶ Preußens. [B] — (II. 1. Gewährung von Reichsbeihilfen an die Freistaaten Hamburg und Bremen im Reichshaushalt. Instruktion der preußischen Reichsratsbevollmächtigten, für Absetzung des einmaligen Haushaltsnachtrags zu wirken, dabei aber möglichst die Führung nicht zu übernehmen, sondern sich ev. einem entsprechenden Antrag eines anderen Landes anschließen, ansonsten ev. auch gegen die Bewilligung zu stimmen.⁷ [B] — 2. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁸ über Abänderung der Verordnung betr. ein vereinfachtes Ent eignungsverfahren vom 11. September 1914. [B] — 3. Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die beim Büro des Reichspräsidenten usw. beschäftigten Beamten. Instruktion der preußischen Reichsratsbevollmächtigten, dem Haushaltsnachtrag zuzustimmen. [B] — 4. Zustimmung zum Erlaß⁹ des Innenministers betr. Unfähigkeit von Kommunisten zur Bekleidung eines wichtigen obrigkeitlichen Amtes in der Staats- oder Gemeindeverwaltung. [B])

² Die Vorlage des WohlMinr. v. 10.6.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 357–396; das Votum des JMinr. v. 15.6.1921, Bl. 455–456; das Material auch in: Rep. 84a, Nr. 10996, Bl. 9–48. — Zum Weg bis zur Verabschiedung des Gesetzes vgl. Krohne, Otto (GehOMedR u. MinR im WohlMinm.), Das preußische Hebammengesetz vom 20. Juli 1922 und die Gesetzesnovellen vom 31.12.1922 und vom 15.3.1923. Das Gesetz, seine Begründung und die Ausführungsbestimmungen (nebst den Vorschriften über Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Hebammen sowie den Dienstanweisungen für die Hebammen und die Kreisärzte), Osterwieck 1923; vgl. ferner Hirtsiefer, Heinrich, Die Bedeutung des neuen Preußischen Hebammengesetzes in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 529–531 (Amtl. Preuß. Pressedienst v. 28.7.1922) u. 25 Jahre Preußische Medizinalverwaltung, S. 303–320.

³ Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 31.5.1921 in: Rep. 84a, Nr. 2053, Bl. 181–181v; das Votum des FinMinr., Bl. 183. Vgl. auch Birnbaum, Max P., Staat und Synagoge 1918–1938. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, Tübingen 1981, S. 20 f.

⁴ Vgl. das Schreiben des MinPräs. (i. V. Göhre) an die Minr. v. 13.6.1921 u. die Vorlage des Minr.dI v. 3.6.1921, in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 257–258. Vgl. GS 1821, S. 10; der § 28, S. 19: Über die Befugnis der Gendarmen, auch ohne Autorisation der vorgesetzten Behörde, sich der ihnen anvertrauten Waffen zu bedienen. Vgl. auch Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, S. 493–496.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 101, S. 1–6; von RMinr.dI Koch dem ReichsR vorgelegt am 5.4.1921. Zur Entstehungsgeschichte des Artikels 18, der Gebietsänderungen und Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs beinhaltete, vgl. Anschütz, Gerhard, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, 12. Aufl., Berlin 1930, S. 132 ff.

⁶ Die Vorlage des Minr.dI v. 13.6.1921 mit den Anträgen in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Beiakten 1, Bl. 17–22v; die beschlossenen Anträge (mit einer Änderung), Bl. 26–27v.

⁷ Kein direkter Bezug in den Verhandlungen u. Drucks. dazu. Am 20.6.1921 beschloß der ReichsR, die Gewährung von Reichsbeihilfen u. zinslosen Darlehen vorläufig abzusetzen; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 36. Sitzung am 20.6.1921, S. 478.

⁸ Die Vorlage des HandMinr. v. 10.6.1921 mit dem Entwurf u. Begründung, in: Rep. 191, Nr. 56, Bl. 226 u. 202–205; ein abgeänderter Entwurf v. 4.7.1921 (ohne Begründung) in: Rep. 76, Ila Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 5.7.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 2, Nr. 684, S. 737–739; die endgültige Fassung v. 14.7.1921, ebd., Nr. 817, S. 914 f. Vgl. das Gesetz v. 31.7.1921, GS, S. 485.

⁹ Zur Absicht des Minr.dI, einen derartigen Runderlaß herauszugeben, vgl. sein Schreiben an den Präs. des StMinm. v. 17.5.1921 in: Rep. 87, B Nr. 19313, Bl. 124 u. Rep. 197A, Gen. A I Nr. 19, n.f.; vgl. den Erlaß des Minr.dI an die OPräs. u. RegPräs. v. 16.6.1921 u. den vom Amtl. Preuß. Pressedienst bearbeiteten Erlaß, als ein Erlaß am 20.6.1921 verkündet, in: Rep. 90, Annex K Nr. 135, n.f. Der Runderlaß von Dominicus wurde durch Erlaß des Minr.dI Severing v. 8.12.1921 aufgehoben; vgl. die Bestimmungen an die OPräs. u. RegPräs. in: Rep. 87, B Nr. 19313, Bl. 184–184v u. Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 253–253v; vgl. weiterhin Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 337 f. Zur Anrechnung von Dominicus v. 7.5.1921, eine vorübergehende Zensur für alle kommunistischen Agitationsblätter in Deutschland anzuordnen, vgl. Rep. 151, HB Nr. 891, n.f.; über eine diesbezügliche Besprechung mit den Reichsressorts am 20.5.1921 vgl. Rep. 87, B Nr. 19313, Bl. 125.

Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 20. Juni 1921.

Vollz. Reinschr. mit einer hs. Korrektur, Bd. 170, Bl. 72–73; MF 1024. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1104, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: K. Schellen [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Frick, Goslar; als Kommissare Dunkelbeck, Überschaer, v. Halfern [alle zu 1], Erythropel [zu 2], Krause [zu 3].

1. Maßnahmen aus Anlaß des Aufstandes in Oberschlesien¹; a. *der Ministerpräsident soll, gestützt auf Unterlagen, beim Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt [...] über die bolschewistischen Zustände im oberschlesischen Industrieviertel und wegen einer einheitlichen strengen Durchführung der Absperrung der von den Polen besetzten Teile vorstellig werden*²; b. *vorschußweise Bewilligung von finanziellen Mitteln für die Flüchtlingsfürsorge, die das Reich zu erstatten hat*; c. *vorläufig keine finanziellen Mittel für wirtschaftliche Entschädigungen*; d. *Bestellung von S. v. Grolmann*³ [...] zum preußischen Staatskommissar. [B] — **2.** *Annahme des Gesetzentwurfs*⁴ über die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921. [B] — **3.** *Der Gesetzentwurf*⁵ betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung *wird* angenommen. [B] — **(4.)** *Frick teilt aus der heutigen Sitzung des Reichsrats mit: Freifahrtkarten der Reichsratsmitglieder auf den Eisenbahnen aus dem Etat des Reichsministeriums des Innern. Reichsinnenminister a.D. Koch ist als Nachfolger für [...] Graf Roedern zum Vorsitzenden der Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches in Aussicht genommen, wogegen Stegerwald unter der Hand beim Reichsminister des Innern [...] Vorstellungen erheben wird. Zwei Ernennungen.* [B]

¹ *Die Vorlage des Minr.dI. v. 18.6.1921 in: Rep. 90, Nr. 1104, n.f., beiliegend auch Aufzeichnungen u. sein Schreiben v. 13.6.1921.*

² *In der Sitzung hatten der Minr.dI u. HandMinr. Ausführungen [...] über die Verhältnisse in Oberschlesien gemacht. Deshalb das Ersuchen des StMinm. an beide, umgehend die Unterlagen für die [...] zu erhebenden Vorstellungen zu übersenden; vgl. das Schreiben v. 22.6.1921 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 2, Bl. 302. Die Antworten beider Minr., Bl. 306 u. 308. — Zur Ausführung des Beschlusses vgl. Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 3, Bl. 49–50: Anschreiben des StMinm. v. 18.7.1921 zur Übersendung einer Denkschrift über die bolschewistische Bewegung im oberschles. Industriegebiet mit 28 Anlagen an den Rklr., in dem auf die enge Verbindung der VKPD mit Sowjetrußland u. den poln. Kommunisten hingewiesen wurde, hier Bl. 49.*

³ *Die Ernennung durch den Rklr. u. den Präs. des StMinm. v. 20.6.1921, in: Rep. 171, Nr. 47, Bl. 46.*

⁴ *Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 1, Nr. 672, S. 695–718; dem LT übersandt am 5.7.1921. Vgl. das Gesetz v. 30.7.1921, GS, S. 449.*

⁵ *Die Vorlage von LandMinr. u. FinMinr. v. 15.6.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 1, Bl. 428–432; dem LT übersandt am 7.7.1921, Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 1, Nr. 708, S. 780 f. Vgl. das Gesetz v. 6.8.1921, GS, S. 482.*

Nr. 194 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 24. Juni 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 76–77; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Krüß [für C. H. Becker], Göhre, Frick, Goslar; als Kommissare Badt [zu 2], König [zu 6–7], H. Bachem [zu 3].

1. Ausdehnung der [...] Ermächtigung *der Gerichte, Freiheits- und Geldstrafen auszusetzen und zu erlassen.*¹ [B] — **2.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*² *betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats mit Änderungen.* [B] — **3.** *Regelung der Angelegenheiten des Prinzen Friedrich Leopold; vertagt.*³ — **4.** *Fünf Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — **5.** *Der Vorschlag der Reichsregierung auf Ernennung des Fürsten Hatzfeld zum Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete wird gebilligt, doch von seiner gleichzeitigen Bestallung [...] zum preußischen Staatskommissar abgesehen.* [B] — **6.–7.** *Zustimmung zum Entwurf*⁴ *der Ausführungsbestimmungen zum Beamtendiensteinkommengesetz und zum Gesetzentwurf*⁵ *betr. Änderungen des Beamtendiensteinkommengesetzes.* [B] — (Katastrophe auf der Zeche Mont-Cenis.⁶ *Am Zehnhoff wird gebeten, ein Rechtsgutachten über die Zuständigkeit des Reichstags zur Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen in Angelegenheiten, in denen verfassungsmäßig das Reich das Gesetzgebungsrecht hat, aber nicht ausübt, abzugeben.* [B])⁷

¹ *Der Erlaß des StMin. in: JMinBl. Nr. 26 v. 1.7.1921, S. 369.*

² *Die Vorlage des Minr.dI v. 24.6.1921 mit den Änderungsvorschlägen zum Gesetzentwurf in: Rep. 84a, Nr. 5164, Bl. 68–69; der Entwurf dem LT übersandt am 7.7.1921 mit der gutachterl. Äußerung des StR, der das StMin. nicht beigetreten war, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 2, Nr. 727, S. 830–832. Vgl. das Gesetz v. 25.7.1922, GS, S. 197.*

³ *Die Vorlage des FinMinr. (i. V. Weber) v. 23.6.1921 in: Rep. 90, Nr. 94, n.f.; vom FinMinr. wurden in der Sitzung erste Mitteilungen über die Angel. unterbreitet; vgl. den Vermerk vom Vertr. des Bürodir. Pfeiffer, ebd.; vgl. weiter die Sitzung am 1.7.1921, TOP 8.*

⁴ *Die Vorlage des FinMinr. v. 21.6.1921 in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 14, n.f.*

⁵ *Der neue beglaubigte Entwurf in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 14, n.f.; hier auch die früheren Fassungen v. 2. u. 25.5.1921. Vgl. das Gesetz v. 24.11.1921, GS, S. 553.*

⁶ *Zum Grubenunglück auf der westfäl. Zeche am 20.6.1921 vgl. auch die Sitzung des RKab. am 27.6.1921, in: Die Kabinete Wirth I u. II, Bd. 1, Nr. 37, S. 91 u. Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 143 v. 22. u. Nr. 144 v. 23.6.1921.*

⁷ *In einer anschließenden vertraulichen Sitzung sollen die StMinr. noch über die Regelung der Verhältnisse nach dem Ableben des Grafen Eulenburg, Minr. des vormals kgl. Hauses, verhandelt haben; vgl. den Vermerk von Göhre in: Rep. 90, Nr. 403, n.f.*

Nr. 195 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 1. Juli 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 78–80; MF 1024. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck¹, am Zehnhoff, Becker, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Brecht [RK], Dönhoff [für Fischbeck], Freund [für Dominicus], Nobis [und als Kom. zu 4], Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare v. Baerensprung [zu 1], Suckow [zu 2], Schamvogel [zu 3], Remak [zu 4], H. Bachem, Zachariae [beide zu 8].

1. *Auffüllung des Kohlenausgleichsfonds für Ostpreußen²; vertagt, da zunächst noch eine Chefbesprechung der beteiligten Ressortminister abzuhalten ist. — 2. Dem Gesetzentwurf³ über die Erhö-*

¹ *In den Spezialakten jedoch vermerkt: Behindert durch Reichstag, Bd. 17, Bl. 246.*

² *Vgl. den Vermerk des Minr.dI (i. A. Loehrs) v. 30.6.1921 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 84a, Nr. 1547, Bl. 208 bis 209.*

hung der Kataster-Fortschreibungsgebühren *wird zugestimmt*. [B] — **3. Billigung des Gesetzentwurfs**⁴ über die Verstärkung des Provinzialschulkollegiums in Berlin *auf Grund* der Bildung der neuen Stadtgemeinde. [B] — **4. Zustimmung zum Beschlußentwurf**⁵ über die Wiederunterbringung der Wartegeldempfänger *mit einem Zusatz des Handelsministers*. [B] — **5.** Gewährung einer einmaligen Notzulage an die Beamten *sowie* Angestellten und Lehrer [...] im oberschlesischen Aufstandsgebiet. [B] — **6. Vier Ernennungen**. [B] — **7.** Die Führung der Preußischen Stimmen im Reichsrat *nach dem* Hinzutritt der von den Provinzialverwaltungen gewählten Mitglieder.⁶ Das Staatsministerium behält sich vor, allgemein oder für besondere Fälle *die* Mitglieder für die Stimmführung in dessen Ausschüssen *zu benennen*. [B] — **8.** Sanierungsaktion zu Gunsten des Prinzen Friedrich Leopold.⁷ Die Maßnahmen, *die der Finanzminister* zur Regelung der Vermögensverhältnisse des Prinzen [...] in der Schweiz getroffen hat, *werden gebilligt*. [B] — **9.** Nachprüfung der Ausführungsbestimmungen⁸ zum Volksschullehrer-Dienstleistungsgesetz durch den Landtag. Grundsätzlich *brauchen* Ausführungsbestimmungen *zu Gesetzen* dem Landtage nicht zur Nachprüfung *vorgelegt zu werden*. *Trotzdem wird dem entsprechenden Antrage*⁹ Siering stattgegeben, *obgleich dieser ohne Kenntnis des Staatsministeriums eingebracht worden ist*. [B] — **10.** Stellungnahme Preußens im Reichsrat zur Behandlung der Vorlage¹⁰ der Reichsregierung auf Änderung des Körperschaftssteuergesetzes, im Hinblick auf die Frage der Durchführung der Steuerreform im Reich. *Auftrag an die Reichsratsbevollmächtigten, die* Vertagung der Beratung der Vorlage zu beantragen *und die Reichsregierung um ihre Stellungnahme zum Beschluß* des Reichswirtschaftsrates *zu ersuchen*. *Von der Reichsregierung wird die baldige Vorlage eines Überblicks* über ihr Steuerprogramm *und seine Durchführung erwartet, wobei sich besonders die Frage nach der Sicherstellung des Zusammenhangs* zwischen direkten und indirekten Steuern *und einer Verkopplung der Steuergesetze stellt, um den Ländern die Möglichkeit der Mitwirkung zu erhalten*. [B] — **11. Gesetzentwurf**¹¹ über den Sitz des Landeskulturamts für die Provinz Schleswig-Holstein. Sitz *wird nicht* Kiel, *sondern* Schleswig. [B] — **(12.** Gewährung von Reichsbeihilfen *und* zinsloser Darlehen [...] für die Freistaaten Hamburg und Bremen. *Vorbesprechung unter den Ministern darüber*. [B] — **13.** Wortlaut der Verkündigungsformel von Landesgesetzen. [B] — **14.** Oberschlesienfeier. Die Vertretung der Preußischen Regierung *erfolgt durch den Ministerpräsidenten*. [B] — **15.** Mitteilungen zur Flüchtlingsfürsorge in Oberschlesien. — **16.** Antrag¹² Graf v. Keyserlingk zum oberschlesischen Aufstand. *Durch den Minister des Innern soll versucht werden, die Verhandlung im Staatsrat zurückzustellen*. [B])

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 26.6.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 3, n.f. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 5.11.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1379, S. 1554–1556. Vgl. das Gesetz v. 14.6.1922, GS, S. 155.

⁴ Die Vorlage des WissMinr. v. 15.6.1921 mit dem Entwurf in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 90 Beiheft 4 B, Bl. 161–165; der neue, am 29.6.1921 übersandte Entwurf nebst Begründung, Bl. 173–176; eine Notiz des Kom. v. Baerensprung, Bl. 169–170v. Vgl. das Gesetz v. 12.1.1922, GS, S. 29.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁶ Die Vorlage des MinPräs. v. 10.6.1921 in: Rep. 90, Nr. 105, n.f.; hier auch das Schreiben des FinMinr. v. 16.6., die Voten von Minr.dI u. LandMinr. v. 18.6. sowie des JMinr. v. 20.6.1921.

⁷ Zum Problem der Übernahme der Schulden des Prinzen durch den preuß. Staat vgl. die Ausführungen von JusR Wagemann v. 30.6.1921, in: Rep. 84a, Nr. 43480, Bl. 62–64; vgl. weiterhin Heinig, Hohenzollern, S. 150–156.

⁸ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 649, S. 646–671; dem LT übersandt am 4.7.1921.

⁹ Vgl. den Antrag der Abg. Siering, König u. Gen. v. 6.5.1921 auf sofortige Nachprüfung der Ausführungsbestimmungen durch das StMinm., in: Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 303, S. 246. Der Antrag des LT-Ausschusses v. 16.6.1921, den Antrag Siering anzunehmen, ebd., Nr. 560, S. 550.

¹⁰ Vgl. Drucks. Reichsr, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 169, S. 1–6; von RFinMinr. Wirth dem Reichsr vorgelegt am 16.6.1921.

¹¹ Die Vorlage des LandMinr. v. 27.6.1921 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 6, Bl. 346–348; der umgearbeitete Entwurf v. 16.7.1921, Bl. 352–354; dem LT übersandt am 31.10.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1354, S. 1536. Vgl. das Gesetz v. 22.12.1921, GS, S. 568.

¹² Vgl. Drucks. StR 1921, Nr. 38. Durch Entschließung des StR v. 2.7.1921 zurückgezogen, ebd., Nr. 51. Vgl. auch Rep. 90a, D I 2 Nr. 19 Bd. 2, Bl. 307 u. Bd. 3, Bl. 8–8v.

Nr. 196 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 5. Juli 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 81–82v; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Goslar; als Kommissare Moll [zu 1], Waetzoldt [zu 3], v. Baerensprung [zu 5–6], Badt [zu 1], E. Delbrück [zu 5–6].

1. Die vom Staatsrat begutachteten und abgeänderten Gesetzentwürfe. Beschlußfassung über Grundsätze, wie sich das Staatsministerium bei voller oder teilweiser Zustimmung zu den Gutachten verhält. [B] — **2.** Spende des Preußischen Staatsministeriums für die notleidenden Oberschlesier; von der Stiftung einer Spende ist jetzt abzusehen. [B] — **3.** Staatswappen. Mehrheitliche Befürwortung des Entwurfs¹ für das neue Preußische Staatswappen und Maßnahmen zur Beschaffung der Wappensiegel und Stempel für alle Behörden. [B] — **4.** Sieben Ernennungen. [B] — **(5.)** Verhaltensmaßregeln für die oberschlesische Beamtenschaft.² Eine einheitliche Entscheidung mit der Reichsregierung ist vor einer endgültigen Beschlußfassung zu treffen. [B] — **6.** Thronlehen Oels. Prüfung der Angelegenheit, ob es in staatliche Verwaltung zu übernehmen ist.³ [B]

¹ Zum Beschluß des StMinm. vgl. das Schreiben des WissMinr. v. 9.9.1921 an den FinMinr. in: Rep. 77, Tit. 144 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 7 u. 15–16; vgl. auch Rep. 197A, Gen. A I Nr. 39, n.f.

² Die Vorlage des HandMinr. v. 3.7.1921 in: Rep. 84a, Nr. 1570, Bl. 128; Anlaß der Vorlage war die Eingabe des Bergrevierbeamten für Süd-Kattowitz, BergR Westphal, v. 27.6.1921, Bl. 129.

³ Vgl. das Schreiben der Kronprinzessin Cecilie v. 5.7.1921 u. die Antwort des MinPräs. v. 6.7.1921 (Streng Geheim!), in: Rep. 90, Nr. 236, n.f. Zum Ergebnis der Prüfung vgl. das Antwortschreiben des FinMinr. v. 18.7.1921 an den MinPräs., daß dem Standpunkt der beiden JMinr. Heine u. Rosenfeld vom Dez. 1918, Oels gehöre zum Privateigentum der kgl. Familie, nicht beigetreten werden könne u. eine Übernahme in staatl. Verwaltung keineswegs der endgültigen Auseinandersetzung vorgreifen würde, ebd.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern im Reichstagsgebäude am 7. Juli 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 45, S. 125 f.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen E. Delbrück.

1. Oberschlesien. Nur der preußische Innenminister soll den Reichskanzler bei seiner geplanten Reise nach Breslau begleiten. — **2.** Beteiligung des Reichs an den Kosten einer etwaigen Neuregelung der Lehrerbildung (Gesetzentwurf über die Ausführung des Artikels 143 der Reichsverfassung) und Fragen der zukünftigen Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten.

Nr. 197 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 12. Juli 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 83–85, Abänderung¹, Bl. 86–87; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Dominicus, Warmbold. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Fischbeck], L. Weber [für Saemisch], Mügel [für am Zehnhoff], Krüß [für C.H. Becker], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Mackensy [zu 1], Kalle, Metz [beide zu 2], Moll [zu 11], Niermann [zu 12].

1. Stand der Verhandlungen über den Anschluß von Pymont an Preußen. Billigung der Grundlage, auf der die Vorverhandlungen mit Pymont² [...] bisher geführt worden sind. *Bildung einer Kommission für die Einzelverhandlungen.*³ [B] — **2.** Erneute Stellungnahme zum *Gesetzentwurf über die Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamts und von Landeskriminalpolizeibehörden.* Für Vertagung der *Beratung* im Reichsrat, um besonders die *Haltung* Bayerns, Württembergs und Badens zu dem Entwurfe zu klären. [B] — **3.** Entschädigung für die von den Provinzialverwaltungen gewählten Vertreter zum Reichsrat. *Erste Beratung des Entwurfs⁴ des Finanzministers, der im allgemeinen gutgeheißen wird.* [B] — **4.** *Gesetzentwurf⁵ über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamte.* Die Stimmen Preußens im Reichsrat sind für den Entwurf abzugeben. [B] — **5.** Die von einer Partei gewünschte Bekanntgabe der bei den einzelnen Ministerien bestehenden Referate und der Zugehörigkeit ihrer Inhaber zu politischen Parteien. *Das Gesuch wird mit einem ablehnenden Bescheid beantwortet.* [B] — **6.** *Ernennung und zwei Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — **7.** Die Einrichtung einer von der Akademie der Wissenschaften zu verleihenden Leibnizmedaille in Bronze zur Anerkennung der Verdienste von Ausländern um die deutsche Wissenschaft.⁶ Dem Vorschlage Beckers zur Genehmigung der Verleihung wird zugestimmt. [B] — **8.** Wiederbesetzung erledigter Stellen deutscher Mitglieder des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Künste; vertagt.⁷ — **9.** Entschädigung der oberschlesischen Beamten für Sach- und Rechtsschäden im Einvernehmen mit den Reichsressorts.⁸ [B] — **10.** *Regelung der Zahlung der Pensionen an [...] noch vom Freistaat Danzig oder im Memelgebiet weiterbeschäftigte Ruhegehaltsempfänger.* Mit Danzig und Memel sind Verhandlungen über ein Abkommen aufzunehmen. [B] — **11.** *Kraftfahrzeugsteuer.* Die Wirkung einer Reichs-Kraftfahrzeugsteuer auf die von Preußen im

¹ Zu TOP 1.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 11.7.1921 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Pymont Bd. 1, Bl. 232–232v; das Schreiben von Minr.dI u. FinMinr. v. 8.7.1921 an den MinPräs., der Reisebericht über die Besprechung am 23.6.1921 über die Anschlußfrage u. Richtlinien für den Anschluß Pymonts an Preußen, in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 67–76. Material auch in: Rep. 84a, Nr. 9873, Bl. 275 ff.; das Gutachten der Zentralstelle für die Gliederung des Dt. Reichs zur Frage Waldeck-Pymont (Druck), Bl. 294–302.

³ Vgl. auch die vom MinPräs. veranlaßte Änderung des Beschlusses in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 85 u. 97.

⁴ Vgl. VO zur Ausführung des § 9 des Gesetzes v. 3.6.1921 über die Bestellung von Mitgl. des ReichsR durch die Provinzialverwaltungen in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 351–352.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 167; von RJMinr. Schiffer dem ReichsR vorgelegt am 13.6.1921. Der ReichsR stimmte am 14.7.1921 dem Entwurf nicht zu; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 43. Sitzung, S. 561 f. Vgl. das Gesetz v. 25.4.1922, RGBl. II, S. 465.

⁶ Die Vorlage des WissMinr. (i. A. Klotzsch) v. 19.5.1921 in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 26, n.f.; das Votum des LandMinm. v. 6.6.1921, ebd.

⁷ Vgl. die Bemerkungen des JMinr. (i. V. Mügel) v. 13.7.1921 zur Erörterung des Gegenstandes in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 26, n.f.

⁸ Vgl. Sitzung des RKab. am 16.7.1921 in: Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 1, Nr. 50, S. 135.

Interesse der Wegeunterhaltung beabsichtigte Einführung einer allgemeinen Fahrzeugbesteuerung.⁹ Die Zustimmung zur Erhöhung des Reichsstempels auf Personenkraftfahrzeuge und zur Ausdehnung der Stempelpflicht auf Lastkraftfahrzeuge im neuen Reichsgesetz wird von der Aufnahme einer Vorschrift abhängig gemacht.¹⁰ [B] — 12. Gesetzentwurf über die Abänderung kirchenpolitischer Gesetze; vertagt. — (Antrag eines Filmunternehmens zu Aufnahmen in Potsdam und Sanssouci [...] für eine Filmtrilogie „Friedericus Rex“.)

⁹ Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Loehrs) v. 30.6.1921 in: Rep. 120, C V Nr. 77, n.f.; die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, II Nr. 1039, n.f. Der Entwurf eines Reichs-Kraftfahrzeugsteuergesetzes, von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 11.7.1921, Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 193, S. 1–8 u. Anlagen; die vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 53. Sitzung am 22.10.1921, S. 659 u. 720–723, Anlage 9. Die Entwürfe eines preuß. Fahrzeugsteuergesetzes (A), eines Reichsmantelgesetzes (B) u. der Begründung (C), vom MdI ausgearbeitet, in: Rep. 120, C V Nr. 77, n.f. u. Nr. 79, Bd. 1, n.f.; hier auch weiteres Material zur Kontroverse um den Gesetzentwurf.

¹⁰ Vgl. zum Beschluß das Schreiben des Minr.dI (i. V. Freund) v. 21.7.1921 an den RFinMinr. in: Rep. 151, II Nr. 1039, n.f.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 15. Juli 1921, 11 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 49, S. 133–135.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Becker.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Niermann, E. Delbrück.

Abschluß eines Reichskonkordats. Aus bestimmten außenpolitischen Gründen sollen zur Zeit keine Schritte unternommen werden. Ständige Fühlungnahme zwischen den beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts wegen der großen Wichtigkeit der Angelegenheit.

¹ Vgl. die Einladung der RK v. 13.7.1921 zu einer Chefbesprechung beim Rklr., in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1317, Bl. 116.

Nr. 198 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 15. Juli 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 88–89v; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis [und als Kom. zu 8], Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Hagedorn [zu 1], Falkenhayn [zu 4], Gürich [zu 8], Dankwerts, Schmitz [beide zu 9].

1. Durchführung des Getreideumlageverfahrens. Nach dem Vortrag Hagedorns über die außerordentlichen Schwierigkeiten der Durchführung erklärt sich Dominicus bereit, sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten [...] darauf hinzuweisen, daß das Umlageverfahren mit allem behördlichen Nachdruck durchgeführt werden soll. [B] — **2.** Auffüllung des Kohlenausgleichsfonds für Ost-

preußen.¹ Voraussetzung für die Beteiligung des Staates an der Aktion *ist* die Beteiligung des Reichs und der Provinz. [B] — **3.** Mitteilung über die Beratungen der Finanzministerkonferenz² vom 4.–6. Juli 1921; *vertagt*. — **4.** Abänderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920.³ *Formulierung von Grundsätzen für den Entwurf⁴ einer Notverordnung, die durch den Minister des Innern erfolgen soll.* [B] — **5.** Wiederbesetzung erledigter Stellen deutscher Mitglieder des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste; *vertagt*. — **6.** *Gesetzentwurf* betr. Abänderung kirchenpolitischer Gesetze; *vertagt*.⁵ — **7.** *Vier Ernennungen.* [B] — **8.** Verhandlungen mit Bremen wegen Aufhebung der Fischerei- und der Industrieklausel des Preußisch-Bremischen Staatsvertrages.⁶ *Ein Verzicht auf die Industrieklausel ist vorzubereiten; die Aufhebung der Fischereiklausel kommt vor dem Ende der Erweiterung des Fischereihafens Geestemünde [...] nicht in Betracht. – Weiterhin dilatorische Behandlung der Frage der Subventionierung der Freistaaten Hamburg und Bremen aus dem Reichshaushalt.* [B] — **9.** Amtsbezeichnung „außerplanmäßiger Regierungsrat“ an Regierungsassessoren; *die Beilegung bedarf einer einheitlichen Regelung aller Ressorts.* [B] — **10.** Flüchtlingsfürsorge in Oberschlesien. Vereinbarung [...] zwischen dem Reichsfinanz- und dem Preußischen Finanzministerium *über die Übernahme der durch den polnischen Aufstand entstandenen besonderen Kosten. Einverständnis, daß der 500-Millionen-Fonds zur Beseitigung von Schäden in den Grenzgebieten [...] überschritten wird.* [B]

¹ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 12.6.1921 in: Rep. 120, C IX 2 Nr. 45, n.f., u. die Schreiben des Vertreters des OPräs. von Ostpreußen beim Reichs- u. StMinm. v. 2. u. 9.7.1921 in: Rep. 203, Nr. 277, H. 1, n.f.

² Vgl. die Sitzungssache für das StMinm., verfaßt vom Referenten Bergbohm, in: Rep. 151, II Nr. 731, Bl. 88. Er vermerkte, daß der FinMinr. nach Schluß der Staatsministerial-Sitzung den StMinr. vertrauliche Mitteilungen über die Beratungen des Finanzministerausschusses gemacht hat.

³ Der Bezirksausschuß u. das OVG hatten die Kommunalwahlen vom Juni 1920 für ungültig erklärt; zum Hintergrund vgl. Splanemann, Brandenburg und Berlin, S. 797–801; vgl. auch Rep. 77, Tit. 227a Nr. 91 Bd. 1, Bl. 5 ff. u. Nr. 90 Beiheft 4 H, Bl. 132 ff. (v. a. Zeitungsausschnitte).

⁴ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 23.6.1921 an den Minr.dI u. die Antwort v. 4.7.1921 in: Rep. 77, Tit. 227a Nr. 91 Bd. 1. Vgl. weiterhin ebd., Nr. 90 Beiheft 11, Bl. 1–2; die Entwürfe einer VO zur Sicherung einer geordneten Verwaltung in der Stadt Berlin, Bl. 4–11 u. 36–39, die Erläuterungen zur Not-VO, Bl. 43–48. Vgl. VO v. 30.7.1921, GS, S. 445. Am 15.9.1921 dem LT zur Genehmigung überreicht, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 2, Nr. 1050, S. 1159 bis 1161.

⁵ Auf Antrag des WissMinr. v. 14.7.1921 wegen der eingegangenen unterschiedlichen Voten zu der Frage; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 258; der Entwurf v. 25.5.1921 in: Rep. 120, CB I Nr. 103d Bd. 5, n.f., hier auch das Votum des LandMinr. v. 4.7.1921.

⁶ Der Antrag des bremischen Senats an die preuß. StReg. v. 5.2.1921 in: Rep. 84a, Nr. 7555, Bl. 9–10; der Präs. des StMinm. am 21.6.1921 dazu, Bl. 8.

Nr. 199 Sitzung des Staatsministeriums in der Leipziger Straße 2/Leipziger Platz 11 am 29. Juli 1921.¹

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 90–91v, Anlage², Bl. 92–93; MF 1025. — Abschriften: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 267/1, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Scheidt [für Wohlfinr. Stegerwald], Krüß [für C.H. Becker], Dönhoff, Göhre.

¹ In der Dienstwohnung des HandMinr.

² Zu TOP 3: Ergebnis der Referentenbesprechung am 28.7.1921 über die Frage, ob die Beamten der etwaigen Abtretungsgebiete Oberschlesiens zurückzuziehen oder dort zu belassen sind.

1. Anerkennung des Deutschen Plebiszitkommissariats in Kattowitz als zeitige Vertretung der deutschen Bevölkerung des Abstimmungsgebiets.³ Das Preußische Kabinett *identifiziert sich mit dem Beschluß des Reichsministeriums*. [B] — 2. *Zwölf Ernennungen*. [B] — 3. Allgemeine Aussprache: a. angesichts der nahe bevorstehenden Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien *reist Dominicus* nach Schlesien, *um* noch einmal den Standpunkt der Preußischen Regierung zu der Frage [...] öffentlich zu dokumentieren; *vorherige Abstimmung* mit dem [...] Reichskanzler; b. das Kabinett hält *nach einer Vorsprache des Reichsministers Gradnauer* die Aufhebung des Belagerungszustandes [...] in der Provinz Ostpreußen und *im* Regierungsbezirk Merseburg [...] für noch nicht möglich⁴; c. die einstimmig *in einer* Referentenbesprechung für das Reich und Preußen *formulierten Vorschläge* über die etwaige Zurückführung der ober-schlesischen Beamten *werden* zum Beschluß erhoben. *Nochmalige besondere kommissarische Beratungen* über die rechtliche Sicherung der Zukunft der Lehrpersonen; d. Thronlehen Oels. *Eventuelle Übergabe von Park und Schloß an die* Verwaltung des neuen Generalbevollmächtigten des vormals Königlichen Hauses. Mit der Reichsregierung *soll* über die etwaige Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen *verhandelt werden*; e. *Ablehnung eines preußischen Beitrags* zu den Kosten der Verfassungsfeier *am 11. August*. *Baldige Beratungen über eine neue preußische Flagge*. [B]

³ Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 22.7.1921 in: Rep. 90a, DI 2 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 218.

⁴ Vgl. dazu das Schreiben des StKom. für öffentl. Ordnung (i. V. Kalle) v. 27.6.1921, in: Rep. 87, B Nr. 19313, Bl. 166 bis 168a.

Nr. 200 Sitzung des Staatsministeriums in der Leipziger Str. 2/Leipziger Platz 11 am 9. August 1921.¹

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 94–95; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], Dominicus, Saemisch. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Scheidt [für Wohlfinr. Stegerwald], Krüß [für C.H. Becker], Abicht [für Warmbold], Dönhoff, v. Kameke, Scherek; als Kommissare v. Gühlich [AA], Gf. Schulenburg [AA].

1. Genehmigung zum Ankauf des Hauses Rauchstraße 26 durch die rumänische Gesandtschaft. [B] — 2. *Bestimmung der* Regierungspräsidenten *zu der* Landesbehörde, *der* in Gemeinschaft mit dem Landesfinanzamt die Entscheidung gemäß § 59 Abs. 2 des Reichseinkommensteuergesetzes² *zusteht*. [B] — 3. *Zwölf Ernennungen*. *Abstandnahme* von der auftragsweisen Ernennung von F. Frankenburg zum Vertreter des Oberpräsidenten von Ostpreußen beim Reichs- und Staatsministerium. [B] — (4. *Keine Begnadigung bei zwei Todesurteilen*. [B])

¹ *In der Dienstwohnung des HandMinr.*

² Vgl. das Gesetz v. 29.3.1920, RGBl. I, S. 359, hier S. 378: *Verbindlichkeit der Entscheidung der Steuerbehörde für das Berufungsverfahren bei vorliegenden außerordentlichen Einnahmen*. Vgl. die Verfügung von FinMinr. u. Minr.dI v. 11.10.1921 in: FinMinBl. Nr. 18 v. 29.10.1921, S. 494 f.

Nr. 201 Sitzung des Staatsministeriums am 19. August 1921.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 170, Bl. 96–97v; MF 1025. — *Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Abicht [für Warmbold], Brugger, Nobis, Frick; als Kommissare Crusen [zu 5], R. Krohne [zu 1], Abegg, Bail, Moll [alle zu 1, 6–9].

1. Die Wahrung der preußischen Belange im Kleinbahndarlehenausschusse; von einer weiteren Vertretung durch den Minister des Innern² wird abgesehen. [B] — **2.** Wiederbesetzung der erledigten Stellen deutscher Mitglieder des Ordens pour le mérite. Für die Erhaltung der Institution [...] unter der Voraussetzung, daß eine Satzungsänderung vorgenommen wird, die nicht Artikel 109 der Reichsverfassung [...] verletzt. Einverständnis darüber, daß Universitäten verdienstvollen Personen [...] das Ehrenbürgerrecht verleihen dürfen. [B] — **3.** Sieben Ernennungen, je eine Verlängerung der Altersgrenze und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — **4.** Neue Amtsbezeichnungen³ für den ersten Dirigenten und die Mitglieder der Staatsschuldenverwaltung. [B] — **5.** Erteilung eines Agreements für den Fürsten von Hatzfeld-Wildenburg. Nach seiner Ernennung [...] zum Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete soll er zugleich zum Preußischen Staatskommissar bestellt werden. [B] — **(6.** Festlegungen zur Polizeistunde.⁴ [B] — **7.** Gesetzentwurf⁵ über Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern. Instruktion der preußischen Reichsratsbevollmächtigten, schon jetzt in eine Einzelberatung des Steuergesetzentwurfs einzutreten und die Reichsregierung zu ersuchen, einen Überblick über ihr Gesamtsteuerprogramm zu geben, aber eine Diskussion darüber tunlichst zu vermeiden. Preußischerseits sind keine Anträge auf Erhöhung der Steuersätze zu stellen. Der Antrag auf Beteiligung der Gemeinden an der Biersteuer und der Mineralwassersteuer soll durch den Minister des Innern selbst eingebracht werden.⁶ [B] — **8.** Stiftung des ehemaligen Kaisers an die Universität Marburg; sie ist nur bei einer Änderung der Satzungen zu genehmigen. [B] — **9.** Deutsch-italienischer Handelsvertrag. Der beabsichtigte Protest der bayerischen Regierung [...] wegen der Nichtbeteiligung [...] vor Abschluß des Vertrages soll in geeigneter Weise unterstützt werden.⁷ [B])

¹ Zu TOP 3 u. 4, Bl. 98–99.

² Der Antrag des Minr.dI v. 30.7.1921 in: Rep. 90, Nr. 1681, Bl. 80; das Schreiben an den HandMinr. v. 31.5.1921 u. weitere Schreiben, Bl. 82v–85v.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 30.7.1921 in: Rep. 90, Nr. 579, Bl. 105–105v.

⁴ Vgl. den Runderlaß des Minr.dI v. 19.8.1921 über die Neuregelung der Polizeistunde in Preußen u. sein Schreiben an die Bevollm. der Länder zum ReichsR, in: Rep. 84a, Nr. 3732, Bl. 48–49v. Der Erlaß wurde vom Amtl. Preuß. Presse-dienst veröffentl. am 23.8.1921; vgl. Rep. 90, Annex K Nr. 135a, n.f.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 200, S. 1–11; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 15.7.1921. Vgl. den Antrag von Minr.dI Dominicus v. 22.8.1921 zum Gesetzentwurf, die Anträge Preußens zum Gesetzentwurf, von FinMinr. Saemisch am 23.8.1921 dem HandMinr. für die Sitzung der vereinigten Ausschüsse für Steuern- u. Zollwesen sowie für Volkswirtschaft am 24.8. übersandt, in: Rep. 120, C V Adhib. 1 Nr. 28 Bd. 1, Bl. 140 u. 136–137.

⁶ Zur Erklärung Bayerns über die Biersteuer (Art. III) u. zu den vom ReichsR beschlossenen Änderungen vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 48. Sitzung am 17.9.1921, S. 619–622.

⁷ Vgl. zu den erst im Dez. 1924 aufgenommenen Vertragsverhandlungen: Die Kabinette Luther I u. II. 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926. 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Bd. 1, Boppard am Rhein 1977, S. 544 f., Anm. 2 u. 3.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Handelsminister am 25. August 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 74, S. 213 f.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1 Fischbeck.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, Loehrs.

1. Beantwortung der Note über Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen im Rheinland.

¹ *Vgl. die Einladung v. 24.8.1921, auch an Minr.dI Dominicus, zur Sitzung des RMinr. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1317, Bl. 146.*

Nr. 202 Sitzung des Staatsministeriums am 26. August 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 100–101v; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Wever [RK], Nobis, Frick; als Kommissare Schultz, Moll, Conze, Suckow [alle zu 2], Fleischer [zu 3].

1. Dem Gesetzentwurf¹ über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen wird zugestimmt. Ablehnung des Antrags des Innenministers auf Erhöhung der Provinzialdotationen um 200 Millionen jährlich. [B] — 2. Einverständnis mit dem Grundgedanken des Entwurfs² zur Verordnung betr. Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Aber Bedenken [...] gegen einzelne Punkte. [B] — 3. Verbleib der noch in Polen befindlichen deutschen Lehrer und Lehrerinnen über die Optionszeit hinaus. Vom Preußischen Staat wird die Rückkehr jederzeit zugesichert; und zwar bei voller Anwendung der Bestimmungen des Unterbringungsgesetzes und Anrechnung der ganzen im fremden Dienst zugebrachten Schuldienstzeit auf das Besoldungsdienstalter und das Ruhegehalt.³ [B] — 4. Drei Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 5. Die Zulassung von Universitätsprofessoren zur Rechtsanwaltschaft auf dem Verwaltungswege wird abgelehnt. [B] — 6. Reichsgesetzentwurf⁴ betr. Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder. Die preußischen Stimmen im Reichsrat sind im ablehnenden Sinne abzugeben.⁵ [B] — 7. Keine Begnadigung bei einem Todesurteil. [B] — 8. Personalveränderungen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet. Bis sich die Verhältnisse in Oberschlesien nicht wieder gefestigt haben, sind grundsätzlich keine Versetzungen vorzunehmen.⁶ [B] — (9. Schneller Erlaß⁷ einer

¹ *Die Vorlagen des FinMinr. v. 12.7. u. 23.8.1921 mit Entwürfen u. der nachgereichten Begründung (25.8.), in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 3, n.f.; hier auch die Voten von LandMinr. u. Minr.dI v. 20.6 u. 22.8.1921.*

² *Die Vorlage des Wohlfinr. u. FinMinr. v. 23.8.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 9183, Bl. 101 bis 103. Vgl. VO v. 22.11.1921, GS, S. 549.*

³ *Zum Beschluß vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 15.9.1921 an die Minr. in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 2, Bl. 383.*

⁴ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 180, S. 1–8; der Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes wurde von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 24.6.1921.*

⁵ *Vgl. den mit Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß des ReichsR, dem Entwurf nicht zuzustimmen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 58. Sitzung am 18.11.1921, S. 798a.*

⁶ *Vgl. die Schreiben des MinPräs. u. Minr.dI v. 19. u. 23.8.1921 in: Rep. 84a, Nr. 1570, Bl. 138–141.*

Verordnung, die den preußischen Staatsbeamten und Lehrpersonen *Notzuschläge* wie im Reich gewährt. [B] — **10.** Die weitere Behandlung der Gesetzentwürfe über indirekte Steuern⁸ und die Kohlensteuer⁹. Der Erledigung ist im Plenum des Reichsrats bis zur Vorlage des Gutachtens des Reichswirtschaftsrats über das Steuerprogramm der Reichsregierung in seiner Gesamtheit [...] nicht zuzustimmen. Die neuen politischen, für diese Art des Vorgehens maßgebenden Gründe sind dem [...] Reichskanzler mitzuteilen. [B])

⁷ Vgl. die Ausführungsanweisung des FinMinr. v. 3.9.1921 in: Rep. 151, I B Nr. 5471, n.f., veröffentl. in: FinMinBl. Nr. 16/1921, Sonderabdruck.

⁸ Vgl. Drucks. Reichsr., Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 200, S. 1–11; von RFinMinr. Wirth dem Reichsr. vorgelegt am 15.7.1921.

⁹ Vgl. ebd., Nr. 204; von RFinMinr. Wirth dem Reichsr. vorgelegt am 24.7.1921.

Ministerratssitzung mit preußischen Ministern am 29. August 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 76, S. 216 f.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen E. Delbrück.

Die politische Lage nach der Ermordung Erzbergers und Beratung der Verordnung zum Schutz der Republik.

Nr. 203 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 1. September 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 102–103, Anlage¹, Bl. 103–103v; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Nobis, Meister; als Kommissare Hagedorn, Denk [beide zu 1], v. d. Bussche, Rose [beide zu 5], Cronau [zu 7].

1. Die Getreideteuerung.² Im gegenwärtigen Moment wird eine öffentliche Stellungnahme des Staatsministeriums zur Ernährungsfrage als überholt angesehen. [B] — **2.** Verteilung der Beamten des Staatskommissars für Volksernährung auf die einzelnen Ministerien.³ [B] — **3.** Aufhebung des Belagerungszustandes im Regierungsbezirk Merseburg sowie in Ostpreußen zum 1. September 1921 durch den Reichspräsidenten, die ohne vorherige Zustimmung Preußens erfolgte. Das Staatsministerium behält sich eine weitere Stellungnahme vor, falls nicht auch in Bayern der Ausnahme-

¹ Zu TOP 7: VO zur Ausführung des § 9 des Gesetzes v. 3.6.1921 über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsr. durch die Provinzialverwaltungen.

² Zur Vorbereitung der Sitzung vgl. das Brieftelegramm des LandMinm. an den StKom. für Volksernährung v. 17.8.1921, in: Rep. 197A, Gen. C I Nr. 12, Bl. 288–291.

³ Vgl. die Sitzungssache für das StMinm. u. das Votum des Wohlfinm. v. 31.8.1921 zur Vorlage des FinMinr. v. 19.8.1921, in: Rep. 151, HB Nr. 1058, Bl. 400–402v.

zustand aufgehoben wird. [B] — 4. Antrag⁴ Bayerns, Württembergs und Badens im Reichsrat vom 27. August 1921 zu Artikel III des Gesetzentwurfs betr. Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern. Grundsätzliche Bereitschaft zur Herbeiführung eines Kompromisses zwischen dem Verlangen des Reichs und den Wünschen der süddeutschen Staaten, äußersten Falls verbunden mit einer einmaligen Erhöhung des Höchstbetrages der Abfindungssumme für das frühere Reservatrecht der süddeutschen Staaten. [B] — 5. Einführung der Rektoratsverfassung für die *Forsthochschulen* in Eberswalde und Hannoversch Münden.⁵ [B] — 6. *Vier Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze*. [B] — 7. *Vereinbarung über die Fassung des Entwurfs* einer Verordnung zur Ausführung des § 9 des Gesetzes vom 3.6.1921 über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen.⁶ [B]

⁴ In den gedr. Materialien des ReichsR nicht enthalten. Zum Entwurf vgl. Sitzung am 19.8.1921, TOP 7 u. Anm. 5 sowie Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 48. Sitzung am 17.9.1921, S. 619–622: Erklärung Bayerns zur Biersteuer (Art. III) u. Zustimmung des ReichsR zum Entwurf mit einer Maßgabe.

⁵ Vgl. zu den Vorlagen des LandMinr. v. 27.6. u. 9.8.1921 mit Satzungsentwürfen für die beiden Hochschulen u. der Promotionsordnung, in: Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 202, 204–214v u. 217.

⁶ Vgl. Sitzung am 12.7.1921, TOP 3 u. Anm. 4.

Nr. 204 Sitzung des Staatsministeriums am 9. September 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen¹, Bd. 170, Bl. 104–106; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], am Zehnhoff, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Frick [für Fischbeck], Krüß [für C.H. Becker], v. Bornstedt [RK], Cronau, Meister; als Kommissare Weismann, Brauweiler, E. Delbrück [alle zu I].

1. Autonomiebestrebungen in Oberschlesien. Das Staatsministerium weicht von seinem Beschluß vom 2. November 1920, nur dann für die Anwendung des Reichsgesetzes zu sein, falls Oberschlesien ungeschmälert bei Deutschland verbleibt, ab. Es läßt sich nun davon leiten, daß der bei Deutschland verbleibende Teil als selbständig lebensfähig zu erachten ist.² Ablehnung des Antrags des Pfarrers Ullitzka, aus Oberschlesien ohne Abstimmung [...] schon jetzt ein selbständiges Land zu bilden. Zusammenstellung von Material über die Folgen [...] der Bildung eines Landes für Oberschlesien, das propagandistisch in preußischem Sinne verwertet werden soll. [B] — 2. Veränderungsanträge zum Gesetzentwurf betr. Abänderung des Umsatzsteuergesetzes; vertagt. — 3. Bestellung der Regierungspräsidenten und des Oberpräsidenten in Charlottenburg als „zuständige Landesbehörde“ bei § 21 Abs. 1 Nr. 2 des Umsatzsteuergesetzes. Übertragung der Befugnis an den Finanz- und den Innenminister, im Bereich der Reichssteuergesetzgebung die zuständige Landesbehörde [...] zu bestimmen. [B] — 4. Zustimmung zum Gesetzentwurf³ wegen Abänderung des Gesetzes über Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen. [B] — 5. Sechs Ernennungen und zwei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 6. Einverständnis mit neuen Amtsbezeichnungen⁴

¹ Neue Fassung des TOP 1, Bl. 106.

² Vgl. dazu das Prot. einer Besprechung über die Autonomiebestrebungen in Oberschlesien am 31.8.1921 im MdI u. das Material des Referenten für Oberschlesien v. Baerensprung für den Minr.dI, in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 319–322 u. 308–318.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 1.9.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1486, n.f.; das Votum des HandMinr. (i. A. Hübener) v. 5.10.1921, ebd.

⁴ Die Vorlage des WohlfMinr. v. 6.9.1921 in: Rep. 90, Nr. 579, Bl. 117; die Vorlage v. 20.5. u. sein Schreiben v. 7.7.1921, Bl. 70 u. 96.

für die Kreis-, Gerichts- und Gewerbeärzte; Zurückstellung weiterer derartiger Anträge. [B] — 7. Reichssteuergesetze. Auf Wunsch des Reichskanzlers wird der bisherige Standpunkt im Reichsrat zu den Gesetzentwürfen betr. Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern und [...] Abänderung des Kohlensteuergesetzes aufgegeben, wonach vor der Verabschiedung der Verbrauchssteuern erst das ganze Steuerprogramm der Reichsregierung vorliegen muß. Ablehnende Haltung gegenüber den bayerischen Anträgen hinsichtlich der Biersteuer. [B] — (8. Auflösung der Gemeindevertretung in Papitz. [B] — 9. Bezüge eines Ministerialdirektors für den kommissarischen Direktor der Domänenabteilung im Landwirtschaftsministerium, Große-Leege. [B])

Besprechung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 19. September 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 94, S. 272 f.

Anwesend: für Preußen Dominicus, am Zehnhoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Loehrs, Weismann, Spiecker.

Zusammenschluß von Kreisen des früheren oberschlesischen Selbstschutzes zu „Arbeitsgemeinschaften“.

Nr. 205 Sitzung des Staatsministeriums am 23. September 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 107–108v; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Fischbeck], L. Weber, Nobis, Sachs, Frick; als Kommissare Sommer [zu B, 2], Henatsch, Moll [beide zu B, 1].

A. (1. Das Explosions-Unglück von Oppau. Zur Linderung der Not der Betroffenen werden der bayerischen Regierung 1 Mio. M zur Verfügung gestellt.¹ [B] — 2. Eröffnungssitzung der verfassunggebenden Kirchenversammlung sowie Eröffnungsgottesdienst. Die Staatsminister nehmen nicht teil, da keine förmlichen Einladungen durch den Evangelischen Oberkirchenrat erfolgten. [B]) — B. 1. Reichssteuergesetzentwürfe.² Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten für die Beratung.³ I. Bestimmung des Inkrafttretens der einzelnen Gesetze durch ein von der Reichsregierung vorzulegendes Mantelgesetz. II.–IV. Grundsätzliche Zustimmung zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Körperschaftssteuergesetzes⁴, eines Vermögenssteuergesetzes⁵ und Vermögenszu-

¹ Vgl. dazu Rep. 77, Tit. 215b Nr. 37 u. die Entschließung der StReg. auf den Beschluß des LT in: Rep. 90a, A V III 4 Nr. 13 Bd. 13, Bl. 97–98.

² Von RFinMinr. Wirth den preuß. Minr. am 23.7.1921 übersandt; vgl. Rep. 120, C V Nr. 78 Bd. 1, n.f.; hier die Entwürfe mit Begründung u. Voten; Abänderungsanträge u. Voten auch in: Rep. 76, Ila Sekt. 42 Gen. Nr. 16 Bd. 1, n.f.

³ Vgl. den Antrag Preußens zu den Reichssteuergesetzentwürfen in: Rep. 120, C V Nr. 78 Bd. 1, n.f.; hier auch ein Vermerk über die Besprechung am 21.9.1921 im FinMinr., auf der die Grundsätze für die Beratung im Reichsr. u. die Anträge erörtert wurden.

⁴ Vgl. Drucks. Reichsr., Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 169, S. 1–6; von RFinMinr. Wirth dem Reichsr. vorgelegt am 16.6.1921. Vgl. das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen v. 8.4.1922, Anlage 3, RGBl. I, S. 351.

wachssteuergesetzes⁶. V. Voraussetzung für die grundsätzliche Zustimmung zum Gesetzentwurf⁷ über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit ist eine Umarbeitung durch die Reichsregierung. [B] — 2. Gesetzentwurf betr. Abänderung des Umsatzsteuergesetzes; vertagt. — 3. Gesetzentwurf⁸ betr. Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Schaffung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit. Dem Entwurf und der Anregung des [...] Ministers des Innern wird zugestimmt, bei Widerstand [...] einzelner Provinzen mit großem Forstbestand [...], das Gesetz regional zu beschränken. [B] — 4. 18 Ernennungen und drei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 5. Die von Waldeck'scher Seite vorgelegten Richtlinien für einen Anschluß [...] an Preußen; vertagt. — 6. Stiftung des ehemaligen Kaisers an die Universität Marburg. Einverständnis mit dem abgeänderten Satzungsentwurf, aber nicht mit der Bezeichnung der Stiftung als „Kaiser Wilhelm Stiftung“. [B]

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 214, S. 1–16; vom RFinMinr. dem ReichsR vorgelegt am 6.8.1921. Vgl. das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen v. 8.4.1922, Anlage 1, RGBl. I, S. 335.

⁶ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 212, S. 1–10; vom RFinMinr. dem ReichsR vorgelegt am 6.8.1921. Vgl. das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen v. 8.4.1922, Anlage 2, RGBl. I, S. 346.

⁷ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 213, S. 1–16; vom RFinMinr. dem ReichsR vorgelegt am 6.8.1921.

⁸ Die Vorlage des Wohlfinr. v. 9.9.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 191, Nr. 177, Bl. 222–230v; vorherige Entwürfe, Bl. 133–141v u. 200–217; ein Schreiben des Minr.dI v. 19.9.1921, Bl. 240–241.

Nr. 206 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 109–110v; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Freund [zu 2], v. Kameke [zu 2, 7–8], Fleischer, Sonnenschein [beide zu 6], Weismann [zu 2].

1. Weitere Beteiligung Preußens an den Kosten der Auslandsflüchtlings- und Grenzlandvertriebenenfürsorge.¹ Aussetzung der Beschlußfassung, da Verhandlungen mit dem [...] Reichsfinanzminister wegen erhöhter Beteiligung des Reichs an den Kosten zu führen sind. [B] — 2. Neuregelung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung.² Für die künftige Beschlußfassung des Staatsministeriums ist zunächst eine Besprechung der zuständigen preußischen Minister mit dem Reichsminister des Innern zwecks Gewinnung weiterer Unterlagen zu führen. [B] — 3. Anhörung der Ober- und Regierungspräsidenten vor dem Zustandekommen von Gesetzen.³ Auf Vorschlag von Finanzminister Saemisch wird beschlossen: Die Entwürfe von Gesetzen und grundlegenden organisatorischen Anordnungen sind mitzuteilen. Sie sind zur Begutachtung in allen Fällen, in denen aus der Mitbearbeitung [...] eine nützliche Förderung der Absichten der Staatsregierung zu erwarten ist, heranzuziehen, und in allen Fällen in Kenntnis zu setzen, in denen sie dieser Kenntnis zur

¹ Die Vorlage des Minr.dI v. 21.9.1921 in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 33, n.f.; vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n.f.

² Vgl. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, I C Nr. 1482, Bl. 163; der Bericht Weismanns v. 3.5.1921 zur Frage der künftigen Regelung des Staatskommissariats, Bl. 145–147v. Mit Schreiben v. 21.11.1921 teilte der MinPräs. dem Minr.dI mit, daß die in Aussicht genommene Besprechung mit dem RMinr.dI über die eventuelle Zusammenlegung des Reichs- und Staatskommissariats ... überflüssig geworden ist, da diese Lösung im Hauptauschuß des LT von keiner Seite befürwortet wurde, in: Rep. 120, A I I Nr. 5 Bd. 6, Bl. 396.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 26.9.1921 mit der Bitte um einen grundsätzlichen Beschluß des StMinm. gemäß dem Wunsche der Oberpräsidenten, in: Rep. 90, Nr. 194, n.f. u. Rep. 77, Tit. 87 Nr. 63 Bd. 3, Bl. 83.

Erfüllung ihrer Aufgabe, die Politik der Staatsregierung zu vertreten, bedürfen. [B] — **4.** Die Beamten *sollen* bei amtlichen *Anlässen keine Orden tragen*.⁴ [B] — **5.** *Zwölf Ernennungen*. [B] — **6.** Rückgabe der Pantaleonskirche in Köln an die katholische Kirchengemeinde *bei Zahlung der durch* den Preußischen Staat *geleisteten* Bauarbeiten [...] an der Kirche St. Maria. 200 000 *M* aus Staatsmitteln *werden* der evangelischen Kirchengemeinde [...] als Grundstock [...] zur Errichtung eines gottesdienstlichen Gebäudes *zur Verfügung* gestellt.⁵ [B] — **7.** Unterstützung der Kölner Messe *sowie* Antrag *des Hauptausschusses* des Landtags [...] auf Einstellung einer Bauunterstützung für die Messen in Breslau, Köln, Frankfurt/*M.* und Königsberg *im* Staatshaushalt; *vertagt*. — **8.** Die von Waldeck'scher Seite *vorgelegten* Richtlinien für einen Anschluß Waldecks an Preußen.⁶ Übereinstimmung *darüber*, bis zur Klärung der parlamentarischen Lage in Waldeck und bis zur Durchführung des Anschlusses von Pyrmont preußischerseits [...] Zurückhaltung zu üben. Die Stellungnahme des Staatsministeriums zu den „Richtlinien“ *stellen* ein Internum *dar*. [B] — **9.** Erlaß-Entwurf *über* Mißstände bei den Kreisblättern.⁷ [B] — **10.** *Gesetzentwurf*⁸ betr. Abänderung des Umsatzsteuergesetzes.⁹ Die Reichsratsmitglieder *haben* zu *beantragen*, daß die Anteile der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer [...] zum mindesten nicht herabgesetzt werden. [B] – (*Bewilligung einer einmaligen* Unterstützung [...] für die Linie Kiel–Korsör. [B])

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 23.9.1921 in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 26, n.f.

⁵ Vgl. du Mesnil, Herbert (Bearbeiter der kirchlichen Fragen im FinMinm.), *Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1875–1947)*, bearbeitet von Jürgen Kloosterhuis, Köln u. a. 1998, S. 384 f.

⁶ Die Vorlage des Minr.dI v. 3.9.1921 mit den Richtlinien in: Rep. 84a, Nr. 9873, Bl. 285–287.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI v. 26.9.1921 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁸ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 209, S. 1–13; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 1.8.1921. Die Fassung nach den Beschlüssen der ReichsR-Ausschüsse v. 14. u. 15.10.1921 u. der Vollsitzung am 22.10.1921, in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 53. Sitzung am 22.10.1921, S. 669–672, Anlage 3. Vgl. das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen v. 8.4.1922, Anlage 5, RGBl. I, S. 373.

⁹ Der Antrag des Minr.dI v. 29.8.1921 auf Abänderungen im Entwurf, in: Rep. 84a, Nr. 9172, Bl. 231–231v.

Nr. 207 Besprechung des Ministerkollegiums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 27. September 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 111; MF 1025.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

Anrechnung der Dienstzeit von Minister Becker als Professor an außerpreußischen Hochschulen für die Pension. [B]

Nr. 208 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 30. September 1921.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur¹, Bd. 170, Bl. 112–113v; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

¹ Berichtigung des TOP 2, Bl. 114.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Krüß [für C.H. Becker], Göhre, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Erythropel [zu 5–6], Schneller [zu 6].

(Pyrmonter Anschlußfrage. *Bericht von Meister über die Verhandlungen, die im beiderseitigen Einverständnis zu endgültigen Abmachungen geführt haben.*² Aus grundsätzlichen Erwägungen *ist dabei zu verbleiben, weitere Zugeständnisse sind in einzelnen Punkten nicht zu machen.* [B]) — **1.** Weitere Beteiligung Preußens an den Kosten der Auslandsflüchtlings- und Grenzlandvertriebenenfürsorge. *Die Verhandlungen mit dem [...] Reichsfinanzminister wegen erhöhter Beteiligung des Reichs an den Kosten werden fortgesetzt.* [B] — **2.** Unterstützung der Kölner Messe sowie Antrag des *Hauptausschusses* des Landtags [...] auf Einstellung einer Bauunterstützung für die Messen in Breslau, Köln, Frankfurt/M. und Königsberg *im* Staatshaushalt. Vor endgültiger Entscheidung *ist der* Beschluß des Industrie- und Handelstages abzuwarten *und* mit dem Reich *sind* Verhandlungen [...] wegen einheitlicher Stellungnahme zu den Meßfragen *aufzunehmen.* [B] — **3.** *Elf Ernennungen.* [B] — **4.** *Zustimmung zur* Zulassung der Rechtsanwälte im Schlichtungsverfahren. [B] — **5.** Sondervergütung der bei den Zentralbehörden beschäftigten Beamten *entsprechend der im Reiche geplanten Neuregelung.*³ [B] — **6.** *Regelung einer Amtskostenentschädigung für die höheren politischen Beamten im Einvernehmen mit dem Reich und mit dem Landtag.* [B] — (a. *Die Reichsratsmitglieder der Provinzen bitten, daß erst nach ihrer Äußerung zu den Vermögenssteuergesetzen [...] das Staatsministerium [...] endgültig Stellung nimmt;* b. *Bitte des Reichsfinanzministers um eine schnelle Stellungnahme der Preußischen Staatsregierung zu diesen Gesetzen.* [B])

² *Vgl. das Prot. der Schlußsitzung der Preuß. Vertreter u. der Pyrmonter Anschlußkomm. in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Pymont Bd. 1, Bl. 302–303.*

³ *Die Beschlußvorlage (Schreiben) des FinMinr. v. 30.9.1921 in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.*

Nr. 209 Vertrauliche Sitzung der Staatsminister im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 30. September 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 115–115v; MF 1025.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

Regelung der pensionsfähigen Dienstzeit für Minister H. Warmbold. [B]

Besprechung des Reichskabinetts mit Parteiführern und dem preußischen Ministerpräsidenten am 3. Oktober 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 106, S. 297–302.

Anwesend: für Preußen Stegerwald.

Steuerfrage und Regierungsumbildung.

Nr. 210 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 7. Oktober 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 116–118; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Sachs, Frick; als Kommissare v. Kameke, Freund, Mulert [alle zu 1], Henatsch [zu 2].

1. Die bevorstehende Sitzung der „Zentralstelle für die Gliederung des Reichs“. Richtlinien für die preußischen Vertreter, insbesondere zu der Frage Groß-Hamburg. Bei einer erneuten Ablehnung des Antrags des Reichs, Hamburg und Bremen aus Reichsmitteln zu unterstützen, soll eine Gegenforderung von preußischer Seite erhoben werden, nämlich daß das Reich grundsätzlich auf gleichartige oder ähnliche Bedürfnisse gestützte Forderungen der Länder befriedigt. Eventuelle Bestellung eines besonderen Kommissars im Ministerium des Innern [...] zur zusammenfassenden Bearbeitung der preußischen Belange in der Groß-Hamburger Frage.¹ Beschlußfassung über das taktische Verhalten der preußischen Mitglieder der Zentralstelle. Erklärung der Bereitwilligkeit, über die Unzuträglichkeiten [...] an der Unterelbe [...] mit Hamburg zu verhandeln, aber die einseitigen [...] Vorschläge der Denkschrift [...] nicht gutzuheißen, etwa die Aussage, die Beseitigung der Mißstände [...] in den preußischen Elbgemeinden sei Sache Preußens. Es ist überhaupt nicht angängig, daß Wünsche der Länder auf Gebietsabrundungen immer nur auf Kosten Preußens vorgebracht werden, vielmehr soll in erster Linie der Weg von Gebietsaustauschen als gangbar zu erachten sein.² Ausarbeitung bestimmter Gegenvorschläge durch das Ministerium des Innern, die der Zentralstelle angekündigt werden. [B] — **2.** Erneute Stellungnahme zu den Reichsvermögenssteuergesetzentwürfen.³ A. Vermögenssteuergesetz, Zustimmung und Antrag auf Herabsetzung des Zuschlags; B. Vermögenszuwachssteuergesetz, Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Grenze des steuerpflichtigen Zuwachses; C. Nachkriegsgewinnsteuergesetz, Zustimmung und Antrag auf Abschlag vom Kaufpreis für landwirtschaftliche Besitzungen; D. Körperschaftssteuergesetz, keine Zustimmung zur Erhöhung der Beteiligung bei Schachtelgesellschaften. [B] — **3.** Zwei Ernennungen. [B] — **4.** Ablehnung der neuen Amtsbezeichnungen der Ministerialbürodirektoren als Oberregierungsrat [...] und der Ministerialbürovorsteher als Regierungsrat. [B] — **5.** Vorläufiger Reichsgesetzentwurf⁴ über Arbeitsgerichte. Die durch das Gesetz den Ländern entstehenden Mehrkosten sollen vom Reich erstattet werden. [B]

¹ Die Vorlage (Rundschreiben) des MinPräs. v. 4.10.1921 in: Rep. 90, Nr. 285, Bl. 7–7v. Vgl. insgesamt die Akte Rep. 90, Nr. 284, insbes. die Denkschriften des Senats der Freien Hansestadt Hamburg nach Erweiterung des hamburgischen Staatsgebiets v. 7.12.1915, Bl. 3–8, über die Notwendigkeit einer Erweiterung des hamburgischen Staatsgebiets v. 7.4.1919, Bl. 56–62v u. vom Sept. 1921 sowie Anhang, Bl. 299–401. – Eine Übersicht über die Groß-Hamburg-Frage von der Hamburger Denkschrift von 1915 bis zum Gutachten der Zentralstelle zur Neugliederung des Reichs v. 24.1.1922 befindet sich in: VI. HA, NL Braun, Nr. 4, Bl. 68–100.

² Zu den ersten Ergebnissen der Verhandlungen in der Unterkommission 7 der Zentralstelle über die Groß-Hamburg-Frage vgl. den vom Pressedienst der preuß. StReg. verbreiteten Nachdruck aus der Korrespondenz Groß-Hamburg in der Magdeburgischen Zeitung Nr. 705 v. 7.10.1921, in: Rep. 90, Nr. 285, Bl. 11.

³ Vgl. Sitzung am 23.9.1921, TOP B. 1.

⁴ In den Drucks. des ReichsR nicht enthalten. Die vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 4. Sitzung am 2.2.1922, S. 11–135, Anlage 1, vgl. bes. S. 99f.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 10. Oktober 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 108, S. 310–312.

Anwesend: für Preußen Stegerwald.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Die Entscheidung des Völkerbundrats in der oberschlesischen Frage.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 11. Oktober 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 109, S. 312.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Vor der Entscheidung in der oberschlesischen Frage.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 12. Oktober 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 111, S. 313–318.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Frage der Demission der Regierung Wirth und Oberschlesien.

Nr. 211 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 14. Oktober 1921.

Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 170, Bl. 119–121; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, Becker, Dominicus, Saemisch. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Abicht [für Warmbold], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare v. Kameke, Schwartz, v. Bahrfeldt.

(1. Abgabe einer Erklärung über Oberschlesien durch die Staatsregierung, in der u.a. die praktische Auswirkung der Teilung dargelegt wird. [B] — 2. Konflikte mit der Zentralstelle zur Gliederung des Reichs bei der Behandlung der Frage Groß-Hamburg. Ablehnung des preußischen Antrags, die

Beschlußfassung über das [...] Gutachten zur Denkschrift des Hamburger Senats [...] mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte preuß. Gegenschrift auszusetzen. *Erst nach Fernbleiben der preußischen Vertreter Zurücknahme der Ablehnung.*¹ Zurückweisung der Äußerungen des Reichsministers a.D. Koch über die Unzulässigkeit, unter Umgehung der Zentralstelle [...] Verhandlungen [...] über Angliederung von Landesteilen [...] oder Gebietsaustausch zu führen. *Beabsichtigtes Schreiben des Ministerpräsidenten an den Reichsminister des Innern, um auf die nur begutachtende Aufgabe der Zentralstelle hinzuweisen.*² Fortsetzung der Arbeiten zur Fertigstellung der Gegenschrift unter Federführung des Handelsministeriums. [B] — 3. Das Umsatzsteuergesetz im Plenum des Reichsrats. *Der vom Ausschuß abgelehnte preußische Antrag auf Herabsetzung des Steuersatzes ist aufrecht zu erhalten.* [B] — 4. Zeitpunkt der Endschaft der Amtsführung eines mit dem Gesamtministerium zurücktretenden Ministerpräsidenten.³ *Es gilt als Richtlinie, daß der neugewählte Ministerpräsident die Annahme der Wahl dem Präsidenten des Landtags erst an dem Tage mitteilt, an dem er mit seinem neuen Ministerium die Geschäfte tatsächlich übernimmt.* [B] — 5. Die Wahl von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs durch den Reichsrat. Preußen beansprucht einen Beisitzer und einen Vertreter.⁴ [B] — 6. Drei Ernennungen. [B] — 7. Verkündungsformel und die Datierung der Gesetze.⁵ *Es soll zunächst als Datum der Gesetze der Tag der Verkündung durch das Staatsministerium eingesetzt werden.* [B] — 8. Die staatlichen Oberschulen; zunächst *Behandlung* in einer Chefbesprechung. [B] — (9. *Bewilligung weiterer finanzieller Mittel für die Opfer des Oppauer Unglücks.* [B])

¹ Vgl. dazu auch die Stellungnahme des MinPräs. am 17.10.1921 in der 55. Sitzung des Hauptausschusses des LT, in: Rep. 90, Nr. 285, Bl. 19.

² Von einem Schreiben an den RMinr.dI wegen des Plans des Vorsitzenden der Zentralstelle, sich in unmittelbare Verhandlungen der Länder einzumischen, wurde nach Vorliegen des Prot. der Sitzung der Zentralstelle v. 14.10.1921 jedoch Abstand genommen; vgl. Rep. 90, Nr. 285, Bl. 83, Vermerk von StS Göhre v. 14.11.1921.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 23.5.1921 in: Rep. 90, Nr. 396, n.f.; die Voten der Minr., ebd.; vgl. auch Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 39 ff.

⁴ Zur Wahl vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 54. Sitzung am 27.10.1921, S. 731.

⁵ Die Vorlagen des Minr.dI v. 12.8. u. 3.10.1921 in: Rep. 90, Nr. 194, n.f.

Nr. 212 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 21. Oktober 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 123–124; MF 1025. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Fischbeck [V], am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Mulert, Wolfram, Henatsch, Hog, v. Kameke [alle zu 1].

1. Endgültige Stellungnahme zu den Steuergeszentwürfen [...] der Reichsregierung im Reichsrat. Weisung an die Reichsratsbevollmächtigten für die Vollsitzung am 22. Oktober 1921. Abgabe einer Erklärung¹ vor der Einzelberatung. Zustimmung zu den Entwürfen² zum Rennwett-³, Ver-

¹ Vgl. die vom preuß. FinMinr. abgegebene Erklärung, der sich alle übrigen Länder anschlossen, in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 53. Sitzung am 22.10.1921, S. 655.

² Vgl. die vom ReichsR zu den einzelnen Steuergeszentwürfen beschlossenen Fassungen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 53. Sitzung am 22.10.1921, S. 661–723, Anlagen 1–9. Vgl. auch Sitzung am 23.9.1921, TOP B. I. u. Anm. 2–5.

sicherungssteuer-⁴ und Kapitalverkehrssteuergesetz sowie zur Verordnung betr. Abänderung zum Umsatzsteuergesetz. Billigung der Novelle zum Umsatzsteuergesetz erst nach Abstimmung über den in den Ausschüssen abgelehnten Antrag Preußens auf Herabsetzung des Beitragssatzes und bei Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer für Luxusschankstätten. Ebenfalls Zustimmung zum Vermögenssteuer-, Vermögenszuwachs- und Nachkriegsgewinnsteuergesetz sowie zur Novelle zum Körperschaftssteuergesetz. Zurücknahme der Anträge betr. den sogen. Mantelparagraphen und die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Aufkommen der Vermögenssteuer, wenn die Reichsregierung zu Protokoll erklärt, die im Landessteuergesetz festgesetzten Beteiligungen der Länder und Gemeinden [...] am Steueraufkommen unter allen Umständen unverkürzt zu lassen.⁵ Forderung nach einer Abstimmung über den von den Ausschüssen abgelehnten Antrag Preußens auf Herabsetzung des [...] Höchstzuschlags beim Vermögenssteuergesetz. [B] — **2.** Bereitstellung erhöhter Mittel für die Förderung der Pflege der schulentlassenen Jugend; vertagt. — **3.** Personalsachen; vertagt. — **4.** Kosten des Schlichtungswesens; vertagt. — (Es ist grundsätzlich darauf hinzuwirken, daß die preußischen Beamten in den an Polen abzutretenden Gebieten Oberschlesiens bis auf weiteres auf ihrem Posten verbleiben.⁶ [B])

³ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 174, S. 1–13; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 20.6.1921. Zum Gesetzentwurf vgl. Rep. 120, C V Nr. 44 Bd. 1, n.f., darunter das Schreiben des LandMinr. v. 10.9.1921 zum Steueraufkommen aus dem Gesetz u. der Antrag Preußens zum Reichsgesetz; dieser auch in: Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, zu Nr. 174.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 192, S. 1–11; von RFinMinr. Wirth dem ReichsR vorgelegt am 9.7.1921.

⁵ Vgl. die namens der RReg. abgegebene Erklärung des StS im RFinMinr. Zapf in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 53. Sitzung am 22.10.1921, S. 655. Zu den Verhandlungen u. Beschlüssen des ReichsR, S. 655–659 u. Sitzung des RKab. am 24.10.1921, in: Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 1, Nr. 121, S. 341 f.

⁶ Eine Besprechung über die Oberschles. Beamten des Abtretungsgebiets fand am 28.10.1921 im MdI statt; zu ihrem Ergebnis vgl. Rep. 77, Nr. 155, Bl. 136–137.

Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 125–125v, Anlage¹, Bl. 126; MF 1026. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 856 Nr. 701, Bl. 137–137v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Fischbeck], Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Bail, Röhrig, Loehrs, v. Baerensprung, Brauweiler, Wolffram.

Die Oberschlesische Frage. Gegenüber der Note² des Obersten Rats kann weder eine schroffe Ablehnung noch eine unbedingte Annahme, sondern nur die Entsendung eines Kommissars unter Vorbehalt in Frage kommen. Dominicus schlägt den Wortlaut einer Stellungnahme des Preußischen Staatsministeriums vor, die der Reichsregierung mitgeteilt werden soll. [B]

¹ Die Stellungnahme des StMinr. zur Antwortnote an die alliierten Hauptmächte. — Vgl. zu den Entwürfen Rep. 77, Tit. 856 Nr. 701, Bl. 136 u. 140–142; die Stellungnahme des WissMinr. v. 5.12.1921 zur Botschafternote in: Rep. 76, III Sekt. I Abt. XVII Nr. 214 Bd. 1, Bl. 689–690v.

² Vgl. die dt. Übersetzung der Note v. 20.10.1921 in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 701, Bl. 16–30; gedr. in: Ursachen und Folgen, Bd. 4, S. 65 f.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister am 25. Oktober 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 122, S. 342.

Anwesend: für Preußen Saemisch.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weyhe.

Besoldungsfragen.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 26. Oktober 1921, 12 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 124, S. 344 f.

Anwesend: für Preußen Stegerwald, Dominicus.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Dönhoff.

Entwurf einer Note an die Entente wegen Oberschlesien. Vorschläge für die Delegierten für die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Nr. 214 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 127, Anlage¹, Bl. 128; MF 1026. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 856 Nr. 701, Bl. 144–144v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Dönhoff [für Fischbeck], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Bail, Loehrs, v. Baerensprung, Brauweiler, Crusen.

Erneute Verhandlungen über die oberschlesische Frage. — 1. Erklärung des Staatsministeriums an die Reichsregierung. [B] — 2. Delegierte für die deutsch-polnischen Verhandlungen werden vorgeschlagen.² [B]

¹ Zu TOP 1: Erklärung des StMinm. an die RReg.

² Vgl. das Schreiben u. das Brieftelegr. des MinPräs. v. 20. u. 24.10.1921 an den Rklr., in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 701, Bl. 133–134; weiteres Material, Bl. 135 ff.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister am 27. Oktober 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 125, S. 347 f.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 2 [Saemisch].

2. Neuregelung der Besoldungsverhältnisse.

Nr. 215 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Oktober 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 129–132; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Fimmen [zu 3], Sandrock [zu 8], Badt [zu 1, 5–6], Rötger [zu 9].

1. Erneut der Gesetzentwurf betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats. *Klärung der Frage, ob die §§ 1 und 4 eine Verfassungsänderung darstellen. Vertrauliche Verhandlung mit den Parteien des Landtags zur Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage. Im § 1 soll an die Stelle der freien Fahrt zwischen Wohnort und Berlin die Gewährung von Reisekosten treten und somit die Notwendigkeit eines verfassungsändernden Gesetzes umgangen werden.* [B] — **2. 14 Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.** [B] — **3. Kosten des Schlichtungswesens.**¹ *Bei der Beratung des Entwurfs² der Schlichtungsordnung im Reichsrat soll im Benehmen mit den übrigen Ländern die Reichsregierung um eine die finanziellen Interessen der Länder voll befriedigende Erklärung über die beabsichtigte Regelung der Kosten des Arbeitsgerichtswesens ersucht werden.* [B] — **4. Sondervergütungen für die bei den Zentralbehörden beschäftigten Beamten³ in Form einer Ministerialzulage und einer Amtsunkostenentschädigung. Detaillierte Aufstellung. Die Ministerialzulage gilt auch für in anderen Behörden Beschäftigte.** [B] — **5. Mitwirkung des Staatsrats bei Notverordnungen usw.**⁴ *Weder vor Erlaß [...] noch nach deren Erlaß kann eine Mitwirkung [...] in Frage kommen.* [B] — **6. Rechtsgültigkeit von Gesetzen bei Nichtbeachtung der Verfassungsvorschrift über Anhörung des Staatsrats. Gesetzesbeschlüsse des Landtags, die ohne gutachtliche Äußerung des Staatsrats zustande gekommen sind, sind auch in diesen Fällen [...] zu verkünden, falls ein Einspruch des Staatsrats [...] nicht eingegangen ist. Der Antrag des Verfassungsausschusses des Staatsrats, Gutachten namhafter Rechtslehrer einzuholen, ist grundsätzlich abzulehnen.** [B] — **7. Bereitstellung erhöhter Mittel für die Förderung der Pflege der schulentlassenen Jugend aus dem ordentlichen und außerordentlichen Haushalt.**⁵ [B] — **8. Entwurf⁶ eines Reichsgesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung. Instruktion der preußischen Reichsratsbevollmächtigten, für eine Kostenbeteiligung des Reichs mit 80% sowie der Gemeinden und der Landesversicherungsanstalten mit je 10% einzutreten.**⁷ [B] — **9. Aufhebung des Staatskommissariats für Volksernährung und Überweisung der verbleibenden Geschäfte zur**

¹ *Die Vorlage des FinMinr. v. 13.10.1921 in: Rep. 84a, Nr. 190, Bl. 272–275.*

² *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 235, S. 1–68, Anlage 1 der Bericht des sozialpolit. Ausschusses des vorläufigen RWiR u. 3 weitere Anlagen, S. 69–86; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR übersandt am 15.9.1921. Die mit Stimmenmehrheit vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 4. Sitzung am 2.2.1922, S. 99 f. u. 111–135, Anlage. Die verschiedenen Entwürfe, Material zu Verhandlungen u. die Anträge Preußens zum Entwurf, in: Rep. 84a, Nr. 190, Bl. 2 ff. u. 246–260v. Vgl. auch Goldschmidt, Heinz (ORegR im RArbMinr.), Zum Entwurf einer Schlichtungsordnung in: Preuß. VerwBl. Nr. 43 v. 29.7.1922, S. 503–507.*

³ *Die Vorlage des FinMinr. v. 27.10.1921 in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.*

⁴ *Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 20.10.1921 an den Präs. StR u. zusätzliche Bemerkungen für die Minr., in: Rep. 120, CB I Nr. 4a, Bl. 49–51; das Schreiben des Präs. StR v. 15.10.1921, Bl. 48.*

⁵ *Die Vorlage des WohlMinr. v. 22.9.1921 in: Rep. 151, I C Nr. 11730; Bl. 78–79; vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. v. 21. u. 28.10.1921, Bl. 85–86.*

⁶ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 247, S. 1–4; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR übersandt am 17.10.1921; die Vorlage des WohlMinr. (i. A. Bracht) v. 22.10.1921 in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 62 Bd. 1, Bl. 64–65; hier auch der Gesetzentwurf.*

⁷ *Zum Beschluß vgl. den Vermerk des MdI v. 28.10.1921 in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 62 Bd. 1, Bl. 70.*

Abwicklung an das Landwirtschaftsministerium; *dadurch* Einstellung des Etats.⁸ [B] — **(10. Ernennung von zwei Mitgliedern für die gemischte Kommission für Oberschlesien.** [B] — **11. Entsendung eines Kommissars nach Helgoland zur Entgegennahme der Klagen und Beschwerden.**⁹ [B])

⁸ *Die Vorlage des LandMinm. (Warmbold) v. 22.10.1921 in: Rep. 151, HB Nr. 1058, Bl. 415; die Sitzungssache für das StMinm., Bl. 414.*

⁹ *Vgl. Rep. 90, Annex K Nr. 135a, n.f.: Der aml. Preuß. Pressedienst am 1.7.1921 über den Empfang einer Helgoland-Deputation beim Minr.dI; vgl. v. a. die Denkschrift der Helgoländer v. Okt. 1921 (Druck) sowie die Niederschr. über die Besprechung der Helgoländer Fragen im preuß. MdI am 22.11.1921, in: Rep. 84a, Nr. 976, Bl. 147–150v u. 157–158v; vgl. auch die Mitteilung des Preuß. Pressedienstes v. März 1922 über die Denkschrift in: Rep. 90, Annex K Nr. 136, n.f.*

Nr. 216 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 133–133v; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Dominicus, Warmbold, Saemisch. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Krüß [für C.H. Becker], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Cronau; als Kommissare Loehrs, v. Baerensprung, Bail, Fleischer, v. Loebell, Weismann.

1. Ernennung von H. Göppert zum Generalbevollmächtigten des Preußischen Staatsministeriums beim Delegierten des Reiches für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen über Oberschlesien. Wunsch nach Zulassung eines Vertreters des preußischen Finanzministers [...] bei der Delegation.¹ [B] — **2. Beratung der über die ober-schlesischen Verhandlungen aufzustellenden Richtlinien; abgesetzt. Erneute Aussprache erst nach einer Beschlußfassung des Reichskabinetts.** [B] — **(3. Vorschläge des Finanzministers zur Neuregelung der Beamtengehälter.** [B])

¹ *Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 1.11.1921 an den Rklr. in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 701, Bl. 158.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister am 2. November 1921, 10.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 127, S. 351 f.

Anwesend: für Preußen Saemisch.

1. Entwurf einer vierten Ergänzung des Besoldungsgesetzes. — 2. Ernennung der deutschen Delegierten der gemischten Kommission für Oberschlesien.

Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1921, 15.30 Uhr.

*Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 170, Bl. 134–135v, Anlage¹, Bl. 136–139; MF 1026.
— Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

*Anwesend: Stegerwald [V], Fischbeck, am Zehnhoff, Becker, Dominicus, Warmbold, Saemisch. —
Prot.: Cronau [U].*

*Weitere Teilnehmer: Göhre, Sachs, Frick; als Kommissare We. Richter, Boës, König, Bail, Fleischer
[alle zu 2], Loehrs [zu 2–3], v. Baerensprung, E. Delbrück [beide zu 2], Hartung [zu 1 und 3],
Stephan [zu 3], Hagedorn [zu 1], Cronau [zu 4], v. Loebell, v. Tschammer [beide zu 7].*

1. Bericht von Hagedorn über die Kartoffelversorgung und andere Ernährungsfragen. *Billigung seiner Vorschläge.*² [B] — **2.** Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien. *Zustimmung zu den Richtlinien des Handelsministers.* Eine Änderung in der Wirtschaftspolitik gegenüber Polen soll während der oberschlesischen Verhandlungen nicht eintreten.³ [B] — **3.** *Erlaß einer Amnestie für Oberschlesien. In einem zu erlassenden Amnestiegesetz soll auch die Amnestie für politische Straftaten geregelt werden.* [B] — **4.** Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums; *vertagt.* — **5.** *Ernennung und zwei Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — **6.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ über die Beteiligung Preußens an einer gemeinnützigen Grundkreditanstalt.* [B] — **7.** Gutachterliche Äußerung⁵ des Staatsrats zum Gesetzentwurf über das Hebammenwesen. *Ihr wird nicht zugestimmt, denn infolge der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind die auf die Teuerungsverhältnisse sich beziehenden Bestimmungen und die Frage der Unterstützung hilfsbedürftiger [...] zur Aufgabe ihres Berufs gezwungener Hebammen einer Nachprüfung zu unterziehen. Eine endgültige Stellungnahme wird vorbehalten.* [B] — **8.** *Zusammenführung der Bearbeitung der anhängigen Sachen für die im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen bei der Spruchkammer in Hannover. Sie wird damit die einzige Zweigstelle des Reichentschädigungsamts in der Provinz.* [B] — **9.** Beschlagnahme von Wohnungen im Dienstgebäude der Landwirtschaftskammer in Hannover; *inzwischen erledigt.* — **10.** *Keine Begnadigung bei einem Todesurteil.* [B] — *(Die Gesetzentwürfe über eine Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten⁶ sowie zur Änderung des Gesetzes betr. das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 17.12.1920.⁷ Finanzminister Saemisch gibt eine Erklärung ab zur Frage der Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die politischen Beamten und die Minister sowie zu erhöhten Dienstbezügen des Reichspräsidenten.* [B])

¹ Zu TOP 1: Bericht des StKom. für Volksernährung über die Kartoffelversorgung v. 2.11.1921.

² Der Bericht des StKom. v. 2.11.1921 auch in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 5, n.f.

³ Die Vorlage des HandMinr. konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. die Sitzungssache für das StMinm. v. 2.11.1921 in: Rep. 151, I A Nr. 7348, Bl. 14–14v; zum allg.-polit. Charakter der Frage vgl. das Schreiben des Minr.dI v. 30.10.1921, Bl. 11–13v. Der Beschluß der Reg., der nicht veröffentl. werden durfe, Bl. 15.

⁴ Die Vorlage des WohlMinr. (zugleich im Namen des FinMinr.) v. 10.10.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1181, n.f.; als Umlaufsache erledigt u. dem LT übersandt am 21.1.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1881, S. 2103 f. Vgl. das Gesetz v. 20.5.1922, GS, S. 117.

⁵ Die Vorlage des WohlMinr. v. 31.10.1921 mit einem Beschlußentwurf in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 457; die Änderungsvorschläge des StR v. 14.10.1921, Bl. 458–459; vgl. auch Drucks. StR 1921 Nr. 105, Sp. 2 f. Vgl. ferner Rep. 84a, Nr. 10996, Bl. 71–74v u. 84.

⁶ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1561, S. 1660–1663; dem LT übersandt am 11.11.1921.

⁷ Die Vorlage des WissMinr. v. 5.11.1921 mit der 2. beglaubigten Ausfertigung des Gesetzentwurfs mit Begründung, in: Rep. 90, Nr. 1758, Bl. 463–467v. Vgl. das Gesetz v. 24.11.1921, GS, S. 563. Die vorläufige Ausführungsanweisung des FinMinr. v. 7.11.1921 in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 106 Bd. 10, n.f. (Druck).

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister am 5. November 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 129, S. 355–357.

Anwesend: für Preußen Saemisch.

1. Dienstaufwandsentschädigungen. — **2.** Gedächtnisfeier für den verstorbenen ehemaligen König von Bayern in der Hedwigskirche. — **3.** Gesetzentwurf betr. Änderung der Verordnung über Lohnpfändung. — **4.** Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. — **5.** Verfahrensweise bei der Ernennung oder Entlassung von Beamten vom Ministerialdirektor an aufwärts.

Nr. 218 Sitzung des Staatsministeriums am 8. November 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 140–140v; MF 1026. — Abschriften (jeweils TOP 1–5): GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 220–220v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Richter, Wendorff, Severing, Siering, Boelitz. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

1. Aushändigung der Ernennungsurkunden an die neuen Minister durch den Ministerpräsidenten, mit Ausnahme des entschuldigten am Zehnhoff. — **2.** Eidesleistung des Ministerpräsidenten, dann der übrigen Minister.¹ — **3.** Ernennung der neuen Minister zu Mitgliedern des Reichsrats. [B] — **4.** Bestimmung von v. Richter, [...] Wendorff und Severing zu Ministern in evangelicis für die neuen Provinzen.² [B] — **5.** Beratung des Entwurfs³ einer Regierungserklärung des [...] Ministerpräsidenten für die Sitzung des Landtags am 10. November 1921. — **6.** Nächste Sitzung nur der [...] Minister am 10. November 1921, 9.30 Uhr im Landtagsgebäude, Ministerzimmer.⁴ [B]

¹ Zur Ernennung der Minr. des 2. Kab. Braun vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 7.11.1921 an die Minr., in: Rep. 90, Nr. 896, n.f.

² Vgl. die Mitteilung v. 2.12.1921 an das Landeskonsistorium Hannover u. die Konsistorien, in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 241 Bd. 1, Bl. 696v.

³ Zum Verlauf der Beratung über diesen TOP, in der die DVP-Minr. Richter u. Boelitz eine Abschr. zur Vorlage bei ihrer Fraktion wünschten, vgl. Schulze, Otto Braun, S. 355 f. Vgl. den nicht datierten hs. Entwurf u. die undatierten Vorschläge der Staatsminister Dr. von Richter und Dr. Boelitz zu der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, in: IISG Amsterdam, NL Braun Nr. 250 u. 251, n.f.; zit. nach ebd., S. 355.

⁴ Ein Prot. zu dieser Sitzung konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 219 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 17. November 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 141–142; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Göhre, Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Dönhoff, v. Kameke, R. Krohne [alle zu 3 und 5], Jaques, Articus, Seydel [alle zu 3], Bank, Gadow [beide zu 3 und 5], v. Falkenhayn, Beninde, Gürich [alle zu 3], Niermann, Hecht [beide zu 5].

1. Eidesleistung des Justizministers. — 2. Voraussetzungen für die Zulassung zur Gerichtsassessorprüfung. Der Reichsjustizminister soll ersucht werden, die Angelegenheit im Benehmen mit den Landesregierungen zu erörtern. [B] — 3. Verhandlungen mit Bremen betr. Änderung des Staatsvertrages hinsichtlich der Industrie- und Fischereiklausel. Bremen soll nötigenfalls die Bereitschaft Preußens zu erkennen gegeben werden, 3 Jahre nach Inbetriebnahme des neuen Geestemünder Fischereihafens [...] die Fischereiklausel aufzuheben.¹ [B] — 4. Vier Ernennungen und zwei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 5. Reichswasserstraßenordnung.² Bei den Bamberger Verhandlungen ist eine vorherige Aussprache unter den Ländern herbeizuführen. Die Form des verfassungsändernden Reichsgesetzes wird für die Regelung des materiellen Reichswasserstraßenrechts für erforderlich gehalten.³ [B] — (6. Ministerpräsident Braun wird bei Verhinderung von Justizminister [...] am Zehnhoff vertreten. [B] — 7. Regelmäßiger Sitzungstag für das Staatsministerium ist der Freitag. [B])

¹ Vgl. dazu eine Niederschr. über die kommissar. Beratung am 19.10.1921 im HandMinm. zur Änderung des Staatsvertrages, in: Rep. 84a, Nr. 7555, Bl. 100–104.

² Die Vorlage des LandMinr. v. 22.10.1921 in: Rep. 90, Nr. 389, n.f.; anbei die Entwurfs-Skizze einer Reichswasserstraßenordnung u. die Aufzeichnung von Referent v. Kameke v. 17.11.1921 für den MinPräs. zur Sitzung. Vgl. auch das Material in: Rep. 87, Nr. 5467.

³ Zu den Vorschlägen im einzelnen vgl. das Schreiben des HandMinr. v. 18.11.1921, in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 8, n.f.; hier auch der Bericht des HandMinr. (i. V. Dönhoff) v. 28.11.1921 über die Verhandlungen. Die Niederschr. des RVMinm. zu den v. 22.–24.11.1921 in Bamberg durchgeführten Verhandlungen über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, am 14.3.1922 übersandt, in: Rep. 87, Nr. 5410, n.f. (27 ms. Seiten).

Nr. 220 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 21. November 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 143–144; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Wever [RK], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Schultz, Suckow, Hog [alle zu 2], Mulert [zu 2 und 9], v. Kameke, Mackensy [beide zu 2–3], Gramsch [zu 3], Schneller, Remak [beide zu 6], Voelkel [zu 8].

(Genehmigung für den Justizminister, in einer Strafsache [...] wegen Beleidigung vor dem Amtsgericht Breslau auszusagen. [B]) — 1. Eidesleistung von Staatsminister Hirtsiefer; vertagt. — 2. Erneut der Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. Unveränderte Vorlage¹ an den Landtag und Mitteilung des Gutachtens² des Staatsrats. [B] — 3.

¹ Vgl. zum Gesetzentwurf Sitzung am 26.8.1921, TOP 1 u. Anm. 1 u. Markull, Wilhelm (MinR im RFinMinm.), Zum neuen preußischen Gesetzentwurf über Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, in: Preuß. VerwBl. Nr. 17 v. 28.1.1922, S. 195 f. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 30.11.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1591, S. 1697–1736, mit 11 Anlagen. Vgl. das Gesetz v. 14.2.1923, GS, S. 29.

² Drucks. StR 1921, Nr. 136: Mündl. Bericht des Haupt- u. Wirtschaftsausschusses.

Zustimmung zum Entwurf³ eines Staatsvertrags nebst Schlußprotokoll über die Vereinigung Pymonts mit Preußen. Ernennung von Kommissaren der Staatsregierung für die Vertragsunterzeichnung. [B] — 4. Ernennung und zwei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 5. Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige. [B] — 6. Der Erhöhung der Ruhegehaltsbezüge⁴ der vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Aufsichtsrichter bei Amtsgerichten mit 10 und mehr Richtern wird nicht zugestimmt. [B] — 7. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ zur Ergänzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Dienst Einkommens der katholischen Pfarrer vom 17.12.1920. [B] — 8. Reichsgesetzentwurf⁶ über Änderung des Kohlensteuergesetzes. Abgabe der preußischen Stimmen im Reichsrat für den Gesetzentwurf. [B] — 9. Der vom Reichstag angenommene Gesetzentwurf⁷ über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Renteneempfängern aus der Invalidenversicherung. Preußischerseits wird kein Einspruch gegen das Gesetz im Reichsrat erhoben. [B] — (Gesetzentwurf⁸ betr. Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Schaffung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit. Unveränderte Vorlage an den Landtag und dabei auch Mitteilung des Gutachtens des Staatsrats. [B])

³ Die Entwürfe des Staatsvertrages u. des Schlußprot. in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 124–129v; die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 5.11.1921, Bl. 122–123.

⁴ Die Kleine Anfrage der Abg. Barteld, Schreiber u. Höpker-Aschoff v. 21.10.1921, in: Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1270, S. 1484; der Antrag des JMinr. v. 31.10.1921 in: Rep. 90, Nr. 730, n.f.; hier auch die Aufzeichnung für den MinPräs. zur Sitzung u. die Voten von FinMinr. u. WissMinr. sowie vom LandMinm. Die Antwort des StMinm. in: Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1823, S. 2064 f.

⁵ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1825, S. 2065 f.; dem LT übersandt am 6.1.1922. Vgl. das Gesetz v. 14.3.1922, GS, S. 75.

⁶ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 4, Nr. 272, S. 1–4; von RFinMinr. Hermes dem ReichsR vorgelegt am 19.11.1921. Vgl. das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen v. 8.4.1922, Anlage 6, RGBl. I, S. 378.

⁷ Vgl. Drucks. RT, 1. WP 1920, Bd. 369, Nr. 2930, S. 2745–2750; von RArbMinr. Brauns dem RT vorgelegt am 7.11.1921; vgl. weiterhin ebd., Bd. 370, Nr. 3055, S. 2890 f.: der Entwurf nach den Beschlüssen des RT in 3. Beratung. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 923 Nr. 62 Bd. 1, Bl. 75–76.

⁸ Vgl. den Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 5585, Bl. 166–167; dem LT übersandt am 18.11.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1510, S. 1624–1629; das Gutachten des StR, S. 1629. Vgl. auch Sitzung am 23.9.1921, TOP 3. Vgl. das Gesetz v. 29.7.1922, GS, S. 213; auch Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, S. 134 f. u. Fischer, Friedrich Wilhelm (MinR im WohlMinm.), Das Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes..., in: Volkswohlfahrt Nr. 4 v. 15.2.1922, S. 117 f. u. Preuß. VerwBl. Nr. 17 v. 27.1.1923, S. 179 f.

Chefbesprechung mit Vertretern der Preußischen Regierung am 22. November 1921, 12.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 151, S. 418–422.

Anwesend: für Preußen Abegg, Weismann.

Auflösung der Geheimorganisationen.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 22. November 1921, 18 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 153, S. 425–427.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Siering.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Hagedorn, Abegg, Weismann, W. Richter.

Aussprache über Maßnahmen gegen die kommunistische Bewegung und gegen Unruhen aufgrund der Lebensmittelverteuerungen.

Nr. 221 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 25. November 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 145–146v; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], C.H. Becker, Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Graeser, Rathenau, Froelich [alle zu 5], v. Kameke [zu 5 und 7], König [zu 4], Lippert, Becker [beide zu 7].

1. Eidesleistung des [...] Staatsministers Hirtsiefer. — **2.** Reichsgesetzliche Regelung der Kostentragung aus dem Grundschulgesetz. Im Wege des Initiativantrages *ist* im Reichsrat *ein* Entwurf [...] einzubringen. *Zunächst Festlegung des endgültigen Wortlauts* in einer kommissarischen Besprechung.¹ [B] — **3.** 15 Ernennungen. [B] — **4.** Aufwandsentschädigung für Polizeipräsidenten; *eine Zahlung wird nicht in Aussicht genommen.* [B] — **5.** Ausführungsgesetz zum Artikel 18 der Reichsverfassung.² *Vorgabe von detaillierten Richtlinien für die Formulierung des Antrags an den Reichsrat aufgrund der vorliegenden Anträge von Innen- und Justizminister.* [B] — **6.** Angelegenheiten des Staatsrats. *Ministerpräsident Braun regt eine kommissarische Erörterung über das Verhalten des Staatsministeriums zur Verfassungsbestimmung an, den Staatsrat [...] über die Führung der Staatsgeschäfte auf dem Laufenden zu halten, sowie bei Ersuchen des Staatsrats, Erhebungen zu veranlassen.*³ [B] — **7.** Zustimmung zum Reichsgesetzentwurf⁴ über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln. [B] — **8.** Aufrechterhaltung des Beschlusses über die Ortsklasseneinreihung für Groß-Berlin. [B] — **9.** Einverständnis mit dem Landtagsbeschluß über eine einmalige finanzielle Unterstützung der 4 Messen in Königsberg, Köln, Breslau und Frankfurt/M., *da dafür ganz besondere wirtschaftliche und politische Gründe sprechen. Keine Bereitstellung von Mitteln für andere Messen.*⁵ [B]

¹ *Vgl. den Antrag Preußens v. 15.12.1921 betr. den Entwurf eines Gesetzes wegen Übernahme von 2/3 der den Ländern und anderen Unterhaltungsträgern öffentlicher Schulen usw. aus der Durchführung des Reichsgesetzes v. 28.4.1920 entstehenden Kosten auf das Reich, in: Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 4, Nr. 316, S. 1 f.; am 22.12.1921 dem 3. u. 5. Ausschuß überwiesen; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 66. Sitzung, S. 869.*

² *Die Vorlage (Antrag) des Minr.dI v. 28.10.1921 mit einem Gesetzentwurf (Antrag Preußens) in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Beiakten 1, Bl. 52–56v; der Antrag des JMinr. (i. A. Versen) v. 12.11.1921 u. das Schreiben des FinMinr. an den MinPräs. v. 24.11.1921, in: Rep. 151, IV Nr. 2, n.f.; die Sitzungssache für das StMinm. sowie die Voten von JMinr. u. FinMinr., in: Rep. 151, HB Nr. 566, n.f. Der Entwurf der RReg., von RMinr.dI Köster dem ReichsR vorgelegt am 5.4.1921, Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 101, S. 1–6; ebd. der Antrag Preußens zum Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 18 v. 28.11.1921.*

³ *Vgl. die Niederschr. über das Ergebnis der kommissar. Beratung im MdI am 16.12.1921 in: Rep. 120, CB I Nr. 8a Adhib. Bd. 1, n.f.*

⁴ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 266, S. 1–4; von RWiMinr. Schmidt dem ReichsR vorgelegt am 10.11.1921. Zu der vom ReichsR beschlossenen Fassung vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 61. Sitzung am 8.12.1921, S. 836–838, Anlage 2. Vgl. auch das Material in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 13 Bd. 1, Bl. 197 ff. Vgl. das Gesetz v. 3.2.1922, RGBl. I, S. 195.*

⁵ *Vgl. dazu die Kleine Anfrage der Abg. Martell u. Gen. v. 6.2. u. die Antwort des HandMinr. v. 14.2.1922, Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Nr. 1815 u. 1853, S. 2060 u. 2086.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 26. November 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 156, S. 435–438.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1–2 Braun, Siering, Richter, Wendorff, Hirtsiefer.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Mügel, Hagedorn, Schütze.

1.–2. Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher. Endgültige Beschlußfassung über die Bereitstellung von 500 Mio. M für die Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder.

¹ Vgl. die Einladung v. 25.11.1921 zur Sitzung des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1317, Bl. 197–198.

Nr. 222 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 29. November 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 147–148; MF 1026. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 2, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 3 Bd. 3, n.f.; Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 5, n.f.; Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Eggert [für Wendorff], C.H. Becker [für Boelitz], Hagedorn, Wever [RK], Göhre, L. Weber, Nobis, Sachs, Weismann; als Kommissare Abegg [zu 1], Denk [zu 1–3], Schoof [zu 1], Hardenberg [zu 1–2], v. Baerensprung [zu 3], E. Delbrück.

1. Ausführlicher Bericht des Staatssekretärs Hagedorn über die bisherigen Maßnahmen zur Besserung der Kartoffelversorgung und gegen den Lebensmittelwucher. Vorschläge und weitere praktische Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten.¹ Einberufung einer Versammlung aller [...] wirtschaftlichen Verbände Berlins, um die gesamte Ernährungslage zu erörtern und eine Kommission für Gespräche beim Staatskommissar für Volksernährung zu bilden. Einbeziehung der Oberpräsidenten in die Aufklärung. Eine Besprechung über die Besserung der Zuckerversorgung ist in die Wege geleitet.² [B] — 2. Milchverbilligung. Einverständnis mit der Anforderung des Reichs, 500 Millionen Mk. zu gewähren, und zwar als Wohlfahrts- und Notstandsmaßnahme für besonders gefährdete Notstandsgebiete zur Sicherung des Milchnotbedarfs. Bereitschaft, wenn Reich und Gemeinden je 1/3 beitragen, preußischerseits sich auch mit 1/3 unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß sämtliche Länder entsprechende Beiträge leisten. [B] — 3. Erfassung des Getreides in Oberschlesien. Ablieferung der für aufbringbar erachteten Getreidemenge. Fühlungnahme mit dem Reich, um auf die Inanspruchnahme der Haftung des Landes zu verzichten. [B] – (Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen über die Erhöhung der Besatzungszulage. Zunächst soll versucht werden, diese abzulehnen, da die Beamten im besetzten Gebiet durch das neue Ortsklassenverzeichnis erhebliche Nachzahlungen zu erwarten haben. [B])

¹ Zur Vorbereitung der Sitzung vgl. das Schreiben des StKom. für Volksernährung an die Minr. v. 26.11.1921, in: Rep. 197A, Gen. C I Nr. 12, Bl. 309–309v; zum Beschluß das Schreiben des StMinm. v. 30.11.1921 an alle Landesregierungen, in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 5, n.f.

² Im Prot. der Sitzung des RKab. um 16.30 Uhr (die Sitzung des StMinm. fand um 11 Uhr statt, Spezialakten, Bd. 17, Bl. 295) ist vermerkt, daß von den durch die Preuß. StReg. ergriffenen, beziehungsweise beabsichtigten Maßnahmen [...] Kenntnis genommen wurde; vgl. Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 1, Nr. 158, S. 445.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 30. November 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 159, S. 446–448.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göppert.

1. Bericht zu den Verhandlungen über Oberschlesien in Genf. — **2.** Winterstationierung des Reichsdampfers „Triton“ in Petersburg. — **3.** Gesetzentwurf zur Anpassung des Strafgesetzbuchs an das Verfassungsrecht. — **4.** Gesetzentwurf über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht. — **5.** Gesetzentwurf betr. Änderungen des Pensionsergänzungsgesetzes vom 21. Dezember 1920. — **6.** Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Nr. 223 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Dezember 1921.

Vollz. Reinschr., Bd. 170, Bl. 149–150; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: L. Weber [für Richter], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Sattelmacher, Flemming, Remak [alle zu 3], Schütze, Lüninck [beide zu 2], E. Delbrück [zu 6].

1. Vollstreckung eines Todesurteils; vertagt. — **2.** Zustimmung zum Gesetzentwurf¹ über die sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung der staatlichen Polizeiverwaltung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. [B] — **3.** Zwei Pensionssachen.² [B] — **4.** Acht Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — **5.** Auszahlung von Reichs- und Staatsmitteln für Bauvorhaben in den an Polen fallenden Teilen Oberschlesiens. Die bereits bewilligten Zuschüsse sind auszahlen, soweit das Reich dasselbe tut. Rückerstattung [...] durch Polen [...] im Verhandlungswege. [B] — **6.** Veränderung der geschäftlichen Behandlung der Kleinen Anfragen durch Aufhebung der bisherigen Beschlüsse.³ Jetzt selbständige und unmittelbare Beantwortung durch den zuständigen Ressortminister. [B] — **7.** Bezeichnung des Vorsitzenden des Staatsrats als Präsident. Vertrauliche Fühlungnahme mit den Koalitionsparteien, ob die Bedenken gegen die in der Regierungsvorlage gewählte Bezeichnung [...] nicht zurückgestellt werden könnten. [B]

¹ Die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 22.11.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, Bl. 487–492; dem LT übersandt am 23.1.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1887, S. 2108 f. Vgl. das Gesetz v. 22.3.1922, GS, S. 67. Vgl. auch Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, S. 388, mit Bezug auf den TOP.

² Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 373 u. 415.

³ Vgl. die Referentennotiz zu diesem TOP, in der vorgeschlagen wurde, das im Reich übliche Verfahren auf Preußen zu übernehmen; vgl. Spezialakten, Bd. 17, Bl. 298 u. BArch Lichterfelde, R 43 I/2285, Bl. 152.

Nr. 224 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 9. Dezember 1921.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 170, Bl. 151–152; MF 1026. — *Abschr.:* GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — *Prot.:* Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: L. Weber [für Richter], C.H. Becker [für Boelitz], Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Frick, Scherek; *als Kommissare* Cronau [zu 4], Jaeckel, Landé [beide zu 6], Brathuhn [zu 7–9], Gramsch [zu 12].

1. Neuregelung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung; *vertagt*.² — **2.** Referendarentwurf zum Reichsgesetz über die Lehrerbildung; *vertagt*. — **3.** *Drei Ernennungen*. [B] — **4.** *Keine Übernahme der Reichsbestimmung über die Ernennung zum Ministerialsekretär*.³ [B] — **5.** *Begnadigung bei einem Todesurteil*. [B] — **6.** Entlassungen von Beamtinnen *bei Eheschließung*.⁴ Die Regierungen *sind anzuweisen*, Entlassungen [...] künftig nicht mehr vorzunehmen. [B] — **7.–9.** *Zustimmung zu den Gesetzentwürfen*⁵ über Abänderung des Preußischen Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Notare *jeweils vom 25. Juli 1910 und* Abänderung des Gesetzes, enthaltend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher *vom 21. März 1910*. [B] — **10.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁶ über die Neuwahl der Bezirksausschüsse in Breslau und Liegnitz. [B] — **11.** Überwachung des Strafvollzugs der Länder durch den Reichstag. Das Staatsministerium *schließt sich der* Auffassung des [...] Justizministers *an*. Der Standpunkt *ist* im Reichstag, im Reichsrat und der bayerischen Regierung gegenüber *zu* vertreten. [B] — **12.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁷ über die Vereinigung des zu Waldeck-Pyrmont gehörigen Gebietsteils Pyrmont mit dem Freistaat Preußen. Dem Landesdirektor *soll nunmehr* Nachricht *gegeben werden*, daß Preußen in der Frage des Anschlusses Waldecks, getreu seiner sonstigen Stellungnahme, keinerlei Initiative ergreifen, vielmehr etwaige Anregungen aus Waldeck abwarten *wird*. [B] — **(13.** Neuregelung der Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren; im Reichsrat *ist gegen die* [...] neuen Vorschläge⁸ der Reichsregierung *kein Widerspruch zu erheben*. [B] — **14.** *Vorlage des Etats*⁹ für 1922 an den Staatsrat. [B] — **15.** Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Anklam. [B])

¹ Zum ersten Mal wurde hier das Prot. von MinPräs. Braun vollzogen; vgl. Bl. 151.

² Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 22.11.1921 u. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, I C Nr. 1482, Bl. 172–174.

³ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 8.12.1921 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 501, n.f.

⁴ Vgl. dazu Rouett, Susanne, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt/M. u.a. 1993, S. 257; vgl. ferner Jastrow, Hedwig (Volksschullehrerin), Das Problem der verheirateten Lehrerin in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 7 v. 5.4.1921, S. 165–167 u. das Schreiben des WissMinr. (i. A. Jahnke) v. 12.7.1921 zur sog. Heiratsklausel in: Ebd., H. 15 v. 5.8.1921, S. 297.

⁵ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 4, Nr. 2519, S. 2519–2553; dem LT übersandt am 24.2.1922. Vgl. die Gesetze v. 28.10.1922, GS, S. 335, 355 u. 359.

⁶ Die Vorlage des Minr.dI v. 19.11.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, A II 5e Nr. 2 Bd. 13, Bl. 19–21; dem LT übersandt am 24.12.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1814, S. 2059 f. Vgl. das Gesetz v. 22.3.1922, GS, S. 64.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI v. 7.12.1921 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 4564, Bl. 138–147v; der Entwurf wurde dem LT übersandt am 21.12.1921, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1762, S. 1971–1980, mit Anlage Staatsvertrag u. Schlußprot. Vgl. das Gesetz v. 22.2.1922, GS, S. 37.

⁸ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 2, Nr. 267, S. 1–22 u. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 62. Sitzung am 12.12.1921, S. 843–846.

⁹ Vgl. den Entwurf eines Gesetzes betr. die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 ..., vom FinMinr. vorgelegt am 8.12.1921, in: Rep. 90, Nr. 1390, n.f.

Nr. 225 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 153–154, Anlage¹, Bl. 155–158; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare C.H. Becker, Badt [zu 2], Cronau [zu 4], Hagedorn [zu 6], Stephan, E. Delbrück [beide zu 7].

1. Stellungnahme Preußens im Reichsrat zum Entwurf² des Reichshaushalts für 1922. *Instruktion der Vertreter der Preußischen Regierung, mit allem Nachdruck auf eine Einschränkung der Reichsverwaltungsaufgaben hinzuwirken und dabei besonders der Übernahme neuer Aufgaben durch das Reich entgegenzutreten. Verlangen nach Auflösung des Reichsschatzministeriums und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und Übertragung ihrer Restaufgaben an andere Reichsstellen. Einschränkung des Personalbestandes und der sächlichen Ausgaben beim Auswärtigen Amt, der Vereinigten Preßabteilung der Reichsregierung und den Auslandsvertretungen.* [B] — **2.** Beschaffung einer Wohnung für den Präsidenten des Staatsrats. [B] — **3.** *Sechs Ernennungen und zwei Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — **4.** *Der Entwurf³ der Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums; sie werden gebilligt.⁴* [B] — **5.** *Festlegungen zur Beflagung der Dienstgebäude.⁵* [B] — **6.** *Beibehaltung des Beschlusses⁶ über die Einstellung des Abwicklungshaushalts des Staatskommissars für Volksernährung beim Staatsministerium.* [B] — **7.** *Oberschlesische Autonomiefrage. Es wird davon abgesehen, einen neuen sachlichen Beschluß zu fassen, es soll bei den bisherigen Beschlüssen bleiben. Für Aufnahme eines Vermerks in die Begründung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 18 der Reichsverfassung, der klarstellt, aus welchen Gründen dieses Ausführungsgesetz auf Oberschlesien keine Anwendung findet. Dies bedeutet aber keine Zurücknahme des Reichsgesetzes vom 27. November 1920 betr. Oberschlesien.* [B] — **8.** *Antrag⁷ Bayerns im Reichsrat betr. den Entwurf eines Gesetzes gegen Schlemmerei. Grundsätzliche Zustimmung zur Tendenz, doch Ablehnung des Antrags, da die Zwecke der Lebensmittelversorgung auf dem vorgesehenen Wege nicht erreicht werden können.* [B] — **(9.)** *Umwandlung der Dirigentenstelle der Hochschulabteilung des Ministeriums für Wissenschaft [...] in eine Direktorstelle.* [B] — **10.** *Ablehnung der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung von Dyhernfurth.* [B] — **11.** *Keine Einwände gegen die vom Landtag im Haushaltsplan für 1921 beschlossenen*

¹ Zu TOP 4: Grundsätze für die Erledigung von Geschäften des Staatsministeriums.

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 3, Nr. 269, S. 3–5 (die ersten Teile) u. Anlagen; von RFinMinr. Hermes dem ReichsR übersandt am 11.1.1921.

³ Die Vorlage des MinPräs. v. 20.11.1921 mit dem Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 224–228; die vorherigen Entwürfe, Bl. 141–145 u. 179–181v (in kommissar. Beratungen am 17.1. u. 14.5.1921 festgestellt); die Voten der Minr. in: Rep. 197A, Gen. A I Nr. 38, n.f.

⁴ Der von Braun vorgeschlagene Passus: Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Ministerpräsidenten (Ziffer IV), fand keine Stimmenmehrheit u. wurde gestrichen; vgl. Anlage zum Prot., Bl. 155v. – Die nicht veröffentlichten Grundsätze in: Rep. 90, Nr. 396, n.f. u. Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 234–236v (Druck).

⁵ Die Vorlage des HandMinr. v. 14.12.1921 in: Rep. 120, A I I Nr. 3a Bd. 1, n.f.

⁶ Die Vorlage des LandMinm. (Wendorff) v. 7.12.1921 in: Rep. 151, HB Nr. 1058, Bl. 432; vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm., Bl. 433 u. 435; die Voten des StKom. für Volksernährung u. HandMinr., Bl. 436–437.

⁷ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 4, Nr. 303, S. 1 f.; dem ReichsR vorgelegt am 8.12.1921 u. dem VII. Ausschuß überwiesen am 15.12.1921; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1921, 63. Sitzung am 15.12.1921, S. 849. Am 6.4.1922 wurde der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt u. eine Entschliebung an die RReg. angenommen; vgl. ebd., Tagung 1922, 15. Sitzung, S. 309. Zum Entwurf vgl. auch das Schreiben Schellens v. 22.11.1921 an das StMinm. in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 15, n.f.

Mehrbewilligungen. [B] — **12.** Nächste Sitzung des Staatsministeriums [...] ausnahmsweise am Donnerstag, dem 22. Dezember 1921. [B])

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Justizminister am 21. Dezember 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 171, S. 477–479.

Anwesend: für Preußen am Zehnhoff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

1. Amnestieerlaß. — **2.** Entwurf von Richtlinien für die Verwendung der Reichsmittel zur Unterstützung notleidender Kleinrentner. — **3.** Regelung der Milch- und Vieh-Frankenschulden an die Schweiz. — **4.** Schlußabwicklung der Elberfelder Lebensmittelgeschäfte. — **5.** Einschränkung des Dienstkohlenzwangs. — **6.** Abdeckung der Maiskredite. — **7.** Personalfragen. — **(8.** Verwendung des Direktors des Gesamtverbandes der Deutschen Staatsbeamten- und Staatsangestelltengewerkschaften Höfle im Reichsdienst.)

Nr. 226 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1921.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 159–160; MF 1026. — Abschr. [TOP 1–9]: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Wever [RK], Göhre, Nobis [außerdem zu 4], Meister, Frick, Scherek; als Kommissare v. Kameke [zu 1 und 5], Jaques [zu 1 und 6], Articus, v. Both, Wagemann [alle zu 5], Bank [zu 6], Sandrock [zu 7].

1. Entwurf¹ der preußischen Denkschrift zur Frage der Abtretung preußischer Gebietsteile an Groß-Hamburg. Die im Auftrage des Staatsministeriums verfaßte Denkschrift wird bei der Zentralstelle zur Gliederung des Reichs eingereicht. [B] — **2.** Übernahme der Süderelbe in preußische Verwaltung; vertagt.² — **3.** Fünf Ernennungen und zwei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — **4.** Zurückhaltung bei der Genehmigung des Ankaufs von Häusern durch die Sowjetvertretung in Berlin.³ [B] — **5.** Der preußische Entwurf⁴ einer Landordnung im Reichsrat. Eine schnelle Einigung über die Abänderungsvorschläge des Landwirtschaftsministers ist herbeizuführen, um den Antrag im Reichsrat mit Nachdruck behandeln zu können. [B] — **6.** Beteiligung Preußens an den

¹ Die Vorlage des HandMinr. v. 13.12.1921 in: Rep. 90, Nr. 285, Bl. 138–208; hier auch die Druckschr.: Zur Frage einer Abtretung Preußischer Gebietsteile an Hamburg. Denkschrift, hrsg. im Auftrag der Preußischen Staatsregierung vom Minister für Handel und Gewerbe, (Berlin 1921), Bl. 225–258.

² Auf Antrag des FinMinr. v. 21.12.1921 von der TO abgesetzt; vgl. Rep. 87, F Nr. 1600, Bl. 21; die Vorlage des HandMinr. v. 17.12.1921, Bl. 23–25.

³ Vgl. auch die Aufzeichnung des Wirkl. LegR Frh. v. Maltzan v. 24.11.1921 in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A, Bd. 5, Nr. 194, S. 399 f.

⁴ Vgl. Sitzung am 12.1.1921, TOP 5 (Nachmittagssitzung).

*Kosten der Instandsetzung der Oderbrücke bei Tschicherzig.*⁵ *Sie erfolgt, wenn auch das Reich, die Provinz und der Kreis sich beteiligen.* [B] — **7.** Kündigung des Tarifvertrages für die Angestellten bei den Reichs- und preußischen Staatsverwaltungen vom 4. Juni und 6. November 1920. *Durch Verhandlung ist eine Verlängerung des Vertrages zu versuchen.* [B] — **(8.** Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Delitzsch. [B] — **9.** Schreiben⁶ der Landesregierung von Schaumburg-Lippe zwecks Fühlungnahme wegen eines etwaigen Anschlusses von Schaumburg-Lippe an Preußen. *Der Minister des Innern wird ermächtigt, die Abordnung zu empfangen.* [B] — **10.** Nächste Sitzung des Staatsministeriums [...] am Freitag, dem 30. Dezember 1921. [B])

⁵ Vgl. dazu Rep. 84a, Nr. 3257, Bl. 276 ff. mit dem Votum des FinMinr. v. 27.12.1921.

⁶ Das Schreiben an den Minr.dI v. 13.12. u. die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 17.12.1921 in: Rep. 90, Nr. 298, Bl. 2–4.; vgl. auch die Denkschrift über den Anschluß des Staates Schaumburg-Lippe an Preußen v. 8.2.1921, Bl. 53–69v; eine kurze Niederschr. zu der Vorbesprechung über den Anschluß am 14.2.1922 im MdI, Bl. 13–17; hier auch weiteres Material.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 30. Dezember 1921, 10.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 177, S. 495 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Freund.

Vorbehalte und Bedenken gegen eine Zusammenlegung des Reichs- und Staatskommissariats für Überwachung der öffentlichen Ordnung.

Nr. 227 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1921, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 170, Bl. 161–162; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Wever [RK], Nobis, Frick, Scherek; als Kommissare Göppert [zu 1], Lewald, Bail, Posse, Loehrs, v. Baerensprung, v. Miquel [alle zu 1], Weltzien, Crusen, Lutterloh [alle zu 1 und 4], Fleischer, Gürich, E. Delbrück [alle zu 1].

1. Oberschlesische Verhandlungen. Das Staatsministerium¹ billigt die bisherige Haltung und die Vorschläge der Unterhändler und faßt die Verhandlungspunkte zusammen, denen man besonders beipflichtet. Der Staatskommissar für Volksernährung soll der Milchversorgung [...] besondere Aufmerksamkeit zuwenden und Vorsorge [...] treffen [...], daß die deutschbleibenden Gemeinden aus deutschbleibenden Lieferungsbezirken beliefert werden. [B] — **2.** Beabsichtigter Ankauf von Häusern in Berlin durch die Sowjetvertretung. Gegen den Erwerb des Hauses Keithstraße 14, doch Zustimmung zur mietweisen Überlassung des Hotels „Russischer Hof“. Erneute Verhandlung mit dem Reich, um reichseigene Gebäude zur Verfügung zu stellen. [B] — **3.** Zwei Ernennungen und

¹ Die Vorlage des MinPräs. (Rundschreiben) v. 24.12.1921 u. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, I A Nr. 7348, Bl. 150–152v.

drei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 4. Rücktrittsrecht der Danziger Lehrer an Volksschulen und [...] nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten [...] nach Ablauf der Optionsfrist. Gewährleistung aller Rechte des Beschlusses vom 26. Juli 1919 bis zum 1. April 1925 ohne Prüfung des Rücktrittsgrundes. [B] – (Der Vorschlag des Handelsministers, zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums für das Rechnungsjahr 1922 einen Antrag zu stellen, für die Messen in Breslau und Frankfurt/M. sowie den „Handelshof“ in Stuttgart finanzielle Mittel einzusetzen, wird nicht gebilligt.² Die Preußischen Bevollmächtigten zum Reichsrat werden instruiert, Anträgen anderer Länder auf Unterstützung weiterer Messen aus öffentlichen Mitteln zu widersprechen. [B])

² Der Vorschlag des HandMinr. v. 27.12.1921 mit dem Entwurf eines preuß. Antrages zum Haushaltsentwurf des RWiMinr. in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 31. Dezember 1921.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 179, S. 497 f.

Anwesend: für Preußen Severing, [Braun].¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göppert, v. Miquel.

1. Ablehnung der amtlichen Feststellung der sogenannten Produktionsschäden der Industrie in Oberschlesien. — **2.** Behandlung der Wetterdienstangelegenheiten des Reichs. — **3.** Der Preußische Ministerpräsident² teilt die Übereinstimmung der Preußischen Regierung mit der Reichsregierung in der oberschlesischen Frage mit. Gemeinsamer Beschluß über die möglichste Einschränkung der Aussprache über die Autonomiefrage Oberschlesiens in der Presse.

¹ Die Einladung v. 29.12.1921 zur Sitzung des RMinr. erging auch an den MinPräs., WissMinr., HandMinr. u. FinMinr.; vgl. BArch Lichterfelde, R 43 I/1317, Bl. 214.

² In der Anwesenheitsliste ist Braun nicht erwähnt.

Nr. 228 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 1a–2v; MF 1026.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare R. Krohne, Stapenhorst [beide zu 1], E. Delbrück [zu 2], Conze, v. Schenck [beide zu 3], Hellich [zu 5], Daue [zu 6], Cohn [zu 7–10].

1. Der Reichswasserschutz¹ bei der Beratung des Reichshaushalts. Instruktion der preußischen Vertreter im Reichsrat, gegen seine Unterbringung [...] im ordentlichen Staatshaushalt Stellung zu nehmen. Sollte die Etatisierung doch unumgänglich werden, dann muß sie beim Etat [...] des Reichsverkehrsministeriums erfolgen.² Antrag auf Abgabe einer Erklärung bei der Etatberatung im Reichsrat, der die unbefriedigende Regelung der Zuschüsse des Reichs zu den Kosten der kaser-

¹ Die Vorlage des Minr.dI v. 30.12.1921 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 8, n.f.

² Vgl. dazu Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 3, zu Nr. 269, Anlage XI, S. 1–121 u. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 2. Sitzung am 19.1.1922, S. 37; die Entschließung Preußens, S. 30 f.

nierten Polizei im Etat des Reichsministeriums des Innern für 1922 *zum Ausdruck bringt*. [B] — **2.** *Weitere Beteiligung Preußens an den Kosten der Auslandsflüchtlings- und Grenzlandvertriebenenfürsorge.*³ [B] — **3.** *Zustimmung zu den Entwürfen*⁴ eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 und einer Bekanntmachung über Gewährung von Bauhilfsdarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues. [B] — **4.** *Drei Ernennungen und vier Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — **5.** *Amtsbezeichnung*⁵ für die beamteten Tierärzte. [B] — **6.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁶ zur Ergänzung des Gesetzes betr. die Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer vom 7. Mai 1920. [B] — **(7.** *Richtlinien zur Frage der Besetzung des Trierer Bischofsstuhls und zur Frage der Anpassung der Bischofs- und Domherren-Ernennungen an die Reichsverfassung.*⁷ *Mitteilung an Nuntius Pacelli, daß die Preußische Staatsregierung [...] auf Ersuchen des Reichs [...] in Verhandlungen über die Regelung der religiösen Seite der Schulfrage im Konkordat eintreten wird.* [B] — **8.** *Zurücknahme eines Strafantrages.* [B] — **9.** *Erhöhung der Tagegelder und Übernachtungsgelder für Schöffen und Geschworene. Eine weitere Klärung der Angelegenheit erscheint erforderlich.* [B] — **10.** *Die Unterstützung von Messen. Frick berichtet, daß bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums in den Ausschüssen des Reichsrats ein Antrag Badens auf Einsetzung eines Beitrags für die Frankfurter Messe durch den Einspruch der preußischen Vertreter [...] abgesetzt wurde. Instruktion, die Zurücküberweisung der [...] Etatposition an den Ausschuß zu beantragen.*⁸ *Vereinbarung [...] mit dem Reichswirtschaftsministerium [...] über die zukünftige Regelung der Messeunterstützungen ist unbedingt erforderlich, und der Handelsminister wird auf Fortfall der Beiträge für alle Messen dringen.*⁹ [B])

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 29.12.1921 in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n.f.; hier auch die Sitzungssache für das StMinm.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 4, Nr. 317, S. 1–3 u. Nr. 319, S. 1 f.; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR übersandt am 16. u. 19.12.1921. Die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 5.1.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1740, n.f. Vgl. das Gesetz v. 6.3.1922, RGBl. I, S. 235 u. die Bekanntmachung des RArbMinr. v. 12.1.1922, in: Zeitschrift für Wohnungswesen H. 4 v. 25.2.1922, S. 41.

⁵ Die Vorlage (Antrag) des LandMinm. v. 22.12.1921 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 4.1.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 579, Bl. 189–190v.

⁶ Die Vorlage von FinMinr. u. Minr.dI v. 2.1.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, Ila Sekt. 42 Gen. Nr. 16 Bd. 1, n.f.; dem LT übersandt am 17.2.1922, Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 4, Nr. 2064, S. 2427–2429. Vgl. das Gesetz v. 19.4.1922, GS, S. 89.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben der Dt. Botschaft beim Päpstlichen Stuhl (Bergen) an das StMinm. v. 16.1.1922, in: Rep. 90, Nr. 2381, Bl. 296–305.

⁸ Zu den Beratungen vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, I. Sitzung am 12.1.1922, S. 7–9; hier der Antrag Preußens auf Ermäßigung des Betrags für Leipzig zugunsten von Breslau, Frankfurt/M., Köln u. Stuttgart, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde.

⁹ Vgl. sein Schreiben v. 14.1.1922 an den Präs. LT in: Rep. 76, Ila Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.

Nr. 229 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 3–4; MF 1026. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Frick, Scherek; als Kommissare Mulert, Reschke, E. Delbrück [alle zu 1], Articus, v. Both, Wagemann, v. Schenck, v. Kameke [alle zu 2], Badt [zu 4], Bank [zu 7], Weyhe, König, Remak [alle zu 8], Lippert [zu 2], H. Lucas [zu 4].

1. *Zustimmung zum Gesetzentwurf¹ über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark mit einer Maßgabe.* [B] — 2. *Der Entwurf einer Landordnung wird im Reichsrat zurückgezogen. Dafür Vorlage eines Gesetzentwurfs² über Abänderung der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken vom 15. März 1918 beim Reichsrat.* [B] — 3. *Zwei Ernennungen und zwei Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — 4. *Beantwortung der Staatsratsbeschwerden³ durch ein Schreiben⁴ des Ministers des Innern, dem im Allgemeinen zugestimmt wird.* [B] — 5. *Anderweite Verteilung der vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten bei Preußen verbleibenden Arbeitsgebiete; vertagt.* — 6. *Haushaltsmittel für die staatlichen Fischereihäfen; vertagt.* — 7. *Haushaltsmittel für Zwecke der Kraftwerksgesellschaften; zurückgestellt.* — 8. *Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ über die Gewährung eines Ausgleichszuschlags an Staatsbeamte und Lehrpersonen.* [B] — (9. *Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ betr. Ergänzung der Verordnung über Familiengüter [...] vom 10. März 1919 in der Fassung vom 30. Dezember 1920.* [B] — 10. *Der Ministerpräsident wird beauftragt, mit dem [...] Reichskanzler in Verbindung zu treten, um eine Beteiligung der Länder an den Verhandlungen über mögliche Konsequenzen der Konferenz von Cannes für den Reichshaushalt sicherzustellen.* [B])

¹ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 4, Nr. 2299, S. 2662–2670; dem LT übersandt am 13.3.1922. Die Vorlage des Minr.dI v. 6.1.1922 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. das Gesetz v. 21.7.1922, GS, S. 171 u. die Anweisung des Minr.dI in: MinBl. innere Verw. Nr. 33 v. 9.8.1922, Sp. 767–769.

² Der Antrag Preußens an den Reichsr. v. 6.4.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 10–17v.

³ Vgl. Rep. 80, Nr. 74, Bl. 10–12; vgl. auch die Aufzeichnung (Entwurf) von Referent Cronau v. 14.1.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 144, n.f.

⁴ Die Vorlage (Entwurf) des Minr.dI v. 11.1.1922 u. das Erwidernsschreiben (am 17.1. abgesandt), in: Rep. 90, Nr. 144, n.f. u. Rep. 84a, Nr. 5164, Bl. 179–196. Vgl. weiterhin Drucks. StR 1922, Nr. 40.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 14.1.1922 mit dem Entwurf in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 15, n.f.; dem LT übersandt am 21.1.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1885, S. 2106 f. Vgl. das Gesetz v. 9.2.1922, GS, S. 35.

⁶ Die Vorlage des JMinr. v. 14.1.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1596, n.f.; dem LT übersandt am 31.1.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 4, Nr. 1958, S. 2223 f. Vgl. das Gesetz v. 3.3.1922, GS, S. 49.

Nr. 230 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 27. Januar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 5–6v; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Scherek; als Kommissare Cohn [zu 1], Mackensy [zu 3], Fimmen [zu 6], Denk [zu 7–8], Freund, Froelich [beide zu 8].

1. *Antrag auf Auslieferung der spanischen Staatsangehörigen Fort und Concepcion wegen Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato; vertagt.* — 2. *Entwurf einer Verordnung betr. Erhöhung der Tagegelder und Reisekosten der Schöffen und Geschworenen. Baldige Vorlage durch den Reichsjustizminister an den Reichsrat erwünscht.* [B] — 3. *Vertrauliche Behandlung des Voranschlags¹ für die im Rechnungsjahr 1922 auf Grund von Anleihegesetzen zu leistenden*

¹ Die Vorlage des FinMinr. v. 2.1.1922 in: Rep. 90, Nr. 1390, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent v. Kameke v. 18.1.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, ebd.

Ausgaben. [B] — 4. Festsetzung der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit des Staatsministers a.D. Fischbeck²; *abgesetzt, da dieser den Antrag inzwischen zurückgezogen hat.* — 5. Vier Ernennungen. [B] – Ministerpräsident Braun teilt mit, daß der Preußische Bevollmächtigte in München K. Schellen im Interesse des Dienstes an die Gesandtschaft in Dresden zu versetzen ist. Als Nachfolger wird möglichst eine nicht parteimäßig abgestempelte Persönlichkeit zu wählen sein.³ — 6. Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung über Abänderung des § 9 der Verordnung vom 28.4.1920 über die Bildung von Betriebsvertretungen.⁴ [B] — 7. Aufwendungen für die kulturellen Zwecke der Nordmark.⁵ Zustimmung zum Antrage des Innenministers. [B] — 8. Kommunale Verwaltungsreform.⁶ *Es werden zeitliche Vorgaben für die Inangriffnahme beschlossen: Sofortige „Zusammenstellung der Hauptprobleme für die neuen Verfassungsgesetze: Städteordnung, Landgemeindeordnung, Provinzialordnung“ in kommissarischen Verhandlungen. Danach beschleunigte Fühlungnahme der einzelnen Minister [...] mit ihren Fraktionen, um deren Stellungnahme zu den Grundzügen der Gesetze festzustellen. Abschließende Erörterung des Ergebnisses der Verhandlungen [...] spätestens in der Staatsministerialsitzung am 10. Februar 1922.* [B] – (Formulierung einer Erklärung, die bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Vereinigung von Pymont mit Preußen im Landtage [...] abzugeben ist.⁷ [B])

² Die Vorlage des FinMinr. v. 12.1.1922 in: Rep. 90, Nr. 896, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 25.1.1922 für den MinPräs. zur Sitzung; auch in: Ebd., Nr. 833, n.f.

³ Vgl. Brauns Aktennotiz v. 14.2.1922 in: VI. HA, NL Braun, E Paket 3, n.f.

⁴ Die Vorlage des LandMinr. v. 6.12.1921 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁵ Vgl. dazu das Schreiben des FinMinr. v. 4.1.1922 an den Minr.dI in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n.f.

⁶ Die Vorlage des Minr.dI v. 27.12.1921 in: Rep. 77, Tit. 2779 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 275; mit einer Denkschrift über die allg. Gesichtspunkte u. Richtlinien für die Durchführung einer kommunalen Verwaltungsreform in Preußen, Bl. 276–289, u. einer Zusammenstellung der Hauptprobleme für die neuen Verfassungsgesetze, Bl. 290–292; vgl. auch dazu VI. HA, NL Drews, Nr. 24 Bd. 3, Bl. 173–197v. Die einzelnen Materialien für die kommunale Verwaltungsreform (Richtlinien u. Entwürfe) in: Rep. 77, Tit. 2779 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 165 ff. Vgl. weiterhin die Niederschr. über das Ergebnis der kommissar. Besprechungen über die Hauptprobleme für die neuen Gemeindeverfassungsgesetze am 30. u. 31.1. sowie 2.2.1922 im MdI in: Ebd., Bl. 92–99 u. VI. HA, NL Drews, Nr. 24 Bd. 3, Bl. 204–210.

⁷ Erfolgte nicht.

Nr. 231 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Februar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 8–9; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Frick, Scherek, Weismann; als Kommissare R. Krohne, Ha. Schulze [beide zu 1], v. Kameke [zu 1–2], Metzner [zu 2], König [zu 4], Badt [zu 5].

1. Entwurf¹ eines Reichsbahnfinanzgesetzes. Die preußischen Vertreter *haben* bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium sich auf den Boden der [...] Richtlinien der Eisenbahnreferenten der Länder zu stellen und die Prüfung der Frage *anzuregen*, ob eine Gesundung der Reichseisenbahn durch die Bildung eines vom Staate losgelösten kaufmännisch geleiteten Unternehmens [...] herbeigeführt werden kann. [B] — 2. Ergänzung und teilweise Änderung der

¹ Die Vorlage des HandMinr. v. 30.1.1922 in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 88, Bl. 40–41v; Bl. 2–3 das Schreiben des RVMinr. v. 6.1.1922 an die preuß. Reg.; Bl. 4–39 der Referentenentwurf (Entwurf IV) mit Begründung. Vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm., das Votum des FinMinr. u. Niederschriften über zwei Besprechungen im RVMinm. am 10. u. 18.2.1922 (Drucke) in: Rep. 151, I C Nr. 11155, n.f.

Vereinbarung der Bundesregierungen über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse² vom 22.10.1909. In der Stellungnahme gegenüber dem Reich *ist* daran festzuhalten, daß für die Hochschulreife das Erlernen zweier Fremdsprachen als verbindlich *gilt*. [B] — **3.** *Verlängerung der Altersgrenze*. [B] — **4.** Neufassung der Grundsätze³ für die Bewilligung und Zahlung von Ministerialzulagen. [B] — **5.** *Neue Fassung* der Verkündungsformel der Gesetze.⁴ [B] — **(6.** Maßnahmen gegen den Eisenbahnbeamtenstreik und das Verhalten des „Justizbeamtenbundes“. Von einer öffentlichen Kundgebung *wird* vorerst abgesehen; *durch* eine Notiz in der Presse *ist aber deutlich zu machen, daß die Verbots-Verordnung*⁵ des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 auch für die Beamten der Preußischen Verwaltung aller Zweige *gilt*. – *Die Vorbereitung eines Erlasses* des Reichspräsidenten, *der* die gegen die Eisenbahner vorgesehenen Maßnahmen [...] für anwendbar auf alle Beamte erklärt, *wird unterstützt*.⁶ [B])

² Die neue Vereinbarung der Länder in: Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 13 Bd. 13, Bl. 298–301.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 20.1.1922 in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 16.1.1922 in: Rep. 90, Nr. 194, n.f.; hier auch der Entwurf zu den Grundsätzen für die formelle Fassung der preußischen Gesetze und Verordnungen u. Voten der Minr.

⁵ Vgl. RGBl. I, S. 187; wieder außer Kraft gesetzt am 9.2.1922, ebd., S. 205.

⁶ Zum Streik vgl. Rep. 90, Nr. 631, Bl. 130 ff. (darunter Bl. 131 ein Bericht von WTB über die Sitzung des RKab. am 30.1.1922) u. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 339–346. Vgl. weiter Die Lehren aus dem Streik der Eisenbahnbeamten und Berliner Gemeindearbeiter 1922. Denkschrift des HandMinm., zur Besprechung über Streikfragen u. Technische Nothilfe im HandMinm. im März 1922 verfaßt, in: Rep. 120, BB VI Nr. 171 Bd. 1, n.f. Vgl. auch Sühl, SPD und öffentlicher Dienst, S. 154–160 u. Kunz, Andreas, Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany 1914–1924, Berlin u. New York 1986, S. 283–348.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 7. Februar 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, Nr. 202, S. 554–557.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

Erörterung der Streiklage. Groener erklärt die Aufrechterhaltung der Staatsautorität als die wichtigste Frage bei der Beamtenrevolte, die besiegt werden muß. Severing befürchtet bei einem Zutritt der Postbeamten zum Streik eine unhaltbare Lage.

Nr. 232 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Februar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 10–13; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Frick, Scherek; als Kommissare C.H. Becker [zu 1–6], Cohn [zu 1], Schwartz, Dulheuer, v. Bahrfeldt, du Mesnil [alle zu 3], v. Kameke [zu 3–4], Hog, Mulert [beide zu 4].

1. Einrichtung eines amtlichen parlamentarischen Nachrichtendienstes.¹ Zunächst *Fühlungnahme* mit den Koalitionsparteien in einer interfraktionellen Aussprache über den Plan. [B] — 2. *Versetzung des Preußischen Bevollmächtigten* in München K. Schellen als Geschäftsträger an die Gesandtschaft in Dresden.² J. Denk wird vorläufig mit der Wahrnehmung der Geschäfte [...] beauftragt. — 19 weitere Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — 3. Lehrerbildung.³ *Zustimmung zum gemeinsamen [...] Vorschläge von Wissenschafts- und Finanzminister über die zu Ostern 1922 zu treffenden Notmaßnahmen⁴ sowie zum Entwurf⁵ eines Schreibens an den [...] Reichsminister des Innern betr. den Referentenentwurf⁶ eines Reichsgesetzes über die Lehrerbildung.* [B] — 4. Änderung des Landessteuergesetzes.⁷ *Stellungnahme zu den Vorschlägen des Finanzministers zu einem Gesetzentwurf; a. grundsätzliche Forderung nach einer anderweitigen Verteilung der Steuerzuständigkeiten im Sinne einer Stärkung und größeren Bewegungsfreiheit der Finanzen der Länder und Gemeinden; b. bindende Erklärung [...] der Reichsregierung, vor Änderungen von Reichssteuern, an denen Länder oder Gemeinden beteiligt sind, eine Anhörung des Reichsrats zu veranlassen und so den Ländern Gelegenheit zu geben, ihre Interessen [...] zur Geltung zu bringen; c. Erhebung der Fahrzeugsteuer auch nach der Zahl der zum Fahren benutzten Zugtiere; d. Zulässigkeit einer allgemeinen Viehsteuer.* [B] — 5. *Die Restarbeitsgebiete, die vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten bei Preußen verblieben sind; vertagt.* — 6. *Die Unterhaltung der staatlichen Fischereihäfen; vertagt.*⁸ — (7. *Ablehnung des Drucks der Denkschrift über Groß-Hamburg durch die preußische Verlagsanstalt.* [B] — 8. *Beantwortung der Großen Anfrage Nr. 102 der Abgeordneten Winckler und Gen.⁹ betr. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch den Landwirtschaftsminister.* [B] — <Einverständnis mit der Bitte des Ministerpräsidenten an den Ältestenrat des Landtages, daß Besprechungen von Abgeordneten mit den [...] Ministern auf der Ministerbank unterbleiben. [B]>

¹ Die Vorlage des Minr.dI v. 3.2.1922 in: Rep. 120, CB I Nr. 26 Bd. 4, n.f.

² Die Vorlage des MinPräs. v. 1.2.1922 in: Rep. 84a, Nr. 11627, Bl. 166–167. Vgl. dazu die Notiz Brauns v. 14.2.1922 über vertraul. Mitteilungen von MinR Denk zur Tätigkeit Schellens in München, der in reger Verbindung mit norddt., insbes. auch ostpreuß. extremen Deutschnationalen gestanden habe, in: IV. HA, NL Braun, E Paket 3, n.f.; vgl. auch seine Mitteilung v. 14.2.1922 an den Rklr. in: Rep. 81 München, Nr. 850, n.f.

³ Die Vorlagen des WissMinr. v. 7.2.1922 u. des FinMinr. v. 1.12.1921 in: Rep. 90, Nr. 1758, Bl. 158–158v u. 145–146v; vgl. weiter die Aufzeichnung von Referent v. Kameke v. 9.2.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 165–165v.

⁴ Gemeint ist die vorläufige Einrichtung von je einer Aufbauklasse an 50 Lehrerseminaren in Preußen zum Schuljahresbeginn 1922/23. Vgl. Landé, Walter (MinR im WissMinr.), Die Aufbauschule in Preußen. Sammlung der Bestimmungen, Berlin 1925 (= Weidmannsche Taschenausgaben von Verfügungen der Preuß. Unterrichtsverwaltung, H. 22), bes. S. 7 ff.: Abdruck des Ministerial-Erlasses v. 18.2.1922 u. der folgenden Erlasse (darunter nicht veröffentlichte) sowie der Denkschrift über die Aufbauschule (amtl. Bezeichnung: Höhere Lehranstalt in Aufbauform).

⁵ Vgl. Rep. 90, Nr. 1758, Bl. 161–163v.

⁶ Der Entwurf eines Gesetzes über die Lehrerbildung v. Juni 1921 mit Begründung u. der Anlage: Fragen zur Gewinnung der Grundlagen für die Ausführung eines Lehrerbildungsgesetzes, in: Rep. 90, Nr. 1758, Bl. 116–119v; auch gedr. bei Weber, Die Neuordnung der preußischen Volksschullehrerbildung, S. 451–455, Anlagen; vgl. auch zu den Verhandlungen im StMinr., S. 197 ff., bes. mit Bezug auf den TOP, S. 201.

⁷ Die Vorlage des FinMinr. v. 4.1.1922 in: Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 1, Bl. 309; ein Prot. über die Besprechung im FinMinr. am 17.12.1921 über den Entwurf einer Novelle zum Landessteuergesetz, Bl. 310–315; die Vorschläge des FinMinr. zu dem Entwurf eines Abänderungsgesetzes, Bl. 316–321v; eine Äußerung u. Ergänzung des Minr.dI v. 19.1.1922, Bl. 343–344. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 9172, Bl. 250 u. 257–262v.

⁸ Die TOP 5 u. 6 rekonstruiert nach den Spezialakten, Bd. 18, Bl. 13v.

⁹ Vgl. die Anfrage v. 27.1.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 3, Nr. 1936, S. 2144; vgl. auch Rep. 90, Nr. 1565, n.f.

Nr. 233 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Februar 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 14; MF 1027.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Göhre, Nobis, Weismann.

Antrag¹ auf Auslieferung der spanischen Staatsangehörigen Fort und Concepcion wegen Ermordung des Ministerpräsidenten Dato. Die Auslieferung *ist* durchzuführen, *wenn* die Reichsregierung *den Vertragsfall als gegeben ansieht*. Ministerpräsident *Braun* wird den Standpunkt des Staatsministeriums in der *heutigen Sitzung*² des Reichskabinetts *darlegen*. [B]

¹ Zum Antrag des MdI u. zum Fall selbst vgl. Sitzung des RKab. am 10.1.1922, in: *Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 1, Nr. 186, S. 509–511*. Vgl. auch Jung, Otmar, *Senatspräsident Freymuth. Richter, Sozialdemokrat und Pazifist in der Weimarer Republik. Eine politische Biographie*, Frankfurt/M. u. a. 1989, S. 99–103.

² Ein Prot. dieser Sitzung ist in den „Akten der Reichskanzlei“ nicht enthalten.

Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 15–16; MF 1027. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 25 Bd. 1, Bl. 354; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Südekum, R. Krohne, v. Loebell, Freund, Stüler.

*Groß-Hamburg-Frage.*¹ *Verhandlungsplan und die Bestellung von Unterhändlern. Nach Vortrag und Vorschlägen von Staatskommissar Südekum ist in die von Hamburg gewünschten Verhandlungen Ende d. Mts. einzutreten mit dem Ziel, dem Hafengebiet der Unterelbe die Möglichkeit der höchsten technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu geben.* [B]

¹ *Die Vorlage des MinPräs. v. 10.2.1922 in: Rep. 90, Nr. 285, Bl. 286–286v; die Aufzeichnung von Referent v. Kameke v. 14.2.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 298–298v. Vgl. die Grundlinien des Verhandlungsplans für die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg über die Groß-Hamburg-Frage. Niederschr. der Ausführungen Südekums in der Sitzung, Bl. 349–376.*

Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 20. Februar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 17–18v; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Schäfer [zu 1a], R. Krohne, Meckelburg, van Heys, Bank [alle zu 2], Heydtmann [zu 3], v. Schenck [zu 4 und 7], Articus [zu 7].

1. Artikel 35 der Preußischen Verfassung und Verantwortungsfreiheit der Staatsratsmitglieder; a. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Strafgesetzbuchs an das Verfassungsrecht.¹ Abgabe der Preußischen Stimmen im Reichsrat für den *Gesetzentwurf² des Reichsjustizministers und Ablehnung der Anträge³ Bayerns. Weiterer Antrag nach Aufnahme einer Vorschrift, welche die in Artikel 36 der Reichsverfassung [...] eingeräumte Verantwortungsfreiheit auch auf Mitglieder solcher Versammlungen der Länder ausdehnt*, die nicht zum Landtag gehören, aber verfassungsmäßig an der Gesetzgebung mitwirken; b. *Änderungsanträge zur Ausdehnung des Schutzes des § 112 des Reichsstrafgesetzbuchs auf die Beamten der Polizei*. [B] — 2. *Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ über den Bau eines Dampfkraftwerks bei Hannover und die Gründung einer Aktiengesellschaft „Großkraftwerk Hannover“*. [B] — 3. *Bestellung der Hauptbevollmächtigten Preußens für die Verhandlungen mit Hamburg, weitere drei Ernennungen und Pensionssache⁵*. [B] — 4. *Zustimmung zum Entwurf⁶ eines Ausführungsgesetzes zum Reichsheimstättengesetz*. [B] — 5. *Aufteilung der Bibliothek des ehemaligen Herrenhauses*.⁷ [B] — 6. *Wahl von Beisitzern für den Staatsgerichtshof durch den Reichsrat*.⁸ *Ernennung von Oeser zum Beisitzer [...] für den zwischen Reich u. Preußen entstandenen Streitfall betr. das Enteignungsrecht*. [B] — 7. *Zustimmung zum Gesetzentwurf⁹ über die Genehmigung von Siedlungen nach § 1 des Reichssiedlungsgesetzes mit Änderungsvorschlägen*. [B] — (8. *Zuständigkeit des Fachministers bei Ersuchen des Landtags in Ressortangelegenheiten*. [B] — 9. *Das Staatsministerium lehnt für Oberschlesien den Gebrauch beider Sprachen als Amtssprachen ab*. [B])

¹ Die Vorlage des JMinr. v. 7.2.1922 mit einer Niederschr. über das Ergebnis der kommissar. Besprechung v. 3.2.1922 betr. Art. 35 der preuß. Verfassung u. mit dem Entwurf eines im Reichsrat zu stellenden Antrags, in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 2 Beiheft A Bd. 4, n.f.; vgl. auch das Schreiben des Minr.dI (im Einverständnis mit dem FinMinr.) v. 13.2.1922 mit dem Entwurf eines Antrags, in: Rep. 120, A I I Nr. 40 Bd. 4, n.f.; weiterhin die Sitzungssache für das StMinm. v. 10. u. 20.2.1922 in: Rep. 151, HB Nr. 555, n.f.

² Vgl. Drucks. Reichsr, Tagung 1921, Bd. 4, Nr. 328, S. 1–4; von RJMinr. Radbruch dem Reichsr vorgelegt am 28.12.1921.

³ In den Drucks. u. Verhandlungen des Reichsr nicht enthalten.

⁴ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 4, Nr. 2404, S. 2795–2798; dem LT übersandt am 25.3.1922. Zum erstmaligen Veto des StR gegen ein vom LT beschlossenes Gesetz vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1922, S. 67 u. Sitzung am 23.6.1922, TOP 11.

⁵ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 211.

⁶ Vgl. die Vorlage des Wohlfinr. (i. V. Scheidt) v. 28.12.1921 mit dem Entwurf u. Begründung, in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 126, Bl. 253–299; die Abänderungswünsche des FinMinr., Bl. 302–305v. Vgl. das Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz v. 10.5.1920 vom 18.1.1924, GS, S. 49.

⁷ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 18.2.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1, Bl. 325–325v.

⁸ Der Antrag des Minr.dI v. 15.2.1922 in: Rep. 120, A I I Nr. 141d, Bl. 77.

⁹ Die Vorlage von Minr.dI., FinMinr. u. LandMinr. v. 21.1.1922 mit dem Entwurf u. Begründung, in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 1, Bl. 506–523 u. ebd., Bd. 2, Bl. 24 ff.; dem LT übersandt am 8.4.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2587, S. 2997–3004. Vgl. das Gesetz v. 1.3.1923, GS, S. 49.

Nr. 236 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 24. Februar 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 19–19v; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Berichterstatter Sattelmacher [zu 2], Cohn; als Kommissare C.H. Becker [zu 1–3], Articus, Peltzer [beide zu 2], Remak [zu 3].

1. Gutachten¹ des Staatsrats zu den Gesetzentwürfen betr. die Gebühren der Rechtsanwälte und Notare und das Gerichtskostengesetz. Durch Beschlußfassung im Wege des Umlaufs erledigt. — **2.** Drei Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Vier Anträge auf Versetzung [...] in den einstweiligen Ruhestand werden durch den Minister des Innern zurückgezogen, darunter der Antrag² auf Versetzung des Regierungspräsidenten in Stralsund H. Haußmann und seines Vertreters L. Höhnen. Disziplinarsache. [B] — **3.** Maßnahmen aufgrund des Altersgrenzengesetzes.³ Zustimmung zum Entwurf⁴ eines Schreibens von Finanzminister Richter an die Reichsregierung, das als besonders vertraulich zu behandeln ist. [B] — **4.** Die Preußische Flagge. Bekräftigung des Beschlusses vom 16. Dezember 1921. Staatsfahrzeuge sollen [...] den preußischen Adler in der schwarz-weißen Flagge führen. [B] – (Vertretung des Staatsministeriums durch den Minister des Innern [...] bei den Verhandlungen über die Auslieferung der angeblichen Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato im Landtage. [B])

¹ Vgl. Drucks. StR 1922, Nr. 44 u. Sitzungsberichte StR, 4. Sitzung am 21.2.1922, Sp. 213; die Gesetzentwürfe in: Drucks. StR 1921, Nr. 153, Sp. 1–10 u. Nr. 155, Sp. 1–45.

² Vgl. den Antrag des Minr.dI v. 29.12.1921 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 106–107v; seine Vorlage v. 13.2.1922, den Antrag auf die TO der Sitzung des StMinr. zu setzen, Bl. 110; vgl. auch Rep. 77, Nr. 274, Bl. 6–8.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 22.2.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 56 Gen. Nr. 1 B, Bl. 439–444: Unterbreitung von Vorschlägen, wie bei ungünstigem Ausgang schwebener Gehaltsklagen preuß. Beamter vor dem RG reagiert werden soll.

⁴ Rep. 76, IIa Sekt. 56 Gen. Nr. 1 B, Bl. 445–449; als Schreiben des MinPräs. u. FinMinr. v. 27.2.1922 an die RReg., z. H. des Rklrs., u. alle RMinr. abgesandt mit der Bitte um eine Stellungnahme, ob die RReg. die Einführung einer Altersgrenze für Reichsbeamte beabsichtigt, Bl. 450–454v.

Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 3. März 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 20–21; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Siering], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissar Krüß [zu 2].

1. Drei Ernennungen und zehn Verlängerungen der Altersgrenze. Zuständigkeit des Landwirtschaftsministers für die Ernennung der Kulturgerichtsdirektoren. [B] — **2.** Aufrechterhaltung des Beschlusses vom 23. September 1921 zur Stiftung des ehemaligen Kaisers an die Universität Marburg. [B] — **3.** Die 48stündige Arbeitswoche bei den preußischen Staatsverwaltungen; vertagt. — **4.** Zustimmung zum Ausscheiden der Stadt Goslar aus dem Landkreisverbande und zur Bildung eines eigenen Kreisverbandes, Stadtkreises. [B] — **5.** Gleichstellung der weiblichen Aufsichtsbeamten der Strafanstalten in den Dienstbezügen mit den männlichen. [B] — **6.** Nachtdienstzulagen für Strafanstaltsaufsichtsbeamte. [B] — **(7.** Bericht des Wissenschaftsministers über schwere

Mißstände [...] in der Staatlichen Bildungsanstalt Groß-Lichterfelde.¹ Nach einer Besprechung mit dem *Reichsinnenminister* wird der *Beschluß über den Ausschluß der schuldigen Oberprimaner* [...] von der [...] Reifeprüfung, die *Schließung der Anstalt und die Entlassung aller Schüler gefaßt*. [B] — **8.** Von einem *Strafantrag* wegen *Beleidigung der Staatsregierung* wird *abgesehen*. [B] — **9.** *Erklärung des Innenministers* im Reichstagsausschuß zum *Reichsgesetzentwurf*² über die *Eingliederung von Pymont in Preußen*. Für das *Preußische Staatsministerium* kann eine *Eingliederung auf Grund des vorliegenden Vertrages* nur zum *1. April 1922* erfolgen.³ [B])

¹ Vgl. dazu Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 68: *Materialien über die Vorgänge, darunter die Beantwortung der Großen Anfragen durch Minr. Boelitz* am 3.4.1922 im LT u. dessen *Darstellung der Vorgänge in der Staatl. Bildungsanstalt*. Vgl. weiter *Schmitz, Klaus, Militärische Jugend-erziehung. Preußische Kadettenhäuser und Nationalpolitische Erziehungsanstalten zwischen 1807 und 1936*, Frankfurt/M. 1997, S. 221–224.

² Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. I, Nr. 46, S. 1 f.*; von RMinr.dI Köster dem ReichsR vorgelegt am 27.2.1922. Vgl. das Gesetz v. 18.3.1922, RGBl. I, S. 281.

³ *Die Rede Severings* am 1.4.1922 beim *Anschluß Pymonts an Preußen* in: *Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1922, S. 46*.

Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 10. März 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 23–24v; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Wever [RK], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare C.H. Becker [zu 1–8], Schäfer [zu 2], Grosser, Cohn [beide zu 2–3], Hartung [zu 3], Schütze [zu 5], Metz [zu 5 und 7], v. Kameke [zu 5], Hagedorn, v. Krosigk [beide zu 6], van den Bergh [zu 7], v. Bahrfeldt, E. Delbrück [beide zu 8], Jahnke [zu 1], Rohde [zu 6].

1. Die Vorgänge in der Staatlichen Bildungsanstalt Groß-Lichterfelde. *Aufhebung des Beschlusses vom 3. März 1922. Die Strafmaßregeln sind auf die beteiligten Mitglieder der 7. Oberinspektion zu beschränken; sie sind von der Anstalt zu verweisen. Es erfolgt keine Schließung der Anstalt, dagegen wird mit dem allmählichen Abbau fortgefahren.* [B] — **2.** *Denkschrift¹ des preußischen Justizministers zu dem Entwurf des deutschen Strafgesetzbuchs. Übersendung des Materials des Votenwechsels an das Reichsjustizministerium, aber noch keine abschließende Stellungnahme.* [B] — **3.** *Entwürfe von Reichsgesetzen zur Neuordnung der Strafgerichte und zur Entlastung des Reichsgerichts. Den Anträgen² des [...] Justizministers zu den Entwürfen wird mit [...] Maßgaben zugestimmt.* [B] — **4.** *Zwei Ernennungen, Vorbereitung der Ernennung von J. Gronowski³ zum Oberpräsidenten von Westfalen sowie je eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — **5.** *Noch weitere Beibehaltung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung und alleinige Unterstellung unter den Minister des Innern.⁴* [B] — **6.** Die

¹ *Die Vorlage des JMinr. v. 11.1.1922 mit der Denkschrift konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. ein Votum des JMinr. v. 27.2.1922 zu der Aufzeichnung eines Referenten des StMinm., in: Rep. 84a, Nr. 7785, Bl. 257–259.*

² *Die Vorlagen des JMinr. v. 14.2. u. 7.3.1922 konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

³ *Der Antrag des Minr.dI v. 6.3.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 111.*

⁴ *Vgl. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, I C Nr. 1482, Bl. 232. Der Beschluß ist veröffentl. in: MinBl. innere Verw. Nr. 18 v. 3.5.1922, Sp. 448. Vgl. zu den Bemühungen der DVP, speziell Stresemanns, die Überweisung*

Bewirtschaftung von Brotgetreide im kommenden Erntejahr. *Die Zwangsbewirtschaftung wird grundsätzlich aufrechterhalten.*⁵ [B] — **7. Gesetzentwurf** betr. die Schutzpolizeibeamten; *vertagt.* *Allgemeine Informationen an die Presse und die Beamtenvertretungen durch den Minister des Innern.* [B] — **8. Bahnbau Niebüll-Westerland.** *Vorgabe für das Verhalten der preußischen Vertreter bei der Referentenbesprechung mit den Reichsressorts. Sofortige Förderung des Bahnbaus und zunächst [...] Forderung nach Übernahme aller Gesamtkosten durch das Reich. Bei Weigerung des Reichs kein Abbruch der Verhandlungen, vielmehr ist das Angebot einer Beteiligung Preußens bei entsprechender Kürzung der Ersatzforderung, die Preußen gegen das Reich auf Grund des Friedensvertrages zusteht, in Erwägung zu ziehen.* [B] — **(9. Abweichender Standpunkt der preußischen Provinzialvertreter in der Frage des Schutzes der Reichs- und Landesfarben beim Gesetzentwurf⁶ zur Anpassung des Strafgesetzbuchs an das Verfassungsrecht.** Die preußischen Provinzialvertreter *haben einen abweichenden Standpunkt eingenommen und sich auf den Standpunkt Hamburgs [...] gestellt.* [B] — **10. Beratung über die Stellungnahme Preußens im Reichsrat gegenüber dem im Reichstag beschlossenen Reichsmietengesetz.⁷ Übereinstimmung, daß dieses kein verfassungsänderndes Gesetz ist.** [B])

des Staatskommissariats an das MdI zu verhindern, seine beiden Schreiben v. 27.6. u. 23.7.1922 an FinMinr. Richter, in: Rep. 151, I C Nr. 1482, Bl. 332–333 u. 335–336.

⁵ *Die Vorlage des StKom. für Volksernährung v. 2.3.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 11 Bd. 11, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 9.3.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90a, Y IX 5 c Nr. 1 Bd. 9, n.f.*

⁶ *Vgl. Drucks. Reichsr., Tagung 1921, Bd. 4, Nr. 328, S. 1–4; von RJMinr. Radbruch dem Reichsr. vorgelegt am 28.12.1921. In den Niederschriften nur der Bezug auf die geänderte u. mit Stimmenmehrheit angenommene Fassung, Verhandlungen Reichsr., Tagung 1922, 13. Sitzung am 23.3.1922, S. 265.*

⁷ *Vgl. die Beschlüsse des Reichsr. v. 16.3.1922 zu dem vom RT angenommenen Entwurf, Verhandlungen Reichsr., Tagung 1922, 11. Sitzung, S. 234; vgl. auch das Gesetz v. 24.3.1922, RGBl. I, S. 273 u. Ebel, Martin (RegR im RArbMinm.), Das Reichsmietengesetz, Berlin 1922.*

Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 17. März 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 25–27; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Scheidt [für Hirtsiefer], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Cronau, Goslar; als Kommissare Abegg, van den Bergh [beide zu 2], Freund, Mulert, v. Leyden [alle zu 3], König [zu 5], Fleischer [zu 6–7], du Mesnil [zu 7], Sandrock, Jaeckel [beide zu 10].

(1. Strafantrag wird gegen den verantwortlichen Redakteur der „Pommerschen Tagespost“ [...] wegen Beleidigung des Staatsministeriums gestellt. [B]) — **2. Zustimmung zum Entwurf eines Schutzpolizeibeamtengesetzes mit einer Maßgabe.¹ [B] — 3. Die Entwürfe² für eine preußische**

¹ *Die Vorlage des Minr.dI v. 2.3.1922 mit dem Entwurf u. Begründung sowie einer Denkschrift (Druck) in: Rep. 84a, Nr. 3732, Bl. 127–152v u. 165–172v; das Votum des FinMinr. v. 6.3.1922, Bl. 154–157. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 23.6.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3132, S. 3641–3659; S. 3659–3666: Die Rechtsstellung u. Versorgung der Schutzpolizeibeamten in Preußen. Vgl. das Gesetz v. 16.8.1922, GS, S. 251 u. Bergh, Ernst van den/Fahr, Karl (Bearb.), Das preußische Schutzpolizeibeamten-Gesetz vom 16. August 1922 und das Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder vom 17. Juli 1922. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister, Berlin 1922. Vgl. auch Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, S. 480–485, mit Bezug auf den TOP.*

Städteordnung und für eine preußische Landgemeindeordnung; werden als Vorentwürfe veröffentlicht. [B] — 4. Bewilligung der vom Landtag beschlossenen Erhöhung der Staatsmittel im Gesetz zur Förderung von Bodenverbesserungen.³ Mitteilung an den Staatsrat. [B] — 5. Gesetzentwürfe⁴ über Änderungen in der Beamtenbesoldung und in den Dienstehelommen für Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen sowie zur Änderung des Gesetzes über die Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen mittleren Schulen. Den Entwürfen wird zugestimmt. [B] — 6. Die Wiederinstandsetzung der durch den Aufstand beschädigten katholischen Kirche und Pfarrei in Alt-Cosel.⁵ Vorschußweise Bewilligung von 500 000 M, und zwar unter grundsätzlicher Wahrung des preußischen Rechtsstandpunktes gegenüber der Reichsfinanzverwaltung. [B] — 7. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ über die Errichtung eines Provinzialsynodalverbands Grenzmark Posen-Westpreußen. [B] — 8. Ernennung. [B] — 9. Auf Antrag⁷ wird Reichsminister Hermes [...] von seinem Amt als Staatskommissar für Volksernährung entbunden. [B] — 10. Durchführung der 48stündigen Arbeitswoche bei den preußischen Staatsverwaltungen. Den Vorschlägen von Finanzminister Richter wird zugestimmt.⁸ [B]

² Die Vorlagen des Minr.dI v. 2. u. 9.3.1922 mit den Entwürfen in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Adhib. Bd. 5, Bl. 400–450; vgl. auch das Material in: Rep. 84a, Nr. 4451, Bl. 217–238v. Veröffentlicht in: Reichs- u. Staatsanzeiger Nr. 76 v. 30.3.1922, Beil. 1–3.

³ Der Antrag des LandMinr. v. 14.3.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n.f. Vgl. das Gesetz v. 1.4.1922, GS, S. 79.

⁴ Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 4, Nr. 2400, S. 2788–2792 u. ebd., Nr. 2437, S. 2814–2817; dem LT übersandt am 24. bzw. 29.3.1922. Die Vorlage des FinMinr. v. 16.3.1922 zum Gesetzentwurf über Änderungen in der Beamtenbesoldung, in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 15, n.f. Vgl. die Gesetze v. 19.3., 13. u. 27.4.1922, GS, S. 83, 99 u. 105.

⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 16.3.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1104, n.f.; hier auch weiteres Material.

⁶ Die Vorlage des WissMinr. v. 8.3.1922 in: Rep. 120, CB I Nr. 103 (1) Bd. 7, n.f. Vgl. den Entwurf in: Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 5, Nr. 2747, S. 3201 f.; dem LT übersandt am 15.5.1922. Vgl. das Gesetz v. 7.11.1922 u. die Not-VO v. 15.11.1922, GS, S. 415 f.

⁷ Vom 14.3.1922 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 2, n.f.

⁸ Vgl. das Schreiben des FinMinr. v. 16.1.1922 an den MinPräs. u. die Minr. in: Rep. 87, Nr. 2086, n.f. Vgl. auch die Allgemeine Verfügung des JMinr. v. 7.4.1922 über die Arbeitsstunden der Beamten (mit der Bekanntgabe des Beschlusses des StMinm. v. 17.3.1922), in: JMinBl. Nr. 15 v. 13.4.1922, S. 118 f.; der Erlaß des WissMinr. v. 10.7.1922 in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 15 v. 5.8.1922, S. 340 f.

Nr. 240 Sitzung des Staatsministeriums am 20. März 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 28–29; MF 1027. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 286, Bl. 180–180v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Freund [für Severing], C.H. Becker [für Boelitz], Göhre, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Südekum, Stüler, v. Loebell [alle zu 1], Dönhoff [zu 2–3], R. Krohne [zu 1–3], Conze [zu 1], Gerlach, Mothes, Articus, Niermann, Bank [alle zu 2–3].

1. Groß-Hamburg. Nach dem Vortrag von Staatskommissar Südekum wird festgestellt, daß vor weiteren Verhandlungen¹ mit dem Freistaat Hamburg die Fragen der Abtretung von Wilhelmsburg und gegebenenfalls des Alstertals geklärt werden müssen. Die Entscheidung ist jedoch erst nach

¹ Zu den bisherigen Verhandlungen zwischen den preuß. u. hamburg. Unterhändlern am 27. u. 28.2.1922 im StMinm. u. am 9. u. 10.3.1922 in Hamburg vgl. die Niederschriften, in: Rep. 90, Nr. 285, Bl. 311–324 u. ebd., Nr. 286, Bl. 2–11v, hier Bl. 143–178 weiteres Material.

Anhörung des 19. Ausschusses des Landtags zu treffen, der vorher gemeinsam mit Vertretern der Staatsregierung die in Betracht kommenden Gebiete besichtigen soll. [B] — 2. Die vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten bei Preußen verbliebenen Restarbeitsgebiete; vertagt. — 3. Unterhaltung der staatlichen Fischereihäfen; vertagt.

Nr. 241 Sitzung des Staatsministeriums am 24. März 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 30–31; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], L. Weber [für Richter], Dönhoff, Göhre, Nobis, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Hartwig [zu 7], König [zu 5].

1. *Gesetzentwurf*¹ über Mieterschutz und Mieteinigungsämter [...] im Reichsrat. Abgabe der preußischen Stimmen für den Entwurf. Ablehnung der von süddeutschen Ländern geforderten Laienbeteiligung bei der Entscheidung über die Aufhebung von Staatsverträgen.² [B] — 2. Zurückhaltung der Mitglieder des Staatsministeriums gegenüber Anträgen auf Eintritt in Ehrenausschüsse gewerblicher Ausstellungen und Messen; vertagt. Bis zur endgültigen Regelung keine Eintritte [...] ohne vorherige Fühlungnahme der Minister untereinander.³ [B] — 3. Die Gesetzentwürfe über die Auflösung des Regierungsbezirks Stralsund und den Sitz des Landeskulturamts für die Provinz Pommern durch den Provinziallandtag⁴; sie sind durch den Minister des Innern zu begutachten. [B] — 4. Elf Ernennungen, darunter von H. Rose⁵ zum kommissarischen [...] Regierungspräsidenten in Stade. [B] — 5. Erneute Beschlußfassung über die Gewährung der Ministerialzulagen.⁶ [B] — 6. Verteilung der Stellen für Büroassistenten in den Ministerien und die Richtlinien für die Besetzung dieser Stellen. Die Schaffung von 12 Stellen für Büroassistentinnen ist ihrer ganzen Tendenz nach [...] eine Ausnahmeregelung zu Gunsten der Frauen. [B] — 7. Frauen im Justizdienst.⁷ Abgabe der preußischen Stimmen im Reichsrat für die Zulassung der Frauen zu den Ämtern der Justizverwaltung, insbesondere zum Richteramt und zur Rechtsanwaltschaft. [B] — 8. Änderung von laufenden Mietverträgen bei der Eichverwaltung; vertagt. — (9. Benennung des Vertreters Preußens in der Kommission für die Konferenz in Genua. [B] — 10. Das Problem der alleinigen Weisungsbefugnis der Ministerien gegenüber Regierungskommissaren. [B])

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 4, Nr. 258, S. 1–27; von RJMinr. Radbruch dem ReichsR übersandt am 31.10.1921. Die Vorlage von WohljMinr. u. JMinr. v. 18.3.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n.f.

² Vgl. die vom ReichsR beschlossene Fassung, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 17. Sitzung am 27.4.1922, S. 337 u. 338–348, Anlage. Vgl. das Gesetz v. 1.6.1923, RGBl. I, S. 353 u. Ebel, Martin/Büchler, Carl, Das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter. Erläuterte Textausgabe, Berlin 1923.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 15.2.1922 in: Rep. 120, CB I Nr. 39 Bd. 2, n.f.

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 18.3.1922 in: Rep. 77, Tit. 554 Nr. 7 Bd. 2, Bl. 20–23v.

⁵ Der Antrag des Minr.dI v. 17.3.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 113–114.

⁶ Die Vorlage des FinMinr. v. 14.3.1922 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 23.3.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.

⁷ Die Vorlage des JMinr. v. 14.3.1922 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 31. März 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 32–33; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], L. Weber [für Richter], Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Weismann, Goslar; als Kommissare R. Krohne, Jaques [beide zu 1 und 3], Gähns, Articus, Nolda, Gerlach, Niermann [alle zu 1], Cohn [zu 2–3], Ha. Schulze, Huth, Rathenau [alle zu 3], Dankwerts [zu 5–6].

1. Die vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten bei Preußen verbliebenen Restarbeitsgebiete sowie Unterhaltung der staatlichen Fischereihäfen; *vertagt*. — **2.** Die Überschwemmung im Kreise Labiau.¹ *Sofortige Hilfsaktion für die dringendsten Fälle der Not. Verhandlungen mit dem Reich wegen Beteiligung an den Kosten, da es sich bei den Schäden um Folgen des Friedensvertrages, die Verhinderung rechtzeitiger Einsparungen im Memelarm Ruß infolge Abtretung des Memelgebiets, handelt.* [B] — **3.** Baukostenbeitrag für die Bahn Niebüll-Westerland. *Festlegung von zwei Vorschlagsvarianten gegenüber den Reichsressorts, wobei darauf zu bestehen ist, daß der Preußische Beitrag auf die dem Preuß. Staate aus dem Friedensvertrage gegenüber dem Reich zustehenden Ersatzforderungen angerechnet werden soll.* [B] — **4.** *Zwölf Ernennungen.* [B] — **5.** Weitere Beteiligung Preußens an den Kosten der Auslandsflüchtlings- und Grenzlandvertriebenenfürsorge.² [B] — **6.** *Gleichstellung in der Unterbringung der aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet abwandernden preußischen Beamten mit den bereits förmlich versetzten.* [B] — **7.** Die Gefahr der Überfremdung.³ *Die Verhandlungen werden wegen plötzlicher Abberufung einzelner Minister in den Reichstag nicht zu Ende geführt. — (Die Voten der Minister zu Oberschlesien, vom Vorsitzenden der Zentralstelle für die Gliederung des deutschen Reichs erbeten, sind zunächst dem Minister des Innern zuzuleiten.*⁴ [B])

¹ *Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 30.3.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1130, n.f.; vgl. hier auch das Schreiben des RegPräs. in Königsberg v. 26.3.1922.*

² *Die Vorlage des Minr.dI v. 18.3.1922 in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n.f.; vgl. hier auch die Sitzungssache für das StMinm.*

³ *Das Schreiben des JMinr. v. 11.3.1922: Die Gefahr der Überfremdung (vgl. Spezialakten, Bd. 18, Bl. 38v, TO für die Sitzung) konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. speziell Chlebowsky (Referent beim Dt. Städtetag unter Mitwirkung von Paul Stegemann, ständ. Mitarb. beim Stat. Amt Berlin), Die Überfremdung des deutschen städtischen Grundbesitzes im Jahre 1922 in: Preuß. VerwBl. Nr. 27 u. 28 v. 10.5. u. 17.5.1924, S. 259–266 u. 269–275.*

⁴ *Vgl. die Schreiben des Vors. der Zentralstelle v. 21.2., 11., 13. u. 27.3.1922 an den FinMinr., HandMinr., JMinr. u. LandMinr. in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 723, n.f.; die Denkschrift des HandMinm. unter Mitwirkung des LandMinm.: Die wirtschaftlichen Folgen einer Vonselbständigkeit Oberschlesiens (41 S.), ebd.*

Nr. 243 Sitzung des Staatsministeriums am 10. April 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 34–35; MF 1027. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 268/I, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Siering], Scheidt [für Hirtsiefer], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Bauer, Wiechmann [beide zu 4], Fleischer [zu 7], We. Richter [zu 8], Westphal [zu 3].

1. Denkschrift¹ der Medizinalabteilung des Ministeriums für Volkswohlfahrt *über die von Osten drohende Seuchengefahr. An das Reich ist heranzutreten, um eine zum mindesten teilweise Übernahme der Kosten der Seuchenbekämpfung zu erreichen.* [B] — **2.** Einspruch² des Reichsrats gegen das vom Reichstag beschlossene Sozialrentengesetz. *Der Einspruch ist nicht aufrecht zu erhalten und eine dementsprechende Resolution³ dem Reichsrat vorzuschlagen.* [B] — **3.** Zustimmung zur Einführung der Sommerzeit für 1922 in Preußen; *ist sofort beim Reiche anzuregen.*⁴ [B] — **4.** Keine Begnadigung bei vier Todesurteilen. [B] — **5.** Zurückhaltung der Mitglieder des Staatsministeriums gegenüber Anträgen auf Eintritt in Ehrenausschüsse gewerblicher Ausstellungen oder Messen. *Derartige Anträge sind Ministerpräsident Braun zuzuleiten.* [B] — **6.** Sieben Ernennungen. [B] — **7.** Ablehnung der Amtsbezeichnung „Oberkonsistorialrat“ für den weltlichen Vertreter des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats und die Mitglieder dieser Behörde.⁵ [B] — **8.** Verleihung des Schillerpreises für 1920; *vertagt.* — (Beantwortung der Kleinen Anfrage [...] der Abgeordneten Obuch, Leid und Liebknecht betr. die Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato durch den Minister des Innern.⁶ [B])

¹ Vom 11.3.1922 (Denkschrift der Abt. I unter Gottstein) in: Rep. 84a, Nr. 4182, Bl. 43–44v u. Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1, Bd. 11, Bl. 522–522v; vom WohlMinr. dem MinPräs. übersandt am 31.3.1922, Bl. 520. Zur Haltung des Reichs vgl. das Schreiben des WohlMinr. zugleich im Namen des FinMinr. v. 18.10.1922, Bl. 532. Vgl. auch die Niederschr. über die Verhandlungen im WohlMinr. v. 22.5.1922 über vorbereitende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuchengefahr in: Rep. 87, Nr. 4835, n.f.; Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, S. 11–13; G[ottstein], A[dolf], Seuchen im Osten in: Volkswohlfahrt Nr. 4 v. 15.2.1922, S. 119 f. u. 25 Jahre Preußische Medizinalverwaltung, S. 92 ff.

² Vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 15. Sitzung am 6.4.1922, S. 307 f.; der im RT eingebrachte Gesetzentwurf über die Unterstützung von Renteneempfängern der Invaliden- u. Angestelltenversicherung in: Drucks. RT, 1. WP 1920, Bd. 372, Nr. 3850, S. 4112; Antrag von Müller (Franken) u. a. v. 21.3.1922; vgl. auch ebd., Nr. 4001, S. 4282. Der Einspruch des ReichsR wurde in der 16. Sitzung am 11.4.1922 zurückgezogen; vgl. Verhandlungen ReichsR, S. 315.

³ Die Begründung der Resolution in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 62 Bd. 1, Bl. 140–141; hier auch ein Vermerk über das Ergebnis einer Besprechung am 4.4.1922 im WohlMinr., um eine einheitl. Stellungnahme herbeizuführen, Bl. 142–143.

⁴ Vgl. das Schreiben des RMinr.dI v. 3.11.1922 an die preuß. Minr. in: Rep. 76, Ila Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f.

⁵ Die Vorlagen des WissMinr. v. 30.1. u. 11.3.1922 in: Rep. 90, Nr. 543, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 8.4.1922 für den MinPräs. zur Sitzung; Voten in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 73, Bl. 26 ff.

⁶ Vgl. die Kleine Anfrage Nr. 513 v. 14.3.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 4, Nr. 2328, S. 2717; die Antwort Severings v. 15.5.1922, ebd., Bd. 5, Nr. 2781, S. 3218; vgl. auch seine Erklärung vor dem Plenum, Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, 108. Sitzung am 6.3.1922, Sp. 7713.

Nr. 244 Sitzung des Staatsministeriums am 28. April 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 36–37; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: L. Weber [für Richter], Fleischer [für Boelitz], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Hagedorn, Schäfer, Schütze [alle zu 1], Klemann, Werr [beide zu 3].

1. Die Preisfestsetzungen der Kartoffelausschüsse¹ und die Große Anfrage² der Abg. Limbertz u. Gen. betr. das wucherische Treiben auf dem Lebensmittelmarkt. In der Sitzung der Länder am 3. Mai ist für eine andere Zusammensetzung der Preisausschüsse und ihre Angliederung an die Oberpräsidien einzutreten, auf eine paritätische Beteiligung der Händler und Erzeuger sowie der Konsumenten hinzuwirken und den Zentralbehörden Einflußnahme auf die Preisgestaltung und Preisfestsetzung zu sichern. Sofortiges Einschreiten gegen die wucherischen Kleinhandelspreise. [B] — 2. Gesetzentwurf³ betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln aus Anlaß der Zurücknahme von Remontedomänen aus der Pacht; zurückgestellt. Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs, der die Selbstbewirtschaftung von Domänen ganz allgemein ermöglicht und den angeforderten Betrag [...] angemessen erhöht. [B] — 3. Drei Ernennungen, darunter von J. Gronowski⁴ [...] zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Verlängerung der Altersgrenze und Pensionssache⁵. [B] — 4. Amtsunkostenentschädigungen; wegen Nichtteilnahme von Finanzminister Richter vertagt. — 5. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ über die Reisekosten der Staatsbeamten. [B] — 6. Verkauf einiger Stücke der Prachtausgabe der Werke Friedrichs des Großen. [B] — (7. Staatliche Anerkennung für den neuen Bischof von Trier und Einverständnis mit der Ernennung des Nachfolgers als Stiftsprobst in Aachen. [B] — 8. Auflösung der Stadtverordnetenversammlungen in Wittenberge und in Stendal. [B] — 9. Anrechnung der dienstgehaltstfähigen Dienstzeit für Minister Boelitz. [B] — 10. Übertragung der Geschäfte des Staatskommissars für Volksernährung auf den Landwirtschaftsminister.⁷ [B])

¹ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Sonnenschein v. 26.4.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 5, n.f.

² Vom 7.4.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2575, S. 2991.

³ Die Vorlage von LandMinr. u. FinMinr. v. 3.4.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1626, Bl. 312 u. 314–315v; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Sonnenschein v. 26.4.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 317.

⁴ Der Antrag des Minr.dI v. 13.4.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 111.

⁵ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 641.

⁶ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2960, S. 3373–3378; dem LT übersandt am 27.5.1922. Vgl. das Gesetz v. 3.1.1923, GS, S. 3.

⁷ Vgl. die Aufzeichnung für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 2, n.f.

Nr. 245 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 5. Mai 1922.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 171, Bl. 38–39; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], Göhre, Nobis, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare König [zu 1], v. Seefeld [zu 5].

1. Wechsel in der Federführung für die Angelegenheiten der Privat-, Geld-, Wert- und Gegenstandslotterien vom Minister des Innern auf den Minister für Volkswohlfahrt.¹ [B] — 2. Zehn Ernennungen und drei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 3. Mitteilungen des Finanzmini-

¹ Der Antrag des WohlMinr. v. 6.4.1922 in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 304; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Sonnenschein v. 4.5.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 312–312v; das Votum des WissMinr. v. 4.5.1922, Bl. 311. Vgl. auch das Votum des Minr.dI v. 15.3.1922 in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 77 Beiakten 1, Bl. 23. Die Mitteilung des MinPräs. an den Präs. LT v. 19.5.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2892, S. 3291.

sters² über die Finanzministerkonferenz³ in Würzburg. [B] — 4. Amtsunkostenentschädigungen. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ über eine Erhöhung der Ausgleichszuschläge. Um eine baldige Einberufung des Staatsrats wird ersucht. [B] — 5. Antrag⁵ der Abgeordneten Holtz u. Gen. auf Unterstellung des gesamten Bildungswesens unter das Ministerium für Wissenschaft. Einstweilen soll es bei dem gegenwärtigen Zustand bleiben.⁶ [B] — (6. Strafantrag gegen den angeblichen früheren Kolonialfeldwebel Max Kaul wegen Beleidigung der Staatsregierung. [B] — 7. Auf Vortrag von Landwirtschaftsminister Wendorff⁷ wird die Bestallung Hagedorns zum ständigen Vertreter des Staatskommissars für Volksernährung aufgehoben. [B])

² Vgl. zum Zusatz Spezialakten, Bd. 18, Bl. 50v, TO für die Sitzung.

³ Vgl. die Niederschr. über die Besprechung in Würzburg am 28. u. 29.4.1922, von RFinMinr. Hermes den Landesregierungen am 8.6.1922 übersandt, in: Rep. 151, II Nr. 731, Bl. 165–171v; seine Ansprache, Bl. 173v–176v, Anlage 2; die Grundsätze für den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern u. Gemeinden, Bl. 177–178, Anlage 3. Vgl. auch die Berichte von WTB über die Konferenz mit der Wiedergabe der Rede von Hermes, in: Rep. 90, Nr. 1346, Bl. 339–341.

⁴ Der Entwurf des FinMinr. v. 4.5.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 15, n.f.; dem LT übersandt am 15.5.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2746, S. 3199. Vgl. das Gesetz v. 15.6.1922, GS, S. 137.

⁵ Vom 18.2.1922 in: Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 4, Nr. 2087, S. 2434.

⁶ Vgl. das Votum des LandMinr. v. 10.4.1922 an den MinPräs., in dem dieser sich in Übereinstimmung mit dem HandMinr. entschieden für die Aufrechterhaltung der bisherigen Zuständigkeit aussprach, in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 1 Adhib. A Bd. 3, n.f.

⁷ Vgl. seine Schreiben an den MinPräs. v. 4. u. 8.5.1922 in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 2, n.f.

Nr. 246 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Mai 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 40–42; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Göppert, Goslar; als Kommissare Freund, Loehrs, v. Baerensprung, Crusen, Hartwig, Lutterloh, L. Weber, v. Halfern, Ramm, Bansi, v.d. Bussche, v. Meyeren, Bail, Röhrig, Walz, Fleischer, Gürich, Scheidt, Conze, Pauly, Kügler [alle zu 1–5].

1. Bericht von H. Göppert [...] über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien in Genf und über den Inhalt des vor der Unterzeichnung stehenden Abkommens.¹ Der Ministerpräsident dankt für die relativ günstige Gestaltung des Abkommens. — 2. Personalvorschläge an die Reichsregierung [...] für die Gemischte Kommission, commission mixte, das Schiedsgericht, tribunal arbitral, sowie die Staatsvertreter. Die Reichsregierung wird ersucht, die Berufung des belgischen Juristen Kaekenbeeck zum Vorsitzenden des tribunal arbitral zu betreiben. Bei den Verhandlungen mit dem Reich über die Kosten ist der Standpunkt zu vertreten, daß das Reich diese Kosten als Folge des Friedensvertrages zu tragen hat. Eine gewisse Beteiligung Preußens ist nicht unter allen Umständen abzulehnen, es sei denn, daß etwa Oberschlesien ein selbständiges Land werden sollte. [B] — 3. Autonomiefrage. Das Staatsministerium informiert sich über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit, insbesondere über die Verhandlungen der Preußenkommission der Zentralstelle für die Neugliederung des Reichs.² — 4. Personalpolitik [...] in

¹ Vgl. dazu Rep. 77, Tit. 856 Nr. 208; hier ein Bericht des Bevollm. des StMinm. für die dt.-poln. Verhandlungen über Oberschlesien v. 14.3.1922, Bl. 197–200. Vgl. das Deutsch-Polnische Abkommen über Oberschlesien v. 15.5.1922, RGBl. II, S. 238.

² Vgl. den Bericht über die Sitzung der Preußenkomm. am 5.5.1922 betr. die Autonomie Oberschlesiens in: Rep. 120, BB XV Nr. 70 Bd. 3, Bl. 164–192. Der X. Ausschuß der Zentralstelle, die sog. Preußenkomm., war zur Abgabe eines

Oberschlesien. *Aufhebung des Beschlusses vom 26. August 1921, der Versetzungen von Beamten [...] grundsätzlich ausschließt. Vorbereitungen von Personalveränderungen durch die Ressorts bei weitgehender Berücksichtigung der Wünsche der ober-schlesischen Bevölkerung.*³ [B] — **5. Sofortige** Verwendung des 250-Millionen-Fonds, unabhängig von den Verhandlungen mit dem Reich über Erstattung der von Preußen übernommenen Hälfte dieses Fonds für den Fall, daß etwa Oberschlesien ein selbständiges Land werden sollte. [B] — **(6. Prüfung der** Regelung der Rechtsverhältnisse der Körperschaften des öffentlichen Rechts [...] im Schlußprotokoll zum Genfer Abkommen. [B] — **7. Finanzielle Mittel** zur Behebung der Futtermittelnot in der Eifel und auf dem Hunsrück. Der Kultivierung von Ödland in der Eifel *ist* auch aus politischen Gründen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. [B] — **8. Beratung**⁴ des Staatsrats über die neue Besoldungsvorlage am 15. Mai 1922.)

Gutachtens über die Folgen des Zustandekommens eines selbständigen Landes Oberschlesien innerhalb des Reiches aufgefordert worden; vgl. das Schreiben des RMinr.dI v. 10.2.1922 an die Zentralstelle in: Rep. 77, Tit. 856 Nr. 714, Bl. 249.

³ *Vgl. das Schreiben des Minr.dI an die Minr. v. 24.5.1922 in: Rep. 77, Nr. 155, Bl. 159–161, bes. Bl. 159.*

⁴ *Vgl. Sitzungsberichte StR 1922, 12. Sitzung, Sp. 439–442.*

Chefbesprechung mit dem preußischen Innenminister am 10. Mai 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 268, S. 771–773.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Abegg, Loehrs, v. Lieres, Brauweiler, v. Baerensprung, Göppert, Poten.

Befriedung des bei Deutschland verbleibenden Teils des ober-schlesischen Abstimmungsgebiets. Auch Severing ist für einen stärkeren Einsatz der Reichswehr an Stelle von Schutzpolizei.

Chefbesprechung mit dem preußischen Innenminister am 12. Mai 1922, 11 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 271, S. 781 f.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Loehrs, Sonnenschein, Adelman.

Lage im Rheinland. Gerüchte und Mitteilungen über separatistische Gefahren.

Nr. 247 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1922, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 43–44; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fleischer [für Boelitz], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare R. Krohne, Jaques, Gähns, Articus, Gerlach, Mothes, Niermann [alle zu 1–2], Freund, Mulert, v. Leyden [alle zu 3], Cronau, Froelich [beide zu 6].

1. Die vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten bei Preußen verbliebenen Restarbeitsgebiete. Bezug auf den Beschluß vom 24. Februar 1921, durch den bereits eine Regelung erfolgt ist. [B] — 2. Unterhaltung der staatlichen Fischereihäfen.¹ Landwirtschaftsminister Wendorff zieht seinen Antrag zurück. Es bleibt bei der bestehenden Regelung. [B] — 3. Entwürfe² für eine preußische Städte- und Landgemeindeordnung; sie werden zurückgestellt bis zur Stellungnahme³ der Städtetags-Tagung am 26. Mai 1922. [B] — 4. Aufhebung der Verordnung vom 3. November 1919 betr. die Annahme des vollen Familiennamens durch uneheliche, an Kindes Statt angenommene und für ehelich erklärte Kinder adliger Personen⁴; da inzwischen anderweitig erledigt abgesetzt. — 5. Vier Ernennungen, darunter von H. Rose⁵ zum Regierungspräsidenten in Stade, und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — 6. Grundsätzliche Stellungnahme des Ministerpräsidenten⁶ zu der Frage der Amtsbezeichnungen. Kommissarische Beratungen über die Regelung der Frage werden durchgeführt. [B] — (Anregung der Württembergischen Regierung zur Bildung einer Gerichtsgemeinschaft zwischen Hohenzollern und Württemberg⁷, ähnlich wie sie in Thüringen besteht. Die Angelegenheit wird geprüft und ein Kommissar nach Hohenzollern entsandt. [B] — Auf Vortrag von Innenminister Severing wird beschlossen: Bei den anlässlich des Besuchs des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg in Ostpreußen vorgesehenen Propagandaveranstaltungen haben sich die öffentlichen Behörden [...] aus Gründen der inneren und äußeren Politik in keiner Weise zu beteiligen und auch ihre Einrichtungen nicht zur Verfügung zu stellen.⁸ [B])

¹ Die Vorlage des LandMinr. v. 28.1.1922 in: Rep. 77, Tit. 1125 Nr. 23, n.f.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 25.4.1922 in: Rep. 120, A I I Nr. 5 Adhib. Bd. 5, Bl. 465–467; die Entwürfe mit einer Vorbemerkung u. den Begründungen, Bl. 468–521v; vgl. auch Rep. 84a, Nr. 4451, Bl. 242–275v.

³ Vgl. die Entschließung des 9. Preuß. Städtetages am 26./27.5.1922 in Goslar zum Entwurf der Städteordnung, in: Rep. 84a, Nr. 4451, Bl. 410–411v.

⁴ Die Vorlagen des JMinr. v. 3.12.1921 u. 13.1.1922 mit dem Entwurf einer entsprechenden VO in: Rep. 77, Tit. 1108 Nr. 39 Bd. 2, Bl. 165–166v u. 171–173; hier auch Voten der Minr.

⁵ Der Antrag des Minr.dI v. 1.5.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 135.

⁶ Vgl. zum Zusatz Spezialakten, Bd. 18, Bl. 54v, TO für die Sitzung; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 11.5.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 579, Bl. 253–253v; die Zusammenstellung von Aktennotizen zur bisherigen Behandlung der Frage, Bl. 254–256v.

⁷ Der Antrag des württ. JMinm. v. 20.4.1922 in: Rep. 84a, Nr. 6500, Bl. 2; anbei ein Verzeichnis der württ. Gesetze, VO u. Verfügungen, die bei Angliederung der preuß. Enklaven an die württ. Amtsgerichte einzuführen sind, Bl. 19 bis 25v; weiterhin der Staatsvertrag zwischen Preußen u. Württemberg über den Anschluß hohenzollernscher Gebiete an württ. Gerichte... (mit Bleistift darüber gesetzt Gerichtsgemeinschaftsvertrag), Bl. 29–33.

⁸ Der volle Wortlaut dieses TOP wurde vom MinPräs. am 17.5.1922 an alle Minr. mit dem Ersuchen übersandt, die Anweisungen umgehend an die nachgeordneten Behörden ergehen zu lassen, in: Rep. 87, Nr. 4721, n.f., mit Rotstift-Vermerk: Sofort!. Am 24.5.1922 erging erneut eine Weisung des MinPräs. an die Minr. (authentische Interpretation des Beschlusses vom 12.5.), ebd. — Zur Reise Hindenburgs nach Ostpreußen, die er am 19.5.1922 antrat, vgl. auch die Chefbesprechung am 7.6.1922, in: Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 289, S. 850 f.; Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 348 f. u. Friedensburg, Ferdinand (damaliger LandR des Krs. Rosenberg), Lebenserinnerungen, Frankfurt/M. u. Bonn 1969, S. 126–130.

Nr. 248 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1922.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit *hs. Korrekturen*, Bd. 171, Bl. 2–8v; MF 1028.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: v. Kameke [U].

Weitere Teilnehmer: Südekum, Göhre, Freund, Nobis, R. Krohne, v. Loebell, Stüler, Goslar.

Groß-Hamburg-Frage. Der Ministerpräsident: Aussprache, um Klarheit über das Verhalten der preußischen Unterhändler in den weiteren Verhandlungen mit Hamburg zu erhalten. Die bisherige dilatorische Behandlung der Angelegenheit muß aufgegeben werden, zumal Groß-Hamburg keine isolierte Frage des Gebietsaustausches darstellt, vielmehr damit allgemeine politische Gesichtspunkte in Betracht kommen. Um für Preußen und das Reich schädliche Entwicklungen zu verhindern, muß Preußen zeigen, daß es sich nicht in engherziger partikularistischer Weise den Lebensnotwendigkeiten des Reichs entgegenstelle. Es wäre in der im Reich so populären Groß-Hamburg-Frage bereit, gegen Kompensationen berechnete Wünsche Hamburgs zu befriedigen, soweit dies ohne große Schädigung preußischer Interessen möglich ist. Den Kernpunkt der Frage bildet die Abtretung der Insel Wilhelmsburg. Unterbreitet Vorschlag zu einem Gebietsaustausch. – Längere Erörterung des Problems, bei dem auch das Gutachten² der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs, die Art der Beteiligung des 19. Landtagsausschusses³ für Veränderungen des Staatsgebiets an den Verhandlungen und an der Entscheidungsfindung, die Interessenlage der Provinz Schleswig-Holstein⁴ sowie die ungünstigen Auswirkungen auf Oberschlesien und das Rheinland bei Scheitern der Verhandlungen mit in Erwägung gezogen werden. Ablehnung des Antrags des [...] Staatskommissars, Wilhelmsburg unter keinen Umständen an Hamburg abzutreten. Dagegen wird beschlossen, Wilhelmsburg unter Umständen Hamburg zuzugestehen und die preußische Verhandlungskommission zu beauftragen, diese näheren Umstände sowie die Gegenforderungen festzustellen. Keine Mitteilung an den Landtagsausschuß über die Stellungnahme der Staatsregierung. [B]

¹ *Vermerk: Streng geheim! (Bl. 1); mit Anschreiben des StS des StMinm. v. 22.5.1922 an die Minr. versandt.*

² *Das Gutachten v. 24.1.1922 zur Frage Groß-Hamburg, von RMinr.dI Köster am 22.2.1922 dem MinPräs. u. allen Minr. übersandt, in Verbindung mit dem Bericht der Komm. für die Frage 7 „Hamburg“ (Veränderung der preuß.-hamburg. Landesgrenze) v. 22.6.1921 nebst 18 Anlagen, in: Rep. 90, Nr. 286, Bl. 14–15v u. 18–137; das Gutachten auch gedr. in: Wippermann, 1922/1, S. 41 f.*

³ *Auf Beschluß des LT v. 15.12.1921 eingesetzt, um das StMinm. in den Angelegenheiten, die mit der Bildung eines Groß-Hamburg u. anderen das preuß. Staatsgebiet berührenden Bestrebungen zusammenhängen, zu beraten.*

⁴ *Vgl. dazu auch die Denkschrift: Schleswig-Holstein zur Groß-Hamburg-Frage. Zusammengestellt im Auftrage des Prov.Ausschusses der Prov. Schleswig-Holstein (als ReichsR-Drucks. am 17.12.1921 im Hauptbüro des StMinm. eingegangen), in: Rep. 90, Nr. 286, Bl. 106–136, ebenso Schleswig-Holstein und Groß-Hamburg, hrsg. vom Schleswig-Holsteinischen Ausschuß, Kiel 1922 (am 18.4.1922 beim StMinm. eingegangen), in: Ebd., Nr. 285, Bl. 245–252.*

Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 19. Mai 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 45–46v; MF 1027. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Sonnenschein, Eiffler [beide zu 1], König [zu 2], Cohn [zu 6], Schäfer, Schoof, Wiemann [alle zu 8], Hog [zu 10], Günther, Ernst, Henatsch [alle zu 11–13], Gottstein, Cleff [beide zu 5].

1. Genehmigung des Abkommens zwischen Preußen und Bayern über Beseitigung von Doppelbesteuerungen in Landesstempelsachen vom 2.5.1922.¹ [B] — **2. Zustimmung zum Gesetzentwurf**² über die Gehaltsverhältnisse der Beamten der Preußischen Staatsbank und der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. [B] — **3. Maßnahmen** zugunsten der gefährdeten Lebensversicherungsgesellschaften.³ *Anweisung an die Bevollmächtigten zum Reichsrat, den vom Reiche vorgelegten Plan [...] abzulehnen, dabei aber zum Ausdruck zu bringen, daß diese Ablehnung sich nicht grundsätzlich gegen jede Hilfeleistung richtet.* [B] — **4. Ernennung und zwei Verlängerungen der Altersgrenze.** [B] — **5. Abstandnahme** von der Unterstellung der staatlichen Bäder unter das Ministerium für Volkswohlfahrt⁴; *jedoch Beteiligung des Ministers bei allen Angelegenheiten.* [B] — **6. Ehescheidungsreform.**⁵ *Übereinstimmung mit dem Standpunkt von Justizminister am Zehnhoff.* [B] — **7. Zeichnungsbefugnis für die Ministerialsekretäre mit Vollreferaten.**⁶ [B] — **8. Die Bildung der Preisfestsetzungsausschüsse für Kartoffeln.**⁷ *Es bleibt beim gefaßten Beschluß vom 28. April 1922.* [B] — **9. Aufwandsentschädigungen für die höheren Beamten, die Staatsminister und den Ministerpräsidenten.**⁸ *Verhandlungen [...] mit dem Reichsfinanzminister über eine erhöhte und erweiterte Ministerialzulage für alle planmäßigen und kommissarischen Beamten. Die Frage der Gewährung von Fahrkostenentschädigungen für die Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeiter in Groß-Berlin.* [B] — **10. Gesetzentwurf zur Änderung des Landessteuergesetzes; vertagt.**⁹ — **(11. Ernennung von Wendorff**¹⁰ zum Preußischen Staatskommissar für Volksernährung. [B] — **12. Beantwortung einer Anfrage von rheinischen Abgeordneten [...]** an den [...] Ministerpräsidenten. *Übereinstimmung darüber, daß zurzeit eine Kundgebung des Landtags gegen die separatistische Propaganda im Rheinland nicht zweckmäßig erscheint, da die Bedeutung dieser*

¹ *Vgl. den Entwurf, von der Bayer. Gesandtschaft am 2.10.1921 u. 17.2.1922 dem StMinm. übersandt, in: Rep. 90, Nr. 1537, n.f.; das Votum des FinMinr. v. 6.3.1922, die Aufzeichnung von Referent Sonnenschein v. 17.5.1922 für den MinPräs. zur Sitzung u. die Prot. über die Unterzeichnung am 2.5.1922, ebd. Vgl. auch GS, S. 194.*

² *Die Vorlage des FinMinr. (i. V. Weber) v. 11.5.1922 mit dem Entwurf (ohne Begründung) in: Rep. 90, Nr. 769, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 18.5.1922 für den MinPräs. zur Sitzung. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 3.7.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3229, S. 3812. Vgl. das Gesetz v. 31.7.1922, GS, S. 219.*

³ *Die Vorlage des HandMinr. v. 12.5.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 44 Bd. 3, n.f.; zum Hilfsplan der RReg. vgl. ebd.*

⁴ *Die Vorlage des Wohlfinr. v. 4.5.1922 in: Rep. 84a, Nr. 5589, Bl. 20–21.*

⁵ *Vgl. die unverbindlichen Richtlinien eines Gesetzes zur Abänderung des BGB über die Ehescheidung, von RMinr. Radbruch am 12.1.1922 allen Landesregierungen übersandt, in: Rep. 84a, Nr. 525, Bl. 347–349v; das Votum (hs. Entwurf) des JMinr. v. 18.2.1922, Bl. 337–345; die Voten der Minr., Bl. 367 ff. Zur Scheidungsfrage vgl. Blasius, Dirk, Ehescheidung in Deutschland 1794–1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive, Göttingen 1987, S. 164–173.*

⁶ *Die Vorlage des Minr.dI v. 2.5.1922 in: Rep. 90, Nr. 2283, Bl. 340–340v; die Voten vom LandMinm. v. 15. u. WissMinr. v. 17.5.1922, Bl. 341–342v.*

⁷ *Vgl. die Aufzeichnung von Referent Sonnenschein v. 19.5.1922 für den MinPräs. zur Sitzung u. das Schreiben des StKom. für Volksernährung an den MinPräs. v. 18.5.1922, in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 5, n.f.*

⁸ *Der Antrag des FinMinr. v. 18.5.1922 in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.*

⁹ *Auf Antrag des Minr.dI.; vgl. sein Schreiben v. 19.5.1922 in: Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 1, Bl. 490–494.*

¹⁰ *Vgl. Rep. 197A, Gen. A I Nr. 6 Bd. 3, n.f.*

Bestrebung hierdurch unnötiger Weise unterstrichen wird.¹¹ [B] — **13. Zustimmung zu Abänderungsanträgen¹² des Finanzministers zum Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe.** [B])

¹¹ Vgl. dazu den Vermerk von StS Göhre v. 6.6.1922, daß er die Parteien des LT über diesen Beschluß mündlich unterrichtet u. ihre Zustimmung erhalten hat, in: Rep. 90, Nr. 282, Bl. 2.

¹² Die Vorlage des HandMinr. (i. A. v. Meyeren) v. 27.4.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 16 Bd. 1, n.f.; zum Gesetzentwurf vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 1, Nr. 106, S. 1–12; von RFinMinr. Hermes dem ReichsR vorgelegt am 6.5.1922. Die am 23.5.1922 vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 23. Sitzung, S. 412 u. 415–420, Anlage; zur Haltung gegenüber dem vom RT abgeänderten Entwurf, ebd., 40. Sitzung am 20.7.1922, S. 741. Vgl. das Gesetz v. 20.7.1922, RGBl. I, S. 601.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 24. Mai 1922, 9.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 281, S. 822 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Siehr.

Reise des Generalfeldmarschalls von Hindenburg nach Ostpreußen. Braun und Severing ersuchen die Reichsregierung, daß sie sich der ablehnenden Haltung der preußischen Regierung zu dieser deutschnationalen Propagandafahrt anschließt.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Innenminister am 24. Mai 1922, 17 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 282, S. 824–827.

Anwesend: für Preußen Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Abegg.

1. Antwortnote an General Nollet betr. Schutzpolizei, deren Frist für die Umorganisation am 25. Mai 1922 abläuft. — **2.** Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. — **3.** Besprechungen mit Lloyd George auf der Konferenz in Genua.

Nr. 250 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Mai 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 48–49; MF 1028. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Siering. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], L. Weber [für Richter], Articus [für Wendorff], C.H. Becker [für Boelitz], Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Crusen, Loehrs, v. Baerensprung [alle zu 1], Mulert [zu 3–4], Gottstein [zu 5], Gürich, Varrentrapp [beide zu 4].

1. *Geänderte Ernennungsvorschläge für die Gemischte Kommission und das Schiedsgericht für Oberschlesien.*¹ [B] — 2. *Zwei Ernennungen, Beurlaubung von vier Landräten in Oberschlesien und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — 3. *Entwurf einer Notverordnung betr. die Besteuerung des Herbergsvertrages durch die Gemeinden; vertagt. Zunächst sind noch Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen zu führen.*² [B] — 4. *Gesetzentwurf betr. vorläufige Regelung des Selbstbestimmungsrechts der Provinzen.*³ *Kommissarische Beratung aller Minister [...]* über die Vorlage des Innenministers. *Dieser wird außerdem zu der Erklärung gegenüber ober-schlesischen Vertretern [...]* ermächtigt [...], daß ein Entwurf über die Provinzialautonomie [...] beraten wird und als Zwischengesetz bis zum Inkrafttreten der neuen Provinzialordnung gelten soll. [B] — 5. *Erlaß einer Verordnung über den Anschluß der im Gebietsteil Pymont wohnhaften Ärzte an die Ärztekammer der Provinz Hannover.*⁴ [B] — (6. *Justizminister am Zehnhoff macht auf die schwierige Lage aufmerksam, die beim Abtransport der zu Freiheitsstrafen verurteilten Oberschlesier⁵ anläßlich des Abzugs der interalliierten Truppen entstehen kann. Eine äußerst schnelle Chefbesprechung ist darüber beim [...] Reichskanzler abzuhalten.* [B] — 7. *Abgabe des preußischen Anteils am Aktienkapital [...]* der Memeler Kleinbahn-Aktiengesellschaft an die Stadt Memel. [B])

¹ Vgl. Sitzung des RKab. am 8.6.1922 in: *Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 290, S. 851 f.*

² *Die Vorlage des Minr.dI u. FinMinr. v. 27.5.1922 mit dem Entwurf einer Not-VO in: Rep. 77, Tit. 1383 Nr. 3 Beiheft 1, n.f. Vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, II Nr. 1018/1, n.f.*

³ *Die Vorlage des Minr.dI v. 27.5.1922 mit dem Entwurf u. Begründungen (am 3.6.1922 nachgereicht), in: Rep. 84a, Nr. 4681, Bl. 273–274 u. 281–283; die Voten von JMinr. u. FinMinr., Bl. 288–296. In der kommissar. Besprechung am 7.6.1922 im MdI führte StS Freund aus, daß der vorliegende Gesetzentwurf lediglich eingebracht sei, um die Abstimmung über die Autonomie Oberschlesiens in einem für Preußen günstigen Sinne zu beeinflussen, in: Rep. 120, A II 5e Nr. 2 Bd. 13, Bl. 61.*

⁴ *Die Vorlage des WohlfMinr. v. 2.5.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 20 Beiheft A, n.f. Vgl. VO v. 29.5.1922, GS, S. 119.*

⁵ *Zum Oppelner Abkommen v. 15.6.1922 zwischen der RReg. u. den interall. Behörden vgl. Rep. 90a, D I 2 Nr. 21 Adhib., Bl. 4: WTB Nr. 1767/8 v. 13.9.1922.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 8. Juni 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 290, S. 851–855.

*Anwesend: für Preußen Wendorff, Richter.*¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Freund, Loehrs, Mücke.

1. *Benennung der deutschen Mitglieder der gemischten Kommission im Schiedsgericht für Oberschlesien.* — 2. *Einführung des Präsidenten Calonder in Oberschlesien.* — 3. *Die Frage des Verbleibs der politischen Gefangenen in Oberschlesien.* — <3a. *Gesetzentwurf über die Zusatzklärung zu dem am 15. Mai 1922 in Genf geschlossenen Deutsch-Polnischen Abkommen über Oberschlesien.*> — 4. *Aufruf an die deutschen Oberschlesier.* — 5. *Entwurf eines Schutzgesetzes für die durch die Abtretung der ehemaligen preußischen Teilgebiete Polens betroffenen Schuldner.* — 6. *Entwurf einer Verordnung für den internationalen Kraftfahrzeugverkehr.* — 7. *Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen.* — 8. <*Gesetzentwurf über Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerkriegsbeschädigter*>.

¹ Vgl. die Einladung v. 7.6.1922 zur Sitzung des RMinm. mit der Mitteilung der TO (TOP 1), in: Rep. 90, Nr. 388, n.f.

Nr. 251 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 14. Juni 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 51–52v; MF 1028.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Dönhoff, Göhre, Nobis, Meister, Kalle, Goslar; als Kommissare Klugkist, Vollbach, Merz [alle zu 1], Mulert [zu 2, 6–8], Rathenau [zu 3a–b], Wagemann [zu 3b], Badt [zu 4], v. Leyden [zu 6–8], Schultz [zu 6–7], Gürich [zu 6], Posse [zu 6, 10, 12], Bansi [zu 6–7, 11–12], Klapper [zu 9], Aumund [zu 11], E. Delbrück, Frankenbach, Berger, v. Schenck [alle zu 12].

1. Reichsgesetzentwurf¹ über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. *Zustimmung der Bevollmächtigten zum Reichsrat zum Entwurf trotz der erheblichen Bedenken wegen der Durchführbarkeit einzelner Vorschriften und Ablehnung der bayerischen Anträge.² Außerdem Einflußnahme auf die Herabsetzung der Umlage für Preußen, so daß sie den tatsächlichen Verhältnissen und den politischen Erfordernissen des besetzten Gebiets³ entspricht. Es soll eine Preisfestsetzung erfolgen, die dem Erzeuger [...] einen angemessenen Gewinn sichert.* [B] — **2.** *Zustimmung zum Entwurf⁴ einer Verordnung betr. die Besteuerung des Herbergsvertrages durch die Gemeinden mit Maßgaben.* [B] — **3.** Die Überfremdung; a. in personeller Hinsicht; b. der städtischen Grundstücke; *vertagt.* — **4.** Der Beschluß des Verfassungsausschusses des Landtags über die Reisekosten und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Staatsrats; *vertagt.* — **5.** *Je eine Ernennung, Ablehnung und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — **6.** *Dem Gesetzentwurf⁵ betr. vorläufige Regelung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen wird mit einzelnen Maßgaben zugestimmt.* [B] — **7.** *Entwürfe⁶ für eine preußische Städte- und Landgemeindeordnung. Ihnen wird in der vom Minister des Innern vorgelegten Fassung und in Verbindung mit Abänderungen zugestimmt.* [B] — **8.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf⁷ über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen.* [B] — **9.**

¹ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 1, Nr. 126, S. 1–7; vom REMinr. dem ReichsR vorgelegt am 26.5.1922. Vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 10.6.1922 für den MinPräs. zur Sitzung u. das Schreiben des MinPräs. (i. V. Göhre) v. 7.6.1922 mit einer Übersicht über die Vorjahresumlage der einzelnen Länder in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 9, n.f.*

² *Vgl. die Anträge v. 10.6.1922 in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 9, n.f. u. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 28. Sitzung am 16.6.1922, S. 621–624: Annahme von zwei Anträgen Bayerns und der Entschließung Preußens zum Preis für Umlagegetreide mit Stimmenmehrheit sowie Beschluß des ReichsR mit 49 gegen 16 Stimmen, dem Entwurf mit Änderungen zuzustimmen.*

³ *Vgl. das Schreiben des OPräs. der Rheinprovinz an den MinPräs. v. 26.5.1922 in: Rep. 90, Nr. 282, Bl. 14–17.*

⁴ *Die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 27.5.1922 mit dem Entwurf u. Begründung (hs. u. ms.), in: Rep. 77, Tit. 1383 Nr. 3 Beiheft 1, n.f., dem LT überreicht am 26.6.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3183, S. 3700–3702. Vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. u. den Vermerk von Referent Lauenstein v. 14.6.1922 zur Fassung des Staatsministerialbeschlusses, in: Rep. 151, II Nr. 1018/1, n.f. Der Gesetzentwurf wurde mit Schreiben des Minr.dI v. 12.10.1922 den Ländern übersandt, anbei auch die Zusammenstellung der Antwort der Länder v. 26.7.1923, in: Rep. 77, Tit. 1383 Nr. 3 Beiheft 1, n.f.*

⁵ *Der neue beglaubigte Entwurf des Minr.dI v. 9.6.1922 u. die nachgereichte Begründung in: Rep. 77, Nr. 155, Bl. 200–207; vgl. auch die Niederschr. über das Ergebnis der kommissar. Besprechung über den Entwurf im MdI am 7.6.1922, Bl. 196–198. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 4681, Bl. 300–309.*

⁶ *Die Entwürfe in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Adhib. Bd. 5, Bl. 590–622v; zu den Abänderungen der Entwürfe vgl. die mit Schreiben des Minr.dI vom 11.6.1922 übersandte Zusammenstellung, Bl. 581–588. Vgl. auch das Material in: Rep. 84a, Nr. 4451, Bl. 303 ff.*

⁷ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Nr. 3131, Bd. 6, S. 3631–3638, dem LT übersandt am 23.6.1922. Vgl. das Gesetz v. 5.8.1922, GS, S. 210.*

Zustimmung zum Gesetzentwurf⁸ über Aufsichtsräte bei Berggewerkschaften. [B] — 10. Antrag der Breslauer Messegesellschaft auf Gewährung eines Baukostenzuschusses; *vertagt*. — 11. Übereinstimmung mit der Gliederung der Technischen Hochschulen nach Fakultäten.⁹ [B] — 12. Die Leitsätze für die Behandlung der Ostpreußischen Fragen; *vertagt*. — (*Ernennungsvorschläge an das Reichskabinett für den Staatenvertreter bei der commission mixte und dem tribunal arbitral für Oberschlesien und den Vorsitz des deutschen Minderheitenamtes.* [B])

⁸ Die Vorlage des HandMinr. v. 2.6.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, Ila Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f., dem LT übersandt am 27.6.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3194, S. 3707–3710. Vgl. das Gesetz v. 24.5.1923, GS, S. 268.

⁹ Vgl. die Vorlage des WissMinr. v. 10.4.1922 in: Rep. 84a, Nr. 5262, Bl. 72–73v; das Votum des FinMinr. (i. A. Weber), Bl. 78 u. zum Votum des LandMinr., Bl. 83.

Nr. 252 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 16. Juni 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 53–54v; MF 1028.

Anwesend: Braun [V], Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Mügel [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Kalle, Goslar; als Kommissare Sandrock [zu 1], Rathenau [zu 2 und 4a–4b], Posse [zu 2 und 9], Kaestner [zu 2], Trendelenburg [zu 2–3, 8], Bansi, v. Keudell [beide zu 2–3], Wagemann [zu 4a–4b], Badt [zu 5], Remak [zu 6], v. Halfern, Zachariae [beide zu 8], Kurtzig [zu 9].

1. Kündigung des Tarifvertrages¹ für die Angestellten bei den Reichs- und Preußischen Verwaltungen *durch den Finanzminister [...] im Namen des Staatsministeriums zum 30. September 1922.* [B] — 2. Die Schleswigsche Frage. Denkschrift² des Oberpräsidenten Kürbis. Zur Abwehr der dänischen Gefahr in der Provinz Schleswig-Holstein *werden die beantragten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.* [B] — 3. Die Rheinische Frage. Denkschrift³ des Landwirtschaftsministers vom 24. Mai 1922. Für den Abwehrkampf im besetzten rheinischen Gebiete *wird ein Dispositionsfonds in Höhe von 15 Mio. M zur Verfügung gestellt. Er soll auch auf die Vermehrung des Gemüsebaus fördernd wirken.* [B] — 4. Die Überfremdung; a. in personeller Hinsicht. Behandlung der Sache *durch den Minister des Innern, bis sie spruchreif ist; b. der städtischen Grundstücke.*⁴ Die Verhandlungen im Reichsrat zum Antrag⁵ Preußens *sind abzuwarten.* [B] — 5. Beschluß⁶ des Verfassungsausschusses des Landtags über die Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Staatsrats. *Innenminister Severing wird ermächtigt, mit den Koalitionsparteien in Fühlung zu treten, um die Sätze auf ein den monatlichen Bezügen der Landtagsabgeordneten [...] angemessenes Maß zurückzuführen.* [B] — 6. Gesetzentwurf⁷ des Staatsrats über die Außerkraft-

¹ Der Antrag des FinMinr. v. 14.6.1922 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zur Übergangszeit u. zum Angestelltentarifvertrag v. 6.11.1920 vgl. den Erlaß des FinMinr. v. 27.9.1922, in: FinMinBl. Nr. 19 v. 21.10.1922, S. 597 f. u. Rep. 87, Nr. 66, Bl. 33 ff.

² Die Denkschrift (Druck) u. die Vorlage des Minr.dI v. 1.6.1922 in: Rep. 77, Tit. 4036 Nr. 12, Bl. 77–80 u. 72–76; auch in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n.f.

³ Die Denkschrift des LandMinr. konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden.

⁴ Vgl. dazu Chlebowsky, Das Eindringen ausländischen Kapitals in den deutschen Grundbesitz, in: Preuß. VerwBl. Nr. 47 v. 26.8.1922, S. 551–557.

⁵ In den gedr. Materialien des ReichsR nicht enthalten.

⁶ Vgl. Bericht des Verfassungsausschusses in: Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3095, S. 3565–3571.

⁷ Vgl. Drucks. StR 1922, Nr. 160 u. 162 sowie Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 3047, S. 3439.

setzung des Gesetzes über die Altersgrenze vom 15. Dezember 1920. Das Staatsministerium ist übereinstimmend grundsätzlich gegen die Aufhebung, behält sich aber vor, zu der Vorlage des Staatsrats im Landtag sachlich Stellung zu nehmen.⁸ [B] — 7. Fünf Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 8. Große Anfrage Nr. 124 der Abg. Leid u. a. über die Regelung der Abfindung des Hauses Hohenzollern sowie der Urantrag Katz.⁹ Nach [...] Vortrag von Finanzminister Richter und der Anregung von Ministerpräsident Braun wird beschlossen, auf den Ältestenrat des Landtags einzuwirken, damit vor der Sommerpause darüber nicht mehr verhandelt wird. Bei Erwähnung der Frage zu den Etatsverhandlungen soll man sich auf die Erklärung beschränken, daß die Verhandlungen über die Angelegenheit ihrem Abschlusse entgegengehen. [B] — 9. Antrag¹⁰ der Breslauer Messegesellschaft auf Gewährung eines Baukostenzuschusses; eine Beschlußfassung wird verschoben. [B] — (10. Ministerpräsident Braun weist auf die überaus mißliche Situation hin, daß anlässlich des oberschlesischen Trauertages [...] zahlreichen Behörden noch keine Flaggen in den Landesfarben [...] zur Verfügung stehen.¹¹ [B] — 11. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹² zur Ergänzung und Abänderung der Wahlvorschriften für die Provinzialräte, Bezirksausschüsse und die andern Verwaltungsbeschluß- und -streitbehörden. [B] — 12. Einverständnis mit der Einbringung des Gesetzentwurfs¹³ über die Verwaltung von Helgoland. [B] — 13. Dem Minister für Volkswohlfahrt wird eine Rede bei einer Jubelfeier des Katholischen Arbeitervereins in Höchst/M. durch die Besatzungsbehörde verweigert. [B] — 14. Probleme der Durchführung des Flaggenerlasses [...] im besetzten Rheinland anlässlich der Abtretung Oberschlesiens. [B])

⁸ Zu den Verhandlungen, die zur Ablehnung des Antrags des StR führten, vgl. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 8, 157. u. 160. Sitzung am 28.6. u. 5.7.1922, Sp. 11355–11371 u. 11608 f.

⁹ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2911 u. 2917, S. 3337 u. 3345. Beides besprochen in der 261. Sitzung am 22.6.1923; vgl. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Sp. 18678–18692.

¹⁰ Vom 25.3.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 1 Bd. 6, n. f.; vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 21.5.1922, ebd.

¹¹ Vgl. das Brieftelegramm des MinPräs. u. die telefon. Mitteilung des StMinm., jeweils v. 16.6.1922, Halbmast mit vorschriftsmäßigen Flaggen wegen Oberschlesien zu flaggen, in: Rep. 120, A I I Nr. 3a Bd. 1, n. f.

¹² Die Vorlage des Minr.dI v. 15.6.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 2300, Bl. 281–281v, 275–276 u. 286–296. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 29.6.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3206, S. 3776–3778. Vgl. das Gesetz v. 25.7.1922, GS, S. 195.

¹³ Die Vorlage des Minr.dI v. 15.6.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 976, Bl. 186–192; dem LT übersandt am 28.6.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3204, S. 3714–3716. Vgl. das Gesetz v. 21.7.1922, GS, S. 169.

Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 23. Juni 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 55–56v; MF 1028.

Anwesend: Braun [V], Richter, Siering, Boelitz. — Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Freund [für Severing], Ramm [für Wendorff], Scheidt [für Hirtsiefer], L. Weber, Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Goslar; als Kommissare Hardenberg, v. d. Bussche, Gernlein [alle zu 1], Bansi [zu 3 und 7], Jöhlinger [zu 1], Südekum, E. Delbrück [beide zu 3 und 7], v. Loebell, Jaques [beide zu 3], Sattelmacher, Hein, Kasper, Landé, Stalman [alle zu 4], Articus [zu 3], Frankenbach, Berger, Gall [alle zu 7], Posse [zu 8], Stapenhorst [zu außerhalb der TO].

1. Gesetzentwurf¹ über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. *Dem Entwurf* in dieser Fassung *ist* nicht zuzustimmen *und* durch die preußischen Vertreter im Reichsrat *ein Änderungsantrag*² einzubringen, *der* durch Herabsetzung der [...] Tarife der Post und Eisenbahn *Abhilfe schafft*. *Verzichtet außerdem* die Reichsregierung *nicht* auf die Notkasse für unmittelbare Beihilfen, *so* soll beantragt werden, *dafür* die Mittel [...] durch Erhöhung der Ausfuhrabgabe für Zeitungspapier *aufzubringen*. [B] — 2. *Die Beschlüsse* des 22. Ausschusses des Reichstags zum Gesetzentwurf³ betr. Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung. *Da danach* die Reichsregierung eine weitgehende Initiative zur Herbeiführung der Volksabstimmung erhalten *soll*, *ist dies* für Preußen schwer tragbar. *Deshalb wird man* gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz zwar nicht seinerseits den Einspruch des Reichsrats [...] beantragen, einen von anderer Seite im Reichsrat beantragten Einspruch aber [...] unterstützen.⁴ [B] — 3. Groß-Hamburg-Frage.⁵ *Ablehnende Beantwortung* der drei vom Bürgermeister Dr. Diestel gestellten Fragen *nach Gebietsabtretungen Preußens* an Hamburg. [B] — 4. *Vier Pensionssachen*.⁶ [B] — 5. *Vorschlag Severings*, durch Reichsgesetz eine Regelung des Namensrechts der vormals landesherrlichen Häuser *herbeizuführen*. [B] — 6. *Fünf Ernennungen*. [B] — 7. *Annahme der Leitsätze*⁷ für die Behandlung der Ostpreußischen Frage. [B] — 8. *Ablehnung des Antrags*⁸ der Breslauer Messegesellschaft auf Gewährung eines Baukostenzuschusses. [B] — (9. *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁹ über eine Erhöhung der Beamtenbezüge. [B] — 10. *Zustimmung zu den Richtlinien*¹⁰ über die Grundsätze der Gewährung der Ministerialzulage mit der Maßgabe, *daß diese nicht allen* Beamten [...] gewährt werden soll. Finanzminister *Richter wird* beauftragt, beim Reiche auf eine entsprechende Einschränkung hinzuwirken. [B] — 11. Einspruch¹¹ des Staatsrats *gegen den* Gesetzentwurf über das Großkraftwerk Hannover. Der Landtag *wird* um nochmalige Beschlußfassung ersucht. *Weiterleitung des Initiativ-*

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 150, S. 1–4; von RWiMinr. Schmidt dem ReichsR übersandt am 16.6.1922. Material zum Entwurf u. zur Situation der Presse in: Rep. 90, Nr. 1803 u. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 46 Adhib. 1 Bd. 1.

² Vgl. die Erklärung von StS Göhre am 13.7.1922 im ReichsR, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 38. Sitzung, S. 715; die vom ReichsR angenommene Fassung, ebd., 37. Sitzung am 10.7.1922, S. 711, Anlage. Vgl. das Gesetz v. 21.7.1922, RGBl. I, S. 629.

³ Vgl. Drucks. RT, I. WP 1920, Bd. 374, Nr. 4539, S. 5040–5043 u. Drucks. ReichsR, Tagung 1921, Bd. 1, Nr. 101, S. 1–6; von RMinr.dI Koch dem ReichsR übersandt am 5.4.1921. Der Entwurf u. weiteres Material in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Beiakten 1, bes. ab Bl. 164 ff. Vgl. die am 2.2.1922 mit Zweidrittelmehrheit angenommene Fassung, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 4. Sitzung, S. 108 f. u. 139 f., Anlage 3, u. ebd., 36. Sitzung am 8.7.1922, S. 704. Vgl. das Gesetz zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung v. 8. Juli 1922, RGBl. I, S. 545.

⁴ Zu den Differenzpunkten mit der RReg. vgl. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, HB Nr. 566, n.f.

⁵ Vgl. die Niederschr. über die Verhandlungen zwischen Hamburg u. Preußen am 19.6.1922 in Hamburg, in: Rep. 90, Nr. 286, Bl. 304–314v; die Antwort (Übermittlung des Beschlusses des StMinm.) v. 23.6.1922 an den Hamburger Senat, Bl. 354–355.

⁶ Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 265, 414, 567 u. 720.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI v. 19.5.1922 in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 5, Bl. 9; die Niederschr. über die Ressortbesprechung im MdI am 12.5.1922 über Ostpreußen mit den Leitsätzen, Bl. 12–17; die Denkschrift des OPräs. v. 18.4.1922 (Programm der ostpreuß. Wünsche), Bl. 1–8 u. 19–30; die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 10.6.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1067, Bl. 252–253. Vgl. auch Das ostpreuß. Problem u. seine Lösung in: Rep. 77, Tit. 149, Bl. 54–70. Das RKab. nahm die Leitsätze in der Sitzung am 12.8.1922 an, vgl. Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 339, S. 1010 f. Zur Durchführung des Ostpreußenprogramms vgl. Rep. 90, Nr. 1068, Bl. 17 ff. Vgl. auch Wessling, Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens, S. 228 ff.

⁸ Der Antrag v. 25.3.1922 in: Rep. 77, Tit. 3960 Nr. 1 Bd. 1, n.f.; hier auch das Schreiben des MinPräs. v. 21.5.1922 u. die Voten der Minr.

⁹ Vom FinMinr. am 22.6.1922 dem MinPräs. übersandt in: Rep. 76, Ila Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 15, n.f.; dem LT übersandt am 23.6.1922, Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 6, Nr. 3130, S. 3630. Vgl. das Gesetz v. 20.7.1922, GS, S. 168.

¹⁰ Das Schreiben des FinMinr. v. 22.6.1922 mit den Richtlinien über die Gewährung einer jederzeit widerruflichen Sondervergütung (Ministerialzulage) der bei den Zentralbehörden beschäftigten Beamten, in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.; die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 23.6.1922 zu den Richtlinien, ebd.

¹¹ Vgl. Drucks. StR 1922, Nr. 168 (Ausschußantrag mit einem neuen Titel für das Gesetz v. 3.6.1922) u. Sitzungsberichte StR 1922, 17. Sitzung am 21.6.1922, Sp. 587 f. (Beschluß). Vgl. Sitzung am 20.2.1922, TOP 2.

gesetzentwurfs¹² des Staatsrats über die weitere Versorgung des Gebiets an der mittleren und unteren Weser mit elektrischem Strom. [B] — **12.** Stand der Verhandlungen [...] mit der Reichsregierung über die Frage der Sicherung der Ostgrenze.¹³ Sie werden weiterhin mit dem Ziele geführt, für die auf Verlangen der interalliierten Militärkontrollkommission bis zum 1. Juli aus dem Grenzschutzdienst herauszuziehenden Schutzpolizeikörper einen ausreichenden Ersatz durch die Reichswehr zu beschaffen.¹⁴ Würdigung der hohen Bedeutung des Ostschutzes durch das Staatsministerium. [B] — **13.** Voraussichtliche Aufhebung des Staatskommissariats für die Groß-Hamburg-Frage zum 1. Oktober 1922. [B] — **14.** Gesetzentwurf¹⁵ über den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten. Die Reichsregierung wird gebeten, sich um eine Abänderung des Entwurfs zu bemühen, andernfalls wird der Antrag [...] im Reichsrat gestellt, die Ratifikation des Vertrages abzulehnen. [B])

¹² Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3173, S. 3694 f.; dem LT mit dem vom StR beschlossenen neuen Entwurf übersandt am 23.6.1922. Vgl. das Gesetz v. 8.8.1922, GS, S. 244.

¹³ Vgl. die Niederschr. (Entwurf) der Sitzung im MdI am 26.6.1922 betr. Zurückziehung der Schupo aus dem Grenzschutz u. das Schreiben des Minr.dI v. 23.6. 1922 an den RWeMinr. u. den Rklr., in: Rep. 77, Tit. 4003 I A Nr. 71 Bd. 3, Bl. 255–259v u. 249–250v; weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 2238, Bl. 131 ff.; vgl. auch Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, S. 423–425, mit Bezug auf den TOP. Zur Korrespondenz mit der RReg. über die Verwendung der Reichswehr als Grenzpolizei nach dem Abzug der Schupo von der Ostgrenze vgl. Barch Lichterfelde, R 43 I/2693 sowie: Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär- und Innenpolitik 1920–1922, bearbeitet von Heinz Hürten, Düsseldorf 1979, Nr. 146–148, S. 269–274.

¹⁴ Infolge der ablehnenden Haltung des RWeMinr. fand auf Ersuchen des preuß. MinPräs. (vgl. sein Schreiben v. 20.6.1922 an den Rklr. in: Rep. 90, Nr. 2238, Bl. 160–161) eine Chefbesprechung mit dem Rklr. am 23.6.1922 statt. Näheres dazu ließ sich nicht ermitteln.

¹⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 159, S. 1–6, mit einer erläuternden Denkschrift, vom AA (Rathenau) dem ReichsR vorgelegt am 19.6.1922; vgl. auch Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 296, S. 890 u. Anm. 4. Der ReichsR stimmte am 21.12.1922 dem Entwurf zu; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 67. Sitzung, S. 1144. Vgl. das Gesetz über den Vertrag v. 7.2.1923, RGBl. II, S. 57.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Ministerpräsidenten im Reichstagsgebäude am 24. Juni 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 299, S. 895 f.

*Anwesend: für Preußen Braun.*¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Mügel, C.H. Becker, Kuhnt, Goslar, Weismann.

Ermordung Rathenaus. Zustimmung zu den Verordnungen zum Schutz der Republik und zum Verbot bestimmter Versammlungen.

¹ Vgl. den Aktenvermerk des Ständ. Vertr. des Bürodirektors im StMinm. Pfeiffer v. 24.6.1922, daß auf Anordnung des MinPräs. heute die StMinr. bzw. StS zu einer gemeinschaftl. Sitzung mit dem RKab. eingeladen worden sind. Gegenstand der Beratung: Die durch die Ermordung Rathenaus geschaffene Lage usw., in: Rep. 90, Nr. 388, n.f.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 30. Juni 1922, 11 Uhr.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 305, S. 921–923.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1–2 Hirtsiefer, Boelitz.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Mügel, Loehrs, v. Baerensprung.

1. Ernennung des Staatsvertreters bei der gemischten Kommission und dem Schiedsgericht für Oberschlesien. — 2. Errichtung eines Minderheitenamts in Oberschlesien.

¹ Vgl. die Einladungen v. 27. u. 29.6.1922 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1317, Bl. 287–288.

Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1922, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 57–59v; MF 1028.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Ramm [für Wendorff], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, C.H. Becker [beide zu 1–8], Mooshake, Brand [beide zu 4–5], Erythropel, Helferich [beide zu 5], Schneller [zu 5–6], v. d. Bussche, Römhild [beide zu 5], Weismann [zu 9].

1. Weitere Beteiligung Preußens an den Kosten der Auslands- und Grenzlandvertriebenenfürsorge¹ bis zum 30. September 1922. [B] — 2. Fortbestehen der Institution des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste; vertagt. — 3. Das Genehmigungsrecht² für die Benennung von Wegen, Straßen, Plätzen und Brücken in den Städten Berlin, Potsdam und Charlottenburg wird dem Innenminister übertragen. [B] — 4. Zwei Ernennungen und Versetzung des Regierungspräsidenten in Marienwerder Grafen von Baudissin³ in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 5. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Unterausschusses des Landtags für Beamtenfragen⁴ hinsichtlich der Oberregierungsratsstellen bei den Oberpräsidien und der Landratsstellen bei großen Landratsämtern in Gruppe XII. [B] — 6. Genehmigung der Richtlinien⁵ für die Gewährung der Ministerialzulagen. [B] — 7. Stiftung des vormaligen Kaisers an die Universität Marburg. Einverständnis mit der Erteilung der Staatsgenehmigung zu der Stiftung der 1 Mio. an den Universitätsbund Marburg E.V. in Marburg unter der Voraussetzung, daß diese nicht den Namen „Kaiser Wilhelm Stiftung“ trägt. [B] — 8. Anrechnung des Maifeiertages auf den Erholungsurlaub in Abänderung der bisherigen Regelung.⁶ Anregung an das Reichskabinett für ein gleichmäßiges Vorgehen. [B] — (9. Schutz der Republik. Bericht des Ministerpräsidenten über die Verhand-

¹ Die Vorlage des Minr.dI v. 20.6.1922 in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n.f.; hier auch die Sitzungssache für das StMinm.

² Die Vorlage von LandMinr. u. Minr.dI v. 30.5.1922 in: Rep. 87, B Nr. 21944, Bl. 127–127v.

³ Die Anträge des Minr.dI v. 30.4. u. 28.6.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 124, 116–128 u. 138–141.

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 26.6.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 15, n.f.; vgl. auch das Schreiben des FinMinr. u. eine Ausarbeitung für den WissMinr. zur Sitzung des StMinm., jeweils v. 29.6.1922, ebd.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 29.6.1922 in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 29.6.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, ebd.

⁶ Vgl. die Verfügung des FinMinr. zugleich im Namen des Minr.dI v. 4.8.1922, in: FinMinBl. Nr. 17 v. 9.9.1922, S. 486.

lungen⁷ [...] zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Länderregierungen über die Einbringung eines Gesetzentwurfs. *Der Minister des Innern beantragt eine Ergänzung, die den Artikel 129 der Reichsverfassung abändert. Die preußischen Vertreter im Reichsrat werden instruiert, einen entsprechenden Antrag⁸ zu stellen und im übrigen der Vorlage⁹ der Reichsregierung zuzustimmen. [B]*)

⁷ Vgl. die Besprechung mit den MinPräs. der Länder nach der Ermordung Rathenaus am 29.6.1922 in: *Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 304, S. 913–921.*

⁸ *Der Antrag Preußens zum Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik in: Rep. 84a, Nr. 8476, Bl. 138.*

⁹ Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 172, S. 1–4; von RMinr.dI u. RJMinr. dem ReichsR vorgelegt am 30.6.1922. Vgl. das Gesetz v. 21.7.1922, RGBl. I, S. 585. Vgl. auch Normann, A. v. (LGR), Die Gesetzgebung des Deutschen Reichs und Preußens zum Schutze der Republik einschl. der Gesetze über Straffreiheit für politische Straftaten. Textausgabe mit Einleitung und Beigabe der ergänzenden Gesetzesbestimmungen, Berlin 1922.*

Sitzung des Reichskabinetts mit den preußischen Staatssekretären im Reichstagsgebäude am 4. Juli 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 311, S. 935–937.

Anwesend: für Preußen Göhre, Freund.

1. *Antrag Preußens zum Gesetzentwurf über Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. Zustimmung des Kabinetts. — 2.* *Belohnungen zur Ergreifung politischer Attentäter. — 3.* *Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht. — 4.* *Streik in der Reichsdruckerei. — 5.* *Amnestie für Eisenbahner, die im Ausschuß des Preußischen Landtags zur Sprache gekommen ist.*

Nr. 255 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 7. Juli 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 60–61v; MF 1028. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Ramm [für Wendorff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Stüler [zu 3], Jaques [zu 3 und 6], Lohmeyer [zu 3], Articus [zu 3 und 6], Conze [zu 3].

1. *Abänderung des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 in bezug auf eine uneheliche Mutterschaft.¹ Im Reichsrat soll kein Antrag auf Einspruch gegen den Beschluß des Reichstags vom 1. Juli betr. den Gesetzentwurf² gestellt werden. [B] — (2. Nochmals der Gesetzentwurf betr. die Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung. In Abänderung des Beschlusses vom 23. Juni*

¹ Vgl. *RGBl., S. 61. Vgl. auch die Sitzung des RKab. am 24.7.1922, TOP 3: Ergänzung des § 72 des Reichsbeamtengesetzes wegen disziplinarischer Maßnahmen bei unehelicher Mutterschaft (abgesetzt), in: Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 326, S. 965.*

² Vgl. *Drucks. RT, 1. WP 1920, Bd. 374, Nr. 4616, S. 5115. Der ReichsR beschloß am 13.7.1922 mit 47 gegen 16 Stimmen, gegen den Entwurf Einspruch zu erheben; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 38. Sitzung, S. 718.*

1922 ist im Reichsrat [...] bei der Beschlußfassung über den [...] Gesetzentwurf [...] gegen einen von anderer Seite beantragten Einspruch zu stimmen.³ [B] — **3.** Groß-Hamburg-Frage.⁴ *Grundsätzliche Bereitschaft zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Hamburg unter Beteiligung und Vorsitz des Reiches, bei denen der bisherige preußische Standpunkt weiter zu vertreten ist. Schnelle Aufstellung [...] eines Programms für die Aufschließung von Wilhelmsburg und die Lösung der kommunalen Fragen betr. Altona, Wandsbek usw.* [B] — **4.** Finanzlage der Stadt Altona. Einigung zwischen dem Innen- und dem Finanzministerium. — **5.** Maßnahmen zu Gunsten der gefährdeten Lebensversicherungsgesellschaften.⁵ Im Reichsrat erfolgt eine endgültige Stellungnahme zu den mit der Schweiz zu treffenden Vereinbarungen erst dann, wenn ein Gutachten des Landesausschusses der preußischen Handelskammern eingeholt ist. Die Zustimmung ist schließlich auch vom Zustandekommen eines gleichen Abkommens mit Holland abhängig. [B] — **6.** Errichtung von Wasserbaudirektionen⁶ in Königsberg und Stettin. [B]

³ Vgl. das Gesetz v. 8.7.1922, RGBl. I, S. 545 u. die VO v. 29.12.1922 (Neugliederungsordnung), RGBl. I/1923, S. 27; die preuß. Anträge zum VO-Entwurf in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Beiakten I, Bl. 238 ff.

⁴ Vgl. das Schreiben des Präs. des Hamburger Senats v. 30.6.1922 an den MinPräs. über die Erfolglosigkeit, die Verhandlungen fortzuführen, in: Rep. 90, Nr. 286, Bl. 372. Der Antrag Hamburgs an den Rklr. (Schreiben v. 30.6.1922), Bl. 389–389v, auch gedr. bei Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1922, S. 83 u. Wippermann, 1922/2, S. 54 f.

⁵ Die Vorlage des HandMinr. v. 7.7.1922 in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 44 Bd. 3, n.f.; vgl. auch die Anlage: Grundsätzliche Ergebnisse der deutsch-schweizerischen Verhandlungen über Hilfsmaßnahmen zu Gunsten der in der Schweiz arbeitenden deutschen Lebensversicherungsgesellschaften, Bern, 28.6.1922.

⁶ Die Vorlagen von LandMinr. u. HandMinr. v. 17.6. (Königsberg) u. 28.6.1922 (Stettin) in: Rep. 76, Ila Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 8, n.f.

Nr. 256 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 62–65v; MF 1028. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], Kaestner [für Boelitz], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Schäfer [zu 2], Bansi, v. Keudell [beide zu 3], Gottstein [zu 5], Mulert [zu 7].

(**1.** Errichtung eines besonderen Oberlandesgerichts für die Provinz Oberschlesien. [B]) — **2.** Aufhebung der Kartoffelpreisausschüsse.¹ [B] — **3.** Landwirtschaftliche Notstandsaktion² für die Regierungsbezirke Trier, Koblenz und Aachen. Die Bewilligung der Mittel erfolgt unter der Voraussetzung, daß das Reich die gleiche Summe zur Verfügung stellt. [B] — **4.** Staatsvertrag zwischen Preußen und Österreich, der die Schulpflicht der beiderseitigen Staatsangehörigen regelt.³ Grund-

¹ Der Antrag des JMinr. v. 7.7.1922 in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 7 Bd. 5, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 13.7.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, ebd.

² Der Antrag des LandMinr. v. 11.7.1922 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Der Antrag des WissMinr. v. 11.5.1922 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 91, n.f. Vgl. den Staatsvertrag v. 18.9.1925 u. das Gesetz zum Vertrag v. 23.3.1926, GS, S. 122.

sätzliches Einverständnis mit einem Abschluß. [B] — 5. Tuberkulosegesetz; dem Entwurf⁴ wird zugestimmt. [B] — 6. Sechs Ernennungen, Verlängerung der Altersgrenze und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Bei der Besetzung des Amtes des Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer und des Rechnungshofes des Deutschen Reiches ist eine Umkehrung entsprechend den veränderten Verhältnissen vorzunehmen. Wird Saemisch zum Präsidenten des Rechnungshofes durch die Reichsregierung ernannt, überträgt das Staatsministerium diesem auch den nebenamtlichen Posten des Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer. [B] — (7. Entwurf⁵ einer Verordnung zur Ausführung des § 52a des Landessteuergesetzes. Stellungnahme mit einem Streichungsvorschlag. [B]) — 8. Staatshaushaltsplan.⁶ Die vom Landtage beschlossenen Änderungen werden bewilligt. Mitteilung an den Staatsrat. [B] — (9. Ausführung der [...] Entschließung⁷ des Landtags betr. das Hissen von Fahnen auf preußischen Dienstgebäuden; für die doppelte Beflaggung eines jeden Dienstgebäudes ist zu sorgen. [B] — 10. Entschließung⁸ des Landtags betr. Entfernung von Bildern oder Büsten des letzten Königs oder von Mitgliedern seiner Familie aus allen Schul- und Diensträumen. Man ist sich einig darüber, daß diese Entschließung sich nur auf Wilhelm II. und dessen Familie bezieht. Verpflichtung der Behördenvorstände durch einen neuen Runderlaß.⁹ [B] — 11. Aufnahme einer Reichsexekutive in den Gesetzentwurf¹⁰ betr. Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamts und von Landeskriminalpolizeibehörden. Nachträglich wird der Instruktion der preußischen Reichsratsvertreter durch den Ministerpräsidenten zugestimmt, angesichts der politischen Gesamtlage dafür zu stimmen. [B])

⁴ Die Vorlage des Wohlfinr. v. 3.7.1922 in: Rep. 84a, Nr. 5255, Bl. 306; der nach kommissar. Verhandlungen abgeänderte Entwurf mit Begründung, Bl. 307–311; dem LT vorgelegt am 7.9.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3435, S. 4139–4142. Vgl. auch den Erlaß des Wohlfinr. v. 11.8.1922 betr. Richtlinien für die zurzeit dringlichsten Aufgaben der Tuberkulosebekämpfung, die Denkschrift über die Tuberkulosebekämpfung in Deutschland, in: Volkswohlfahrt Nr. 20 v. 15.10.1922, S. 497–501; das Gesetz v. 4.8.1923, GS, S. 374 u. 25 Jahre Preußische Medizinverwaltung, S. 209–224.

⁵ In den Drucks. des ReichsR nicht enthalten. Vgl. zur Frage des § 52a: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 59. Sitzung am 16.11.1922, S. 1024 f.

⁶ Die Vorlage des FinMinr. v. 12.7.1922 in: Rep. 84a, Nr. 5164, Bl. 423–424 u. Rep. 90, Nr. 1390, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 13.7.1922 für den MinPräs. zur Sitzung.

⁷ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3232, S. 3814 u. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 8, 161. u. 164. Sitzung am 6. u. 11.7.1922, Sp. 11664–11706 u. 11946.

⁸ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3291, S. 3860 u. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 8, 164. Sitzung am 11.7.1922, Sp. 11944 f. Zum Beschluß vgl. das Schreiben des MinPräs. (i. V. Göhre) v. 3.8.1922 an den Minr.dI in: Rep. 84a, Nr. 41190, Bl. 6.

⁹ Vgl. die Verfügung von Minr.dI u. FinMinr. v. 21.7.1922 in: Rep. 84a, Nr. 41190, Bl. 7–7a; veröffentl. in: MinBl. innere Verw. Nr. 32 v. 2.8.1922, Sp. 724 f.; von der Kreuz-Zeitung als Bilderstürmer-Erlaß des Minr.dI Severing bezeichnet, vgl. Rep. 77, Tit. 144 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 94; hier auch weiteres Material.

¹⁰ Vgl. den abgeänderten Entwurf in: Drucks. RT, 1. WP 1920/22, Bd. 374, Nr. 4759, S. 5205–5209; von RMinr.dI Köster dem RT vorgelegt am 14.7.1922. Vgl. das Reichskriminalpolizeigesetz v. 21.7.1922, RGBl. I, S. 593 u. Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, S. 486–489.

Nr. 257 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude (Bundesratssaal) am 18. Juli 1922, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 66–69v; MF 1028.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Kaestner [für Boelitz], Abicht [für Wendorff], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare v. Kameke, Sonnenschein [beide zu 2–3, 9], Cohn, Brand [beide zu 9], Mulert, Hog [beide zu 2], Weismann [zu 2–3, 9].

(1. Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Croppenstedt. [B]) — 2. Federführung für das auszuarbeitende Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz; vertagt. — 3. Versetzung der Regierungspräsidenten [...] in Hildesheim, Stettin, Koblenz, Merseburg¹, Aurich, Aachen und Münster [...] in den einstweiligen Ruhestand.² Der Minister des Innern³ wird ermächtigt, [...] wegen der Ernennung des Regierungspräsidenten Fuchs⁴ in Trier zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz und sechs neuen Regierungspräsidenten mit den Provinzialausschüssen [...] in Verbindung zu treten. Weiterhin eine Versetzung, sechs Ernennungen, Verlängerung der Altersgrenze und Entlassung aus dem Staatsdienst auf eigenes Gesuch. [B] — (4. Amtsentbindung auf eigenes Gesuch. [B] — 5. Dem Gesetz⁵ zur Änderung des Gesetzes [...] über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtags vom 23. April 1921 wird zugestimmt. [B] — 6. Die Anweisung zur Ausführung des Gesetzes über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark wird genehmigt. [B] — 7. Entwurf einer Anordnung [...] auf Grund des § 1 des Gesetzes⁶ über eine vorläufige Regelung der Verwaltung der Kommunalverbände im oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Zustimmung. [B] — 8. Ausdehnung des Beschlusses über die Beflagung der preußischen Dienstgebäude auch auf [...] ganz für Staatszwecke gemietete Gebäude.⁷ [B]) — 9. Zustimmung zu den Entwürfen⁸ von Ausführungsbestimmungen zu den Gesetzentwürfen⁹ zur Änderung der Gesetze betr. die Dienstvergehen der Richter bzw. der nichtrichterlichen Beamten [...] und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 7. Mai 1851 bzw. 21. Juli 1852. [B]

¹ Vgl. die Zuschrift der Koalitionsparteien u. der USPD v. 12.8.1922 an OPräs. Hörsing bezüglich der Ernennung von LandR Bergemann zum neuen RegPräs., in: Rep. 77, Nr. 154, Bl. 6–7.

² Die Anträge des Minr.dI v. 13., 14. u. 15.7.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 3, n.f.

³ Zum Plan u. zu den Maßnahmen des Minr. vgl. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 352–357: Ein Beamten-Revirement zum Schutz der Republik; vgl. auch Alexander, Carl Severing, Bd. 1, S. 665, mit Bezug auf die Sitzung, hier aber fälschlich 19.7.1922 u. Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat, S. 134–143.

⁴ Der Antrag des Minr.dI v. 17.7.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 160.

⁵ Vgl. das Gesetz v. 8.8.1922, GS, S. 246.

⁶ Vgl. das Gesetz v. 27.7.1922, S. 198 u. die Anordnung des Minr.dI in: MinBl. innere Verw. Nr. 34 v. 16.8.1922, Sp. 797–800.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben u. den Erlaß des MinPräs. v. 20.7.1922 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 23–25.

⁸ Vgl. Drucks. LT, I. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3362 u. 3363, S. 3964 f. u. 3966 f.

⁹ Vgl. Drucks. LT, I. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3235 (III. Anlage zu Drucks. Nr. 3233), S. 3816 u. Nr. 3234 (II. Anlage zu Drucks. Nr. 3232), S. 3815 f. Vgl. die Gesetze v. 31.7. u. 4.8.1922, GS, S. 208.

Nr. 258 Weitere Sitzung des Staatsministeriums (nur der Minister) im Reichstagsgebäude (Bundesratssaal) am 18. Juli 1922.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 69v; MF 1028.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Göhre [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre.

Berufung des im Gesetz¹ über die Gewährung von Straffreiheit vorgesehenen Ausschusses, der sich aus je zwei Vertretern der Fraktionen des Landtags zusammensetzt. Berufung der Mitglieder des Disziplinarhofs für die nichtrichterlichen Beamten. Vorschläge für die Besetzung des großen Disziplinarsenats werden erbeten. [B]

¹ Vom 26.7.1922, GS, S. 192; vgl. auch die Verfügungen des JMinr. v. 12. u. 26.7.1922 in: JMinBl. Nr. 29 v. 21.7.1922, S. 265–268 (mit Anlage) u. Nr. 30 v. 28.7.1922, S. 281 f. Vgl. zur Durchführung des Amnestiegesetzes u. Zusammensetzung des Ausschusses den Aml. Preuß. Pressedienst v. 28.7.1922, in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 11, n.f.

Nr. 259 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juli 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 70–71v; MF 1028. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 42–43.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Abicht [für Wendorff], Kaestner [für Boelitz], Göhre, Meister, Goslar.

1. Ernennung der *neuen* Mitglieder des Disziplinarhofs für die nichtrichterlichen Beamten und des Großen Disziplinarsenats für richterliche Beamte. [B] — **2.** *Drei Ernennungen und Versetzung des Regierungspräsidenten F. v. Bülow¹ in Schneidemühl in den einstweiligen Ruhestand. Der Minister des Innern wird mit den Provinzialausschüssen [...] in Verbindung treten, um über die Ernennung des Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen sowie der Regierungspräsidenten in Hildesheim, Osnabrück und Trier zu beraten. Bei keiner Verständigung wird eine einstweilige kommissarische Übernahme der Verwaltung durch die in Aussicht genommenen Personen erfolgen.* [B] — **3.** *Zustimmung zu der vom Landtag beschlossenen Erhöhung der Staatsmittel zur Urbarmachung staatlicher Moore.²* [B] — **(4.** *Neuordnung der Strafanstaltsverwaltung³; eine Entscheidung wird ausgesetzt.* [B])

¹ *Der Antrag des Minr.dI v. 19.7.1922 in: Rep. 76, Ila Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 3, n.f.*

² *Der Antrag des LandMinr. v. 19.7.1922 in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n.f. Vgl. zum Gesetzentwurf betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren, dem LT übersandt am 10.3.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 4, Nr. 2286, S. 2654 f. Vgl. das Gesetz v. 11.8.1922, GS, S. 248.*

³ *Die Vorlage des JMinr. v. 17.7.1922 in: Rep. 76, Ila Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 15, n.f.*

Nr. 260 Sitzung des Staatsministeriums im Justizministerium am 29. Juli 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 72–73v; MF 1028.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Severing, Richter, Siering. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Kaestner [für Boelitz], Scheidt [für Hirtsiefer], Göhre.

1. *Feier des Verfassungstages. Der Erlaßentwurf des Wissenschaftsministeriums über die Durchführung von Schulfeiern wird gebilligt und der Innenminister beauftragt, behördliche Feiern in der Provinz anzuregen.*¹ [B] — **2.** *Vertretung des Staatsministeriums bei den Gerhart-Hauptmann-Festspielen in Breslau.* [B] — **3.** *Drei Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — **4.** *Auflösung der Gemeindevertretung von Werlsee.* [B] — **(5.** *Prinzipielles Einverständnis mit den „Grundsätzen für die Gewährung von Notstandsbeihilfen an unmittelbare Staatsbeamte“.*² *Wegen des Widerspruchs des Reichsfinanzministers sind nochmalige Verhandlungen erforderlich.* [B] — **6.** *Verhandlung über die Ernennung der Mitglieder des Disziplinarhofes für nichtrichterliche Beamte.* [B] — **7.** *Beitritt des Handelsministers zum Ehrenausschuß zur Veranstaltung eines internationalen*

¹ *Vgl. den Erlaß des Minr.dI v. 1.8.1922 an die OPräs. u. RegPräs. in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 3, n.f. u. MinBl. innere Verw. Nr. 33 v. 9.8.1922, Sp. 771 f.*

² *Vgl. zum Beschluß ZBl. Unterrichtsverw. H. 18 v. 20.9.1922, S. 408–411 u. die Verfügungen des FinMinr. v. 25.8. u. 24.10.1922 in: FinMinBl. Nr. 17 v. 9.9.1922, S. 498 f. u. Nr. 21 v. 25.11.1922, S. 711.*

Telegrafistenwettstreites in Berlin.³ [B] — **8.** Aussprache über die Frage des Verhältnisses des Reichs zu den Ländern *anlässlich* des Streitfalles zwischen dem Reich und Bayern.⁴ *Keine Beschlußfassung.*)

³ Vgl. das Schreiben des StS im RMinm., Bredow, v. 27.7.1922 an HandMinr. Siering in: Rep. 120, CB I Nr. 39 Bd. 2, n.f.

⁴ Vgl. Piloty, R(ober) t, Der Streit zwischen Bayern und dem Reich über die Republikschutzgesetze und seine Lösung, in: Archiv des öffentl. Rechts, 43. Bd., N.F. Bd. 4, Tübingen 1922, S. 308–344.

Nr. 261 Sitzung des Staatsministeriums im Justizministerium am 5. August 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 75–76v; MF 1028.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Richter, Wendorff, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Nentwig [für Boelitz], Dönhoff [für Siering], Goslar; als Kommissare v. Kameke [zu 1–4], v. Garssen [zu 3].

1. Sechs Ernennungen.¹ [B] — **(2.** Ergänzung des Beschlusses über die Zusammensetzung des zur Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes vom 26. Juli 1922 über die Gewährung von Straffreiheit [...] berufenen Ausschusses. [B] — **3.** Beflaggung der Dienstgebäude im besetzten Gebiet [...] mit der preußischen Flagge [...] am Verfassungstage. Bei Verweigerung durch die Besatzungsbehörden Beflaggung nur mit der Reichsflagge.² [B] — **4.** Groß-Hamburg-Frage. Einleitung einer wirksamen Gegenaktion, da neuerdings in der Presse [...] für den Hamburger Standpunkt eingetreten wird. [B])

¹ Lt. Spezialakten, Bd. 18, Bl. 89v (TO für die Sitzung): Dringende Ernennungen, Vorschläge des JMinr.

² Vgl. das Schreiben des MinPräs. (i. A. v. Kameke) v. 5.8.1922 an die Minr. in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 66.

Nr. 262 Sitzung des Staatsministeriums am 8. August 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 77–80v; MF 1028.

Anwesend: Zehnhoff [V], Severing, Richter, Wendorff. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Siering], C.H. Becker [für Boelitz], Scheidt [für Hirtsiefer], Göhre, Meister, v. Kameke, Wever [RK], Scherek; als Kommissare Sattelmacher, Schramm, Brand [alle zu 3].

1. Ernennung der Mitglieder des Disziplinarhofs für die nichtrichterlichen Beamten¹ und des Großen Disziplinarsenats für richterliche Beamte. [B] — **2.** Ernennung eines Ersatzmitglieds [...] für den Beirat des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien, welcher der Deutschen Volkspartei angehört. [B] — **3.** Zwei Pensionssachen.² [B] — **4.** Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für die Staatsminister und andere politische Beamte. [B] — **5.** Genehmigung der Grundsätze für die

¹ Vgl. das Schreiben des StMinm. v. 31.7.1922 mit der Vorschlagsliste von JMinr. u. Minr.dI, in: Rep. 90, Nr. 926, n.f.

² Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 67 u. 779.

Gewährung von Notstandsbeihilfen an unmittelbare Staatsbeamte.³ [B] — **6.** Zubilligung der Ministerialzulage an die Beamten des Oberverwaltungsgerichts⁴; *vertagt*. — **7.** *Zustimmung zum Entwurf*⁵ der „Richtlinien für die Gewährung von Kinderzulagen an über 21 Jahre alte Kinder“. [B] — **8.** *Drei Ernennungen*. [B] — **(9.** *Einstimmige Ablehnung der Ernennung des Landrats Rombach zum Regierungspräsidenten in Münster durch den Provinzialausschuß. Verhandlung des Innenministers mit dem Provinzialausschuß wegen Ernennung des Landrats Haslinde, der von einer Deputation des Provinzialausschusses privatim [...] in Vorschlag gebracht worden ist, zum Regierungspräsidenten in Münster.*⁶ *Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit für den Posten des Regierungspräsidenten in Stettin.* [B] — **10.** *Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Hundsfield und der Gemeindevertretung von Peisterwitz.* [B] — **11.** *Erneute Beschäftigung mit der bayerischen Frage.* Beschlüsse wurden nicht gefaßt; jedoch Übereinstimmung darüber, mit Bayern *zwar* der Auffassung *zu sein*, daß eine weitere Einschränkung der Hoheitsrechte der Länder für absehbare Zeit nicht eintreten *darf*, doch von einem Eingreifen in den gegenwärtigen Konflikt zwischen dem Reich und Bayern Abstand zu nehmen *ist*. [B])

³ Vgl. die Grundsätze (Umdruck) des FinMinr. v. 25.8.1922 in: Rep. 76, Nr. 17, Bl. 86–86v, Sonderabdr. aus dem FinMinBl. Nr. 17 v. 9.9.1922, S. 498 f.

⁴ Vgl. den Antrag des Präs. OVG v. 29.7.1922 u. die Aufzeichnung von Referent v. Kameke für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.

⁵ Vgl. Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 13 Bd. 13, Bl. 57v–58 (Richtlinien für 21 bis 24jährige, die sich noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden). Vgl. auch die Verfügung des FinMinr. v. 24.8.1922 in: Rep. 76, Nr. 17, Bl. 70–70v u. ZBl. Unterrichtsverw. H. 19 v. 5.10.1922, S. 429 f.

⁶ Zum Amtswechsel in Münster vgl. Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. 1, S. 353–355.

Nr. 263 Sitzung des Staatsministeriums im Justizministerium am 24. August 1922.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 171, Bl. 81–81v; MF 1028. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Wendorff, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], L. Weber [für Richter], Dönhoff [für Siering], Göhre, Nobis; als Kommissare Renner, Schneller, Sattelmacher, Riewald, Heuser, K. Weber.

1. *Drei Pensionssachen.*¹ [B] — **2.** *Zwölf Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — (*Einspruch des Finanzministers gegen die Auflösung des Staatskommissariatsbüros Hamburg; wird zurückgestellt.*)

¹ Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 65, 416 u. 722.

Chefbesprechung mit dem preußischen Landwirtschaftsminister am 25. August 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 355, S. 1053–1056.

Anwesend: für Preußen Wendorff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Freund, Bracht, v.d. Bussche, Burckhardt, Klugkist, Vollbach, Ganschow.

Beratung über die ernste politische, wirtschaftliche und Ernährungslage. Die Preußische Regierung hat den Gemeinden Mittel zur Verfügung gestellt, um der kommenden Not abzuhelpfen. Wendorff erklärt, daß es zur Zeit keine Kartoffelnot gibt.

Nr. 264 Sitzung des Staatsministeriums am 1. September 1922, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 82–84v; MF 1028/1029. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 9, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Boelitz. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], L. Weber [für Richter], Dönhoff [für Siering], Bracht [für Hirtsiefer], Abicht [für Wendorff], Göhre, Nobis, Wever [RK], Goslar; als Kommissare Schoof, Abicht, Fleischer, Hartung, Bail.

(1. Zwei Ernennungen. Regierungspräsident z.D. F. von Bülow ist dem Provinzialausschuß der Provinz Grenzmark Posen-Westpr. als Oberpräsident in Vorschlag zu bringen. [B] — 2. Preußische Pachtschutzordnung.¹ Der möglichst baldige Erlaß der Ausführungsbestimmungen erscheint notwendig. [B]) — 3. Die Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt.² Eingehen Brauns auf die berechnigte Erregung in den weitesten Volksklassen, die bereits zu Plünderungen geführt hat, die Gefahr einer künftigen erhöhten Arbeitslosigkeit sowie die auf Grund des Dollarkurses willkürlichen Preiserhöhungen in Handel und Gewerbe. Bringt konkrete staatliche Maßnahmen gegen die Teuerung und den Wucher in Vorschlag, darunter die beiden außerordentlich verteuerten Lebensmittel Zucker und Margarine wieder in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen. Stellt außerdem angesichts des Ausverkaufs Deutschlands an Ausländer eine Beschränkung des Fremdenzuzugs zur Erörterung. — Diskussion um das Für und Wider der beabsichtigten Schritte, insbesondere zu Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen durch Einführung bzw. Erhöhung der Gebühren. Die Gefahr, daß der Margarinetrust in Holland kein Fett an Deutschland liefert, wenn zu der öffentlichen Bewirtschaftung der Margarine übergegangen wird. Zustimmung zum Entwurf des Erlasses [...] gegen Wucher und Preistreibeerei sowie zu den Maßnahmen gegen die Schlemmerei.³ Beratung der Frage einer öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers und der Margarine mit der Reichsregierung. Sofortige nochmalige Behandlung der Fragen der Bekämpfung des preistreibenden Fremdenzuzugs durch die Ressorts. Unterbindung der sensationellen Aufmachung bei der Veröffentlichung der jeweiligen Dollarkurse in der Presse. Nachprüfung [...] der Zusammensetzung der Preisprüfungsstellen.⁴ [B]

¹ Vgl. den Entwurf, vom StMinm. dem Präs. StR übersandt am 13.9.1922, in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 76–78v u. Drucks. StR 1922, Nr. 240, Sp. 1–11, mit einem Nachtrag; vgl. auch Volkswohlfahrt Nr. 19 v. 1.10.1922, S. 485–494.

² Vgl. das umfangreiche Material in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 15, n.f.: Darunter ein ausführlicher Bericht über die Ministerratssitzung am 26.8.1922 über die innere Lage des Reiches; Vermerk von Referent Cohn über die Chefbesprechung in der RK am 25.8.1922 über die Teuerungsbekämpfung; Besprechung der präsidiierenden Mitgl. der Landesregierungen (mit Braun) u. des Minr.dI am 28.8.19 über die innen- u. außenpolit. Lage beim Rklr.: Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung.

³ Vgl. die Verfügung des Minr.dI v. 2.9.1922 betr. Wucherbekämpfung u. die Verfügung von Minr.dI u. FinMinr. v. 5.9.1922 betr. Steuer auf übermäßigen Verkehr usw. in: MinBl. innere Verw. Nr. 38 v. 13.9.1922, Sp. 895–897 u. 911–914.

⁴ Vgl. die Bemerkungen von Göhre in der Sitzung des RKab. am 1.9.1922, die um 17 Uhr begann, zu den Beschlüssen der Staatsministerialsitzung, in: Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 365, S. 1079 f.

Nr. 265 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 86–87v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Bracht [für Hirtsiefer], Wever [RK], Nobis, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Weltzien, Gürich [beide zu 1], E. Delbrück [zu 1–2], Schmitz [zu 2], Markmann [zu 3], Articus, Niermann [beide zu 4].

1. Bestellung des Vorsitzenden des deutschen Minderheitenamtes für Oberschlesien; *abgeänderter Vorschlag an die Reichsregierung.* [B] — **2.** *Der Oberpräsident in Oppeln wird mit der einheitlichen Regelung des Flüchtlingswesens in Ober- und Niederschlesien beauftragt.* [B] — **3.** *Zustimmung zu einem Todesurteil.* [B] — **4.** *Verkauf des Stiftungsguts Spannegeln.¹ Mit der Maßgabe ver- tagt, daß zunächst noch mit dem [...] Pächter des Stiftungsguts wegen Zahlung eines realen Preises verhandelt und der Nachweis der Kreissiedelungsgesellschaft über die Befriedigung des Siedlungs- bedürfnisses erbracht wird.* [B] — **5.** *Ernennung, Verlängerung der Altergrenze und drei Ableh- nungen.* [B] — **6.** *Staatsrechtliche Bedenken² gegen die Beschlüsse des Provinziallandtags der Provinz Pommern über die anderweitige Besetzung der Stellen der politischen Beamten der Pro- vinz.* [B] — **7.** *Bereitstellung von 5 Millionen Mark für das Hilfswerk zur Bekämpfung der Hun- gersnot in Rußland [...] entsprechend dem Beschlusse³ des Landtags. Nach Zurückstellung eines angemessenen Dispositionsbetrages soll der Rest der Reichssammlung „Brüder in Not“ zur Verfü- gung gestellt werden.* [B] — **8.** *Die polizeiliche Beschlagnahme [...] der Anstaltswaffen des Gefängnisses Tränsberg⁴; ver- tagt.* — **(9.** *Strafantrag wegen Beleidigung des Staatsministeriums gegen den verantwortlichen Redakteur der „Pommerschen Tagespost“.* [B] — **10.** *Einrichtung eines amtlichen Nachrichtendienstes; ist durch Kontakte der Minister [...] mit ihren Parteien bzw. deren Leitungen voranzubringen.* [B] — **11.** *Verkündung der preußischen Ausführungsbestimmungen zur Pachtschutzordnung, wenn der Staatsrat nicht sofort zusammentritt.* [B])

¹ *Die Vorlage des WissMinr. v. 12.8.1922 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 70–70v; das Schreiben des MinPräs. v. 16.7.1922, Bl. 73–74 u. in: Rep. 90, Nr. 396, n.f.*

² *Die nicht vervielfältigte Vorlage des Minr.dI v. 4.9.1922 zu den Beschlüssen des ProvLT v. 29.4.1921 u. 17.8.1922 (vgl. Spezialakten, Bd. 18, Bl. 96v, TO für die Sitzung) in: Rep. 84a, Nr. 4681, Bl. 330–331.*

³ *Vom 31.3.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2484, S. 2898 u. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 8, 153. Sitzung am 22.6.1922, Sp. 11101; vgl. auch das Schreiben von Braun v. 26.6.1922 an den Rklr. in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 377–378.*

⁴ *Die Vorlage des JMinr. v. 4.9.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 6, Bl. 332–336.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister am 18. September 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 374, S. 1097.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1 Richter.¹

¹ *Vgl. die Einladung v. 16.9.1922, auch an den MinrPräs., zur Sitzung des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1317, Bl. 325.*

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis.

1. Reichstagswahl für Oberschlesien am 19. November 1922.

Nr. 266 Sitzung des Staatsministeriums im Justizministerium am 20. September 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 88–90, Anlage¹, Bl. 91–91v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: am Zehnhoff [V, zugleich als Vertr. des MinPräs.], Richter, Wendorff, Boelitz. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Dönhoff [für Siering], Scheidt [für Hirtsiefer], Cronau, Sachs, Goslar; als Kommissare Mügel [zu 1–2], Wagemann [zu 1].

1. Die neue preußische Pachtschutzordnung. Sofortige Bekanntgabe des Entwurfs² unter Hinweis auf die bevorstehende Verkündung [...] nach der Beschlußfassung des Staatsrats. Damit soll in Abänderung des Beschlusses vom 15. September 1922 neuer Konfliktstoff vermieden werden, zumal sich das Staatsministerium wegen verschiedener anderer Meinungsverschiedenheiten mit dem Staatsrat bereits vor dem Staatsgerichtshof im Prozeß befindet. [B] — 2. Erhöhung der Gerichtskosten und der Gebühren für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher. Man erklärt sich damit einverstanden, mit dem Landtag und dem Staatsrat wegen [...] Annahme eines Notgesetzes [...] in Verbindung zu treten. [B] — (3. Bevorstehende Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Besoldungserhöhungen der Beamten. Den einzigen wesentlichen Differenzpunkt bildet die Erhöhung des Kopfzuschlages. Der Ansicht des Reichskabinetts wird zugestimmt, die Erhöhung zunächst auszuschließen. [B])

¹ Zu TOP 2: Entwurf eines Gesetzes über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten.

² Veröffentlicht mit der Allg. Verfügung des JMinr. vom 20.9.1922 in: JMinBl. Nr. 36 v. 22.9.1922, S. 389–396. Vgl. die Ordnung v. 27.9.1922, GSt, S. 287 u. insges. Wagemann, Gustav (MinR im JMinm.), Die Preußische Pachtschutzordnung vom 27.9.1922 nebst der Verordnung über Ausdehnung auf Jagdpacht und Fischereipacht an Hand amtlichen Materials, 2. neu bearbeitete Aufl., Berlin 1923.

Nr. 267 Sitzung des Staatsministeriums am 26. September 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 92–92v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Gottstein [für Hirtsiefer], Nobis, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Schäfer, Hardenberg [beide zu 2], Ramm [zu 1–3], v. Möllendorff, Römheld [beide zu 2], E. Delbrück [zu 1–3], Mulert, v. Leyden, Wellmann [alle zu 1], Krenzlin [zu 1 und 3].

1. Kreditnot der Gemeinden.¹ Finanzminister *Richter soll* mit der Reichsregierung dahingehend *verhandeln*, den Gemeinden *bei der Aufnahme von Anleihen eine Zinsfußerhöhung zu ermöglichen*. [B] — 2. Die Versorgung der Bevölkerung im kommenden Wirtschaftsjahr mit Mundzucker. *Grundsätzliche Zustimmung* im Reichsrat zum Entwurf² einer Verordnung des Reichsernährungsministers über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23, *wenn die Kopfquote von 1 Kilo monatlich zu angemessenem Preise für die Bevölkerung sichergestellt wird*. [B] — 3. *Verhandlungen* mit der Reichsregierung *über die* Übernahme einer Garantie für die Preußische Zentralgenossenschaftskasse zugunsten der Düngerbeschaffung. *Bei Ablehnung einer Bürgschaft durch das Reich wird Preußen diese allein übernehmen*. [B] — (4. *Zustimmung zum* Gesetzentwurfe³ betr. Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Sicherung der staatlichen Stromversorgung im Weserquell- und Maingebiet. [B] — 5. *Errichtung einer einheitlichen* Preisprüfungsstelle [...] in Münster für das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet. [B])

¹ Die Vorlage des Minr.dI (i. V. Freund) v. 23.9.1922 in: Rep. 120, A X Nr. 45 Bd. 1, Bl. 96–97; vgl. auch die Niederschr. über die Sitzung mit den kommunalen Spitzenverbänden am 17.10.1922 über die Einleitung von Kreditaktionen zum 1.1.1923, Bl. 99–113.

² Die Vorlage des LandMinr. v. 20.9.1922 u. der Entwurf, an alle Landesregierungen versandt am 20.9.1922, in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 3 Bd. 3, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 23.9.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, ebd.

³ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 7, Nr. 3888, S. 4509–4513; dem LT übersandt am 13.11.1922. Vgl. das Gesetz v. 7.4.1923, GS, S. 79; vgl. auch Stier, Staat und Strom, S. 264.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Landwirtschaftsminister am 27. September 1922.

Druck: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 2, Nr. 379, S. 1109 f.

Anwesend: für Preußen Wendorff.

1. *Hilfe für die valutabelasteten deutschen Lebensversicherungsanstalten*. — 2. *Gesetzentwurf über die Abänderung der Reichsabgabenordnung*. — 3. *Reichszuschuß für die Wanderausstellung Ostpreußen*. — 4. a) *Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922*; b) *Anweisung an die Reichsgetreidestelle wegen sofortiger Auszahlung erhöhter Preise für das Umlagegetreide*; c) *Erhöhung der Abgabenpreise der Reichsgetreidestelle*.

Nr. 268 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 29. September 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 93–96v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Cronau, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund [zu 1–10], Mulert [zu 5], v. Loebell, Gürich, Risse, v. Kameke [alle zu 4–5], Heydtmann, H. Schmidt [beide zu 1], Dobereiner, Breuhahn [beide zu 7], Hoche [zu 9], Römhild [zu 10], Rathenau, Lohmeyer [beide zu 11–12].

1. Pensionssache.¹ [B] — **2. Weiterbeteiligung Preußens an den Kosten der Auslandsflüchtlings- und Grenzlandvertriebenenfürsorge**² bis zum 31. Dezember 1922. [B] — **3. 18 Ernennungen.** [B] — **4. Endgültige Aufhebung** des Staatskommissariats für die Groß-Hamburg-Frage zum 1. Oktober 1922. Ablehnung des Antrags von Finanzminister Richter auf seine Aufrechterhaltung. [B] — **5. Bewilligung staatlicher Zuschüsse** für die preußischen Nachbargemeinden Hamburgs auf dem Gebiete des Schulwesens.³ [B] — **6. Zustimmung zum Gesetzentwurf**⁴ zur Abänderung der Verordnung betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919 mit einer Änderung; Festlegungen zu den Umzugskosten. [B] — **7. Zubilligung der Ministerialzulagen auch an die Beamten** beim Staatskommissar für Volksernährung, des Oberverwaltungsgerichts und des Evangelischen Oberkirchenrats.⁵ [B] — **8. Kommissarische Beratungen, um den Landtagsbeschluß**⁶ über das Aushängen der Reichsflaggentafel in den Hochschulen und Schulen zu klären. [B] — **9. Keine Begnadigung bei einem Todesurteil.** [B] — **10. Margarineversorgung und Preisprüfungsstellen.**⁷ Die Reichsregierung wird ersucht, auf eine Stabilisierung der Margarinepreise durch Verhandlungen mit den beteiligten Konzernen *Einfluß zu nehmen und beim Reichswirtschaftsministerium die Preisprüfungsstelle auszubauen. Die Ministerien und der Staatskommissar für Volksernährung werden beauftragt, für die Errichtung provinzieller Preisprüfungsstellen zu sorgen und so eine enge Verbindung mit den Verwaltungsbehörden zu sichern.* [B] — **(11. Weiterbau des Freihafens in Flensburg. Verhandlungen zur Klärung der Frage werden anberaumt.** [B] — **12. Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes.**⁸ *Ein Beschluß wird vertagt.*)

¹ Darüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 266.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 20.9.1922 in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n.f., hier auch die Sitzungssache für das StMinm.

³ Vgl. dazu die Niederschr. der kommissar. Besprechung über die Gewährung staatl. Zuschüsse..., vom Minr.dI am 4.11.1922 versandt, in: Rep. 120, C IX 8 Nr. 8, n.f.

⁴ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 7, Nr. 3907, S. 4530; dem LT übersandt am 16.11.1922; vgl. weiter das Votum des FinMinr. v. 22.9.1922 zur Vorlage des Minr.dI v. 16.9.1922 in: Rep. 151, IV Nr. 479, n.f. Vgl. das Gesetz v. 31.12.1922, GS 1923, S. 1.

⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 28.9.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.

⁶ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2499, S. 2932 u. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 8, 162. Sitzung am 7.7.1922, Sp. 11843–11847; die Vorlage des WissMinr. v. 15.9.1922 in: Rep. 77, Tit. 144 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 205–205v.

⁷ Die Vorlage (Vorschläge) des Minr.dI v. 27.9.1922, eine Niederschr. über die Besprechung im MdI am 12.9.1922 zur Besserung der Bezugs- u. Preisverhältnisse des Zuckers u. der Margarine sowie die Organisation u. Tätigkeit der Preisprüfungsstellen in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 11 Bd. 11, n.f.

⁸ Auf Antrag des FinMinr. als Beratungsgegenstand außerhalb der TO gelegt; vgl. den Vermerk Riedels v. 28.9.1922 in: Rep. 90, Nr. 273, n.f.

Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 17. Oktober 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 98–99v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fleischer [zu 2], Rathenau [zu 3], Jaques, Lohmeyer, Bank [alle zu 3–4], R. Preuß [zu 1], du Mesnil, Bergmann [beide zu 11], v. Tiedemann, Sandrock [beide zu 13], Remak [zu 14].

1. Der Landtagsbeschluß¹ über die gesetzliche Regelung des Waffengebrauchs der Strafanstaltsbeamten; einstweilige Abstandnahme. [B] — 2. Feier- und Gedenktage.² Der neuen Entwurfsfassung³ eines Reichsgesetzes wird grundsätzlich zugestimmt und die Vertreter Preußens im Reichsrat instruiert, ungeachtet der von Bayern gegen die Verfassungsmäßigkeit vorgebrachten und nicht ohne weiteres für unbegründet zu erachtenden Bedenken⁴ den Gesetzentwurf zu billigen und für die Anerkennung des 11. August als [...] Nationalfeiertag einzutreten. Eine Feier des 9. November [...] erscheint nirgends angezeigt. Für eine allgemeine Regelung der Maifeier im ganzen Reiche ist die Zeit noch nicht gekommen. Daher erscheint es angemessen, sie den Ländern zu überlassen. Übertragung des Rechts ergänzender Vorschriften zur würdigen Gestaltung der Feiertage an den Reichsminister des Innern. [B] — 3. Freihafen Flensburg. Bewilligung weiterer Staatsmittel für den Bau. Sofortiger Kontakt mit dem Reich wegen Bewilligung eines gleichen Betrages wie Preußen für die Vollendung des Hafenaubaus. Voraussetzung für die Baukosten ist die Erfüllung des Beschlusses der städtischen Kollegien über die Tilgung von 1/5 der von Staat und Reich [...] aufgewendeten Bausumme. [B] — 4. Fischereihafen Neukuhren.⁵ Der Weiterbau wird fortgesetzt. [B] — 5. Auflösung der Regierung Stralsund; vertagt. — 6. Die Ministerial-, Militär- und Baukommission wird in „Preußische Bau- und Finanzdirektion“ umbenannt.⁶ [B] — 7. Satzung der forstlichen Hochschulen und für die Promotionsordnung.⁷ Dem Entwurf wird zugestimmt. [B] — 8. Berufung von technischen Mitgliedern der Regierungen in gehobene Stellungen; vertagt. — 9. Neun Ernennungen, darunter von H. Haslind⁸ [...] zum Regierungspräsidenten in Münster. [B] — 10. Erhöhung der Notstandsbeihilfen für unmittelbare Staatsbeamte. [B] — 11. Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften; vertagt.⁹ — 12. Verleihung Eiserner Kreuze; vertagt. — 13. Antrag¹⁰ des MdR Petersen zu einem Reichsgesetz über Kleinrentnerfürsorge. Der Wohlfahrtsminister soll auf die Mehrheitsparteien Einfluß nehmen, um im Gesetzentwurf Petersen eine günstigere Gestaltung der Fürsorge für die Kleinrentner und für die Gemeinden zu erreichen. Gelingt dies nicht, soll die Reichsregierung ersucht werden, einen eigenen, diesen Anforderungen entsprechen-

¹ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 5, Nr. 2727, S. 3173 (zu B 13d) u. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 7, 140. u. 143. Sitzung am 20. u. 24.5.1922, Sp. 9930 u. 10272. Das Schreiben des JMinr. v. 21.9.1922 u. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 13.10.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 639, n.f.

² Die Vorlagen des Minr.dI v. 14.8., 13.9. u. 4.10.1922 in: Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 216–218, 221–222 u. 235.

³ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 184, S. 1–3; von RMinr.dI Köster dem ReichsR übersandt am 14.7.1922. Der vorgesehene Antrag Preußens zum Gesetzentwurf in: Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 217–218; der neue, ungedruckte Antrag der RReg. v. 25.9.1922, Bl. 224–225v; das Votum des WissMinr., Bl. 239 u. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, HB Nr. 658, n.f.

⁴ Vgl. das Schreiben des bayer. MinPräs. Gf. Hugo Lerchenfeld v. 22.10.1922 an den Rklr. in: Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 390, S. 1134 f.; die Bemerkungen Bayerns v. 14.10.1922 zum Entwurf v. 25.9.1922 in: Rep. 151, HB Nr. 658, n.f.

⁵ Die Vorlage des HandMinr. (i. V. Dönhoff) v. 13.10.1922 in: Rep. 87, Nr. 6195, Bl. 120.

⁶ Vgl. Tull, Heinrich (Präs. der Komm.), Die Ministerial-, Militär- und Baukommission in Berlin in ihrer heutigen Gestalt in: Preuß. VerwBl. Nr. 35 v. 28.5.1921, S. 411–413 u. Grünert, Eberhard, Die Preußische Bau- und Finanzdirektion in Berlin. Entstehung und Entwicklung 1822–1944, Köln u. Berlin 1983.

⁷ Die Vorlage des LandMinr. v. 9.8.1922 mit dem Entwurf in: Rep. 77, Tit. 46 Nr. 35, Bl. 19–30v, das Votum des WissMinr. v. 13.10.1922, Bl. 40–40v. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 239–239v.

⁸ Die Anträge des Minr.dI v. 3. u. 7.10.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 169 u. Rep. 76, Ila Sekt. 50 Gen. Nr. 55 Bd. 3, n.f.

⁹ Auf Antrag des FinMinr. v. 16.10.1922 infolge der Beanstandungen und Bedenken einzelner Minister zum Gesetzentwurf des RMinr.dI; vgl. Rep. 77, Tit. 416 Nr. 52, Bl. 128; zum Vorentwurf (Druck) des RMinr.dI, dem MinPräs. u. den Minr. am 25.5.1921 übersandt, vgl. Rep. 120, CB I Nr. 103 (1) Bd. 7, n.f.

¹⁰ Vgl. Drucks. RT, 1. WP 1920, Bd. 375, Nr. 4960, S. 5429–5431; vgl. auch Rep. 77, Tit. 923 Nr. 60 Bd. 1, Bl. 195 bis 197v. Die Vorlage des Minr.dI v. 11.10.1922 in: Rep. 76, Ila Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 1, n.f.

den Gesetzentwurf über Kleinrentnerfürsorge vorzulegen.¹¹ [B] — **14.** Entwurf eines Reichsgesetzes über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten; vertagt. — **15.** Fragen des Haushalts der Schutzpolizei; vertagt.

¹¹ Vgl. den Entwurf eines Schreibens des MinPräs. von Okt. 1922 an die RReg., in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 60 Bd. 1, Bl. 201–202v. Der Entwurf des RArbMinr. Brauns am 28.12.1922 dem ReichsR übersandt, Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 4, Nr. 378, S. 1 f.; die vom ReichsR beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 5. Sitzung am 18.1.1923, S. 33. Vgl. das Gesetz v. 4.2.1923, RGBl. I, S. 104 sowie Karstedt, Oskar (MinR im RArbMinm.) u. Rabeling, Heinrich (RegR im RArbMinm.), Die öffentliche Kleinrentnerfürsorge. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichsmaßnahmen, Berlin 1923; vgl. auch Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, S. 180.

Nr. 270 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 20. Oktober 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 100–101, Anlage¹, Bl. 102–103; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Ramm [für Wendorff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Remak [zu 1], Fleischer, du Mesnil [beide zu 9], Krüß, Aumund, Helbing [alle zu 11], Moll, Hübener [beide zu 3].

1. Ruhegehalt des Reichspräsidenten, Entwurf² eines Reichsgesetzes. Grundsätzliches Einverständnis mit dem Inhalt des Entwurfs. Man tritt für ein dauerndes Ruhegehalt und nicht nur ein Übergangsgeld des Präsidenten ein, fordert aber die Eliminierung all dessen, was sich an das Beamtenverhältnis anschließt und aus dem eigenen Antrag an den Reichsrat hervorgeht.³ [B] — **2.** Fragen aus dem Haushalt der Schutzpolizei; vertagt. — **3.** Landessteuergesetz. Zur Vorlage⁴ des Reichsfinanzministers an den Reichsrat vom 9. September 1922 betr. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920. Den Anträgen des Innenministers wird zugestimmt. [B] — **4.** Aufnahme von Verhandlungen über die Schaffung gemeinschaftlicher Gerichtseinrichtungen für Hohenzollern und Württemberg.⁵ [B] — **5.** Elf Ernennungen. [B] — **6.** Erhöhung der Aufwandsentschädigungen.⁶ [B] — **7.** Diensterleichterung für die Vorstandsmitglie-

¹ Zu TOP 1: Antrag Preußens zu dem Entwurf eines Gesetzes über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

² In der Sitzung des RKab. am 13.10.1922 beschlossen; vgl. Die Kabinette Wirth I u. II, Bd. 2, Nr. 385, S. 1124, dem ReichsR vorgelegt am 15.10.1922, Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 268, S. 1 f. Vgl. das Material in: Rep. 151, I B Nr. 5696, n.f.: Schreiben des RFinMinr. v. 13.10.1922 an die preuß. Reg.; Vorlage der RMinr.dI u. RFinMinr.; Votum des preuß. FinMinr. v. 19.10.1922 (Beratungsgrundlage) u. die Sitzungssache für das StMinm.

³ In der Sitzung des ReichsR am 23.10.1922 wurde anstelle der Vorlage der RReg. der preuß. Antrag einstimmig angenommen; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 54. Sitzung, S. 975 u. Anlage zur Niederschr., S. 977 f. (der preuß. Antrag). Vgl. das Gesetz v. 31.12.1922, RGBl. 1923 I, S. 53.

⁴ Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 2, Bl. 35–48; vgl. auch Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 1, zu Nr. 3, S. 1–27; die Vorlagen v. 7.1. u. 8.4.1922 wurden hiermit zurückgezogen.

⁵ Der Antrag des JMinr. v. 10.10.1922 in: Rep. 84a, Nr. 6500, Bl. 39–39v; zum Gesetzentwurf über den Gerichtsgemeinschaftsvertrag u. zur Vereinbarung, Bl. 47–131. Vgl. auch Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4408, S. 5302–5307 (übersandt am 24.1.1923) u. das Gesetz v. 12.3.1923, GS, S. 59.

⁶ Vgl. VO des StMinm. über eine Erhöhung der in den Schlußbemerkungen Abschn. A zur Besoldungsordnung festgesetzten Aufwandsentschädigungen v. 20.10.1922, in: JMinBl. Nr. 21 v. 25.11.1922, S. 754 f. u. FinMinBl. Nr. 23 v. 9.12.1922, S. 778.

der der Beamten-Verbände und Vereine; *vertagt*. — **8.** Verleihung Eiserner Kreuze.⁷ *Es wird abgelehnt*, dem Beschlusse des Landtags stattzugeben. *Eine eventuelle neue Entscheidung ist in einer vollbesetzten Sitzung des Staatsministeriums zu treffen.* [B] — **9.** Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften. *Ein Änderungsvorschlag des Wissenschaftsministers für die Fassung wird genehmigt.*⁸ [B] — **10.** Zustimmung zum Gesetzentwurf⁹ über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen. [B] — **11.** Ablehnung der Einrichtung einer Fachabteilung für Bauingenieurwesen an der technischen Hochschule in Breslau. [B]

⁷ Die Vorlage des FinMinr. v. 4.10.1922 in: Rep. 90, Nr. 273, n.f.; ebd. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 14.10.1922 für den MinPräs. zur Sitzung u. Mitteilungen des Amtl. Preuß. Pressedienstes v. 15. u. 16.3.1922 über die Haltung des MinPräs. zur Verleihung. Vgl. den Entschließungsantrag nach unverzüglicher Wiederaufnahme der am 21.12.1921 eingestellten Prüfung der Gesuche auf Verleihung der Eisernen Kreuze, Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 8, 154. Sitzung am 23.6.1922, Sp. 11200.

⁸ Vgl. die Vorlage des WissMinr. v. 2.10.1922 in: Rep. 77, Tit. 416 Nr. 52, Bl. 127–127v; zum Vorentwurf des RMinr.dI v. 25.5.1921 mit Begründung, Bl. 60–62 u. zur Stellungnahme des StMinm. v. 22.3.1922, Bl. 99–103v. – Die Akte des StMinm. Rep. 90a, P II 3 Nr. 9: Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (Art. 138 der Reichsverfassung v. 11.8.1919), 1921, ist nicht überliefert.

⁹ Die Vorlage des WohlMinr. v. 17.10.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 7, Bl. 279–282v; die Voten von FinMinr. u. Minr.dI., Bl. 285–286 u. 307–309. Dem LT vorgelegt am 19.12.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 7, Nr. 4120, S. 4917 f.

Nr. 271 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1922.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 171, Bl. 104–105v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Ramm, Goslar; als Kommissare Klapper, v. Both, Fleischer [alle zu 1], Wagemann [zu 1 und 6], Abicht, Breuhahn [beide zu 3], Sandrock, v. Tiedemann [beide zu 5], Frank [zu 6], E. Delbrück [zu 7].

1. Ausdehnung der Pachtschutzordnung.¹ Die in Aussicht genommene Verordnung *ist nur auf Jagdpacht- und Fischereipacht- und einstweilen noch nicht auf die Abbauverträge auszudehnen.*² [B] — **2.** Erhöhung eines Fonds.³ *Heraufsetzung der von Preußen bereits zur Verfügung gestellten Mittel und der künftigen Anleihe um jeweils 1 Milliarde für die Grenzgebiete bei Ermächtigung des Finanzministeriums zur vorgriffsweisen Leistung von Zahlungen. Der sogenannte 500-Millionen-Fonds wird in „Fonds zum Ausgleich von Schädigungen der Grenzgebiete“ umbenannt.* [B] — **3.** Die Einstellung des Haushalts des Staatskommissars für Volksernährung *erfolgt* beim Etat des Landwirtschaftsministeriums. [B] — **4.** Die Aufbauklassen; *vertagt*. — **5.** Reichsratsantrag⁴ des

¹ Vgl. den VO-Entwurf in: Drucks StR 1922, Nr. 287, Sp. 1–3; vom StMinm. dem StR übersandt am 21.10.1922. Die Vorlage des HandMinr. v. 1.11.1922 in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 111a Bd. 1, Bl. 62–63.

² Vgl. VO v. 23.11.1922, GS, S. 440.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 31.10.1922 in: Rep. 90, Nr. 1104, n.f.; vgl. ebd. v.a. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 2.11.1922 für den MinPräs. zur Sitzung (sehr präzise Darlegung des Problems), zur Frage der besonders großen Schäden in Oberschlesien das Prot. der Sitzung im Mdl am 7.10.1922 betr. Verteilung des für Oberschlesien vorgesehenen Anteils am 500-Millionen-Fonds u. ein Prot. über die Sitzung am 9.10.1922.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 23.10.1922 mit dem ReichsR-Antrag als Anlage in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 62 Bd. 1, Bl. 272–274; der Antrag Preußens v. 11.11.1922 in: Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 4, Nr. 304, S. 1 f.; die Zustimmung durch den ReichsR am 14.12.1922, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 65. Sitzung, S. 1125.

Finanzministers über die Änderung der Kostenverteilung aus dem Gesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Zustimmung. [B] — 6. Ablehnung des Ersuchens des Hohenzollern'schen Kommunallandtags, in die Domänenfrage in Hohenzollern einzugreifen. [B] — 7. Das abgetretene Gebiet Oberschlesiens wird in amtlichen Erlassen [...] als „Polnisch-Oberschlesien“ bezeichnet.⁵ [B] — 8. Acht Ernennungen und Ablehnung der nochmaligen Verlängerung der Altersgrenze. [B] — 9. Der Staatskommissar für die Verwaltungsreform; vertagt. — 10. Die Dienstbezüge der zur Ausbildung als Kulturratsvorsteher zugelassenen Landwirte; vertagt. — (11. Entwurf⁶ eines 5. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1922 mit einem Gesamtfehlbetrag von 445 Milliarden Mark. Die Vertreter Preußens im Reichsrat werden angewiesen, äußerste Zurückhaltung [...] bei der Zustimmung zur Aufbringung neuer Stellen im Reichshaushaltsplan zu üben. Sie haben dagegen Widerspruch einzulegen, daß für die von der Post- und Eisenbahnverwaltung abzugebenden planmäßigen Beamten bei anderen Verwaltungen neue planmäßige Stellen geschaffen werden, sowie beim außerordentlichen Haushalt [...] zu prüfen, ob angesichts der Geldentwertung Projekte aufzugeben sind. — Grundsätzliche Zustimmung zum Gesetzentwurf⁷ zur Neuordnung der Strafgerichte. Die endgültige soll von einer befriedigenden Regelung der Kostenfrage und davon abhängig gemacht werden, daß die für Preußen entstehenden Mehrausgaben nicht der preußischen Staatskasse zur Last fallen. [B] — 12. Gesetzentwurf⁸ über Änderung des Versicherungsgesetzes. Von einem Einspruch wird abgesehen, aber gefordert, daß die Reichsregierung erklärt, daß die Anhörung des Reichsrats im § 168 b als Zustimmung aufzufassen ist. [B])

⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 2.11.1921 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 20 Bd. 2, Bl. 272–273.

⁶ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 3, zu Nr. 275, S. 1–3; von RFinMinr. Hermes dem ReichsR vorgelegt am 25.10.1922. Vgl. das Gesetz v. 14.11.1922, RGBl. II, S. 781.

⁷ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 173, S. 1–18; von RJMinr. Radbruch dem ReichsR vorgelegt am 19.6.1922. Die vom ReichsR mit Stimmenmehrheit beschlossene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 35. Sitzung am 29.5.1923, S. 400 f. u. 404–412, Anlage 3.

⁸ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 250, S. 1–3; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR übersandt am 7.10.1922; eine Denkschrift über Umgestaltung der Angestelltenversicherung, S. 4–13. Zum Beschluß des ReichsR vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 57. Sitzung am 6.11.1922, S. 1003 f.

Nr. 272 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 106–106v; MF 1029. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 269, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Jesse, Mulert, Schlüter, Bansi [alle zu 1], Amelunxen, Mickel [beide zu 2].

1. Gesetzentwurf¹ über das Reichsverwaltungsgericht. Den Abänderungsvorschlägen Preußens

¹ Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 187, S. 1–81; von RMinr. dl Köster dem ReichsR vorgelegt am 15.7.1922; vgl. auch Hübener (VerwGerDir. in Königsberg), Zum vorläufigen Entwurfe eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht in: Preuß. VerwBl. Nr. 29 v. 22.4.1922, S. 339–343 u. Nr. 30 v. 29.4.1922, S. 351–354.

sowie dem Gegenentwurf des Gesetzes² wird zugestimmt und der Antrag³ Bayerns, von der Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts *Abstand zu nehmen, nicht unterstützt. Allerdings wird eingeräumt*, ob in Anbetracht der weitgehenden Meinungsverschiedenheiten [...] über den reichsseitigen Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit in verschiedenen Fragen grundsätzlicher Natur [...] die Zeit für die *Realisierung des Programms* (Artikel 107 der Reichsverfassung) bereits gekommen ist. *Empfiehl es sich bei keiner Einigung da nicht mehr, die gesetzgeberische Aktion [...] solange zurückzustellen, bis die Meinungsverschiedenheiten sich mehr geklärt haben. Man plädiert für diesen Weg*, um der Majorisierung einzelner Länder und damit unerwünschter Trübung der Verhältnisse der Länder unter sich sowie zum Reiche vorzubeugen. [B] — (2. Lieferung von Chilesalpeter und inländischem Stickstoff für abgeliefertes Getreide im Wirtschaftsjahr 1922/23. Mit vollem Nachdruck ist das Ziel *anzustreben*, der Landwirtschaft das Entgelt für Umlagegetreide zum Teil in Geld, zum Teil durch Lieferung von künstlichem Dünger zu geben. *Infolge der veränderten Sachlage Änderung des Antrags⁴ vom 9. Oktober 1922 und beschleunigtes erneutes Einbringen* im Reichsrat. [B])

² Die Vorlage des MinPräs. v. 2.11.1922 mit Änderungsvorschlägen (11 S.), die Begründung (24 S.), Gegenentwurf (21 S.) u. Begründung dazu (14 S., am 4.11.1922 nachgereicht), in: Rep. 90, Nr. 384, n.f. u. Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 30, n.f. Hier auch umfangreiches Material zur Vorgeschichte des Entwurfs.

³ Die grundsätzliche Stellungnahme Bayerns v. 25.10.1922 in: Rep. 90, Nr. 384, n.f.

⁴ Vgl. den Antrag Preußens zum Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 u. die Anlagen (Berichtigung v. 14.10.1922), in: Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 246, S. 1 f. Zur Ablehnung des ReichsR über den Antrag u. zur begrenzten Stellung Preußens im ReichsR vgl. die Aktennotiz von MinDir. Nobis v. 11.12.1922 in: Rep. 90, Nr. 105, n.f.: Noch niemals ist, wie es bei dieser wichtigen Frage geschehen ist, so blitzartig beleuchtet worden, in welchem Maße der Einfluß der preußischen Regierung bei der Gesetzgebung des Reiches durch die Bestimmungen der Reichsverfassung beschränkt ist. Vgl. auch das Material in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 10, n.f. Zur ablehnenden Behandlung des preuß. Antrags in der Sitzung des RKab. am 8.12.1922 vgl. Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 12. August 1923, bearbeitet von Karl-Heinz Harbeck, Boppard am Rhein 1968, Nr. 17, S. 54 f.

Nr. 273 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 171, Bl. 107–108v; MF 1029. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 270/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Wever [RK], Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Ramm [zu 1–12], E. Delbrück, Gräser [beide zu 1], Amelunxen, Wagemann, Rathenau, Articus [alle zu 2], Mickel, Vollbach [beide zu 3], Cronau [zu 4], Hiecke [zu 5], Brandt [zu 8], Sattelmacher, H. Schmidt [beide zu 7].

1. Welfenfrage. *Eingehende Beratung der Lage, die durch die Ankündigung des welfischen Antrages¹ auf Herbeiführung einer Abstimmung in den Regierungsbezirken Stade-Lüneburg entstanden ist. Einigung über folgende Abwehrmaßnahmen: Eine Sonderabstimmung in Stade-Lüneburg ist zu verhindern und eine Abstimmung in Gesamthannover anzustreben, und zwar nicht durch eine Initiative der Reichsregierung, sondern durch eine Gegenaktion der Parteien, welche Gegner der Lostrennung sind. Von der Reichsregierung wird eine Klarstellung über die Erklärung der Deutsch-*

¹ Vgl. zum Beschluß der Generalversammlung der DHP v. 12.11.1922 über eine Vorabstimmung in den beiden RegBez. zur Trennung Hannovers von Preußen, in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Hannover Bd. 1, Bl. 127–127v u. 138 sowie ebd., Nr. 45 Hannover Beiheft Bd. 1, n.f. (Pressestimmen).

Hannoveraner [...], die zuständige Reichsstelle sehe in der außenpolitischen Lage kein Hindernis für die jetzige Volksabstimmung², *gefordert*. Das Gutachten [...] der Zentralstelle für die Gliederung des Reichs [...] über die Frage „Hannover“ *ist festzustellen und zu veröffentlichen sowie Kontakte mit den nichtwelfischen Hannoverschen Abgeordneten des Landtags aufzunehmen*. [B] — **2.** Die Überfremdung des städtischen Grundbesitzes.³ *Braun betont nachdrücklich die Notwendigkeit, möglichst bald gesetzliche Bestimmungen gegen die Überfremdung zu schaffen. Nochmalige rechtliche Bedenken des Justizministers gegen den Erlaß eines Landesgesetzes. Der Wohlfahrtsminister wird beauftragt, unverzüglich ein Landesgesetz auszuarbeiten, das eine Genehmigungspflicht und ein Vorkaufsrecht enthält. Im Reichsrat ist der Antrag zu stellen, die Länder durch Reichsgesetz zum Erlaß von Vorschriften über die Beschränkung des Verkehrs mit städtischen Grundstücken [...] zu ermächtigen*. [B] — **3.** *Reichsgesetzentwurf betr. die Lieferung von Stickstoffdünger für abgeliefertes Getreide im Wirtschaftsjahr 1922/23, der vorsieht, ein Entgelt in barem Geld ganz in Wegfall kommen zu lassen*.⁴ *Dagegen ist Braun der Ansicht, daß das Entgelt auch zum Teil in Geld zu erfolgen hat. Der Eilantrag⁵ an den Reichsrat wird dementsprechend geändert*. [B] — **4.** *Kostenbeteiligung an der Stiftung [...] für das Gebäude des Reichswirtschaftsrats (Glasfenster mit einer Wappenscheide)*.⁶ [B] — **5.** *Entfernung des Reiterstandbilds des früheren Kaisers Wilhelm II. auf der Hohenzollernbrücke in Köln. Aus künstlerischen Gründen wird davon abgesehen*.⁷ [B] — **6.** *Einrichtung planmäßiger Stellen für den Leiter der Pressestelle des Staatsministeriums und seinen Vertreter im Staatshaushalt für 1923*. [B] — **7.** *Pensionssache*.⁸ [B] — **8.** *Zehn Ernennungen und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. Staatsminister a. D. K. Haenisch und Oberpräsidialrat P. Brandt werden als Regierungspräsidenten für Wiesbaden bzw. Koblenz [...] in Aussicht genommen*.⁹ [B] — **9.** *Neuordnung des Unterstützungswesens; vertagt*. — **10.** *Der Staatskommissar für die Verwaltungsreform; vertagt*. — **11.** *Die Dienstbezüge der zur Ausbildung als Kulturamtsvorsteher zugelassenen Landwirte; vertagt*. — **12.** *Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes; vertagt*. — **(13.** *Der Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen wünscht, daß einige der Staatsminister die Provinz besuchen, wie es in anderen Provinzen auch geschehen ist*. [B] — **14.** *Personelle Verstärkung der preußischen Delegation für die Verhandlungen mit Hamburg*. [B])

² So wörtlich in der Erklärung der DHP; vgl. Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Hannover Bd. 1, Bl. 138. Zum Ersuchen der preuß. Reg. u. zum Dementi von RMinr.dI Oeser v. 27.11.1922, Bl. 153–155v u. 192–192v. Vgl. auch Prilop, Hans, *Die Vorabstimmung in Hannover. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Phil. Diss., Hamburg 1954.

³ Die Vorlage des MinPräs. v. 11.11.1922 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Die Vorlage von LandMinr. u. StKom. für Volksernährung v. 15.11.1922 in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. Nr. 11 Bd. 11, n.f.; der Antrag v. 18.11.1922, Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, zu Nr. 246, S. 1–3.

⁵ Der Antrag Preußens wurde in der Sitzung des ReichsR am 11.12.1922 mit 46 gegen 17 Stimmen abgelehnt; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1922, 64. Sitzung, S. 1117.

⁶ Das Schreiben des RMinr.dI an den MinPräs. v. 6.11.1922 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 54 Bd. 1, Bl. 386–387.

⁷ Vgl. die Sitzungssache für das StMinm. u. das Schreiben des MinPräs. v. 16.11.1922 an die Minr. in: Rep. 151, I B Nr. 351, n.f.

⁸ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 778.

⁹ Die Anträge des Minr.dI v. 1.11.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 170–171 u. 177–178.

Nr. 274 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 24. November 1922.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 171, Bl. 110–111; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Werr [zu 1], Remak [zu 1 und 3], Schmitz, Dankwerts, E. Delbrück [alle zu 1], Kaestner, Schwartz, Dulheuer, v. Bahrfeldt, Ziertmann [alle zu 2], Brandt [zu 4], Articus [zu 8], Cronau [zu 7].

1. Staatsunterstützung für die verdrängten mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen. *Zustimmung zum Entwurf¹ einer Neufassung des Staatsministerialbeschlusses vom 22. Oktober 1920.* [B] — 2. Die Aufbauklassen- und die Lehrerbildungsfrage.² *Einrichtung weiterer neuer Aufbauklassen.*³ [B] — 3. Die Bestimmungen über die Versetzung der Referenten der Presseabteilung der Reichsregierung in den einstweiligen Ruhestand *finden auch auf die Pressestelle beim Staatsministerium Anwendung.* [B] — 4. *Fünf Ernennungen.* [B] — 5. Neuordnung des Unterstützungswesens. *Zustimmung zum Entwurf⁴ über die Bewilligung von Unterstützungen an frühere Staatsbeamte sowie an Hinterbliebene von Staatsbeamten.*⁵ [B] — 6. Der Staatskommissar für die Verwaltungsreform. *Der Finanzminister wird ermächtigt, im Sinne seiner Vorschläge⁶ mit dem Staatskommissar Drews zu verhandeln.* [B] — 7. Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes. Dem Beschlusse⁷ des Landtags *wird stattgegeben.* Die Prüfung der vorliegenden Anträge auf Verleihung *wird wieder aufgenommen.* [B] — 8. Dienstbezüge der zur Ausbildung als Kulturamtsvorsteher zugelassenen Landwirte. *Sie werden in ihren Bezügen mit den juristisch vorgebildeten Anwärtern gleichgestellt.* [B] — 9. Abänderung der Geschäftsinstruktionen für den Präsidenten der Preussischen Staatsbank. *Der Beschlußentwurf des Finanzministers⁸ findet Zustimmung.* [B] — (10. Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten. *Der Widerspruch⁹ wird fallengelassen.* [B])

¹ Das Schreiben (Vorlage) des FinMinr. v. 28.10.1922 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Die Vorlage des WissMinr. v. 14.11.1922 in: Rep. 90, Nr. 1758, Bl. 281–287; vgl. auch Sitzung am 10.2.1922, TOP 3.

³ Vgl. Landé, Die Aufbauschule in Preußen, S. 29 ff.; vgl. weiterhin die Vereinbarung der Länder über die Aufbauschule (mit Ausnahme von Bayern) v. 19.12.1922 in: Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 13 Bd. 13, Bl. 301v u. 556; auch gedr. bei Landé, S. 44.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 13.11.1922 in: Rep. 151, I B Nr. 5469, n.f.; die Sitzungssache für das StMinm. v. 17. u. 24.11.1922, ebd.

⁵ Der Beschluß ist veröffentl. in: MinBl. innere Verw. Nr. 53 v. 27.12.1922, Sp. 1224; vgl. dazu die Verfügung des Minr.dI v. 20.12.1922, ebd., Sp. 1219–1223.

⁶ Die Vorlage des FinMinr. v. 28.10.1922 in: Rep. 90, Nr. 2300, Bl. 342–343v, in der er infolge seiner Besorgnisse über die Ausschaltung der preuß. Ressorts bei den Vorarbeiten des StKom. Grundsätze zur Beachtung formuliert. Hier auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 2.11.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 344–345v. Zu den Differenzen mit StKom. Drews vgl. weiterhin die Sitzungssachen für das StMinm. für die Sitzungen am 3., 17. u. 24.11.1922, in: Rep. 151, I B Nr. 2600, n.f.

⁷ Vgl. die Kleine Anfrage des Abg. v. Kries v. 30.10.1922, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 7, Nr. 3829, S. 4483 f. Die Antwort des MinPräs. v. 1.12.1922 über den Beschluß des StMinm., ebd., Nr. 3993, S. 4602.

⁸ Die Vorlage des FinMinr. v. 2.11.1922 in: Rep. 90, Nr. 1171, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 22.11.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, ebd.

⁹ Vgl. Sitzung am 23.6.1922 (TOP 14).

Nr. 275 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 29. November 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 112–112v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Wagemann, Articus, v. Both, Klapper, Fleischer, Bank, Amelunxen [alle zu 3], Brand [zu 2], Arndt, Lehmann [beide zu 1].

1. Zustimmung zur Vollstreckung von fünf Todesurteilen. [B] — **2.** Erlaß einer Verordnung über die Ausdehnung der Pachtschutzordnung auf Abbauverträge.¹ [B] — **3.** Je zwei Ernennungen, Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und Verlängerungen der Altersgrenze. *W. Rombach*² wird zum Regierungspräsidenten in Aachen vorgeschlagen. Der Antrag³ von Severing auf Abberufung von vier Landräten in Ostpreußen stößt auf Ablehnung. [B]

¹ *Die Vorlage des JMinr. v. 25.11.1922 mit dem Entwurf u. Niederschriften über Verhandlungen mit Interessenten als Anlagen in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 111a Bd. 1, Bl. 106–106v, 108 u. 65–91; das Material auch in: Rep. 76, VII neu Sekt. 1 F IV Gen. Nr. 11 Bd. 1, n.f. Eine solche VO kam nicht zustande.*

² *Der Antrag des Minr.dI v. 28.11.1922 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 178–179.*

³ *Vgl. das Schreiben des Minr.dI an den MinPräs. v. 4.10.1922 (mit einem Nachtrag v. 16.10.1922), in: Rep. 77, Nr. 149, Bl. 28–44. Diese Landräte können beim besten Willen nicht als zuverlässige Vertreter der republikanischen Staatsform angesehen werden, so der Minr. in seinem Schreiben.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 6. Dezember 1922, 10 Uhr.

Druck: Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 12. August 1923, bearbeitet von Karl-Heinz Harbeck, Boppard am Rhein 1968, Nr. 12, S. 34–38.

Anwesend: für Preußen Braun.

1. Zwischenfälle bei der Besichtigung der Reichswehrkaserne in Passau und der Munitionsanstalt in Ingolstadt durch interalliierte Kontrolloffiziere. — **2.** Erörterung der Reparationsfrage nach den Erklärungen der französischen Regierung vom 27. November 1922.

Nr. 276 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Dezember 1922, 16 Uhr.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 113–114; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Dönhoff [für Siering], Göhre, Nobis, Goslar; als Kommissare Brugger, Moll [beide zu 1], Amelunxen [zu 1–2, 6], Conze [zu 2], Wagemann [zu 2 und 6], Rathenau [zu 2], v. Both [zu 2 und 6], Erythropel [zu 3], Dankwerts, Eiffler [beide zu 4], Cronau [zu 5], Gerlach, R. Krohne, Jaques, Gähns, Stahn [alle zu 7].

1. Entwurf¹ eines Landesfahrzeugsteuergesetzes. *Nochmalige Prüfung* der Verteilung des Kraftfahrzeugsteueraufkommens und der Sätze des Steuertarifs. [B] — 2. Entwurf² eines Preußischen Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken. *Grundsätzliche Zustimmung, aber einige Veränderungen nicht grundsätzlicher Art sind erforderlich.* [B] — 3. *Zweckmäßiger* Abbau der planmäßigen Beamtenstellen. *Übereinstimmung mit den Vorschlägen³ des Finanzministers und Festlegung dringender Beratungen* über die Fassung der Bestimmungen. [B] — 4. *Reichsgesetzentwurf⁴ betr. die Abänderung des Gesetzes über das Paßwesen.* Dem Entwurf eines Antrags Preußens an den Reichsrat wird zugestimmt. [B] — 5. Jahresvergütung für den Präsidenten und die Mitglieder des Disziplinarhofs für nichtrichterliche Beamte; die Verhandlungen *sind weiterzuführen.* [B] — 6. Der Beschluß des Landtags vom 2. Dezember 1922 über vorherige Vorlegung der zu erlassenden Verordnung zur Ausdehnung der Preußischen Pachtschutzordnung auf Jagdrecht-, Fischereipacht- und Abbauverträge; *vertagt.* — (7. Reichshaushaltsplan von 1923. Antrag⁵ an den Reichsrat, die Bauraten [...] für die Zufahrtsstraßen von Swinemünde nach Stettin und von Pillau nach Königsberg [...] zu erhöhen. [B])

¹ Die Vorlage des Minr. dI v. 25.11.1922 mit dem Entwurf sowie einer allg. u. bes. Begründung in: Rep. 120, C V Nr. 77, n.f.; der vorläufige Referenten- u. Sachbearbeiterentwurf vom Mai bzw. Sept. 1922, ebd.; die Sitzungssache für das StMinr. in: Rep. 151, II Nr. 1039, n.f.

² Vgl. Drucks. LT, I. WP, 1. Tagung, Bd. 7, Nr. 4051, S. 4833–4838; dem LT überreicht am 11.12.1922. Der Entwurf nach den Beschlüssen der 3. Beratung des LT v. 26.1.1923, Bd. 9, Nr. 4419, S. 5317–5319. Vgl. das Gesetz v. 10.2.1923, GS, S. 25 sowie Bergbohm (RegR im Wohlfinn.) u. Wagemann, Gustav (JusR im JMinr.), Das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken vom 10.2.1923 mit den Ausführungsbestimmungen an Hand der amtlichen Begründung und sonstigen Gesetzesmaterialien, Berlin 1923.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 2.12.1922 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 5.12.1922 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.; vgl. auch die Grundsätze des FinMinr. betr. Stellenabbau v. 18.1.1923 in: Rep. 77, Tit. 4003 I A Nr. 57 Bd. 4, Bl. 20–21.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 4, Nr. 349, S. 1 f.; der Antrag Preußens v. 9.12.1922 als Anlage. Die vom ReichsR angenommene Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 28. Sitzung am 26.4.1923, S. 322. Vgl. das Gesetz v. 9.11.1923, RGBl. I, S. 1077.

⁵ In den Drucks. des ReichsR nicht enthalten.

Nr. 277 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1922.

Vollz. Reinschr., Bd. 171, Bl. 115–116; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], C.H. Becker [für Boelitz], Göhre, Nobis, Frick, Goslar; als Kommissare v. Schenck [zu 3], Wagemann [zu 4], Amelunxen [zu 4 und 8], Schneller [zu 5], Cohn [zu 1 und 5], K. Weber, H. Schmidt [beide zu 6], Mickel, Vollbach [beide zu 8], Erythropel [zu 1].

1. Staatshaushaltsplan für 1923. *Zustimmung zu den Entwürfen¹ eines Gesetzes betr. die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1923, des Haushaltsplans und zum Haushalt der [...] Preußischen Zentralgenossenschaftskasse.* Die Entwürfe werden zur gutachtlichen Äußerung an den Staatsrat gesandt. [B] — 2. Der im Reichsrat einzubringende *Gesetzentwurf* über die Regelung

¹ Die Vorlage des FinMinr. v. 13.12.1922 mit den Entwürfen in: Rep. 90, Nr. 1391, n.f.; auch anliegend der Vorbericht zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr (Druck); vgl. auch die Aufzeichnung v. 5.12.1922 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 739, n.f. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 22.1.1923, Drucks. LT, I. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4300, S. 5241 f. Vgl. das Gesetz v. 17.7.1923, GS, S. 329.

der Getreidewirtschaft im Jahre 1923/24.² Der Staatskommissar für Volksernährung wird ermächtigt, die Grundsätze³ auf der Konferenz der deutschen Ernährungsminister am 18. Dezember 1922 zu vertreten. [B] — **3. Gesetzentwurf**⁴ zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26.6.21. Die Bevollmächtigten zum Reichsrat werden beauftragt, seiner Einbringung an den Reichstag zuzustimmen. [B] — **4. Beschluß**⁵ des Landtags vom 2. Dezember 1922 über vorherige Vorlegung der zu erlassenden Verordnung zur Ausdehnung der Preußischen Pachtschutzordnung auf Jagdpacht-, Fischereipacht- und Abbauverträge. *Nochmalige Verhandlung* in der nächsten vollbesetzten Sitzung des Staatsministeriums. [B] — **5.** Die gutachtliche Äußerung⁶ des Staatsrats zum *Gesetzentwurf*⁷ zur Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz. Der Gesetzentwurf wird unverändert dem Landtag vorgelegt. [B] — **6. Pensionssache.**⁸ [B] — **7. Sechs Ernennungen.** [B] — **8.** „Präsident“ als neue Amtsbezeichnung für den Leiter des Landespolizeiamts.⁹ [B] — **9.** Inanspruchnahme des Vorschlagsrechts bei den Mitgliedern der Reichsdisziplinarkammern. Mit der Reichsregierung ist deswegen in Verbindung zu treten. [B] — **(10.** Die ursprünglich für das Jahr 1923 in Aussicht genommene Volks-, Berufs- und Betriebszählung. Erneut haben die preußischen Reichsratsbevollmächtigten für eine Vertagung einzutreten und die Mittel im Haushaltsplan des Reichswirtschaftsministeriums nicht zu genehmigen. [B] — **11. Bericht von Severing** über die innere Lage. Es wird darum gebeten, das Staatsministerium auf dem Laufenden zu halten.)

² Die Vorlage des LandMinr. v. 13.12.1922 in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. Nr. 11 Bd. 11, n.f.

³ Das Exposé konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 4, Nr. 333, S. 1–7; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR übersandt am 2.12.1922. Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 9.12.1921 u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 13.12.1921 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1740, n.f. Vgl. die 2. Abänderung des Gesetzes v. 27.3.1923, RGBl. I, S. 235.

⁵ Vgl. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, 191. Sitzung am 2.12.1922, Sp. 13795.

⁶ Vgl. Sitzungsberichte StR, 31. Sitzung am 28.11.1922, Sp. 872 u. Drucks. StR, Nr. 329.

⁷ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4232, S. 5101–5104; dem LT übersandt am 29.12.1922. Vgl. das Gesetz v. 14.2.1923, GS, S. 42.

⁸ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 723.

⁹ Vgl. Vorlage des Minr.dI vom 28.11.1922 in: Rep. 90, Nr. 580, Bl. 30–31.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 16. Dezember 1922.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 23, S. 70–72.

Anwesend: für Preußen Richter, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Loehrs.

1. Preiserhöhung für Umlagegetreide. — 2. Die Reparationsfrage. — 3. Abstimmungsfonds für Oberschlesien. Oeser und Severing fordern eine Erhöhung. — 4. Drängende Fragen im Rheinland.

Nr. 278 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Januar 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 1a–2v; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Weismann, Scherek; als Kommissare Arndt [zu 1], Ramm, Wickel, Vollbach [alle zu 3], Amelunxen [zu 3, 6, 11], Römhild [zu 3], Krenzlin, Bank [beide zu 4], Fleischer [zu 6 und 11], E. Delbrück [zu 8], König [zu 9], Niermann [zu 9–10], Rathenau [zu 11].

(1. Bestätigung eines Todesurteils. [B] — 2. Besetztes rheinisches Gebiet. Verhalten der Behörden und Beamten bei besonderen Ereignissen. Übernahme der Richtlinien¹ des Reichskabinetts vom 20. Dezember 1922. [B]) — 3. Gesetzentwurf² über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1923. Der Reichsernährungsminister wird ersucht, den Entwurf auf der Sachverständigen-Konferenz am 8./9. Januar 1923 zur Erörterung zu bringen und dort die grundsätzliche Zustimmung des Staatsministeriums zu erklären. [B] — 4. Entwurf eines Reichsermächtigungsgesetzes für die Länder auf dem Gebiete des Forst- und Weiderechts.³ Preußen wird nicht auf einen den Aufforstungszwang einschränkende Bestimmung hinwirken. [B] — 5. Einspruch⁴ des Präsidenten des Staatsrats vom 27. Dezember 1922 gegen eine vorzeitige Vorlegung des Haushalts für 1923 an den Landtag. Dem Präsidenten ist zu antworten, daß es nicht die Absicht des Staatsministeriums war, verfassungsmäßige Rechte des Staatsrats zu kürzen. [B] — 6. Übernahme der Baukosten für die Katholische Kirche und das Pfarrhaus in Loxheim, Kreis Malmedy; als erledigt abgesetzt infolge Einigung. — 7. Neun Ernennungen, vier Verlängerungen der Altersgrenze und eine Ablehnung. [B] — 8. Verlängerung des Rücktrittsrechts ausgeschiedener, in Polen verbliebener Beamten bis zum 10. Januar 1925. [B] — 9. Ministerialzulagen für die Beamten des Landeswasseramts werden abgelehnt.⁵ [B] — 10. Entwurf⁶ eines Moorschutzgesetzes. Einverständnis mit einer Maßgabe. [B] — 11. Die Einwanderung von Ostjuden. Einverständnis mit den Grundsätzen Severings.⁷ [B] — (12. Frachttarif für Kartoffeltransporte nach [...] Rheinland-Westfalen. Bei der Reichsregierung ist alsbald vorstellig zu werden, um eine Ermäßigung schnell herbeizuführen. Notwendig erscheint eine Beteiligung Preußens an einer grundsätzlichen Erörterung des gesamten Frachtenproblems [...] im Reichskabinetts.⁸ [B])

¹ Vgl. Sitzung des RKab. am 19.12.1922 in: Das Kabinett Cuno, Nr. 26, S. 81 f.; der Antrag des Minr.dI v. 4.1.1923 u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 5.1.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 103, Bl. 2–4. Vgl. auch die Grundsätze des Minr.dI v. 24.1.1923 dazu in: VI. HA, NL Göppert, Nr. 16, Bl. 1–1v.

² Die Vorlage von LandMinr. u. StKom. für Volksernährung v. 16.12.1922 mit dem Entwurf u. Begründung, in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. Nr. 11 Bd. 11, n.f.; auszugsweise auch in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 10, n.f.

³ Die Vorlage des LandMinr. v. 16.12.1922 in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 199 Bd. 1, n.f.; hier auch das Votum des JMinr. v. 1.12.1922. Der Entwurf, von RJMinr. Heinze u. REMinr. Luther dem ReichsR vorgelegt am 9.7.1923, Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Nr. 269, S. 1–4. Vgl. VO v. 7.2.1924, RGBl. I, S. 50.

⁴ Das Schreiben des Präs., vom MinPräs. am 29.12.1922 den Minr. zur Kenntnis übersandt, in: Rep. 120, CB I Nr. 8a Adhib. Bd. 1, n.f.; das Antwortschreiben des Minr.dI v. 12.1.1923, im Einverständnis mit allen Minr., ebd.

⁵ Der Antrag von LandMinr. u. HandMinr. v. 13.12.1922 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 3.1.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 727, n.f.

⁶ Die Vorlage von LandMinr. u. Minr.dI v. 30.11.1922 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, Ila Sekt. 47 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.; dem LT übersandt am 14.3.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 4902, S. 5795–5798. Vgl. das Gesetz v. 20.8.1923, GS, S. 400.

⁷ Vgl. die Denkschrift des Minr.dI v. 27.12.1922 in: Rep. 77, Tit. 4036 Nr. 8, Bl. 84–88; vgl. dazu auch die Aufzeichnung von StS Hamm v. 17.1.1923 über die Einwanderungsfrage, in: Das Kabinett Cuno, Nr. 48, S. 159–161.

⁸ Vgl. das Schreiben des MinPräs. an den RVMinr. v. 6.1.1923 (Abschr. an den Rklr.) in: Rep. 76, Ila Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f.

Sitzung des Ministerrats beim Reichspräsidenten mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 9. Januar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 37, S. 122–129.

Anwesend: für Preußen Braun.

Erörterung der ernsten politischen Lage. Braun kündigt eine Erklärung seiner Regierung zur Besetzung des Ruhrgebiets im Landtag an¹.

¹ Vgl. die Kundgebung in: Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, 195. Sitzung am 10.1.1923, Sp. 14028 bis 14030.

Besprechung der Reichsminister mit preußischen Ministern am 16. Januar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 45, S. 146–151.

Anwesend: für Preußen Braun, Richter, Severing, Siering.

(Bericht über die Verhandlungen zwischen der französischen Besatzungsmacht und Zechenvertretern.) — **1.** Die Kohlenversorgung im Reich. — **2.** Verlegung der Erhebung der Kohlensteuer nach Münster. — **3.** Passive Resistenz der Eisenbahn. — **4.–5.** Verbindung mit dem Ruhrgebiet. — **6.** Einstellung der Markvorschüsse für Besatzungszwecke. — **7.** Einstellung der Tätigkeit der Schiedsrichter in Paris. — **8.** Wirtschaftsfragen und Ernährungslage.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 17. Januar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 47, S. 155–159.

Anwesend: für Preußen Braun, Siering, Wendorff, Severing, Richter.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Freund, Loehrs.

1. Außenpolitische Lage. — **2.** Verhandlungen mit dem Ältestenausschuß des Reichstags über das Ermächtigungsgesetz. — **3.** Verordnungen des Reichsernährungsministers zur Ernährungslage. — **4.** Preisbildung und -erhöhungen. Der Preußische Ministerpräsident erklärt eine Erhöhung der Getreidepreise für verhängnisvoll. — **5.** Bekämpfung des Wuchers. — **6.** Bericht des Reichswirtschaftsministers über die Lage im Ruhrgebiet. — **7.** Widerstand der Finanzbeamten gegen alle Beschlüsse der Eindringlinge sowie Richtlinien der Länder zur Bekämpfung von Wucher und Schlemmerei.

Nr. 279 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 19. Januar 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 3–4v; MF 1029. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 271/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Hamm, Wever [beide RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Loehrs [zu 1 und 3], Wagemann, Articus, v. Both [alle zu 2], Amelunxen [zu 2–3], Ramm, Vollbach [beide zu 3], Dönhoff, R. Krohne [beide zu 1], Hartung, Cohn [beide zu 5].

1. Einschränkung des Kredits der Reichsdarlehenskasse für die Länder und deren Folgen für Preußen. *Der Finanzminister wird ermächtigt, mit dem [...] Reichsminister der Finanzen und der Reichsbank wegen einer weiteren Kreditgewährung zu verhandeln.* [B] — **2.** Pachtschutzordnung; *vertagt, da zunächst noch Verhandlungen des Justizministers mit dem [...] Reichsarbeitsminister wegen dessen Bedenken [...] gegen die Ausdehnung der preußischen Pachtschutzordnung auf Abbauverträge notwendig sind.* [B] — **3.** Gewährung eines Staatskredits an Kommunalverbände zur Bezahlung von Umlagegetreide.¹ *Schnelle Verhandlungen mit der Reichsbank, um eine grundsätzliche Einigung herbeizuführen.* [B] — **4.** Tarifpolitik der Reichsbahn; *vertagt.* — **5.** Vereinfachungsvorschläge zur Neuordnung der Strafgerichte. *Der Justizminister wird sich im Reichsrat im Sinne seiner Vorschläge äußern.*² [B] — **6.** *Je fünf Ernennungen und Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — **7.** Die Entfernung monarchischer Hoheitszeichen.³ *Die Angelegenheit ist in einer alle Zweifel ausschließenden Weise zu klären.* [B] — **(8.** *Die schnelle Unterrichtung aller Zentralstellen über die Vorgänge im Ruhrgebiet. Zwecks einheitlicher Bearbeitung ist eine tägliche Ruhrbesprechung in der Reichskanzlei zusammen mit den preußischen Generalreferenten, die von den Ressorts für alle mit der Besetzung des Ruhrgebiets zusammenhängenden Fragen bestellt werden, durchzuführen.* [B] — **9.** Gutachten⁴ des Staatsrats zum Gesetzentwurf betr. Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1923 und den Entwurf dieses Haushaltsplans. *Grundsätzliche Zustimmung.* [B] — **10.** Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze ab 15. Januar 1923.⁵ *Sofortige Verhandlungen der Ressorts, um eine einheitliche Stellungnahme Preußens im Reichsrat zu erzielen.* [B] — **11.** *Hannover. Antrag der Welfen auf Vornahme einer Vorabstimmung in den Regierungsbezirken Stade und Lüneburg sowie Antrag „Schrader“ der nichtwelfischen bürgerlichen Parteien⁶ auf Vorabstimmung in der ganzen Provinz Hannover. Beide Anträge sollen gleichzeitig von der Reichsregierung⁷ erledigt werden. Übereinstimmend wird aufs äußerste bedauert, wenn in dieser ersten Zeit eine so tiefgreifende innerpolitische Streitfrage [...] zur Entscheidung gebracht wird. Ein baldiger Termin erscheint für erwünscht, damit die Beunruhigung der Bevölkerung auf einen möglichst kurzen Zeitraum beschränkt wird.* [B])

¹ *Die Vorlage von LandMinr. u. StKom. für Volksernährung v. 17.1.1923 u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 19.1.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 10, n.f.*

² *Die Vorlage des JMinr. v. 10.1.1923 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

³ *Die Vorlage des WissMinr. v. 27.12.1922 mit dem Antrag auf Veränderung des Runderlasses v. 14./21.7.1922 in: Rep. 84a, Nr. 41190, Bl. 26–26v; das Votum des FinMinr., Bl. 28–28v; vgl. weiterhin die Sitzungssache für das StMinm. u. die Voten von JMinr. u. WissMinr. in: Rep. 151, I B Nr. 351, n.f.*

⁴ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4300, S. 5242 f.*

⁵ *Zur Frage der Erwerbslosenunterstützung vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3y Bd. 4, Bl. 444 ff.*

⁶ *Die beiden Anträge in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Hannover Beiheft Bd. 1, Bl. 252–252v.*

⁷ *Vgl. den Entwurf einer VO über Vorabstimmung in Hannover, von RMinr.dI Oeser dem Minr.dI übersandt am 17.1.1923, in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Hannover Beiheft Bd. 1, Bl. 270 u. 272–273v.*

Besprechung der Reichsminister mit preußischen Ministern am 19. Januar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 49, S. 173–178.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Richter, Siering, Wendorff.

1. *Nochmals zur Wucherbekämpfung. Der Preußische Ministerpräsident ist dafür, eine Vermögens-einziehung in Erwägung zu ziehen.* — **2.** *Beschluß über den Umlagegetreidepreis.* — **3.** *Streik der*

Arbeiter und Angestellten der staatlichen Zechenverwaltungen nach Verhaftung von preußischen Bergwerksdirektoren. — 4. Verstärkung der Propaganda gegenüber dem Ausland. Auch Braun ist dafür, jeden Gewaltakt zum Gegenstand eines Protests zu machen. — 5. Unterstützung der passiven Resistenz im alt- und neubesetzten Gebiet. — 6. Strenge Maßnahmen gegen die Einwanderung. — 7. Erlaß über die Haltung der Beamtenschaft.

Nr. 280 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 5–6; MF 1029. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Dönhoff [für Siering], Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Dankwerts [zu 3–4], E. Delbrück [zu 3].

1. Der Dienstag ist künftig regelmäßig der Sitzungstag des Staatsministeriums. [B] — **2.** Sieben Ernennungen. [B] — **3.** Schadloshaltung der aus den besetzten Einbruchgebieten [...] ausgewiesenen Beamten und Angestellten. Zustimmung zu den Richtlinien, die noch mit der Reichsregierung abzustimmen sind. Vorbereitung eines gemeinschaftlichen Erlasses der Ressorts zu einer einheitlichen Organisation der Beamtenfürsorge.¹ [B] — **4.** Auslandsflüchtlings- und Grenzlandvertriebenenfürsorge.² Weiterbeteiligung Preußens an den Kosten bis 31. März 1923, aber Verhandlungen mit dem Reichsinnenminister über eine erhebliche Herabsetzung des preußischen Anteils von 50% und eine Vereinfachung der Fürsorgeorganisation. [B] — **(5.** Gesetzentwurf über die Feier- und Gedenktage.³ Bericht über das Ergebnis der ersten Lesung [...] in den Reichsratsausschüssen. Es wurden keine Einwände gegen eine Vertagung der Beratungen durch die Reichsregierung erhoben, um politische Streitpunkte in dieser ersten Zeit aus der öffentlichen Erörterung nach Möglichkeit auszuschalten. Man wendet sich gegen den Wegfall der Bestimmungen über die Beflaggung der öffentlichen Gebäude am Nationalfeiertage und dem Gedenktage für die Opfer des Krieges. Wiederholter Hinweis auf die Möglichkeit, den preußischen Buß- und Betttag [...] zum Kriegsgedenktage und allgemeinen Feiertage im deutschen Reich zu machen. [B] — **6.** Behandlung von Reichsratsvorlagen [...] im Staatsministerium [...] vor den Ausschlußberatungen. Diese sind in der Regel nur bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern oder bei der Absicht, die preußischen Stimmen in wesentlichen Punkten im Gegensatz zur Vorlage der Reichsregierung abzugeben, zu erörtern. [B] — **7.** Auffüllung der im neu- und altbesetzten Gebiet infolge Ausweisung von Beamten entstehenden Vakanzen; sie soll durch alsbaldige Entsendung von Kommissaren bzw. Spezialkommissaren erfolgen. [B])

¹ Vgl. die Richtlinien, Anlage zur Verfügung des Minr.dI v. 21.12.1923, in: MinBl. innere Verw. Nr. 1 v. 2.1.1924, Sp. 3–5; vgl. auch die Verfügung v. 5.2.1924, ebd. Nr. 7 v. 13.2.1924, Sp. 147–149.

² Die Vorlage des Minr.dI v. 22.12.1922 in: Rep. 151, I A Nr. 7385, n.f.; hier auch die Sitzungssache für das StMinm.

³ Vgl. auch den Vermerk von OJusR Hartung über die Beratung der Reichsr-Ausschüsse am 22.1.1923 in: Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 243–243v. Die vom Reichsr am 19.4.1923 beschlossene Fassung in: Verhandlungen Reichsr, Tagung 1923, 26. Sitzung, S. 298 f. u. 302, Anlage 1.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 30. Januar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 59, S. 202 f.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 2 Severing, Richter.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre, Dönhoff.

2. Richtlinien über die Schadloshaltung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und Gemeinden in den besetzten und Einbruchsgebieten. Abänderungsanträge von Richter und Dönhoff zur Vorlage.

¹ Vgl. die Einladung v. 29.1.1923, auch an den HandMinr. Siering, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 6–7.

Besprechung der Reichsminister mit preußischen Ministern am 7. Februar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 67, S. 227 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Siering, Wendorff.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Mügel.

1. Maßnahmen gegen Preistreiberei und Teuerung. — 2. Stützung des Zuckerrübenanbaus und Austausch von Zucker gegen Chilesalpeter. — 3. Tarifierhöhung der Eisenbahn.

Nr. 281 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 7–8v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Goslar; als Kommissare Brugger, Trendelenburg [beide zu 9], Mulert, Freund [beide zu 1], R. Krohne [zu 1–2], Lohmeyer, v. Loebell, Bansi, Gürich, Risse, E. Delbrück [alle zu 1], W. Peters, Brenken [beide zu 2], Wißmann [zu 3], Fimmen [zu 8].

1. Die Groß-Hamburg-Frage. Weisungen an die preußischen Unterhändler für die bevorstehenden weiteren Verhandlungen mit Hamburg. Zustimmung zum Vorschlag¹ des Handelsministers für die Aufschließung Wilhelmsburgs und Einverständnis mit dem Gesetzentwurf „für die Bewilligung von Staatsmitteln zur Erschließung der Elbinsel Wilhelmsburg“. [B] — 2. Ratifikation der Elb-

¹ Die Vorlage des HandMinr. v. 24.1.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, C IX 6 Nr. 48, n.f.; dem LT übersandt am 22.5.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5390, S. 6196–6199. Vgl. das Gesetz v. 24.9.1923, GS, S. 452.

schiffahrtsakte.² Die Stellungnahme des Reichs *bleibt* abzuwarten, *und es ist* die Beteiligung Preußens an Verhandlungen hierüber im Reichskabinett *zu erreichen*. [B] — **3. Bestätigung der Vollstreckung eines Todesurteils.** [B] — **4. 13 Ernennungen, Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und sechs Verlängerungen der Altersgrenze.** Oberregierungsrat L. Höhnen und Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Hans Krüger werden als Regierungspräsidenten in Stettin bzw. in Lüneburg *in Aussicht genommen*.³ [B] — **5. Keine diesmalige Verleihung des Schillerpreises.** [B] — **6. Beschlagnahme von Räumen in öffentlichen Gebäuden für Wohnungszwecke.**⁴ Das Ergebnis *der preußischen Anträge zum Gesetzentwurf*⁵ zur Abänderung der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel *ist* abzuwarten. [B] — **7. Reform des vermessungstechnischen Personals der Landeskulturbehörden; vertagt.** — **8. Beratung des Gesetzentwurfs**⁶ über Beamtenvertretungen, Mitbestimmungsrecht und Schlichtungsausschüsse. Die Reichsregierung *wird ersucht*, das Staatsministerium *auf jeden Fall* an der Entscheidung der Fragen zu beteiligen. *Es bekräftigt* erneut *seinen* Standpunkt, daß *bei* Hoheitsverwaltungen [...] Mitbestimmungsrecht und Schlichtungsausschüsse unter keinen Umständen zugestanden werden *können*.⁷ [B] — **(9. Kostenbeteiligung an einer neuen Domglocke in Köln.** [B])

² Vgl. den Entwurf eines Gesetzes betr. die Elbschiffahrtsakte in: Drucks. RT, 1. WP 1920, Bd. 377, Nr. 5648, S. 1–25, mit Anlagen; vom AA (i. V. v. Maltzan) dem RT vorgelegt am 14.3.1923. Vgl. ferner die Sitzung des RKab. am 7.3.1923 in: Das Kabinett Cuno, Nr. 93, S. 296 f. u. das Gesetz v. 22.3.1923, RGBl. I, S. 183.

³ Die Anträge des Minr.dI v. 1.11.1922 u. 4.1.1923 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 172 u. 180–181.

⁴ Die Vorlage des WissMinr. v. 15.11.1922 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n.f.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1922, Bd. 2, Nr. 145, S. 1–5; hier keine Bezugnahme auf preuß. Anträge. Der ReichsR stimmte am 12.6.1923 dem Gesetzentwurf mit mehreren Änderungen zu, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 38. Sitzung, S. 448–450. Vgl. das Gesetz v. 26.7.1923, RGBl. I, S. 751.

⁶ Vgl. die Vorlage des FinMinr. v. 5.2.1923 in: Rep. 151, I B Nr. 4491, n.f.; vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. u. zum Stand der Diskussion über den Entwurf insbes. das Schreiben von RMinr.dI Oeser an den StS RK v. 31.1.1923, ebd.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben des FinMinr. v. 21.2.1923 an den StS RK in: Rep. 151, I B Nr. 4491, n.f.

Nr. 282 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Februar 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 9–9v; MF 1030. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 272/I, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Koska, Sattig, Röhrig, Schulz-Briesen, Dulheuer, Remak, Huth, Amelunxen [alle zu 1], Zachariae, Frank [beide zu 4].

1. Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine G.m.b.H.¹ *Zustimmung zum Gesetzentwurf mit Maßgaben zur Vertretung des Staates als Gesellschafter und zur genauen Festlegung des Begriffs „Rohgewinn“.* *Vor der Einbringung ist eine Anfrage beim Reichsminister des Äußeren notwendig, ob [...] im Hinblick auf die augenblickliche*

¹ Die Vorlage des HandMinr. v. 25.1.1923 mit dem Entwurf, Begründung u. 4 Anlagen in: Rep. 84a, Nr. 11092, Bl. 153–180v; das Votum des FinMinr. v. 7.2.1923, Bl. 183–186v. Vgl. auch den Vermerk von Referent Bachmann v. 12.2.1923 für die Staatsministerialsitzung, in: Rep. 77, Tit. 248 Nr. 60, n.f. Vgl. ferner Schulz-Briesen, Max, *Der preußische Staatsbergbau von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart*, Berlin 1934, S. 106 ff. u. Winkler, Hans-Joachim, *Preußen als Unternehmer 1923–1932. Staatliche Erwebsunternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba*, Berlin 1965.

außenpolitische Lage gegen den Gesetzentwurf schwerwiegende Bedenken bestehen. [B] — **2.** Zur Entschließung des Landtags zur Beamtenpolitik.² *Die Übertragung der Personaldezerate bei den Provinzialbehörden hat stets nur an Beamte zu erfolgen, die sowohl hervorragende Sachkunde besitzen als auch unbedingt zuverlässige Vertreter der republikanischen Verfassung sind.* [B] — **3.** Entwurf eines Denkmalschutzgesetzes³; *vertagt*. — **4.** Die Rechtsnatur der beschlagnahmten Vermögenobjekte des Prinzen Friedrich Leopold.⁴ *Auftrag an den Finanzminister, mit den Führern der Parteien im Landtag <außer der Kommunistischen Partei> über die Kompetenz des Staatsministeriums, das Privateigentum gegenüber Angehörigen des ehemaligen Königlichen Hauses anzuerkennen, Fühlung zu nehmen.*⁵ *Übereinstimmung darüber, daß die Anerkennung des Privateigentums im Einzelfalle die Frage nach der Aufhebung der Beschlagnahme nicht berührt.* [B] — **5.** Die Bezüge der bisherigen Mitglieder des Disziplinarhofs für nichtrichterliche Beamte; *vertagt*.

² Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 6, Nr. 3232 B 3, S. 3814 u. Nr. 3364, S. 3968 f. Die Vorlage des Minr.dI v. 26.1.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 54 Gen. Nr. 1 Adhib. H, Bl. 62.

³ Die Vorlage des WissMinr. v. 17.1.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1797 u. Rep. 77, Tit. 497a Nr. 31 Beiheft 1, n.f. Erst in der Sitzung am 16.12.1925 wieder behandelt.

⁴ Ursprünglich: Der Anspruch des Prinzen Friedrich Leopold auf die von ihm als Privateigentum angesehenen Vermögensobjekte (Spezialakten, Bd. 18, Bl. 149v, TO für die Sitzung). Die Vorlage des FinMinr. v. 23.1.1923 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 12.2.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 94, n.f.; die Vorlage auch in: Rep. 84a, Nr. 3783, Bl. 6–6v.

⁵ Vgl. die Schreiben des FinMinr. v. 22. u. 26.2.1923 an den MinPräs. über die Besprechung mit den Vertretern der Koalitionsparteien am 23.2. u. den Entwurf eines Vergleichs in: VI. HA, NL Braun, D 4 Nr. 76, n.f.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 13. Februar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 74, S. 250–253.

*Anwesend: für Preußen nur zu TOP 3 Braun, Severing, Richter, Hirtsiefer, Boelitz, Wendorff, am Zehnhoff, Siering.*¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Mügel.

3. *Verhalten der Beamten gegenüber Anordnungen der Besatzungsbehörden im Einbruchgebiet. Die Richtlinien des Preußischen Ministerpräsidenten werden gebilligt.*

¹ Vgl. die Einladung v. 12.2.1923 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 12.

Nr. 283 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude am 20. Februar 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 10–10v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Bergmann, Cohn [beide zu 1], Amelunxen [zu 2, 5–6], Dulheuer, Huth [beide zu 4].

1. *Anregungen für eine Änderung der Vorschriften des B.G.B. über die Mündelsicherheit.* [B] — 2. *Zwei Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — 3. *Kein Anspruch [...]* der bisherigen Mitglieder des Disziplinarhofs für nichtrichterliche Beamte *auf Erhöhungen der Bezüge.* [B] — 4. *Antwortschreiben¹ des Auswärtigen Amts in der Frage der Umstellung des staatlichen Bergwerksbesitzes. Klärung der Angelegenheit in einer Chefbesprechung mit Reichsministern.* [B] — (5. *Einspruch gegen den Beschluß² des Reichskabinetts zur finanziellen Unterstützung der Kölner Messe, da dieser von der gemeinsamen Vereinbarung, Messen nicht mehr zu unterstützen, abweicht. In der gemeinsamen Kabinettsitzung³ soll aber ein Weg gefunden werden, der eine Berufung anderer Messen ausschließt.* [B] — 6. *Holzabgabe. Einverständnis mit Verhandlungen des Reichsrats mit dem Reichstage über die Frage der Erhöhung der Holzabgabe auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse.⁴* [B])

¹ *Das Schreiben v. 17.2.1923 in: Rep. 84a, Nr. 11092, Bl. 191. Der jetzige Zeitpunkt wird angesichts des frz. Moratoriumplans v. 22.1.1923 u. des frz.-belg. Einbruchs in das Ruhrgebiet außenpolitisch für nicht geeignet gehalten. Vgl. dazu die Vorlage (Stellungnahme) von Referent Bandmann für den Minr.dI, in: Rep. 77, Tit. 248 Nr. 60, n.f.*

² *Vgl. Sitzung des RKab. am 12.1.1923 in: Das Kabinett Cuno, Nr. 41, S. 135.*

³ *Vgl. Sitzung des RKab. mit dem preuß. StMinm. am 28.2.1923.*

⁴ *Vgl. den Entwurf einer VO betr. Erhebung einer Abgabe von der Veräußerung von Holz zur Hebung der wirtschaftl. Notlage der Presse, vom FinMinr. am 13.2.1923 dem MinPräs. übersandt, in: Rep. 90, Nr. 1803, Bl. 223. Der Entwurf, der den in den ReichsR-Ausschüssen vereinbarten Richtlinien entsprach, wurde im Umlaufverfahren genehmigt; vgl. VO v. 14.4.1923, GS, S. 295.*

Nr. 284 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Februar 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 11–11v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare R. Krohne [zu 1–2], Ha. Schulze, Becker, Amelunxen [alle zu 1], Hasselau, Römer [beide zu 2], Cronau, Gürich [beide zu 4].

1. *Die Tarifpolitik der Reichsbahnverwaltung.¹ Antrag an den Reichsrat mit der Forderung, daß allgemeine Tarifierhöhungen der Reichsbahn für Personen und Güter künftig der vorherigen Zustimmung des Verkehrsausschusses des Reichsrats [...] und eines vom Reichstag zu bestimmenden Ausschusses bedürfen.* [B] — 2. *Zwei Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — 3. *Gesetzesentwurf betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Beteiligung an den in Preußen tätigen Kraftverkehrsgesellschaften.² Dem Entwurf wird vorläufig nicht zugestimmt, ehe nicht durch Unterlagen über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gesellschaften die Zweckmäßigkeit einer staatlichen Beteiligung und Einwirkung für jede einzelne nachgewiesen wird. Grundsätzliche Bereitschaft, die Kraftverkehrsgesellschaften mit staatlichen Mitteln [...] zu fördern.* [B] — 4. *Vorschriften über die von Nutznießern von Dienstwohnungen mit Zentralheizung*

¹ *Zu den Divergenzen vgl. die Niederschr. über die Besprechung im HandMinm. am 22.3.1923 zur Gütertarifpolitik der Reichseisenbahnverwaltung u. den Vermerk von Referent Wiesmann beim StKom. für Volksernährung v. 22.2.1923, in: Rep. 197A, Ia Nr. 11, n.f.; hier auch das Schreiben des HandMinr. (i. A. Jaques) v. 9.3.1923. Vgl. auch Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f. Die Vorlagen des HandMinr. v. 8. u. 17.2.1923 konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

² *Die Vorlage des HandMinr. v. 12.2.1923 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

[...] zu zahlenden Vergütungen. [B] — (5. Abgabe der preußischen Stimmen für den Gesetzentwurf³ über die Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds. – Stand der Verhandlungen über von Preußen zu begebende Doppelanleihen. [B])

³ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Bd. 1, Nr. 74, S. 1 f.; von RFinMinr. Hermes dem ReichsR vorgelegt am 24.2.1923. Vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 26.2.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 13 Bd. 2, n.f., dort auch weiteres Material. Dem Entwurf wurde mit je einer Maßgabe im Entwurf u. in der Begründung zugestimmt; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 15. Sitzung am 27.2.1923, S. 132 f.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium am 28. Februar 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 86, S. 281–283.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1–3 Braun, Richter, Boelitz, Hirtsiefer, Siering, Severing, Wendorff.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Göhre.

(1. Aussprache über die Lage im Ruhrgebiet, angeregt durch den Preußischen Ministerpräsidenten.) — 2. Zuschuß für die Kölner Messe. Braun bittet, davon Abstand zu nehmen, da sonst alle anderen Messen an Preußen und das Reich herantreten. — 3. Gesetz über Beamtenvertretungen.²

¹ Vgl. die Einladung v. 26.2.1923 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 17.

² Das Material, insbes. zum Regierungsentwurf, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1382, Bl. 356 ff.

Nr. 285 Sitzung des Staatsministeriums am 6. März 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 13–13v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Göhre, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, v. Loebell, R. Krohne, Jaques, Lohmeyer, Gürich, E. Delbrück, Bansi [alle zu 2], Kuhnt, Cohn [beide zu 1].

1. Die Vorschläge des Ausschusses für Ausführung des preußisches Gesetzes über Straffreiheit betr. Straferlaß.¹ Den Empfehlungen von Justizminister am Zehnhoff wird zugestimmt. [B] — 2. Groß-Hamburg.² Stellungnahme zu dem Vorschlage³ des Staatsministers a. D. W. Drews für einen Preußisch-hamburgischen Staatsvertrag mit Änderungen. [B] — 3. Personalvorschläge; vertagt. — 4. Heranziehung des Wohlfahrtsministeriums bei der planmäßigen Anstellung der Bürohilfsarbeiter des Staatskommissars für Volksernährung; vertagt. — 5. Vorschlag des Präsidenten des Staatsgerichtshofs in dem Verfassungsstreit zwischen Staatsrat und Staatsministerium; vertagt. — (6. Ein-

¹ Die Vorlage des JMinr. v. 2.3.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 431–432v.

² Die Vorlage des MinPräs. v. 2.3.1923 u. die Aufzeichnung von Referent Delbrück für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 287, Bl. 313–314 u. 324–325.

³ Vgl. Sitzung am 8.3.1923, Anlage, Bl. 16–22.

drücke des Ministerialdirektors Bail über seine Reise [...] in den letzten Tagen nach Trier und Wiesbaden. — 7. Die Vorlage wegen Erhöhung der Wohnungsbauabgabe [...] im Reichstag.⁴ Wohlfahrtsminister Hirtsiefer wird ermächtigt, [...] namens der preußischen Staatsregierung auf die großen Gefahren hinzuweisen, die bei Ablehnung [...] der Vorlage⁵ durch den Reichstag entstehen. Für den Wohnungs- und Arbeitsmarkt muß mit einer sichergehenden ganz erheblichen Einschränkung der diesjährigen Wohnungsbautätigkeit gerechnet werden. [B])

⁴ Vgl. die 2. u. 3. Lesung über die Zweite Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 12.–14.3.1923, insbes. den Bericht von RArbMinr. Brauns, in: StenBerRT, 1. WP 1920, Bd. 358, 317–319. Sitzung, S. 10065 ff.; die Erklärung Hirtsiefers am 13.3., ebd., S. 10101 f. Vgl. das Gesetz v. 27.3.1923, RGBl. I, S. 235.

⁵ Preußen hatte in der Vollsitzung des ReichsR am 11.1.1923 den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gestellt, der mit 39 gegen 27 Stimmen angenommen wurde. Vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 2. Sitzung, S. 8 f.; vgl. weiterhin die vom ReichsR angenommene Fassung des Entwurfs, ebd., S. 16 f., Anlage 1.

Nr. 286 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 14–15, Anlage¹, Bl. 16–22; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], Wever [RK], Göhre, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, Loebell, R. Krohne, Jaques, Lohmeyer, Bansi, v. Achenbach, Gürich, E. Delbrück, Conze [alle zu 2], Badt [zu 1], Cronau [zu 1 und 4].

1. Vorschlag² des Präsidenten des Staatsgerichtshofs in dem Verfassungsstreit zwischen Staatsrat und Staatsministerium. Zustimmung zur Empfehlung des Ministers des Innern. Besprechung unter dem Vorsitz des Präsidenten des Staatsgerichtshofs in Berlin. [B] — 2. Groß-Hamburg-Frage. Weitere Stellungnahmen zum Vorschlag von Staatskommissar Drews [...] für einen Preußisch-hamburgischen Staatsvertrag mit einer Reihe von Abänderungen. [B] — 3. Personalvorschläge; vertagt. — 4. Verpflichtung des Wohlfahrtsministeriums, einen Bürobeamten des Staatskommissars für Volksernährung zu übernehmen.³ [B] — (5. Zustimmung zum Entwurf einer Notverordnung über Maßnahmen zu Gunsten der öffentlichrechtlichen wasserwirtschaftlichen Verbände im Ruhrgebiet. [B])

¹ Zu TOP 2: Die Vorschläge von Drews für einen preußisch-hamburgischen Staatsvertrag.

² Vgl. sein Schreiben v. 19.2.1923 an den preuß. MinPräs. in: Rep. 120, CB I 8a Adhib. Bd. 1, n.f.; dort auch die Klageschrift des StR an den Staatsgerichtshof für das Dt. Reich, die Vorlage des Minr.dI v. 3.3.1923 u. das Schreiben des StMinr. v. 10.3.1923 an den Präs. des Staatsgerichtshof. Zum Konflikt vgl. Cohn, Erich, Die Differenzen zwischen dem Preußischen Staatsrat und dem Preußischen Staatsministerium, in: Preuß. VerwBl. Nr. 45 v. 12.8.1922, S. 527–529; Drucks. StR, 1922, Nr. 8, Sp. 1–30 (Gutachten von Fritz Stier-Somlo); Mettenheim, Carl Friedrich v., Der Preußische Staatsrat, Breslau 1929, S. 35 ff. u. Adenauer, Konrad, Konrad Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats, in: Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, S. 380–384.

³ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 5.3.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 2, n.f.

Nr. 287 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 23–24v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Mügel [für am Zehnhoff], Ramm [für Wendorff], Wever [RK], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, R. Krohne [beide zu 1], Jaques, Lohmeyer [beide zu 1 und 7], Bansi, v. Achenbach, Gürich [alle zu 1], E. Delbrück [zu 1 und 3], Conze [zu 1], Sattig, Koska, Huth [alle zu 2], Amelunxen [zu 2 und 6], Meister [zu 3], Hartung [zu 4], Cohn [zu 8].

1. Groß-Hamburg-Frage. Bericht über das Ergebnis der [...] Verhandlungen.¹ Man ist übereinstimmend der Ansicht, daß für Preußen kein Anlaß besteht, sich seinerseits für ihre Wiederaufnahme [...] einzusetzen. Übersendung des Gesetzentwurf für die Bewilligung von Staatsmitteln zur Erschließung der Elbinsel Wilhelmsburg an den Staatsrat. Aufnahme von Besprechungen mit Hamburg und dem Reiche über die Durchführung des Aufschließungsplans. [B] — **2.** Die Umstellung der Staatsbergwerke. Der Gesetzentwurf betr. Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird an den Staatsrat zur gutachtlichen Äußerung übersandt.² [B] — **3.** Vorabstimmungen in Hannover. Der Reichsminister des Innern soll um eine Entscheidung über die Vorabstimmungsanträge der Deutsch-Hannoveraner für Stade-Lüneburg und der preußenfreundlichen Parteien für Ganz-Hannover gebeten werden, da die lebhaftige Agitation der Deutsch-Hannoveraner zum Ernst der Zeiten und der Not des Vaterlandes in größerem Widerspruch steht als die baldige Vornahme einer Vorabstimmung. [B] — **4.** Zustimmung zum Gesetzentwurf³ zur Abänderung des Gesetzes betr. den Forstdiebstahl und des Feld- und Forstpolizeigesetzes. [B] — **5.** Zwölf Ernennungen, darunter von H. Krüger, der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Regierungspräsidenten in Lüneburg beauftragt wird. Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und zwei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — **6.** Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ über die Ausdehnung des Ansiedlungsgesetzes auf die Rheinprovinz. [B] — **7.** Vorläufige Einschränkung des Bauprogramms für den Hafenausbau in Neukuhren.⁵ [B] — **8.** Zurückziehung des preußischen Antrags⁶ im Reichsrat auf Erstattung der Mehrkosten bei Neuordnung der Strafgerichte, wenn die Vereinfachungsvorschläge des Justizministers endgültig angenommen werden. [B] — **(9.)** Der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen vor seiner 2. Lesung [...] im 23. Ausschuß des Reichstags.⁷ Nach Vortrag von Finanzminister Richter⁸ wird beschlossen, eine Verständigung mit der Reichsregierung über die Instanzen [...] anzustreben, die

¹ Vgl. die Niederschr. über die Verhandlungen der preuß. u. hamburg. Unterhändler am 9.3.1923 im preuß. OVG, in: Rep. 90, Nr. 288, Bl. 8–10.

² Dem StR übersandt am 9.4.1923, Drucks. StR 1923, Nr. 135, Sp. 1–34. Vgl. zum Gesetzentwurf Sitzung am 13.2.1923, TOP 1 u. Anm. 2.

³ Die Vorlage des JMinr. v. 5.3.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.; dem LT übersandt am 4.4.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5007, S. 5893 f.; geändert nach den Ausschlußbeschlüssen v. 7.6.1923, ebd., Bd. 11, Nr. 5552, S. 6437 f. Vgl. das Gesetz v. 1.7.1923, GS, S. 291.

⁴ Die Vorlage des LandMinr. v. 2.3.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 134–135v; dem LT übersandt am 13.3.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 6969, S. 7479. Vgl. das Gesetz v. 18.12.1923, GS, S. 555.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 28.2.1923 in: Rep. 87, Nr. 6195, Bl. 133; das Votum des Wohlfinr. v. 10.3.1923, Bl. 137.

⁶ In den gedr. Materialien des ReichsR nicht enthalten.

⁷ Zu den bisherigen Beratungen des Ausschusses vgl. Rep. 151, I B Nr. 4491, n.f.: Eine Regierungserklärung zum Beamtenvertretungsgesetz. Die Beratung im RT-Ausschuß (Kreuz-Zeitung Nr. 114 v. 9.3.1923) u. Erklärung des MinDir. Falck (RMdI) am 7.3.1923 in der Ausschluß-Sitzung.

⁸ Vgl. den für den FinMinr. ausgearbeiteten Vortrag über den Entwurf in: Rep. 151, I B Nr. 4491, n.f.

in Schlichtungsfällen die Entscheidungsbefugnis haben und nicht als Schlichtungsausschüsse (Schlichtungsstellen) bezeichnet werden. Darüber hinaus ist den Landesregierungen die Ermächtigung zu erteilen, die Entscheidung [...] unparteiischen Stellen, in Preußen insbesondere den Bezirksausschüssen, zu übertragen. [B] — **10. Wehrmachtsversorgungsgesetz.**⁹ Widerspruch der Reichsregierung zum Beschluß der Reichsratsausschüsse, der zum § 9 den Zusatz fordert, bei den Vorschüssen auf die Übergangsgebühnisse und die Zulage für Unteroffiziere und Mannschaften [...] auch die Teuerungszuschläge zu berücksichtigen. Unterstützung des Standpunkts der Reichsregierung, insbesondere im Hinblick auf die beträchtlichen finanziellen Wirkungen auch für Preußen, ohne jedoch die Berechtigung des Beschlusses der Ausschüsse zu verkennen.¹⁰ [B] — **11. Einverständnis** mit der Ratifikation der Elbschiffahrtsakte. [B)]¹¹

⁹ Vgl. den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, von RWeMinr. Geßler dem ReichsR übersandt am 15.2.1923, Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Nr. 60, S. 1 f.

¹⁰ Der ReichsR stimmte dem Entwurf am 15.3.1923 zu; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 19. Sitzung, S. 230. Vgl. das Gesetz v. 22.6.1923, RGBl. I, S. 409.

¹¹ Vgl. die Aufzeichnung von MinR Wever über die Sitzung, dem Rklr. am 13.3.1923 zur Kenntnis vorgelegt, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 3–5.

Nr. 288 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude am 20. März 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 25–26; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Wever [RK], Göhre, Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare C.H. Becker, Conze [zu 3], Wittelshöfer, Sandrock [beide zu 4], Metz, Mussehl [beide zu 5], Cohn [zu 5–8], Wende [zu 6], Castenholz, v. Leyden [beide zu 7–8].

1. Der Beschluß des Landtags wegen Aushangs von Flaggentafeln in Lehranstalten; *abgesetzt*.¹ — **2.** Sechs Ernennungen, darunter des Direktors im Justizministerium U. Fritze zum Staatssekretär, und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — **3.** Wohnungsangelegenheit des französischen Konsulatsbeamten Telle.² Es bestehen keine Bedenken gegen das Vorgehen des Wohlfahrtsministers. [B] — **4.** Sozialrentner. Initiativgesetz des Reichstags über Erhöhung ihrer Bezüge [...] auf das Vierfache bzw. in den besetzten Gebieten auf das Fünffache. Bei der Beratung im Reichsrat *soll* zwar kein Einspruch erhoben, aber doch geltend gemacht werden, daß die Leistungsfähigkeit der Gemeinden [...] die Ausführung dieses Reichstagsbeschlusses nicht gestatten wird. Daher ist die baldige Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes erforderlich. [B] — **5.** Erhöhung des Grundkapitals der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. [B] — **6.** Neuordnung der Preußischen Universitätsverfassung³ und der Verfassungsstatuten der Preußischen Technischen Hoch-

¹ Durch Schreiben des FinMinr. v. 19.3.1923; vgl. Rep. 77, Tit. 144 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 214–214v u. 216.

² Zu seinem widerrechtlichen Wohnungsbesitz in Berlin u. den Bedenken von AA u. preuß. Minr.dI, gewaltsam einzuschreiten, vgl. die Aufzeichnung von MinR Wever über die Sitzung in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 6 u. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 391 f.

³ Die Vorlagen des WissMinr. v. 4.9.1922 u. 17.3.1923 in: Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 218–223v u. 245; die Grundsätze, Bl. 224–228v u. 269–270v. Vgl. auch Wittwer, Wolfgang W., Carl Heinrich Becker, in: Berlinische Lebensbilder. Wissenschaftspolitik in Berlin. Minister, Beamte, Ratgeber, hrsg. von Wolfgang Treue u. Karlfried Gründer, Berlin 1987, S. 260 f., mit Bezug auf den TOP.

schulen.⁴ *Genehmigung der Grundsätze.* [B] — (7. Auflösung des Gemeinderates von Rotthausen im Kreise Essen. [B] — 8. *Verhängung* von Geldstrafen *durch die Besatzungstruppen im Westgebiet.* Die Frage ihrer Bezahlung ist in einer gemeinschaftlichen Sitzung⁵ des Reichskabinetts und des Staatsministeriums zu prüfen. [B])⁶

⁴ Rep. 84a, Nr. 5280, Bl. 229–234v u. Nr. 5262, Bl. 87–92; vom WissMinr. übersandt am 6.4.1923, Bl. 86. Vgl. *Die Statuten der preußischen Universitäten und Technischen Hochschulen. Teil 1: Die grundlegenden Erlasse der Staatsregierung, bearbeitet von Otto Benecke, Berlin 1929, S. 13 ff.; ausführlich Rimmel, Die Universitätsreform in Preußen 1918–1924, Hamburg 1978, S. 272 ff.*

⁵ Vgl. die Besprechung der RMinr. mit preuß. Minr. am 20.4.1923, TOP 1.

⁶ Vgl. die Aufzeichnung von MinR Wever über die Sitzung, dem Rklr. am 20.3.1923 vorgelegt, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 6–6v.

Nr. 289 Sitzung des Staatsministeriums am 27. März 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 27–28; MF 1030. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 273/I, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Hamm [RK], Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Amelunxen [zu 2], K. Weber, H. Schmidt [beide zu 4], K. Becker, Froelich, Cronau [alle zu 5].

1. Politische Mitteilungen. Bericht Severings über die innerpolitische Situation, insbesondere über das [...] Tatsachenmaterial, das seinem Vorgehen gegen die deutsch-völkische Freiheitspartei zu Grunde liegt.¹ *Einmütige Billigung seiner Politik durch das Staatsministerium.* Herbeiführung einer Verständigung mit dem Reich [...] so bald wie möglich in einer kombinierten Sitzung.² [B] — 2. Das Gesetz³ über die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Regulierung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder. *Zustimmung zu der vom Landtag beschlossenen Erhöhung.*⁴ [B] — 3. *Acht Ernennungen, darunter des Preußischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung R. Weismann [...] zum Staatssekretär des Staatsministeriums, und Versetzung des Staatssekretärs P. Göhre in den einstweiligen Ruhestand.*⁵ [B] — 4. *Pensions-sache.*⁶ [B] — 5. *Besprechung der Neuregelung der Amtsbezeichnungen [...] mit den Beamtenorganisationen.*⁷ [B] — 6. *Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Beuthen.* [B] — (7. *Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung über das Ausscheiden der Stadt Hameln [...] aus dem*

¹ Zum Verbot der DVFP vgl. die Verfügung des Minr.dI v. 23.3.1923 in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 435–436v, auch gedr. in: *Das Kabinett Cuno, Nr. 105, S. 327, Anm. 2; vgl. ferner Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 383–386 u. Orlow, Dietrich, Weimar Prussia 1918–1925. The Unlikely Rock of Democracy, Pittsburgh 1986, S. 233 f., mit Bezug auf den TOP.*

² Vgl. zu diesem TOP die längere Aufzeichnung (Wortprot.) von StS Hamm, die vom Rklr. abgezeichnet wurde, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 7–19, gedr. in: *Das Kabinett Cuno, Nr. 108, S. 334–341. Zur Besprechung mit der RReg. am 8.4.1923 vgl. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 388–391.*

³ Vgl. den Gesetzentwurf, dem LT am 22.11.1922 übersandt, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 7, Nr. 3926, S. 4539 bis 4549, mit Anlagen. Die Vorlage des LandMinr. v. 19.3.1923 in: Rep. 76, Ila Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 8, n. f.

⁴ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4600, S. 5525 u. Sitzungberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 11, 216. Sitzung am 2.3.1923, Sp. 15404–15408. Vgl. die Gesetze v. 9. u. 24.4.1923, GS, S. 89 u. 136.

⁵ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 26.3.1923 in: Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 255.

⁶ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 375.

⁷ Die Vorlage des FinMinr. v. 21.3.1923 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 24.3.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 580, Bl. 120–120v u. 126–130v.

Kreisverbände [...] und die Bildung eines eigenen Kreisverbandes, Stadtkreises. [B] — **8. Bericht des Finanzministers** über die zunächst zu begebende preußische Papieranleihe mit variablem Zinsfuß.)

Nr. 290 Sitzung des Staatsministeriums am 10. April 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 29–30v; MF 1030.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Cronau [für Nobis und zu 1], Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund [zu 1], Badt, Bansi [beide zu 1–2], R. Krohne [zu 2 und 4], Lohmeyer, E. Delbrück [beide zu 2].

1. Reform der den Staatsrat betreffenden Verfassungsbestimmungen.¹ Ministerpräsident *Braun erklärt, bei Erwähnung der Frage im Hauptausschuß des Landtags zu erwidern, daß das Staatsministerium in eine grundsätzliche Prüfung der Angelegenheit eingetreten ist.* [B] — **2.** Gesetzentwurf über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Erschließung der Elbinsel Wilhelmsburg und die Reise der Mitglieder des Hauptausschusses des Staatsrats zur Besichtigung dieser Insel und der Geestemünder Hafenanlagen.² Von einer sofortigen Einbringung des Gesetzentwurfs *wird bis zum Vorliegen des Gutachtens des Staatsrats abgesehen.* [B] — **3.** *Drei Ernennungen und Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.* [B] — **(4.** *Bewilligung der vom Landtage [...] erhöhten Beträge für die vier Gesetzentwürfe: Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die Versorgung des Gebietes an der Weser mit elektrischem Strom.*³ *Beteiligung Preußens an der Aktiengesellschaft „Überlandwerk Oberschlesien“.*⁴ *Weitere Beteiligung an der Ostpreußenwerk-Aktiengesellschaft.*⁵ *Die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens in Geestemünde.*⁶ [B] — **5.** *Erörterung der durch den Ruhr-einfall entstandenen politischen Lage. Erneut wird Reichskanzler Cuno dringend ersucht, eine eingehende Besprechung der damit zusammenhängenden Fragen in einer gemeinsamen Sitzung anzuberaumen.*⁷ [B])

¹ *Die Vorlage des Minr.dI v. 26.3.1923 in: Rep. 90, Nr. 13, Bl. 32–33; zur Beendigung des Rechtsstreits zwischen StR u. StMin. vgl. Rep. 90, Nr. 193, n.f. (mit dem Vergleich v. 31.10.1923) u. Schulze, Otto Braun, S. 395 f.*

² *Vgl. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 7.4.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 193, n.f.*

³ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4542, S. 5451 f.; dem LT übersandt am 15.2.1923. Vgl. das Gesetz v. 7.4.1923, GS, S. 79.*

⁴ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4548, S. 5465–5467; dem LT übersandt am 17.2.1923. Vgl. das Gesetz v. 26.4.1923, GS, S. 141. Vgl. zu den Projekten auch Stier, Staat und Strom, S. 266–268 u. 270.*

⁵ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4547, S. 5462–5464; dem LT übersandt am 17.2.1923. Vgl. das Gesetz v. 26.4.1923, S. 139; vgl. auch Stier, Staat und Strom, S. 266 f.*

⁶ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4238, S. 5159 f.; dem LT übersandt am 6.1.1923. Vgl. das Gesetz v. 4.5.1923, GS, S. 147. Material dazu in: Rep. 87, B Nr. 3689, Bl. 135 ff.; vgl. auch Der Fischereihafen in Wesermünde–Geestemünde, in: Die Wasserwirtschaft Deutschlands und ihre neuen Aufgaben, Bd. 3, Berlin 1925, S. 164 u. 167–169.*

⁷ *Eine Einladung des RMin. zu einer gemeinsamen Sitzung der Reichs- u. preuß. Minr. am 20.4.1923 über den Gegenstand: Politische Lage erfolgte am 19.4.; vgl. Rep. 90, Nr. 388, n.f. Vgl. auch Das Kabinett Cuno, Nr. 132, S. 411, Anm. 1.*

Nr. 291 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude am 17. April 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 31–32; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Badt, Cronau [beide zu 1], R. Krohne, Heyden, Schulz-Briesen, Laspeyres [alle zu 2], Amelunxen [zu 2–5, 8], Conze, Fischer, Renner [alle zu 5], Abegg [zu 7], Graeser, Bachmann, van den Bergh, Müller, Metz, König, Cohn [alle zu 7], Bracht, Blumenthal, Varrentrapp, Dulheuer, v. Loebell [alle zu 8].

1. Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes; *vertagt*.¹ — **2.** Die Ausnutzung des Braunkohlenfeldes Goitsche bei Bitterfeld. *Man ist* übereinstimmend der Ansicht, daß eine bindende Verpflichtung Preußens dem Reichsverkehrsministerium gegenüber nicht besteht. [B] — **3.** *Verordnungsentwurf*² auf Grund des Notgesetzes – Schutz der Finanzen und der Währung – betr. das Verbot der Zahlung von Beförderungsgebühren, Schiffahrtsabgaben usw. an Beauftragte der Einbruchsmächte. Die preußischen Stimmen im Reichsrat *sind* gegen den Entwurf *abzugeben*. [B] — **4.** Abwehr der französischen Filmpropaganda im besetzten Westgebiet; *vertagt*. — **5.** *Zustimmung zu den Gesetzentwürfen*³ betr. die Baulastenbücher *sowie* über Aufhebung privatrechtlicher Baubeschränkungen *mit je einer* Maßgabe. [B] — **6.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **7.** Höherstufung von Polizeibeamten; *vertagt*, um eine Einigung mit der Reichsregierung herbeizuführen. [B] — **8.** *Zustimmung zum Entwurf*⁴ eines Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.⁵ [B] — **9.** *Abgabe der* preußischen Stimmen im Reichsrat gegen die Einführung der Einheitsmarken [...] für Erhebung von Beiträgen, *die der* Gesetzentwurf⁶ über Abänderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung *vorsieht*. [B] – (*Severing legt die Gründe für die Verkürzung des 14tägigen Verbots der „Roten Fahne“ dar.*)

¹ *Vgl. zur Verlegung des TOP das Schreiben des WissMinr. v. 13.4.1923 u. den Vermerk von Referent Cronau v. 14.4.1923, in: Rep. 90, Nr. 118, Bl. 195–196.*

² *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Nr. 129, S. 1 f.; von RVMinr. Groener dem ReichsR übersandt am 5.4.1923. Die mit Stimmenmehrheit beschlossenen Fassung, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 28. Sitzung am 26.4.1923, S. 324 f.; hier keine Bezugnahme zu den preuß. Gegenstimmen. Vgl. auch die Sitzungssache v. 16.4.1923 für das StMinm. in: Rep. 151, I A Nr. 7573, n.f.; ebd. eine Aufzeichnung über die Ausführungen des Referenten des RVMinr. in der Sitzung des Rechtsausschusses des ReichsR am 18.4.1923.*

³ *Die Vorlagen des WohlMinr. v. 6.10.1922, 16. u. 31.3.1923 mit den Entwürfen u. Begründungen, in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 7, Bl. 263–277v, 427–432 u. 493–494. Dem LT übersandt am 7.7.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 11, Nr. 6404, S. 6968–6974; dem Ausschuß für Rechtswesen überwiesen u. schließlich zurückgezogen. Zum Gesetzentwurf vgl. auch Zeitschrift für Wohnungswesen H. 18 v. 25.9.1923, S. 187.*

⁴ *Die Vorlage des WohlMinr. v. 10.4.1923 mit dem Entwurf u. Begründung (Vorgeschichte des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt), in: Rep. 151, I C Nr. 11735, Bl. 180 u. 183–195v; Bl. 196 die Sitzungssache für das StMinm.; dem LT überreicht am 26.5.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5396, S. 6344–6358. Vgl. das Gesetz v. 29.3.1924, GS, S. 180; Hirtsiefer, Die staatliche Wohlfahrtspflege in Preußen, S. 156–161 u. Polligkeit, Wilhelm (Vors. des Dt. Vereins für öffentl. u. private Fürsorge), Das preußische Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz, Berlin 1925.*

⁵ *Vgl. Friedeberg, Edmund (MinR im WohlMinm.), Reichsjugendwohlfahrtsgesetz nebst Einführungsgesetz vom 9.7.1922, Textausgabe, Berlin 1922 u. 1925; vgl. auch insgesamt: Rep. 151, I C Nr. 11735 u. Rep. 84a, Nr. 1016.*

⁶ *Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Nr. 101, S. 1–10; vom RArbMinr. (i. V. Geib) dem ReichsR übersandt am 13.3.1923. Die Vorlage des WohlMinr. v. 17.4.1923 in: Rep. 90, Nr. 1231, n.f.*

Besprechung der Reichsminister mit preußischen Ministern am 20. April 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 132, S. 411.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Richter, Hirtsiefer, Boelitz.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

1. Zahlung von Geldstrafen an die Besatzungsmächte. — 2. Strafvollzug. — 3. Kohlenverordnung Degoutte Nr. 32. — 4. Außenpolitische Lage.

¹ *Vgl. die Einladung v. 19.4.1923 mit dem Gegenstand Politische Lage in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 31 u. Rep. 90, Nr. 388, n.f.*

Nr. 292 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 24. April 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 33–33v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Wever [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Badt, H. Lucas, Cronau [alle zu 3], Jaques, Meckelburg [beide zu 1], Conze [zu 5–7].

1.–2. Bewilligung der Ausgabenerhöhungen des Landtags zu den Gesetzen über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die Sicherung der Stromversorgung im Weserquell- und Maingebiet¹ sowie über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung.² [B] — 3. Dem Gesetzentwurf³ über die Änderung des Landeswahlgesetzes wird mit einer Maßgabe zugestimmt. [B] — 4. Fünf Ernennungen. [B] — (5. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁴ über die Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 10. Februar 1923 in der Stadtgemeinde Berlin. [B] — 5. Wohnungsangelegenheit des französischen Konsulatsbeamten Telle.⁵ Im Hinblick auf die außenpolitische Situation und nach persönlich vorgetragener Bitte des Reichsaußenministers wird von einem zwangsweisen Vorgehen einstweilen Abstand genommen. [B] — 7. Regelung des Dienstes am 1. Mai.⁶ [B])⁷

¹ *Vgl. das Gesetz v. 7.4.1923, GS, S. 79.*

² *Vgl. das Gesetz v. 27.4.1923, GS, S. 147. Die Vorlage des LandMinr. zugleich im Namen des FinMinr. v. 7.4.1923 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 155–155v.*

³ *Die Vorlage des Minr.dI v. 10.4.1923 mit dem Entwurf (Begründung nicht anbei) u. die Aufzeichnungen von Referent Cronau v. 14. u. 21.4.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 118, Bl. 199–208 u. 209–212; der Entwurf mit Begründung in: Rep. 120, CB I Nr. 14 Bd. 7, n.f.; jeweils anbei auch die Voten von FinMinr. u. WissMinr. Vgl. weiterhin die Sitzungssache für das StMinm. v. 14. u. 24.4.1923, in: Rep. 151, HB Nr. 556, n.f.*

⁴ *Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 10, Nr. 5354, S. 6134; dem LT übersandt am 11.5.1923. Vgl. das Gesetz v. 24.5.1923, GS, S. 160.*

⁵ *Vgl. die Aufzeichnung von MinR Wever in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 20v.*

⁶ *Der Antrag des FinMinr. v. 24.4.1923 in: Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 259; die allg. Verfügung über die Regelung des Dienstes am 1.5.1923, Bl. 261.*

⁷ *Vgl. die Aufzeichnung von MinR Wever über die Sitzung, dem Rklr. vorgelegt am 24.4.1923, in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 20–20v.*

Nr. 293 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Mai 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 34–36; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Ramm [für Wendorff], Fleischer [für Boelitz], Hamm [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Gottstein, O. Krohne, Juckenack [alle zu 2], Schultz, Hog, Mulert, Moll, Cohn [alle zu 3], v. Achenbach [zu 4–5], Jaques, Lohmeyer [beide zu 1, 5, 7], Bansi [zu 1 und 5], E. Delbrück [zu 5 und 7], R. Krohne [zu 7], Amelunxen [zu 1, 6, 9, 11], Dulheuer, Huth [beide zu 6], Bracht [zu 9], Trendelenburg [zu 11], Conze [zu 8].

1. Bewilligung der Ausgabeerhöhung des Landtags im Gesetz¹ über die Verlegung des Fischmarktes in Altona. [B] — **2.** Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse in Preußen sowie die Milchversorgung. Auf Antrag von Wohlfahrtsminister Hirtsiefer wird die Reichsregierung ersucht, bei dem Ernst der Sachlage schnell durch wirksame Maßnahmen eine Verbilligung der Milch herbeizuführen und eine Beeinträchtigung ihres Nährwerts nicht zuzulassen. [B] — **3.** Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes; vertagt. — **4.** Zehn Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — **5.** Gesetzentwurf² über die Bewilligung von Staatsmitteln für die Erschließung der Elbinsel Wilhelmsburg. Er wird ohne das Gutachten des Staatsrats dem Landtag vorgelegt. [B] — **6.** Erneut der Gesetzentwurf³ betr. Übertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine G. m. b. H. Im Hinblick auf die politische Lage ist er nicht dem Landtag vorzulegen, vielmehr noch zunächst das Gutachten des Staatsrats abzuwarten. [B] — **7.** Verhandlungen mit Hamburg über die Finkenwerder Bahn.⁴ Zustimmung zum Bahnbau, wenn Hamburg auf die preußischen Wünsche zur Aufschließung Wilhelmsburgs, insbesondere betr. die Führung des Nord-Südkanals, eingeht. Zurückhaltung gegenüber der Eingabe des Gemeinderats in Wilhelmsburg zu den erneuten Fragen der Vereinigung [...] mit Harburg und der Stadtwerdung. [B] — **(8.)** Vorlage des Gesetzentwurfs⁵ zur Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken [...] an den Landtag. [B] — **9.** Ministerpräsident Braun weist auf die Gefahr der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet und die Notwendigkeit der unverzüglichen Schaffung von Notstandsarbeiten hin.⁶ Zur schnellen Bereitstellung größerer Notstandsarbeiten soll eine Vereinfachung des Enteignungsverfahrens in Anregung gebracht werden. [B] — **10.** Das Problem des Einspruchs gegen den Gesetzentwurf⁷ des Reichstags zur Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1.

¹ Vom 7.4.1923, GS, S. 80.

² Die Vorlage des HandMinr. v. 28.4.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 25 Bd. 2, n.f.; hier auch die Niederschr. der kommissar. Besprechung über die den preuß. Nachbargemeinden Hamburgs zu gewährenden Unterstützungen. Der Entwurf wurde dem LT vorgelegt am 22.5.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5190, S. 6196–6199. Vgl. das Gesetz v. 24.9.1923, GS, S. 452.

³ Die Vorlage des HandMinr. v. 30.4.1923 in: Rep. 84a, Nr. 11092, Bl. 210–211, zur Haltung des StR, Bl. 212–213. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 28.5.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5393, S. 6322–6340, mit 5 Anlagen, darunter das Gutachten des StR, S. 6340. Vgl. das Gesetz v. 9.10.1923, GS, S. 467.

⁴ Die Vorlage des HandMinr. v. 21.4.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f.; die Niederschr. über die Verhandlung am 17.4.1923, ebd.

⁵ Vgl. den Urantrag der Abg. Limbertz (Essen) u. a. v. 9.5.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5335, S. 6108 u. das Gesetz v. 24.5.1923, GS, S. 160.

⁶ Vgl. bes. den Bericht des OPräs. von Westfalen v. 20.4.1923 in: Rep. 90, Nr. 1150, Bl. 175; der erwähnte Bericht des RegPräs. in Düsseldorf v. 25.3.1923 dort nicht enthalten; die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 1.5.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 186–186v.

⁷ Vgl. den Antrag Dittmann u. Gen. v. 24.3.1923 in: Drucks. RT, 1. WP 1920, Bd. 377, Nr. 5757, S. 6689. Vgl. auch das Gesetz v. 14.5.1923, RGBl. I, S. 287.

November 1921, der den Gemeinden und Ländern unerträgliche Lasten aufbürdet. Weisungen an die Vertreter Preußens im Reichsrat.⁸ [B] — 11. Bereitstellung finanzieller Mittel für die Unterstützung des Theaters in Saarbrücken und Verhandlungen wegen des Reichsanteils. [B] — 12. Mitteilung über die Vermögensobjekte des Prinzen Friedrich Leopold. Die [...] Staatsminister sollen zunächst noch mit ihren Parteien Fühlung nehmen. [B])

⁸ Vgl. den Entwurf eines Antrags des Wohlfinr. an den MinPräs. u. die Minr. v. 13.4.1923 auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in: Rep. 90, Nr. 1142, Bl. 86–86v.

Nr. 294 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Mai 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 37; MF 1030. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 120, C V Nr. 6 Bd. 10. n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], v. Bornstedt [RK], Nobis, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Schultz, Hog, Frielinghaus, Mulert, Moll, Schlüter, Cohn.

1. Beratung zum Entwurf¹ einer Gewerbesteuer; soll grundsätzlich als Gemeindesteuer aufgezogen werden. [B] – (Bestellung von Oberbürgermeister K. Jarres auch zum Vertrauensmann der Staatsregierung, nachdem diesem die ständige Außenvertretung der Zentralstelle Rhein-Ruhr im besetzten Teil der Rheinprovinz und im Ruhrgebiet durch den Reichskanzler [...] übertragen worden ist. [B])

¹ Die Vorlagen des FinMinr. v. 22.3., 9.4. u. 20.4.1923 mit dem Entwurf sowie allg. u. bes. Begründung, in: Rep. 120, C V Nr. 6 Bd. 10, n.f.; hier auch ein im MdI ausgearbeiteter vorläufiger Sachbearbeiterentwurf, dem MinPräs. am 26.4.1923 übersandt; der aufgrund der Beschlüsse des StMinm. umgearbeitete Entwurf, vom FinMinr. am 22.5.1923 übersandt, sowie die Voten des Minr.dI v. 28.5. u. WissMinr. v. 5.6.1923.

Nr. 295 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 8. Mai 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 38–40v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bornstedt [RK], Weismann, Nobis, Cronau [und als Kom. zu 7], Meister, Sachs; als Kommissare Ramm, Vollbach [beide zu 1], E. Delbrück [zu 1–2], Scheidt, Conze, O. Lehmann, Dzialowski [alle zu 2], Abegg, Bachmann, Müller, Metz, König, v. Dungern, Behm, Renner, Schneller, Wackermann [alle zu 3], Klapper [zu 4], Jaques, Meckelburg [beide zu 5], Mussehl [zu 6].

1. Reichsgesetzentwurf¹ zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24; grundsätzliche Zustimmung.[B] — 2. Gesetzliche Erhöhung der staatlichen Wohnungsbauabgabe.² Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage, die dem Landtagsbeschluß folgt, genügend Mittel als Landesdarlehen für die Errichtung von mindestens 20 000 Kleinwohnungen 1923 bereitzustellen. [B] — 3. Regelung der Höherstufung der Polizeibeamten im einzelnen.³ [B] — 4.–6. Zustimmung zur Einbringung folgender Gesetzentwürfe im Staatsrat: Über ein verändertes Verfahren zur Verleihung von Steinkohlenfeldern an den Staat.⁴ Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Ausbau von Wasserkraften der unteren Fulda.⁵ Abänderung der Hannoverschen und Preußischen Gesetze über die Hannoversche Landeskreditanstalt⁶. [B] — 7. Teilnahme an der Feier des 75. Jahrestages der Eröffnung der Nationalversammlung in Frankfurt/M.⁷ [B] — 8. 14 Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — 9. Zustimmung zur Einbringung des Gesetzentwurfes⁸ [...] über die Errichtung eines Oberlandesgerichts in Beuthen [...] im Staatsrat. [B]

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Bd. 1, Nr. 149, S. 1–4; dem LandMinr./StKom. für Volksernährung übersandt am 27.4.1923, Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 10, n.f.; vgl. weiterhin die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 7.5.1923 (Nachtrag v. 8.5.1923) für den MinPräs. zur Sitzung, ebd. Vgl. das Gesetz v. 23.6.1923, RGBl. I, S. 410.

² Die Vorlage des WohlMinr. (i. V. Scheidt) v. 7.5.1923 in: Rep. 84a, Nr. 9183, Bl. 190–191 u. Rep. 90, Nr. 1740, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 8.5.1923 für den MinPräs. zur Sitzung. Der Entschließungsantrag der Abg. Limbertz (Essen) u. a. v. 20.3.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 4935, S. 5811 u. der Beschluß v. 20.4.1923, Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, 232. Sitzung am 20.4.1923, Sp. 16583 f. Vgl. VO betr. die Erhebung einer Wohnungsbauabgabe in Preußen v. 4.5.1923, GS, S. 151.

³ Die Anträge u. Schreiben (Voten) des FinMinr. v. 15. u. 23.3. bzw. 27.4. u. 7.5.1923, in: Rep. 120, A I 1 Nr. 40 Bd. 4, n.f.; vgl. auch die Niederschr. über die im FinMinr. am 16.4.1923 abgehaltene Sitzung betr. die Besoldung der Polizeibeamten, ebd.

⁴ Vgl. Drucks. StR 1923, Bd. 1, Nr. 173, Sp. 1–3. Vgl. das Gesetz v. 3.1.1924, GS, S. 17.

⁵ Vgl. Drucks. StR 1923, Bd. 1, Nr. 176, Sp. 1–3; die Vorlage des HandMinr. zugleich im Namen des FinMinr. v. 24.4.1923 mit dem Entwurf u. Begründung, in: Rep. 76, Ila Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n.f.

⁶ Vgl. Drucks. StR 1923, Bd. 1, Nr. 174, Sp. 1–3. Vgl. das Gesetz v. 26.7.1923, GS, S. 358.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben des RMinr. dl Oeser an die Landesregierungen v. 26.4.1923 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 4, Bl. 15–16.

⁸ Vgl. Drucks. StR 1923, Bd. 1, Nr. 175, Sp. 1 f.; am 15.5.1923 vom StR durch einen Ausschußantrag v. 14.5. (Drucks. Nr. 182) abgelehnt, Sitzungsberichte StR 1923, 15. Sitzung, Sp. 319–338.

Nr. 296 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 15. Mai 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 41–42v; MF 1030. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 274/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bornstedt [RK], Weismann, Cronau [und als Kom. zu 7], Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Gerlach, R. Krohne, Gähns, Amelunxen, Bardow [alle zu 1], Zachariae, Trendelenburg [alle zu 7], Scheidt, Conze, O. Lehmann [alle zu 4], Aßmann, Hillebrandt, Froelich [alle 5–7].

1. Notstandsarbeiten am Mittellandkanal.¹ Beim Reich ist vorstellig zu werden, daß es entsprechend der übernommenen Verpflichtung alsbald den Bau [...] in Angriff nimmt. [B] — 2. Der Verkauf staatsforsteigenen Geländes der Oberförsterei Hilchenbach [...] zu Siedlungszwecken sowie

¹ Die Vorlage des LandMinr. v. 30.4.1923 in: Rep. 76, Ila Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 1, n.f.

die Höhersetzung der Grenze für die Mitbeteiligung des Finanzministers bei fiskalischen Landverkäufen; *vertagt*.² — 3. *Neun Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze*. [B] — 4. *Geszentwurf über Erhöhung der Wohnungsbauabgabe*.³ *Für einen schnellen Erlaß eines Deklarationsgesetzes zum Gesetze*⁴ vom 27. März 1923 durch das Reich im Hinblick auf § 10, daß der dort festgesetzte Abgabebetrag einer landesgesetzlichen Erhöhung der Abgabe nicht entgegensteht.⁵ [B] — (5. *Notstandsaktion*⁶ für die durch schwere Sturm- und Hagelschäden betroffenen Ortschaften in den Kreisen Nimptsch und Brieg in Niederschlesien. *Außerplanmäßige Bereitstellung von finanziellen Mitteln*. [B] — 6. *Vorlage des Geszentwurfs*⁷ zur Änderung des Landeswahlgesetzes an den Landtag, *gegebenenfalls auch ohne eine Stellungnahme des Staatsrats*. [B] — 7. *Vermögensauseinandersetzung. Stellungnahme zum Antrag*⁸ des MdR Müller (Franken) und Gen. betr. Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern⁹; a. *Abgabe einer Erklärung* durch die preußischen Vertreter im Reichsrat, zu dem Antrag erst Stellung zu nehmen *nach seiner Annahme* im Reichstag; b. Im Hinblick auf die politische Lage *ist von einer materiellen Erörterung der Vorlage von Finanzminister Richter*¹⁰ abzusehen, jedoch grundsätzlich *dazu bereit zu sein. Sollte eine reichsgesetzliche Regelung der Auseinandersetzungsfrage nicht zustande kommen, ist dem Versuch einer Lösung im Wege des Schiedsvertrages zuzustimmen*. [B])

² *Auf Wunsch des FinMinr.*, vgl. *Spezialakten*, Bd. 18, Bl. 191.

³ *Die Vorlage des Wohlfinr. v. 14.5.1923 mit dem Entwurf u. die Vorlage von Referent Amelunxen v. 15.5.1923 für den MinPräs. zur Sitzung*, in: *Rep. 90, Nr. 1740, n.f.*; vgl. auch *Rep. 84a, Nr. 9183, Bl. 193–194v*.

⁴ *RGBl. I, S. 235*.

⁵ *Zum Beschluß des ReichsR v. 21.6.1923, dem Entwurf zuzustimmen*, vgl. *Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 40. Sitzung, S. 491*.

⁶ *Vgl. dazu Rep. 84a, Nr. 3425, Bl. 26 ff.*; *Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 12, Bl. 38 ff. u. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 11, Nr. 5406, S. 6379*.

⁷ *Vgl. den entsprechend den Beschlüssen des StMinm. v. 24.4.1923 geänderten Entwurf mit Begründung in: Rep. 90, Nr. 118, Bl. 217–258; dem LT übersandt am 30.5.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5399, S. 6361 bis 6371, mit 1 Anlage. Vgl. das Gesetz v. 26.10.1924, GS, S. 659*.

⁸ *Vom 4.5.1923 in: Drucks. RT, 1. WP 1920, Bd. 377, Nr. 5778, S. 6723 f.*

⁹ *Die Vorlage des FinMinr. v. 12.5.1923 in: Rep. 90, Nr. 236, n.f. u. Rep. 120, CB I Nr. 155 Bd. 2, n.f.*

¹⁰ *Vom 22.2.1923 in: Rep. 90, Nr. 236, n.f.*

Nr. 297 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Mai 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis, Bd. 172, Bl. 43–44; MF 1030. — *Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Braun [V], Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Hamm [RK], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Abegg [zu 1], Grosser [zu 4], Fellingner [zu 2], Amelunxen [zu 5–8, 12], Cronau [zu 10–11], Cohn [zu 13].

1. *Mitteilungen über die politische Lage. Bericht von W. Abegg über den Stand der Aufruhrbewegung im Ruhrgebiet und die Abwehrmaßnahmen [...] der Regierung, insbesondere die Bildung des Selbstschutzes. Gleichfalls Erörterung der außenpolitischen Lage. Dabei Antrag an den Reichskanzler auf beschleunigte Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Reichsrats, um zur Frage der neuen Antwortnote an die Entente bzw. des nächsten Schrittes der Reichsregierung in der Reparationsfrage Stellung zu nehmen*. [B] — 2. *Kein Einspruch zu den*

*Beschlüssen*¹ des Reichstags zum Reichsentlastungsgesetz und zu den Nebengesetzen. [B] — **3.** *Zustimmung* zu den Beschlüssen des Reichstags zum Reichshaushaltsplan.² [B] — **4.** Die Finanzlage Preußens. *Bericht von Richter* über die ernste Finanzlage *des Staates*. — **5.** Bedeichung der Grohde auf Norderney.³ *Die Arbeiten sind durchzuführen, und ein Gesetzentwurf*⁴ ist dem Landtag für die Mittel der Bedeichung [...] im Wege einer Anleihe vorzulegen. *Ersuchen an den Finanzminister, Vorschüsse* zur Anschaffung der Materialien und zur Beschäftigung der Erwerbslosen [...] zur Verfügung zu stellen, nötigenfalls *darüber* mit dem Reiche *zu verhandeln*. [B] — **6.** Aufhebung des Brückenzolls auf den Rheinbrücken. Der Minister des Innern *wird beauftragt*, wegen Ersatzes des Ausfalls [...] beim Reich vorstellig zu werden. [B] — **7.** Der Verkauf staatsforsteigenen Geländes der Oberförsterei Hilchenbach [...] zu Siedlungszwecken⁵; inzwischen *erledigt*. Höhersetzung der Grenze für die Mitbeteiligung des Finanzministeriums bei fiskalischen Landverkäufen; *vertagt*. — **8.** Veräußerung von Domänen auf Grund des § 2 des Reichssiedlungsgesetzes; *vertagt*. — **9.** *Ernennung und Verlängerung der Altersgrenze*. [B] — **10.** *Erneut der Antrag des MdR Müller* (Franken) und Gen. *betr.* Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern. Das Staatsministerium *läßt es beim Beschluß vom 25. Mai bewenden*. [B] — **(11. Amtsbezeichnungen. Eine gesonderte und vorzeitige** *Regelung der Frage der neuen Amtsbezeichnung für die Kalkulatoren des Landtags*⁶ *wird nicht für opportun gehalten*. [B] — **12.** *Es wird davon abgesehen*, Oberbürgermeister K. Külb, *der vom Reichskanzler* [...] zum Vertreter der Rhein-Ruhr-Zentrale in Hessen und im Reg.-Bez. Wiesbaden *bestellt worden war, auch zum Vertrauensmann der Preußischen Regierung zu bestellen*. [B] — **13.** *Ablehnung des Antrags*⁷ *des Oberbürgermeisters von Berlin, anläßlich der Berliner Turn- und Sportwoche die Bannmeile* [...] für den Landtag *aufzuheben, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen*. [B])

¹ Vgl. Drucks. RT, I. WP 1920, Bd. 375, Nr. 5042, S. 1–105; vom RMinr. Wiederaufbau (i. V. Müller) dem RT vorgelegt am 16.10.1922; die Berichte des 24. Ausschusses über den Entwurf ebd., Bd. 377, Nr. 5850, 5852 u. 5859, S. 6844 bis 6870, 6872–6880 u. 6928–6939.

² Vgl. den Gesetzentwurf betr. die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1923 in: Drucks. RT, I. WP 1920, Bd. 376, Nr. 5468, S. 5995 f., von RFinMinr. Hermes dem RT vorgelegt am 5.1.1923; weiterhin die 3. Lesung v. 12.–16.5.1923, StenBerRT, I. WP 1920, Bd. 360, 352.–356. Sitzung, S. 10991 ff. Vgl. das Gesetz v. 4.6.1923, RGBl. II, S. 231.

³ Die Vorlage des LandMinr. v. 8.5.1923 in: Rep. 77, Tit. 76 Nr. 18 Beiheft 1, Bl. 1–2v; das Votum des Wohlfinr., Bl. 8–8v.

⁴ Vgl. den Entwurf von LandMinr. u. FinMinr., am 8.6.1923 dem StMinm. übersandt, in: Rep. 77, Tit. 76 Nr. 18 Beiheft 1, Bl. 10–12; dem LT übersandt am 24.8.1923, Drucks. LT, I. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 6768, S. 7238 f. Vgl. das Gesetz v. 24.1.1924, GS, S. 58.

⁵ Die Vorlage des LandMinr. v. 28.4.1923 in: Rep. 84a, Nr. 2053, Bl. 284–285.

⁶ Vgl. dazu die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 24.5.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 580, Bl. 165–167.

⁷ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 298 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Mai 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur von der Hand Nobis, Bd. 172, Bl. 46–46v; MF 1030. — *Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Bracht [für Hirtsiefer], Hamm [RK], Weismann, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Arnoldi [zu 2–3], Umpfenbach [zu 2], Amelunxen [zu 2–3], Rastell [zu 3], Fimmen, Badt, Klempin, Boës, Renner, Cronau [alle zu 4].

1. Mitteilungen über die politische Lage. *Eingehender Bericht von Severing* über die innerpolitische Situation. — 2. Die Höhersetzung der Wertgrenze für die Mitbeteiligung des Finanzministers bei fiskalischen Landverkäufen; *vertagt*. — 3. *Alleinige Entscheidungsbefugnis des Landwirtschaftsministers* bei Veräußerung von Domänen auf Grund des § 2 des Reichssiedlungsgesetzes.¹ [B] — 4. Stellungnahme zu den Beschlüssen des 23. Ausschusses des Reichstags *betr. das Beamtenvertretungsgesetz*; *vertagt*. — 5. *Versetzung in den einstweiligen Ruhestand*. [B] — (6. *Finanzielle Mittel für die* infolge Unwetters *erforderlichen* Notstandsmaßnahmen in den Kreisen Falkenberg und Oppeln. [B])

¹ Die Vorlage des LandMinr. v. 11.5.1923 in: Rep. 84a, Nr. 2053, Bl. 286–288 u. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 169–171v; anbei auch der Änderungsantrag des FinMinr. v. 9.6.1923 zum Protokoll.

Nr. 299 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juni 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 48–48v; MF 1030. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], Ramm [für Wendorff], Hamm [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fimmen, Klempin, P. Becker [alle zu 3], Boës [zu 1 und 3], Renner [zu 3], Cronau [zu 1 und 3], Amelunxen [zu 2], Weyhe, v. Geldern [beide zu 1].

1. *Besoldung. Auftrag an die Bevollmächtigten zum Reichsrat für die Behandlung des Entwurfs*¹ einer erneuten Ergänzung des Besoldungsgesetzes. [B] — 2. *Die Ausgabeerhöhung des Landtags* im Gesetz² *betr. Beteiligung des Preußischen Staates an der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft wird bewilligt*. [B] — 3. *Beschlüsse* des Reichstags³ *betr. das Beamtenvertretungsgesetz. Es wird festgestellt*, daß ein Gesetzentwurf mit der Gesamttendenz der Ausschlußbeschlüsse zweiter Lesung nicht nur aus beamtenpolitischen, sondern auch aus finanziellen und außenpolitischen Gründen untragbar *und geeignet ist*, die verfassungsmäßige Stellung der Minister zu erschüttern. *Deshalb wird der Finanzminister beauftragt*, bei der Weiterbehandlung des Entwurfs die preußische Auffassung – möglichst gemeinschaftlich mit den übrigen Landesregierungen – zur Geltung zu bringen. [B]

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Nr. 172, S. 1–4; zum Beschluß des ReichsR mit Stimmenmehrheit, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen, vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 36. Sitzung am 5.6.1923, S. 418 bis 421. Vgl. die 9. Ergänzung des Besoldungsgesetzes v. 18.6.1923, RGBL. I, S. 385.

² Die Vorlage des HandMinr. v. 29.5.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n.f.; der Gesetzentwurf v. 3.3.1923 in: Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4839, S. 5671 f. Vgl. das Gesetz v. 15.6.1923, GS, S. 278; vgl. auch Stier, Staat und Strom, S. 265.

³ Die Zusammenfassung der XII. Beschlüsse des 23. Ausschusses in 2. Lesung in: Rep. 151, I B Nr. 4491, n.f.; hier auch die Sitzungssache für das StMinm. Die Vorlage des FinMinr. v. 26.5.1923 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 300 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 12. Juni 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 49–50, Anlage¹, Bl. 50a; MF 1030/1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], Ramm [für Wendorff], Weismann, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare Henatsch [zu 2], Mulert, Moll [beide zu 2–3], Cohn [zu 2], Amelunxen [zu 3], Sattelmacher, Landé [beide zu 5], Jaques [zu 6, 8–12], Lohmeyer [zu 6], Meckelburg [zu 8–12].

1. Der im Gesetz betr. den Ausbau von Wasserkraften an der unteren Fulda vorgesehene Bau der Staustufe bei Freienhagen sowie der Bau eines zweiten Wasserkraftwerks bei Dörverden an der Weser; *vertagt.*² — **2.** *Gesetzentwurf*³ zur Anpassung der Steuersätze an die Geldentwertung. *Zustimmung mit einer Maßgabe.* [B] — **3.** *Gesetzentwurf*⁴ zur Regelung verschiedener Fragen des kommunalen Abgaberechts. *Zustimmung mit einer Streichung.* [B] — **4.** *Drei Ernennungen.* [B] — **5.** *Pensionssache.*⁵ [B] — **6.** *Zustimmung zum Gesetzentwurf*⁶ über die Unterhaltung und den weiteren Ausbau des Stettiner Hafens. [B] — **7.** *Gesetzentwurf*⁷ zur Abänderung des Mittelschullehrer-Diensteinkommengesetzes. *Zustimmung.* [B] — **(8.** *Änderungen in der Einstufung der Polizeibeamten.*⁸ [B] — **9.** *Gesetzentwurf betr. die Beteiligung des Preußischen Staates an einer für den Ausbau von Kraftwerken am Untermain zu gründenden Aktiengesellschaft. Beschlußfassung wird ausgesetzt.* [B] — **10.** *Ruhegehälter und Wartegelder. Instruierung der Bevollmächtigten zum Reichsrat. Bei Wiederaufnahme der Behandlung des Reichsgesetzentwurfs über deren Kürzung. Es ist zunächst für die Vertagung der Angelegenheit einzutreten. Gegebenenfalls ist die bisherige Stellungnahme⁹ Preußens zum Entwurf aufrechterzuhalten.* [B] — **11.** *Differenzen über die Verfügung von Justizminister am Zehnhoff wegen Änderung der juristischen Prüfungsordnung.* [B] — **12.** *Probleme der Anstellung von Max Schneider als Leiter der Porzellanmanufaktur.*¹⁰)

¹ Zu TOP 8: Einstufungstabelle der Polizeibeamten.

² Vom HandMinr. selbst zurückgezogen, vgl. *Spezialakten, Bd. 18, Bl. 201; seine Vorlage v. 2.6.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n.f.*

³ Die Vorlage von FinMinr. u. Minr.dI v. 6.6.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: *Rep. 120, C V Nr. 82 Bd. 1, n.f. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 29.6.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 11, Nr. 6226, S. 6854–6859; zu den Ausschlußbeschlüssen v. 9.7.1923 vgl. Rep. 77, Tit. 87 Nr. 63 Bd. 3, Bl. 215–217. Vgl. das Gesetz v. 31.7.1923, GS, S. 361.*

⁴ Die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 5.6.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: *Rep. 151, II Nr. 826, Bl. 78–85. Der Entwurf wurde dem LT überreicht am 30.6.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 11, Nr. 6223, S. 6846–6850. Zu den Ausschlußbeschlüssen vgl. Rep. 77, Tit. 87 Nr. 63 Bd. 3, Bl. 218–219v. Vgl. das Gesetz v. 8.8.1923, GS, S. 377.*

⁵ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. *Rep. 90, Annex H Nr. 830.*

⁶ Die Vorlage von HandMinr. u. FinMinr. v. 8.6.1923 mit dem Entwurf, Begründung u. 5 Anlagen in: *Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n.f.; dem LT übersandt am 30.6.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 11, Nr. 6227, S. 6861–6864. Vgl. das Gesetz v. 22.9.1923, GS, S. 451.*

⁷ Die Vorlage von WissMinr., FinMinr. u. Minr.dI v. 17.5.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: *Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 69 Bd. 1, n.f.; dem LT übersandt am 19.6.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 11, Nr. 6165 (b u. c), S. 6760 bis 6763. Vgl. die Gesetze v. 10.7. u. 16.8.1923, GS, S. 322 u. 397.*

⁸ Vgl. das Schreiben des FinMinr. (i. V. Weber) v. 12.6.1923 in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 40 Bd. 4, n.f. Der RFinMinr. hatte gegen den Beschluß des StMinr. v. 8.5.1923 formell Einspruch eingelegt.*

⁹ Vgl. Sitzung am 26.8.1921, TOP 6.

¹⁰ Vgl. zur Einstellung von Schneider (SPD) durch HandMinr. Siering vgl. Steffani, Winfried, *Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtags zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1960, S. 159; speziell zum Widerspruch von FinMinr. Richter sein Schreiben v. 8.10.1923 in: Rep. 90, Nr. 971, n.f. Vgl. Sitzung am 16.7.1924, (TOP 6).*

Nr. 301 Mittagssitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 20. Juni 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 51–52; MF 1031. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 258; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar.

Stellungnahme zur Aufforderung [...] der demokratischen Partei¹ an das Staatsministerium, sich ausdrücklich mit Innenminister Severing solidarisch zu erklären und die Vertrauensfrage zu stellen sowie vom Landtag ein solches Vertrauensvotum zu fordern. Darauf Severing: er ist persönlich [...] an einem solchen Vertrauensvotum desinteressiert, schlage jedoch nach diesem Schritt der Demokraten die Abgabe einer Vertrauenskundgebung durch die Koalitionsparteien vor, im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die Koalition auch weiterhin für notwendig zu erachten und geschlossen hinter dem Staatsministerium zu stehen. Zustimmung zu diesem Vorschlage. [B]

¹ *Vgl. Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, 257. Sitzung am 18.6.1923, Sp. 18339 f.: Rede des Abg. W. Schreiber. Zu den vorausgegangenen Mißtrauensanträgen der DNVP v. 21.4. u. 9.6.1923 gegen Severing, die beide nach namentlichen Abstimmungen abgelehnt wurden, vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 10, Nr. 5064, S. 5940 u. Bd. 11, Nr. 5735, S. 6500 sowie Sitzungsberichte LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, 237. u. 254. Sitzung am 4.5. u. 14.6.1923, Sp. 16915–16924, 16926–16930 u. 18085, 18142–18146; vgl. auch Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 399 f.*

Nr. 302 Nachmittagssitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 20. Juni 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 53–53v; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], Nobis, Goslar; als Kommissare R. Krohne, Ha. Schulze, Gähns, Rathenau, P. Becker, Helferich, v. Wedel, Johanssen, Thon.

Bahnbau Niebüll-Westerland. Aufrechterhaltung des Beschlusses vom 31. März 1922 über den Baukostenbeitrag. Bestätigung der preußischen Zusage gegenüber dem Reichsverkehrsminister. [B]

Nr. 303 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juni 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 54–55v; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: L. Weber [für Richter], C.H. Becker [für Boelitz], Wever [RK], Nobis, Meister, Sachs, Goslar; als Kommissare Trendelenburg [zu 2], E. Delbrück [zu 2–4], Wittelshöfer [zu 5], Cohn [zu 5 und 7], Gottstein, v. Tschammer, W. Koenig [alle zu 6], Trautmann [zu 7].

1. 21 Ernennungen, zwei Verlängerungen der Altersgrenze und eine Ablehnung. [B] — 2. Richtlinien¹ für die Verteilung der Beihilfen zur Behebung kultureller Notstände. *Instruktion der preußischen Vertreter im Reichsrat, grundsätzlich für eine Stärkung des Einflusses der Länder bei der Verteilung des Fonds einzutreten und einen preußischen Gegenentwurf² anzukündigen.* [B] — 3.–4. Bewilligung der Ausgabenerhöhungen des Landtags bei den Gesetzentwürfen über die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Vervollständigung und Verbesserung der Betriebseinrichtungen des Kraftwerks in Dörverden und dessen Umspannwerke sowie des Lippekraftwerks in Hamm³ und über Änderung des Gesetzes über Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung von Bodenverbesserungen vom 1. April 1922.⁴ [B] — 5. Entwurf⁵ einer Verordnung über die weitere Erhöhung der Unterstützungen für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung. *Der Verdreifachung der Unterstützungen für Sozialrentner wird die Zustimmung nicht versagt.* Grundsätzlich ist der Standpunkt zu vertreten, daß die im Reichsetat für Sozialunterstützungen vorgesehenen Mittel [...] erheblich erhöht werden und der Verteilungsmodus zu Gunsten der [...] übermäßig belasteten Gemeinden geändert wird. [B] — 6. Reichsgesetzentwurf⁶ zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Bevollmächtigten zum Reichsrat werden beauftragt, Einspruch zu beantragen. [B] — 7. Die Anwendung des Amnestiegesetzes von 1922 auf Straftaten gegen das Entwaffnungs- und Sprengstoffgesetz.⁷ Dem Standpunkt des Justizministers wird zugestimmt. [B]⁸

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Nr. 205, S. 1 f.; von RMinr. dI Oeser dem ReichsR vorgelegt am 13.6.1923.

² Der Antrag Preußens als Anlage zu den Drucks. des ReichsR u. in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 12 Beiheft A, n.f., dort auch weiteres Material. Die vom ReichsR am 5.7.1923 genehmigte Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 44. Sitzung, S. 547 u. 554, Anlage.

³ Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 10, Nr. 4987, S. 5863–5865; dem LT übersandt am 26.3.1923. Vgl. das Gesetz v. 13.7.1923, GS, S. 314.

⁴ Der Entwurf von LandMinr. u. FinMinr. v. 15.3.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n.f.; hier auch die Vorlage des LandMinr. v. 23.6.1923. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 30.6.1923, Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 11, Nr. 5738, S. 6498. Vgl. das Gesetz v. 16.8.1923, GS, S. 398.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1923, Nr. 225; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR vorgelegt am 22.6.1923. Die Zustimmung des ReichsR mit einer Maßgabe in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 39. Sitzung am 14.6.1923, S. 466.

⁶ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1920, Bd. 1, Nr. 71, S. 1–20; von RMinr. dI Koch dem ReichsR vorgelegt am 10.3.1920. Zum Einspruch des ReichsR vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 43. Sitzung am 2.7.1923, S. 530–532.

⁷ Die Vorlage des JMinr. v. 24.6.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 456–457.

⁸ Vgl. die Aufzeichnung von MinR Wever über die Sitzung in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 21–22.

Nr. 304 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 3. Juli 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 56–57; MF 1031. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 275/I, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Ramm [für Wendorff], Nobis, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare E. Delbrück [zu 1–3], R. Krohne [zu 2–3].

1. Bewilligung der vom Landtage beschlossenen Erhöhungen der Ausgabeansätze im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1923.¹ — *Keine Einwände gegen die neuen Amtsbezeichnungen für die Landtags- und Eichungsbeamten.* [B] — 2. Antrag² des Reichsministers des Innern auf Zurückstellung des Gesetzentwurfs über die Erschließung der Elbinsel Wilhelmsburg im Landtag; *ihm wird nicht entsprochen.* [B] — 3. Vertretung des Staatsministeriums bei der Einweihung des Flensburger Freihafens durch den Handelsminister. [B] — 4. Erhöhung der Entschädigung der Schöffen und Geschworenen sowie der Zeugen und Sachverständigen; *vertagt.* — 5. *Sechs Ernennungen.* [B] — (6. *Abwehrkampf im Ruhrgebiet.* Auf Anregung von Innenminister Severing wird einstimmig Ministerpräsident Braun beauftragt, der Reichsregierung gegenüber die ernstesten Bedenken der Preußischen Regierung wegen der Entwicklung des Abwehrkampfes im Einbruchgebiet zum Ausdruck zu bringen, und zwar mit dem besonderen Hinweis auf die durch die neuesten Sabotageakte entstandene Lage, welche sowohl innen- wie außenpolitisch zu den allerschwersten Besorgnissen Anlaß gibt und geeignet ist, die Fortführung des Abwehrkampfes in Frage zu stellen.³ *Deshalb unverzügliche Kontaktnahme des Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler, um in einer gemeinschaftlichen Sitzung den ganzen Komplex des Abwehrkampfes, insbesondere die Stellungnahme beider Regierungen zu den Sabotageakten, zu erörtern und klare Richtlinien für den weiteren Abwehrkampf aufzustellen. Dabei auch Behandlungen der immer schwieriger werdenden Ernährungslage im Ruhrgebiet.* [B]

¹ Die Vorlage des FinMinr. v. 27.6.1923 in: Rep. 90, Nr. 1389 u. 1391, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 30.6.1923 für den MinPräs. zur Sitzung.

² Der Antrag v. 23.6.1923 in: Rep. 90, Nr. 288, Bl. 33–33v; die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 30.6.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 34; das Antwortschreiben Brauns v. 27.7.1923, Bl. 36–37v.

³ Der Abdruck des Beschlusses bei Braun, *Von Weimar zu Hitler*, S. 125.

Nr. 305 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 10. Juli 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 58–59v; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], Nobis, Meister, Goslar; als Kommissare Hylla [zu 1], E. Delbrück [zu 1, 4–6], Bandmann, Cronau [beide zu 3], Mulert, Moll [beide zu 4–6], Schultz, Hog [beide zu 4–5], Burckhardt [zu 8].

1. Maßnahmen zur Unterstützung des Schulbuchgewerbes. — Änderung des Pressenotgesetzes. [B] — 2. *Sechs Ernennungen.* Kontaktaufnahme des Innenministers mit den Provinzialausschüssen wegen Ernennung des Regierungspräsidenten A. Proske in Marienwerder zum Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien und des kommissarischen Regierungspräsidenten in Oppeln R. Brauweiler zum Regierungspräsidenten in Marienwerder.¹ [B] — 3. Die Feier des Verfassungstages. *Zustimmung zum Beschlußentwurf mit Änderungen und mit der Aufnahme eines Bekenntnisses zu Rhein und Ruhr.*² [B] — 4. Federführung bei der Ausführung des Gewerbesteuergesetzes.³ *Die*

¹ Die Anträge des Minr.dI v. 30.6.1923 in: Rep. 84a, Nr. 8184, Bl. 183–184.

² Vgl. den Beschluß in: MinBl. innere Verw. Nr. 30 v. 18.7.1923, Sp. 771 f.

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 6.7.1923 in: Rep. 120, C V Nr. 6 Bd. 10, n.f.; der Antrag des Minr.dI v. 28.5.1923, ebd. Zu den Entwürfen A (Vorläufiger Referentenentwurf) u. B (allg. Begründung) vgl. ebd., Bd. 9, n.f.

Übertragung auf das Ministerium des Innern wird abgelehnt, die Ausübung hat durch die Minister des Innern und der Finanzen zu erfolgen. [B] — 5. Übereinstimmung mit dem Inhalt des Entwurfs⁴ eines Steuerverteilungs- und Dotationsgesetzes, Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz. [B] — 6. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ über Vorausleistungen zum Wegebau. [B] — 7. Zustimmung zum vom Landtag beschlossenen Gesetz⁶ betr. Abänderung des Gesetzes über die weitere Beteiligung Preußens an der Ostpreußenwerk-Aktiengesellschaft. [B] — (8. Bericht des Staatskommissars für Volksernährung über die Ernährungslage im besetzten und Einbruchsgebiete, besonders über die Errichtung und Auffüllung von Vorrats- und Konsignationslagern und die dafür erforderlichen Kredite. Unterstützung seiner Pläne und Maßnahmen mit dem durch den Ernst der Sache gebotenen Nachdruck. [B])

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 7.7.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 2, Bl. 339–356; dem LT übersandt am 7.9.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 6830, S. 7299–7320. Vgl. das Gesetz v. 30.10.1923, GS, S. 487.

⁵ Die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 4.7.1923 mit dem Entwurf u. allg. Begründung in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 12, Bl. 16–26; der Entwurf über die Erhebung von Abgaben für die Wegebenutzung wurde dem LT übersandt am 18.9.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 6922, S. 7451–7460. Der Gesetzentwurf (Wegeabgabengesetz) wurde zurückgezogen.

⁶ Vgl. das Gesetz v. 8.8.1923, GS, S. 393.

Nr. 306 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juli 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 60–62; MF 1031. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2338, Bl. 95–96v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], Hamm [RK], Weismann, Cronau, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund [zu 1–5], Mulert, v. Leyden, Froelich [alle zu 1], Amelunxen [zu 2–3], Gottstein, O. Krohne, Juckenack [alle zu 3], Neumann [zu 4], Bandmann, Cronau [beide zu 5], Abegg [zu 7].

1. Entwurf¹ einer Preußischen Kreisordnung. Zustimmung mit zwei Ergänzungen. Zur Begründung zu § 46: Ernennung des Landrats. Es wird als das für die Zukunft anzustrebende Ziel betrachtet, für die Ernennung zum Landrat in der Regel die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst zu verlangen, daß jedoch zur Zeit diese Forderung aus politischen Gründen noch nicht durchführbar erscheint. Aufnahme einer Bemerkung in die Begründung zu der Bestimmung des § 100, daß diese nur dann zur Anwendung kommen soll, wenn das bisherige Kreisblatt in aufreizender und gehässiger Weise die bestehende Regierung angreift, verleumdet oder beschimpft. [B] — 2. Rechtzeitige Benachrichtigung des Ministerpräsidenten über Vorgänge [...] von politischer Bedeutung, um zu einer aktiveren Pressepolitik zu kommen. [B] — 3. Die zur Behebung der gesundheitlichen Not des deutschen Volkes zu ergreifenden besonderen Maßnahmen.² Der Reichskanzler wird ersucht, in

¹ Der als Beschlußgrundlage für das StMinm. gedachte, vom Minr.dI (i. V. Freund) am 18.7.1923 versandte Entwurf (hier ohne Begründung) in: Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Adhib. Bd. 7, n.f. Dem StR übersandt am 8.8.1923, Drucks. StR 1923, Nr. 311, Sp. 1–62, mit Begründung. Vgl. die Debatte im StR am 19.10.1923, Sitzungsberichte, 30. Sitzung, Sp. 673–698.

² Die Vorlage des Wohlfinr. v. 14.7.1923 in: Rep. 197A, Gen. C I Nr. 12, Bl. 334–334v; vgl. weiterhin eine Denkschrift des Minr. zu gesundheitspolit. Fragen in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1386.

einer gemeinsamen Kabinettsitzung³ [...] die zunehmende wirtschaftliche und gesundheitliche Not [...] und die zur Beseitigung dieser Not zu ergreifenden Maßnahmen einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. [B] — 4. Die Ausgabeerhöhung des Landtags im Gesetz⁴ über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein wird bewilligt. [B] — 5. Regelung des Dienstes am Verfassungstage. [B] — 6. Vier Ernennungen und sechs Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — 7. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung.⁵ Innenminister Severing hat eine Verfügung⁶ [...] an die Oberpräsidenten erlassen, die sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel mit Einschluß der Umzüge bis auf weiteres verbietet. Einverständnis mit dieser Maßnahme. [B] — (8. Unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen, auch mit dem Reich, um die Bürgschaft für die Zentralgenossenschaftskasse zu Gunsten der Düngemittelbeschaffung in der durch die Geldentwertung nötig gewordenen Höhe weiterhin zu leisten. [B] — 9. Auseinandersetzung mit den Hohenzollern. Zur Vermeidung aussichtsloser, finanziell für den Staat kostspieliger Prozesse [...] mit Mitgliedern des ehemaligen Königshauses wird der Finanzminister von Fall zu Fall ermächtigt, das Vorliegen von Privateigentum anzuerkennen. [B])

³ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 24.7.1923 an den Rklr. in: Rep. 90a, Y IX 5a Nr. 1 Bd. 16, n.f.; weiterhin die Sitzung des RKab. mit dem StMinm. am 26.7.1923.

⁴ Vgl. das Gesetz v. 22.8.1923, GS, S. 402; die Vorlage von LandMinr. u. FinMinr. v. 5.7.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n.f.

⁵ Dieser TOP auf Wunsch von StS Weismann hinzugesetzt. Er bat den MinPräs., darüber am 30.7.1923 zusammen mit RMinr. Oeser u. StS Freund Vortrag zu halten (Spezialakten, Bd. 18, Bl. 214).

⁶ Vom 24.7.1923 in: MinBl. innere Verw. Nr. 32 v. 1.8.1923, Sp. 807.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium am 26. Juli 1923.

Druck: Das Kabinett Cuno, Nr. 225, S. 666–670.

Anwesend: für Preußen Braun, Siering, Richter, Hirtsiefer.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Ramm, Weismann, Freund.

Innen- und außenpolitische Lage. Der preußische Ministerpräsident bekräftigt die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten. Vom Reichskanzler wird die große Bedeutung der Zusammenarbeit der Reichsregierung mit Preußen betont.

¹ Vgl. die Einladung v. 25.7.1923 zu einer gemeinsamen Sitzung des RKab. mit dem StMinm., in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 57.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 23. August 1923.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II. 13. August bis 6. Oktober 1923, 6. Oktober bis 30. November 1923, bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard am Rhein 1978, Bd. I, Nr. 18, S. 75–83.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, am Zehnhoff, Hirtsiefer.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Dönhoff, C.H. Becker, L. Weber, Abicht.

Behandlung der Haltung der Siegermächte zur Ruhrfrage. Braun und Severing dringen auf eine schnelle Beendigung des Ruhrkampfes.

¹ Vgl. die Einladung v. 22.8.1923 zu einer gemeinsamen Kabinettsitzung der Reichs- u. preuß. Minr. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 65.

Nr. 307 Sitzung des Staatsministeriums am 4. September 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 63–64v; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann [für Braun], Nobis, Frick, Kempner [RK], Scherek.

Zwölf Ernennungen und fünf Verlängerungen der Altersgrenze. [B]

Nr. 308 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 11. September 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Nobis', Bd. 172, Bl. 65–66; MF 1031. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 739, n.f.; Rep. 90, Nr. 1392, n.f.; Rep. 120, A X Nr. 45 Bd. 1, Bl. 33–33v; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Mulert [für Severing], Weismann, Nobis, Meister, Frick, Goslar; als Kommissare L. Weber, Grosser, Bansi, Frielinghaus, v. Bahrfeldt, Hog, Moll, Amelunxen [alle zu 1].

1. Maßnahmen zur Beseitigung der finanziellen Notlage der Provinzen, Kreise und Gemeinden.¹ Auf allen Gebieten der Staatsverwaltung ist strengste Sparsamkeit zu beobachten, insbesondere dürfen im neuen Staatshaushalt für 1924 [...] keine neuen Beamten- und Auf-rückungsstellen geschaffen und schon jetzt keine weiteren Hilfsarbeiter und Angestellte eingestellt werden.² Ausgenommen ist lediglich die Schutzpolizei. – Preußen

¹ Die Vorlage des Minr.dI v. 8.9.1923 mit einer kurzen Denkschrift über Maßnahmen u. das Schreiben des LT-Abg. Schreiber über die unmittelbar vor einem finanziellen Zusammenbruch stehenden ProvVerbände, Kreise u. Gemeinden v. 25.8.1923, mit Schreiben des MinPräs. v. 28.8.1923 übermittelt, in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 35 Bd. 5, n.f. Vgl. weiterhin die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, II Nr. 1291, Bl. 207; hier auch weiteres Material. Zur Ausführung des Beschlusses vgl. das Schreiben des Minr.dI (i. V. Freund) v. 17.10.1923 an die Minr. in: Rep. 120, A X Nr. 45 Bd. 1, Bl. 52–58.

² Zu den neuen Gesichtspunkten im Haushaltsplan 1924 vgl. die zwei Schreiben des FinMinr. v. 13.9.1923, in: Rep. 90, Nr. 1392, n.f.

wird beim Reich für einen schleunigen Umbau des gegenwärtigen Steuersystems eintreten. *Erhebung der Steuern [...] auf wertbeständiger Grundlage. Selbständigere finanzielle Stellung der Länder und Gemeinden sowie möglichst baldiger Abbau des gegenwärtigen Dotationssystems. Erneute Forderung nach der Möglichkeit für Länder und Gemeinden, Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben. Unverzögliche Vorbereitungen für die Erhöhung der preußischen Landeseinkommen. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Übernahme des letzten noch unterzubringenden Bürobeamten des Staatskommissariats für Volksernährung durch das Ministerium des Innern.*³ [B])

³ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Pfeiffer v. 10.9.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 2, n.f.

Chefbesprechung mit preußischen Ministern am 14. September 1923.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 56, S. 264–266.

Anwesend: für Preußen Richter, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Finanzlage des Reichs und die Ruhrfrage.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium am 15. September 1923.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 1, Nr. 59, S. 273–284.

Anwesend: für Preußen Braun, Siering, am Zehnhoff, Boelitz, Richter, Wendorff, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Freund.

1. *Möglichkeit der Kürzung der finanziellen Beiträge des Reichs für das besetzte Ruhrgebiet. Der preußische Ministerpräsident wirft die Frage nach der sofortigen Aufgabe des passiven Widerstands auf. — 2.* *Nochmalige Besprechung der politischen Lage bezüglich der Aufgabe des passiven Widerstands mit den Ländervertretern. — 3.* *Die Zahlung für das Ruhrgebiet an das Kohlen-syndikat.*

Nr. 309 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 18. September 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 67–69; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare E. Delbrück [zu 1], Mooshake, Cohn [beide zu 3].

1. Gesetzentwurf¹ über die Bestrafung der unbefugten Gewinnung von Bernstein. *Zustimmung.* [B] — 2. *Sechs Ernennungen und zwei Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — (3. *Preußisches Beamten-gesetz. Der Innenminister wird beauftragt, sich mit dem Staatskommissar für die Vorber-eitung der Verwaltungsreform [...] in Verbindung zu setzen, um die Vertagung der [...] in Aussicht genommenen Besprechung seines Vorentwurfs² eines Preußischen Beamten-gesetzes mit Vertretern der Beamten- und Lehrerschaft zu erreichen.* [B] — 4. *Notverordnung³ betr. vereinfachte Beschluß-fassung über Änderung von Satzungen der landwirtschaftlichen, ritterschaftlichen, Kreditanstalten und deren Nebenanstalten. Einverständnis.* [B] — 5. *Meinungsaustausch des Ministerpräsidenten⁴ mit dem Landwirtschaftsminister in der Frage der Steuerzahlung der Landwirtschaft. Dem Stand-punkte des Ministerpräsidenten wird beigetreten, daß gemäß Art. 46 der Verfassung bei allen Fragen von grundsätzlicher oder allgemein-politischer Bedeutung die zuständigen Fachminister vor unmittelbarer Kontaktaufnahme mit der Reichsregierung sich seiner Zustimmung [...] zu versichern haben.* [B] — 6. *Berichte. Ministerpräsident Braun über die außenpolitische; Minister des Innern Severing über die innerpolitische Lage des Reiches und des Landes.)*

¹ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7320, S. 7778 f.; dem LT übersandt am 6.12.1923. Vgl. das Gesetz v. 11.2.1924, GS, S. 106; änderte das Gesetz v. 22.2.1867.*

² *Von Drews am 13.6.1923 versandt in: Rep. 151, I B Nr. 2600, n.f., Anlage 3 zur Sitzungssache für das StMinm.; die Vorlage des FinMinr. v. 12.7.1923, Anlage 1 zur Sitzungssache, sowie die Sitzungssache selbst, ebd. Die Vorlagen des FinMinr. v. 12.7. u. 1.9.1923 in: Rep. 90, Nr. 469, n.f.; die Voten der Minr., ebd.*

³ *Vgl. VO v. 28.9.1923, GS, S. 448; dem LT zur Genehmigung vorgelegt am 24.10.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 7129, S. 7616.*

⁴ *Die Vorlage des MinPräs. v. 15.9.1923 in: Rep. 90, Nr. 396, n.f.; das Schreiben des LandMinr. v. 4.9.1923 an den REMinr., ebd.*

Nr. 310 Sitzung des Staatsministeriums am 25. September 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 70–70v; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Cronau [für Nobis], Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Ramm, Gottstein [beide zu 2].

1. *Bericht des Ministerpräsidenten über die außenpolitische Lage und über die in der Reichskanzlei geführten Verhandlungen der Ministerpräsidenten der Länder.¹ Überblick des Innenministers über die innerpolitische Entwicklung und die [...] zur Unterdrückung etwaiger Unruhen getroffenen Vorbereitungen. — 2. Ernährungsfragen, insbesondere Einrichtung von Volksspeisungen und Volksküchen. Unverzügliche Organisierung von Volksspeisungen in den Großstädten und Industrieorten und Bereitstellung erforderlicher staatlicher Mittel für die Kommunen.² [B]³*

¹ *Vgl. Die Kabinette Stresemann I. und II. 13. August bis 6. Oktober 1923, 6. Oktober bis 30. November 1923, bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard am Rhein 1978, Bd. 1, Nr. 79, S. 349–356.*

² *Vgl. den Entwurf eines Aufrufs des StMinm.: Hilfe für hungernde Volksgenossen! u. den Erlaß v. 29.9.1923, in Rep. 197A, Ih Nr. 2b Bd. 1, n.f.*

³ *Über die Sitzung vgl. den Bericht des Aml. Preuß. Pressedienstes in: Rep. 90a, YIX 5a Nr. 1 Bd. 17, Bl. 62.*

Nr. 311 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 71–72; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Cronau [zu 2], Amelunxen, Ramm [beide zu 6–7], Sattelmacher [zu 4–5], Cohn [zu 5], H. Schmidt [zu 4].

1. Entwurf eines Staatsgesetzes *betr.* die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen; *vertagt.* — 2. Auslegung des § 13 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1920 über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst; *vertagt.* — 3. *Disziplinarsache.*¹ [B] — 4. *Pensionssache.* [B] — 5. *Fünf Ernennungen.* [B] — 6. *Notstandsspeisung.*² *Beschleunigte Einrichtung durch die Gemeindebehörden und unverzügliche staatliche Hilfe mit Krediten für die bedürftigen Gemeinden.* [B] — 7. Fortsetzung der öffentlichen Brotversorgung über den 15. Oktober 1923 hinaus.³ – Antrag Hamburgs an den Reichsrat und Anträge zum *Gesetzesentwurf*⁴ über die Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24. *Instruktion der preußischen Bevollmächtigten, dem Antrag Hamburgs [...] nicht zuzustimmen.* [B] — (8. *Auftrag an den Staatskommissar für Volksernährung, bei der Reichsregierung für ein Verbot der Herstellung von Fleischkonserven in Büchsen und Gläsern einzutreten. Er soll das schärfste Augenmerk darauf richten, daß keine Nahrungsmittel [...] in das Ausland verschoben werden.*⁵ [B] — 9. *Bericht des Ministerpräsidenten über die Unterdrückung der Revolte in Küstrin.*⁶)

¹ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 3056.

² Die Vorlage von LandMinr./StKom. für Volksernährung v. 29.9.1923 in: Rep. 197A, Ih Nr. 2b Bd. 1, n.f.

³ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 29.9.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 10, n.f.

⁴ Vgl. Drucks. Reichsr., Tagung 1923, Nr. 345, S. 1 f.; von REMinr. Luther dem Reichsr. übersandt am 21.9.1923. Der Antrag Hamburgs v. 17.9. u. die Anträge Preußens v. 2.10.1923 in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 1 Bd. 10, n.f. Zu den Beschlüssen über die Anträge u. den Entwurf vgl. Verhandlungen Reichsr., Tagung 1923, 65. Sitzung am 5.10.1923, S. 1112–1114 u. 73. Sitzung am 15.11.1923, S. 1228. Vgl. VO v. 23.10.1923, RGBl. I, S. 1039.

⁵ Material dazu in: Rep. 90a, Y IX 5c Nr. 5 Bd. 6, n.f., darunter das Schreiben von LandMinr. u. StKom. für Volksernährung an den REMinr. v. 24.10.1923.

⁶ Zum Putschversuch von Maj. Buchrucker vgl. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 438–441.

Nr. 312 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 10. Oktober 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 73–74; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Kempner [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fleischer, Stalman, E. Delbrück [alle zu 1], Mulert, Dauschow, Conze, L. Weber, Hog, Dziegalowski, Frielinghaus, Ramm, v. d. Bussche, Arnoldi, v. Krosigk, Cohn [alle zu 3], Gatermann [zu 4], Amelunxen [zu 4 und 6], Crusen [zu 6].

1. Entwurf¹ eines Staatsgesetzes betr. die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen. *Zustimmung mit einer Maßgabe.* [B] — **2.** Entwurf eines Reichsgesetzes zum Schutze der Hypotheken- und Pfandbriefgläubiger; *abgesetzt.* — **3.** *Gesetzesentwurf² betr. die weitere Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. Der Ministerpräsident wird beauftragt, mit den Koalitionsparteien wegen [...] eines Ermächtigungsgesetzes nach dem Vorgange im Reich im Wege des Initiativantrages in Verbindung zu treten.* [B] — **4.** Fortsetzung der Milchverbilligungsaktion für Bedürftige; *vertagt.* — **5.** Personalvorschläge; *vertagt.* — **6.** Durchführung der Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet. *Entsendung eines Staatskommissars mit besonderen Vollmachten nach Köln. Die Reichsregierung wird dringend ersucht, die vom Reichsminister für die besetzten Gebiete aufgestellten Richtlinien [...] über das Verhalten der Beamten gegenüber den Besatzungsbehörden abzuändern. Vorlage einer neuen Fassung.*³ [B]

¹ *Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 7266, S. 7697–7710, mit 2 Anlagen zur Begründung; dem LT übersandt am 28.11.1923. Zu den schwersten außenpolit. Bedenken von RAMinr. Stresemann gegen die Bestimmung des Art. 4 des Entwurfs, daß zur vermögensrechtl. Vertretung berufene Mitglieder kirchl. Gemeindekörperschaften Reichsangehörige sein müssen, vgl. sein Schreiben v. 14.1.1924 an MinPräs. Braun, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A, Bd. 9, Nr. 96, S. 241–243; zur Antwort Brauns v. 7.4.1924, S. 243, Anm. 6. – Vgl. das Gesetz v. 8.4.1924, GS, S. 221; vgl. auch Bonin, Burkhard v. (KonsR), Das Staatsgesetz zu den evangelischen Kirchenverfassungen in: Preuß. VerwBl. Nr. 34 v. 28.6.1924, S. 337–339.*

² *Die Vorlagen des FinMinr. v. 25.9. u. 1.10.1923 mit dem Entwurf in: Rep. 120, C V Nr. 21 Bd. 4, n.f.; hier auch das Votum des Minr.dI v. 7.10.1923. Vgl. VO des StMinr. v. 22.10.1923 in: FinMinBl. Nr. 20 v. 27.10.1923, S. 495–497. Vgl. zur Vorgeschichte Markull (MinR), Zum neuen preußischen Gesetzesentwurf in: Preuß. VerwBl. Nr. 17 v. 28.1.1922, S. 195.*

³ *Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 437 f., mit Bezug auf den TOP.*

Nr. 313 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 75–76; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Mulert, L. Weber, Hog, Dziegalowski, Frielinghaus, v. Krosigk, Cohn [alle zu 1], Gatermann, Amelunxen [beide zu 2].

1. Entwurf eines Gesetzes betr. die weitere Veränderung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. *Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Koalitionsparteien wegen [...] eines Ermächtigungsgesetzes für Preußen und Zustimmung zum Gesetzesentwurf.*¹ [B] — **2.** *Fünf Ernennungen.* [B] — **3.** Milchverbilligungsaktion für Bedürftige. *Die Reichsregierung wird ersucht, die Aktion unbedingt fortzusetzen.* [B] — **4.** Erhöhung der Umsatzsteuer. *Instruktion der Bevollmächtigten zum Reichsrat, eine Erhöhung [...] auf 3% zu*

¹ *Vgl. VO v. 22.10.1923, GS, S. 478; dem LT zur Beschlußfassung vorgelegt am 26.11.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 7214, S. 7673 f. Zum neuen, vom LT am 1.2.1924 beschlossenen Gesetz vgl. die Verfügung des FinMinr. v. 7.2.1924 in: FinMinBl. Nr. 3 v. 9.2.1924, S. 23–25.*

beantragen und einen Anteil von 20% für die Länder und von 30% für die Gemeinden vom Gesamtbetrage zu fordern. [B] — (5. Ernährungslage. Angesichts der äußerst schwierigen Situation ist ein erneutes energisches Einwirken auf die Gemeinden nötig, um schleunigst Notstandsspeisungen einzurichten. – Es soll von einem norwegischen Angebot von Heringen, im Austausch gegen Kali und Salz, für die Notstandsspeisungen Gebrauch gemacht werden. [B] — 6. Vorstellung des Arbeitszeitgesetzentwurfs, den die Reichsregierung dem Reichsrat vorlegen will.²⁾

² Vgl. den Beschluß des ReichsR v. 22.10.1923, dem Entwurf in einer anderen Fassung zuzustimmen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 70. Sitzung, S. 1186–1190.

Nr. 314 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 77–78v; MF 1031. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 739, n.f.; Rep. 87, Nr. 5467, Bl. 160–160v; Rep. 120, A I I Nr. 38a Bd. 3, Bl. 247–252; Rep. 120, CB I Nr. 160 Bd. 1, n.f.; IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 276/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Scheidt [für Hirtsiefer], Kempner [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar.

1. Staatssekretär F. Freund berichtet über die Erwerbslosenkrawalle in Berlin und seine Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister. Ministerpräsident Braun wird beauftragt, mit dem [...] Reichspräsidenten und dem [...] Reichskanzler zu verhandeln, um größere Massen Erwerbsloser mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen. – Bericht des Finanzministers über die Finanzlage und die Notwendigkeit, die Ausgaben des Staates einzuschränken.¹ Entwurf eines Beschlusses des Staatsministeriums, der durch ein Bündel von Maßnahmen und die Durchführung der „Grundzüge des Sparprogramms des Finanzministers“ den drohenden völligen Zusammenbruch der Staatsfinanzen verhindern soll.² [B] — 2. Personalvorschläge; vertagt. — (3. Für sofortige Aufhebung der Devisenverordnung³ und Einstellung der Tätigkeit des Devisenkommissars. [B] — 4. Erlaß einer Verordnung gemeinsam mit der Reichsregierung über die Erhebung einer Gebühr bei Börsengeschäften, deren Erlös den Volksspeisungen zugute kommen soll. [B])

¹ Die Vorlage des FinMinr. v. 15.10.1923 mit Entwürfen in: Rep. 120, A I I Nr. 38a Bd. 3, Bl. 241–246.

² Zum Abbau- u. Ersparnisprogramm vgl. das Schreiben des FinMinr. v. 27.11.1923 in: Rep. 120, CB I Nr. 160 Bd. 1, n.f.

³ Vgl. VO über Devisenerfassung v. 7.9.1923, RGBl. I, S. 865; vgl. zu der Frage: Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 1, Nr. 38, S. 180, Nr. 44, S. 198, Nr. 45, S. 201 u. Nr. 47, S. 208–213.

Nr. 315 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 79–80; MF 1031. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 739, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Freund [für Severing], Kempner [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Goslar; als Kommissare Sandrock, Fimmen, Remak, Coßmann, Hennicke, Fritze, Schneller, Renner, Römheld, Cronau, Mulert, Mooshake, v. Leyden, Gürich, Boës.

1. Finanz- und Beamtenfragen. *Zustimmung zu den Vorschriften des im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Entwurfs¹ einer Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reichs (Personal-Abbau-Verordnung), und zwar angesichts des drohenden finanziellen Zusammenbruchs im allgemeinen. Einverständnis mit einer den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung entsprechenden Regelung [...] für die Landesbeamten sowie für die Beamten der Gemeinden bei Berücksichtigung der besonderen Eigenart der Gemeinden (Gemeindeverbände) in den Ausführungsbestimmungen. Formulierung von Veränderungsvorschlägen, für die der Finanzminister bei den [...] Verhandlungen im Reichsfinanzministerium [...] wirken soll. Dabei sollen die richterlichen Beamten in den Personalabbau einbezogen, die Beamten der Schutzpolizei und des Strafvollzugsdienstes dagegen ausgenommen werden. [B] — (2. Ernennung von H. Krüger² zum Regierungspräsidenten in Lüneburg. [B])*

¹ *Von RFinMinr. Luther den preuß. Ressorts übersandt am 15.10.1923 in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.; vgl. dazu auch die Änderungsvorschläge des WissMinr. zu Art. 19 des Entwurfs u. den Antrag Preußens zum Entwurf, Anlage zum Schreiben des Minr.dI v. 22.10.1923, ebd. Vgl. auch BArch Lichterfelde, R 43 I/2612. Bl. 70–80.*

² *Der Antrag des Minr.dI v. 17.10.1923 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 188.*

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 20. Oktober 1923.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 156, S. 662–673.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Ruhrfrage und Finanzierung der Ruhrwirtschaft. Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Bergherren. Kredite werden nicht mehr gegeben. Unterstützungssätze für Erwerbslose. Verhandlungen über die Einstellung der Zahlungen an die Alliierten. Braun erklärt: In der Finanzierung des besetzten Gebiets ist davon auszugehen, daß wir keine Rechte mehr haben, insbesondere uns also keine Einnahmen beschaffen können, so daß wir infolgedessen auch nicht zu Zahlungen zu verpflichten sind. Es komme jetzt darauf an, das unbesetzte Gebiet lebensfähig zu erhalten, damit später die besetzten Gebiete sich wieder anlehnen können.¹

¹ *Vgl. dazu Schulze, Otto Braun, S. 438 f.*

Nr. 316 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Oktober 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 81–81v; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], L. Weber, Kempner [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund [zu 3–4], Mulert [zu 3–5], Froelich [zu 3], v. Bahrfeldt, Frielinghaus [beide zu 4], Vollbach [zu 6], Bälz [zu 3].

(1. Die außen- und innerpolitische Lage des Reiches und Preußens. *Eingehender Bericht des Ministerpräsidenten mit besonderem Bezug auch auf die Finanz- und die Ernährungslage.*) — 2. Die Lage der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet. *Sofortige Verhandlungen* mit der Reichsregierung, um durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel [...] einer Stilllegung der staatlichen Bergwerke im besetzten Gebiet vorzubeugen. [B] — 3. Aufschiebung der kommunalen Verfassungsgesetze.¹ Auf die Parteien im Landtag *ist* dahin einzuwirken, daß aus Gründen der politischen Gesamtlage nach Abschluß der ersten [...] Lesung der Landgemeindeordnung² die Weiterberatung der Vorlagen bis auf weiteres zurückgestellt wird. [B] — 4. Behebung der Finanznot der Gemeinden – Steuerreform, Ausgabenabbau für kommunale Aufgaben.³ *Der Innenminister wird* zu kommissarischen Verhandlungen über die Steuerreform und die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung *einladen*.⁴ [B] — 5. *Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung zur Abänderung der Kommunal-Abgaben und des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes*.⁵ [B] — 6. Bereitstellung *eines* einmaligen *Kredits* für die Beschaffung von Lebensmitteln für die Volksspeisungsaktion *in* der Stadt Berlin. *Anweisung an den Oberbürgermeister*, unverzüglich die Sammeltätigkeit in Berlin in großem Umfange in die Wege zu leiten. [B] — (7. *Bericht des Finanzministers* über den Stand der Währungsfrage im Reich. *Er wird beauftragt*, die Vorbereitungen für die alsbaldige Herausgabe von wertbeständigem Staatsnotgeld *beschleunigt zu treffen*.⁶ [B] — 8. Mitteilungen des Preußischen Bevollmächtigten bei der bayerischen Regierung über die Situation in München.⁷ — 9. *Unterschiedlicher Standpunkt zwischen Reichsfinanzminister und Staatsministerium im Hinblick auf den Personalabbau bei den Richtern.* [B])

¹ Vgl. das Schreiben des FinMinr. an den Minr.dI v. 22.10.1923 in: Rep. 77, Tit. 2779 Nr. 1 Bd. 2 Bl. 28–29, in dem dieser die Einstellung der weiteren Beratung der Entwürfe der neuen Gemeindeverfassungsgesetze u. den Abbruch der Beratung der Entwürfe für die kommunale Verwaltungsreform im StR u. LT fordert. Vgl. demgegenüber das Schreiben des Minr.dI an den MinPräs. v. 22.10.1923, ebd., Bl. 33–34.

² Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 9, Nr. 4235, S. 5125–5153 (mit dem Gutachten des StR u. der Stellungnahme des StMinm.), dem LT übersandt am 2.1.1923.

³ Der Antrag des Minr.dI v. 17.10.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 35 Bd. 5, n.f.; zur Finanznot der Gemeinden vgl. das Schreiben des OB von Kassel Scheidemann v. 29.9.1923 an Rklr. Stresemann mit Abschriften an MinPräs. Braun u. Minr.dI Severing, in: Rep. 120, A X Nr. 45 Bd. 1, Bl. 45–48; die Stellungnahme Brauns u. die Voten von WissMinr. u. WohlMinr., Bl. 44 u. 59–60v.

⁴ Vgl. die Niederschr. der Ressortbesprechung im MdI am 26.10.23 über den kommunalen Aufgabenabbau, in: Rep. 120, A X Nr. 45 Bd. 1, Bl. 64–65v.

⁵ Die Vorlage von Minr.dI (i. V. Freund) u. FinMinr. v. 22.10.1923 mit dem Entwurf einer Not-VO u. Begründung, in: Rep. 151, II Nr. 826, Bl. 41–45; die Sitzungssache für das StMinm., Bl. 49. Dem LT am 22.11.1923 vorgelegt, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 7156, S. 7647. Vgl. VO v. 13.11.1923, GS, S. 507.

⁶ Material dazu in: Rep. 120, A X Nr. 27d Bd. 3, Bl. 8ff.

⁷ Vgl. die Berichte Denks v. 30.9. u. 17.10.1923 an den MinPräs. (Geheim!) in: Rep. 81 München, Nr. 849, Bl. 162 bis 164v (Generalstaatskommissariat v. Kahr) u. Bl. 176–177v (Die Wiederkehr der alten Koalition u. die Aufnahme in Bayern).

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 26. Oktober 1923.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 183, S. 842–846.

Anwesend: für Preußen Richter, Siering.

1. Antrag des preußischen Ministerpräsidenten auf Zahlung von Zuschüssen oder Krediten für den staatlichen Bergbau im Ruhrgebiet und den Duisburg-Ruhrorter Hafen. — 2. Sachlieferungen. — 3. Personalabbau. — (7. Durchführung einer sofort wirksamen Beförderungssperre. — 8. Notgeldverordnung. — 9. Waggonforderungen der Franzosen.)

Nr. 317 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Oktober 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 82–83; MF 1031. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 277/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Goslar; als Kommissare Freund, Loehrs, Helferich, Amelunxen [alle zu 2], Froelich [zu 4 und 6], E. Delbrück [zu 4 und 8], Cronau [zu 5–6], Schmitz [zu 8], Frielinghaus [zu 11], Ganschow [zu 12].

(1. Bericht des Ministerpräsidenten über die Entwicklung des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern und insbesondere über die auf Anregung des Württembergischen Staatspräsidenten beim [...] Reichskanzler durchgeführte Konferenz¹ der Ministerpräsidenten der Länder.) — 2. Bericht des Ministerpräsidenten über die Rheinlandfrage und insbesondere über die Verhandlungen in Hagen am 25. Oktober.² Zustimmung zu den Befugnissen des dort gebildeten Fünfeznerausschusses bei Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden. Er darf nur wirtschaftliche und soziale Fragen erörtern, sich aber keinesfalls auf das Gebiet staats- und verfassungsrechtlicher Änderungen begeben. Bestätigung der den Behörden des besetzten Gebiets bereits übermittelten Richtlinien für das Verhalten der Beamten gegenüber den Separatisten. Inoffizielle Fühlungnahme mit der Besatzung durch [...] geeignete Vermittler, um möglichst viele ausgewiesene Landräte und auch sonstige Beamte wieder zu ihrer Tätigkeit im besetzten Gebiet zurückzuführen. [B] — 3. Einstweilige Aufhebung der Einstellungssperre von Hilfsarbeitern und Angestellten bei den Behörden des besetzten Gebiets.³ [B] — 4. Einstellung der Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes.⁴ Die Frage ist zunächst noch im interfraktionellen Ausschuß des Landtages zu erörtern. [B] — 5. Familiennamen der früheren Landesherrn und der Mitglieder der vormals landesherrlichen Familien; vertagt. – Verhandlungen mit Reichskanzler Stresemann über die [...] Rückkehr des vormaligen Kronprinzen.⁵ — 6. Auslegung des § 13 Abs. 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1920 – Übernahme in den höheren Verwaltungsdienst; vertagt. — 7. Verlegung des geodätischen Studiums von der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin an die Technische Hochschule Berlin⁶; vertagt. — 8. Ergänzung des Staatsministerial-Beschlusses vom 26. August 1921 über die Sicherung der im deutschen Privatschuldienst in Polen verbliebenen nicht versorgungsberechtigten deutschen Lehrkräfte. [B] — 9. Regelung des

¹ Vgl. Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 2, Nr. 174, S. 713–749.

² Vgl. das Schreiben des Minr.dI v. 27.10.1923 u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 29.10.1923 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 103, Bl. 362–364 u. 376–376v. Vgl. auch den Stenographischen Bericht über die Besprechung mit den Vertretern der besetzten Gebiete in Hagen (mit Rot-Vermerk: Geheim), ebd., Nr. 222a, n.f.; gedr. in: Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836; die Ausführungen Brauns, S. 825–827.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 25.10.1923 in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.; ebd. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 29.10.1923 für den MinPräs. zur Sitzung.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 29.10.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 273, n.f.

⁵ Vgl. Sitzung des RKab. am 23.10.1923 in: Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 2, Nr. 167, S. 698 f. Vgl. auch Severing. Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 433–435; Herre, Paul, Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik, München 1954, S. 183–186 u. Jonas, Klaus W., Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt/M. 1962, S. 181 ff.

⁶ Die Vorlage des WissMinr. v. 31.8.1923 in: Rep. 84a, Nr. 5262, Bl. 94–95; das Votum des LandMinr., Bl. 102.

Landarmenwesens für die ehemals westpreußischen Kreise; *vertagt* — **10. Ernennung.** [B] — **11. Zustimmung zum Entwurf einer Notverordnung**⁷ zur Abänderung des Handelskammergesetzes. [B] — **12. Zustimmung zum Entwurf einer Notverordnung**⁸ über die Erhebung von Abgaben für die Wegebenutzung. [B] — **(13. Innenminister Severing berichtet** über in letzter Zeit bei kommunistischen und rechtsgerichteten Verbänden *durchgeführte* Haussuchungen. *Man stimmt überein*, von einem Verbot der Kommunistischen Partei zur Zeit abzusehen, aber nach wie vor auf verwal- tungsmäßigem Wege und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der Rechtspflege die staats- feindlichen Bestrebungen von links und rechts mit allem Nachdruck *zu bekämpfen.* [B] — **14. Erörterung des Konflikts** zwischen dem Reich und dem Freistaat Sachsen.)

⁷ Vgl. VO v. 31.10.1923, GS, S. 501; dem LT zur Genehmigung vorgelegt am 3.11.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 7141, S. 7638.

⁸ Die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 27.10.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, Ila Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 12, Bl. 42–45v. Vgl. VO vom 25.11.1923, GS, S. 540.

Nr. 318 Sitzung des Staatsministeriums am 6. November 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 84–85; MF 1031. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: v. Stockhausen [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fritze, Amelunxen [zu 1], Fimmen, Froelich, Remak, Coßmann, Freund, Mulert, Mooshake, Badt, v. Leyden, Trendelenburg, C.H. Becker, Gürich, Stalman, v.d. Bussche, Renner, Cronau [alle zu 2], Becker, Cohn [beide zu 5], Wittelshöfer [zu 6], Bachmann.

1. Dank der Staatsregierung an die Bevölkerung und die Beamtenschaft der Rheinlande für ihr Verhalten gegenüber der Separatistenaktion; *vertagt*.¹ — **2.** Preußische Personalabbauverordnung.² Erlaß der erforderlichen Vorschriften als Notverordnung. Einzelne Festlegungen, so zu Abänderungen des Altersgrenzengesetzes im Hinblick auf die richterlichen Beamten bei Einspruch des Justizministers und die Universitätsprofessoren³ sowie zu den Religionsgesellschaften und zur Verminderung der Zahl der Lehrer. Es wird beschlossen, über den Entwurf der Verordnung weder mit den Interessenvertretungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter noch deren der kommunalen Körperschaften zu verhandeln. [B] — **3.–4.** Ministerdienstaufwandsentschädigung⁴ und Ministerpensionsgesetz. Verhandlungen darüber ohne Kommissare. [B] — **5.** Ausgabe von preußischem Staatsnotgeld. Zunächst ist noch das Ergebnis der heutigen Verhandlungen im Reichskabinett⁵ abzuwarten. [B] — **6.** Regelung des Landarmenwesens für die ehemals westpreußischen Kreise; *vertagt*. Wiederaufnahme der Verhandlungen. [B] — **7.** Vier Ernennungen. [B] — **8.** Finanzaus-

¹ Die Vorlage des Minr.dI v. 27.10.1923 mit einem Entwurf u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 5.11.1923 in: Rep. 90, Nr. 103, Bl. 385–387; war bereits zur Sitzung am 30.10.1923 vorgesehen, aber dann zurückgestellt worden, Bl. 388.

² Der Entwurf des FinMinr. lag noch nicht vor; vgl. den Vermerk des ständ. Vertr. des Bürodirektors, Pfeiffer, v. 6.11.1923 in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.

³ Vgl. zur Wirksamkeit C.H. Beckers: Müller, Weltpolitische Bildung und Akademische Reform, S. 330 u. Anm. 111, mit Bezug auf die Sitzungen am 6. u. 14.11.1923.

⁴ Die Vorlage (Antrag) des FinMinr. v. 5.11.1923 in: Rep. 90, Nr. 769, n.f.

⁵ Vgl. Sitzung des RKab. am 7.11.1923 in: Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 2, Nr. 227, S. 986–990.

gleichgesetzt.⁶ Dem Entwurf⁷ einer Notverordnung zur Abänderung des Ausführungsgesetzes wird zugestimmt. [B] — 9. Jagdscheingebühren; abgesetzt, da inzwischen erledigt.

⁶ Zum Gesetz vgl. Markull, *Kommentar zum Gesetz über den Finanzausgleich*, S. 17 ff.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI v. 4.11.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: *Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 2, Bl. 456–459*. Vgl. die Not-VO v. 24.11.1923, *GS*, S. 535.

Nr. 319 Beratung der Minister am 6. November 1923.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur von der Hand Weismanns, Bd. 172, Bl. 87; MF 1031. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 769 n.f.; Rep. 90, Nr. 833, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: [Braun, V, am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer]. — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: [Weismann].

1. Ministerpräsident Braun und die Staatsminister verzichten auf die Dienstaufwandsentschädigung. [B] — 2. Die Richtlinien für den neuen Entwurf eines Ministerpensionsgesetzes werden festgelegt.¹ [B]

¹ Vgl. den Entwurf einer VO über die Bezüge der ausgeschiedenen Mitgl. der RReg. in: *Rep. 120, A I 1 Nr. 38a Bd. 3, Bl. 327–330*; die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 5.11.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: *Rep. 90, Nr. 833, n.f.* Vgl. auch *Rep. 151, I B Nr. 5696, n.f.*

Nr. 320 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1923, 11 Uhr.¹

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 88; MF 1031. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 278, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis.

Bericht des Ministerpräsidenten und Innenministers über die Vorgänge in München am 8. November² und die von Preußen getroffenen Abwehrmaßnahmen. Veröffentlichung eines Aufrufs³ an die Staatsbürger Preußens. Der Ministerpräsident wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie nunmehr allgemein gegenüber den bewaffneten illegalen Organisationen klare Stellung nimmt. [B]

¹ Zum Zeitpunkt vgl. *Spezialakten, Bd. 18, Bl. 253*.

² Zum Hitler-Putsch vgl. die *Berichte des preuß. Bevollm. in München, Denk, an den MinPräs. v. 9.11. (13 Uhr), 12. u. 13.11.1923* in: *Rep. 81 München, Nr. 850, Bl. 190–197*; vgl. auch Severing, *Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 446–448*: Über die Sitzung des Ministerrats am späten Abend des 8.11., an der er als Vertreter des preuß. StMinm. teilnahm.

³ Vgl. Schultheß' *Europäischer Geschichtskalender, 1923, S. 214*.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 9. November 1923, 17.30 Uhr.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 233, S. 1000–1007.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

1. *Die Lage im besetzten Gebiet. Braun wirft das Problem der staatsrechtlichen Trennung des Rheinlandes von Preußen auf. — (2. Ersatz von Reparationsleistungen der chemischen Industrie durch das Reich.) — 3. Ernährungsfragen. Beendigung der Markenbrotversorgung in dem besetzten Gebiet. Versorgung mit Brotgetreide.*

Sitzung des Reichskabinetts mit beteiligten Ländern, dem Fünfhünerausschuß des besetzten Gebiets und mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 13. November 1923, 11 Uhr.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 245, S. 1042–1049.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, Loehrs.

Erörterung von Fragen und Problemen des besetzten Gebiets. Besonders Stresemann hebt die außerordentlich bedenkliche Lage des besetzten Gebiets und die sehr gefährdete finanzielle Lage des Reichs hervor.

Sitzung des Reichskabinetts mit den beteiligten Ländern und dem preußischen Ministerpräsidenten am 13. November 1923, 15 Uhr.

Druck: Die Kabinette Stresemann I und II, Bd. 2, Nr. 247, S. 1051–1055.

Anwesend: für Preußen Braun.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, Bail.

Fragen des besetzten Gebiets. Braun erklärt: Wir können nicht mehr an das besetzte Gebiet Zahlungen leisten, wir sind nicht in der Lage, dort Hoheitsrechte auszuüben. [...] wir müssen gewissermaßen das besetzte Gebiet seinem Schicksal überlassen.¹

¹ *Vgl. die Bestätigung der Äußerung Brauns durch die Aufzeichnung Jarres' u. die Mitteilung des stellv. bayer. Bevollm. zum ReichsR, MinR Sperr, in: Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 2, S. 1052, Anm. 5. – Vgl. dazu Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 129; dagegen zur Haltung Brauns: Schulze, Otto Braun, S. 441–445.*

Nr. 321 Sitzung des Staatsministeriums am 14. November 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 89–90v; MF 1031. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 279/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: v. Stockhausen [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Froelich, Remak, v. Bahrfeldt, Fimmen, Freund, Mooshake [alle zu 1–2], v. Leyden [zu 1–2, 4], Bachmann, Brandt, Römhild, Flemming, Kühne, C.H. Becker, Gürich, Trendelenburg, Stalman, Lammers, Landé [alle zu 1–2], Cronau [zu 1–2, 5], Schneller, K. Becker, Freidt [alle zu 1–2], Amelunxen [zu 3–4], Conze [zu 4 und 7], Dünschede, v. Schenck [beide zu 4], O. Lehmann [zu 7].

1. Grundsätze über den Behördenabbau. *Der organische Umbau der inneren Verwaltung ist beschleunigt einzuleiten. Ausarbeitung von Vorschlägen durch den Minister des Innern.*¹ [B] — **2.** Preußische Personalabbauverordnung. *Allgemeine Zustimmung zum Entwurf² des Finanzministers mit einer Reihe von Änderungen. Aufnahme einer Vorschrift [...] in die Schlußbestimmungen, die dem Staatsministerium die alleinige Entscheidungsbefugnis über die Anwendung der Verordnung oder einzelner Vorschriften [...] im besetzten Gebiet einräumt, da die Reichsverordnung nur den Abbau in den Gebieten verlangt, die der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Länder unterstehen.* [B] — **3.** *Stellungnahme zur Einschränkung des Sonderverfahrens zum Okkupationsleistungsgesetz durch das Reich. Wegen der Zielstellung ist vorläufig [...] nicht vorstellig zu werden.*³ [B] — *Bericht des Ministerpräsidenten über seine Stellungnahme im Reichskabinetts⁴ zur Rheinlandfrage. Vorschläge⁵ von Wohlfahrtsminister Hirtsiefer. — 4. Künftige Behandlung der Wohnungszwangswirtschaft [...] als Selbstverwaltungs- oder als Auftragsangelegenheit; vertagt. — 5. Familiennamen der früheren Landesherren und der Mitglieder der vormaligen landesherrlichen Familien.*⁶ *Ablehnung des Antrags von Justizminister am Zehnhoff, als Namen der Mitglieder des früheren Königshauses „Prinz von Preußen“ zu wählen, ebenso des Vorschlags von Ministerpräsident Braun, dem Namen „Graf zu Hohenzollern“ zuzustimmen. Für persönliche Äußerung des vormaligen Kronprinzen zur Namensfrage.* [B] — **6.** Personalvorschläge; zurückgestellt. — **7.** Zustimmung zum Entwurf⁷ einer vierten Verordnung über die Wohnungsbauabgabe. [B]

¹ *Vgl. den Entwurf einer Not-VO des Minr.dI über die Vereinfachung der Verwaltung, dem MinPräs. u. den Minr. vorgelegt am 7.1.1924, in: Rep. 120, A I I Nr. 5 Adhib. Bd. 7, n.f.*

² *Der Referentenentwurf des FinMinr.: Not-VO zur Verminderung der Personalausgaben in der öffentl. Verwaltung (Preußische Personal-Abbau-Verordnung), übersandt am 10.11.1923, in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 13.11.1923 für den MinPräs. zur Sitzung; der berichtigte u. beschlossene Entwurf (Druck), ebd.*

³ *Vgl. Sitzung des Rhein-Ruhr-Ausschusses des RKab. am 2.12.1923 in: Die Kabinette Marx I und II. 30. November 1923 bis 3. Juni 1924, 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925, bearbeitet von Günter Abramowski, Boppard am Rhein 1973, Bd. 1, Nr. 3, S. 13 f. u. die gemeinsame Sitzung von RKab. u. StMinm. am 5.12.1923. Zum sog. Sonderverfahren beim Ersatz von Ruhrschäden vgl. auch Bitter, Handwörterbuch der Preußischen Verwaltung, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin u. Leipzig 1928, S. 239; hier auch Literatur zum Okkupationsleistungsgesetz.*

⁴ *Vgl. Sitzung von RKab. u. beteiligten Ländern über Fragen des besetzten Gebiets am 13.11.1923 in: Die Kabinette Stresemann I u. II, Bd. 2, Nr. 247, S. 1052. Zur Haltung des preuß. MinPräs. vgl. Schulze, Otto Braun, S. 441–444.*

⁵ *Vgl. sein Schreiben an den MinPräs. v. 14.11.1923 in: Rep. 90, Nr. 1142, Bl. 207–208, in dem er Maßnahmen gegen die Bildung eines Rhein-Ruhrstaates vorschlägt.*

⁶ *Die Vorlagen des JMinr. v. 5.7. u. 29.10.1923 konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

⁷ *Die Vorlage des FinMinr. v. 8.11.1923 mit dem Entwurf u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 12.11.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1740, n.f. Vgl. VO v. 14.11.1923, GS, S. 533.*

Nr. 322 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 91–92v; MF 1031. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 280/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, L. Weber, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund [zu 1–15], E. Delbrück [zu 1, 7–8, 11], Cronau [zu 2], Conze, v. Schenck, Freidt [alle zu 3], Amelunxen [zu 3–4], Cohn [zu 5, 9–10], v. Leyden, Froelich [beide zu 7], Paul [zu 8], Schmeißer, Helferich, Landfried [alle zu 9], Riewald [zu 10], Brand [zu 12].

1. Welfenfrage. Bei der Reichsregierung *ist* auf eine möglichst verzögernde Behandlung des deutschhannoverschen Abstimmungsantrages *hinzuwirken*.¹ [B] — **2.** Antrag Thüringens² an den Reichsrat *wegen der* Amtsenthebung von Mitgliedern der Sächsischen Landesregierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung *und Eingabe*³ des früheren sächsischen Ministerpräsidenten E. Zeigner [...] gegen das Vorgehen der Reichsregierung im Freistaate Sachsen. Bei Verhandlung *der Eingabe* sollen die Preußischen Reichsratsvertreter in erster Linie für Unzuständigkeitserklärung des Reichsrats eintreten, *bei einem Beschluß über* Verhandlung zur Sache [...] Vertagung beantragen und weitere Instruktionen einholen.⁴ [B] — **3.** Wohnungszwangswirtschaft [...] als Selbstverwaltungs- oder als Auftragsangelegenheit.⁵ *Um* Mißständen im Wohnungswesen *entgegenzutreten, wird die künftige Behandlung der* Angelegenheiten der Wohnungswirtschaft nicht mehr als gemeindliche Selbstverwaltungs-, sondern als obrigkeitliche *Auftragsangelegenheit beschlossen*.⁶ Eine Kollision zwischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden *ist* durch diese Änderung *zu vermeiden*. [B] — **4.** Zulassung der Kanadischen Pacificbahn zur Auswandererbeförderung. *Dem* Antrag des [...] Reichsministers des Innern *wird zugestimmt*.⁷ [B] — **5.** Strafantrag [...] wegen Beleidigung des Staatsministeriums. [B] — **6.** *Ernennung*. [B] — **7.** Abänderung des Entwurfs der Landgemeindeordnung; *vertagt*. — **8.** Aufwertung der Kirchensteuern. *Zustimmung zum* Entwurf⁸ einer Notverordnung über Aufwertung von Abgaben öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften. [B] — **9.** Auffüllung und Verstärkung der Kommunalen Polizei im besetzten Gebiet durch Einstellung Erwerbsloser. *Erneutes Herantreten* an die Reichsregierung. [B] — **10.** *Zustimmung zum* Entwurf⁹ einer Verordnung über Aufwertung von Abgaben und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren – Landesaufwertungsverordnung. [B] — **11.** *Zustimmung zum* Entwurf¹⁰

¹ *Vgl. dazu den Vermerk des Minr.dI v. 4.12.1923 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Hannover Bd. 1, Bl. 367–367v.*

² *Vom 10.11.1923 in: Drucks ReichsR, Tagung 1923, Nr. 385.*

³ *Konnte in den vorliegenden Materialien nicht nachgewiesen werden.*

⁴ *In dem gedr. Material des ReichsR kein Bezug dazu, lediglich darauf, daß sich die Vollversammlung am 15.11.1923 mit der Überweisung der Vorlagen an die Ausschüsse bereit erklärte; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 73. Sitzung, S. 1227.*

⁵ *Vgl. zur Problematik die Schreiben des MinPräs. v. 10.9.1923 u. des WohlMinr. v. 12.11.1923 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 8, Bl. 333–334 u. 340–341. Vgl. auch Hirtsiefer, Die Wohnungswirtschaft in Preußen, S. 544 bis 548 u. Witt, Peter-Christian, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, hrsg. von Lutz Niethammer, Wuppertal 1979, S. 385 ff.*

⁶ *Vgl. den Erlaß des WohlMinr. v. 4.3.1924 in: Volkswohlfahrt Nr. 7 v. 1.4.1924, S. 139 f.*

⁷ *Vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 74. Sitzung am 22.11.1923, S. 1247.*

⁸ *Vgl. VO v. 24.11.1923, GS, S. 537; dem LT zur Beschlußfassung vorgelegt am 26.11.1923, Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 12, Nr. 7216, S. 7675.*

⁹ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

¹⁰ *Die Vorlage des Minr.dI v. 19.11.1923 mit dem Entwurf einer Not-VO u. Begründung in: Rep. 120, A II 5e Nr. 2 Bd. 13, Bl. 170–171; vom Ständigen Ausschuß des LT am 24.11.1923 angenommen, Bl. 168–169. Vgl. VO v. 24.11.1923, GS, S. 537.*

einer Notverordnung zur Vereinfachung der Verwaltung der Provinzialverbände – Bezirksverbände. [B] — **12.** *Entwurf der Preußischen Beamtenabbauverordnung.*¹¹ *Eine Abänderung des § 18 Abs. 3 des Entwurfs erfolgt nicht.* [B] — (**13.** *Militärischer Ausnahmezustand. Der Ministerpräsident soll nach Fühlungnahme mit anderen Regierungen [...] die Fragen seiner rechtlichen Zulässigkeit und seiner tatsächlichen Folgen im Reichsrat zur Sprache bringen.* [B] — **14.** *Abänderung des Entwurfs*¹² *einer siebenten Verordnung über anderweite Festsetzung der Gebühren der Gerichte, Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher, um über die Friedenssätze nicht hinauszugehen.* [B] — **15.** *Zahlung der Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet. Festhalten an den bisherigen Grundsätzen. Die Leistungen sind an Orten einzustellen, in denen die Separatisten als Inhaber der öffentlichen Gewalt auftreten.* [B] — **16.** *Bericht über die Notwendigkeit, finanzielle Mittel für die staatlichen Kohlenbergwerke des Recklinghauser Bezirks und die Betriebe der Hibernia [...] aufzubringen, um diese wieder in Gang zu bringen. Nochmalige Verhandlungen mit O. Gehres vom Lothringer Konzern über die Hibernia-Aktien, deren Mehrheit [...] aus der Hand zu geben [...] das Staatsministerium sich nicht entschließen kann. Sollte es doch zur Veräußerung der Aktienmehrheit kommen, müssen Sicherheitsbestimmungen garantieren, daß durch Mehrheitsbeschluß eine Stilllegung des Zechenbetriebes etwa gegen den Willen des Fiskus nicht erfolgt. Eine dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit ist für den Staat untragbar und führt zu den schwersten Vorwürfen gegen das Staatsministerium.* [B])

¹¹ *Die Vorlage des Minr.dI v. 19.11.1923 in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.*

¹² *Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 13, Nr. 7428, S. 7864–7867. Vgl. VO v. 18.12.1923, GS, S. 556.*

Nr. 323 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1923.

Vollz. Reinschr., Bd. 172, Bl. 93; MF 1031. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 739, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick; als Kommissare Freund, C. H. Becker, Fimmen.

Beschlüsse des Unterausschusses des Ständigen Ausschusses des Landtags zur Personalabbauverordnung. *Nach Vortrag wird der Finanzminister ermächtigt, im Ständigen Ausschuß [...] zu erklären, daß das Staatsministerium den Entwurf der Personalabbauverordnung [...] zurückzieht.*¹ [B]

¹ *Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 22.11.1923 an den Präs. LT (mit Rot-Vermerk: Sofort. Noch heute) in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.*

Nr. 324 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 27. November 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 94–97, Anlage¹; Bl. 98; MF 1031/1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, D 4 Nr. 76, n.f.

¹ *Zu TOP 6: VO über den Namen der Mitglieder der vormals landesherrlichen Familie v. 27.11.1923.*

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fritze, L. Weber, Ramm, Henatsch, Mulert [beide zu 3], Bail [zu 3–4], Frielinghaus [zu 3], Cohn [zu 3–4], v. Schenck [zu 3–4, 12], Lippert, Krenzlin [beide zu 4], E. Delbrück [zu 6, 9–10], Conze, Hog [beide zu 3], Amelunxen [zu 3, 8, 11–12, 14], Articus [zu 11–12], Neumann, Ossig, Bank [alle zu 11], Pauly [zu 12], v. d. Bussche, Gernlein [beide zu 8], Kügler, Helferich [beide zu 14].

(1. Der Entwurf² eines Staatsgesetzes betr. Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen. Einverständnis mit den vom Staatsrat vorgeschlagenen Änderungen. [B] — 2. Stellungnahme zu der Erklärung³ der bayerischen Regierung über die Personalabbauverordnung. [B]) — 3. Die Entwürfe einer Steuernotverordnung des Reichs⁴ und einer Verordnung [...] über Mietzins und Mietzinssteuer⁵. Steuervorlagen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung werden als unzulässig bezeichnet, aber Einverständnis mit dem materiellen Inhalt der Steuervorlagen entsprechend der Entschließung der Finanzminister der Länder.⁶ [B] — 4. Gesetzentwurf zum Schutze der Hypotheken- und Pfandbriefgläubiger. Die Preußischen Vertreter im Reichsrat haben gegen den Antrag⁷ Bayerns zu stimmen. [B] — 5. Zulassung von Fachschulabsolventen an den Preußischen Technischen Hochschulen; vertagt. — 6. Erlaß einer Verordnung⁸ über die Familiennamen der früheren Landesherren und der Mitglieder der vormals landesherrlichen Familien. [B] — 7. Bericht über die eingeleitete Ausgabe von wertbeständigem preußischen Notgeld und die [...] beabsichtigte Ausgabe von Goldschatzanweisungen. [B] — 8. Erhöhter Holzeinschlag zur Kreditbeschaffung für den Preußischen Staatshaushalt. Der Landwirtschaftsminister teilt mit, daß es infolge der neuen Forsteinrichtungen gelungen ist, trotz der durch die Gebietsabtretungen verminderten Fläche der Staatsforsten den jährlichen Holzeinschlag wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit [...] zu bringen. Eine weitere Erhöhung ist zu erwarten. — 9. Einstellung der Weiterverleihung des Eisernen Kreuzes.⁹ [B] — 10. Die Frage Waldeck und Lippe. Fortsetzung der Verhandlungen [...] über den [...] baldigen Anschluß [...] dieser Länder an Preußen <besonders wegen des Anschlusses von Schaumburg-Lippe> durch den Minister des Innern. [B] — 11. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹⁰ über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- und Moorküsten durch den Staat. [B] — 12. Der Gesetzentwurf¹¹ zur Ausführung des § 8 der Kleingarten-

² Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 12, Nr. 7266, S. 7697–7710; dem LT übersandt am 28.11.1923; die vom StR beschlossenen Änderungen, S. 7710, Anlage. Vgl. das Gesetz v. 8.4.1924, GS, S. 221.

³ Die Erklärung v. Pregers namens der bayer. Reg. am 15.11.1923 im Reichsrat in: Verhandlungen Reichsrat, Tagung 1923, 73. Sitzung, S. 1227 f.; der bayer. Antrag v. 27.11. u. der berichtigte v. 28.11.1923 in: Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 70–71; vgl. weiter das Schreiben des bayer. FinMin. v. 22.11.1923 an das preuß. FinMin. mit der Bitte um Unterstützung, Bl. 64–69.

⁴ Das Schreiben von RFinMinr. Luther v. 20.11.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 151, II 1281, Bl. 34–62v.

⁵ Der Entwurf, von RFinMinr. Luther u. RArbMinr. Brauns den Landesregierungen übersandt am 24.11.1923, in: Rep. 151, II Nr. 1042, n.f.; hier auch die Sitzungssache für das StMin.

⁶ Der Reichsrat nahm diese lediglich zur Kenntnis; vgl. Verhandlungen Reichsrat, Tagung 1923, 82. Sitzung am 20.12.1923, S. 1312. Zu den Sitzungen des RKab. über die Entwürfe der 1. u. 2. Steuer-Not-VO am 3. u. 13.12.1923 vgl. Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 4 u. 20, S. 23 u. 100 f. Vgl. auch Koppe, Fritz, Die Steuernotverordnungen vom 7. und 19.12.1923 mit umfassender Einführung und Steuerkalender, Berlin 1924 u. Netzband, Karl-Bernhard u. Widmaier, Hans-Peter, Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther 1923–1925, Basel u. Tübingen 1964, S. 142 ff.

⁷ Der Antrag Bayerns v. 15.8.1923, Drucks. Reichsrat, Tagung 1923, Nr. 305, S. 1 f.; am 23.8.1923 an den 7. u. 2. Ausschuß überwiesen, Verhandlungen Reichsrat, Tagung 1923, 55. Sitzung, S. 988.

⁸ Vgl. VO v. 27.11.1923, GS, S. 548.

⁹ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 26.11.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 273, n.f.

¹⁰ Die Vorlage von LandMinr. u. FinMinr. v. 16.10.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 6 Bd. 2, n.f. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 13.12.1923, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7362, S. 7812–7814. Vgl. das Gesetz v. 9.2.1924, GS, S. 105.

¹¹ Die Vorlage des Wohlfin. v. 20.11.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 327–330.

und Kleinpachtordnung vom 31. Juli 1919 wird zurückgestellt. [B] — **13.** Beurkundungsrecht der Notare im Rheinland; *vertagt*. — **14.** Kontingentierung der Erwerbslosenfürsorge im besetzten und unbesetzten Gebiet sowie damit zusammenhängende Fragen.¹² *Zunächst kommissarische Prüfung der Angelegenheit, bis diese* in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des Staatsministeriums zur Beratung *gestellt wird*.¹³ [B] — **15.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **(16.** *Gewährung einer Unterstützung für die Frau* des verstorbenen parlamentarischen Staatssekretärs H. Heinemann. [B] — **17.** *Einverständnis* mit der Einleitung *notwendiger gesetzgeberischer Maßnahmen* [...] zur Beschleunigung des Verfahrens bei der Ausgabe staatlicher Schatzanweisungen. [B])

¹² *Der Antrag des WohlMinr. v. 23.11.1923 in: Rep. 76, Ila Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. I, n.f.*

¹³ *Vgl. den Entwurf eines Runderlasses des WohlMinr. an die RegPräs. des besetzten u. unbesetzten Gebiets v. 8.12.1923 in: Rep. 180A, A II Nr. 1 Bd. I, n.f.*

Nr. 325 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Dezember 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen von der Hand Delbrücks und Weismanns, Bd. 172, Bl. 99–100; MF 1032. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 281, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, C.H. Becker, Loehrs, Elfgen, Helferich, Breuhahn, Fretsch, Bail, Posse, Amelunxen, Trendelenburg, Kügler [alle zu 2].

1. Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung. Die preußischen Vertreter *werden beauftragt*, bei der Beratung des Gesetzentwurfes¹ im Reichsrat *die* Stellung einzunehmen, daß das Gesetz nur als verfassungsänderndes Gesetz erlassen werden kann. [B] — **2.** Rhein- und Ruhrfragen.² Das Staatsministerium *legt fest*: a. *Ablehnung jeder ausdrücklichen oder stillschweigenden Genehmigung verfassungswidriger staatsrechtlicher Veränderungen unter allen Umständen <ursprünglich: kann irgendeiner [...] Veränderung unter keinen Umständen zustimmen> und schärfster Widerstand gegenüber* allen dahingehenden Bestrebungen; b. *Grundsätzliche Ablehnung jeder unterschiedlichen Behandlung* des besetzten Gebietes im Vergleich zum unbesetzten Gebiet; c. Preußen widersetzt sich auf das Entschiedenste jeder nicht mit Gewalt erzwungenen Ausdehnung des Besetzungsgebietes oder der Einflußerweiterung der Besatzungsmächte in sonstiger Form auf Teile des bisher unbesetzten Gebietes *<ursprünglich: widersetzt sich auf das Entschiedenste jeder Ausdehnung des Besetzungsgebietes auf Teile des bisher unbesetzten Gebietes>*.³ – Diese Stellungnahme soll sowohl gegenüber der Reichsregierung⁴ *als* auch in einer vom [...] Ministerpräsidenten im Landtag abzugebenden Erklärung⁵ zum Ausdruck gebracht werden. *Anregung an das Auswärtige Amt, das Verbot* der Reisen von Ministern und Staatsbeamten in das besetzte Gebiet *aufzuheben*. [B]

¹ *Von RMinr. dl Jarres dem ReichsR vorgelegt am 2.12.1923, gedr. in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 2, S. 9 f. Vgl. die vom ReichsR mit Stimmenmehrheit beschlossene Fassung, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 77. Sitzung am 4.12.1923, S. 1276; vgl. auch 79. Sitzung am 8.12.1923, S. 1290: Kenntnisnahme des vom RT angenommenen Entwurfs ohne Einspruch. Vgl. das Gesetz v. 8.12.1923, RGBl. I, S. 1179.*

² *Vgl. die Schreiben (Vorlagen) des WohlMinr. v. 30.11. u. WissMinr. v. 1.12.1923 an den MinPräs., in: Rep. 90, Nr. 222, Bl. 210–214.*

³ *Die Stellungnahme auch gedr. bei Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 130.*

⁴ *Vgl. die gemeinsame Sitzung am 4.12.1923, bes. S. 33 f.*

⁵ *Vgl. Sitzungsberichte LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 14, 282. Sitzung am 5.12.1923, Sp. 20017–20024.*

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern im Reichstagsgebäude am 4. Dezember 1923.

Druck: Die Kabinette Marx I und II. 30. November 1923 bis 3. Juni 1924, 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925, bearbeitet von Günter Abramowski, Boppard am Rhein 1973, Bd. 1, Nr. 6, S. 30–34.

Anwesend: für Preußen Richter, Boelitz, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Loehrs.

Berichte des Vizekanzlers über die Beschlüsse des Rhein-Ruhr-Ausschusses vom 2. Dezember 1923. — 1. Währungsfragen. — 2. Finanzfragen. — 3. Getreideversorgung. — 4. Erwerbslosenfürsorge. — 5. Besatzungskosten. Die Preußische Staatsregierung kündigt eine grundsätzliche Erklärung über ihre Politik gegenüber dem besetzten Gebiet am 5. Dezember 1923 vor dem Landtag an.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums am 5. Dezember 1923.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 9, S. 39–45.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Boelitz, Siering, Hirtsiefer.

Weitere Teilnehmer: für Preußen L. Weber, Loehrs, Bail.

1. Zeugenvernehmung des Staatssekretärs a.D. Reichswirtschaftsminister Hamm. — 2. Rhein-Ruhrfragen. Verlesung der Beschlüsse des Reichskabinetts zu den Hauptfragen des besetzten Gebiets: Währung, Finanzen, Ernährung, Erwerbslosenfürsorge, Besatzungslasten, Fürsorgemaßnahmen, Entschädigung, Beamtenbesoldung, Arbeitszeit im Bergbau. — Politische Fragen, bei denen die Loslösung des Rheinlands von Preußen im Mittelpunkt steht.

Nr. 326 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 12. Dezember 1923.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 172, Bl. 101–103; MF 1032. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 282/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Bracht [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fritze, C.H. Becker, Cohn [zu 1–2, 4, 6, 11], Wagemann, Alsleben [beide zu 3], E. Delbrück [zu 3, 13–14], Arndt [zu 2], Bessau [zu 4], L. Weber, Grosser, Trendelenburg, Boës, Backhaus, Fritzsche [alle zu 5], Abegg [zu 6], Bachmann, v. Dungern [beide zu 6], Cronau [zu 7 und 12], Sattelmacher, H. Schmidt [beide zu 9–10], Hog, Frielinghaus, Ganschow [alle zu 11], Dönhoff [zu 12], Schweckendieck [zu 13], Gf. Hardenberg, Wittelshöfer [beide zu 14].

1. Anwendung der strafrechtlichen Widerstandsverordnung auf Vorfälle aus der Zeit des passiven Widerstandes. *Die Reichsregierung wird ersucht, eine entsprechende Gesetzesvorlage einzubringen.*¹ [B] — 2. *Keine Begnadigung bei einem Todesurteil.* [B] — 3. *Dem Entwurf² einer Verordnung für Waldeck zur Ausdehnung der Pachtschutzordnung auf Verträge über die Gewinnung von Bodenbestandteilen wird nicht zugestimmt.* [B] — 4. *Zustimmung zum Gesetzentwurf³ zur Linderung der Not der rheinischen Notare.* [B] — 5. *Kontingentierung des Gesamtbedarfs für Sachausgaben der einzelnen Ressorts für das 2. Halbjahr des Rechnungsjahres 1923.*⁴ *Es wird erwartet, daß Mittel und Wege gefunden werden, unbedingt lebensnotwendige Ausgaben weiter zu leisten.* [B] — 6. *Vorübergehende Gewährung einer Polizeizulage an die Vollzugsbeamten der Polizei.*⁵ *Das Reich wird um Einverständnis und die Bereitstellung der finanziellen Mittel ersucht.* [B] — 7. *Regelung des Dienstes am 24. Dezember 1923 bei den staatlichen Behörden.*⁶ [B] — 8. *Drei Ernennungen und Ablehnung der Verlängerung der Altersgrenze.* [B] — 9.–10. *Zwei Pensions-sachen.*⁷ [B] — 11. *Entwürfe einer Steuernotverordnung des Reichs und einer Reichsverordnung über Mietzins und Mietzinssteuer; vertagt.*⁸ — 12. *Wiederbesetzung der Stelle des Reichsbankpräsidenten.*⁹ *Die Bevollmächtigten werden beauftragt, die preußischen Stimmen im Reichsrat gegen die Kandidatur von K. Helfferich abzugeben und H. Schacht für den Posten vorzuschlagen.* [B] — 13. *Regelung der Bezüge der stellungslosen Flüchtlingslehrer ab 1. Januar 1924.* [B] — 14. *Zustimmung zum Gesetzentwurf¹⁰ über das Landarmenwesen im Regierungsbezirk Westpreußen, der Restprovinz, mit einer Maßgabe.* [B] — (15. *Genehmigung des Entwurfs¹¹ eines Gesetzes über Änderungen der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten. Dabei wird übereinstimmend festgestellt, daß eine Erhöhung der [...] Einkommensbeträge [...] bei der Finanzlage des Reichs und Preußens zur Zeit unmöglich ist.* [B] — 16. *Reichswahlgesetz.*¹² *Bericht von Ministerialdirektor F. Meister [...] über die vom Reichstag angenommene Novelle. Betont besonders die Aufrechterhaltung der für Preußen unerträglichen Wahlkreiseinteilung für Groß-Berlin und den Umstand, daß vom Reichstag die dringend erwünschte Reduzierung seiner eigenen Mitgliederzahl nicht vorgenommen wurde. – Im Wege der Einspruchserhebung ist zu versuchen, in der Frage der Wahlkreiseinteilung für Groß-Berlin eine Einigung mit dem Reichstag herbeizuführen,*

¹ Vgl. VO v. 27.9.1923 über Aufhebung der aus Anlaß des Ruhreinbruchs erlassenen Verordnungen, RGBl. I, S. 911.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Vgl. Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 13, Nr. 7397, S. 7831 f.; dem LT übersandt am 14.12.1923. Vgl. das Gesetz v. 2.1.1924, GS, S. 5.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Fritzsche v. 11.12.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1391, n.f.; die Voten von WissMinr. u. LandMinr., ebd.

⁵ Vgl. den hs. Vermerk von Referent Boës v. 10.12.1923 für den WissMinr. zum Antrag des Minr.dI auf eine besondere Zulage für die Polizeibeamten, in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 17, Bl. 215.

⁶ Die Vorlage des WissMinr. (i. V. Becker) v. 4.12.1923 in: Rep. 84a, Nr. 2699, Bl. 269.

⁷ Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 66 u. 374.

⁸ Zur Vertagung vgl. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, II Nr. 1042, n.f.

⁹ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 11.12.1923 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 867, n.f. u. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, S. 453; ferner Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 81. Sitzung am 18.12.1923, S. 1308: Beschluß des ReichsR mit Stimmenmehrheit, Schacht in Vorschlag zu bringen. Vgl. weiterhin: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 35, S. 146 u. Nr. 31, S. 130–133. Vgl. auch Schacht, Hjalmar, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 236–242; Habedank, Heinz, Die Reichsbank in der Weimarer Republik, Berlin 1981, S. 98 f. u. Feldman, Gerald D., The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914–1924, New York 1997, S. 821–835.

¹⁰ Die Vorlage des WohlMinr. v. 28.11.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, A II 5e Nr. 2 Bd. 13, Bl. 173–174v. Mit Schreiben v. 2.4.1924 bat der WohlMinr., den Entwurf namens des StMinm. zurückzuziehen, Bl. 192.

¹¹ Die Vorlage des FinMinr. v. 11.12.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 17, Bl. 216–219.

¹² Vgl. Drucks. RT, I. WP 1920, Bd. 375, Nr. 5190, S. 1–20, mit Beilagen; der Entwurf wurde von RMinr.dI Köster am 2.11.1923 dem RT vorgelegt; vgl. auch ebd., Bd. 380, Nr. 6394, S. 7658–7669: Bericht des 22. Ausschusses über den Entwurf. Der ReichsR beschloß am 20.12.1923 mit Stimmenmehrheit, von dem Gesetzentwurf ohne Einspruch Kenntnis zu nehmen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1923, 82. Sitzung, S. 1314.

dies jedoch nur dann zu tun, wenn nicht die Reichsregierung von sich aus durch einen Gesetzesvorschlag diese Frage erneut *anregt und außerdem sicher ist*, daß der preußische Wunsch [...] bei der überwiegenden Mehrzahl der anderen Länder Unterstützung findet. Die Frage der Abgeordnetenzahl soll der Einspruch nicht *berühren*. [B] — 17. Mitteilung von Ministerialdirektor F. Meister über die unzureichende Vertretung der Reichsregierung durch das Reichsministerium des Innern und das Reichswehrministerium bei der Besprechung der Frage des militärischen Ausnahmezustandes durch Ausschüsse des Reichsrats am 12. Dezember 1923.¹³ Die Ausschüsse haben sich deshalb vertagt.)

¹³ Über die Verhandlungen vgl. den Bericht des württ. Bevollm. Widmann v. 18.12.1923 in: *Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922–1924*, bearbeitet von Heinz Hürten, Düsseldorf 1980, S. 206–209; zur Annahme des preuß. Antrags, S. 209.

Nr. 327 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1923.

Vollz. Reinschr.¹ mit einer Korrektur, Bd. 172, Bl. 104–104v; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Meister, Goslar; als Kommissare Fritze, Hölscher, Cohn [alle zu 1–3], Hartung [zu 1], Brathuhn [zu 3], Articus, Gerbaulet, Bank [alle zu 5], Cronau [zu 4–5], Kehr [zu 4].

1. Ermächtigungsverordnung² der Reichsregierung über Änderung der Strafrechtspflege. Die Preußischen Reichsratsbevollmächtigten werden angewiesen, gegen die im § 33 der Vorlage vorgesehene Notmaßnahme zu votieren, welche die vorübergehende Ausschaltung der Laienrichter im Strafprozeß betrifft. Bei Beibehaltung der Fassung soll die Aufhebung dieser Bestimmung betrieben werden.³ [B] — 2. Entwurf⁴ einer Reichsverordnung über die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen; keine Einwendungen. [B] — 3. Zustimmung zum Entwurf⁵ einer 7. Verordnung über anderweite Festsetzung der Gebühren der Gerichte, Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher. [B] — 4. Verbot der Entfernung von Autogrammen, Siegeln, Marken und dgl. aus den Akten der Behörden. [B] — 5. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁶ betr. die Eingliederung des Landeswasseramts in das Oberverwaltungsgericht. [B] — 6. Entwurf einer dritten Steuernotverordnung des Reiches; vertagt.

¹ Dazu Vermerk von Cronau v. 20.12.1923 für den Bürodir., daß auf Anordnung des StS der RK ein Auszug zu Ziffer (TOP) 1 u. 2 des Prot. zuzustellen ist, Bl. 104v.

² Vgl. VO über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege v. 4.1.1924, RGBl. I, S. 15.

³ Keine Bezugnahme in den gedr. Materialien des Reichsr.

⁴ Vgl. Drucks. Reichsr., Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 41, S. 1 f.; von RJMinr. Emminger dem Reichsr. übersandt am 4.3.1924. Die Zustimmung des Reichsr. mit Stimmenmehrheit in: Verhandlungen Reichsr., Tagung 1924, 12. Sitzung am 13.3.1924, S. 130.

⁵ Vgl. VO v. 18.12.1923, GS, S. 556; dem LT zur Genehmigung übersandt am 12.1.1924, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7428, S. 7864–7867.

⁶ Die Vorlage des LandMinr. v. 7.12.1923 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 87, Nr. 7359, Bl. 267–278; vorherige Entwürfe anbei. Zur Kontroverse u. zum Verlauf der Beratung, in der der Antrag des MinPräs. auf Streichung des § 5 Abs. 2 (Recht der Minr., Kommissare zur Wahrnehmung der öffentl. Interessen zu bestellen) bei Stimmengleichheit abgelehnt wurde, vgl. das Schreiben des FinMinr. v. 22.12.1923, Bl. 288.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums am 29. Dezember 1923.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 40, S. 165–171.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1 Braun, am Zehnhoff, Richter, Boelitz.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Scheidt, Dönhoff, Loehrs.

(Vorbesprechung zur Finanzlage.) — 1. Weiterzahlung der Besatzungskosten. Braun hält den gegenwärtigen Zeitpunkt für den unzweckmäßigsten, die Zahlung einzustellen.

¹ *Vgl. die Einladungen v. 27.12.1923 zur Sitzung des RMinm. bzw. der gemeinsamen Kabinettsitzung der Reichs- u. preuß. Minr. sowie zu einer Vorbesprechung in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 118–119.*

Nr. 328 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 1a–3; MF 1032. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 739, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Bracht [RK], Saemisch [Reichssparkom.], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fimmen, Grosser, Remak, v. Bahrfeldt, du Mesnil, Coßmann, Borsdorf, Schneller, Mooshake, v. Leyden, Trendelenburg, Gürich, v. Geldern, v. d. Bussche, Breuhahn, Bohm, Römhild, Flemming [alle zu 1], Cronau [zu 1, 3, 5], P. Becker, Freidt, Frielinghaus, Lippert, Mussehl, Cohn [alle zu 2], Bank, Articus, Niemann [alle zu 3 und 5], Jaques, Hecht [beide zu 5].

1. Entwurf¹ einer Preußischen Personal-Abbau-Verordnung. *Ablehnung der vom Unterausschuß des Ständigen Ausschusses des Landtags gewünschten [...] Beschwerdeinstanz für die Beamten. In Betracht gezogen werden kann nur ein parlamentarischer Ausschuß ohne Entscheidungsbefugnisse und ohne die Stellung eines Untersuchungsausschusses, sondern lediglich als Spezialpetitionskommission wirkend. Vornahme einer Reihe von Fassungsänderungen. [B] — 2. Aufwertung von Hypotheken usw.; nochmalige Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Eingliederung des Landeswasseramts in das Oberverwaltungsgericht; Haushalt für landwirtschaftliche Verwaltung für 1924; Personalvorschläge²; alle Punkte vertagt.*

¹ *Die Vorlage des FinMinr. v. 3.1.1924 mit dem abgeänderten Entwurf einer VO in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.; weiteres Material u. der von MinPräs. u. FinMinr. am 4.1.1924 dem Präs. des LT überreichte VO-Entwurf, ebd.*

² *Die TOP rekonstruiert nach den Spezialakten; vgl. Rep. 90, Nr. 405, n.f.: Einladung u. TO für die Sitzung.*

Nr. 329 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Januar 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 4–5; MF 1032. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 283/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Freund [für Severing], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Beninde, Articus [beide zu 2], Cronau [zu 2 und 4], v. Loebell, Blumenthal, Amelunxen [alle zu 3], Jaques, Hecht [beide zu 4].

1. Aufwertung von Hypotheken; *vertagt*. — **2.** Nochmalige Beratung des Gesetzentwurfs *betr.* die Eingliederung des Landeswasseramts in das Oberverwaltungsgericht. *Aufhebung des Beschlusses vom 18. Dezember 1923. Der Landwirtschaftsminister wird beauftragt, mit größter Beschleunigung die Eingliederung der Materien von Landeswasseramt sowie Oberlandeskulturamt [...] in den Aufgabenkreis des Oberverwaltungsgerichts zu prüfen.* [B] — **3.** Sistierung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt und Zurückziehung des dem Landtage vorliegenden Ausführungsgesetzes.¹ *Eine Beschlußfassung wird ausgesetzt; zunächst noch sind die Entschließungen der Reichsregierung abzuwarten.*² [B] — **4.** Der Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1924 *wird gutgeheißen.* [B] — **5.** Zwei Ernennungen, zwei Verlängerungen und je eine Zurückziehung bzw. Ablehnung der Verlängerung der Altersgrenze. [B] — **(6.** Die Frage der Amtsbezeichnungen.³ *Ausarbeitung einer neuen Vorlage in enger Fühlung mit dem Reich. – Titelverleihungen in Bayern.*⁴ *Schreitet das Reich dagegen nicht ein und fährt auch selbst damit fort, soll in Preußen in Zukunft ebenso verfahren werden.* [B] — **7.** Bericht von Staatssekretär Weismann über die heutige Sitzung des Reichskabinetts: Militärkontrolle der interalliierten Militärkontrollkommission und Verhältnisse in Thüringen.⁵ *Weist auf die strenge Vertraulichkeit der Angelegenheit hin.)*

¹ Die Vorlage des FinMinr. v. 21.12.1923 in: Rep. 77, Tit. 924 Nr. 3 Bd. 2, Bl. 48–48v. Vgl. das Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 v. 29.3.1924, GS, S. 180.

² Vgl. die Verhandlung des RKab. am 6.2.1924 zum Entwurf einer VO über das Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt, in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 91, S. 327 f.

³ Vgl. das Schreiben des FinMinr. an den MinPräs. v. 7.1.1924 in: Rep. 90, Nr. 580, Bl. 197; die Eingabe des Preuß. Beamtenbundes v. 15.11.1923. Bl. 202–213v.; zu den Kontroversen mit der RReg. vgl. Bl. 158–158v u. 189–190v.

⁴ Vgl. Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 40, S. 172 f.

⁵ Vgl. die Ministerbesprechung am 8.1. u. weiterhin die Kabinettsitzung am 7.1.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 50, S. 202–205 u. Nr. 47, S. 192 f.

Nr. 330 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1924.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 173, Bl. 7–8; MF 1032. — *Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fleischer, Israel, v. Schenck [alle zu 3], Amelunxen [zu 3 und 4], Breuhahn [zu 4 und 7], Zachariae, Cohn [beide zu 5], Sattelmacher, Koßwig [beide zu 2], Fimmen, Remak, Trendelenburg, Gürich, Freund, Mulert, Mooshake, v. Leyden, Schneller, v. Geldern, Cronau, Römhild, Flemming [alle zu 7].

1. *Gesetzentwurf* über die Verwaltung des Katholischen Kirchenvermögens; *vertagt*. — **2.** *Pensionssache.*² [B] — **3.** *Übertragung der Entscheidung über Einsprüche gegen die Inanspruchnahme öffentlicher Gebäude³ nach dem Wohnungsmangelgesetz an den beteiligten Ressortminister sowie*

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 5 u. 7 an die RK, Bl. 8.

² Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 724.

³ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 18.12.1923 an den WissMinr. in: Rep. 120, BB VII I Nr. 11 Adhib. 8a Bd. 8, Bl. 332.

den Wohlfahrtsminister. [B] — 4. Auflösung des Staatskommissariats für Volksernährung zum 1. April 1924 und seine organische Eingliederung [...] in das Landwirtschaftsministerium.⁴ Die Aufsicht über [...] das Preisprüfungswesen wird dem Minister des Innern übertragen. [B] — 5. Verhandlungen mit dem Reiche wegen der ehemaligen Militärgrundstücke.⁵ Der Ministerpräsident wird beauftragt, mit dem [...] Reichskanzler Fühlung zu nehmen, um einen baldigen Abschluß der zwischen Preußen und dem Reich seit langem schwebenden Verhandlungen herbeizuführen. [B] — 6. Personalvorschläge; vertagt. — (7. Preußische Personal-Abbau-Verordnung. Verhandlung der Beschlüsse⁶, die der vom Ständigen Ausschuß des Landtags eingesetzte Unterausschuß zum Entwurf gefaßt hat. Vor allem einstimmige Ablehnung des im § 21a vorgesehenen Schiedsgerichts, weil es zu einer staatsrechtlich unerträglichen Verschiebung der Verantwortlichkeiten führt, große Kosten verursacht und den Abbau hemmt. Erträglich ist nur eine Regelung, die die letzte Entscheidung über Beschwerden [...] dem Staatsministerium überträgt. [B])

⁴ Die Vorlage des LandMinr. v. 20.10.1923 u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 12.1.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90a, Y IX 5b Nr. 4 Bd. 2, n.f.; das Votum des FinMinr. in: Rep. 84a, Nr. 2054, Bl. 1.

⁵ Die Vorlage des MinPräs. (i. V. Weismann) v. 12.1.1924 (Schreiben an den FinMinr.) in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 1 Beiakte, Bl. 98–98v.

⁶ Vgl. Rep. 90, Nr. 739, n.f.

Nr. 331 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 9; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fimmen, Remak, Römhild, Flemming, Cronau, Mulert, Mooshake, v. Leyden, Breuhahn, Gürich.

Beratung der durch die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses des Landtags zum Entwurf einer Preußischen Personal-Abbau-Verordnung geschaffenen Lage. Das Staatsministerium erklärt sich außerstande, die vom Ausschuß eingefügten §§ 21a und 42a zu billigen, und beschließt, vom Erlaß der Verordnung vorerst abzusehen. Die Reichsregierung soll um eine Äußerung bemüht werden.¹ [B] — (Die bayerische Denkschrift² zur Revision der Weimarer Verfassung wird kurz erörtert. Ministerpräsident Braun soll eine Aufzeichnung über die einzelnen Vorschläge Bayerns und über die von Preußen aus Anlaß einer etwaigen Verfassungsreform zu machenden eigenen Vorschläge aufstellen.³ [B])

¹ Vgl. das Schreiben des FinMinr. v. 22.1.1924 an den RFinMinr. in: Rep. 90, Nr. 739, n.f.

² Zur Revision der Weimarer Reichsverfassung. Denkschrift der Bayerischen Staatsregierung v. 4.1.1924, von der bayer. Gesandtschaft (v. Preger) im Auftrag der bayer. StReg. dem ReichsR zur Kenntnisnahme mitgeteilt am 8.1.1924, Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 5, S. 1–19; auch in: Rep. 90, Nr. 185, n.f. u. Rep. 81 München, Nr. 1016, n.f. Gedr. u. a. bei Held, Heinrich, Verfassungsausschuß der Länderkonferenz. Beratungsunterlagen 1928, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1929, S. 343–361 u. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1924, S. 1–4. Vgl. ferner Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, S. 1 f.

³ Vgl. die Denkschrift der preuß. Reg. v. 16.2.1924 (zusammenfassende Darlegung u. kritische Beleuchtung ihres Inhalts durch MinPräs. Braun), in: Rep. 90, Nr. 185, n.f. u. Rep. 151, HB Nr. 569, n.f.; hier auch die Voten aller preuß. Minr. im Zeitraum v. 20.3.–28.5.1924. Vgl. auch das Memorandum des RMinr.dI zur bayer. Denkschrift, dem StS RK übersandt am 16.4.1924, mit 4 Nachträgen, in: Rep. 90, Nr. 185, n.f. Eine Zusammenstellung v. 28.7.1924 des wesentlichen Inhalts der Voten der Minr. in: Rep. 151, HB Nr. 569, n.f.

Ministerbesprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 26. Januar 1924.

Druck: *Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 73, S. 275–283.*

Anwesend: für Preußen Braun.

1. Berichterstattung über den Entwurf zur Abänderung des Reichstagswahlrechts. — 2. Bericht des Reichsbankpräsidenten Schacht über seine Verhandlungen in Paris. — 3. Besuch des Sachverständigenausschusses der Reparationskommission. — 4. Rhein-Ruhr-Frage. Erklärung Brauns über die Folgen der wirtschaftlichen und politischen Loslösung des Rheinlands von Preußen. Das Problem der Fortzahlung der Besatzungskosten. — 5. Die Polizeikosten in Sachsen auf Grund des Belagerungszustands.

Nr. 332 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 29. Januar 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 10–11; MF 1032. — Abschr.: *GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Freund, C.H. Becker, Amelunxen [alle zu 1–5], Fleischer, Schlüter, Müller, E. Delbrück [alle zu 1], Bansi, Cronau [beide zu 2].

Verwaltungsreform, Abänderung des Entwurfs der Landgemeindeordnung, die Einstufung der Oberpräsidenten, Personalvorschläge, Erhöhung der Ortszuschläge infolge Neuregelung der Wohnungsmieten, Entwurf eines Ministerpensionsgesetzes¹; die vorgesehenen Punkte werden vertagt. — 1. Dem Entwurf² eines Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens wird zugestimmt. [B] — 2. Zustimmung zum Gesetzentwurf³ über die Verkündung von Rechtsverordnungen. [B] — (3. Die Beratung des Entwurfs einer Verordnung über die Fürsorgepflicht im Reichsrat. Von den preußischen Bevollmächtigten sind die von den preußischen Ressorts übereinstimmend für erforderlich gehaltenen Abänderungsanträge zu stellen. Bei ihrer Ablehnung behält sich das Staatsministerium eine weitere Beschlußfassung vor.⁴ [B] — 4. Prüfung der Frage der Gültigkeit von Notverordnungen während der Sitzungsperiode des Landtags.⁵ [B] — 5. Grundsteuerfrage. Bericht des Finanzministers über den Stand der Verhandlungen.⁶ Man stellt sich auf den Standpunkt, daß eine wesentliche Herabsetzung der Grundsteuer aus finanziellen und poli-

¹ Rekonstruiert nach den Spezialakten; vgl. Rep. 90, Nr. 405, n.f.: Einladung u. TO zur Sitzung.

² Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 14, Nr. 7721, S. 8462–8482; dem LT übersandt am 7.5.1924. Vgl. das Gesetz v. 24.7.1924, GS, S. 585.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 11.1.1924 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 670, Bl. 177–181; das Votum des WissMinr., ebd.; die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, HB Nr. 561, n.f. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 17.5.1924, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 14, Nr. 7751, S. 8554 f. Vgl. das Gesetz v. 9.8.1924, GS, S. 597.

⁴ Kein Bezug darauf. Vgl. VO v. 13.2.1924, RGBl. I, S. 100 u. Baath, P.A. (GehRegR), Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13.2.1924..., 3. Aufl., Berlin 1925, zu Preußen, S. 189 ff., Anhang.

⁵ Vgl. das Schreiben des Minr.dI (i.A. Meister) an den MinPräs. u. die Minr. v. 7.2.1924 sowie die Niederschr. über das Ergebnis der kommissar. Besprechung im Mdl am 5.3.1924 in: Rep. 151, HB Nr. 555, n.f.; hier auch die Voten von JMinr., HandMinr. u. FinMinr.

⁶ Vgl. Preuß. LT, 1. WP, 1. Tagung 1921/24, Hauptausschuß, 239. Sitzung am 28.1.1924, Sp. 6 f.

tischen Gründen für das Staatsministerium untragbar *ist*, und daß die schleunige Genehmigung der Grundsteuerverordnung eine Existenzfrage für den Preußischen Staat *bedeutet*. Dieser Standpunkt *ist* gegenüber den Parteien mit allem Nachdruck zu vertreten. [B])

Nr. 333 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 31. Januar 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 12–14v; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], L. Weber [für Richter zu 6–8], Dönhoff [für Siering zu 8], Weismann, Meister, Sachs, Goslar; als Kommissare Erythropel [zu 1–4, 6–7], Freund [zu 1], Mulert [zu 1 und 3], Gramsch [zu 1], Froelich [zu 1 und 3], Articus [zu 1], Bansi [zu 1 und 3], E. Delbrück [zu 1, 3–4, 6–7], v. Leyden [zu 3], König [zu 6], Mooshake, Coßmann [beide zu 7], Jaques, Ha. Schulze, Becker [alle zu 8].

1. Verwaltungsreform.¹ Mit dem interfraktionellen Ausschuß *ist die Frage der Bereitschaft der Koalitionsparteien zu klären*, noch in dieser Landtagsperiode an Stelle der vom Innenminister vorgeschlagenen kleinen Reform die sogenannte große Verwaltungsreform zu verabschieden. *Grundsätzliches Einverständnis mit der Vorlage von Severing.* [B] — 2. *Sechs Ernennungen.* [B] — 3. *Abänderung des Entwurfs einer Landgemeindeordnung²; und zwar in bezug auf die Beschränkung der Landbürgermeistereiverfassung und die Übertragung der Auflösung der Gutsbezirke an das Staatsministerium.* [B] — 4. *Antrag³ auf Neueinstufung der Oberpräsidenten; wird vorläufig zurückgezogen.* — (5. *Vorschlag zur Ernennung des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Dr. Schröder zum Präsidenten der Preußischen Staatsbank.* [B]) — 6. *Erhöhung der Ortszuschläge infolge Neuregelung der Wohnungsmieten. Der Finanzminister wird beauftragt, beim Reichsfinanzminister mit allem Nachdruck für ihre Erhöhung durch einen Ausgleichszuschlag einzutreten.* [B] — 7. *Entwurf⁴ eines Ministerpensionsgesetzes; wird ergänzt durch Gewährung von Umzugskosten.* [B] — 8. *Entwurf einer Verordnung⁵ über die Ermächtigung des Reichsverkehrs- und des Reichspostministers zur Aufnahme von Darlehen. Weisung an die Reichsratsvertreter für die Verhandlungen.⁶ Keine Zustimmung des Landwirtschaftsministers zum Entwurf. Der Vertreter von Finanzminister Richter spricht sich für eine nochmalige Beschlußfassung bei Anwesenheit seines*

¹ *Die Vorlage des Minr.dI v. 7.1.1924 mit dem Entwurf einer VO über die Vereinfachung der Verwaltung, in: Rep. 90, Nr. 2301, Bl. 123–131v; die Aufzeichnung von Referent Cronau für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 139–140v; anbei auch die Voten von LandMinr. (schärfster Widerspruch) u. FinMinr. (allg. Einverständnis). Vgl. auch das Material in: Rep. 77, Tit. 2025 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 50 ff. u. Rep. 84a, Nr. 4273, Bl. 212 ff.; hier Bl. 233–234v eine Zusammenstellung über den Stand der Durchführung des Programms über den kommunalen Aufgabenabbau.*

² *Die Vorlage des Minr.dI v. 26.1.1924 in: Rep. 77, Tit. 2779 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 49–49v; das Votum des FinMinr., Bl. 50 bis 50v. Vgl. auch das Material in: Rep. 120, A I I Nr. 5 Adhib. Bd. 7, n.f.*

³ *Die Vorlage (Antrag) des Minr.dI v. 19.12.1923 in: Rep. 76, IIa Sekt. 55 Gen. Nr. 1 Bd. 17, Bl. 269–270; die Sitzungssache für das StMinm. v. 28.1.1924, Bl. 272; die Voten von WissMinr. v. 5.3., JMinr. v. 22.12.1923 u. LandMinr. v. 8.1.1924, Bl. 273–274, 282 u. 291.*

⁴ *Die Vorlage des FinMinm. v. 31.1.1924 mit dem in einer kommissar. Besprechung neu aufgestellten Entwurf u. Begründung in: Rep. 84a, Nr. 3782, Bl. 58–61 u. Rep. 90, Nr. 833, n.f. Der neue beglaubigte Entwurf v. 8.2.1924 wurde im Wege des beschleunigten Umlaufs genehmigt.*

⁵ *Vgl. VO v. 13.2.1924, RGBl. I, S. 70.*

⁶ *Der ReichsR nahm lediglich Kenntnis vom Erlaß der VO durch die RReg.; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 8. Sitzung am 28.2.1924, S. 77 f.*

Ministers aus. [B] — (9. Wiederaufnahme der Groß-Hamburg-Verhandlungen⁷; wird insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung in Hannover abgelehnt. [B] — 10. Die Große Anfrage⁸ Nr. 246 betr. das Abkommen der deutschen und dänischen Sozialdemokraten über die Anerkennung der heutigen Grenze. Ministerpräsident Braun beabsichtigt, im Landtag bei der Besprechung der Großen Anfrage den bisher von der Regierung vertretenen Standpunkt erneut zu vertreten.⁹)

⁷ Vgl. das Schreiben des RMinr. dl v. 29.1.1924 in: Rep. 90, Nr. 288, Bl. 94–94v.

⁸ Vgl. die Anfrage der Abg. Winckler, Wilberg u. Gen. (DNVP) v. 17.12.1923, Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 13, Nr. 7404, S. 7834; weitere Anfragen, Nr. 7385, S. 7822 u. Nr. 7404, S. 7834. Vgl. auch die Förmliche Anfrage des StR an das StMin. v. 13.12.1923, Drucks StR 1923, Nr. 471. Vgl. ferner Rep. 151, I A Nr. 7467, n.f. Vgl. auch Callesen, Gerd, *Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912–1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus*, Phil. Diss. Kiel, Apenrade 1970, S. 118 ff.

⁹ Vgl. die Erklärung von Braun am 26.1.1924, Sitzungsberichte LT, I. Tagung, 294. Sitzung, Sp. 20912 f. Zur Besprechung der Großen Anfrage vgl. bes. die Erklärung von MinR. F. Rathenau namens der Reg. u. die Ausführungen des Abg. F. Bartels (SPD) über das Grenzabkommen v. 26.11.1923, ebd., Sp. 20900 u. 20921–20924. Zur Teilnahme des sozialdemokrat. LandR von Eckernförde E. Adler an dem Treffen vgl. Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 78.

Nr. 334 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 15–15v; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Fritze [für am Zehnhoff], Saemisch [Reichsparkom.], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fimmen, Mooshake, v. Leyden, Gürich, Lammers, Landé, Römhild, Flemming, Breuhahn, Schneller, Cronau [alle zu 1].

1. Preußische Personalabbau-Verordnung.¹ Änderungen zum Entwurf. [B] — 2. Dritte Steuernotverordnung; vertagt.

¹ Vgl. den abgeänderten Entwurf, vom FinMinr. am 31.1.1924 versandt, in: Rep. 90, Nr. 740, n.f.; anbei die Voten von Minr. dl, WissMinr. u. JMinr. Der berichtigte Entwurf dem LT am 4.2.1924 übersandt, ebd.

Nr. 335 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Februar 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 16–16av, Anlage, Bl. 17–20; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], L. Weber, Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Henatsch, Becker, Hog, Bail, Frielinghaus, Mussehl, Conze, Kayser, Gadow, Mulert, Surén, Cohn.

Entwurf¹ einer Dritten Steuernotverordnung der Reichsregierung. Zustimmung zum Votum² des Finanzministers mit Maßgaben und Niederlegung von Anträgen auf Abänderung des Entwurfs

¹ Von RFinMinr. Luther den Länderregierungen u. dem ReichsR übersandt am 30.1.1924 in: Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 91–103; vgl. auch Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 76.

beim Reichsrat. Zur Wahrung der lebenswichtigen finanziellen Interessen Preußens soll versucht werden, auf dem Wege mündlicher Besprechung [...] ein Nachgeben des Reiches gegenüber den preußischen Wünschen zu erzielen. Vom Justizminister wird gegen die gesetzliche Beschränkung der Aufwertung von Vermögensanlagen Verwahrung eingelegt. [B]

² Vgl. die Anlage, Bl. 17–20 u. das streng vertrauliche Schreiben von StS Weber v. 30.1.1924 über die Beratung des Entwurfs der 3. Steuer-Not-VO im RKab. am 29.1.1924, in: VI. HA, NL Braun, D 1 Nr. 4, n.f.; vgl. auch über die Sitzung: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 78, S. 294–297.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 5. Februar 1924, 17 Uhr.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 88, S. 318 f.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

1. Durchführung der Vorabstimmung in Hannover 14 Tage nach der Reichstagswahl am 18. Mai 1924, nach Abstimmung mit den preußischen Ministern. — **2.** Entwurf einer Verordnung über die Vereinfachung der Genossenschaftsbildung und die Förderung der Ödlanderschließung. — **3.** Entwurf einer Beamtensiedlungsverordnung.

Nr. 336 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 8. Februar 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 21–22v; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], Weismann, Nobis, Meister, Sachs; als Kommissare L. Weber [zu 2–3], Bail, Frielinghaus, Mulert, Surén, Erythropel, Schultz, Hog, Mussehl [alle zu 2], Ha. Schulze, Jaques, Bessau, Becker [alle zu 3], Fimmen, Borsdorf, Lippe [alle zu 1].

(1. Erlaß der Personalabbauverordnung¹ in der vom Ständigen Ausschuß des Landtags verabschiedeten Fassung. [B]) — **2.** Die Dritte Steuernotverordnung nach den bisherigen Verhandlungen der Reichsratsausschüsse. Die Zugeständnisse der Reichsregierung an die Länder werden nicht für ausreichend erachtet. Vor einer endgültigen Stellungnahme wird der Finanzminister beauftragt, bei den erneuten Verhandlungen zunächst noch zu versuchen, weitere Zugeständnisse für die Länder durchzusetzen. Für notwendig wird eine einträgliche Gestaltung der Einkommensteuer durch eine Erhöhung der Vorauszahlungen der nicht Lohnsteuerpflichtigen sowie eine Herabsetzung des Werbekostenabzugs gehalten. Bei Weigerung der Reichsregierung Vorschlag zur Aufnahme von wenig-

¹ Vgl. VO zur Verminderung der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung (Preußische Personal-Abbau-Verordnung) v. 8.2.1924, GS, S. 73. Vgl. auch Graeffner, Ernst (StadtR in Berlin), Der preußische Personalabbau bei Staat und Gemeinden. Erläuterungen der preußischen Personalabbauverordnung vom 8.2.1924, Berlin 1924 u. Der Personalabbau im preußischen Schulwesen. Sammlung der Bestimmungen. Zusammengestellt v. Walter Landé (MinR im WissMin.), Berlin 1924 (Weidmannsche Taschenbuchausgaben von Verfügungen der Preuß. Unterrichtsverw., H. 10).

stens einer Bestimmung, welche die Länder ermächtigt, diese Vorschriften von sich aus zu erlassen.² [B] — **3.** Der Entwurf einer Verordnung über die Schaffung eines Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“.³ Festlegungen für die Stellungnahme der preußischen Vertreter im Reichsrat. Die Preußische Regierung [...] widerspricht nicht der den Ausschüssen vorgelegten Notverordnung, jedoch den zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Bayerischen Handelsministerium am 7. Februar 1924 ausgetauschten Erklärungen zur Auslegung des Staatsvertrages über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich vom 1. April 1920. Diese stellen [...] den Anfang einer Neuordnung der Reichseisenbahnverwaltung dar und verstoßen gegen die Gleichstellung der preußischen und hessischen Zweigstellen mit der bayerischen.⁴ [B]

² Vgl. die Erklärung Preußens zum Entwurf, vom FinMinr. am 9.2.1924 dem RFinMinr., dem Rklr. u. allen RMinr. sowie den Landesregierungen u. den ReichsR-Bevollmächtigten der außerpreuß. Länder mit der Aufforderung, sich der Erklärung anzuschließen, übersandt, in: Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 10–11v. – Vgl. bes. die Sitzungen des RKab. am 25., 27. u. 29.1.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 67 (S. 257–261), Nr. 71 (S. 267–272) u. Nr. 78 (S. 294–297). Vgl. weiterhin: Dritte Steuer-Not-VO v. 14.2.1924, RGBl. I, S. 74; Koppe, Fritz, Die Dritte Steuernotverordnung vom 14.2.1924, Berlin 1924; Mügel, Oscar (Wirkl. GehR u. StS im preuß. JMinm. a. D.), Markull, Wilhelm (MinR im RFinMinm.) u. Pape, Ernst (OVGR), Kommentar zur Dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924, Berlin 1924 (= Die Deutschen Finanz- u. Steuergesetze in Einzelkommentaren, Bd. 7) sowie Netzband/Widmaier, Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther, S. 188 ff.

³ Vgl. Sitzung des RKab. am 31.1. u. 11.2.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 82, S. 303–305 u. Nr. 98, S. 347. Vgl. VO v. 12.2.1924, RGBl. I, S. 57.

⁴ Vgl. den Entwurf einer von den Landesregierungen zu der VO abzugebenden Erklärung, vom HandMinr. am 30.1.1924 dem MinPräs. u. den Minr. übersandt, in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f.; Bemerkungen des HandMinr. v. 11.1.1924 zum Entwurf in: Rep. 90, Nr. 185, n.f.

Nr. 337 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Februar 1924.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 23–24v; MF 1032. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 284/I, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Scheidt [für Hirtsiefer], C.H. Becker [für Boelitz], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Fritze, Bail, Ernst [beide zu 1], Cohn [zu 1, 7–8], Fimmen, Mooshake, v. Leyden, Breuhahn, Schneller, Trendelenburg, Gürich, Landé, Römhild, v. Geldern [alle zu 2], Cronau [zu 2–3, 6], Frank [zu 3], E. Delbrück [zu 4], K. Weber, Frosch [beide zu 5], Hoffmann [zu 7], Sandrock [zu 7–8], Kügler [zu 8].

1. Entwurf² einer Börsensteuerverordnung im Reichsrat. Eventuelle Anträge Preußens zum Entwurf. [B] — **2.** Preußische Personal-Abbau-Verordnung. Beschlußfassung über die umgehende Ausführung. Beabsichtigt wird ein eindringlicher Appell [...] an jeden einzelnen preußischen Beamten³, im Hinblick auf die finanziellen Nöte des Staates bei sich nachzuprüfen, ob es seine wirtschaftliche Lage ihm nicht nahelegt, freiwillig – unter den gebotenen Möglichkeiten – auszuscheiden. [B] — **3.** Rechtsverhältnis des Thronlehens Oels.⁴ Der Finanzminister wird ermächtigt, eine Vereinbarung der gedachten Art mit dem vormaligen Kronprinzen zu treffen und mit der wei-

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 2 an die RK, Bl. 24v.

² Die mit Stimmenmehrheit genehmigte Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 6. Sitzung am 14.2.1924, S. 51 u. 53 f. Vgl. die Börsensteuer-VO v. 14.2.1924, RGBl. I, S. 113.

³ Vgl. Sitzung am 22.2.1924, (TOP 9).

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 5.2.1924 in: Rep. 90, Nr. 236, n.f.; ebd. auch das Schreiben des MinPräs. v. 31.1.1924 an den FinMinr. u. die Aufzeichnung von Referent Cronau für den MinPräs. zur Sitzung (Klage des Kronprinzen gegen den preuß. Staat wegen des Dominiums Rathe).

teren Wahrnehmung des staatlichen Interesses vor Gerichten Anwälte von ganz besonderem Rufe zu betrauen. [B] — 4. Übertragung der Schlußverleihung des Eisernen Kreuzes⁵ an das Reichswehrministerium. [B] — 5. Pensionssache.⁶ [B] — 6. Urantrag von Campe betr. die Provinzialvertreter im Reichsrat; vertagt. — 7. Verschmelzung der Angestellten- mit der Invalidenversicherung.⁷ Die Reichsregierung soll gebeten werden, die Höchstsätze für die Beiträge der Krankenkassen wiederherzustellen. [B] — 8. Abänderungsanträge⁸ zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge. [B] — 9. Sechs Ernennungen, je zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand und Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — (10. Zustimmung zur Durchführung der vom Reich beabsichtigten „Pfalztage“, nachdem Sammlungen für das gesamte besetzte Gebiet vorgesehen sind.⁹ [B])

⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 9.2.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 273, n.f.

⁶ Hierüber wurde ein besonderes Protokoll aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 780.

⁷ Die Vorlage des WohlMinr. v. 9.2.1924 u. die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 11.2.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 1231, n.f.

⁸ Der Antrag des Minr.dI v. 10.2.1924 u. die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 11.2.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 1142, Bl. 337–342v.

⁹ Vgl. dazu Rep. 90, Nr. 178, Bl. 252–253: Artikel der Köln. Zeitung u. Berichtigung von WTB.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 12. Februar 1924.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 100, S. 350–352.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1–4 Braun, Richter, Siering, Wendorff.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen C.H. Becker.

1. Schadloshaltung der ausgewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter. — 2. Preußische Personal-Abbau-Verordnung. — 3. Bereitstellung von Mitteln für eine Verstärkung der kommunalen Polizei im Rheinland; vertagt. — 4. Bezahlung von Zollstrafen im besetzten Gebiet.

¹ Vgl. die Einladung v. 11.2.1924 zur Sitzung des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 147.

Nr. 338 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 25; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Hog, Frielinghaus, Mulert, Surén.

Erlaß der Ergänzungsverordnung¹ zur Verordnung vom 23. November 1923 über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer. [B]

¹ Vgl. VO v. 16.2.1924, GS, S. 109; die VO v. 23.11.1923, GS, S. 519.

Nr. 339 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 22. Februar 1924.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit einer Korrektur, Bd. 173, Bl. 26–27; MF 1032. — *Abschr.:* GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — *Prot.:* Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Kiep [RK], Weismann, C.H. Becker, L. Weber [und als Kom. zu 1], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Schantz, Flemming, v. Loebell [alle zu 1], Bansi, Backhaus [beide zu 3], Meister, Froelich [beide zu 5], Landé, Sondag, v. Leyden, v. Seefeld, Kühne, Dulheuer, du Mesnil, Grosser, Fimmen [alle zu 6].

(Nachruf auf den verstorbenen Staatssekretär F. Freund.) — **1.** Kreditbeschaffung für die Bergwerksgesellschaft Hibernia und die staatliche Bergwerksdirektion in Recklinghausen. *Verhandlungen mit den Oberschlesischen Kokswerken und einem Konsortium unter holländischer Führung über die Aufnahme eines Kredits. Sie sollen fortgesetzt werden und zum Abschluß des Abkommens mit einem der beiden [...] Konzerne zu den günstigsten erreichbaren Bedingungen führen.* [B] — **2.** *Finanzielle Mittel für Jugendwohlfahrt und allgemeine Volkswohlfahrt aus dem Staatshaushalt für 1924²; vertagt.* — **3.** Wahlen zu den Landwirtschaftskammern.³ Von einer Änderung des Gesetzes⁴ über die Landwirtschaftskammern wird *Abstand genommen.* [B] — **4.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **5.** Reichstagswahlrechts-Novelle zur Verminderung der *Abgeordnetenzahl.* Von der Einbringung eines Initiativantrags zur Minderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten und Abänderung des Wahlkreises Groß-Berlin wird *Abstand genommen.* – *Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ über eine Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten und der Mitglieder des Staatsrats.* [B] — **6.** *Abbau des Personals der gesamten Unterrichtsverwaltung um 15% bis zum Beginn des Schuljahres 1924/25 gemäß der Personal-Abbau-Verordnung.⁶* [B] — **(7.** Verhandlungen über die geschäftliche Nutzung des Erdgeschosses des Hauses Unter den Linden 74. [B] — **8.** *Das Problem der finanziellen Zukunft der höheren Gärtnerlehranstalt Proskau in Oberschlesien.* [B] — **9.** *Nach Vortrag von Ministerpräsident Braun wird <im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit> beschlossen, den Appell⁷ an die Beamten nicht zu erlassen.* [B])

¹ Dazu Vermerk: Abdruck zu TOP 5 des Prot. an die RK, Bl. 27.

² Die Vorlage des WohlMinr. v. 11.2.1924 in: Rep. 151, I C Nr. 11730, Bl. 251–253, mit Anlagen; vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm., Bl. 260.

³ Die Vorlage des LandMinr. v. 5.2.1924 in: Rep. 77, Tit. 146 Nr. 61 Bd. 3, Bl. 30; eine hs. Notiz zu diesem TOP von Referent v. Baerensprung v. 20.2.1924, Bl. 34–35v.

⁴ Vom 30. Juni 1894, GS, S. 126.

⁵ Die Vorlage des Minr.dI v. 15.2.1924 mit einem nochmals abgeänderten Entwurf nebst Begründung in: Rep. 90, Nr. 110, Bl. 84–84v u. 102–103v; umfangreiches Material zur Entwicklung des Gesetzentwurf, Bl. 3 ff. Vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, HB Nr. 556, n.f.

⁶ Die Vorlage des WissMinr. v. 21.2.1924 in: Rep. 84a, Nr. 4273, Bl. 241; das Rundschreiben des Minr. v. 1.3.1924 in: Rep. 90, Nr. 744, n.f.

⁷ Der Wortlaut des Appells in: Rep. 90, Nr. 740, n.f.; vgl. Sitzung am 11.2.1924, TOP 2.

Nr. 340 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1924.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 28–29v; MF 1032. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 285/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Siering], Bracht [RK], Weismann, Nobis [und als Kom. zu 6], Meister, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Sommer, Amelunxen [beide zu 2], Schulz-Briesen, Fimmen [beide zu 3], Cronau [zu 3, 5, 7], Sandrock, v. Leyden, Baetz [alle zu 8], Cohn [zu 8–10], Kügler [zu 8], Metz [zu 5], Radler [zu 6], Krüß, v. Rottenburg, Helbing, Froelich [alle zu 7], Hartung [zu 9], Hölscher [zu 9–10], Helferich [zu 10], Blumenthal [zu 11].

1. Errichtung von Reichsnachrichtenstellen für Außenhandel; vertagt. — **2.** Entwurf² eines Reichspostfinanzgesetzes. Anträge auf Sicherung der Gleichstellung Preußens auf dem Postgebiet mit den anderen Ländern, u. a. auch auf Übertragung der Verwaltung des Unternehmens „Deutsche Reichspost“ an einen fachmännischen Generalpostmeister und nicht an den Reichspostminister, der sich in Zukunft auf die parlamentarische Vertretung des Post- und Telegraphenwesens beschränken soll. Man ist für die parlamentarische Vertretung des Verkehrswesens des Reichs durch nur einen Minister. Auftrag an die Preußischen Vertreter im Reichsrat, bei keiner Mehrheit für die Anträge [...] gegen den Gesetzentwurf zu stimmen.³ [B] — **3.** Beamtenabbau im Bezirke der Bergwerksdirektion Recklinghausen⁴; vertagt. — **4.** Finanzielle Mittel für schulärztliche und schulzahnärztliche Versorgung aus dem Staatshaushalt; vertagt. — **5.** Auflösung der Kanalbaudirektion Essen.⁵ [B] — **6.** Aufhebung der Preußischen Gesandtschaft in Dresden und Versetzung des Geschäftsträgers K. Schellen [...] in den einstweiligen Ruhestand.⁶ [B] — **7.** Umgestaltung des früheren Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste durch Änderung von Satzungsbestimmungen. [B] — **8.** Einverständnis mit dem Entwurf⁷ einer Anordnung zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge. Keine Bezugsberechtigung für die Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft. [B] — **9.** Zustimmung zum Entwurf⁸ einer Verordnung zur Änderung der Schiedsmannsordnung. [B] — **10.** Abwesenheitsverfahren gegen rheinische Sonderbündler.⁹ Es soll [...] davon abgesehen werden, bei der Reichsregierung auf die Einführung des Verfahrens gegen die Separatisten hinzuwirken. [B] —

¹ Dazu Vermerk: RK erhält Auszug zu TOP 2, 6–8 u. 10 des Prot., Bl. 29v.

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 18, S. 1–7; von RPMinr. Höfle dem ReichsR vorgelegt am 4.2.1924. Zu den grundsätzlichen Bedenken Preußens vgl. das Schreiben des MinPräs. an den Rklr. v. 27.1.1924 in: Rep. 120, A XIV Nr. 3b Bd. 1, n.f.; gedr. in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 74, S. 284 f.

³ Vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 10. Sitzung am 8.3.1924, S. 100 f.; der Antrag von StS Weismann auf Änderung des § 1, S. 101; die mit Zweidrittelmehrheit veränderte Fassung, S. 105–107, Anlage 1. Zur ReichsR-Ausschußberatung am 7.3. u. zur Vollsitzung am 8.3.1924 vgl. den Vermerk von MinR Sommer v. 10.3.1924, in: Rep. 120, A XIV Nr. 3b Bd. 1, n.f. Vgl. das Gesetz v. 18.3.1924, RGBl. I, S. 287.

⁴ Der Antrag des HandMinr. v. 16.2.1924 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 1.3.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 740, n.f.

⁵ Die Vorlage von LandMinr., FinMinr. u. Minr.dI v. 15.2.1924 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n.f.

⁶ Vgl. den Einspruch Schellens v. 17.3.1924 in: Rep. 84a, Nr. 11627, Bl. 180–189; Bl. 191 ein nochmaliger Einspruch v. 3.5.1924.

⁷ Die Vorlage des WohlMinr. v. 28.2.1924 in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 1, n.f. Zum Entwurf vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 30, S. 1 f.; vom RArbMinr. (i. V. Geib) dem ReichsR übersandt am 22.2.1924. Die vom ReichsR genehmigte Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 12. Sitzung am 13.3.1924, S. 126 f. Vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 3.3.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1142, n.f. Vgl. VO v. 13.3.1924, RGBl. I, S. 279.

⁸ Vgl. VO v. 12.3.1924, GS, S. 129 u. das Gesetz betr. die Änderung der Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 v. 12.3.1922, GS, S. 63.

⁹ Die Vorlage des JMinr. v. 27.2.1924 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

11. Preußische Ausführungsbestimmungen¹⁰ zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht. [B] — 12. *Drei Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze*. [B] — (13. *Erlaß der Ausführungsbestimmungen*¹¹ über den Personalabbau in den Gemeinden und Gemeindeverbänden. [B] — 14. *Regelung der Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand gemäß § 15 der Personalabbauverordnung*. [B] — 15. *Beschluß über den Vorsitz des Gesamtkontrollorgans gemäß § 28 der Personalabbauverordnung*. [B])

¹⁰ Vgl. die Ausführungs-VO v. 17.4.1924, GS, S. 210.

¹¹ Vgl. die Verfügung von Minr.dI u. FinMinr. v. 10.3.1924 in: *MinBl. innere Verw. Nr. 13* v. 15.3.1924, Sp. 267–282.

Nr. 341 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 30–30v; MF 1032. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Siering], L. Weber, Weismann, Frick, Scherek; als Kommissare Mulert, Surén, v. Leyden, Schultz, Grosser, v. Schenck, Hog, Frielinghaus, O. Lehmann, E. Delbrück.

1. Entwurf einer Verordnung zur Ausführung der Dritten Steuernotverordnung – Preußische Steuernotverordnung; *vertagt*. — (2. *Durchführungsbestimmungen für die Vermögenssteuer 1924. Zustimmung zum Entwurf.*¹ *Widerspruch des Landwirtschaftsministers, da der Antrag Bayerns den Interessen der Landwirtschaft besser entspricht*. [B] — 3. *Ausnahmestand.*² *Besprechung des Ministerpräsidenten und des Innenministers mit der Reichsregierung, die zusagt, künftig etwaige Zeitungsverbote und Schutzhaftverfügungen innerhalb Preußens den preußischen Verwaltungsbehörden zu überlassen sowie bei einer etwa beabsichtigten Verschärfung des Ausnahmestandes [...] sich vorher mit der Preußischen Staatsregierung ins Benehmen zu setzen.*)

¹ Vgl. *Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 28, S. 1–10, mit Anlage; vom RFinMinr. (i. V. Zapf) dem ReichsR übersandt am 20.2.1924. Zum Antrag u. der Entschließung Bayerns sowie zu der vom ReichsR genehmigten Fassung vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 10. Sitzung am 8.3.1924, S. 102–104 u. 109–116, Anlage 3.*

² Vgl. die Schreiben des StMinm. u. des Minr.dI sowie das Schreiben des MinPräs. v. 6.3.1924 an den Rklr. in: *BArch Lichterfelde, R 43 I/2708, Bl. 250–254. Vgl. auch Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 122, S. 407 f. u. Anm. 6; ebenso Rep. 87, B Nr. 19313, n.f. u. Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 7, Bl. 477 ff.*

Nr. 342 Sitzung des Staatsministeriums am 10. März 1924.

*Vollz. Reinschr.*¹, *Bd. 173, Bl. 31–31v; MF 1032/1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.*

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 6 u. 9 an die RK, Bl. 31v.

Weitere Teilnehmer: Dönhoff [für Siering], Scheidt [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Goslar; als Kommissare L. Weber, Schultz, v. Schenck, Hog [alle zu 1], Mulert [zu 1–2], Surén, Kaestner, Gürich, Jaeckel, Frielinghaus, Cohn [alle zu 1], v. Leyden, Froelich, E. Delbrück [alle zu 2], Articus, Niermann, Bank, Cronau [alle zu 3], Loehrs, Schnitzler [beide zu 5], Amelunxen [zu 5–7], v. Rottenburg, Picht [beide zu 6], Gall [zu 8–9].

1. Entwurf² einer Verordnung zur Ausführung der dritten Steuernotverordnung des Reichs – Preußische Steuernotverordnung. *Beschlüsse über die Beteiligung des Staates und der Gemeinden am Aufkommen der Hauszinssteuer³ und über die Festsetzung des Anteilsverhältnisses* aus den Überweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Staat und Gemeinden; weiterhin keine Abwälzung von Volksschulasten vom Staat auf die Gemeinden. *Entsprechende Abänderung des Entwurfs.* [B] — 2. Weiterberatung der Landgemeindeordnung.⁴ *Der Beschluß vom 23. Oktober 1923 wird aufrechterhalten, daß aus Gründen der politischen Gesamtlage nach Abschluß der ersten [...] Lesung die Vorlagen bis auf weiteres zurückgestellt werden.* [B] — 3. Eingliederung der Aufgaben des Landeswasseramts und des Oberlandeskulturamts in den Aufgabenkreis des Oberverwaltungsgerichts. *Zustimmung zu dem Entwurf einer Verordnung.*⁵ [B] — 4. *Zwei Ernennungen.* [B] — 5. Entmilitarisierung und Neutralisierung der Rheinlande; *vertagt.* — 6. *Preußen votiert beim Reiche für die Einführung der Sommerzeit für 1924.* [B] — 7. *Zustimmung zum Entwurf⁶ einer Verordnung über die Einführung des Preußischen Wassergesetzes im Gebietsteil Pyrmont.* [B] — (8. *Zustimmung zum Entwurf⁷ einer Verordnung über die Änderung der Geschäftsbezirke der Landeskulturämter für die Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau.* [B] — 9. Dem Ersuchen des Auswärtigen Amts, die in den national-umstrittenen Dörfern Podiebrad und Hussinetz ansässigen 125 Kinder deutscher Staatsangehörigkeit nach dem reintschechischen Sprachgebiet in Mähren zu beurlauben, *wird nicht entsprochen.* [B])

² Die Vorlage des FinMinr. v. 6.3.1924 mit dem Entwurf in: Rep. 151, II Nr. 1291, Bl. 24–32v; der Gegenentwurf des Minr.dI v. 6.3.1924, Bl. 14–23 u. die Sitzungssache für das StMinm., Bl. 33. Der geänderte Entwurf v. 17.3.1924 in: Rep. 151, II Nr. 1042, n.f.

³ Vgl. Surén, Friedrich Karl (MinR im MdI), *Die Hauszinssteuer in Preußen (Preußische Verordnung zur Ausführung der 3. Steuernot-Verordnung des Reiches – Preußische Steuernot-Verordnung vom 1.4.1924...)*, Berlin 1924 u. Witt, *Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer*, S. 397f.

⁴ Der Antrag des FinMinr. v. 6.3.1924 in: Rep. 77, Tit. 2779 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 59; sein Schreiben an den Minr.dI v. 16.2.1924, Bl. 54–56.

⁵ Die Vorlage des LandMinr. v. 10.3.1924 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 87, Nr. 7359, Bl. 310–311v u. 317–322; dem LT übersandt am 12.3.1924, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7623, S. 8136 f. Vgl. VO v. 12.3.1924, GS, S. 130.

⁶ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7624, S. 8137; dem LT zur Genehmigung übersandt am 14.3.1924. Vgl. VO v. 12.3.1924, GS, S. 138.

⁷ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7627, S. 8140; dem LT zur Genehmigung übersandt am 22.3.1924. Vgl. VO v. 12.3.1924, GS, S. 130.

Nr. 343 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 18. März 1924.

Vollz. Reinschr.¹ mit einer Korrektur, Bd. 173, Bl. 32–33v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

¹ Dazu Vermerk: Abdruck zu TOP 2 für die RK, Bl. 33v.

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Dönhoff, L. Weber, Meister, Weismann, Nobis, Sachs, Goslar; als Kommissare Loehrs, H. Weber [beide zu 2], Breuhahn [zu 2, 5–7], Amelunxen [zu 2 und 4], Mulert, v. Leyden, E. Delbrück [alle zu 3], Lentz [zu 4], Fimmen [zu 5], Römhild [zu 5–6], Cronau [zu 5–7], Froelich, v. Rottenburg, Boës, Schermann, Wandersleb [alle zu 6], König [zu 7], Sattelmacher, H. Schmidt, Koßwig, Gohlke [alle zu 1], Cohn [zu 10].

1. Drei Pensionssachen.² [B] — **2. Entmilitarisierung und Neutralisierung der Rheinlande.**³ *Das Staatsministerium ist übereinstimmend der Auffassung, daß durch den Ministerpräsidenten*⁴ an die Reichsregierung herangetreten werden soll mit der Forderung, daß einer Lösung der Rheinlandfrage, durch die die Souveränität Preußens und des Reichs berührt wird, unter keinen Umständen zugestimmt wird.⁵ [B] — **3. Kommunalen Aufgabenabbau.**⁶ *Fragen, die bei der Durchführung des Programms noch zu prüfen sind.* [B] — **4. Zustimmung zum Gesetzentwurf**⁷ zur Abänderung des Gesetzes vom 28. August 1905 betr. die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. [B] — **5. Zustimmung zum Erlaß von vorläufigen Ausführungsbestimmungen**⁸ zum § 79 Abs. 1 der Preußischen Personal-Abbau-Verordnung. [B] — **6. Genehmigung der Übersichten**⁹ der neuen Amtsbezeichnungen. [B] — **7. Stand der [...] Besoldungsaufbesserung.** — **8. 34 Ernennungen und vier Verlängerungen der Altersgrenze.** [B] — **9. Ausreiseerlaubnis für Kinder deutscher Staatsangehörigkeit aus Podiebrad und Hussinetz nach der Tschechei; abgesetzt, da inzwischen erledigt.** — **10. Zustimmung zum Haushaltsplan 1924.**¹⁰ [B] — **(11. Vorberatung von Abbaufragen genereller Art.**¹¹ [B])

² Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 419, 490 u. 569.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 4.3.1924 u. die Aufzeichnung v. 15.3.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 221, Bl. 37–42; die Vorlage des Minr.dI u. das Votum des WissMinr. v. 18.3.1924 in: Rep. 77, Tit. 4040 Nr. 84, Bl. 265–269.

⁴ Im Prot. ergänzt: durch den Ministerpräsidenten, Bl. 32.

⁵ Vgl. das Schreiben von MinPräs. Braun v. 21.3.1924 an den Rklr. u. die Antwort von Rklr. Marx v. 30.4.1924 (Vertraulich!), in: Rep. 90, Nr. 221, Bl. 44–46 u. 240–241; auch in: Rep. 77, Tit. 4040 Nr. 84, Bl. 271 ff. Das Schreiben von Braun u. der Antwortentwurf der RReg. (mit Bezug auf das endgültige Antwortschreiben des Rklr.) sind gedr. in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 151, S. 481 f. u. Nr. 167, S. 534–536 u. Anm. 8.

⁶ Vgl. das Schreiben des Minr.dI v. 29.1.1924 mit einer Zusammenstellung über den Stand der Durchführung des Programms in: Rep. 84a, Nr. 4273, Bl. 233–234v.

⁷ Die Vorlage des Wohlfinr. v. 7.3.1924 mit dem Entwurf u. Begründung sowie einer Nachweisung, in: Rep. 77, Tit. 87, Nr. 140, Bl. 94–101. Vgl. das Gesetz v. 23.6.1924, GS, S. 566.

⁸ Die Vorlage des FinMinr. v. 15.3.1924 u. seine Verfügung v. 22.3.1924 betr. vorläufige Ausführungsvorschriften zu § 79 Abs. 1, in: Rep. 90, Nr. 740, n.f.; die Verfügung veröffentl. in: Preuß. Besoldungsblatt Nr. 22 v. 25.3.1924, S. 24.

⁹ Vgl. die Übersichten des FinMinr. v. 4. u. 15.3.1924 in: Rep. 90, Nr. 580, Bl. 132–149 u. 234–240.

¹⁰ Die Vorlage des FinMinr. v. 17.3.1924 mit den Entwürfen in: Rep. 90, Nr. 1392, n.f.; vgl. auch die Richtlinien des FinMinr. für die Aufstellung des Planes in Goldmark v. 21.1.1924, ebd. Vgl. die Gesetze v. 14.6. u. 8.11.1924, GS, S. 559 u. 728.

¹¹ Vgl. die Grundsätze genereller Natur für die Durchführung des Personalabbaus in Preußen, von den MinDir. Nobis u. Sachs am 5.5.1924 dem MinPräs. unterbreitet, in: Rep. 90, Nr. 740, n.f.

Nr. 344 Sitzung des Staatsministeriums am 26. März 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 34–37v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], C.H. Becker [für Boelitz], Kempner [RK], Cronau [und als Kom. zu 5], Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare L. Weber, Richert, v. Rottenburg, W. Richter [alle zu 2], v. Seefeld [zu 2–3], Kühn [zu 2], E. Delbrück [zu 2 und 8], Nentwig, Waetzold, Hübner, Cohn [alle zu 3], Amelunxen [zu 4 und 7], Sandrock [zu 5], Sattelmacher, H. Schmidt, Landé [alle zu 6].

(1. Fünfjähriges Dienstjubiläum von Staatsminister H. am Zehnhof.¹) — 2. Denkschrift über die Umgestaltung des preußischen höheren Schulwesens; vertagt. Erörterung der Angelegenheit in einer kommissarischen Beratung. [B] — 3. Zusammenlegung der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums mit der Hochschule für die bildenden Künste. Dem Beschluß des Landtags, sachverständige Berater hinzuzuziehen, wird nicht stattgegeben. [B] — 4. Gesetzentwurf über die Baulastenbücher; wird endgültig zurückgezogen.² [B] — 5. Arbeitszeit der Beamten; vom Erlaß neuer Richtlinien wird abgesehen. [B] — 6. Zwei Pensions-sachen.³ [B] — 7. Antrag an den Reichsrat, das Inkrafttreten der Verordnung über Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 im besetzten Gebiet hinauszuschieben.⁴ [B] — 8. Zustimmung zum Gesetzentwurf⁵ über die Erweiterung des Stadtkreises Kiel. [B] — 9. Elf Ernennungen, 72 Verlängerungen und vier Aufhebungen der Verlängerung der Altergrenze. [B] — (10. Beibehaltung des 4. Mai als Wahltag für die Kommunalwahlen. Den Termin im Wege der Notverordnung hinauszuschieben, ist verfassungsrechtlich nicht zulässig. [B] — 11. Erneute Behandlung der Gesetzentwürfe eines Ministerpensionsgesetzes und über eine Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten und der Mitglieder des Staatsrats. Sie werden auch ohne Abgabe von Gutachten des Staatsrats dem Landtag zugeleitet.⁶ [B] — 12. Abbau von Ministerialräten im Finanzministerium. [B])

¹ Vgl. 5 Jahre Preußischer Rechtsentwicklung. Denkschrift zum 5. Jahrestag des Dienstantritts Dr. am Zehnhoffs als Preußischen Justizminister. Zusammengestellt im JMinm. zum 25.3.1924, in: Rep. 90, Nr. 1325, n.f. (132 S.).

² Vgl. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 56 Bd. 1, n.f. Vgl. auch Sitzung am 17.4.1923, TOP 4.

³ Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 376 u. 725.

⁴ Kein Bezug auf den Antrag in den gedruckten Materialien des Reichsr.

⁵ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7699, S. 8277 u. 2 Anlagen; dem LT übersandt am 19.4.1924. Vgl. das Gesetz v. 25.6.1924, GS, S. 567.

⁶ Der StR stimmte beiden Entwürfen am 10. u. 11.4.1924 zu, vgl. Drucks. StS 1924, Nr. 125 u. 128; sie wurden am 23. u. 26.4.1924 dem LT übersandt, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 13, Nr. 7707 u. 7709, S. 8290–8293 u. 8382 f. Vgl. das Gesetz über Versorgung der Staatsminister v. 13.6.1924, GS, S. 547; der andere Gesetzentwurf wurde nicht erledigt.

Nr. 345 Sitzung des Staatsministeriums am 1. April 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 39–40v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Delbrück [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], C.H. Becker [für Boelitz], Bracht [RK], Nobis, Meister, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Hog [zu 1], v. Schenck [zu 1 und 5], Frielinghaus [zu 1], Conze [zu 1 und 5], Mulert [zu 1 und 3], Surén, Cohn [beide zu 1], Dünschede, Gretschel [beide zu 5], Amelunxen [zu 3 und 5], Richert, du Mesnil, v. Seefeld, Kühne [alle zu 4], E. Delbrück [zu 4 und 6], v. d. Bussche, Rose, Leiter [alle zu 6], Loehrs, Ganschow, Helferich, Conring [alle zu 3].

1. Mietzinssteuer. *Erlaß der Verordnung*¹ zur Ausführung der dritten Steuernotverordnung, Preussische Steuernotverordnung, in der vom Ständigen Ausschuß des Landtags beschlossenen Fassung. [B] — (2. *Erlaß der Verordnung*² zur Änderung des Gesetzes über die Handelskammern in der vom Ständigen Ausschuß des Landtags beschlossenen Fassung. [B]) — 3. Steuerzuweisungen *an die Gemeinden und Gemeindeverbände* des besetzten Gebiets. Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister *über* weitgehende Zugeständnisse des Reichs. [B] — 4. Denkschrift über die Umgestaltung des preussischen höheren Schulwesens.³ *Sie sieht die Ausarbeitung neuer Lehrpläne im Laufe des Schuljahres 1924/25 vor. Danach Vorlage* zur endgültigen Beschlußfassung. *Übersendung an den Staatsrat* [...] zur Kenntnisnahme. [B] — 5. *Einverständnis mit dem Entwurf*⁴ einer II. Ausführungsverordnung zum Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1.6.1923. [B] — 6. Zusammenlegung von Forstverwaltungsbezirken.⁵ [B]

¹ Vom 1.4.1924, GS, S. 191; zu ihrer Durchführung vgl. auch Rep. 151, II Nr. 1042, n.f.

² Vom 1.4.1924, GS, S. 194. Vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. (Nachtrag zur Sitzung) in: Rep. 151, I A Nr. 7517, n.f.

³ Die Vorlagen des WissMinr. v. 13. u. 25.3.1924 in: Rep. 76, VI Sekt. 1 z Nr. 291 Bd. 1, Bl. 36 u. 73–74v; die aml. Denkschrift des WissMinm.: Die Neuordnung des preussischen höheren Schulwesens (Broschüre, Berlin 1924), Bl. 40–70; das Votum des HandMinr., Bl. 72–72v; vgl. auch die Aufzeichnung über die kommissar. Beratung am 31.3.1924 über die Grundsätze der Neuordnung des höheren Schulwesens, Bl. 86–87v. Vgl. Müller, Sebastian F., *Die Höhere Schule Preußens in der Weimarer Republik*, 2. Aufl., Köln u. Wien 1985, S. 314–317. Vgl. weiterhin die Ergänzung der Denkschrift: Rede des WissMinr. Boelitz im Hauptausschuß des LT am 11.9.1924 (Abdruck), vom Minr. den ProvSchulkollegien übersandt am 16.9.1924, in: Rep. 76, IIA Sekt. 46 Gen. Nr. 1 Adhib. A Bd. 4, n.f.

⁴ Vgl. VO v. 7.4.1924, GS, S. 220.

⁵ Die Vorlage des LandMinr. v. 21.3.1924 u. die Aufzeichnung von Referent Delbrück v. 31.3.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 2316, n.f.

Nr. 346 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1924.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 41–42; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: C.H. Becker [für Boelitz], Ramm [für Wendorff], L. Weber, Nobis, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Amelunxen [zu 2], Grosser, Mulert, Bansi, Cronau [alle zu 3], Dönhoff [zu 7], Gürich, Schnitzler, v. Bahrfeldt [alle zu 4], Hog [zu 4–5], E. Delbrück [zu 4 und 6], Surén, Frielinghaus, Cohn [alle zu 5].

1. *Weiterzahlung von Waisenpensionen* [...] aus der Witwenkasse von zwei Berufungsgerichten in Celle; *vertagt*. — 2. Vertrag² mit Lippe über Beteiligung der lippischen Tierärzte an der Westfälischen Tierärztekammer. *Zustimmung*. [B] — 3. Durchführung des Abbau- und Ersparnisprogramms. *Ein besonderer Sparkommissar wie im Reich soll in Preußen nicht eingesetzt werden*. [B] — 4. Bereitstellung von Reichsmitteln für das Schul- und Bildungswesen.³ Bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung im Reichsrat *ist ein Antrag auf Einstellung eines besonderen Fonds von 25 Millionen für Bildungszwecke nicht zu stellen, aber zu beantragen*, in der Zweckbestimmung des Fonds [...] die Worte „zur Förderung der Wohlfahrtspflege“ zu ersetzen

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 6 u. 8 an die RK, Bl. 42.

² Vgl. den Entwurf, dem LT übersandt am 29.4.1924, Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 17, S. 64 f.; der Staatsvertrag v. 1./12.9.1924, genehmigt am 13.2.1925, GS, S. 7.

³ Vgl. die Vorlage (Antrag) des WissMinr. v. 2.4.1924 in: Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 139; hier auch die Sitzungssache für das StMinm. mit einem ausführlichem Vermerk, Bl. 137–138v.

durch die Worte „zur Förderung der Wohlfahrts- und Bildungspflege“. [B] — 5. Zustimmung zum Erlaßentwurf⁴ über die Übertragung der Zulassung von Ausnahmen auf die Regierungspräsidenten in Gewerbesteuersachen mit einer Maßgabe. [B] — 6. Veranstaltung eines Kolonialgedenktagcs am 24. April. [B] — 7. Acht Ernennungen.⁵ [B] — (8. Beibehaltung der vorjährigen Urlaubsregelung für die preußischen Beamten für 1924, ungeachtet der von der Reichsregierung beschlossenen Urlaubskürzung. [B])

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 3.4.1924 mit dem Erlaßentwurf in: Rep. 120, C V Nr. 6 Bd. 11, n.f.; anbei auch die Verfügung von Minr.dI, FinMinr. u. HandMinr. v. 10.4.1922.

⁵ Mit einem Zusatz beim zum MinDir. ernannten GehRegR Jaques; vgl. Bl. 43.

Nr. 347 Sitzung des Staatsministeriums am 17. April 1924.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 173, Bl. 44–44v; MF 1033.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Ramm [für Wendorff], Kempner [RK], Nobis, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Loehrs, Cronau [zu 1 und 4], Gernlein, Lucas, Leiter, Wagemann [alle zu 2], Amelunxen [zu 2–3], Leeser [zu 3].

1. Mitteilung aller *allgemein bedeutsamen* Anordnungen der nachgeordneten Behörden an den zur Sicherung einer einheitlichen Durchführung der *Preußischen Personal-Abbau-Verordnung* gebildeten Landtagsausschuß; abgesetzt, da inzwischen erledigt.² — 2. Neue Verhandlungen mit der Treuhandgesellschaft für Bergmannswohnstätten³ über die Lieferung von Bauholz aus den Preußischen Staatsforsten für Bergarbeiterwohnungen. [B] — 3. Beteiligung von Vertretern der Staatsregierung bei der Leipziger Messe und bei den Preußischen Messen.⁴ Zustimmung. [B] — 4. Regelung des *Dienstes* bei den Behörden am 1. Mai 1924 wie im Jahre 1923 in Übereinstimmung mit dem Reiche.⁵ [B] — 5. Zwei Ernennungen. [B] — (6. Eingehender Bericht des Ministerpräsidenten über das Ergebnis der [...] Beratungen des [...] Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder über das Dawes'sche Gutachten.⁶ — 7. Probleme der *Verfahrensweise bei der Ernennung von 4 Beamten im Landwirtschaftsministerium und der Behandlung der Sache durch den Minister.* [B])

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 3–4 für die RK, Bl. 44.

² Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 16.4.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 740, n.f.

³ Vgl. das Schreiben den MinPräs. an die Minr. v. 23.3.1924 u. die Vorlage des LandMinr. v. 1.4.1924 in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.

⁴ Die Vorlage des HandMinr. v. 30.3.1924 in: Rep. 77, Tit. 3960 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 1–2.

⁵ Die Vorlage des FinMinr. v. 16.4.1924 in: Rep. 84a, Nr. 2700, Bl. 1.

⁶ Vgl. das Prot. über die Besprechung am 14.4.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 1, Nr. 175, S. 555–565.

Nr. 348 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1924.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 45–46; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 1–3 u. 8 an die RK, Bl. 46.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Bracht [RK], Weismann, Sachs, Frick, Goslar; als Kommissare Graeser [zu 1], Froelich [zu 1–2], E. Delbrück [zu 1 und 3], Mulert, Gramsch, Gürich, v. d. Bussche, Bansi [alle zu 2], Cronau [zu 2 und 6], Loehrs, Elfgen, Bansi [alle zu 3], Fimmen [zu 6], Pullat, Cohn [beide zu 7].

1. Kundgebung des Staatsministeriums zur Vorabstimmung in Hannover; ist durch den Ministerpräsidenten auf der Veranstaltung heute in Hannover zu verlesen. Zustimmung zum Entwurf² des Ministeriums des Innern mit zwei Maßgaben. [B] — **2.** Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltung³; grundsätzliche Zustimmung. Für Bildung eines vom Provinziallandtag zu wählenden Ausschusses, an dessen Zustimmung der Oberpräsident beim Erlaß der Polizeiverordnungen gebunden sein soll. Ablehnung der kollegialen Verfassung der dritten Abteilung der Regierungen.⁴ [B] — **3.** Vertretung Preußens bei der Kölner Messe. [B] — **4.** Entwurf eines Forstkulturgesetzes⁵; vertagt. — **5.** Zwei Ernennungen. [B] — **6.** Ernennung der Mitglieder des in § 28 der Preußischen Personal-Abbau-Verordnung vorgesehenen Ausschusses und ihrer Vertreter.⁶ [B] — **7.** Gesetzentwurf über die einstweilige Regelung der Kosten für die Verwaltungsbehörden der evangelischen Landeskirchen; vertagt. — **(8.** Die Bevollmächtigten zum Reichsrat werden angewiesen, für die Erhöhung des Betrages „für das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ im Reichshaushalt einzutreten. [B])

² Die Vorlage des Minr.dI v. 27.4.1924 mit Entwürfen einer Erklärung der StReg. in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Hannover Bd. 2, Bl. 161–170.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 9.4.1924 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 2301, Bl. 178–178v u. 180–231; die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 1.5.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 241–242. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 25.6.1924, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 14, Nr. 7870, S. 8703–8773.

⁴ Vgl. den Nachtrag von Referent Cronau v. 3.5.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 2301, Bl. 241v–242.

⁵ Die Vorlage des LandMinr. (i. V. Ramm) v. 23.4.1924 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 199 Bd. 1, n.f.; Voten der Minr. in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.

⁶ Die Vorlage des FinMinr. v. 30.4.1924 in: Rep. 90, Nr. 745, n.f.; hier auch die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 3.5.1924 für den MinPräs. zur Sitzung.

Gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums am 8. Mai 1924.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 1, Nr. 196, S. 624–626.

Anwesend: für Preußen Braun, Severing, Siering, Boelitz.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann, Meister, Fritze, L. Weber.

1. Frage der Eröffnung des Reichstags. — **2.** Einladung zur Kölner Messe. — **3.** Besprechung einzelner Vorgänge, die sich in letzter Zeit bei der Zusammenarbeit der Reichs- und preußischen Ressorts ergeben haben. — **4.** Gemeinsame Neuregelung der Amtsbezeichnungen durch das Reich und Preußen. — **5.** Arbeitszeit und Urlaub der Beamten im Reich und in Preußen. — **6.** Ablehnung des Besuchs der Kölner Messe durch die Rheinlandkommission. — **7.** Besuch von Messen im allgemeinen. — **8.** Braun möchte die Rückgabe der staatseigenen Militärgebäude endlich zu Ende geführt

¹ Vgl. die Einladung v. 5.5.1924 zur Sitzung des RMinm. gemeinsam mit dem StMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 187.

haben. — **9. Die Frage der Auflösung der Reichsforstverwaltung und der Übertragung der Forsten an die Länder.**

Nr. 349 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Mai 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 47–48; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], L. Weber [für Richter], C.H. Becker [für Boelitz], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Bank, Amelunxen [beide zu 1], Cohn [zu 3].

1. Gewährung eines staatlichen Notstandskredits an die ostpreußische Landwirtschaft.¹ *Mitteilung des Landwirtschaftsministers über eine inzwischen von der Reichsregierung erfolgte Kredithilfe von acht Millionen Gold-Mark. — 2. Drei Ernennungen, darunter des Regierungsvizepräsidenten M. v. Ruperti² zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Allenstein, und Verlängerung der Altersgrenze. [B] — 3. Gesetzentwurf über Einkünfte im gerichtlichen Strafverfahren. Zustimmung zum Antrag³ Preußens an den Reichsrat und zu den Schreiben an die Reichsregierung und die Länderregierungen. [B]*

¹ *Die Vorlage des LandMinr. v. 7.5.1924 u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 10.5.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1133, n.f.*

² *Der Antrag des Minr.dI v. 25.4.1924 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 192.*

³ *Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 79; der Antrag wurde einem Ausschuß überwiesen; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 23. Sitzung am 22.5.1924, S. 218.*

Nr. 350 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 26. Mai 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen [unvollständig], Bd. 173, Bl. 49–51 und Abschr. [vollständig], Fundort: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.; MF 1033, MF-Suppl. 1.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Abicht [für Wendorff], Weismann, L. Weber, Schleusener, Goslar; als Kommissare Wellmann [zu 1], du Mesnil [zu 1 und 7], Nentwig, v. Achenbach, Schulz-Briesen [alle zu 1], Wagemann [zu 1 und 4], Amelunxen [zu 1–2, 5–6], v. d. Bussche [zu 1 und 4], Metz, Hüser [beide zu 4], Cronau [zu 4, 8, 11], Mulert [zu 2], v. Leyden [zu 2 und 11], Froelich [zu 2], Bälz [zu 6], Helferich [zu 5–6], Brandt, Foertsch [beide zu 5], Breuhahn [zu 5 und 11], Fleischer, Stalman [beide zu 7], König [zu 8], Fimmen, Landé, Jaeckel, Mooshake [alle zu 11]¹.

¹ *Der vorgesehene TOP 11: Durchführung des Personalabbaus in Preußen wurde nicht behandelt; vgl. Spezialakten, Rep. 90, Nr. 405, n.f.*

1. Übertragung aller staatlich verwalteten Land- und Forstgüter auf das Landwirtschaftsministerium²; *ist* in einer kommissarischen Beratung zu klären. [B] — 2. Weiterberatung der Vorlagen der Städte- und Landgemeindeordnung im Landtage.³ *Es ist der Versuch zu machen, in einer interfraktionellen Besprechung des Landtags eine Einigung mit den Parteien über die Vorlagen zu erzielen.* [B] — (3. Genehmigung für Staatsminister Severing [...] zur Zeugenaussage in der Strafsache v. Gleichen-Rußwurm. [B]) — 4. Fünf Ernennungen, Verlängerung der Altersgrenze und sieben Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 5. Abgabe von Verpflichtungserklärungen durch ausgewiesene Beamte gegenüber den Organen der Besatzungsmächte. *Es ist am Verbot festzuhalten zu erklären, zur Befolgung aller Ordonanzen oder Befehle der Rheinlandkommission bereit zu sein. Abweichungen im Einzelfall dürfen möglich sein.* [B] — 6. Der Konflikt im Bergbau.⁴ *Bereitstellung der finanziellen Mittel gemeinsam mit der Reichsregierung, die zur Linderung der äußersten Notlage im Ruhrgebiet erforderlich sind.* [B] — 7. Einverständnis mit dem Gesetzentwurf⁵ über die einstweilige Regelung der Kosten für die Verwaltungsbehörden der evangelischen Landeskirchen. [B] — 8. Neuregelung der Beamtgehälter durch die Reichsregierung und ihre finanzielle Auswirkung bei der Übertragung auf Preußen. *Beratungen über die beiden zur Aufbringung der Mittel geeigneten Wege – Herabsetzung des Staatsanteils an den persönlichen Volksschulden und Erhöhung der Hauszinssteuer.* [B]

² Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 26.2.1924 in: Rep. 90, Nr. 2284, Bl. 20; die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 20.5.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 43–44.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 9.5.1924 in: Rep. 120, A 1 1 Nr. 5 Adhib. Bd. 7, n.f.; vgl. auch das Schreiben des FinMinr. v. 9.4.1924, ebd.

⁴ Die Vorlage des HandMinr. v. 22.5.1924 in: Rep. 84a, Nr. 11092, Bl. 328–329, mit dem Antrag der SPD-Fraktion des LT als Anlage.

⁵ Vgl. Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 14, Nr. 7871, S. 8773–8777; dem LT übersandt am 25.6.1924. Vgl. das Gesetz v. 15.10.1924, GS, S. 607.

Nr. 351 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Mai 1924.

Vollz. Reinschr. mit einer Korrektur, Bd. 173, Bl. 53–54v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Ramm [für Wendorff], Weismann, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare C.H. Becker [zu 1–4], v.d. Bussche, Gernlein, Casper, Metz, Wagemann, Hüser [alle zu 2], Cronau [zu 2–4], König [zu 3], Jaekel, Schneller [beide zu 3–4], Fimmen, Gürich, Landé [alle zu 4], Mooshake [zu 4–5], Loehrs, Brand, Elfgen, Helferich, Trendelenburg, Crusen, Fellingner, Amelunxen [alle zu 5].

(1. Protest des Ministerpräsidenten namens des Staatsministeriums gegen die Unterstützung der Absonderungsbestrebungen in Hannover durch ein Schreiben des bayerischen Ministers des Innern Dr. Schweyer.¹ *Da die bayerische Staatsregierung ihr Bedauern über den Vorfall erklärt hat, wird die Angelegenheit damit als erledigt angesehen.* [B]) — 2. Brennholzberechtigung der Beamten des Oberharzes. Die Eingabe der Beamtenschaft von Clausthal-Zellerfeld wird zurückgewiesen. *Schnelle Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Ablösung*

¹ Vgl. dessen „Welfenbrief“ v. 13.5.1924 in: Rep. 77, Tit. 253a Nr. 45 Hannover Bd. 2, Bl. 264 (Vorwärts Nr. 232 v. 18.5.1924, Ausschn.) u. Bl. 266–266v; zum offiziellen Einspruch der preuß. StReg. gegen die Einmischung in eine preuß. Angelegenheit, Bl. 265–265v.

der Holzbezugsrechte durch den Landwirtschaftsminister. [B] — 3. Erhöhung der Beamtengehälter. *Baldige Beratung des Finanzministers* mit den Parteien des Landtags, damit die zur Deckung der Besoldungserhöhung erforderlichen Mittel bewilligt werden. [B] — 4. Durchführung des Personal-Abbaus in Preußen.² Alle Ressorts sollen sich mit allem Nachdruck um die Verminderung ihres Personalbestandes bemühen. [B] — 5. Sachverständigengutachten.³ Vorlage eines Schreibens⁴ an die Reichsregierung durch den Minister des Innern, in dem Preußens Stellungnahme [...] kurz dargelegt, die rechtzeitige Beteiligung an den Verhandlungen und vor allem die Vertretung in der Kommission zur Konferenz gewünscht wird. [B]

² Die Vorlage des FinMinr. v. 24.5.1924 in: Rep. 90, Nr. 740, n.f.; hier auch die Voten von WohlMinr. u. JMinr.

³ Vgl. die im Auftrag des AA herausgegebene Schrift „Die Sachverständigen-Gutachten“, Berlin 1924; vgl. dazu „Bericht des von der Reparationskommission eingesetzten ersten Sachverständigenkomitees vom 9.4.1924 (Dawes-Gutachten-Auszug)“ in: *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. 3: Die Weimarer Republik 1919–1933, Berlin, München o.J., S. 134–138 u. Schultheß' *Europäischer Geschichtskalender*, 1924, S. 402–406.

⁴ Vgl. den Entwurf v. 2.6.1924 an den MinPräs., am 6.6. abschriftlich an alle Minr., in: Rep. 84a, Nr. 11959, Bl. 313a bis 317, mit einer Anlage, Bl. 318–322; die Voten von WohlMinr., JMinr. u. WissMinr., Bl. 311, 323–324 u. 327. Das Schreiben des MinPräs. (i. V. Weismann) v. 11.6.1924 an den Rklr.: Sachverständigengutachten und Wiederherstellung der staatlichen Souveränität, Bl. 339–343. Weiteres Material ebd., darunter der Entwurf eines Schreibens des Minr.dI v. 22.5.1924 an den MinPräs., in dem die Stellung der preuß. StReg. zu den durch die Berichte der Sachverständigenkomitees aufgeworfenen Probleme wiedergegeben wird, Bl. 100–136, mit 17 Anlagen, Bl. 137–237. Zur Haltung des preuß. MinPräs. vgl. auch die Besprechung mit den MinPräs. der Länder am 14.4.1924 in: *Die Kabinette Marx I u. II*, Bd. 1, Nr. 175, S. 558–560.

Nr. 352 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 24. Juni 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 55–55v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Dietrich [für Hirtsiefer], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Fleischer, Paul, du Mesnil [alle zu 1], Conring [zu 1 und 4], Brand, Wandersleben, Graubner [alle zu 2], Cronau [zu 2–3], Wellmann, Aumund [beide zu 3], Niermann, Schröter, Bank, Flemming, Loesener [alle zu 4], Breuhahn [zu 6].

1. Ausführung des Art. 137 Abs. 5 Satz 2 und 3 der Reichsverfassung; dem Gesetzentwurf wird zugestimmt. [B] — 2. Entwurf¹ einer Preußischen Verwaltungsrechtsanwaltsordnung. Zustimmung mit einer Maßgabe. [B] — 3. Verhandlungen über die Verlegung des geodätischen Studiums von der Landwirtschaftlichen Hochschule an die Technische Hochschule in Berlin.² [B] — 4. Entwurf³ eines Lippegesetzes; Zustimmung. [B] — 5. Sechs Ernennungen, darunter des kommissarischen Regierungspräsidenten M. v. Ruperti zum Regierungspräsidenten in Allenstein. [B] — (6. Die Hagel- und Sturmschäden in den Kreisen Neuss und Grevenbroich. Staatsmittel zur Linderung der

¹ Die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 4.6.1924 mit dem Entwurf u. Begründungen in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 12, Bl. 240–248v; die Sitzungssache für das StMinm. u. das Votum des JMinr., Bl. 249–250.

² Die Vorlagen von WissMinr. (12.11.1923 u. 21.3.1924) u. LandMinr. (6. u. 29.10., 6.12.1923 u. 1.5.1924), in: Rep. 84a, Nr. 5262, Bl. 107–133v.

³ Die Vorlage von LandMinr. v. 24.5.1924 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.; vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm., ebd. Zum bisherigen Verlauf der Eingliederungsfrage vgl. die Schreiben des Minr.dI v. 31.1. u. 9.2.1924, in: Rep. 90, Nr. 298, Bl. 94–97. Der Entwurf wurde am 29.12.1924 dem LT übersandt, Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 27, S. 70–83. Vgl. das Gesetz v. 19.1.1926, GS, S. 13.

dringendsten Not als erste Hilfeleistung *und unverzügliche Verhandlungen über weitere Hilfsmaßnahmen, unter Beteiligung des Reichs und der Kommunen.*⁴ [B])

⁴ Vgl. den Bericht in Rep. 90, Nr. 1133, n.f.: WTB Nr. 1309 v. 24.6.1924, Nacht-A (nach dem Amtl. Preuß. Presse-dienst) sowie den Antrag Porsch u. a. v. 24.6.1924, in: Drucks. LT, I. WP, I. Tagung, Bd. 14, Nr. 7820, S. 8683.

Nr. 353 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juli 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 56–58v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Amelunxen [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Nentwig [für Boelitz], Kempner [RK], Weismann, Nobis, Meister, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Fellinger, Hellich, Narten [alle zu 1], Amelunxen [zu 1–3], Kämper [zu 3], Sondag, Ziertmann, Conring [alle zu 4].

1. Die Zollvorlage der Reichsregierung. *Antrag auf Vertagung des Gesetzentwurfs*¹ über Zölle und Umsatzsteuer *durch* die Preußischen Vertreter im Reichsrat, um zunächst das Gutachten des Reichswirtschaftsrats abzuwarten. *Eingehende Prüfung der Vorlage in ihrer volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkung.*² [B] — **2.** Feier des Verfassungstages. *Dem vom Innenminister übersandten Entwurf eines an sämtliche Staatsbehörden zu richtenden Erlasses wird mit einer Maßgabe zugestimmt.*³ [B] — **3.** Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges am 3. August 1924. Die Anregungen⁴ des Reichsinnenministers für die Feier werden *durch den preußischen Minister des Innern* an die nachgeordneten Behörden weitergegeben, *wobei dieser jedoch jede Verantwortung für etwaige Ruhestörungen [...]* bei den vom Reichsinnenminister einseitig empfohlenen Veranstaltungen *ablehnt.*⁵ [B] — **4.** Einheitskurzschrift. Die Preußischen Vertreter *sollen auf der Konferenz über die Frage am 21. Juli 1924 im Reichsministerium des Innern*⁶ für eine baldige Entscheidung über die deutsche Einheitskurzschrift *eintreten.* Nur dann *Zustimmung zur Annahme* des Frey'schen Entwurfs, wenn alle übrigen Länder die Frey'sche Einheitskurzschrift gutheißen und amtlich einführen. [B] — **5.** *Sieben Ernennungen, darunter der Regierungspräsidenten W. Grütznert und K. Bergemann, die mit der vertretungsweisen Wahrnehmung der Regierungspräsidentenstelle in Merseburg bzw. in Düsseldorf beauftragt werden*⁷, *sowie Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und zwei Verlängerungen der Altersgrenze.* [B] — **(6.** *Genehmigung für den Handelsminister, als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags für die Porzellanmanufaktur*⁸ und in einer Strafsache Okonsky und Genossen vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 104, S. 1–4; dem ReichsR vorgelegt am 3.7.1924.

² Am 8.8.1924 stimmte der ReichsR mit 35 gegen 26 Stimmen dem Entwurf mit Maßgaben u. der Annahme einer Entschließung zu; vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 42. Sitzung, S. 342–344.

³ Vgl. den Beschluß des StMinm. v. 16.7.1924 zur Feier des 11. August 1924 u. die Verfügung des Minr.dI v. 1.8.1924, in: MinBl. innere Verw. Nr. 34 v. 23.7.1924, Sp. 756 f. u. Nr. 36 v. 6.8.1924, Sp. 802.

⁴ Vgl. sein Schreiben v. 11.7.1924 in: Rep. 120, A I 1 Nr. 3 Bd. 4, Bl. 166–166v.

⁵ Die Erklärung des Minr.dI hs. ergänzt, Bl. 57v des Protokolls.

⁶ Vgl. die Niederschr. über die Verhandlungen der Regierungskonferenz in: Rep. 84a, Nr. 4579, Bl. 147–153; die Ausführungen der preuß. Vertr., Bl. 148v, 150v u. 152. Vgl. auch Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, S. 438 f.

⁷ Der Antrag des Minr.dI v. 10.7.1924 in: Rep. 84a, Nr. 4184, Bl. 198–198v.

⁸ Vgl. Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtags, S. 158–165: Der Untersuchungsausschuß „Dr. Schneider (Porzellanmanufaktur)“ u. der Untersuchungsantrag „Siering–Dr. Schneider“. Vgl. weiter die Denkschrift: Zur Lage der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin v. 27.4.1924, verfaßt vom kommissar. Dir. Schneider, in: Rep. 84a, Nr. 3665, Bl. 60–60v.

auszusagen. [B] — 7. Die beabsichtigte Verlegung der Infanterieschule von München [...] nach Dresden. Prüfung der Frage durch die Preußischen Vertreter im Reichsrat wegen der damit verbundenen besonders hohen Kosten. [B] — 8. Konferenz der Finanzminister der Länder über die Frage der Eisenbahnabfindung der Länder durch das Reich am 15. Juli 1924 im Reichsfinanzministerium. Finanzminister Richter berichtet über seine Stellungnahme, die gebilligt wird. [B] — 9. Lösung der räumlichen Unterbringung von Staatsrat und Wohlfahrtsministerium, für welches die Kunstgewerbeschule in Aussicht genommen wird.⁹ [B])

⁹ Vgl. das Schreiben des WissMinr. (i. A. Kaestner) an den MinPräs. v. 30.7.1924 in: Rep. 84a, Nr. 5589, Bl. 35.

Sitzung des Reichskabinetts mit dem preußischen Finanzminister im Reichstagsgebäude am 22. Juli 1924.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 2, Nr. 260, S. 910–912.

*Anwesend: für Preußen Richter.*¹

Erörterung der Wünsche der Eisenbahnländer gegenüber dem Reich, die vom preußischen Finanzminister vertreten werden.

¹ Vgl. die Einladung v. 21.7.1924 zur Sitzung des RMinm. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1318, Bl. 233.

Nr. 354 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juli 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 59–61; MF 1033. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 286/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter. — Prot.: Amelunxen [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Abicht [für Wendorff], Dönhoff [für Siering], Krüß [für Boelitz], Scheidt [für Hirtsiefer], Bracht [RK], Weismann, Nobis, Sachs, Schleusener, Goslar; als Kommissare Helferich, v. Leyden [beide zu 1], Amelunxen [zu 1–3], Henatsch, Fellingner, Narten [alle zu 2], Remak, Schönbeck [beide zu 3].

1. Preußische Personalabbauverordnung.¹ Ministerpräsident Braun tritt für ihre Aufhebung ein, da nach Durchführung des mit der Verordnung bezweckten Beamtenabbaus zu vermuten ist, daß diese stellenweise dazu benutzt wird, fachlich oder politisch unbequeme Beamte zu entfernen, ohne daß die dadurch freiwerdenden Stellen unbesetzt gelassen werden. Es wird beschlossen, für alle Verwaltungen einen Stellenplan über die nach Durchführung des Personalabbaus dauernd beizubehaltenen Stellen aufzustellen. Nochmaliger Hinweis an die nachgeordneten Behörden, daß der Abbau eines Beamten nur dann erfolgen darf, wenn gleichzeitig eine [...] Stelle eingespart wird. [B] — **2. Zollvorlage der Reichsregierung.** Nach telegraphischer Befragung der von Berlin abwesenden Minister haben sich die Justiz-, Wissenschafts- und Handelsminister für, der Landwirtschafts-

¹ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 21.7.1924 in: Rep. 120, A I Nr. 38a Bd. 5, Bl. 359–359v u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 23.7.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 741, n.f.; hier auch das Schreiben des FinMinr. v. 15.7.1924 mit dem Entwurf eines Beschlusses des StMinm., der auf der kommissar. Sitzung am 19.7.1924 bei den Vertretern aller Ressorts auf Ablehnung stieß.

minister gegen die Vorlage ausgesprochen, auch die Ablehnung durch den Minister für Volkswohlfahrt² ist anzunehmen. <Nach erfolgter Abstimmung stellt Braun fest, daß das Staatsministerium die Vorlage ablehnt.> Beschluß über einen Antrag im Reichsrat, die endgültige Stellungnahme behält sich das Staatsministerium vor.³ [B] — 3. Die Aufwertung von Renten für ehemalige fürstliche Häuser und Standesherrn.⁴ Erst nach den durch den Finanzminister eingeleiteten Erhebungen wird eine Beschlußfassung erfolgen. [B] — 4. Zwei Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — (5. Konferenz in London. Es wird um die persönliche Teilnahme von Ministerpräsident Braun gebeten, falls die [...] Einladung der deutschen Delegierten dies gerechtfertigt erscheinen läßt und die Reichsregierung den Vertreter der Preußischen Regierung in der deutschen Delegation als gleichberechtigten Reichsbevollmächtigten betrachtet. Braun erklärt sich bereit, mit dem [...] Reichskanzler entsprechend zu verhandeln.⁵ [B])

² Vgl. das Schreiben von Hirtsiefer v. 23.7.1924 an den MinPräs. u. die Minr. in: VI. HA, NL Braun, D 1 Nr. 12, n.f.

³ Vgl. dazu die Minr.-Besprechung am 24.7.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, S. 914–916.

⁴ Die Vorlage (Schreiben an die Landesregierungen mit Anlagen) des FinMinr. v. 26.4.1924 u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 23.7.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Nr. 38, Bl. 121–125v u. 131–132.

⁵ Abdruck des TOP bei Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 148 f. – Zur Vertretung Preußens auf der Konferenz vgl. die Minr.-Besprechung am 30.7.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, S. 928 f. u. Anm. 2.

Nr. 355 Sitzung des Staatsministeriums am 23. August 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 62–63; MF 1033. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Sitzung 28.2.1925, Bl. 1–2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 14 Bd. 2, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Boelitz. — Prot.: Amelunxen [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], L. Weber [für Richter], Articus [für Wendorff], Frick [für Siering], Dietrich [für Hirtsiefer], Cronau, Goslar; als Kommissare Bail, Posse, Mussehl, Kriege, Trendelenburg.

Stellungnahme Preußens im Reichsrat zum Gesetzentwurf¹ über das Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Spanien. Der Gesetzentwurf stößt bei den Ministern auf Fürsprache wie Ablehnung.² [B]

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 129, S. 1–16, dazu eine Denkschrift, S. 17–19; vom AA (Maltzahn) dem ReichsR vorgelegt am 16.8.1924. Der Antrag des LandMinr. v. 22.8.1924 u. auch der Entwurf in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 14 Bd. 2, n.f. Vgl. den Vermerk über die erfolgte Befragung: Der FinMinr. u. der Minr. dl sprachen sich telegraphisch für den Gesetzentwurf aus; der WohlMinr. erklärte, er werde sich der Abstimmung enthalten, Bl. 62v des Protokolls.

² Dem Gesetzentwurf wurde in der Vollsitzung des ReichsR am 25.8.1924 trotz der zu befürchtenden großen Schäden für den dt. Weinanbau mit 38 gegen 19 Stimmen zugestimmt, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, 35. Sitzung, S. 384. Vgl. das Gesetz über Verlängerung der Gültigkeitsdauer des deutsch-spanischen vorläufigen Handelsübereinkommens v. 25.9.1924, RGBl. II, S. 375.

Nr. 356 Sitzung des Staatsministeriums am 3. September 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 64–65; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: L. Weber [für Richter], Conze [für Hirtsiefer], Cronau, Goslar; als Kommissare Hasse, Holthöfer [beide zu 1], Jahnke, Sondag [beide zu 3].

1. Bestätigung eines Todesurteils. Im Falle des Lohngerbers Karl Sboron aus Rux wird von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht. [B] — **2. Ernennung und vier Verlängerungen der Altersgrenze.** [B] — **3. Einheitskurzschrift.**¹ Trotz schwerer sachlicher Bedenken wird dem „Juli-Entwurf“ von 1922 einer deutschen Einheitskurzschrift² unter der Bedingung zugestimmt, daß diese bei Zustimmung aller deutschen Länder bis zum 20. September 1924 in Kraft tritt. Widerspruch des Wissenschaftsministers. [B]

¹ Vgl. das Schreiben des RMinr.dI v. 1.9.1924 an den MinPräs. in: Rep. 84a, Nr. 4579, Bl. 159–161v; vgl. weiter die Sitzung am 13.5.1925, TOP 1.

² Vgl. dazu das Schreiben des WissMinr. v. 9.10.1924 in: Rep. 90, Nr. 485, n.f.

Nr. 357 Sitzung des Staatsministeriums im Dienstzimmer des Justizministers am 12. September 1924.

Vollz. Reinschr., Bd. 173, Bl. 66; MF 1033. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: am Zehnhoff [V], Severing, Richter, Siering. — Cohn [U].

Weitere Teilnehmer: Cronau [für Braun], Articus [für Wendorff], C.H. Becker [für Boelitz], Frick, Scherek; als Kommissare Jaques, Cohn.

Vorschläge für die Stelle des Preußischen Direktors bei der Reichsbahngesellschaft und die des Vertreters Preußens¹ im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft.² [B]

¹ Zum Beschluß des StMinm., MinR H. Schulze als Direktor zu benennen, vgl. das Schreiben Severings für den MinPräs. v. 13.9.1924 an den RVMinr., in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f.; die Antwort Oesers v. 17.9. u. das erneute Schreiben des MinPräs. v. 25.9.1924, ebd. Vgl. zum Schriftwechsel auch: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 308, S. 1071, Anm. 1.

² Vgl. Sarter, Adolf (MinR im RVMinm.), Kittel, Theodor (MinR im RVMinm.), Die neue Deutsche Reichsbahngesellschaft. Ihr Aufbau und ihr Wirken auf Grund der Bestimmungen des Reichsbahngesetzes v. 30.8.1924, der Gesellschaftssatzung, des Reichsbahnpersonalgesetzes und aus der geschäftlichen Praxis heraus dargestellt, Berlin 1924; zur organisatorischen Stellung der Ges. zu den Ländern u. besonders zu Preußen, S. 37 f.; das Gesetz u. die Satzung, RGBl. II, S. 272 u. 281. Vgl. weiterhin Pohl, Manfred, unter Mitarbeit von Susanne Kill, Von den Staatsbahnen zur Reichsbahn 1918–1924, in: Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. von Lothar Gall u. Manfred Pohl, München 1999, S. 75 ff.

Nr. 358 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 24. September 1924.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 67–68v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

¹ Dazu Vermerk: Auszüge zu TOP 2, 4, 9, 12–14 u. 17 an die RK, Bl. 68v.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Bracht [RK], Nobis, Sachs, Schleusener, Goslar; als Kommissare Rathenau, v. Schenck [beide zu 2], Amelunxen [zu 2 und 4], Vollbach, Deichmann, Gf. Hardenberg [alle zu 4], Remak [zu 9], Cronau [zu 7, 9, 13–14, 16], Wittelshöfer [zu 10], Sandrock, Cohn [beide zu 10 und 12], Bothe [zu 13], Froelich [zu 14], Sattelmacher, Riewaldt, J. Schmidt [alle zu 7], Mulert, Surén, Hog [alle zu 1].

1. *Gesetzentwurf*² zur Änderung des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vom 30. Oktober 1923. Zustimmung. [B] — 2. *Genehmigung des Erwerbs* von Grundstücken durch den dänischen Staat. [B] — 3. Verhalten des Kommissars des Landwirtschaftsministeriums bei Beratung der Frage der Aufhebung der kollegialen Verfassung der Regierungsabteilungen für Domänen und Forsten im Landtagsausschuß; *vertagt*. — 4. *Gesetzentwurf*³ über die Bereitstellung von Mitteln zur Linderung der durch Ernteausfälle hervorgerufenen Notstände. *Der Finanzminister wird beauftragt, schnell wegen Krediten mit der Reichsbank und der Staatsbank [...] in Verbindung zu treten und sich an das Reich wegen Beteiligung an der Notstandsaktion zu wenden*, da die preuß. Landwirtschaft auch für die Ernährung großer nichtpreußischer Teile der Reichsbevölkerung zu sorgen hat.⁴ *Der Landwirtschaftsminister zieht den Gesetzentwurf zurück*. [B] — 5. Ausdehnung der Pachtschutzordnung auf Abbauverträge⁵; *vertagt*. — 6. Einstellung der Lieferung von Deputatholz an Pfarrerwitwen in Ostpreußen; *vertagt*. — 7. *Zwei Pensionsachen*.⁶ [B] — 8. Benennung der Preußischen Vertreter für die deutsch-dänischen Besprechungen über die Schulfrage in den Grenzgebieten; *vertagt*.⁷ — 9. Aufwertung von Renten für ehemalige fürstliche Häuser und Ständesherren.⁸ *Verhandlungen des Finanzministers mit den Rentenberechtigten [...] über die Regelung ihrer Ansprüche. Gewährung von in bescheidenem Umfang gehaltenen Zuwendungen als Unterstützungen an die durch die Nichtzahlung der Rente in besondere finanzielle Schwierigkeiten geratenen Rentenberechtigten*. [B] — 10. *Schwerbeschädigte*. Auslegung des § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter.⁹ *Der Wohlfahrtsminister ist bei den Entscheidungen über Kündigung bzw. Einstellung [...] von dem jeweils federführenden Fachminister zu beteiligen*. [B] — 11. Ernennung von Sparbeauftragten in den Provinzen¹⁰; *vertagt*. — 12. Beitritt Preußens zu einer „Vereinigung staatlicher Arbeitgeber“ unter dem Vorbehalt, daß alle deutschen Länder sich beteiligen. [B] — 13. Arbeitszeit der Beamten. *Am Beschluß vom 26. März 1924 wird festgehalten*. [B] — 14. Entwurf der Ehrenurkunde für Rettung aus Lebensgefahr. *Durch das Reich ist zu prüfen, den Ländern die Verleihung der Rettungsmedaille am Bande wieder zu gestat-*

² Die Vorlage von Minr.dI u. FinMinr. v. 24.9.1924 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 3, Bl. 61–66; die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, II Nr. 1291, Bl. 127. Vgl. das Gesetz v. 27.11.1925, GS, S. 162.

³ Die Vorlage des LandMinr. v. 19.9.1924 mit dem Entwurf u. Begründung in: Rep. 90, Nr. 1133, n.f.; ebd. auch die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 23.9.1924 für den MinPräs. zur Sitzung. Vgl. weiterhin die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 76, IIa Sekt. 47 Gen. Nr. 1 Bd. 7, n.f.

⁴ Ab: „da die preuß. Landwirtschaft...“ durch MinDir. Nobis ergänzt, Bl. 67.

⁵ Die Vorlage des LandMinr. v. 26.5. u. sein Schreiben v. 23.9.1924, in: Rep. 76, VII neu Sekt. 1 F IV Gen. Nr. 11 Bd. 1, n.f.

⁶ Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 160 u. 831.

⁷ Auf Bitte des WissMinr. v. 24.9.1924, vgl. Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n.f.

⁸ Die Vorlage des FinMinr. v. 8.8.1924 u. die Aufzeichnung von Referent Cronau v. 23.9.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 38, Bl. 134–135v u. 142–143; die Voten von JMinr. u. HandMinr., Bl. 139–141.

⁹ Vgl. die Bekanntmachung der neuen Fassung des Gesetzes v. 12.1.1923, RGBl. I, S. 57, hier S. 61. Die Vorlagen (Anträge) des WohlMinr. v. 2.6. u. 21.7.1924 in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 31 Bd. 3, n.f.; die Sitzungssache für das StMinm. v. 23.9.1924 u. die Voten der Minr. einschl. des MinPräs., ebd.

¹⁰ Vgl. die Sitzungssache v. 23.9.1924 für das StMinm. in: Rep. 76, IIa Sekt. 46 Gen. Nr. 1 Adhib. A Bd. 4, n.f.

ten. [B] — 15. Neun Ernennungen. [B] — 16. Behandlung der Personal-Abbau-Einsprüche.¹¹ [B] — (17. Erneutes nachdrückliches Drängen beim Reich, die Zusage, preußische Vertreter bei der Reichsbahngesellschaft zu benennen, einzuhalten.¹² [B])¹³

¹¹ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 30.9.1924 in: Rep. 120, A I Nr. 38a Bd. 6, n.f. Zur Behandlung der 40 vorliegenden Einsprüche vgl. die Anlage v. 20.9.1924 zur TO in: Rep. 90, Nr. 746, n.f.

¹² Vgl. dazu die Minr.-Besprechung am 25.9.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 308, S. 1071 f.

¹³ Vgl. den ausführlichen Bericht von StS Bracht v. 25.9.1924 über die Sitzung in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, S. 1062–1064. Bracht ging dabei auch auf die nicht nur von der Opposition, sondern auch von den Regierungsparteien kritisierte „Aschenbrödelrolle“ ein, die Preußen angeblich dem Reich gegenüber spiele, ganz im Gegensatz zum „Vorbild“ Bayern, das seine Selbständigkeit energisch und stets mit Erfolg zu wahren wisse, S. 1063.

Nr. 359 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 2. Oktober 1924.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 173, Bl. 69–70; MF 1033. — Abschr.: IISG Amsterdam, NL Braun, Nr. 287/1, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Scherek; als Kommissare Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Kaestner [zu 1], Trendelenburg [zu 1–2], Gürich, Rathenau [beide zu 1], v. Schenck [zu 1–2], Kühne [zu 1], Bansi [zu 1 und 3], Conring [zu 1–3, 6], Mulert [zu 3 und 5], v. Leyden [zu 3], Froelich [zu 3 und 5], Mooshake, Weyhe, König, Dobereiner, Römheld, Flemming, Schneller [alle zu 7], Cronau [zu 5 und 7], Gramsch [zu 5], Articus, Niermann, Ulrich, Jaques, Lohmeyer, Metz, Amelunxen [alle zu 9].

1. Die deutsch-dänischen Verhandlungen über die Schulverhältnisse in den Grenzgebieten und die Benennung der Preußischen Vertreter. Zustimmung zu den Richtlinien des Wissenschaftsministers² mit der Maßgabe über den nur informatorischen, jegliche Festlegung [...] vermeidenden Charakter der Verhandlungen, die mit größter Zurückhaltung zu führen sind. [B] — 2. Ausreiseerlaubnis für die Kinder aus Podiebrad und Hussinetz nach der Tschechei. In Abänderung des Beschlusses vom 10. März 1924 wird festgelegt, einem erneuten Antrag [...] von der Tschecho-Slowakei [...] nur unter der Bedingung zu entsprechen, daß die Kinder durch deutsche Lehrer begleitet werden, ihre Unterbringung an einem Orte erfolgt und ein ordnungsgemäßer deutscher Schulbetrieb [...] gewährleistet wird. [B] — 3. Stellungnahme zu den Beschlüssen des 22. Ausschusses des Landtages über die Städte- und Landgemeindeordnung.³ Zustimmung zu den Vorschlägen des Innenministers und schnelle Vorlage eines Rechtsgutachtens durch den Justizminister über die staatsrechtliche Befugnis des Staatsministeriums, einen dem Landtag vorliegenden Gesetzentwurf in jedem Stadium der Verhandlungen zurückzuziehen. [B] — 4. Abänderung des Zivilruhegehaltsgesetzes;

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 1–2 u. 9–10 an die RK, Bl. 70.

² Die Vorlage des WissMinr. v. 29.9.1924 mit dem Entwurf eines Übereinkommens zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Dänemark über Schulunterricht an der deutsch-dänischen Grenze in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n.f.; das Schreiben des AA an das StMinm. v. 20.9.1924, ebd. Vgl. auch das umfangreiche Material, insbes. zu den Verhandlungen v. 14.–22.10.1924 in Kopenhagen: Ebd., Tit. 4030 Nr. 75–77 u. Nr. 151–152.

³ Die Vorlage des Minr.dI v. 28.9.1924 in: Rep. 77, Tit. 87 Nr. 63 Bd. 3, Bl. 269–269v. Seine Vorschläge betrafen 1. das Umgemeindungsrecht; 2. die Ernennung der Gemeindebeamten u. 3. die Wirkung des Inkrafttretens der Städteordnung auf die Amts- bzw. Wahlzeit der Beamten. Vgl. auch sein Schreiben v. 20.10.1924, Bl. 273–274.

vertagt. — 5. Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Verwaltung.⁴ *Nachdrückliches Eintreten* bei der 2. Lesung des Entwurfs, *die Beschlüsse der 1. Lesung im Sinne der Vorschläge des Ministers des Innern zu ändern*. Ein Gesetz in der Fassung *des 22. Ausschusses genügt nicht* den berechtigten und heute auch durchführbaren Anforderungen an eine Verwaltungsreform. [B] — 6. Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Dortmund, auch wegen *ihrer rechtswidrigen Beschlüsse*. [B] — 7. Aufstiegsverhältnisse der Regierungsräte bei den Regierungen. *Weitere klärende Erörterungen sind durchzuführen*. [B] — 8. *Vier Ernennungen und zwei Verlängerungen der Altersgrenze*. [B] — 9. Staubecken Ottmachau.⁵ *Forderung an das Reich, die zu gewährenden Entschädigungen in Land zu leisten*. [B] — (10. *Die preußische Vertretung im Vorstand der Reichsbahngesellschaft. Beschluß über einen sofortigen allerschärfsten Protest [...] beim Reichskanzler gegen die in der 2. Sitzung des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft getroffene Regelung. Sie steht in schroffstem Gegensatz zu den Zusicherungen des Reichsverkehrsministers einer preußischen Direktorstelle im Vorstand der Reichsbahngesellschaft und einer gleichartigen Behandlung Preußens mit Bayern. Das Preußische Staatsministerium lehnt die Teilnahme an der [...] Chefbesprechung des Reichsverkehrsministers am 7. Oktober 1924 über die Frage der Durchorganisation der Reichswasserstraßenverwaltung ab, da Preußen sich nicht der Gefahr von neuen Vereinbarungen aussetzen kann, die später vom Reiche nicht eingehalten werden.*⁶ [B])

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 26.9.1924 in: Rep. 84a, Nr. 4274, Bl. 86–86v; zum Gesetzentwurf, der dem 22. Ausschuß am 2.7.1924 überwiesen worden war, vgl. Sitzung am 6.5.1924, TOP 2 u. Anm. 3. Zu den Beschlüssen des 22. Ausschusses in 1. Lesung vgl. die provis. Drucks. 0500B v. 10.10.1924, in: Rep. 120, A I Nr. 5 Adhib. Bd. 7, n. f.

⁵ Vgl. das Material in: Rep. 77, Tit. 76 Nr. 28 Bd. 1 Beiakte 3; v. a. das Gutachten des techn. Ausschusses v. 6.3.1923 über die Verbesserung der Oderwasserstraße unterhalb Breslaus, Bl. 42–51.

⁶ Vgl. das Schreiben des MinPräs. an den Rklr. v. 2.10.1924 in: Rep. 90, Nr. 1679, Bl. 245–247; die Antwort von RVMinr. Oeser v. 4.10.1924, Bl. 286–294. Vgl. ferner die Minr.-Besprechung am 3.10.1924, in der das Schreiben Brauns verlesen u. besprochen wurde, in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 314, S. 1081 f.

Nr. 360 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 7. Oktober 1924.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 173, Bl. 71–72; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n. f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Cronau [U].

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Bracht [RK], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Scherek; als Kommissare Meister [zu 1–7], C.H. Becker, Kaestner, Klotzsch, Schwartz, Dulheuer, v. Bahrfeldt, König, Wellmann [alle zu 1], v. Seefeld, Kühne [beide zu 1 und 5], v. Leyden [zu 1 und 6], Conring [zu 1–3], Schleusener [zu 2], Frielinghaus [zu 2–3], L. Weber, v. Schenck, Lenz, Mussehl, Ernst [alle zu 4], Amelunxen [zu 4 und 6], Jahnke, Sondag, Cohn [alle zu 5], Fimmen, Trendelenburg, Landé, Römhild, Flemming [alle zu 6], Erythropel, Zachariae, Cronau [alle zu 7].

¹ Dazu Vermerk: Auszug an die RK zu TOP 1–2 u. 5–6, Bl. 72.

1. Die Frage der künftigen Gestaltung der Lehrerbildung.² *Beschluß über die allgemeine wissenschaftliche Ausbildung der Volksschullehrer und -lehrerinnen [...]* auf den höheren Lehranstalten bis zum Abschluß durch die Abiturienten-Prüfung, *durch die aber keine Mehrkosten, insbesondere nicht auf dem Gebiete der Besoldung entstehen dürfen.* Finanzminister *Richter stimmt* bei der Finanzlage des Staates *nicht zu.*³ [B] — 2. Verhandlungen *über* einen neuen Staatsvertrag zwischen Waldeck und Preußen. Der geltende Akzessionsvertrag *ist* mit Artikel 17 der Reichsverfassung nicht mehr vereinbar.⁴ [B] — 3. *Genehmigung des Staatsvertrags*⁵ über den Beitritt Waldecks zur Handelskammer in Kassel. [B] — 4. Gesetz-Entwurf über die Errichtung der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt; *zurückgestellt.* — 5. Einheitskurzschrift.⁶ *Aufhebung des Erlasses über die Einführung der Kurzschrift, solange noch kein Lehrer und keine Lehrbücher des neuen Systems vorhanden.* [B] — 6. *Die Einführung der Preußischen Personal-Abbau-Verordnung im besetzten Gebiet wird abgelehnt.*⁷ [B] — 7. Urantrag⁸ Campe u. Gen. betr. Gesetzentwurf über die Beschlagnahme des Vermögens des vormal. Preußischen Königshauses. *Dazu ist keine Stellung zu nehmen.* [B]

² Die Vorlagen des WissMinr. v. 23.8. u. 26.9.1924 in: Rep. 90, Nr. 1759, Bl. 47–50 u. 55–56; das Schreiben von WissMinr. u. FinMinr. v. 16.9.1924, Bl. 51–52v; die Aufzeichnung von Referent Conring v. 6.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 57–58. Vgl. die Anordnung v. 6.2.1925 über die Auflösung der Seminare u. Einrichtung von staatl. Aufbauschulen in: Rep. 76, VI. Sekt. 1 Gen. ff. Nr. 1 Bd. 2, Bl. 399–404v, veröffentl. in: ZBl. Unterrichtsverw. H. 4 v. 20.2.1925, S. 43–54.

³ Vgl. die Mitteilung des Aml. Preuß. Pressedienstes v. 8.10.1924 über den Beschluß des StMinm. in: Rep. 90, Nr. 1759, Bl. 60; vgl. auch Landé, Die Aufbauschule, S. 57, Anm. 1 u. Weber, Die Neuordnung der preußischen Volksschullehrerbildung, S. 248 f., mit Bezug auf den TOP.

⁴ Vgl. das Schreiben des MinPräs. v. 31.3.1924 in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 20 Beiheft A, n.f.; hier auch die Voten von JMinr. v. 9.9. u. FinMinr. v. 4.10.1924.

⁵ Vom 17.11.1924, GS 1925, S. 11.

⁶ Vgl. Rep. 84a, Nr. 4579, Bl. 189 ff., darunter die Niederschr. über die Vorbesprechung mit den preuß. Ressorts am 4.10.1924 im RMDI, Bl. 201–201v.

⁷ Die Vorlagen von Minr.dI v. 24.9. u. FinMinr. (i. V. Weber) v. 6.10.1924 in: Rep. 120, A I Nr. 38a Bd. 6, n.f.

⁸ Vom 18.7.1924, Drucks. LT, 1. WP, 1. Tagung, Bd. 14, Nr. 8003, S. 8917. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 43482, Bl. 92.

Nr. 361 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 15. Oktober 1924.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 173, Bl. 73–74v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Loehrs [für Severing], Scheidt [für Hirtsiefer], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare C.H. Becker, L. Weber, v. Schenck, Deichmann, Ernst [alle drei zu 2], Mussehl [zu 2–3], Lenz [zu 2], Conring [zu 2–3], Sommer [zu 3], Cohn [zu 4].

1. Freihafen Flensburg; *vertagt.* — 2. Gesetzentwurf² über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. *Diesem wird nur unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt.* [B] — 3.

¹ Dazu Vermerk: Auszug an die RK zu TOP 2–4 u. 7, Bl. 74v.

² Die Vorlage des FinMinr. (i. A. Erythropel) v. 20.9.1924 mit der neuesten Fassung des Gesetzentwurfs u. Leitsätzen; sowie das Schreiben des MinPräs. (i. A. Nobis) v. 26.9.1924 in: Rep. 120, A X Nr. 27g Bd. 1, n.f. Die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 11.10.1924 (aktualisiert durch Referent Conring am 14.10.) für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Sitzung 15.10.1924, Bl. 7–8v.

Entwurf³ eines Reichsgesetzes über den Zusatzvertrag vom 12. Juli 1924 zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920. Zustimmung. [B] — 4. Eintritt des Staatssekretärs des Staatsministeriums Weismann in den Vorbereitungsausschuß für die Errichtung eines Ehrenmals für die im Weltkriege Gefallenen.⁴ [B] — 5. Drei Ernennungen. [B] — 6. Aufhebung des § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924⁵; vertagt. — 7. Bericht des Handelsministers über die zwischen dem Reich und dem Staate Preußen in Aussicht genommene⁶ Vereinbarung⁷ wegen der Wahrnehmung preußischer Rechte bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft. [B]

³ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 2, Nr. 139, S. 1–24, mit Anlagen u. einer Denkschrift; von RAmInr. Stresemann dem ReichsR vorgelegt am 25.8.1924. Vgl. den Zusatzvertrag (VO v. 14.12.1924), RGBl. II, S. 431.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 11.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Sitzung 15.10.1924, Bl. 9–9v; vgl. auch das Schreiben des Rklrs. v. 4.9.1924 an den MinPräs., Bl. 10–12.

⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 14.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Sitzung 15.10.1924, Bl. 14–14v; ein Zusatz v. 20.10.1924, ebd., Sitzung 21.10.1924, Bl. 8–8v.

⁶ Ursprünglich: „geschaffene“, Bl. 74.

⁷ Vgl. dazu das Schreiben des MinPräs. v. 27.10.1924 an den RVMinr. in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 1 Bd. 5, n.f.; zur Vereinbarung zwischen RReg. u. preuß. Reg. v. 20.10.1924 vgl. Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 314, S. 1082, Anm. 8.

Nr. 362 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 21. Oktober 1924.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 173, Bl. 75–75v; MF 1033. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Bracht [RK], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare L. Weber, Mulert, Loehrs, Conze [alle zu 1–6], Ganschow, Schultz, v. Bahrfeldt, Jaques, Lohmeyer, Bansi, Conring [alle zu 3].

1. Bericht des Ministerpräsidenten über die durch die Auflösung des Reichstags und die beabsichtigte Auflösung des Landtags² geschaffene parlamentarische Lage. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat des Landtags wird der 7. Dezember 1924 zum Tag der Hauptwahl [...] bestimmt.³ [B] — 2. Freihafen Flensburg; vertagt. — 3. Groß-Hamburg-Frage.⁴ Neuwahl der Mitglieder des Verhandlungsausschusses. [B] — 4. Urantrag [...] Campe zum Gesetz-Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen⁵; vertagt. — 5. Aufhebung des § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen

¹ Dazu Vermerk: Auszug an die RK zu TOP 1 u. 3, Bl. 75v.

² Vgl. das Schreiben des Präs. LT an das StMinm. v. 21.10.1924 in: Rep. 90, Nr. 110, Bl. 129 u. ebd., Nr. 17, Bl. 26.

³ Vgl. VO des StMinm. v. 29.10.1924, GS, S. 670.

⁴ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Conring v. 20.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 288, Bl. 149 bis 149v u. Rep. 90, Annex L Nr. 1, Sitzung 21.10.1924, Bl. 2–2v.

⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 20.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Sitzung 21.10.1924, Bl. 3–3v; der Urantrag u. der Bericht des Verfassungsausschusses dazu, Bl. 4–7v.

vom 28. Februar 1924; vertagt. — 6. Ersuchen um die sofortige Einberufung des Staatsrats zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes.⁶ [B]

⁶ Vgl. das Schreiben des Minr.dI an den StR v. 23.10.1924 in: Rep. 90, Nr. 110, Bl. 139; der Gesetzentwurf, Bl. 129–134.

Nr. 363 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Oktober 1924.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 173, Bl. 76–77v; MF 1033/1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 3–4. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Kempner [RK], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare L. Weber, Jaques [zu 2 und 4], Sommer, Lauenstein, Rathenau [alle zu 2], Amelunxen [zu 2, 8–9], Reschke [zu 3–4], H. Schmidt [zu 6], Sattelmacher [zu 6–7], Cohn [zu 7], Pokrantz, Wittelshöfer, Sandrock, v. Leyden [alle zu 9].

(1. Aufforderung des Oberschlesischen Hilfsbundes zum Eintritt in den Ehrenausschuß zur Vorbereitung einer „Oberschlesischen Woche“. — 2. Seeverbindung Kiel-Korsör.² Prüfung und Klärung der Angelegenheit vor allem im Hinblick auf den Umfang einer finanziellen Beteiligung des Preußischen Staates. [B] — 3. Tragen außerdienstlicher Abzeichen durch Beamte im Dienst³; vor einer Regelung ist mit dem Reichskabinet in Verbindung zu treten. [B] — 4. Bestätigung des ehemaligen Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht G. Meyer in seinem Nebenamt als Präsident des Disziplinarhofs [...] für die nichtrichterlichen Beamten.⁴ [B] — 5. 19 Ernennungen. [B] — 6. Pensionssache. [B] — 7. Disziplinarsache. [B] — 8. Abschluß eines Vertrages mit den Deutschen Werken.⁵ Zustimmung. [B] — 9. Entwurf⁶ von Grundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge im Reichsrat. Antrag auf Vertagung der Beschlußfassung.⁷ [B]

¹ Dazu Vermerk: Auszug an die RK zu TOP 2–3 u. 9, Bl. 77v.

² Die Vorlage des HandMinr. v. 27.10.1924 in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n.f.

³ Die Vorlage des JMinr. v. 20.10.1924 in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 6; die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 29.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 5 u. 7. Vgl. auch Rep. 90, Nr. 479, n.f.; hier das Schreiben (Entwurf) des MinPräs. v. 14.11.1924 an den Rklr. u. dessen Antwort v. 13.12.1924.

⁴ Der Vorschlag des JMinr. v. 22.10.1924 in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 9; die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 29.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 8.

⁵ Vgl. den Vertrag zwischen dem Freistaat Preußen und der Deutsche Werke AG (DW) über die Abgeltung der Ansprüche Preußens an ehemalige Heeresbetriebe v. 16.10./12.11.1924, in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 195, Bl. 3–4; vom Vorstand der DW am 16.10.1924 dem FinMinr. übersandt, Bl. 5–6.

⁶ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 149, S. 1–10; von RMinr.dI Jarres u. RArbMinr. Brauns dem ReichsR vorgelegt am 19.9.1924. Vgl. zur Vorlage des WohlMinr. Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 12; der Gesetzentwurf, Bl. 13 bis 17v; die Anträge Preußens zum Entwurf v. 6.10.1924, Bl. 22–28; eine Berichtigung v. 13.10.1924, Bl. 42.

⁷ Vgl. zu der vom ReichsR angenommenen Fassung sowie zu den Erklärungen der Ausschüsse u. der RReg. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1924, S. 487 u. 489–493, Anlage. Vgl. die Grundsätze v. 27.11.1924, RGBl. I, S. 756.

Nr. 364 Sitzung des Staatsministeriums am 6. November 1924.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 78–79; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 3–4. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Richter, Wendorff, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Dönhoff [für Siering], C.H. Becker [für Boelitz], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Ramm, L. Weber, Articus [zu 2, 4a–b], Metz [zu 2], Amelunxen [zu 1–2, 4a–b], Schalfjew, Rathenau [beide zu 1], Gf. Hardenberg [zu 4a], Lohmeyer [zu 4b].

1. Freihafen Flensburg.¹ *Unverzügliches Eintreten für die Regelung der Frage der Zulassung von Industrien im [...] Freihafen. Erledigung der Flensburger Zusatzanträge durch die Zentralbehörden. Durch den Reichsrat soll eine grundsätzliche Erklärung über die Nichtzulassung bestimmter Veredlungsbetriebe erfolgen.* [B] — **2. Ergebnis der Ministerreise ins Siedlungsgebiet.**² *Der Landwirtschaftsminister berichtet über die Bereisung der Ödländereien in Hannover und begründet seinen Antrag auf Erhöhung der durch das sog. Dampfpluggesetz³ bereitgestellten Mittel.* [B] — **3. Drei Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze.** [B] — **(4. a. Maßnahmen gegen die Hochwasserschäden. Fühlungnahme mit dem Reiche, um ein einheitliches Vorgehen zu sichern⁴; b. Durchbildung der Reichswasserstraßenverwaltung. Chefbesprechung beim Reichskanzler geplant⁵; c. Erörterung von Bedenken, die einer extensiven Auslegung und Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung entgegenstehen.⁶ [B])**

¹ *Vgl. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 11.10.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Sitzung 15.10.1924, Bl. 4–6 u. seinen Vermerk über die Besprechung in der IHK Flensburg am 3.11.1924, ebd., Sitzung 6.11.1924, Bl. 7–10v; weiterhin das Schreiben des MinPräs. an den LandMinr. mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß ein Hinausschieben der Entscheidung des StMinm. aus polit. Gründen ausgeschlossen sei, Bl. 6. Material auch in: Rep. 77, Tit. 4037 Nr. 3, n.f.*

² *Die Vorlage des LandMinr. v. 6.11.1924 in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 380–380v.*

³ *Gesetz über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- u. Moorländereien v. 9.2.1924, GS, S. 105.*

⁴ *Material zur Hilfsaktion in: Rep. 90, Nr. 1130, n.f.; zu den Bedenken des preuß. MinPräs. über die vom Reich beabsichtigte Sammlung: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 210 Bd. 1, n.f. Vgl. auch die Sitzungen des RKab. am 8. u. 15.11.1924 in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 351, S. 1165 f. u. Nr. 355, S. 1181.*

⁵ *Vgl. die Schreiben des HandMinr. u. LandMinr. v. 23. u. 25.10.1924 in: Rep. 90, Nr. 389, n.f.; vgl. auch die Besprechung der RMinr. am 31.10.1924 u. die Sitzung des RKab. am 3.12.1924, in: Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 348, S. 1153 f. u. Nr. 365, S. 1210.*

⁶ *Vgl. zu den grundsätzlichen Bedenken Brauns seine Schreiben v. 9.11. u. 9.12.1924 an den Rklr. (Auszüge), in: Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 154–158; vgl. auch Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 351, S. 1163–1165 u. Anm. 3 u. 5; weiterhin Schulze, Otto Braun, S. 457.*

Chefbesprechung mit dem preußischen Handelsminister am 17. November 1924.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 2, Nr. 357, S. 1184.

Anwesend: für Preußen Siering.

Richtlinien für das weitere Vorgehen bei den Handelsvertragsverhandlungen in Paris.

Nr. 365 Sitzung des Staatsministeriums am 28. November 1924.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 173, Bl. 80; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 2–2v. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 120, A X Nr. 27g Bd. 1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Richter, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Meister [für Severing], Nentwig [für Boelitz], Nobis, Schleusener, Goslar, Scherek; als Kommissare L. Weber, Deichmann, Mussehl, Ernst, Crusen.

Gesetzentwurf über die Errichtung einer Rentenbankkreditanstalt.² Erstattung eines Gutachtens durch den Finanzminister und Justizminister zum Schreiben des Reichsernährungsministers, das den Länderregierungen mitzuteilen ist. Antrag an den Reichskanzler auf eine gemeinsame Kabinettsitzung über den Gesetzentwurf und Bemühen um Vertagung der Angelegenheit [...] im Reichsrat.³ [B]

¹ Dazu Vermerk: Auszug an die RK, Bl. 80.

² Vgl. die Vorlage von Referent Deichmann v. 16.10.1924 für den FinMinr. in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 3; der AG-Vertrag v. 24.11.1924 u. der Entwurf der Satzung der Bank, Bl. 4–9v.

³ Vgl. das Schreiben Brauns v. 28.11.1924 an den Rklr. in: BArch Lichterfelde, R 43 I/669, Bl. 71.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 3. Dezember 1924.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 2, Nr. 365, S. 1199–1201.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1 Braun, Richter.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Dönhoff, L. Weber, Ramm, Fritze, Meister.

1. Errichtung einer Rentenbankkreditanstalt. Anhörung der Minister Braun und Richter zu den Vorschlägen der preußischen Regierung.

¹ Die beiden preuß. Minr. nahmen erst nach dem Bericht des REMinr. über die Vorlage teil; vgl. Die Kabinette Marx I u. II, Bd. 2, Nr. 365, S. 1199 f.

Nr. 366 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Dezember 1924.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 81–82v; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 5–6. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Reschke [U].

¹ Dazu Vermerk: Mitteilung von Auszügen zu TOP 1–5 u. 8–9 an die RK, Bl. 82v.

Weitere Teilnehmer: Scheidt [für Hirtsiefer], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Wilhelmy [zu 1], Cohn [zu 1, 7–8], Articus [zu 2–3], Dönhoff [zu 2], Jaques, Metz, Amelunxen [alle zu 2–3], Hillebrandt [zu 2], Gerlach, Verlohr, Gramsch [alle zu 3], Borsdorf, v. Achenbach, Reschke [alle zu 5], Brandt [zu 7], Schnitzler, Schäfer [beide zu 8], Conring [zu 9].

1. Kein Gebrauch vom Gnadenrecht beim Todesurteil gegen die Gebrüder Schatz.² [B] —
2. Durchorganisation der Reichswasserstraßenverwaltung.³ Bereitschaft zur Verhandlung mit der Reichsregierung nach der Länderbesprechung am 8. Januar 1925 in Heidelberg. Kommissarische Besprechung zur Festlegung der preußischen Stellungnahme. [B] —
3. Zustimmung zur Verordnung⁴ über Beiräte für die Reichswasserstraßen. [B] —
4. Die geschäftliche Verwendung des Erdgeschosses des Dienstgebäudes Unter den Linden 74 wird nicht weiter verfolgt.⁵ [B] —
5. Amtsbezeichnungen für Ruhestands- und Wartestandsbeamte.⁶ [B] —
6. Elf Ernennungen und zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B] —
7. Einspruch des Regierungs-Vizepräsidenten G. Bartels in Oppeln gegen seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand⁷ auf Grund der Preußischen Personal-Abbau-Verordnung. [B] —
8. Entwurf eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur.⁸ Preußen votiert für die Aufstellung und Ergänzung der im § 1 des Entwurfs bezeichneten Listen durch die Prüfungsstelle der Länder. [B] —
- (9. Regelung des Dienstbetriebes⁹ bei den Staatsbehörden¹⁰ am 27. Dezember 1924. [B])

² Der Antrag des JMinr. v. 28.11.1924 in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 10–13; die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 8.12.1924 für den MinPräs. zur Sitzung, Bl. 9 u. 14.

³ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 9.12.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 389, n.f.; hier auch eine Niederschr. der Beratungen über Reichswasserstraßenbehörden am 28.10.1924 im LandMinm. Die Aufzeichnung Amelunxens auch in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 15–15v.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 2, Nr. 143, S. 1–16; von RArbMinr. Brauns dem ReichsR vorgelegt am 31.8.1924; die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 6.12.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 16–16v u. das Referat von MinR v. Achenbach v. 8.12.1924 für den WissMinr. zur Sitzung, in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n.f. Vgl. VO v. 26.1.1925, RGBl. I, S. 5.

⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 8.12.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 25–25v.

⁶ Vgl. die Aufzeichnung von Reschke in: Ebd., Bl. 27–28.

⁷ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 8.12.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 746, n.f. u. Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 31–31v.

⁸ Die Vorlage des Minr.dI v. 5.12.1924 in: Rep. 77, Tit. 2772 Nr. 3 Bd. 2, Bl. 278–279. Vgl. den Entwurf, von RMinr.dI Jarres dem ReichsR vorgelegt am 17.1.1924, Drucks. ReichsR, Tagung 1924, Bd. 1, Nr. 10, S. 1–5, mit 2 Anlagen. Die vom ReichsR genehmigte Fassung in: Verhandlungen ReichsR, Tagung 1925, 31. Sitzung am 9.7.1925, S. 303 u. 306 f. Vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 8.12.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 32–32v. Zur Vorgeschichte des Gesetzes vgl. Schnitzler, Leo (MinR im WissMinm.), Die Bekämpfung von Schund und Schmutz. Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. Mit der Ausführungsverordnung und den einschlägigen Erlassen, Berlin 1927, S. 7 ff. (Weidmannsche Taschenbuchausgaben von Verfügungen der Preuß. Unterrichtsverw., H. 49). Vgl. weiterhin Hellwig, Albert (Dir. LG Potsdam), Jugendschutz gegen Schundliteratur. Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften v. 18.12.1926, ausführlich erläutert mit einer eingehenden Einführung in die gesetzgeberischen Probleme der Schundliteraturbekämpfung, Berlin 1927.

⁹ Die Vorlage des Minr.dI v. 9.12.1924 in: Rep. 84a, Nr. 2700, Bl. 7.

¹⁰ Vgl. die Berichtigung, Bl. 82a des Protokolls.

Nr. 367 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1924.

*Vollz. Reinschr.*¹ mit Korrekturen, Bd. 173, Bl. 83–85v; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 5–7v. — Abschr.: GStAPK, VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Kiep [RK], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Conring [zu 2–3, 5], Roeckner [zu 2], Flemming [zu 1 und 3], Klapper [zu 3], v. Leyden [zu 4 und 6], Conze [zu 5–6], Jaques, Lohmeyer [beide zu 5], Bahrfeldt [zu 5–6], Bansi [zu 5], Mulert [zu 5–6], Ganschow, Brenken [beide zu 5], L. Weber, Dulheuer, Grosser, Fimmen, Dönhoff [alle zu 1], Amelunxen [zu 1 und 7], Remak [zu 1 und 9], Becker [zu 6], Ernst [zu 6–7], Lippert [zu 6], Mussehl [zu 6–7], Kayser, Cohn [beide zu 6], Weyhe, Koenig, Breuhahn, Reschke [alle zu 9].

1. Behandlung der Hibernia und der Preußag im Staatshaushalt. *In der Meinungsverschiedenheit zwischen Finanz- und Handelsminister*² wird zugunsten des Standpunkts des letzteren entschieden. Die Einnahme- und Ausgabebeträge beider Gesellschaften erscheinen wie bisher im Haushalt der Bergverwaltung. [B] — **2.** Sicherstellung der im Memelgebiet tätigen preußischen Beamten.³ *Abänderung des gemeinsamen Beschlusses* des Reichskabinetts und des Preußischen Staatsministeriums vom 14. Juni 1924 betr. die Beamten im Memelgebiet. [B] — **3.** Rücktrittsrecht der preußischen Bergbeamten des Saargebiets. *Verlängerung der Frist* für den unbeschränkten Rücktritt der in französische Dienste beurlaubten Beamten der früheren preußischen Staatsgruben an der Saar. [B] — **4.** Der Antrag⁴ des Innenministers, das Bürgervorsteherkollegium in Norden aufzulösen, wird abgelehnt. [B] — **5.** Siedlungsverband Unterelbe.⁵ Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Landräten und Magistraten des Groß-Hamburger Bezirks über die Durchführung eines Generalsiedlungsplans. [B] — **6.** Entwurf von Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten und Auflegung von Auslandsanleihen durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. *Maßgaben für den Minister des Innern und den Finanzminister, wie dem vom Reichsfinanzminister [...]* vorgeschlagenen Verfahren für die Regelung der Aufnahme von Auslandskrediten [...] zuzustimmen ist. Eine [...] Erweiterung des Aufsichtsrechts der Länder über die [...] öffentlichen Verbände und Kreditinstitute kann in Preußen nicht im Wege der Notverordnung, sondern nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung erfolgen. [B] — **7.** Einfuhr norwegischer Ölsardinen. *Die Verhandlungen [...]* des Reichskabinetts [...] mit der Norwegischen Regierung sind abzuwarten. [B] — **8.** Zehn Ernennungen, darunter die Versetzung der Regierungspräsidenten Bergemann und Grützner. [B] — **9.** Genehmigung des Nachtragsstellenplans für 1924 nach Klärung von Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Besetzung von Beamtenstellen. [B] — **(10.** a. *Beschluß über die Einberufung des Landtags für den 5. Januar 1925;* b. *Aufrechterhaltung des Beschlusses über die Regelung des Dienstbetriebes bei den Staatsbehörden am 27. Dezember 1924.* [B])

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 2–3, 5–7, 10a u. 10b an die RK, Bl. 85v.

² Vgl. die Schreiben beider Minr. v. 2.11., 1.12. u. 6.12.1924 in: Rep. 84a, Nr. 2054, n.f., Bl. 55a u. 55d (die weiteren Blätter nicht foliiert).

³ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Conring v. 9.12.1924 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 1, Bl. 33–34.

⁴ Die Vorlage des Minr.dI v. 27.11.1924 in: Rep. 76, IIa Sekt. 43 Gen. Nr. 1 Bd. 12, Bl. 367–370.

⁵ Die Vorlage des Wohlfinr. v. 6.12.1924 in: Rep. 76, IIa Sekt. 41 Gen. Nr. 25 Bd. 2, n.f.; das Votum des FinMinr. in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 37 Bd. 2, Bl. 390.

Nr. 368 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Januar 1925.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 174, Bl. 1–1v; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 3–3v. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 389, n.f.; Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 2–2v; Rep. 87, Nr. 5467, Bl. 305; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.; NL Braun, D 5 Nr. 93, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Conze [für Hirtsiefer und Scheidt], Wienstein [RK], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Articus, Gerlach, Niermann, Dönhoff, Jaques, Weyhe, Gramsch, Cohn [alle zu 1], v. Schenck [zu 2].

1. Organisation der Reichswasserstraßenverwaltung.² Instruktion der Preußischen Vertreter für die Wasserstraßenkonferenz in Heidelberg. Die vom Reich angestrebte [...] Einrichtung reichseigener Behörden in allen Instanzen wird nicht als die verfassungsrechtlich einzig zulässige Lösung anerkannt. Denn auch eine Führung der Verwaltung durch die Länder unter Leitung des Reichsverkehrsministeriums entspricht der Reichsverfassung, und diese Lösung wahrt die preußischen Interessen am nachhaltigsten. Auf der Konferenz soll keine Bindung eingegangen werden, um die Möglichkeit späterer Verhandlung mit dem Reiche [...] offen zu halten.³ [B] — (2. Ausführliche Mitteilungen des Finanzministers über die geschäftlichen Unternehmungen der Preußischen Staatsbank mit dem Kaufmann Kutisker und dem Barmat Konzern und die hierüber schwebenden Untersuchungen.⁴)

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 1 an die RK, Bl. 1.

² Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cohn (i. V.) v. 2.1.1925 für den MinPräs. zur Sitzung u. die Niederschr. der Besprechung am 20.12.1924 über die zu erteilenden Instruktionen, vom LandMinr. am 22.12.1924 dem MinPräs. übersandt, in: Rep. 90, Nr. 389, n.f. Vgl. auch das Schreiben des HandMinr. v. 23.12.1924 an den MinPräs. in: Rep. 87, Nr. 5467, Bl. 307–308.

³ Vgl. die Niederschr. über die Verhandlungen in Heidelberg v. 8.–10.1.1925, in: Rep. 87, Nr. 5467, Bl. 310–342; eine vorläufige Niederschr. in: Rep. 90, Nr. 389, n.f. (60 S.). Über die Sitzung des RKab. am 7.2.1925 teilte MinDir. Nobis StS Ramm mit, daß vor Erörterung des TOP 3: Organisation der Reichswasserstraßenverwaltung RVMinr. Krohne erklärt hat, daß er es vorziehen würde, wenn das Kabinett diese Angelegenheit nicht in Gegenwart des Vertreters des preußischen Staatsministeriums beraten würde. Staatssekretär Weismann verließ darauf die Sitzung des Reichskabinetts mit dem Bemerkten, sich hinsichtlich der Frage der Wasserstraßenverwaltung volle Handlungsfreiheit vorzubehalten; vgl. ebd. (Aufnahme eines Telefonats von Ramm). In der Edition Die Kabinette Luther I u. II findet der TOP nur Erwähnung, vgl. Bd. 1, Nr. 17, S. 65. Zur verfassungsrechtl. Streitsache zwischen dem Reich u. Preußen vor dem Staatsgerichtshof wegen der Durchführung der Reichswasserstraßenverwaltung vgl. Rep. 90, Nr. 390.

⁴ Vgl. dazu Rep. 90, Nr. 1172 u. Rep. 151, Nr. 63d.

Nr. 369 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1925.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 174, Bl. 2, Anlage, Bl. 3–3v²; MF 1034. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 271; Rep. 120, CB I Nr. 8a Bd. 2, n.f.; Rep. 151, HB Nr. 10, Bl. 24; Rep. 151, HB Nr. 555, n.f.; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.; VI. HA, NL Braun, D 5 Nr. 93, n.f.

¹ Dazu Vermerk: Abdruck an die RK, Bl. 2.

² Bericht des Amtl. Preuß. Pressedienstes v. 6.1.1925 (A) über die Sitzung; auf Bitte des MinPräs. dem Prot. als Anlage beigelegt, Bl. 2.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Richter, Wendorff, Siering, Boelitz, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Goslar.

Erörterung der Frage, ob das Staatsministerium aus verfassungsrechtlichen Gründen dem neugewählten Landtage seinen Rücktritt zu erklären hat. Gegen 2 Stimmen wird beschlossen, daß aus den Bestimmungen der Verfassung [...] keine rechtliche Notwendigkeit zum Rücktritt des Staatsministeriums in seiner Gesamtheit aus Anlaß der Neuwahl des Landtages zu entnehmen ist. Hierauf treten die beiden DVP-Minister v. Richter und Boelitz³ [...] von ihren Ämtern zurück.⁴ [B]

³ Das persönl. Schreiben Richters an Braun v. 6.1.1925 in: Rep. 151, HB Nr. 10, Bl. 25. Braun teilte am 7.1. dem Präs. LT den Rücktritt mit u. daß bis zur Wiederbesetzung dieser Ämter die StS Weber u. Becker die Geschäfte des FinMinm. bzw. WissMinm. führen. Am 10.1. übernahm er selbst die Geschäfte des FinMinr. u. WissMinr.; vgl. Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 69, S. 102 u. Nr. 85, S. 111.

⁴ Vgl. v. a. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 163–166 u. Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, S. 39 f.; ausführliches Material in Rep. 84a, Nr. 4565, Bl. 1 ff.; vgl. auch Schulze, Otto Braun, S. 463–467 u. Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 356 ff.

Sitzung des Reichskabinetts mit preußischen Ministern am 8. Januar 1925.

Druck: Die Kabinette Marx I und II, Bd. 2, Nr. 388, S. 1279–1282.

Anwesend: für Preußen nur zu TOP 1 Siering, am Zehnhoff.¹

Weitere Teilnehmer: für Preußen Nobis, Bail.

1. Berichterstattung von Staatssekretär Trendelenburg über die Pariser Verhandlungen.

¹ Vgl. die Einladung v. 7.1.1925 in: BArch Lichterfelde, R 43 I/1319, Bl. 2.

Nr. 370 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 5–7, Anlage², Bl. 8; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 4–5v. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], L. Weber [FinMinm.], C.H. Becker [WissMinm.], Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Remak, Landfried [beide zu 1], Schneller, Hinsch, Bachmann [alle zu 1–2], Brand, Breuhahn [beide zu 1], Reschke [zu 1 und 5], Grosser, Backhaus [beide zu 2], Cohn [zu 2–3, 6], Klausener, Kügler, Weyhe [alle zu 3], v. Leyden [zu 3–4], Mulert, Gramsch, Frank [alle zu 4–5], Conring [zu 4], v. Schenck [zu 6].

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 1–3 an die RK, Bl. 7.

² Zu TOP 2: Anlage des Wohlfinr.

1.–2. Nachtragsstellenplan für das Rechnungsjahr 1924³ und Haushaltsplan 1925⁴. Vor Einbringung *beider Gesetzentwürfe* in den Landtag wird dem Staatsrat Gelegenheit zur gutachtlichen Äußerung gegeben.⁵ [B] — 3. Errichtung eines [...] staatlichen *Landesamts* für Arbeitsvermittlung mit der Bezeichnung „Landesarbeitsamt Preußen“.⁶ *Es übernimmt* die Zuständigkeit der provinziellen Landesämter für Arbeitsvermittlung hinsichtlich der Mitwirkung bei Unterstützungsmaßnahmen für Erwerbslose. Protokollanlage *des Wohlfahrtsministers zum Beschluß*. [B] — 4. Entwurf eines Provinziallandtags- und Kreistagsgesetzes. Vor Einbringung in den Landtag wird dem Staatsrat Gelegenheit zur gutachtlichen Äußerung gegeben.⁷ [B] — 5. *Gesetzentwurf* zur Vereinfachung der Verwaltung der Hohenzollernschen Lande. *Gutachtliche Äußerung des Staatsrats*.⁸ [B] — 6. Ernennung der Mitglieder des Ausschusses der Preußischen Staatsbank.⁹ [B] — 7. *Fünf Ernennungen und Verlängerung der Altersgrenze*. [B] — (8. a. *Das Problem* einer nachträglichen Durchführung der Preußischen Personal-Abbau-Verordnung in den <bisher> besetzten Gebietsteilen. *Zur Frage ihrer Anwendung ist* eine gutachtliche Äußerung von *rheinischen* Abgeordneten einzuholen; b. Genehmigung zur Errichtung einer höheren privaten Lehranstalt auf konfessioneller Grundlage in Charlottenburg, von einer G.m.b.H., hinter der der Jesuitenorden *steht*, beantragt. [B])

³ Die Vorlage des FinMinr. v. 5.1.1925 u. die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 12.1.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1392, n.f.; hier auch der Nachtragsstellenplan zum Haushaltsplan des Preußischen Staates für das Rechnungsjahr 1924, Berlin 1924. Vgl. auch Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 12–13.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 9.1.1925 mit dem Gesetzentwurf in: Rep. 90, Nr. 1393, n.f.; hier auch der Haushaltsplan des Preußischen Staates für das Rechnungsjahr 1925, Berlin 1925. Vgl. auch Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 15.

⁵ Der StR erhob am 21.1.1925 gegen den Nachtragsstellenplan keine Einwände; sein Gutachten zum Haushaltsplan datiert v. 20.2.1925; vgl. Rep. 90, Nr. 1392 u. 1393, n.f.

⁶ Die Vorlage des WohlMinr. v. 7.1.1925 u. die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 12.1.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1143, n.f. Vgl. auch Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 16–16v.

⁷ Die Vorlage des Minr.dI v. 10.1.1925 mit dem Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 4682, Bl. 78–105; der Referentenentwurf für die kommissar. Besprechung am 9.1.1925, Bl. 54–77. Vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Conring v. 12.1.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 20–20v. Der Entwurf wurde dem LT übersandt am 26.2.1925, Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 361A, S. 595–603; dort das Gutachten des StR, S. 602 f. Vgl. das Wahlgesetz für die Provinziallandtage u. Kreistage v. 7.10.1925, GS, S. 123.

⁸ Vgl. Drucks. StR 1925, Nr. 11, Sp. 1–4 u. Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 304, S. 377–379, dem LT übersandt am 25.2.1925; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 12.1.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 21–21v. Vgl. das Gesetz v. 7.10.1925, GS, S. 132.

⁹ Die Vorlage des FinMinr. v. 23.12.1924 mit einem Beschlußentwurf u. sein Antrag v. 12.1.1925 in: Rep. 90, Nr. 968, n.f.

Nr. 371 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit einer Korrektur, Bd. 174, Bl. 9–9v; MF 1034. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n.f.; VI. HA, NL Braun, A Nr. 19a, n.f.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: L. Weber [FinMinm.], C.H. Becker [WissMinm.], Pünder [RK], Nobis, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Ramm [zur ganzen TO], Becker, Römhild, Mulert, Gadow, Narten, Cohn [alle zum vertagten Pkt. 1], Haslinde, Richter, Amelunxen [alle zu 1], v. Seefeld, Kühne, Krüß, Dulheuer, du Mesnil, Wellmann, Amelunxen [alle zum vertagten Pkt. 3], Conze, Dünschede, Andres, v. Heusinger, Amelunxen [alle zum vertagten Pkt. 5].

¹ Dazu Vermerk: Auszug zu TOP 1 an die RK, Bl. 9v.

1. Staatsbeihilfe für die Rheinische Tausendjahrfeier.² [B] — 2. Vier Ernennungen. [B] — Die Frage der Erhöhung und Rückwirkung des im I. Abschnitt der 3. Steuernotverordnung vorgesehenen Aufwertungssatzes von 15 % für Ansprüche privatrechtlicher Natur [Pkt. 1]; Verleihung des Promotionsrechts an die Handelshochschule Berlin [Pkt. 3]; Erhöhung der gesetzl. Miete für Februar [Pkt. 5]; alle vertagt.³

² Vgl. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 22.1.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 6–6v; vgl. auch das Schreiben des WissMinr. v. 19.1.1925 u. die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 151, I A Nr. 7499, n.f.; das Schreiben des Kölner OB Adenauer v. 23.9.1924 an den Minr.dI, ebd. Zu den Leitsätzen zur Feier vgl. auch ebd.

³ Die TOP rekonstruiert nach den Spezialakten, Rep. 90, Nr. 405, n.f. u. Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 1 u. 3. – Vgl. den Bericht von MinR Pünder (RK) über die Sitzung in: BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 51–52.

Nr. 372 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Januar 1925.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 174, Bl. 10; MF 1034. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 896, n.f.; Rep. 90, Nr. 2353, Bl. 117; Rep. 84a, Nr. 4386, Bl. 288; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.; VI. HA, NL Braun, D 5 Nr. 93, n.f.; BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 53.

Anwesend: Braun [V], am Zehnhoff, Severing, Wendorff, Siering, Hirtsiefer. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Nobis, Goslar.

Nach Vortrag des [...] Ministerpräsidenten über die Abstimmung im Landtage und über seine Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien wird beschlossen: Wenn auch das Ergebnis der heutigen Abstimmung des Landtages das Kabinett verfassungsrechtlich nicht zwingt, zurückzutreten, tritt gleichwohl das Staatsministerium in seiner Gesamtheit zurück², da die Haltung der Parteien ein ersprießliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr gewährleistet.³ Weiterführung der laufenden Geschäfte. [B]

¹ Dazu Vermerk: Auszug des Prot. an die RK, Bl. 10.

² Vgl. die Mitteilung Brauns v. 23.1. an den Präs. LT über den Rücktritt des Kab. in seiner Gesamtheit in: Rep. 120, CB I Nr. 2a Bd. 2, Bl. 192 u. Drucks. LT, 2. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 149, S. 186.

³ Vgl. zum Mißtrauensvotum gegen den MinPräs. bes. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 165 f. u. Schulze, Otto Braun, S. 467 f.

Nr. 373 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1925.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 174, Bl. 11–14v; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 1–1v. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.

Anwesend: Marx [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

¹ Dazu Vermerk: Auszüge zu den TOP 1, 4, 5 u. 7 an die RK, Bl. 14v.

Weitere Teilnehmer: Kaestner [für C.H. Becker], Weismann, Sachs, Frick, Schleusener, Pünder [RK], Goslar; als Kommissare Ramm, Scheidt, Meister, L. Weber, Reschke [zu vor Eintritt in die TO und zu 1], Arndt, Wirth [beide zu 2], Cohn [zu 2, 5, 7], Hog, Riewald, Mulert, Surén, v. Leyden, Hellich, Römhild, Frielinghaus, Ernst, Sattig, Heyden [alle zu 7], Kügler [zu 4], Amelunxen [zu 3–4], v. Schenck, Conze, Kayser [alle zu 3], Helferich [zu 5].

(Eidesleistung des Ministerpräsidenten und der Staatsminister.) — 1. Ernennung aller Staatsminister zu Bevollmächtigten zum Reichsrat. [B] — 2. Kein Gebrauch vom Gnadenrecht bei zwei Todesurteilen.² [B] — 3. Stützungsaktion für die Preußische Landespfandbriefanstalt.³ Bewilligung eines weiteren Kredits. [B] — 4. Anschluß des Volksstaats Hessen und des Freistaats Lippe an die Preußische Gefahrengemeinschaft für die Erwerbslosenfürsorge.⁴ Zustimmung zu beiden Satzungsentwürfen. [B] — 5. Ein Vorschlag des Reichs auf Entschädigung Preußens für das verlorene nutzbare Staatseigentum und andere Friedensvertragsfolgen.⁵ Zu der Mitteilung von Finanzminister Höpker-Aschoff⁶ wird eine Stellungnahme aller Ressorts gewünscht. [B] — 6. Personalvorschläge; vertagt. — 7. Entwürfe von Reichs-SteuerGesetzen für den Reichsrat.⁷ – Steuerüberleitungs-, Einkommensteuer-, Körperschaftssteuer-, Reichsbewertungs-, Vermögens- und Erbschaftssteuer-Gesetz, ferner Entwürfe eines Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowie eines Gesetzes zur Änderung der Verkehrssteuern und des Verfahrens. Die Voten⁸ des [...] Finanzministers zu den einzelnen Entwürfen. Richtlinien mit grundsätzlichen Zustimmungen sowie Einwänden und Änderungsvorschlägen für die preußischen Bevollmächtigten.⁹ [B]

² Vgl. den Antrag des JMinr. v. 8.1.1925 u. die Aufzeichnungen von Referent Cohn v. 12.1. u. 23.2.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Sitzung 13.1.1925, Bl. 7–11 u. ebd., Sitzung 24.2.1925, Bl. 2–2v.

³ Zur Kredithilfe, um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden, vgl. das Schreiben des WohlFinr. v. 23.2.1925 an den MinPräs. in: Rep. 90, Nr. 1181, n.f.; vgl. auch Rep. 120, A XI 2 Nr. 39 Bd. 1. Zu dem auf Antrag von DDP u. SPD eingesetzten Untersuchungsausschuß gegen die Anstalt, die erhebliche Verluste bei einer Terrainspekulation erlitten hatte, vgl. Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtags, S. 190–192.

⁴ Die Vorlage des WohlFinr. v. 21.2.1925 mit den beiden Satzungsentwürfen in: Rep. 90, Nr. 1143, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 23.2.1925 für den MinPräs. zur Sitzung, ebd. u. Rep. 90, Annex L Nr. 2, Sitzung 24.2.1925, Bl. 10–10v.

⁵ Vgl. allgemein zu der Frage Sitzung am 21.7.1919, TOP 5b u. Anm. 6.

⁶ Vgl. dessen Vorlage mit dem Schreiben des RFinMinr. (i. V. Fischer) v. 12.1.1925, der Niederschr. über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Vertretern des preuß. FinMinr. u. des RFinMinr. über die Entschädigung Preußens am 23.12.1924 u. dem Entwurf eines Antwortschreibens der preuß. Finanzverwaltung an das RFinMinr., in: Rep. 84a, Nr. 1321, Bl. 44–49; die Materialien auch in: Rep. 120, A I I Nr. 38 Adhib. Bd. 2, Bl. 192 ff.

⁷ Von RFinMinr. v. Schlieben vorgelegt am 7.2.1925, Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 20, S. 1 ff.; vgl. zu den Steuergesetzesentwürfen das Schreiben des RFinMinr. v. 23.1.1925 an die RK u. alle RMinr. sowie die Sitzung des RKab. am 30.1.1925, in: Die Kabinette Luther I u. II, Bd. 1, Nr. 7, S. 15–20 u. Nr. 12, S. 37–40; ferner die Ausführungen von FinMinr. Höpker-Aschoff im Amtl. Preuß. Pressedienst, in: Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 522. – Zu den einzelnen Entwürfen vgl. auch Rep. 90, Nr. 1526, n.f. u. Rep. 120, C V Nr. 70 Bd. 4, Bl. 299–346v.

⁸ In: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 3–8. Die Vorlage des FinMinr. konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁹ Vgl. die vom ReichsR beschlossenen Fassungen, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1925, 21. Sitzung am 22.4.1925, S. 95–97 u. 101–160, Anlagen 1–6. Vgl. auch die Gesetze v. 29.5. u. 10.8.1925, RGBl. I, S. 75, 189, 208, 214, 233, 237, 241 u. 320.

Sitzung des Reichskabinetts und anschließende Ministerbesprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 28. Februar 1925, 11 Uhr.

Druck: Die Kabinette Luther I und II. 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926, 20. Januar 1926 bis 17. Mai 1926, bearbeitet von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1977, Bd. 1, Nr. 32, S. 132–134.

Anwesend: für Preußen Marx.

Weitere Teilnehmer: für Preußen Weismann.

Tod des Reichspräsidenten, Ansprache des Reichskanzlers und Vorbereitung der Trauerfeierlichkeiten. — In der Ministerbesprechung Erörterung der Fragen eines Reichsgesetzes über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und einer beschleunigten Wahl des neuen Präsidenten.

Nr. 374 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1925.

Vollz. Reinschr.¹ mit einer Ergänzung von Weismann, Bd. 174, Bl. 15–15v; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 1–1v. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.; BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 59–59v.

Anwesend: Marx [V], am Zehnhoff, Höpker-Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Meister [für Severing], Ramm [für Steiger], Kaestner [für C.H. Becker], Dietrich [für Hirtsiefer], Kempner [RK], Weismann, Goslar.

Sitzung zum Tod des Reichspräsidenten Ebert. Würdigung seiner Verdienste durch den Ministerpräsidenten und Verlesung einer Trauerkundgebung², in der betont wird, daß Preußen sich wohl bewußt ist, in dem verstorbenen Reichspräsidenten einen Mann verloren zu haben, der für die durch die Geschichte bedungene politische Stellung Preußens stets volles Verständnis gezeigt hat. Anordnungen für eine entsprechende Anteilnahme im Lande.³ [B]

¹ Dazu Vermerk: Abschr. an die RK, Bl. 15v.

² Teilweise gedr. in: Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, 1925, S. 39.

³ Am Ende durch Weismann hinzugefügt: Inzwischen ist angeordnet, daß auch am Donnerstag halbmast geflaggt wird., Bl. 15v.

Nr. 375 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1925.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 174, Bl. 16–17, Anlage, Bl. 18–19; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 3, Bl. 217–218v; Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 368–371; Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.; BArch Lichterfelde, R 43 I/2286, Bl. 60–60v.

Anwesend: Marx [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Scherek; als Kommissare Weyhe, Hog, Landfried, Mulert, Surén, Bachmann, Conze, Hellich, Frielinghaus, Cohn.

¹ Dazu Vermerk: Abschr. an die RK, Bl. 16.

Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Finanzminister *Höpker-Aschoff* erläutert die Erklärung² des Reichsfinanzministers. Sie trägt den Bedenken der Länder gegenüber dem Gesetzentwurf³ zur Notregelung des Finanzausgleichs in den Monaten April und Mai 1925 in der Weise Rechnung, daß der geltende Finanzausgleich bis zum 30. September 1925 verlängert wird⁴, [...] wenn der Reichsrat sofort [...] in die Beratung für einen endgültigen Finanzausgleich⁵ zum 1. Oktober 1925 eintritt. Annahme des Vorschlags der Reichsregierung. [B]

² Vgl. die Erklärung in der Sitzung des RKab. am 9.3.1925 in: *Die Kabinette Luther I u. II, Bd. 1, Nr. 42, S. 154 f.*; vgl. auch Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 3.

³ In: Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 372–373 (Druck), von RFinMinr. v. Schlieben dem ReichsR am 7.3.1925 u. abschriftlich den Regierungen der Länder übersandt; der 2. Entwurf, Bl. 374–375.

⁴ Vgl. den anliegenden Gesetzentwurf, Bl. 18–19, den der ReichsR am 10.3.1925 einstimmig annahm; vgl. *Verhandlungen ReichsR, Tagung 1925, 13. Sitzung, S. 56.*

⁵ Vgl. den Gesetzentwurf über Änderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern u. Gemeinden nebst Begründung, von RFinMinr. v. Schlieben dem ReichsR u. den Regierungen der Länder zugesandt am 25.2.1925, in: *Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 32, S. 1–9 u. zu Nr. 32, S. 11–40.* Vgl. auch Rep. 120, C V Nr. 71 Bd. 3, Bl. 174–194. Lt. einem hs. Vermerk im FinMinr. v. 17.3.1925 war der Entwurf infolge des Widerstandes der Länder im ReichsR von der RReg zunächst zurückgezogen worden; vgl. dazu v. a. den preuß. Gegenentwurf mit Begründung v. 5./6.3.1925, in: Rep. 151, II Nr. 1281, Bl. 377–380v; der Vermerk, Bl. 372–372v. Vgl. das Gesetz v. 10.8.1925, RGBl. I, S. 254.

Nr. 376 Sitzung des Staatsministeriums im Zimmer des Ministerpräsidenten im Landtagsgebäude am 10. März 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 20–21; MF 1034. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1032, Bl. 210–211, Rep. 90, Nr. 1044, Bl. 238–239; Rep. 77, Nr. 5075, Bl. 159; Rep. 151, HB Nr. 631/I, n.f.

Anwesend: [Marx, V, am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber.] — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: [Weismann].

20 Ernennungen und drei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand. [B]

Nr. 377 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 12. März 1925, 10 Uhr.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 23–26; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 6–7v. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/I, n.f.

Anwesend: Marx [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Ramm, Klausener, Kügler [beide zu 3 und 10], v. Geldern [zu 3], Sandrock [zu 3 und 10], v. Leyden [zu 3, 9–10], Vollbach [zu 3], Cohn [zu 3, 7, 10–11], Ernst, Narten, Amelunxen [alle zu 2], Remak [zu 4 und 7], Frank [zu 4–5], Frosch [zu 4], Wilhelmy [zu 4–5], Reschke [zu 5 und 8], Grosser [zu 7], Fimmen, Reichau [beide zu 8], Kaestner, Leist, Ziertmann, Conring [alle zu 9], Helferich, H. Lucas [beide zu 11].

(1. Eidesleistung von Staatsminister C.H. Becker.) — 2. Zustimmung zum Gesetzentwurf¹ über die Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. Zustimmung unter bestimmten Bedingungen. [B] — 3. Zustimmung zum Entwurf² eines zweiten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung. Zustimmung, aber die Bedenken des Landwirtschaftsministers gegen die Bestimmungen des Art. 27 werden unterstützt. [B] — 4. Zahlung eines Vorschusses auf die Aufwertung der Staatsrente von Friedrich Karl Prinz von Hessen³; und zwar bis zur endgültigen Entscheidung des Staatsministeriums über die Aufwertung der Rente. [B] — 5. Die vom Finanzminister beabsichtigten Vergleiche mit Friedrich Leopold Prinz von Preußen.⁴ Sie werden zur Beilegung sämtlicher noch immer schwebenden Streitigkeiten [...] gebilligt. [B] — 6. Entwurf⁵ eines Gesetzes zur Ergänzung der Reichsverfassung; abgesetzt, da erledigt.⁶ — 7. Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Regelung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1925.⁷ Gutachterliche Äußerung durch den Staatsrat vor der Vorlage im Landtag. [B] — 8. Neuregelung des Erholungsurlaubs für das Rechnungsjahr 1925.⁸ Die Beschlußfassung wird wegen ihrer allgemeinen politischen Bedeutung dem neuen Staatsministerium überlassen. Mitteilung an das Reichskabinett. [B] — 9. Abkürzung der vierjährigen Grundschulpflicht.⁹ Der Wissenschaftsminister wendet sich gegen die beantragte Schaffung von besonderen Einrichtungen innerhalb der Grundschule für die begabten Schüler, zeigt jedoch Entgegenkommen, für die einzelnen hervorragenden Begabungen Sonderregelungen zu befürworten. Billigung seiner Stellungnahme.¹⁰ [B] — 10. Anträge Preußens zum Ent-

¹ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 29, S. 1–7; von RMinr., RFinMinr. u. RWiMinr. dem ReichsR übersandt am 21.2.1925; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 11–12. Vgl. den Antrag Preußens zum § 7 u. die vom ReichsR genehmigte Fassung des Entwurfs, Verhandlungen ReichsR, Tagung 1925, 17. Sitzung am 19.3.1925, S. 74 f. u. 77 f., Anlage. Vgl. das Gesetz v. 18.7.1925, RGBl. I, S. 145.

² Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 19, S. 1–36; vom RArbMinr. Brauns dem ReichsR übersandt am 6.2.1925; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 10–10v. Vgl. das Gesetz v. 14.7.1925, RGBl. I, S. 97.

³ Der Antrag des FinMinr. u. die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 86, n.f.; die Aufzeichnung auch in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 13–13v.

⁴ Die Vorlage des FinMinr. v. 9.3.1925 in: Rep. 90, Nr. 94, n.f. u. Rep. 84a, Nr. 43482, Bl. 123–126; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 94, n.f. u. Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 14.

⁵ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 37, S. 1 f.; vom RMinr.dI Schiele dem ReichsR übersandt am 5.3.1925; vgl. auch Rep. 90, Nr. 185.

⁶ Durch die Annahme des Entwurfs mit einer Maßgabe (Einfügung Art. 77a) im ReichsR am 10.3.1925 wurde das Votum des Minr.dI als überholt angesehen; vgl. dazu die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Sitzung 12.3.1925, Bl. 15; das Votum, Bl. 16–19v. Vgl. das Gesetz v. 22.5.1926, RGBl. I, S. 243.

⁷ Die Vorlage des FinMinr. v. 9.3.1925 in: Rep. 90, Nr. 1393, n.f.; der Entwurf in: Drucks. StR 1925, Nr. 61.

⁸ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Reschke v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 21.

⁹ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Conring v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung mit der Wiedergabe der Anträge Mumm u. Oelze, in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 22–24; die Vorlage (Schreiben) des WissMinr. v. 7.3.1925 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

¹⁰ Vgl. das Gesetz betr. den Lehrgang der Grundschule v. 18.4.1925, RGBl. I, S. 49. Vgl. insgesamt: Die Grundschule in Preußen. Sammlung der Bestimmungen, hrsg. u. erläutert von Walter Landé (MinR im WissMinr.), Berlin 1925 (= Weidmannsche Taschenausgaben von Verfügungen der Preuß. Unterrichtsverw., H. 18), dazu Nachtrag zu H. 18: Gesetz betr. den Lehrgang der Grundschule v. 18.4.1925. Mit Ausführungsbestimmungen u. Erläuterungen, Berlin 1925; vgl. auch Kaestner, Paul (MinR im WissMinr.), Die Novelle zum Grundschulgesetz u. die preußischen Ausfüh-

wurf einer sechsten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge. *Zustimmung zum Entwurf mit Maßgaben.*¹¹ [B] — **11.** Entschädigung Preußens für das verlorene nutzbare Staatseigentum und andere Friedensvertragsfolgen.¹² *Die vom Reich angebotenen 65 Millionen RM werden nicht als „Abgeltung“, sondern nur als eine Abschlagszahlung [...] angesehen. Die Verpflichtung, [...] für einen bestimmten Zeitraum keine Forderungen zu erheben, wird nur für drei Jahre anerkannt. Dem Vorschlag des Finanzministers*¹³ wird zugestimmt. [B]

rungsbestimmungen, in: Die Volksschule, 21. Jg., H. 3 v. 1.5.1925, S. 57–61 u. Becker, Carl Heinrich, Zum Kampf um die Grundschule in: DAZ Nr. 245 v. 27.5.1925, Beibl.

¹¹ *Die Vorlage des WohlfMinr. zugleich im Namen des HandMinr. v. 7.3.1925 in: Rep. 90, Nr. 1143, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 11.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Ebd. u. Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 25–27v. Zum Entwurf vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 25, S. 1–5; vom RArbMinr. dem ReichsR übersandt am 14.2.1925. Vgl. VO v. 18.1.1926, RGBl. I, S. 92.*

¹² *Vgl. Sitzung am 24.2.1925, TOP 5 u. Anm. 5.*

¹³ *Vgl. den Entwurf seines Antwortschreibens v. 5.3.1925 in: Rep. 84a, Nr. 1321, Bl. 81–83.*

Nr. 378 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministerzimmer) am 12. März 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 22–22v; MF 1034. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.

Anwesend: [Marx, V, am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber.] — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: [Weismann].

1. *Neun Ernennungen.* [B] — **2.** *Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.* [B] — **3.** *18 Verlängerungen der Altersgrenze.* [B]

Nr. 379 Sitzung des Staatsministeriums am 17. März 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 27; MF 1034. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.

Anwesend: [Marx, V, am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber.] — Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: [Weismann].

1. *Zwei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand.* [B] — **2.** *Fünf Ernennungen.* [B]

Nr. 380 Sitzung des Staatsministeriums am 17. März 1925.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 174, Bl. 28–29v; MF 1034. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 1–2v. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.

Anwesend: Marx [V], am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber.
— Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Weismann, Nobis, Sachs, Frick, Schleusener, Pünder [RK], Scherek; als
Kommissare Ramm, Klausener [beide zu 1–5], Niermann, Stadermann, Jaques, Verlohr, Gramsch
[alle zu 1], Amelunxen [zu 1 und 3], J. Schmidt, Eichler, Kasper, v. Geldern, K. Weber, Reschke
[alle zu 2], Großcourt, Wa. Richter, Narten [alle zu 3], v. Heusinger, O. Lehmann, Hellich,
Gadow, Cohn, Surén, Andres [alle zu 4].

1. Campe-Dörpen-Kanal.¹ Bei der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Landwirtschafts- und dem Handelsminister wird beschlossen, die Arbeiten zur Vorentwässerung der Hochmoorgebiete zwischen der unteren Ems und der Hunte [...] in solchen Grenzen zu halten, daß die landeskulturellen Interessen der ostfriesischen Landwirtschaft und die verkehrspolitischen Interessen der Häfen an der Unterems hierdurch in keiner Weise beeinflußt werden. [B] — 2. Vier Pensions-sachen.² [B] — 3. Entwurf³ einer Verordnung über Aufhebung der vorübergehenden Zollerleichterung für Pferde. Dem Entwurf wird zugestimmt trotz der Meinungsverschiedenheit zwischen Landwirtschafts- und Handelsminister.⁴ [B] — 4. Hauszinssteuer.⁵ Die Erhöhung ab 1. April 1925 ist ausschließlich für die Neubautätigkeit zu verwenden. [B] — (5. Endgültiger Beschluß über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst nach Anhörung der Landesregierungen gemäß Anregung des bayerischen Gesandten K. v. Preger. Es wird für eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder votiert. [B])

¹ Vgl. das Schreiben des HandMinr. v. 3.3.1925 in: Rep. 76, IIa Sekt. 52 Gen. Nr. 3 Bd. 9, n.f. u. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 16.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 3–5. Zum Beschluß vgl. das Schreiben des HandMinr. an den RegPräs. Stade v. 31.3.1925 in: Rep. 77, Tit. 1125 Nr. 23, n.f. u. zur Kanalfrage insgesamt Rep. 87, Nr. 6645, Bl. 21 ff.

² Hierüber wurden besondere Protokolle aufgenommen. Vgl. Rep. 90, Annex H Nr. 68, 70, 270 u. 271.

³ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 36; von RFinMinr. v. Schlieben u. REMinr. v. Kanitz dem ReichsR übersandt am 4.3.1925. Die Große Anfrage Nr. 37 von Plehwe, Hoesch u. a. v. 12.3.1925, Drucks. LT. 2. WP, 1. Tagung, Bd. 1, Nr. 389, S. 619. Vgl. auch die Sitzungssache für das StMinm. in: Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 14 Bd. 2, n.f.

⁴ Vgl. dazu Rep. 87, B Nr. 7946, Bl. 164b ff.

⁵ Vgl. das Brieffelegramm des FinMinr. an den WohlFinMinr. v. 17.3.1925 in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 11–13.

Nr. 381 Ministerbesprechung am 20. März 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 30; MF 1034. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 9 Bd. 5, n.f.

Anwesend: [Marx, V, am Zehnhoff, Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber].
— Prot.: Weismann [U].

Weitere Teilnehmer: [Weismann, Nobis].

Antrag an den Präsidenten des Landtags auf Einberufung des Ständigen Ausschusses, damit ihm die für die Fortführung der preußischen Staatsverwaltung dringend notwendigen Vorlagen zugehen können: die Vorlagen betr. Grundvermögenssteuer, die Hauszinssteuer, Änderung der Gewerbesteuer und die Wahlen zum Provinziallandtag. [B]

Nr. 382 Sitzung des Staatsministeriums im Landtagsgebäude (Ministersaal) am 31. März 1925.

Vollz. Reinschr., Bd. 174, Bl. 31–32v; MF 1034/1035. Hs. Urschrift von Reschke, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 4–5. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, HB Nr. 631/1, n.f.

Anwesend: Marx [V], Severing, Hirtsiefer, Becker, Steiger, Höpker-Aschoff, Schreiber. — Prot.: Reschke [U].

Weitere Teilnehmer: Fritze [für am Zehnhoff], Ramm [für Steiger während dessen Abwesenheit], Weismann, Sachs, Frick, Schleusener, Goslar; als Kommissare Conze, Richert [beide zu 6], v. Leyden [zu 4 und 6], du Mesnil [zu 6], Rohde [zu 3 und 6], Conring [zu 6], v. Achenbach, Woldt, Bothe, Albrecht [alle zu 1], Cohn [zu 1, 3–4], Klausener [zu 2 und 4], Richert [zu 2], Sandrock [zu 2 und 4], Amelunxen [zu 2], Helbing [zu 3].

1. Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 für die dem Wissenschaftsministerium unterstellten Behörden und Anstalten.¹ Der Erlaß der Verordnung wird beschlossen. [B] — **2.** Beschwerdeverfahren in Fürsorgeangelegenheiten.² Der Standpunkt des Wohlfahrtsministers zu der im Antrag³ [...] Matz und Genossen vom 3. Februar 1925 erörterten Frage der Aufstellung einheitlicher Grundsätze über Aufsicht und Beschwerde in der gesamten Fürsorge findet Billigung. [B] — **3.** Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Prof. C. Neuberg, Landw. Hochschule Berlin.⁴ — **4.** Abänderungsanträge Preußens zum Entwurf⁵ einer Änderung der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge; sind im Reichsrat zu vertreten.⁶ [B] — **5.** Zwei Ernennungen und 23 Verlängerungen der Altersgrenze. [B] — **6.** Richtlinien für die Lehrpläne der höheren Schulen Preußens. Die Beschlußfassung wird vertagt.⁷

¹ Die Vorlage des WissMinr. v. 16.3.1925 mit dem Entwurf, Ausführungsbestimmungen u. der Wahlordnung über die Bildung von Betriebsvertretungen im Bereich des Minn., in: Rep. 76, IIa Sekt. 53 Gen. Nr. 33 Bd. 2, n.f.; vgl. auch die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 30.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 6. Vgl. VO v. 3.7.1925, GS, S. 85.

² Vgl. die Aufzeichnung von Referent Amelunxen v. 30.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung, in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 7–7v. Die Vorlage des WohlfMinr. v. 13.3.1925 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Drucks. RT, 3. WP 1924, Bd. 398, Nr. 467.

³ Vgl. die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 30.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 8–8v.

⁴ Vgl. Drucks. ReichsR, Tagung 1925, Bd. 1, Nr. 39, S. 1–10; vom. RArbMinr. (i. V. Geib) dem ReichsR übersandt am 5.3.1925.

⁵ Die Vorlage des WohlfMinr. v. 24.3.1925 mit den Anträgen u. Begründung sowie die Aufzeichnung von Referent Cohn v. 31.3.1925 für den MinPräs. zur Sitzung in: Rep. 90, Nr. 1143, n.f. u. Rep. 90, Annex L Nr. 2, Bl. 9–11v. Die den Beschlüssen zufolge geänderten Anträge, vom WohlfMinr. (i. V. Scheidt) am 11.4.1925 dem MinPräs. übersandt, in: Rep. 76, IIa Sekt. 51 Gen. Nr. 18 Bd. 1, n.f. Zur Zustimmung des ReichsR zum Entwurf mit mehreren Änderungen vgl. Verhandlungen ReichsR, Tagung 1925, 22. Sitzung am 30.4.1925, S. 195 f. Vgl. VO v. 2.5.1925, RGBl. I, S. 61.

⁷ Vgl. Sitzung am 4.4.1925, TOP 4.